

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1893.

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

Uebersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

(Anm. Die Zahlen bedeuten die Seiten in den Protocollen.)

I. Januar 12.

Öeffentlich

1. Veranlagung der gewerblichen Etablissements zu besonderen Wegebeiträgen	3
2. Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Anstellung eines städtischen Oberarztes	3
3. Aufnahme eines Processus wegen Auflassung	4
4. Provisorischer Canal an der Helmstedterstraße	4
5. Die Stadtverordnetenwahlen	5
6. Legung von Wasserröhren am Madamenweg	5
7. Legung von Gas- und Wasserröhren in der verlängerten Kaiserstraße	5
8. Legung von Gasröhren in der Kaiserstraße	6
9. Canallegung vor dem Petriithore	6
10. Das neue Verwaltungsstatut	7
11. Selbstständiger Antrag des Herrn Kiefe auf Einrichtung von Sanitätswachen	18
12. Mittheilung des Stadt-Magistrates	19

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten:

13. Neuwahl zweier unbefoldeten Magistratsmitglieder	19
--	----

Vertraulich:

14. Anstellung eines Schreibers	19
15. Uebernahme eines Nebenamtes seitens einiger Magistratsbeamten	20
16. Wahl eines Armenpflegers	20

IV

II. Februar 2.

Öffentlich:

17. Die Haushaltsrechnungen von 1888	22
18. Versicherung der Husarenkaserne gegen Feuergefahr	23
19. Erstattung von Canalbaukosten	23
20. Verwendung der Bündiger'schen Legate	24
21. Der Zugangsweg zum Querumer Holze	24
22. Uebernahme der Reichenberg- und Lampestraße, sowie Rückzahlung von Straßenbaukosten	27
23. Aenderung des Ortsbauplanes an der Cellerstraße	28
24. Selbstständiger Antrag des Herrn Rieke auf Einrichtung von Sanitäts- wachen	28
25. Etat der Friedhofscasse	32
26. Festsetzung der Straßenbaukosten für einen Theil der Limbeckerstraße	32
27. Gesuch wegen Aenderung des Ortsbauplanes vor dem Steinhore	33
28. Canallegung an der Helmstedterstraße	33
29. Der neue Stadthausplan	34
30. Baulinie an der Wilhelm- und neuen Knochenhauerstraße	39
31. Annahme von fünf Bürgerschullehrern	39
32. Das neue Verwaltungsstatut (Fortsetzung)	39
33. Abänderung des Ortsbaustatuts	50
34. Anfrage des Herrn Brückmann wegen des städtischen Leitungswassers	50
35. Selbstständiger Antrag des Herrn Bültmann auf Beschaffung eines Schneepfluges	51
36. Desgl. des Herrn Günther auf Instandsetzung des Königstieges	51
37. Mittheilung des Stadt-Magistrates	51

III. Februar 9.

Öffentlich:

38. Abänderung des Ortsbaustatuts	54
39. Das neue Verwaltungsstatut (Schluß).	59
40. Polizei-Vorschriften für das Schlafgängerwesen	65
41. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Herstellung des König- stieges	66
42. Desgl. des Herrn Bültmann auf Anschaffung eines Schneepfluges	66
43. Aufnahme von Processen	67
44. Aenderung der Baulinie für den Langenhof etc.	67
45. Mittheilungen des Stadt-Magistrates	67
46. Uebersicht über die städtische Münzsammlung	68
47. Eintheilung der Sitzungs-Protocolle	69
48. Anfrage des Herrn Hanswaldt wegen Ausstellung der Pläne für das Stadthaus	69

Vertraulich:

49. Anstellung von Beamten	69
50. Anstellung des Mühlenschreibers Nicolai	69

51. Erlaßgesuch der Wittve Beckmann	70
52. Steuer-Reclamationen (Verzeichniß VI von 1892)	70
53. Besprechung über das Einschätzungsverfahren	70

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

54. Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz	70
---	----

IV. Februar 23.

Öffentlich:

55. Fortsetzung der Arbeiten im Bürgerparke	72
56. Aenderung des Ortsbauplans vor dem Hohenthore	82
57. Uebernahme der verlängerten Rosenstraße und Rückzahlung von Canalbaukosten	83
58. Verpachtung der Wirthschaft im Bürgerparke und Nachverwilligung von Kosten	83
59. Erwerb von Kieselsteinen und Anlage der Pumpstation	86
60. Feststellung der Straßenbaukosten am Madamenwege	92
61. Feststellung der Straßenbaukosten an der Klosterstraße	93
62. Ablehnung der Wahl zum Stadtverordneten seitens des Bahndirectors Claus	93
63. Verkauf des alten Polytechnicums	93
64. Anfrage des Herrn Weber wegen Instandsetzung der Cellerstraße	95
65. Desgl. wegen Vertheilung von Bricketts	95

Vertraulich:

66. Verpachtung der Wirthschaft im Bürgerparke	96
67. Verpachtung des Grundstückes Wendenstraße <i>Nr.</i> 5	96

V. März 23.

Öffentlich:

68. Die Stadtcassenrechnungen von 1889 und 1890	98
69. Ausbau des Feldweges nach Nautheim	98
70. Straßenbaukosten am Langencampe	100
71. Aufnahme eines Processess	100
72. Verpachtung einer Grundfläche am katholischen Friedhofe	100
73. Uebernahme verschiedener Straßen	100
74. Vertrag mit der hiesigen Baugenossenschaft	101
75. Aufnahme eines Processess	101
76. Fortführung eines Hauptammelcanals	102
77. Aufhebung einer Wegestrecke an der Grünstraße	102
78. Verbreiterung der Hamburgerstraße	103
79. Rückerstattung von Wasserrohrkosten	103
80. Begebung weiterer Stadtbligationen	103
81. Zwangsenteignung an der neuen Knochenhauerstraße	105
82. Festsetzung der Straßenbaukosten für die kl. Bertramstraße <i>z.</i>	105
83. Regulirung der Straße am Bäckerflint	105

VI

84. Vermehrung der Straßenlaternen	106
85. Ergänzungsbauten im Bürgerparke	107
86. Das neue Verwaltungsstatut	107
87. Preis einer Baufläche an der verlängerten Kaiserstraße	110
88. Aufnahme eines Proceßes	111
89. Selbstständiger Antrag des Herrn Schumburg auf Errichtung eines neuen städtischen Krankenhauses	111

Vertraulich:

90. Anstellung eines Hülfschreibers	112
91. Besprechung verschiedener Angelegenheiten	112
92. Steuer-Reclamationen	112
93. Wahl von Bezirks = Vorstehern, stellvertretenden Bezirks = Vorstehern und Armenpflegern	112

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

94. Wahl eines Mitgliedes der Ersatz-Commission	112
95. Steuer-Reclamationen	112

VI. März 29.

Öffentlich:

96. Der Stadthaushaltsplan für 1893/94	114
97. Anlage von Abperrschiebern im Wasserrohrnetz	130
98. Belegung der Fußwege an verschiedenen Ortsstraßen	131
99. Anschaffung eines Dampfkessels für das Wasserwerk	132
100. Condensationsapparate für Pumpen des Wasserwerkes	132
101. Auseinandersetzung mit dem Mühlenpächter Wollschläger	132
102. Gesuch um Erlaß von Wegebaufosten-Beiträgen	133
103. Geschäftsübersicht für das Jahr 1892/93	133

B. Nach den Gegenständen.

Ablehnung der Wahl zum Stadtverordneten 93.
 Aenderung des Ortsbauplanes 28, 33, 39,
 67, 82.
 Aenderung des Ortsbaustatuts 50, 54
 Anfragen an den Stadtmagistrat der Herren:
 Brückmann, wegen des städt. Leitungswassers 50;
 Hauswaldt, wegen Ausstellung der Stadthauspläne 69;

Weber, wegen Instandsetzung der Gelferstraße 95,
 wegen Vertheilung von Bricketts 95.
 Anlage der Pumpstation 86.
 Anlage von Abperrschiebern 130.
 Anschaffung eines Dampfkessels 132.
 Anstellung eines städt. Oberarztes 3.
 Anstellung von Beamten 19, 69, 69, 112.
 Anstellung von Lehrern 39.

Anträge, selbstständige, der Herren:

Bültmann, auf Beschaffung eines Schneepfluges 51, 66;

Günther, auf Instandsetzung des Königstieges 51, 66;

Hauswaldt, auf Anstellung eines städt. Oberarztes 3;

Kiefe, auf Errichtung von Sanitätswachen 28;

Schumburg, auf Errichtung eines städt. Krankenhauses 111.

Armenpfleger-Wahl 20, 112.

Arzt-Anstellung 3.

Aufhebung einer Wegestrecke 102.

Aufnahme von Processen 4, 67, 100, 101, 111.

Ausbau eines Weges 98.

Auseinandersetzung mit Wollschläger 132.

Ausstellung der Stadthauspläne 69.

Baugenossenschaft betr. 101.

Baulinien-Änderung 28, 33, 39, 67, 82.

Beamten-Anstellung 19, 69, 69, 112.

Begebung von Stadt-Obligationen 103.

Belegung der Fußwege 131.

Beschaffung eines Schneepfluges 51, 66.

Besprechung verschiedener Angelegenheiten 70, 112.

Brikett-Vertheilung 95.

Bürgerpark betr. 72, 83, 96, 107.

Canalbaukosten-Erstattung 23, 83.

Canallegung 4, 6, 33, 102.

Condensationsapparate 132.

Dampfkessel-Beschaffung 132.

Das neue Verwaltungsstatut 7, 39, 59, 107.

Einrichtung von Sanitätswachen 28.

Einschätzungs-Verfahren 70.

Eintheilung der Sitzungsprotocolle 69.

Ergänzungsbauten im Bürgerparke 107.

Errichtung eines städt. Krankenhauses 111.

Erstattung von Canalbaukosten 23, 83.

Erstattung von Straßenbaukosten 27.

Erstattung von Wasserrohrkosten 103.

Erwerb von Kielesfeldern 2. 86.

Etat der Friedhofscasse 32.

Festsetzung von Straßenbaukosten 32, 92, 93, 100, 105.

Fortführung eines Hauptsammelcanals 102.

Fortsetzung der Arbeiten im Bürgerparke 72.

Friedhofscassen-Etat 32.

Fußweg-Belegung 131.

Gasrohr-Legung 5, 6.

Geschäfts-Uebersicht 133.

Gesuche hiesiger Einwohner 33, 70, 133.

Gewerbliche Etablissements-Veranlagung 3.

Hauptsammelcanal-Fortführung 102.

Haushaltsplan 34, 69, 114.

Haushaltsrechnungen-Prüfung 22, 98.

Hufarencasernen-Versicherung 23.

Instandsetzung von Straßen 51, 66, 95.

Krankenhaus-Errichtung 111.

Legate betr. 24.

Legung von Canälen 4, 6, 33, 102.

Legung von Gasröhren 5, 6.

Legung von Wasserrohren 5, 5, 130.

Lehrer-Aufnahme 39.

Leitungswasser-Beschaffenheit 50.

Mittheilungen des Magistrates 19, 51, 67.

Münzsammlung betr. 68.

Nachverwilligung von Baukosten 83.

Nebe amt-Uebernahme 20.

Ortsbauplan-Änderung 28, 33, 39, 67, 82.

Ortsbaustatut-Änderung 50, 54.

Polizei-Vorschriften f. d. Schlafgängerwesen 65.

Polytechnicum-Verkauf 93, 96.

Preis einer Baufläche 110.

Proceß-Aufnahme 4, 67, 100, 101, 111.

Pumpen für das Wasserwerk 132.

Pumpstation-Anlage 86.

Querumerholz-Zugangsweg 24.

Mauthheimer-Weg-Ausbau 98.

Regulirung von Straßen 105.

Rieselfelder-Anlage 86.

Rückzahlung von Canalbaukosten 23, 83.

Rückzahlung von Straßenbaukosten 27.

Rückzahlung von Wasserrohrkosten 103.

Sanitätswachen-Einrichtung 28.

Schlafgängerwesen-Polizei-Vorschriften 65.

Schneepflug-Beschaffung 51, 66.

Sitzungsprotocolle betr. 69.

Stadtcassenrechnungen-Prüfung 22, 98.

Stadthaushalteplan 34, 69, 114.

Stadtoobligationen-Begebung 103.

Stadtverordnetenwahlen betr. 5, 93.

Steuer-Reclamationen 70, 112.

Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz 70, 112.

Straßenbaukosten - Festsetzung 32, 92, 93, 100, 105.

Straßenbaukosten-Rückzahlung 27.

Straßenlaternen-Vermehrung 106.

Straßen-Regulirung 105.

Straßen-Übernahme 27, 83, 100.

Straßen und Plätze der Stadt, welche behandelt sind:

Adolfstraße 131;

Bäckerkint 105;

Bertramstraße, kleine 105;

Bültenweg 131;

Carlstraße 131;

Cellerstraße 28, 95;

Eschenburgstraße 101;

Ferdinandstraße 101, 131;

Friedhofstraße 101;

Friedrichstraße 101;

Grünstraße 102;

Hamburgerstraße 103;

Helmstedterstraße 4, 33;

Husarenstraße 131;

Kaiserstraße 5, 6, 110;

Kapellenstraße 101;

Klosterstraße 93;

Knochenhauerstraße, neue 39, 105;

Königstieg 51, 66;

Lampestraße 27;

Langehof 67;

Langercamp 100;

Leonhardstraße 131;

Limbederstraße 32;

Madamenweg 5, 92;

Neue Promenade 131;

Nordstraße 101;

Parckstraße 131;

Reichenbergstraße 27, 101;

Riederstraße 101;

Rosenstraße 83;

Schleinitzstraße 131;

Schulweg 101;

Sidonienstraße 131;

Sophienstraße 131;

Taubenstraße 101;

Wendenstraße 96;

Wilhelmstraße 39;

Übernahme von Nebenämtern 20.

Übernahme von Straßen 27, 83, 100.

Uebersicht über die Geschäfte 133.

Uebersicht über die städt. Münzsammlung 68.

Veranlagung zu bef. Wegebeiträgen 3.

Verbreiterung der Hamburgerstraße 103.

Verkauf des alten Polytechnicums 93, 96.

Vermehrung der Straßenlaternen 106.

Verpachtung der Wirthschaft im Bürgerparke 83, 96.

Verpachtung eines städt. Grundstückes 96, 100.

Versicherung der alten Husarencaferne 23.

Vertheilung von Bricketts 95.

Vertrag mit der Baugenossenschaft 101.

Verwaltungsstatut 7, 39, 59, 107.

Verwendung eines Legates 24.

Wahl von Armenpflegern 20, 112.

Wahl zur Ersatzcommission 112.

Wasser-Beschaffenheit 50.

Wasserrohr-Legung 5, 5, 103, 130.

Wasserwerk betr. 132, 132.

Wege-Ausbau und -Aufhebung 98, 102.

Wegebaukosten-Beiträge 3, 133.

Wirthschaft im Bürgerparke 83, 96.

Zugangsweg zum Querumer Holze 24.

Zwangsenteignung 105.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 12. Januar 1893.

Öffentlich:

I. Veranlagung der gewerblichen Etablissements zu besonderen Wege- beiträgen	Seite 3
II. Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Anstellung eines städtischen Oberarztes	" 3
III. Aufnahme eines Proceßes wegen Auflassung	" 4
IV. Provisorischer Canal an der Helmstedterstraße	" 4
V. Die Stadtverordnetenwahlen	" 5
VI. Legung von Wasserröhren am Madamenweg	" 5
VII. Legung von Gas- und Wasserröhren in der verlängerten Kaiserstraße	" 5
VIII. Legung von Gasröhren in der Kaiserstraße	" 6
IX. Canallegung vor dem Petriithore	" 6
X. Das neue Verwaltungsgesetz	" 7
XI. Selbstständiger Antrag des Herrn Niese auf Einrichtung von Sanitäts- wachen	" 18
XII. Mittheilung des Stadt-Magistrates	" 19

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten: Neuwahl zweier unbesoldeten Magistratsmitglieder	" 19
---	------

Vertraulich:

Anstellung eines Schreibers	" 19
Übernahme eines Nebenamtes seitens einiger Magistratsbeamten	" 20
Wahl eines Armenpflegers	" 20

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer, Heymann und Meyer, sowie Assessoren von Frankenberg und Reidemeyer.

Entschuldigt die Herren Wille und Wolff I; später erscheint Herr Jüdel.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, mit der Mittheilung eröffnet, daß folgende Sachen eingegangen seien:

1) Ein Sonder-Abdruck aus dem „Monatsblatt für öffentliche Gesundheitspflege“ betitelt: „Der Gesundheitszustand der Städte des Herzogthums Braunschweig in den Jahren 1889/90 von Professor Dr. R. Blasius“.

2) Einige Probeexemplare eines neuen Blattes, betitelt: „Blätter für sociale Praxis“.

Beide Eingänge werden in der Versammlung herumgereicht.

3) Ein Schreiben des Magistrates folgenden Inhalts: In der Sitzung vom 20. October 1892 sei beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, in den Theiletat des ersten Vierteljahres 1893 eine Summe von 2000 M für Bepflanzung weiterer Straßen der Außenstadt mit Bäumen für den Fall aufzunehmen, daß es angängig oder erwünscht wäre, solche Anpflanzungen schon im nächsten Frühjahr zu machen. Auf Anfordern des Magistrates habe nun die Städt. Bauverwaltung berichtet, daß die größte Mehrzahl der außenstädtischen Straßen wegen ihrer geringen Breite nicht geeignet erscheine, mit Baumpflanzungen versehen zu werden. Erst bei einer Breite der Fußwege von mindestens 4,5 m, oder bei Anordnung von Vorgärten vor den Gebäuden können eine Baumpflanzung auf den Fußwegen empfohlen werden. Von den außenstädtischen Straßen, bei welchen zur Zeit eine Baumpflanzung überhaupt in Frage kommen könne, entsprechen diesen Anforderungen nur folgende: 1) die Nebenstraße zwischen der Hamburger- und Gehlsdorfstraße, 2) die Salzdahlumerstraße zwischen der Campe- und Biewegstraße, 3) die Thomästraße, 4) die Klosterstraße, 5) die kl. Campe- und die Lachmannstraße. Für die sonst noch geeigneten Straßen, als z. B. die Campe- und Elmstraße, sei bereits eine Baumpflanzung gleichzeitig mit dem bevorstehenden Ausbau in Aussicht genommen. In erster Linie sei von den erwähnten Straßen die Neben- und die Salzdahlumerstraße als zur Bepflanzung geeignet zu empfehlen und zwar würden auf ersterer 74, auf letzterer 26 Bäume anzupflanzen sein. Außerdem werde noch eine Bepflanzung des Leonhardplatzes, bezw. der denselben umgebenden Straßenzüge, empfohlen. Hierzu würden 280 Bäume erforderlich werden. Der Magistrat halte dagegen eine Bepflanzung des genannten Platzes zur Zeit noch nicht für rathsam, werde aber die Kosten für Bepflanzung der Nebenstraße und des bezeichneten Theiles der Salzdahlumerstraße in Höhe von 1850 M in den nächstjährigen Etat aufnehmen. — Damit sei aber, wie der Herr Vorsitzende bemerkt, dem Ersuchen der Versammlung im Wesentlichen stattgegeben.

Nunmehr wird zur Berathung der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände geschritten.

I. Veranlagung der gewerblichen Etablissements zu besonderen Wegebeiträgen.

In der Angelegenheit, betr. die Erhebung besonderer Beiträge der gewerblichen Etablissements zu Gunsten der Stadt-Wegebaucaße hatte der Magistrat das für das Jahr 1892 nach Maßgabe der bisherigen Grundsätze (10 \mathcal{M} Beitrag für je 1 km durchfahrene Strecke und 100 Etr. gefahrene Last) der Städt. Bauverwaltung zur Nachprüfung zugefertigt. Letztere hat sodann ermittelt, daß bei Bemessung der für einzelne Ziegeleien ausgeworfenen Sätze bisher Wegelängen zu Grunde gelegt sind, die im Verhältniß zu den bei anderen Ziegeleien als maßgebend erachteten Strecken für zutreffend nicht angesehen werden können, und hat gleichzeitig darauf hingewiesen, daß es unmöglich sei, die Länge der durchfahrenen Strecken namentlich bei solchen Etablissements, die sämtliche Wege der Stadt benutzen, auch nur annähernd festzustellen. Aus diesem Grunde ist von der Städt. Bauverwaltung in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte empfohlen, die fraglichen Beiträge lediglich nach der Menge der gefahrenen Last, jedoch unter Zugrundelegung verschiedener Einheitsätze je nach dem Gewichte der Fuhrwerke und Ladungen zu berechnen. — Wenn der Magistrat auch anerkennen muß, daß die Länge der von den einzelnen gewerblichen Etablissements benutzten Wegestrecken nicht genau zu ermitteln ist, so muß er doch Bedenken tragen, die Beiträge in der vorerwähnten Weise festzustellen, weil sonst diejenigen Etablissements, die zwar große Gewichtsmassen durch Gespanne transportiren lassen, dabei aber nur kurze Strecken städtischer Wege benutzen, jene Beitragsberechnung anfechten würden. Der Magistrat sieht sich hiernach genöthigt, die bisherige Art der Beitragsberechnung bis auf Weiteres beizubehalten, jedoch unter entsprechender Aenderung der von den einzelnen Ziegeleien zu erlegenden Beträge dahin, daß diese wenigstens zu einander im richtigen Verhältnisse stehen und ist darnach das vorgelegte Verzeichniß A aufgestellt. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, sowohl dieses, als auch das Verzeichniß B derjenigen gewerblichen Etablissements, welche von den Feldmarks-Interessenschaften zu besonderen Beiträgen herangezogen werden sollen, zu genehmigen.

Die Statutencommission ist — wie Herr Halle berichtet — mit dem Magistrate einverstanden, daß die Berechnung der fraglichen Beiträge in der bisherigen Weise erfolge und giebt die Genehmigung der Magistratsvorlage anheim.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

II. Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Anstellung eines städtischen Oberarztes.

Der in der letzten Sitzung gestellte Antrag (Seite 345 des Prot.) ist nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden mit Willen und auf Wunsch des Herrn Antrag-

stellers einstweilen von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Antrag mit der von Herrn Günther angeregten Anstellung von Schulärzten collidire und diese Sache bei der eventuell zu erwartenden Magistratsvorlage mit zur Erledigung kommen könne.

III. Aufnahme eines Processes wegen Auflassung.

Der Molkereibesitzer Picht weigert sich, die von ihm der Stadt laut notariellen Vertrages abgetretene 18 qm große Theilfläche seines an der Nebenstraße gelegenen Grundstücks aufzulassen und giebt als Grund dieser Weigerung an, daß er zunächst eine Abrechnung über die Straßenkosten verlange. Da diese Forderung nicht begründet ist, ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß wegen Auflassung der fraglichen Fläche Klage erhoben werde.

Die Statutencommission hat die Vorlage berathen und giebt nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden anheim, dem Antrage zuzustimmen, was geschieht.

IV. Provisorischer Canal an der Helmstedterstraße.

Die schon früher geplante Herrichtung eines Canals auf der Helmstedterstraße zwischen Wörth- und Ackerstraße hat bisher unterbleiben müssen, weil zur Zeit zwischen den zuständigen Behörden Verhandlungen schweben wegen einer Verlegung der Helmstedterstraße in der Nähe des dortigen Eisenbahn-Überganges, vor deren Erledigung eine definitive Canalisation jener Straßenstrecke nicht rathsam erscheint. Da nun aber für Abführung der Abwässer der Actien-Bierbrauerei Streitberg aus sanitärer Rücksicht bald gesorgt werden muß, so ersucht der Magistrat auf Antrag der Canalbau-Verwaltung, die Anlage eines provisorischen Canals in dem auf der Westseite der Helmstedterstraße liegenden Graben zu genehmigen, zu dem Zwecke 6500 M zu verwilligen und ihn zur Vollziehung eines von dem hiesigen Königl. Eisenbahn-Betriebsamte geforderten Verpflichtungsscheines — nach entsprechender Ergänzung der Bedingung unter 4 — zu ermächtigen.

Namens der Finanzcommission empfiehlt Herr Rimpau, die Vorlage im vollen Umfange zu genehmigen, damit einem lange gehegten Wunsche der betr. Anlieger endlich nachgekommen werden könne.

Herr Halle ist der Meinung, daß, wenn dieser provisorische Canal lediglich zu dem Zwecke angelegt werden solle, die Abwässer der Bierbrauerei Streitberg abzuführen, die Stadt nicht länger zögern dürfe, auch dem dringenden Wunsche anderer Mitbürger, namentlich der Anwohner der Wabestraße, entgegenzukommen und dort einen provisorischen Canal anzulegen. Er bitte deshalb den Magistrat, hierfür eine entsprechende Summe in den nächstjährigen Etat einzustellen.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß der Magistrat bereits beschlossen habe, die Wabestraße definitiv zu canalisiren, nachdem ein neues Project aufgestellt sei, und dafür eine Summe in den nächstjährigen Etat aufzunehmen.

Herr Bültmann kann der Vorlage nur dann zustimmen, wenn auch die Himmelswässer der Altwiekgemeinde in den Canal aufgenommen werden, weil für dieselben andernfalls kein Abfluß vorhanden sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß dem Wunsche in dem Projecte nachgekommen werde.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

V. Die Stadtverordnetenwahlen.

Nachdem sich Herzogliche Landesregierung auf Anrufen des Magistrates bereit erklärt hat, sofort mit dem Ausschusse der Landesversammlung eine Zusatzbestimmung zu §. 34 des Gesetzes *M* 32 vom 18. Juni 1892 zu vereinbaren, wonach die städtischen Behörden befugt sein sollen, zu bestimmen, daß die Wahl der sämtlichen von einer Wahlklasse in einem Wahlbezirke zu wählenden Stadtverordneten in einer Wahlhandlung vorzunehmen sei, ersucht der Magistrat, für den Fall des rechtzeitigen Erlasses einer dazu ermächtigenden gesetzlichen Bestimmung, zu beschließen, daß dieser Bestimmung entsprechend verfahren werde.

Die Statutencommission läßt durch den Herrn Vorsitzenden empfehlen, dem Antrage zuzustimmen, da sich das Wahlverfahren ohne ganz erhebliche Belästigung der Wähler und Wahlvorsteher nicht anders durchführen lasse.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

VI. Legung von Wasserröhren am Madamenwege.

Dem Antrage einer Anzahl Anwohner des Madamenweges östlich und westlich von der H. Kreuzstraße auf Zuführung von Wasser aus der städtischen Wasserleitung bittet der Magistrat, nachdem die Canalisation der betr. Straßenstrecke erfolgt ist, zu entsprechen und zu solchem Zwecke 3839 *M* 90 *§* zu bewilligen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, geschieht.

VII. Legung von Gas- und Wasserröhren in der verlängerten Kaiserstraße.

Zur Ausführung der Belegung der Verbindungsstraße zwischen dem Werder und der Kaiserstraße mit Gas- und Wasserröhren ersucht der Magistrat, 1973 *M* 40 *§* für das Wasserrohr und 2562 *M* 20 *§* für das Gasrohr zu bewilligen,

was ebenfalls und zwar auf gleiche Befürwortung geschieht.

VIII. Legung von Gasröhren in der Kaiserstraße.

Zur Verbesserung des Drucks im Gasrohre in der Gegend des Wollmarktes und der anliegenden Straßen, sowie in der Umgegend des Rade- und Bäckerklints, an der Breiten- und Scharnstraße hält es die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke für erforderlich, zunächst das 50 mm weite Gasrohr der Kaiserstraße gegen ein solches von 200 mm Weite auszuwechseln und letzteres über den Wollmarkt bis an die Beckenwerperstraße zu verlängern. Der Magistrat stimmt diesem Antrage zu und ersucht, den hierfür erforderlichen Betrag von 2309 M 60 S zu verwilligen.

Herr Sievers unterstützt namens der Finanzcommission auch diese Vorlage und die Versammlung genehmigt dieselbe.

IX. Canallegung vor dem Petrithore.

Die Herzogliche Baudirection hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, die erforderlichen Canäle zur ordnungsmäßigen Entwässerung des neuen Herzoglichen Krankenhauses, welches Mitte 1894 in Benutzung genommen werden soll, alsbald herzurichten. Das Grundstück muß sowohl nach der Roßstraße, als auch nach der Cellerstraße hin entwässert werden. Die definitive Canalisation der Roßstraße kann vor Ausführung des in der projectirten ersten Verbindungsstraße zwischen Roß- und Cellerstraße vorgesehenen Canals nicht erfolgen, aus welchem Grunde der Magistrat hat fordern müssen, daß die Kosten eines provisorischen Canals für diese Straße mit 2900 M zur Verfügung gestellt werden. Dieses ist geschehen und die Ausführung des bezeichneten Canals darauf angeordnet. Die definitive Canalisation der Cellerstraße kann erst nach Ausführung des in der Eichthalstraße vorgesehenen Hauptjammelcanals, dessen Kosten zu 75000 M veranschlagt sind, erfolgen. Da indessen dieser Hauptcanal nach dem festgestellten Canalisationsprogramme erst im Jahre 1895 gebaut werden würde, so haben sich die staatlichen Behörden bereit erklärt, der Stadt das Baucapital ohne dessen Verzinsung bis zum 1. October 1895 vorzuschießen. Endlich ist seitens der Stadt eine Summe von 10000 M für die Canalisation der Cellerstraße aufzuwenden. Der Magistrat beantragt demnach, zu genehmigen, daß die zum Zwecke der Entwässerung des Grundstückes des neuen Herzoglichen Krankenhauses erforderlichen Canäle in der Celler- und Eichthalstraße schon in diesem Jahre unter der Voraussetzung ausgeführt werden, daß zu den auf 85000 M veranschlagten Kosten der Staat der Stadt ein am 1. October 1895 rückzahlbares zinsfreies Darlehn von 75000 M gewähre.

Die Finanzcommission kann nach dem Berichte des Herrn Sievers die Vorlage nur zur Annahme empfehlen

und die Versammlung beschließt demgemäß.

X. Das neue Verwaltungsstatut.

Der Entwurf des Statuts, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, ist allen Mitgliedern der Versammlung mit einer Begründung des Magistrates zugegangen und bereits von der Statutencommission vorberathen. Namens derselben berichtet Herr Wolff II: Der Abschnitt IV des Entwurfs „Von den städtischen Lasten“ sei aus praktischen Gründen vorläufig aus der Berathung ausgeschieden, weil das übrige Material die heutige Versammlung genügend in Anspruch nehmen werde und der Abschnitt IV einer späteren Versammlung vorbehalten bleiben könne. Was das Statut selbst anlange, so habe die Statutencommission irgend welche erheblichen Aenderungen in demselben nicht in Vorschlag zu bringen, da es sich bei den Aenderungen nur um Einzelheiten handle.

Zu dem Eingange des Statuts sei der Wunsch zur Sprache gebracht, hinter den Worten „das Gesetz, betreffend Städteordnung für das Herzogthum Braunschweig, vom 18. Juni 1892“ in Klammern einzuschalten „(nachstehend als Städteordnung bezeichnet)“ und zwar mit dem praktischen Ziele, daß dieses Gesetz dann überall in dem Statute als „Städteordnung“ bezeichnet werden könne.

Der Vorschlag wird angenommen.

Zu dem §. 1 des Entwurfs habe die Statutencommission ursprünglich vorgeschlagen, die Worte des Absatzes 1 hinter „Anzeigen“ zu streichen. Er wolle jedoch darauf hinweisen, daß ihm auf Anregung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels nunmehr eine anderweite Gestaltung des Beginns der Voraussetzung zur Erlangung der Gesetzeskraft städtischer Statuten zweckmäßig erscheine. Demgemäß bringe er in Vorschlag, den Absatz 1 des §. 1 in folgender Weise zu fassen:

„Die Statuten der Stadt Braunschweig werden unter Aufsicht des Stadtmagistrates in einer eigenen Statutensammlung mit angemessener Auflage gedruckt und nach näherer Bestimmung des Stadtmagistrates zur Verfügung der Einwohner gehalten. Im amtlichen Theile der Braunschweigischen Anzeigen wird unter Anführung der Nummer, des Datums und Titels des Statuts, sowie unter Bezugnahme auf die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums die erfolgte Drucklegung des Statuts öffentlich bekannt gemacht.“

Der Grund für diese Aenderung liege hauptsächlich darin, daß ganz analoge Bestimmungen für die Erlangung der Gesetzeskraft Allerhöchster Verordnungen u. bestehen und eine Uebereinstimmung jedenfalls empfehlenswerth erscheine. Zugleich werde hierdurch das Bedenken beseitigt, daß die Gültigkeit der Statuten durch die bloße Bekanntmachung im amtlichen Theile der Braunschweigischen Anzeigen nicht genügend vorbereitet und zugänglich gemacht erscheine. Er hoffe, daß die Mitglieder der Statutencommission gegen diese sehr zweckmäßige Aenderung nichts einzuwenden haben.

Herr Lord meint, daß die Stadt sehr viel Geld sparen könnte, wenn sie bei größeren und wichtigeren Statuten die eigene Drucklegung ganz unterlasse und dieselbe lieber Privatunternehmern übertrage, indem diese gern bereit sein würden, die Statuten in vortrefflicher Ausstattung zu einem billigen Preise zu liefern und der Stadt möglicherweise sogar Freieemplare zu überweisen. Bei kleineren unwichtigeren Sachen könne auch die Auflage entsprechend kleiner genommen werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält es für unmöglich, ein für alle Mal die Auflage der Statuten zu bestimmen, da dieselbe wesentlich von deren Inhalte und dem Kreise derjenigen abhängt, welche sich nach dem Statute zu richten haben. Er gebe sodann auch noch zu bedenken, daß in Aussicht genommen sei, eine einheitliche Sammlung aller derjenigen Verordnungen und Reglements, möglicherweise sogar kostenlos, zu schaffen, welche von den städtischen Behörden beschlössen seien.

Die Versammlung erklärt sich mit der von Herrn Wolff II vorgeschlagenen anderweiten Fassung des Absatzes 1 im §. 1, sowie mit der Aenderung im Absatz 2 einverstanden, daß an Stelle der Worte „das betreffende Stück“ gesetzt werde: „das die Bekanntmachung enthaltende Stück . . .“

Zum §. 2 wird dem Magistrate anheimgegeben, die Ueberschrift zu ändern.

Im §. 4 ändert die Versammlung den Wortlaut des Eingangs bei jedem Bezirke (I—IV) gleichmäßig wie folgt: „Der Bezirk I (bezw. II, III, IV) umfaßt die nachgenannten Straßen 1) im ersten Districte . . . 2) im zweiten Districte“.

Beim §. 8 fragt Herr Günther an, aus welchem Grunde noch ein besonderer Protocollführer zur Fertigung eines Sitzungsprotocollcs angestellt werden solle.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß sowohl die alte, als auch die neue Städteordnung bestimme, über die Verhandlungen einer jeden Sitzung der Stadtverordneten ein Protocoll zu führen, welches am Schlusse der Sitzung behufs Genehmigung verlesen werden solle. Die Art der hier seither üblich gewesenen Protocollführung sei eine dem Gesetze entsprechende nicht. Nichtsdestoweniger sei aber ein außerordentlicher Werth zu legen auf die Fortführung von Sitzungsberichten, denn nur solche seien bislang veröffentlicht und sollen diese nach dem Statut auch ferner auf Grund stenographischer Aufnahme verfaßt und veröffentlicht werden. Die eigentlichen Sitzungsprotocolle würden in ihrer äußerer Ausdehnung sehr kurz ausfallen, indem sie nur die Gegenstände der Tagesordnung, die Anträge und die gefaßten Beschlüsse zu enthalten haben, wogegen Reden und Verhandlungen aus denselben ganz fortbleiben.

Herr Lord möchte anheimgeben, die in den §. 8 aufgenommene Verpflichtung der Stadt zur Beigabe der Sitzungsberichte zu den Braunschweigischen Anzeigen fallen zu lassen und dementsprechend den letzten Satz des §. 8 zu ändern. Das frühere Statut vom Jahre 1851 sei unter ganz anderer Voraussetzung erlassen worden. Damals habe hier nur ein einziges Blatt existirt, welches keine Sitzungsberichte

gebracht habe, so daß die Beigabe solcher nothwendig gewesen sei. Wenn es sich auch von selbst verstehe, daß allgemeine Sitzungsberichte gedruckt werden müssen, so könnte die Vertheilung derselben doch ähnlich wie bei den Statuten gehandhabt werden, indem einem jeden Bürger, der Interesse dafür habe, ein Exemplar zur Verfügung stehe. Die Kosten, welche der Stadt durch die Beigabe der Sitzungsberichte zu den Anzeigen entstehen, seien sehr erheblich und trete dazu noch der Umstand, daß die Berichte in außerordentlich unpraktischem Formate gedruckt werden. Wenn man bedenke, daß jährlich 15—20 Sitzungen abgehalten werden und jedes Protocoll 4—5 Bogen umfasse, so lege die Stadt den „Anzeigen“, welche eine Stadtauflage von rund 4000 Exemplaren besitzen werden, jährlich rund 400000 Bogen bei ohne großen Zweck. Er möchte darum vorschlagen, in der angegebenen Weise zu verfahren und die Protocolle wohl drucken zu lassen, sie aber den „Anzeigen“ nicht mehr beizugeben.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann nicht zugeben, daß die Kosten der Sitzungsberichte durch die Beigabe zu den in der Stadt circulirenden „Anzeigen“ sehr erheblich gesteigert würden. Die Auflage der „Anzeigen“ solle für das ganze Herzogthum ungefähr 4000 Exemplare betragen, während in der Stadt nur 1700 bis 1800 Exemplare versandt werden. Da nun die Kosten des Satzes ohne Rücksicht auf die Höhe der Auflage bestehen bleiben, so sei es klar, daß erhebliche Mehrausgaben durch die höhere Auflage nicht entstehen können. Vom Magistrate werde indessen kein wesentliches Gewicht darauf gelegt werden, die Sitzungsberichte den „Anzeigen“ auch ferner beizugeben, wenn die Versammlung meinen sollte, den verhältnißmäßig geringen Kostenbetrag dafür nicht aufwenden zu wollen.

Herr Wolff II legt den größten Werth auf die Veröffentlichung des Sitzungsberichtes in der bisherigen Weise, da das Interesse der Bürger für die städtischen Sachen durch den Bericht in erheblichem Maße geweckt werde. Auch empfehle er, gerade die amtlichen Braunschweigischen Anzeigen als Verbreitungsorgan für den Bericht beizubehalten, weil letzterer durch dieselben den hiesigen Amtsstellen am leichtesten zugänglich gemacht werde.

Herrn Reiche ist bekannt, daß die große Mehrzahl der Bürgerschaft die Verhandlungen gerade nach den officiellen Sitzungsberichten verfolge und zwar deshalb, weil letztere in Folge ihres etwas späteren Erscheinens viel umfangreicher als die Berichte der Tagesblätter gehalten werden können und sie auch das Ganze genauer wiedergeben, als letztere. Ueberall, wohin man auch kommen möge, beziehe man sich bei der Besprechung der Verhandlungen auf die officiellen Sitzungsberichte.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß das manchmal sehr bedeutend verspätete Erscheinen der Sitzungsberichte nur an der Verzögerung des Druckes liege. Es sei schon wiederholt zur Sprache gebracht, daß der Druck viel zu langsam gehe und erscheine es ihm nothwendig, bei weiteren derartigen Verschleppungen einer anderen Druckerei die Arbeit zu übertragen.

Herr G ü n t h e r will sich gegen den Antrag des Herrn Lord aussprechen. Wenn er auch zugebe, daß die Braunschweigischen Anzeigen nicht das richtige Publicationsorgan seien und es besser wäre, die Sitzungsberichte auch anderen hiesigen Blättern beizugeben, so müsse andererseits doch anerkannt werden, daß durch die Veröffentlichung der Protocolle der Sinn für die städtischen Interessen geweckt werde. (Zustimmung.) Er trete deshalb für die Beibehaltung des jetzigen Verfahrens ein.

Herr Lord zieht darauf seinen Antrag zurück.

Beim §. 9 fragt Herr G ü n t h e r an, aus welchem Grunde der Ausschuß für Schulangelegenheiten nur aus 5 Mitgliedern bestehen solle, während der Ausschuß für Finanzsachen doch 7 Mitglieder zählen werde.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s entgegnet, daß diese Zusammensetzung schon durch die bisherigen Bestimmungen vorgeschrieben sei.

Der Herr V o r s i z e n d e will auch noch darauf hinweisen, daß die Zahl der der Schulcommission zugewandten Sachen immer geringer gewesen sei, als bei den anderen Commissionen.

Zum §. 10 beantragt Herr H a u s w a l d t, am Schlusse eine Bestimmung des Inhalts: „Die Zeit der Commissionsitzungen wird den Stadtverordneten rechtzeitig bekannt gemacht“, aufzunehmen, damit den Stadtverordneten durch diese nur mit einer kleinen Mühewaltung verbundene Anordnung ermöglicht werde, auch die Sitzungen solcher Commissionen zu besuchen, denen sie nicht angehören.

Der Herr V o r s i z e n d e bemerkt, daß die Mehrheit der Commission gemeint habe, es sei nicht angezeigt, eine solche Mühewaltung für einen äußerst selten vorkommenden Fall aufzuwenden, zumal da der einzelne Stadtverordnete leicht den Zeitpunkt der Commissionsitzungen in Erfahrung bringen könne.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s würde den Hauswaldt'schen Antrag für unbedenklich halten, wenn die Einladungen zu den Commissionsitzungen dem Vorsitzenden der Versammlung und nicht den Vorsitzenden der verschiedenen Commissionen oblägen, welchen hierdurch aber eine große Beschränkung auferlegt werden würde. Sollte indessen eine derartige Einrichtung gewünscht werden, so lasse sich dieselbe in der Richtung ausführen, daß seitens des Magistrates versuchsweise den einzelnen Mitgliedern der Versammlung die Zeit der Commissionsitzungen mitgetheilt würde. Dagegen halte er es nicht für richtig, eine solche Bestimmung in das Statut aufzunehmen. (Zustimmung.)

Der Herr V o r s i z e n d e bemerkt, daß die Mehrheit der Commission eine solche Festlegung durch das Statut auf Jahrzehnte ebenfalls für unpraktisch gehalten habe. Man könne viel thun, ohne gerade statutarisch dazu verpflichtet zu sein.

Herr H a u s w a l d t meint, daß sich eine Benachrichtigung der Mitglieder der Versammlung leicht ausführen lasse, wenn die Commissions-Vorsitzenden dem Vorsitzenden der Versammlung oder dem Magistrate den Zeitpunkt der Commissions-

sitzungen mittheilten und derselbe dann auf der Rückseite der Einladung zur Plenarversammlung vermerkt würde.

Herr Wolff II möchte Herrn Hauswaldt anheingeben, sich damit zu begnügen, daß die Commissionsitzungen rechtzeitig auf dem Stadthause bekannt gegeben werden. Manche Commissionsitzung habe schon vor der Versendung der Einladung zur Plenarversammlung stattgefunden.

Herr Weber würde es gern sehen, wenn man unten im Stadthause eine Tafel anbringe, auf welcher der Zeitpunkt der Commissionsitzungen vermerkt stände, weil es jetzt thatsächlich manchmal schwer halte, denselben auf dem Stadthause in Erfahrung zu bringen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Oberbürgermeister Pockels und Stadtrath Ketemeyer wird der Antrag des Herrn Hauswaldt abgelehnt.

Herr Blasius hält es nicht für angezeigt, daß auch bei sieben gliedrigen Commissionen schon drei erschienene Mitglieder beschlußfähig sein sollen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß hier lediglich die Bestimmungen der gegenwärtigen Geschäftsordnung wiedergegeben seien. Da nun manches Commissionsmitglied häufig nicht in der Lage sei, an den Sitzungen theilzunehmen, so glaube er nicht, daß die Abänderung der Bestimmung zu einem glücklichen Resultate führen würde.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch hervorgehoben hatte, daß es ziemlich gleichgiltig sein könne, ob 3 oder 4 Mitglieder an einem Commissionsbeschlusse mitgewirkt haben, weil die Commission keine die Versammlung bindenden Beschlüsse fasse,

wird der Gegenstand verlassen, da ein Antrag nicht gestellt war.

Zu §. 11 wird beschlossen, vor dem Schlußworte „anzuzeigen“ noch einzuschalten „mit Angabe der Gründe“.

Nach der Bestimmung im §. 12, Absatz 2 des Entwurfs, welche lautet: „Wenn seitens des Stadtmagistrats die Bereitwilligkeit, die Anfrage zu beantworten, ausgesprochen wird, so erhält der Fragesteller zur Begründung der Frage das Wort“, sollte die Begründung der Stellung einer Anfrage erst dann erfolgen dürfen, wenn der Magistrat die Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Frage erklärt hätte. Die Statutencommission hält nun aber dafür, diesen Satz zu streichen, so daß sich die Sache danach folgendermaßen gestalten würde. Wenn eine Anfrage aus der Versammlung gestellt werde, so liege es zunächst in dem Belieben des Magistrates, die Frage zu beantworten oder abzulehnen. Entschließe sich der Magistrat zur Beantwortung derselben, dann würde der Absatz 3 des §. 12 in Betracht kommen, welcher laute: „An die Beantwortung einer solchen Anfrage darf sich eine sofortige Besprechung des Gegenstandes anschließen, wenn mindestens neun Mitglieder darauf antragen.“

Nun habe aber der Herr Oberbürgermeister vor der Sitzung hervorgehoben, ob es sich nicht doch empfehle, den Paragraphen in seiner ursprünglichen Fassung stehen zu lassen und ihm einen Zusatz des Inhalts: „Falls der Magistrat die Beantwortung ablehnt, kann eine sofortige Besprechung nur stattfinden, wenn die Versammlung mit Stimmenmehrheit dieselbe beschließt“, zu geben. Der Herr Bericht-erstatte kann sich für diese Aenderung nicht aussprechen, sondern giebt den Beschlüssen der Statutencommission den Vorzug, da er den größten Werth darauf lege, daß der Fragesteller, ehe der Magistrat zu der Frage Stellung genommen habe, zur Begründung seiner Anfrage das Wort erhalte. Außerdem halte er es auch nicht für angezeigt, daß überall noch eine Discussion stattfinden könne, wenn der Magistrat die Beantwortung einer Frage abgelehnt habe, da in solchem Falle der Fragesteller unter allen Umständen auf den Weg des Antrages zu verweisen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Soweit ihm die Geschäftsordnungen anderer Körperschaften bekannt seien, enthalten dieselben überall die Vorschrift, daß vor der Begründung einer Anfrage erst die Bereitwilligkeit der Stelle, an welche die Frage gerichtet werden solle, zur Beantwortung ausgesprochen sein müsse. Der Magistrat halte es daher nicht für bedenklich, hier eine derartige Vorschrift einzuführen und meine, daß es richtig sei, den §. 12 im vollen Umfange stehen zu lassen und ihm noch zuzufügen, daß, im Falle der Magistrat die Beantwortung einer Frage ablehne, eine sofortige Besprechung derselben nur stattfinden könne, wenn die Versammlung solches mit Mehrheit beschließe. Hierbei sei für den Magistrat bestimmend gewesen, die Rücksicht, daß der Magistrat nach menschlicher Voraussicht die Beantwortung einer Anfrage niemals aus anderen Gründen ablehnen werde, als im Interesse der Sache selbst. Wenn dagegen eine Minderheit der Versammlung solche Besprechung sollte herbeiführen können gegen den Willen des Magistrates, so würde dieses für die Stadt leicht zu Bedenlichkeiten Veranlassung geben können und sei zu befürchten, daß die Folgen eines solchen Vorgehens dem Magistrate in die Schuhe geschoben würden. Spreche sich aber die Mehrheit der Versammlung für eine Besprechung der Frage aus, dann sei auch die Versammlung für die etwaigen Folgen verantwortlich. Dieselben Gründe treffen zu, wenn eine Frage begründet werden könne, bevor der Magistrat sich zur Beantwortung derselben bereit erklärt habe, denn nach der Begründung sei es schon zu spät, in dieser Beziehung eine Zurückhaltung eintreten zu lassen. Er möchte deshalb anheimgeben, den §. 12 mit dem Zusatz des Magistrates anzunehmen. Sollte die Versammlung sich mit der jetzigen Erklärung des Herrn Referenten dahin einverstanden erklären, daß, wenn überhaupt die Beantwortung abgelehnt werde, eine Besprechung unter keinen Umständen eintreten könne, so sei der Magistrat damit gern einverstanden. In solchem Falle könnte ja der Fragesteller seine Frage sofort wieder als Antrag einbringen und wäre eine sofortige Berathung desselben statthast.

Herr Wolff II glaubt, daß der Herr Oberbürgermeister die Bestimmungen des Paragraphen nicht richtig aufgefaßt habe. Der Magistrat solle niemals durch Majoritätsbeschluß zur Beantwortung einer Anfrage veranlaßt werden, und erst dann, wenn der Magistrat eine Frage beantwortet habe, solle sich an diese Beantwortung eine sofortige Besprechung anschließen können. Sobald der Magistrat aber die Beantwortung ablehne, sei die Sache damit endgiltig erledigt. Die Begründung der Anfrage erscheine indessen nothwendig, um hierdurch dem Magistrate die Richtung derselben näher darzulegen. Er glaube daher, daß in diesem Paragraphen nichts liege, was die Stellung des Magistrates irgendwie verletzen könnte.

Der Antrag der Statutencommission wird darauf angenommen.

Zum §. 14, Absatz 2, welcher lautet: „Ueber einen und denselben zur Berathung stehenden Gegenstand kann jeder Stadtverordnete mit Ausnahme des Berichterstatters nur zweimal reden,“ will Herr Wolff II constatiren, daß durch diese Bestimmungen selbstverständlich persönliche Bemerkungen nicht getroffen werden sollen.

Herr Hauswaldt beantragt, diesen Absatz überhaupt zu streichen, da es unter Umständen sehr unangenehm sein könne, wenn ein Redner nicht noch zum dritten Male das Wort nehmen dürfe. Gegen einen Redner aber, der über Gebühr die Geduld der Versammlung in Anspruch nehme, seien in den §§. 14 und 15 genug Zwangsmittel vorgesehen.

Herr Günther schließt sich dem Vorredner an, weil er die Vorschrift für überflüssig halte. Meistens werde überhaupt nicht viel in der Versammlung gesprochen, da die meisten Punkte sogar ohne jede Discussion erledigt werden. Dagegen halte er es für angezeigt, die Zulässigkeit persönlicher Bemerkungen besonders durch eine Bestimmung anzuordnen.

Der Herr Vorsitzende hält den Absatz 2 des §. 14 für eine äußerst praktische Vorschrift, die auch in die Geschäftsordnung des Landtages aufgenommen sei. Der Irrthum des Redners bestehe häufig darin, daß er glaube, mit seiner dritten oder vierten Rede noch irgend welchen Eindruck auf die Zuhörer zu machen. In zwei Reden von einer je 10 Minuten langen Dauer lasse sich, abgesehen von ganz besonderen Vorkommnissen, über welche längere Auslassungen gestattet werden können, Alles vorbringen, was verständigerweise vorzubringen sei.

Herr Wolff II schließt sich den Ausführungen an. Bezüglich der weiteren Zulassung persönlicher Bemerkungen wolle er nochmals erwähnen, daß letztere durch die Bestimmung im §. 14, Absatz 2 nicht getroffen werden sollen. Sofern die Versammlung gegen diese Auffassung keinen Widerspruch erhebe, könne später nicht eine andere Ansicht darüber Platz greifen.

Die Anträge der Herren Hauswaldt und Günther werden darauf abgelehnt. In den Absatz 1 des §. 15 wird vor dem Worte „noch“ eingeschaltet „auf Verlangen“.

Mit Bezug auf einen Beschluß der Commission, dem Vorsitzenden der Versammlung gewisse discretionaire Befugnisse hinsichtlich der Ertheilung des Ordnungsrufes und der Entziehung des Wortes einzuräumen, sei vom Herrn Oberbürgermeister eine Fassung gefunden, welche dem entsprechenden Beschlusse der Commission nach der Ansicht des Herrn Berichterstatters bedeutend vorzuziehen sei. Er könne deshalb die Annahme dieser hinter §. 11 einzuhaltenden Bestimmungen nur befürworten. Dieselben lauten:

§. 11 a.

„Stadtverordnete, welche gegen die Geschäftsordnung verstoßen, oder welche sich gesetzwidrige oder die Würde der Versammlung verletzende Äußerungen zu Schulden kommen lassen, werden von dem Vorsitzenden zur Ordnung gerufen. Gegen den ihm ertheilten Ordnungsruf kann der Betroffene im Laufe derselben Sitzung Einspruch erheben, worauf die Versammlung ohne vorherige Verhandlung darüber beschließt, ob der Ordnungsruf gerechtfertigt sei oder nicht.

Fährt ein Redner nach ertheiltem Ordnungsruf fort, gegen die Ordnung zu verstoßen, so kann die Versammlung auf die Anfrage des Vorsitzenden beschließen, daß dem Redner das Wort über den vorliegenden Gegenstand zu entziehen ist.“

Herr Günther hält die ganze Bestimmung für äußerst überflüssig. Während der langen Reihe von Jahren seiner Zugehörigkeit zur Versammlung sei es nur zwei Mal unter dem früheren Vorsitzenden, Herrn Otto, vorgekommen, daß sich der Vorsitzende veranlaßt gesehen habe, einen Ordnungsruf zu ertheilen. Es sei dieses geschehen, obwohl die Geschäftsordnung gar keine Bestimmung darüber enthalten habe. Er bitte daher, die Bestimmungen fallen zu lassen.

Der Herr Vorsitzende muß die Aufnahme der Bestimmungen für um so unbedenklicher halten, als Herr Günther selbst gesagt habe, daß dem Vorsitzenden das Recht der Ertheilung des Ordnungsrufes zur Seite stehe.

Herr Rudeloff findet es bedenklich, einen Einspruch gegen den Ordnungsruf zuzulassen, da die Versammlung sich, was die Disciplinarverhältnisse betreffe, niemals in Widerspruch zu ihrem Vorsitzenden stellen sollte. Es müßte dadurch die Autorität des Vorsitzenden erheblich leiden.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß dem gegenüber solche Bestimmung als selbstverständlich betrachten. Auch der Vorsitzende sei nicht immer unfehlbar und könne sich einmal zu einem Ordnungsrufe versteigen, wo er nicht gerecht sei. Darum

müsse aber dem Betroffenen das Recht eingeräumt werden, an die Versammlung zu appelliren, denn es sei doch immerhin ein Makel, der durch den Ordnungsruf dem Einzelnen momentan angehängt werde. Die Bestimmung finde sich nicht allein in der Geschäftsordnung für die Landesversammlung, sondern auch in verschiedenen auswärtigen Geschäftsordnungen.

Herr Wolff II hält die Aufnahme dieser Bestimmung für vollständig richtig, wenn man auch dem Tactgeföhle des Vorsitzenden zutrauen müsse, daß er nicht fehlgreife. So gut man sich den Fall denken könne, daß ein Stadtverordneter sich hin und wieder einen Ordnungsruf zuzuziehen vermöge, so gut könne auch der Vorsitzende in der Erregung einmal einen Ordnungsruf ertheilen, der nicht statthaft sei.

Herr Rudeloff muß dieses dennoch für bedenklich halten, da hieraus nur folgen könne, daß in solchem Falle der Vorsitzende sofort zurücktrete. (Zustimmung.) Wenn wirklich einmal Jemand sich durch den Ordnungsruf des Vorsitzenden verletzt fühlen sollte, so könne er sich mit dem Geföhle seiner Unschuld begnügen, zumal da ihm in solchem Falle die ganze Versammlung zur Seite stehen würde.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf hinweisen, daß dergleichen Fälle andernwärts schon vorgekommen seien und der Vorsitzende erklärt habe, sein Amt niederlegen zu wollen, worauf ihn die Versammlung sofort wieder gewählt habe.

Herr Hauswaldt möchte wissen, auf welche Weise ein Stadtverordneter geschüßt werden könnte, der durch ein Magistratsmitglied in seiner Ehre angegriffen würde.

Der Herr Vorsitzende bemerkt darauf, daß der Vorsitzende nach der Städteordnung die Versammlung zu leiten habe. Wenn nun der Magistrat die Verhandlungen in einer Weise stören sollte, die als eine angemessene nicht mehr zu erachten sei, so würde derselbe von dem Vorsitzenden ersucht werden müssen, solches zu unterlassen. Da der Magistrat in der Versammlung anwesend sei, so habe er sich auch den Anordnungen des Vorsitzenden zu unterwerfen.

Herr Wolff II macht darauf aufmerksam, daß nöthigenfalls auch noch das Disciplinarverfahren in Anwendung kommen könne und die Versammlung auf Grund desselben bei der Disciplinarbehörde den nöthigen Schutz finden würde.

Herr Günther möchte, da die Versammlung seinen Antrag doch nicht annehmen wolle, wenigstens dafür eintreten, daß die zweite Bestimmung in das Statut aufgenommen würde. Gegen etwaige Angriffe des Magistrates sei man ja durch persönliche Bemerkungen in etwas geschüßt.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß die Frage, inwieweit die Mitglieder des Magistrates der Disciplinargewalt des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung unterworfen seien, eine äußerst bestrittene sei und er auch nicht glaube, daß die Versammlung die Frage hier zum Austrage bringen wolle.

Der Antrag auf Annahme der Bestimmungen des neuen §. 11a wird darauf genehmigt.

Zum §. 18 werden folgende Aenderungen gutgeheißen: Im Absatz 2 fallen die Worte: „alle Sachen, die ihren gewiesenen Gang haben“, fort, während das Schlußwort „abgemacht“ in „erledigt“ geändert wird. Im Absatz 3 wird für das Wort „Abordnungen“ das auch in der Städteordnung angewandte Wort „Deputationen“ gesetzt und der zweite Satz wie folgt geändert: „Dieselben sind verpflichtet, die Entscheidung des Stadtmagistrates herbeizuführen: . . .“, während der Punkt 3 folgenden Wortlaut erhält: „3. in allen Fällen, wo eine Berichterstattung an Herzogliches Staatsministerium erforderlich ist.“

Im §. 19 nimmt die Versammlung folgende Aenderungen vor: Im ersten Satze wird vor „Deputationen“ eingeschaltet „gemischte“; bei Punkt 1 gesetzt statt „Decernate“ „Vorträge“ und für „der Decernent“ „das vortragende Mitglied“; bei Punkt 4 wird für „dem Vorsitzenden“ gesagt „einem Mitgliede des Stadtmagistrates“.

Herr Hauswaldt wünscht als 6. Deputation eine „Park-Deputation“ eingefügt zu sehen, welche die Verwaltung der anzulegenden und angelegten Parks zu besorgen und aus einem Mitgliede des Magistrates, sowie aus drei Bürgern zu bestehen habe. Die Einfügung solcher Deputation könne durchaus keinen Bedenken unterliegen und werde dieselbe für die städtischen Parks von großem Vortheile sein.

Herr Wolff II ist der Ansicht, daß kein Bedürfniß vorliege, solche Deputation in die organische Gestaltung des jetzigen Verwaltungsstatuts zu bringen, und man die Schaffung derselben der am 1. April ins Leben tretenden neuen Versammlung überlassen müsse, zumal da sich möglicherweise die Einrichtung noch weiterer Deputationen als wünschenswerth ergebe. Bevor eine neue Deputation in das Statut aufgenommen werden könnte, müßte erst die ganze Organisation derselben seitens der betr. städtischen Organe geordnet sein.

Der Hauswaldt'sche Antrag wird abgelehnt.

Im §. 19a werden die Worte „auf den Grund . . .“ abgeändert in „auf Grund . .“ und **im §. 22**, Absatz 2 fallen die Worte „und Verschönerungsanlagen“ . . . „und der öffentlichen Anlagen“ . . . fort.

Bei den §§. 26 und 27 fragt Herr Günther an, ob es gesetzlich festgelegt sei, daß zur Anstellung im städtischen Dienste Niemand vor Zurücklegung des 25. Lebensjahres gelangen könne und daß Mitglieder des Stadtmagistrates niemals auf Widerruf oder Kündigung angestellt werden dürfen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß eine gesetzliche Bestimmung darüber nicht bestehe, daß indessen die bisherige Praxis beibehalten sei, weil sie sich als außerordentlich nützlich bewährt habe.

Im §. 35 wird sodann der Betrag der Tagegelder unter 1 von 6 *M* auf 9 *M* geändert und **im §. 37** vor „Verwaltungs-Deputationen“ das Wort „gemischten“ eingeschaltet.

Der Abschnitt IV „Von den städtischen Lasten“ bleibt zunächst außer Berathung. **Zum §. 84** beschließt die Versammlung, hinter den Worten „auf Beschluß der Armen-Direction“ einzuschalten „oder der Mehrheit der Bezirks-Ausschüsse“, nachdem

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt hatte, daß der Magistrat sachlich mit der Zusatzbestimmung einverstanden sei, in Bezug auf die Form aber anheimgabe, dem unveränderten Texte des §. 84 zuzufügen: „Verpflichtet zur Berufung einer gemeinschaftlichen Versammlung ist die Armendirection, wenn die Mehrzahl der Bezirks-Ausschüsse solches unter Angabe der Berathungsgegenstände verlangt.“

Der §. 90 wird im Absatz 1 wie folgt gefaßt: „Den geschlossenen städtischen Armen-, Pflege- und Krankenanstalten ist eine der Armendirection unterstehende besondere Aufsichtscommission vorgelegt, welche den Namen „Pflegehausdeputation“ führt.“

Herr Kiefe will bei dieser Gelegenheit nochmals anregen, daß frühzeitig vor Weihnachten Heizmarken seitens der Armenverwaltung ausgegeben werden möchten, damit die Armenpfleger die Leute auch befriedigen könnten. Seine im vorigen Jahre gegebene bezügliche Darstellung sei namentlich von dem Berichterstatter des „Tageblattes“ in vollständig verkehrter Weise wiedergegeben worden. Wenn in der Sitzung der Armenpfleger gesagt werde, die hierfür zu verwendenden Summen seien schon im vorigen Jahre mit ausgegeben, so meine er, daß in solchem Falle andere Quellen erschlossen werden müßten.

Dem §. 92 giebt die Versammlung folgenden Wortlaut: „Der Zeitpunkt, an welchem der Städtischen Bauverwaltung das Canalbauwesen unterstellt werden soll, wird durch den Stadtmagistrat mit Zustimmung der Stadtverordneten bestimmt und öffentlich bekannt gemacht.“

Herr Günther vermißt in dem Abschnitt VI „Armenordnung“ des Statuts eine Bestimmung, nach welcher beispielsweise die unter dem Namen „Christinchen“ in der Gegend des Steinhores bekannte Frauensperson im Pflegehause untergebracht werden müsse. Diese Person erzeuge zwar gerade kein Aergerniß, aber doch Anstoß bei den Anwohnern der Steinhorgegend. Derselben solle der Aufenthalt im Pflegehause durch die ihr gewordene Behandlung früher verleidet sein. (Widerspruch.) Wenn man ihr ein Schnäpßchen lasse, werde sie sich dort auch wohl halten lassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß in solchen Fällen die Herzogliche Polizei-Direction zuständig sei, Abhilfe zu schaffen.

Herr Bültemann will noch erläuternd hinzufügen, daß dieses sogenannte „Christinchen“, wie allgemein bekannt, meistens vor dem Steinhore unter Hecken,

Gräben und dgl. schlafe und daß verschiedentlich versucht sei, dasselbe im Armenhause unterzubringen. Es sei aber gar nicht möglich, diese Person dort zu halten, wenn sie nicht festgebunden werde und darum sei ihr auch nicht zu helfen. Sie werde den Anwohnern eigentlich nur dann unbequem, wenn es so kalt sei, daß sie draußen nicht logiren könne.

Herr Günther hält die Sache damit nicht für abgethan, denn wenn die Frau einmal draußen erfriere, so falle dieses unter Umständen der Polizei zur Last.

Da gegen die weiteren Bestimmungen des Statutentwurfs Einwendungen nicht erhoben werden, so wird die Berathung damit geschlossen.

XI. Selbstständiger Antrag des Herrn Rieke auf Einrichtung von Sanitätswachen.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, baldmöglichst eine Vorlage an dieselbe gelangen zu lassen betreffs Einrichtung von Sanitätswachen zur Regelung ärztlicher Hülfe, besonders bei Nachtzeit“.

Zur Begründung führt Herr Rieke Folgendes aus: Vor einer längeren Reihe von Jahren habe er denselben Antrag gestellt, der aber abgelehnt sei. Damals sei ebenfalls ein sehr crasser Fall zur allgemeinen Kenntniß gekommen, indem eine in anderen Umständen befindliche Frau fünf Tage lang keine ärztliche Hülfe habe erhalten können, bis der alte ehrwürdige und noch heute am Plage befindliche Professor Fäbebeck von dem Falle Kenntniß erhalten habe und auf eigene Veranlassung der Frau zu Hülfe geeilt sei. Man habe sich damals erkundigt, wo solche Sanitätswachen eingerichtet seien, aber man habe sich nicht bewegen gefunden, auf den Antrag einzugehen. Heute liege die Sache wieder ähnlich, da es namentlich für den Arbeiter sehr schwer sei, bei Nachtzeit ärztliche Hülfe zu erhalten. Wenn er auch nicht näher auf den jetzigen Fall eingehen wolle, so könne er doch behaupten, daß an die Deffentlichkeit immer nur das Wenigste komme. Darum sei es nöthig, auf diesem Gebiete mehr Sicherheit für die gesammte Bevölkerung der Stadt zu schaffen. Die Anstellung von Oberärzten habe wenig oder gar keinen Werth und würde möglicherweise auch collidiren mit den von der Regierung angestellten Physikis für Stadt und Land, so daß er hierauf gar keinen Werth legen könne. Wenn an einem oder zwei Thoren ein Sanitätsdienst wie der Dienst bei der Polizei und den Nachtwächtern eingerichtet würde, indem einige Assistenzärzte und vielleicht auch eine Hebamme zugegen wären, so klopste und klingelte der Arbeiter nicht vergebens und brauchte sich auch nicht zu legitimiren, um Hülfe zu bekommen. Indem er um Unterstützung des Antrages bitte, behalte er sich die weitere Begründung für die Berathung desselben vor.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statuten commission zur Vorberathung überwiesen.

XII. Mittheilung des Stadt-Magistrates.

Namens des Stadt-Magistrates hat Herr Stadtrath Ketemeyer der Versammlung folgende Mittheilung zu machen: Gegenüber den von Herrn Lange geführten Klagen über das zu langsame Fortschreiten des Baues der beiden Bedürfnisanstalten habe sich die Städt. Bauverwaltung dahin geäußert, daß die Fertigstellung der Bedürfnisanstalt auf dem Hagenmarke durch den Eingriff des Herzoglichen Staatsministeriums, welcher zur einstweiligen Sistirung des Baues geführt habe, veranlaßt sei. Was sodann die Anstalt auf dem Kohlmarke betreffe, so sei die Verzögerung herbeigeführt, einmal durch den Umstand, daß mit Rücksicht auf den sehr beschränkten Raum eine größere Anzahl von Arbeitern nicht gleichzeitig habe beschäftigt werden können und außerdem auch, weil man bei der Ausschachtung des Bodens auf die gewaltigen Fundamentmauern der ehemaligen St. Ulrichkirche gestoßen sei und diese erst habe beseitigen müssen, endlich aber, weil die dort gezogenen Patentwände erst vollständig haben austrocknen müssen, was ziemlich lange Zeit in Anspruch genommen habe. Inzwischen sei nun die Anstalt fertiggestellt und heute Morgen der Benutzung übergeben, auch werde hoffentlich die Anstalt auf dem Hagenmarke recht bald ihrem Zwecke überwiesen werden können.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten geschlossen.

In gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten wird sodann unter dem Voritze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels zur Neuwahl zweier unbesoldeten Magistratsmitglieder für die mit Ende März d. Js. ausscheidenden Stadträthe Götte und Ramdohr geschritten.

Bei der Ersatzwahl für den Stadtrath Götte werden 31 Stimmzettel abgegeben, von denen 26 den Namen des Herrn Götte, 2 den Namen des Herrn Wolff I und 1 den Namen des Herrn Lange tragen, während 2 unbeschrieben sind.

Herr Götte ist demnach wiederum zum unbesoldeten Mitgliede des Magistrates gewählt und nimmt die Wahl an.

Bei der Wahl für den Stadtrath Ramdohr sind wiederum 31 Stimmzettel abgegeben. Hiervon tragen 25 den Namen des Herrn Ramdohr, 3 den Namen des Herrn Wolff I und 1 den Namen des Herrn Lange, während 2 unbeschrieben sind.

Herr Ramdohr ist also ebenfalls wiedergewählt.

Die gemeinschaftliche Sitzung ist damit beendet.

In vertraulicher Sitzung der Stadtverordneten wird die Anstellung des Schreibgehilfen Emil Beyer als Magistratschreiber, sowie ferner genehmigt, daß

der Registraturgehilfe Pape das Amt eines Protocollführers und der Magistratsdiener Severit das Amt eines Boten für die Schiedsgerichte in Sachen der Invaliditäts- und Altersrenten nebenamtlich übernehmen können. Endlich wählt die Versammlung noch den Lehrer Heinrich Freise zum Armenpfleger für einen neu zu bildenden Bezirk.

Schluß 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 2. Februar 1893.

Öffentlich:

I. Die Haushaltsrechnungen von 1888	Seite 22
II. Versicherung der Husarencaferne gegen Feuergefähr.	" 23
III. Erstattung von Canalbaukosten	" 23
IV. Verwendung der Bündiger'schen Legate.	" 24
V. Der Zugangsweg zum Luerumer Holze	" 24
VI. Uebernahme der Reichenberg- und Lampestraße, sowie Rückzahlung von Straßenbaukosten.	" 27
VII. Aenderung des Ortsbauplanes an der Cellerstraße	" 28
VIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Riecke auf Einrichtung von Sanitäts- wachen	" 28
IX. Etat der Friedhöfscasse	" 32
X. Festsetzung der Straßenbaukosten für einen Theil der Limbeckerstraße . .	" 32
XI. Gesuch wegen Aenderung des Ortsbauplanes vor dem Steinhore	" 33
XII. Canallegung an der Helmstedterstraße	" 33
XIII. Der neue Stadthausplan	" 34
XIV. Baulinie an der Wilhelm- und neuen Knochenhauerstraße	" 39
XV. Annahme von fünf Bürgererschullehrern	" 39
XVI. Das neue Verwaltungsstatut (Fortsetzung)	" 39
XVII. Abänderung des Ortsbaustatuts	" 50
XVIII. Anfrage des Herrn Brückmann wegen des städtischen Leitungswassers .	" 50
XIX. Selbstständiger Antrag des Herrn Bültmann auf Beschaffung eines Schneepfluges	" 51
XX. Desgl. des Herrn Günther auf Instandsetzung des Königstieges	" 51
XXI. Mittheilung des Stadt-Magistrates	" 51

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer, Heymann, Meyer und Ramdohr, sowie Assessoren von Frankenberg und Reidemeister.
Entschuldigt Herr Wilke.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Semler, werden zunächst die Protocolle *N* 12—14 vom vorigen Jahre genehmigt. Darauf giebt der Herr Vorsitzende bekannt, daß nach einem ihm zugegangenen Schreiben des Stadt-Magistrates dieser sich außer Stande sehe, dem Antrage der Versammlung auf Anbringung eines transparenten Zifferblattes an dem Thurme der Andreaskirche (Seite 271 des Prot.) zu entsprechen, weil sich der Kirchenvorstand von St. Andreas mit überwiegender Mehrheit gegen eine derartige Ausführung und zwar wegen der damit verbundenen Feuersgefahr ausgesprochen habe.

Sodann wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Die Haushaltsrechnungen von 1888.

Wie Herr Natalis berichtet, ist die Richtigkeit der sämtlichen in Frage kommenden Rechnungen des Jahres 1888 in rechnerischer Beziehung durch reichliche Stichproben festgestellt. Die Aufstellungen seien sehr klar, übersichtlich und sachgemäß ausgeführt, auch die von den städtischen Organen beschlossenen Einnahme- und Ausgabebewilligungen rechnungsmäßig richtig eingestellt, soweit dieselben für das Jahr 1888 überhaupt haben ausgeführt werden können. Unzulässige Ausgabeüberschreitungen seien nicht vorgekommen. Die Rechnung ergebe einen Reinüberschuß von 43 802 M 65 S. Namens der Finanzcommission beantrage er demgemäß, die Entlastung der ausführenden Behörde aussprechen zu wollen.

Hinsichtlich weiterer Prüfungen habe er dagegen zu beantragen, daß den Revisoren bei ihrer schwierigen Controlarbeit die Mithülfe der zuständigen Cassenbeamten gewährleistet werde. Das Auffinden der verschiedenen Abschnitte sei oft außerordentlich langwierig und umständlich; es erfordere immer von Neuem ein mühseliges Einarbeiten in eine fremde Materie, während ein Eingeweihter die erforderliche Aufklärung mit Leichtigkeit zu geben vermöge. Besonders trete dies hervor bei allen Positionen, die auf außeretatmäßigen Bewilligungen der Stadtverordneten beruhen und bei denen in der Rechnungsführung nur die jeweilige Anweisung des Magistrates notirt sei, während gerade die Bezeichnung des Sitzungsprotocolles der Stadtverordneten-Versammlung eine wesentliche Erleichterung schaffen würde. Ebenso verursachen die Verschiebungen aus dem einen Jahre in das andere, namentlich im Extraordinarium, oft viel Kopfzerbrechen. Er bitte den Magistrat, diesen Wünschen im Interesse einer gründlichen Prüfung zu willfahren.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß dem Wunsche auf Beigabe eines technischen Beamten nichts entgegenstehe. Es werde aber richtig sein, in dieser Beziehung die Anträge des jeweiligen Referenten abzuwarten, weil der Eine oder Andere vielleicht auf solche Mithilfe verzichte. Den weiteren Wunsch auf Beifügung des Datums der Zustimmung der Versammlung zu den einzelnen Rechnungspositionen verstehe er insofern nicht, als nach den schon jetzt bestehenden Vorschriften dieses Datum immer vermerkt sein solle. Er werde Veranlassung nehmen, darauf hinzuwirken, daß in Zukunft gegen diese Vorschrift nicht gefehlt werde.

Herr Sievers kann aus den ihm zur Prüfung vorliegenden Rechnungen des Jahres 1889 feststellen, daß bei den einzelnen Posten häufig auch die Seite des Protocoll'es vermerkt sei, wenn auch in manchen Fällen solche Angabe fehle.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält es nicht für durchführbar, auch die Seite des Sitzungsberichtes in den Rechnungen zu vermerken, weil letzterer häufig erst mehrere Wochen nach dem Erlasse der Kassenanweisungen erscheine. Wenn das Datum der Sitzung angegeben werde, möchte wohl allen billigen Anforderungen Genüge geleistet sein. (Zustimmung.)

Die Entlastung wird darauf ausgesprochen.

II. Versicherung der Husarencaferne gegen Feuergefähr.

Der Magistrat ist benachrichtigt worden, daß spätestens am 1. April d. Js. die bislang vom Braunschweigischen Husaren-Regimente benutzten fiskalischen Grundstücke in den Besitz der Stadt übergehen werden. Da nun die Caserne am Monumentsplatz jedenfalls stehen bleiben wird, so hat der Magistrat bereits die nöthigen Schritte gethan, dieses Gebäude gegen Feuergefähr zu versichern. Eine Versicherung der übrigen Gebäude kann er indessen nicht für erforderlich halten, weil dieselben voraussichtlich werden beseitigt werden. Die Versammlung wird ersucht, eine etwa entgegenstehende Ansicht dem Magistrate zur Kenntniß zu bringen.

Die Finanzcommission kann sich nach dem Berichte des Herrn Wolff I nur damit einverstanden erklären, daß mit Rücksicht auf die voraussichtlich kurze Zeit, welche die betr. Gebäude noch stehen werden, von einer Versicherung derselben Abstand genommen werde, zumal da es sich nur um Gebäude handle, die keine besondere Feuergefähr bieten. Die Commission glaube daher, die Verantwortlichkeit für die Nichtversicherung mit dem Magistrate ohne Bedenken theilen zu können und gebe anheim, sich hiermit einverstanden zu erklären,

was geschieht.

III. Erstattung von Canalbaukosten.

Wenn der Magistrat auch dem Antrage des Civilingenieurs Königsdorf auf stadtseitige Uebernahme der östlichen Theilstrecke der Nordstraße wegen noch nicht

genügender Bebauung derselben nicht zustimmen kann, so findet sich doch magistratsseitig dagegen nichts einzuwenden, daß dem Genannten die Kosten für den daselbst gezogenen Abzugscanal im Restbetrage von 3843 M 39 S zurückerstattet werden. Es wird deshalb ersucht, diesem Antrage zuzustimmen. Außerdem hat der p. Rönigsdorf gebeten, eine entsprechende Theil-Rückzahlung auf die von ihm für die Eschenburgstraße verauslagten Canalisationskosten im Gesamtbetrage von 2218 M 25 S eintreten zu lassen. Der Antrag des Magistrates geht dahin, hierauf zunächst 1500 M zurückzuzahlen.

Die Finanzcommission läßt beide Anträge durch Herrn Seele befürworten und die Versammlung genehmigt dieselben.

IV. Verwendung der Bündiger'schen Legate.

Die der Stadt zugefallenen Bündiger'schen Legate, nämlich 3000 M ausgelegt zu Gunsten der Armenanstalt, 1500 M ausgelegt zu Gunsten der Armen-Arbeitsanstalt und 6000 M zu Gunsten der Versorgungsanstalt für alte Männer und Frauen beabsichtigt der Magistrat nach Anhörung der Armen-Direction in der Weise zu verwenden, daß 7500 M dem für die Zwecke des Pflegehauses bestimmten Stiftungsvermögen und 3000 M dem Stammvermögen der Herzoglichen Gelder zugeführt werden. Durch solche Verwendung wird nach der Ansicht des Magistrates eine wünschenswerthe Vergrößerung jener Stammvermögen herbeigeführt und auch der Zweckbestimmung der Legate am ehesten Rechnung getragen. Der Magistrat ersucht daher, die vorbezeichnete Vergrößerung des Stammvermögens der Herzoglichen Gelder gutzuheißen und die Aufbarmachung der Capitalien durch Ankauf von sicheren Inhaberpapieren zu genehmigen.

Wie Herr Wolff I berichtet, kann die Finanzcommission die Anträge nur befürworten, weil sie mit dem Magistrate darin übereinstimme, daß der Wortlaut der betr. letztwilligen Verfügung eine andere Verwendung der Gelder kaum zulasse. Von dieser Erwägung ausgehend, gebe sie anheim, den Magistratsanträgen die Zustimmung zu ertheilen.

Die Vorlage wird angenommen.

V. Der Zugangsweg zum Querumer Holze.

Im Neubauetat der Wegebaucasse vom Jahre 1892 sind 3000 M ausgeworfen, für Herstellung eines directen Fußweges nach dem Querumer Holze nebst Ueberbrückung der Schunter. Behufs Herrichtung eines solchen Verbindungsweges bringt nun der Magistrat in Vorschlag, den vom Bültenwege abzweigenden und in gerader Richtung auf das Holz zuführenden sogenannten Wienröder Weg durch die Schunterwiesen, unter Ueberbrückung der Schunter, bis an den südlichen Holzrand fortzuführen. Dagegen erscheint dem Magistrate nicht erforderlich, einen

ordnungsmäßig befestigten Zugangsweg anzulegen, weil das Querumer Holz notorisch doch nur bei gutem Wetter besucht werde. Die Stadt. Bauverwaltung hatte empfohlen, diesen sogen. Bienröder Weg in gerader Richtung bis zum Holze fortzuführen, innerhalb der der Ueberfluthung ausgesetzten Wiesen einen erhöhten, theilweise zu pflasternden Weg anzulegen und die Schunter mittelst einer 2 m breiten hölzernen Brücke, mit Rampen auf beiden Seiten, zu überbrücken. Auch diese Ausführung kann der Magistrat nicht für erforderlich halten, ist vielmehr der Ansicht, daß der vom nördlichen Ende des Bienröder Weges nach den Schunterwiesen führende, etwa 4 m breite Weg sehr wohl benutzt werden kann, so daß es genüge, wenn außer der Brücke diesseits und jenseits der Schunter innerhalb der tief liegenden Wiesen ein erhöhter, theilweise gepflasterter 4 m breiter Weg hergerichtet werde. Die Kosten der Ausführung werden übrigens gleichwohl annähernd 3000 M betragen. Um das Verfügungsrecht über das erforderliche Terrain zu erhalten, empfiehlt der Magistrat weiter, dasselbe von Herzoglicher Kammer zu pachten und zwar diesseits der Schunter vom sogenannten Landihcampe 3,30 a und jenseits der Schunter von der Butterbergwiese 1,60 a. An Entschädigungen für die aus der Pacht fallenden Flächen sind 100 M nur für das laufende Jahr und 23 M jährlich für die Jahre bis einschließlich 1898 zu zahlen. Bei Beendigung der Pachtverträge empfiehlt der Magistrat im Einvernehmen mit der Herzoglichen Kammer die fraglichen Wiesen stadtfestig zu pachten und entweder den Graswuchs alljährlich zu verkaufen oder sonstwie zu nutzen, oder aber eine Ackerverpachtung eintreten zu lassen. Abgesehen von Zahlung der bezeichneten Entschädigung hat die Herzogliche Kammer nur die Herstellung einer mit Grassamen zu besäenden Rampe an betreffender Stelle, Rückgabe des benutzten Terrains in einem zur Wiesenkultur völlig geeigneten Zustande, event. Ersatz des Minderwerthes gefordert, auf welche Bedingungen einzugehen der Magistrat empfiehlt.

Das Ersuchen desselben geht nunmehr dahin, zu genehmigen, daß

- 1) das fragliche Project in der vorstehend beschriebenen Weise unter Verwendung der dafür ausgeworfenen Mittel ausgeführt werde;
- 2) für Hergabe des erforderlichen Terrains der Herzoglichen Kammer für das laufende Jahr eine Entschädigung von 123 M und für die Jahre 1894—1898 eine Entschädigung von jährlich 23 M gezahlt, sowie endlich
- 3) die gesammte Butterbergwiese vom 1. Januar 1894 an für jährlich 250 M und der Landihcampe von Michaelis 1898 an für jährlich 73 M stadtfestig erpachtet werde.

Von der Baucommission ist nach dem Berichte des Herrn U h d e das Project einstimmig für gut befunden und zur Annahme empfohlen.

Auf die Frage des Herrn Hauswaldt, ob auch für die Bepflanzung des Weges mit Bäumen Sorge getragen sei, erwidert

der Herr Berichterstatter, daß bei dem Projecte wohl von einer Beschüttung des Weges mit Bogasche die Rede sei, nicht aber auch von einer allerdings sehr erwünschten Bepflanzung desselben mit Bäumen.

Herr Hauswaldt möchte dann beantragen, die Bepflanzung des Weges mit Bäumen gleich mit zu beschließen. Es würde zunächst vielleicht genügen, nur die Westseite des Weges mit schnell wachsenden Ahorn- oder Kastanienbäumen zu bepflanzen. Wenn man durch die Wüste und die schattenlosen Spargelfelder nur einen Weg schaffe, so werde sich das Publicum den Genuß desselben kaum verschaffen können, indem es unmöglich sei, im Sonnenbrande den schattenlosen Weg zu Fuß zurückzulegen.

Herr Stadtrath Netemeyer kann nicht rathen, ein solches Ersuchen an den Magistrat zu richten. Einmal solle das Project so billig wie möglich hergestellt werden und dann gehöre der größte Theil des zu benutzenden Weges der Interessentschaft, welche die Genehmigung zur Anpflanzung von Bäumen wegen der damit verbundenen Schädigung der angrenzenden Grundstücke jedenfalls verweigern werde. Den Antrag der Städt. Bauverwaltung auf Ankauf eines Streifens neben dem Wege zur Verbreiterung und Bepflanzung desselben mit Bäumen habe denn auch der Magistrat mit Rücksicht auf den Kostenpunkt und in der ferneren Erwägung abgelehnt, daß die Leute jetzt auf dem weiteren baumlosen Wege das Holz erreicht haben und dieses ihnen auf dem erheblich kürzeren, neuen Wege deshalb erst recht möglich sein werde. Sollte sich später ein Bedürfniß nach Bäumen herausstellen, könnte die Anpflanzung immer noch geschehen.

Herr Hauswaldt will dann wenigstens dem Wunsche Ausdruck geben, daß der Magistrat versuchen möge, sich mit den Interessenten zu einigen, da er nicht glaube, daß sich letztere absolut ablehnend gegen die Anpflanzung von Bäumen verhalten werden. Es sei ein Wunsch der Bürgerschaft, den Weg nicht baumlos zu halten.

Herr Schumburg bittet, von der Baumpflanzung zunächst noch abzusehen, weil sonst mit Rücksicht auf den voraussichtlich ablehnenden Standpunkt der Anlieger das ganze Project nicht zur Ausführung kommen werde.

Herr Bültemann ist der Meinung, daß die Anlieger die Baumpflanzung unter keinen Umständen gestatten werden. Außerdem möchte aber der Ankauf eines Streifens von dem langgestreckten Gebiete der Gemeinde Hagen in Verbindung mit den Kosten für die Bäume und die Anpflanzung allzu theuer zu stehen kommen.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

VI. Uebernahme der Reichenberg- und Lampestraße, sowie Rückzahlung von Straßenbaukosten.

Der Bauunternehmer Bannow hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, die Reichenbergstraße als städtische Ortsstraße zu übernehmen und ihm die für die Herstellung und die unterirdischen Anlagen der von ihm ausgebauten Straßen aufgewandten Kosten zu erstatten. Wenn der Magistrat auch die Uebernahme eines Theils der Baukosten ablehnen muß, so erscheint es ihm doch zulässig und der Billigkeit entsprechend, wenn die Stadt dem p. Bannow durch Uebernahme der Unterhaltungskosten der Reichenberg- und Lampestraße und durch Erstattung der Kosten für die unterirdischen Anlagen entgegenkomme. An noch nicht zurück-erstatteten Kosten für die unterirdischen Anlagen hat Bannow bezahlt, für das Gasrohr in der Reichenberg-, Lampe- und Wendenmashstraße zusammen 2751 M 95 S und für den Canal in der Reichenberg- und Wendenmashstraße zusammen 7446 M 15 S , während für den Canal in der Lampestraße, welcher 3926 M 38 S gekostet hat, von Bannow noch nichts bezahlt ist. Vor der Uebernahme der Reichenberg- und Lampestraße und der Rückzahlung der Kosten für die Gasröhren und den Canal hat Bannow in Ansehung der drei bezeichneten Straßen sich noch in Anrechnung bringen zu lassen insgesamt 3300 M für Ausbessern und Fertigstellung der Fußwege u. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, zu genehmigen, daß

- a. die Unterhaltungskosten der Reichenberg- und Lampestraße stadtsseitig vom 1. April d. Jrs. ab übernommen werden, während die Uebernahme der Wendenmashstraße noch nicht empfohlen werden kann, weil dieselbe noch nicht genügend bebaut und die vor den Grundstücken von Franquet und Sievers liegende Theilfläche des südlichen Fußweges noch nicht ausgebaut ist;
- b. dem p. Bannow gegen Zahlung von Straßenbaurestkosten in Höhe von 3300 M und Sicherstellung der noch aufzuwendenden Kosten für Grunderwerb 2751 M 95 S und 7446 M 15 S erstattet, sowie
- c. die Kosten für den Canal in der Lampestraße mit 3926 M 38 S definitiv auf den Neubaufonds der Canalbaukasse übernommen werden.

Endlich wird noch anheimgegeben, den mit dem Feilenhauermeister Sievers abgeschlossenen Vertrag auf Erwerb von Terrain zum Ausbau des südlichen Fußweges an der Wendenmashstraße zu genehmigen.

Die Baucommission läßt die Annahme der Vorlage in ihrem gesammten Umfange durch Herrn Weber empfehlen.

Herr Halle will gegen die Vorlage an sich nichts einwenden, möchte aber doch darauf aufmerksam machen, daß es ihm unbillig erscheine, diese Straße zu

übernehmen, während vorhin die Uebernahme der ebenso weit ausgebauten Nordstraße abgelehnt sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer kann hierin eine Unbilligkeit in keiner Weise erblicken. Während der Uebernahme der vollständig ausgebauten Reichenbergstraße durchaus kein Hinderniß mehr im Wege stehe, sei die gut gepflasterte Lampestraße so ausgebaut, daß aus der Anfuhr von Baumaterialien eine übermäßige Abnutzung der Fahrbahn nicht mehr zu befürchten stehe. In solchem Falle sei aber der Magistrat nach dem dieserhalb abgeschlossenen Vertrage verpflichtet, die Lampestraße zu übernehmen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

VII. Aenderung des Ortsbauplanes an der Cellerstraße.

In Veranlassung eines Antrages des Destillateurs Felix Brendeke, in den Ortsbauplan eine neue von der Cellerstraße nach der Glückstraße zu abzweigende Straße aufzunehmen und ihm deren Ausbau zu gestatten, hat das Stadtbauamt empfohlen, den für die Section XI der nordwestlichen Außenstadt festgestellten Ortsbauplan in der Weise zu ändern, daß drei je 14 m breite projectirte Verbindungsstraßen zwischen Celler- und Glückstraße aufgehoben und durch drei andere, je 16 m breite Straßenzüge ersetzt werden, auch daß einem anderen 14 m breit projectirten Straßenzuge eine Breite von 16 m gegeben werde. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an und giebt dessen Genehmigung anheim.

Da auch die Baucommission, für welche Herr Niekß berichtet, Einwendungen gegen die Vorlage nicht zu erheben hat,

wird dieselbe von der Versammlung gutgeheißen, nachdem noch Herr Weber erklärt hatte, sich an der Abstimmung nicht betheiligen zu wollen.

VIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Niekß auf Einrichtung von Sanitätswachen.

Wie Herr Blasius namens der Statutencommission berichtet, hat Herr Niekß seinen in der letzten Sitzung gestellten Antrag (Seite 18 des Prot.) hauptsächlich mit dem lehtthin hier vorgekommenen, allgemein bekannten Falle begründet, in welchem ein hiesiger Einwohner bei der Erlangung ärztlicher Hülfe zur Nachtzeit Schwierigkeiten gehabt habe. Auf Grund eingehender Berathung und Besprechung dieses Antrages sei sodann zunächst festgestellt, daß Herr Niekß, wie von ihm auch angedeutet sei, schon im Jahre 1878 einen gleichen Antrag gestellt habe, und daß von dem Magistrate seiner Zeit auch Schritte gethan seien, um eine Ordnung in dem Sinne und der Richtung des Antrages durchzuführen. Damals habe sich nach einer Correspondenz mit dem ärztlichen Vereine eine Reihe von Ärzten bereit erklärt, zu jeder Zeit des Nachts jede gewünschte ärztliche Hülfe zu leisten und sei

die Sache hinterher daran gescheitert, daß der Magistrat sich zur Honorirung solcher ärztlichen Besuche nur im Falle notorischer Armuth der Hilfesuchenden bereit erklärt habe, während es im anderen Falle Sache der Aerzte sein sollte, sich die Remuneration zu verschaffen. Die Sache sei dann eingeschlafen und erst durch den letzten Fall wieder angeregt worden. Aus den jetzt gepflogenen Commissionsverhandlungen wolle er Folgendes hervorheben. In Berlin habe man Sanitätswachen seit dem Jahre 1872 eingerichtet, aber nicht als städtische Institute, sondern auf Grund mildthätiger Sammlungen, indem die dortigen politischen Districtsvereine die Bildung von Sanitätswachen in die Hand genommen haben. Diese haben während der Zeit ihres Bestehens sehr viel Geld gekostet, seien aber verhältnißmäßig wenig benutzt worden. Außerdem habe man in Berlin für diesen Zweck noch in anderer Weise Rath zu schaffen gesucht, indem man in den einzelnen Bezirken eine Reihe von Aerzten gebeten habe, sich zu jeder Zeit der Nacht zu ärztlicher Hilfeleistung bereit zu halten. Endlich sei daselbst mit den Krankenhäusern verhandelt und auch erreicht, daß in der geburts-hilfflichen Klinik einer der Assistenzärzte in Fällen dringender Gefahr auch außerhalb der Klinik Hilfe zu leisten habe. Was nun die Bestrebungen auf Besserung der hiesigen bezüglichen Verhältnisse anlange, so würden sich Sanitätswachen insofern einrichten lassen, als die Stadt ein bestimmtes Local miethe und veranlasse, daß dort zur Nachtzeit Aerzte gegenwärtig seien, um etwa begehrte dringende Hilfe zu leisten. Daneben müßte auch noch für entsprechende Arzneimittel und Verbandstoffe Sorge getragen werden. Die zweite Möglichkeit einer Besserung liege darin, stadtseitig mit den hiesigen Krankenhäusern, welche Assistenzärzte dauernd in ihren Räumlichkeiten haben, in Verbindung zu treten und ein Abkommen zu treffen dahingehend, daß die dienstlich während der Nachtzeit in den Krankenhäusern anwesenden Assistenzärzte auch außerhalb des Krankenhauses einer etwaigen Anforderung ärztlicher Hilfe nachzukommen haben. Es würde das von besonderer Wichtigkeit sein für geburts-hilffliche Leistungen, weil diese meistens am schnellsten gefordert werden. Die dritte Möglichkeit bestehe darin, die hiesigen Aerzte zu fragen, wer bereit sei, zu einem bestimmt zu vereinbarenden Honorare zu jeder Zeit der Nacht Hilfeleistungen ärztlicher Natur zu thun. Hierbei wolle er indessen besonders befürworten, daß seiner Meinung nach in Braunschweig ein Fall, in welchem ein Arzt, auch ohne gesetzlich dazu gezwungen zu sein, ohne zwingende Gründe, welche im Alter oder in dem körperlichen oder gesundheitlichen Zustande liegen können, sich weigern würde, Hilfe zu leisten, kaum vorkommen werde. Trotzdem müßten aber Einrichtungen getroffen werden, welche selbst der Möglichkeit eines solchen Falles vorbeugten. Da nun das Gesetz darüber keine bestimmten Anhaltspunkte gebe, sondern die Hilfeleistung in vieler Beziehung der moralischen Verantwortung der Aerzte überlassen bleibe, so erscheine es zweckmäßig, die Aerzte zu fragen, wer von ihnen sich unbedingt des Nachts zur Verfügung stellen wolle. Nach dem

1878er Anträge solle auch hier in der Stadt die Einrichtung getroffen sein, daß jeder Nachtwächter ein Verzeichniß derjenigen Aerzte bei sich zu führen gehabt habe, welche sowohl in dem betr. Bezirke, als auch in der ganzen Stadt zu Hilfeleistungen während der Nacht bereit seien. Dieses Mittel lasse sich vielleicht noch einmal versuchen. Ein solches Verzeichniß möchte auch auf der Centralstation der Herzoglichen Polizei-Direction oder auf den Thorwachen aufzulegen sein, so daß jeder Hilfesuchende leicht erfahren könne, wo er solche zu finden vermöge. Endlich biete sich noch die vierte Möglichkeit, die Armenärzte, welche von der Stadt ihr Gehalt beziehen, ex officio mit der Verpflichtung zu belegen, zu jeder Zeit dem Kranken auch ohne Anweisung des Armenpflegers oder Bezirks-Vorstehers Hilfe zu leisten, wofür diese Aerzte dann von dem Magistrate eine entsprechende Remuneration zu beziehen haben. Da nun im Jahre 1878 das im Uebrigen schon bestehende Einverständnis zwischen dem Magistrate und den Aerzten eigentlich nur an dieser Remunerationssfrage gescheitert sei, so habe man in der Commission gemeint, daß es wünschenswerth sein dürfte, wenn unter allen Umständen der hilfeleistende Arzt die Sicherheit erhalte, seine Hilfeleistung durch den Magistrat remunerirt zu bekommen. Sache des Magistrates müßte es also sein, die Remuneration bei der Behandlung Armer aus der Armencaße zu zahlen, anderenfalls sie aber von den Betreffenden einzuziehen, so daß die Aerzte der Nothwendigkeit überhoben würden, das Geld selbst einzuziehen.

Die Statutencommission habe sich vollständig klar gemacht, daß sie in dieser Beziehung der Versammlung keine bestimmten Vorschläge machen könne, sondern es richtiger sein dürfte, den Magistrat zu ersuchen, über die hier kurz skizzirten Möglichkeiten Erkundigungen einzuziehen und der Versammlung je nach Befinden darüber eine Vorlage zu machen. In Folge dessen empfehle die Statutencommission die Annahme folgenden Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat,

- 1) Erkundigungen in Städten von ähnlicher Größe und Bewohnerzahl einzuziehen über das Bestehen, die Thätigkeit und die Resultate von Sanitätswachen;
- 2) sich mit den hier bestehenden Krankenhäusern in Verbindung zu setzen in Betreff der eventuellen eiligen Hilfeleistung durch die in den Krankenhäusern wohnenden Assistentenärzte außerhalb der Krankenhäuser;
- 3) den ärztlichen Verein des Kreises Braunschweig um Mittheilung derjenigen Aerzte zu bitten, welche immer bereit sind, in der Nacht ärztliche Hilfe zu leisten, und deren Namen öffentlich bekannt zu machen;
- 4) in Erwägung zu nehmen, ob die Remuneration für derartige eilige ärztliche Hilfeleistung in der Nacht in allen Fällen seitens des Stadt-Magistrates zu leisten ist, und

- 5) zu erwägen, ob die städtischen Armenärzte nicht anzutweisen wären, jederzeit des Nachts auf directe Anforderung der Kranken ärztliche Hilfe zu leisten gegen seitens des Magistrates zu gewährende Remunerirung."

Herr Seele möchte einige nähere Mittheilungen aus den Verhandlungen über den früheren gleichartigen Antrag machen, um hierdurch vorzubeugen, daß man wieder in die gleichen Fehler ver falle, welche früher zur Scheiterung des Antrages geführt haben. Im Jahre 1879 haben sich einige zwanzig Aerzte bereit erklärt, Unbemittelten bei Entbindungen Hilfe zu leisten, sofern eine Hebamme den Anforderungen nicht Genüge zu leisten vermöchte. Zur Regelung dieser Angelegenheit seien sodann vom Magistrate folgende Ausführungsbestimmungen, bezw. Bedingungen gegeben: 1) Wirkliche Unbemitteltheit des Hilfesuchenden; 2) Honorar 6 M für den Besuch; 3) bei Besuchen außerhalb der Umfluthgräben Stellung einer Droschke; 4) Anmeldung der geleisteten Hilfe bei der Armen-Direction. Nach der Bekanntgabe dieser Bedingungen haben indessen die betr. Aerzte ihre Bereitwilligkeitserklärung zurückgezogen, indem dieselben hierfür im Allgemeinen folgende Gründe geltend zu machen gehabt haben: Zu 1, Die wirkliche Unbemitteltheit der Hilfesuchenden lasse sich nicht schon im Voraus feststellen. Zu 2, Das ausgesetzte Honorar bleibe weit unter dem billigsten Sage der Honorartaxe zurück, indem die Tage von 1874 für die verschiedenen Arten der Entbindung folgende Beträge festsetze: 8—24 M, bezw. 12—32 M, bezw. 16—40 M, bezw. 16—48 M, bezw. 12—40 M. Zu 3, Es sei nicht gesagt, wer die Droschke bezahlen solle. Zu 4, Die Aerzte hätten angenommen, daß der Magistrat für die Kosten aufkommen werde, nach dieser Bestimmung sollte aber scheinbar die Armen-Direction erst entscheiden, ob sie dem Arzte die 6 M vergüten, oder denselben mit seiner Forderung abweisen wolle.

Für etwaige neue Abmachungen erscheine es ihm nun unbedingt erforderlich, an erster Stelle dafür zu sorgen, daß der Arzt für sein Honorar, welches sich auf dem billigsten Sage der Tage halten müsse, durch den Magistrat sichergestellt werde, gleichviel, ob Letzterer den Betrag hinterher wieder einziehe oder nicht. Die vorliegende Frage mit den Krankenhäusern zu lösen halte er für verfehlt, denn die Entfernung der Assistenzärzte aus den Krankenhäusern könnte leicht zu Unzuträglichkeiten führen, namentlich aber, wenn das Herzogliche Krankenhaus erst weit vor das Thor hinaus verlegt sei. Besser erscheine ihm der Vorschlag, auf jeder Thormache und auf der Polizei ein Verzeichniß derjenigen Aerzte auszulegen, die sich zur Hilfeleistung bereit erklärt haben. Der Hilfesuchende habe sich dann an eine dieser Stellen zu wenden, Name und Wohnung desselben werde von dem Polizeibeamten festgestellt und ihm die Wohnung einiger zunächst wohnenden Aerzte, unter Aushändigung eines Ausweises mitgetheilt. Dem Arzte habe er

den Schein abzuliefern und dieser erhalte auf der Stadtcasse gegen Abgabe des Scheines das von ihm zu beanspruchende Honorar. Dem Magistrate bleibe es dann überlassen, die Kosten auf öffentliche Mittel zu übernehmen, oder, wenn nicht wirkliche Unbemitteltheit vorliege, von dem Betreffenden wieder einzuziehen.

Die Vorschläge der Statutencommission werden darauf angenommen.

IX. Etat der Friedhofscasse.

Der vom Kirchencassen-Collegium zu genehmigende Etat wird den städtischen Behörden zur Kenntnißnahme mitgetheilt, damit diese etwaige Bemerkungen und Wünsche an denselben knüpfen können. In der Finanzcommission hat der Etat nach dem Berichte des Herrn Wolff I zu Erinnerungen keinen Anlaß gegeben. Einnahme und Ausgabe schließen mit 68 800 M ab und sei hierin ein Zuschuß von 500 M aus der Gemeinde-Kirchencasse zur Deckung der Fehlsomme eingegriffen. Uebrigens seien viele bedeutendere Aufwendungen, welche die Entwicklung des Central-Friedhofes mit sich gebracht haben, in diesen Etat nicht aufgenommen, da diese besonders verrechnet werden und der Etat nur laufende Ausgaben enthalte. Da nun in den letzten Jahren ganz erhebliche Aufwendungen für Landankauf, Einfriedigung u. gemacht seien, welche theilweise noch der Deckung harren, so werde der an sich als berechtigt anerkannte Wunsch auf Schaffung einer Unterkunftshalle zunächst noch nicht zur Ausführung kommen können. Es müsse demnach nach einer Mittheilung des Magistrates vorläufig noch die Capelle für den Nothfall als Unterkunftsraum dienen, auch stehe ein Nebenraum der Capelle, in welchem sich die Bedienungsmannschaften aufzuhalten pflegen, stets offen, so daß nach Kräften dem von der Versammlung vorgetragenen Wunsche Rechnung getragen sei. Bezüglich der zur Sprache gebrachten Anlegung eines zweiten Friedhofeingangs sei als triftiger Gegengrund angeführt, daß dadurch die Controle über das zahlreich auf dem Friedhofe beschäftigte fremde Arbeiterpersonal zu sehr erschwert werde.

Herr Lange möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Fenster der Capelle mit Juggardinen versehen werden, damit nicht bei Leichenfeiern in der Capelle dem Prediger die Sonnenstrahlen gerade in das Gesicht scheinen.

Da weitere Bemerkungen nicht an den Etat zu knüpfen sind, gilt derselbe als erledigt.

X. Festsetzung der Straßenbaukosten für einen Theil der Limbederstraße.

Der Magistrat beantragt, zu genehmigen, daß die Kosten des Ausbaues der Limbederstraße auf der Strecke zwischen Gertruden- und Lutterstraße auf 93 M 27 S und in Ansehung der nur einseitig bebauten Theilstrecke auf 142 M 65 S für das laufende Meter festgesetzt werden,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, geschieht.

XI. Gesuch wegen Aenderung des Ortsbanplanes vor dem Steinhore.

Die Wittve des Tischlermeisters Klusmann ist bei der Versammlung vorstellig geworden, eine zwischen der Kastanienallee und der Grünstraße projectirte Verbindungsstraße aufzuheben, weil hierdurch ihr in dieser Gegend liegendes Grundstück der Länge nach durchschnitten und entwerthet werde.

Die Baucommission ist nach dem Berichte des Herrn Rieß nicht in der Lage, das Gesuch zur Annahme zu empfehlen, da es ausgeschlossen sei, daß eine Ortsstraße aufgehoben werde, nur um einem Einzelnen dadurch einen Vortheil zu verschaffen. Auch sei zur Sprache gekommen, daß die Bittstellerin ihr Grundstück noch recht gut hätte verwerthen können, wenn sie dazu überall Neigung gezeigt hätte. Andere Anlieger seien schon vorstellig geworden, dem Gesuche nicht stattzugeben. Es könne daher nur Ablehnung der Eingabe empfohlen werden.

Die Versammlung schließt sich diesem Antrage an.

XII. Canallegung an der Helmstedterstraße.

Die Firma Hellwig & Co. hat gebeten, behufs Anlegung einer Conservensfabrik auf dem Grundstücke Helmstedterstraße Nr. 38a, die Helmstedterstraße auf der Strecke vom südöstlichen Endpunkte des bereits genehmigten provisorischen Canals bis zu dem erwähnten Grundstücke canalisiren zu lassen und sich erboten, zu den dadurch erwachsenden, auf 17 000 M veranschlagten Kosten einen Zuschuß von 3400 M zu leisten. Dieser Betrag stellt die vierprocentigen Zinsen jenes Anlagecapitals für fünf Jahre dar. Da nach Ablauf dieses Zeitraumes die Stadt den fraglichen Canal voraussichtlich ohnehin ausführen würde und da ferner die betr. Canalstrecke, auch wenn die beabsichtigte Veränderung der Helmstedterstraße in der Nähe des Eisenbahn-Überganges zu Stande kommen sollte, definitiv gelegt werden kann, so erscheint es dem Magistrat angezeigt, auf das Anerbieten der Firma einzugehen. Eine theilweise Zurückzahlung des Zuschusses derselben hat der Magistrat auch für den Fall nicht in Aussicht genommen, daß der Anschluß noch anderer Grundstücke an den Canal vor Ablauf des Zeitraumes von fünf Jahren erfolgen sollte. Demnach ersucht der Magistrat, behufs Canalisation der bezeichneten Theilstrecke der Helmstedterstraße den Betrag von $17\,000\text{ M} - 3400\text{ M} = 13\,600\text{ M}$ zu verwilligen.

Die Finanzcommission läßt die Vorlage durch Herrn Seele zur Annahme empfehlen.

Herr Brückmann würde es unbillig finden, wenn der Firma nicht für etwa innerhalb der nächsten fünf Jahre erfolgende anderweite Anschlüsse auf ihre Einzahlung eine Vergütung gezahlt werden sollte.

Herr Stadtrath Metemeyer hält es nicht für unbedenklich, den Magistrat in dieser Weise binden zu wollen. Wenn etwa diesseits oder jenseits der Hellwigschen Fabrik Häuser gebaut werden sollten, seien die Eigenthümer derselben verpflichtet, ihre Grundstücke an den Canal anzuschließen und Canalsteuer zu zahlen, dagegen könnten dieselben nicht verpflichtet werden, zu dem Canal einen der Firma Hellwig & Co. zurückzuzahlenden Zuschuß zu leisten. Da sich nun außerdem diese Firma bedingungslos bereit erklärt habe, den Zuschuß zu leisten, so liege für den Magistrat keine Veranlassung vor, auf eine spätere Rückzahlung Bedacht zu nehmen.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

XIII. Der neue Stadthausplan.

In der Angelegenheit, betreffend den Stadthausbau, hat die Versammlung an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, zu erwägen, ob nicht bei der Ausführung des Grundrisses ein Zurückziehen der am Langenhofe gelegenen Theile des Gebäudes dergestalt angängig sei, daß der Schnittpunkt des letzteren mit der Ecke des Borchers'schen Vorderhauses zusammenfalle. Die Städtische Bauverwaltung hat daraufhin einen die Zurücklegung der Südseite des Gebäudes in Aussicht nehmenden, zugleich aber auch in noch anderen Richtungen von der bereits genehmigten Grundrißform abweichenden neuen Entwurf ausgearbeitet, welcher der Versammlung damit zur Genehmigung vorgelegt wird. Der Magistrat ist mit der Städtischen Bauverwaltung darin einverstanden, daß aus den von dieser hervorgehobenen Gründen der neue Entwurf, nach welchem bei reichlicher Berücksichtigung der Forderungen des Programmes eine nicht unwesentliche Verringerung der zu bebauenden Grundfläche eintreten werde, den früheren Bauplan wesentlich verbessere und giebt darnach der Versammlung anheim, die Ausführung des Baues nach Maßgabe des neuen Entwurfes, vorbehaltlich der Entschließung über die Einzelheiten des Aufbaues zu beschließen, damit alsbald mit der Ausschachtung der Baugrube, sowie mit der Herstellung der künstlichen Befestigung des Baugrundes und mit den Fundamentirungsarbeiten begonnen werden könne.

Der wesentlichste Unterschied in der Grundrißanordnung des früheren und des jetzigen Projectes besteht darin, daß

- 1) die Gebäudeseite an der Dankwardstraße nach dem neuen Entwurfe geschlossen werden solle, während das frühere Project hier einen durch Arcaden von der Straße getrennten Vorfahrtshof annahm; 2) statt der früher vorgesehenen zwei Höfe durch Fortlassung des Querbaues zwischen den Gebäudeflügeln nur ein großer geschlossener Hof gebildet wird; 3) die Haupttreppe bei dem neuen Projecte vereinfacht, auf eine kleinere Grundfläche eingeschränkt und in einen, vor der Hofseite des Hauptflügels

vortretenden besonderen Anbau verlegt ist; 4) die von den Stadtverordneten gewünschte Zurückrückung der Südseite des Gebäudes am Langenhofe bei dem neuen Entwurfe in vollem Maße stattgefunden hat; 5) eine nach den angestellten Betrachtungen noch thunliche Einschränkung der Achsenweite der Fenster von 3,30 m auf 3,00 m vorgesehen ist, und 6) die zu den Galerien im Stadtverordneten-Sitzungsjaale führenden Treppen in das Aeußere des Gebäudes — beiderseits neben den Haupteingang — verlegt sind.

Die ganze bebaute Grundfläche, welche für das Gebäude 3160 qm und für die Arcaden und Durchfahrten 116 qm betrug, ist bei dem neuen Entwurfe auf 3013 qm für das Gebäude und 50 qm für die beiden Seitendurchfahrten zurückgegangen. Die Bearbeitung des Entwurfes der Arbeitspläne mit den architectonischen Einzelheiten, die Ermittlungen über die Preise für den Quaderaufbau der Gebäudeseiten an den Straßen und die darnach zu treffende Wahl des Materiales, sowie die Feststellung des Heiz- und Ventilations-systemes mit den aus deren Herstellung erwachsenden Kosten und endlich die Ausarbeitung eines alle Einzelheiten berücksichtigenden Kostenanschlages erfordert aber noch mehrere Monate Zeit, die man theilweise schon zum Beginn der Bauausführung, zur Ausschachtung der Baugrube, sowie zur Herstellung der künstlichen Befestigung des Baugrundes, der Fundamente u. n. u. bringend verwenden könnte.

Namens der Baucommission berichtet über diese Vorlage Herr U h d e, indem derselbe zunächst den Unterschied zwischen dem früheren und dem jetzigen Entwurfe eingehend darlegt und die Vorzüge des letzten Entwurfes beleuchtet, sein Urtheil dahin zusammenfassend, daß der neue Grundriß sich hinsichtlich des Innern und des Aeußern vom Gebäude als eine ganz wesentliche Verbesserung herausstelle. Was das Innere des Gebäudes anlange, so liegen im Erdgeschoffe die Stadtcasse, das Steueramt, die Armen-Verwaltung mit der Armen-Casse, die Invaliditäts- und Alters-Versicherung, das Dienerzimmer und die Dienstwohnung für den Hausmann; in dem ersten Obergeschoffe die Magistratsräume, der Sitzungsjaal und die Commissionszimmer der Stadtverordneten, das Secretariat und das Ständesamt; in dem zweiten Obergeschoffe die Rechnungs-Revision, die Registratur, die Schreiberei, die Städtische Bauverwaltung mit der Hochbauabtheilung, der Baupolizeiabtheilung, der Wegebauabtheilung, der Vermessungsabtheilung und der Registratur, sowie der durch zwei Geschoffe gehende Sitzungsjaal der Stadtverordneten mit Galerien. Außerdem befinden sich in jedem Geschoffe noch eine Anzahl verfügbarer Räume. Was nun das Aeußere anlange, so sei zunächst die Fagade nach der Dankwardstraße zu gegen den früheren Entwurf sehr wesentlich verbessert. Der offene Vorhof mit seinen mancherlei Schwierigkeiten sei verschwunden und an dessen Stelle eine regelmäßige Fagade getreten, welche in

der Mitte einen Eingang mit einem Eingangsthurme erhalte. Ueber dem Eingange komme das Hauptzimmer des Standesamtes für Eheschließungen zu liegen, welches etwas ernst und würdig durchgebildet werden könne. Die Vorderfront schräg gegenüber der Burg Dankwarderode habe keinen Eingang, weil die ganze Front unten von den Cassen eingenommen werde und es nicht angängig sei, diese Räume mittelst eines Einganges und Corridors zu durchqueren. Nun sei wohl gesagt worden, daß dieses zu monoton aussehen werde, indessen habe der Stadtbaurath Winter in Ypern (Westflandern) einen Markthallenbau gefunden, der in dieser Beziehung etwas Aehnliches leiste und einen ausgezeichneten Eindruck mache. Da nun ferner die Höhen des Stadthauses mit der Gesamthöhe des Behördenhauses sich decken, so könne auch nicht daran gedacht werden, daß vielleicht ersteres irgendwie gedrückt erscheinen werde. Was die Architectur der Fassade nach dem Langerhose zu betreffe, so habe dieselbe dadurch eine wesentliche Verbesserung erfahren, daß an Stelle der fünfschiffigen Eintheilung des Stadtverordneten-Sitzungssaales eine dreischiffige größere Eintheilung getreten sei und der Saal einen Giebel erhalte, welcher links und rechts von einem Thurme flankirt werde, der den Ausgang zu den Tribünen enthalte. Auch der Thurm zeige in seiner Anlage wesentliche Verbesserungen, indem besonders das schlichte Stück über dem Hauptschlusse des Gebäudes bis zur Spitze oben reicher gestaltet sei. Der Stadtbaurath Winter habe das Project mit äußerstem Fleiße und hervorragender Umsicht gemacht und die Versammlung könne stolz darauf sein, wenn das Gebäude unter ihrem Regime zur Ausführung komme. In der Baucommission habe der Plan ungetheilten Beifall gefunden, so daß der Versammlung nur empfohlen werden könne, diesen Plan zur Ausführung zu bringen.

Herrn Lange gefällt der neue Plan ebenfalls ganz vorzüglich. Da sich jedoch der Gedanke nahelege, daß dieser Plan auch mehr Geld kosten werde, als der frühere, so erscheine es wohl des Nachdenkens werth, ob sich hierfür nicht auf irgend eine Weise ein Ausgleich schaffen lasse. Hierbei sei er nun wieder auf seine alte Idee zurückgekommen und möchte er daher nochmals anheim geben, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht angängig sei, den untern Theil des Hauptgebäudes zu einem Rathskeller zu verwenden. Ein derartiger Keller lasse sich mit sehr geringen Kosten einrichten, da bei dem vorliegenden Plane die Höhenverhältnisse und die Construction des Gebäudes hierzu ausreichend seien. Durch die für solchen Keller zu erzielende Pachtsumme werden aber nicht allein die Mehrkosten für seine Einrichtung gedeckt, sondern auch noch weitere Einnahmen für die Stadt erzielt. Er bitte darum, seiner Anregung besonders auch noch deshalb Gehör zu geben, weil er hiermit die Bitte einer großen Anzahl seiner Mitbürger ausspreche, welche gleich ihm einen, wenn auch nur kleinen, so doch gemüthlichen Weinkeller haben möchten, in dem man ein gutes Glas Wein zu einem billigen Preise erhalten könnte.

Herr Wolff I glaubt, mit vollem Herzen in das Lob der beiden Vorredner hinsichtlich des neuen Planes einstimmen zu können. Dagegen müsse er sich entschieden gegen den von Herrn Lange aufs Neue aufgenommenen Vorschlag erklären, indem er an dem dieserhalb gefaßten Beschlusse der Versammlung festhalte und nicht gesonnen sei, den vorhandenen Wirthshäusern noch eine neue Concurrenz zu machen. Es seien in Braunschweig nicht nur genug, sondern sogar wohl schon zu viel Wirthschaften vorhanden. In diesen Wirthschaften seien aber von allen Seiten die größten Anstrengungen gemacht worden, um schöne, würdige Räume zu schaffen, was theilweise nicht einmal zum eigenen Vortheile geführt, sondern schwere Opfer im Interesse der Wirthbürger gefordert habe. Da der bezüglich Beschuß auch wiederholt und nach reiflicher Ueberlegung gefaßt sei, so könne er es nicht für angezeigt halten, denselben jetzt wieder umzustößen.

Herr Halle vermag diesen Ausführungen nicht beizupflichten. Die Versammlung sei von dem ursprünglichen Projecte soweit abgekommen, daß sie im Interesse der Bürgerschaft wohl erwägen müsse, ob sich die colossalen Kosten nicht wenigstens in etwas decken lassen. Durch die Schaffung eines solchen Kellers würde aber eine wesentliche Einnahmequelle erschlossen werden. Er wisse auch gar nicht, wozu die großen Kellerräume sonst benutzt werden sollen. Jedenfalls sei zu bedauern, daß der Magistrat diesem Wunsche des größten Theiles der Bürgerschaft so wenig Entgegenkommen zeige. Bezüglich der Ausnutzung des Kellers gehe er noch weiter als Herr Lange, indem er einen Bierkeller verlange, der noch mehr einbringe. Er gebe daher dringend anheim, zu erwägen, ob diesem Wunsche einer großen Anzahl der Bürgerschaft nicht noch Rechnung getragen und der Stadt zugleich eine neue Einnahmequelle erschlossen werden könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß in dem Lange'schen Antrage eine nochmalige Verzögerung des Stadthausbaues erblicken, denn wenn diesen Anregungen Folge gegeben werde, müsse man vor allen Dingen das Gebäude heben, indem die Fenster nicht ausreichen, eine solche Kellerrwirtschaft zu beleuchten. Da nun außerdem das Gebäude gerade auf der Hauptfront im Grundwasser liege, so würde die Einrichtung einer Wirthschaft im Keller sehr viel Geld kosten und verhältnißmäßig wenig einbringen. Der Magistrat habe seiner Zeit definitiv erklärt, er wolle gern allein Herr im Hause sein und vertrete diesen Standpunkt noch heute; seine Bitte gehe demnach dahin, von solcher Aenderung abzusehen.

Der Herr Vorsitzende hält es nicht für empfehlenswerth, einen übereinstimmend gefaßten Beschuß wieder aufzuheben, da hierdurch ein Fortschreiten unmöglich gemacht werde. Wenn der Einzelne bei einem Beschlusse einmal in der Minderheit geblieben sei, so möge dies für ihn wohl bedauerlich sein, aber er dürfe im Interesse einer ruhigen Fortentwicklung des städtischen Gemeinwesens nicht immer wieder auf die Sache zurückkommen. Sobald dieser Antrag durchgehen sollte,

würde auch der Antrag auf Einrichtung von Verkaufsläden nicht lange mehr auf sich warten lassen.

Herr Günther kann der neue Plan wohl gefallen, wenn er auch gewünscht hätte, daß der Hauptfront ein Portal gegeben wäre. Die Einrichtung eines Rathskellers würde er ebenfalls für zweckmäßig halten, jedoch dürfe die Ausführung des Baues dadurch eine Verzögerung nicht erleiden. Im Uebrigen bitte er, Einrichtungen zu treffen, daß man die aushängenden Pläne so weit herunterziehen könne, um sie genau in Augenschein zu nehmen.

Herr Blasius ist mit dem neuen Plane vollständig einverstanden. Die Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters, daß eine Verzögerung des Baues eintreten werde, sobald die Versammlung den Wunsch auf Einrichtung einer Kellerwirthschaft ausdrücke, könne er nicht theilen, weil sich seiner Ueberzeugung nach in dem bereits projectirten Keller jeden Augenblick eine Wirthschaft einrichten lasse. Es solle dieser Wunsch dem Magistrate nur zur Erwägung gestellt und die nochmalige Vorlage neuer Pläne nicht verlangt werden.

Herr Schumburg möchte vor der Annahme des Lange'schen Antrages warnen. Wenn man bedenke, wie viel Wirthschaften schon in der Stadt vorhanden seien, so könne man unmöglich die Zahl derselben noch vermehren, denn schließlich werde es sogar schwer halten, für den Rathskeller einen passenden Pächter zu finden, der eine entsprechende Pachtsumme zahlen wolle.

Herr Natalis kann den lezten Entwurf nicht für den schönsten halten, da sich dessen Vorgänger durch seine gebrochene Ecke ganz besonders ausgezeichnet und ein wunderhübsches Bild geboten habe, was man hier vermissen. Die kleine Hauptfront werde wenig gesehen werden können, da die Dompfarre, bezw. der Garten derselben den Blick auf diesen Theil des Gebäudes entziehe. Daneben bleibe eine langgestreckte, ungegliederte Front bestehen, welche etwas Casernenartiges an sich habe. Obwohl er nicht mehr auf Einzelfragen eingehen wolle, so möchte er doch wenigstens anheimgeben, die Mitte dieser Front als Risalit vorspringen zu lassen, damit Licht und Schatten in die langgestreckte, ungegliederte Fassade komme. Wenn auch der Markthallenbau in Ypern sehr schön sein möge, so könnten dort doch noch andere Gründe mitgewirkt haben, um gerade diese Form zu wählen; hier scheine ihm aber die ungegliederte, unbelebte Fläche entschieden zu monoton zu sein.

Herr Lange hat bei seinem Antrage vorausgesetzt, daß durch denselben irgend welche Verzögerungen im Bau nicht eintreten werden. Da die Keller schon jetzt so hoch projectirt seien, daß in dieselben ohne Weiteres eine Wirthschaft gelegt werden könne, eine weitere Erhöhung der Kellerräume sich aber leicht durch eine stärkere Vertiefung schaffen ließe, so seien etwaige Schwierigkeiten auch nach dieser Richtung leicht gehoben. Auf die Concurrenz dürfe aber keine Rücksicht genommen

werden, zumal da er nicht glaube, daß der Saalbau oder andere größere Etablissemments hierdurch einen erheblichen Abbruch erleiden werden. Im Interesse der Bürgerschaft liege die Durchführung seines Antrages und daher bitte er um Annahme desselben.

Herr U h d e möchte vor der Kunstauffassung des Herrn Natalis warnen, die große Fagade zu unterbrechen. Diese Fagade bilde nicht einen Theil für sich allein, sondern wirke mit den übrigen zusammen, so daß sie unterbrochen genug sei. Den Gegenbeweis könne man am gegenüberliegenden Behördenhause erbringen, denn, ohne dieses Bauwerk irgendwie herabsetzen zu wollen, müsse man doch sagen, daß es zwei Fagaden habe, die nicht zusammen klappen. Die beiden vom Langenhofe aus sichtbaren Fagaden des Stadthausbaues bilden aber ein architectonisches Ganze, welches in seiner Gesamtheit ruhig auf den Beschauer wirken werde.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage angenommen, dagegen der Antrag des Herrn Lange auf Einrichtung eines Rathskellers wiederum und zwar mit 13 : 12 Stimmen abgelehnt.

XIV. Baulinie an der Wilhelm- und neuen Knochenhauerstraße.

In Veranlassung eines von dem Bauunternehmer Zwingmann eingebrachten Antrages auf Feststellung der Baufuchlinien für das an der Ecke der Wilhelmstraße und der neuen Knochenhauerstraße gelegene früher Frede'sche Grundstück hat das Stadtbauamt für die Regulirung beider Straßen einen Ortsbauplan aufgestellt und giebt dessen Genehmigung anheim. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an

und die Versammlung erhebt denselben auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, zum Beschlusse.

XV. Annahme von fünf Bürgerschullehrern.

Zur Besetzung der zu Ostern d. Js. erforderlich werdenden fünf neuen Parallelcassen für die unteren und mittleren Bürgerschulen ist die Annahme von fünf Lehrern zunächst in provisorischer Stellung erforderlich und beantragt der Magistrat, die Annahme derselben zu genehmigen.

Die Schulcommission läßt die Vorlage durch Herrn Blasius zur Annahme empfehlen und die Versammlung beschließt dieselbe.

XVI. Das neue Verwaltungsstatut. (Fortsetzung.)

Bei Wiederaufnahme der in der letzten Sitzung abgebrochenen Verhandlungen über das neue Verwaltungsstatut weist der Berichterstatter, Herr Wolff II, darauf hin, daß in dem zur Verathung stehenden Abschnitt IV des Entwurfs sich das hauptsächlichste Interesse auf die Frage zuspitze, ob zum 1. April 1894 die soge-

nannte Selbsteinschätzung für die Stadt Braunschweig eingeführt werden solle. Abgesehen von dieser Selbstschätzung biete der Abschnitt einen Grund zu Bedenken nur in einzelnen Fällen, während im Besonderen die vorgesehenen organisatorischen Einrichtungen durchweg zu billigen seien. — Zu §. 44 des Entwurfs, welcher laute: „Die Steuerpflicht beginnt mit einem Einkommen von mindestens 600 M“, sei Folgendes zu erwägen: Im §. 15 der neuen Städteordnung habe als Voraussetzung der Befähigung und Verpflichtung zum Erwerbe des Bürgerrechtes auch die Bestimmung Aufnahme gefunden, daß die betr. Gemeindegensossen zur Zahlung von directer Gemeindesteuer verpflichtet sein und im letzten Jahre diese Steuer auch gezahlt haben müssen. An solche Zahlung sei dann auch das Wahl- und das Bürgerrecht geknüpft, indem dieses nur denjenigen Bürgern gestattet sein solle, welche ein Einkommen von mindestens 600 M besitzen.

Mit Rücksicht darauf, daß seit dem Jahre 1886 fortlaufend die Steuersätze der Classen von 400 M und 500 M erlassen seien, könne man der in den Motiven zum Ausdruck gebrachten Ansicht des Magistrates nur beitreten, denn es entspreche durchaus dem Rechtsbewußtsein und dem Bedürfnisse, einen derartigen Zustand insofern zu einem gesetzlichen zu machen, als man die Steuerpflicht erst mit einem Einkommen von 600 M beginnen lasse. Wenn dadurch einzelne Mitbürger ihres Wahlrechtes verlustig gehen, so sei solches wohl zu bedauern, aber einen großen praktischen Werth werde die Sache insofern nicht haben, weil nach den Ausführungen des Magistrates die überwiegende Zahl der Arbeiterclassen von dieser Frage nicht berührt werde. Die Commission empfehle daher die Annahme dieser Bestimmung.

Herr Günther würde die Steuerfreiheit gern auf einen noch höheren Betrag, möglichst auf 1000 M festsetzen, wenn hierdurch nicht das Bürgerrecht eingeschränkt werden solle. Es entspreche durchaus nicht dem Rechtsbewußtsein, daß man durch solche Bestimmung einer großen Anzahl von Bürgern das von ihnen erworbene Bürgerrecht nehme, nur weil sie eine Einnahme von unter 600 M haben. Er vertrete den Standpunkt, daß man das eine nicht vom anderen abhängig machen dürfe, denn hier werde denjenigen gegenüber, welche ein Einkommen von weniger als 600 M besitzen, eine Ungerechtigkeit begangen. Dabei handle es sich um eine große Anzahl von Personen, indem beispielsweise viele kleine Schuhmacher nur ein so niedriges Einkommen haben. Aus diesem Grunde sei er gegen die Bestimmung und wünsche, die frühere Bestimmung, nach welcher diese Grenze auf 400 M festgesetzt sei, aufrecht erhalten zu sehen.

Der Antrag der Commission wird darauf, unter Ablehnung des Günther'schen Antrages, genehmigt.

Bezüglich des Begriffes der „Selbstschätzung“ führt sodann der Herr Richterstatler noch des Näheren aus, daß man sich hiervon theilweise eine irr-

thümliche Vorstellung mache. Es handle sich darum, festzustellen, ob die städtischen Behörden jeden Bürger in bestimmten Grenzen verpflichten wollen, sein Einkommen selbst anzugeben und zwar insoweit, als jeder Gemeindegensasse mit einem Einkommen von mindestens 3000 M. verpflichtet sein solle, eine Steuererklärung nach Maßgabe des Statuts einzureichen. Die Verpflichtung ergebe sich des Näheren aus der Vorschrift im §. 49 des Statuts, welche laute: „In der Steuererklärung ist der Gesamtbetrag des Einkommens getrennt nach den im § 165 der Städteordnung vorgesehenen Einkommensquellen anzugeben.“ Letzere bestehen aber nach der Städteordnung in den Jahreseinkünften aus Capitalvermögen; Grundvermögen, Pachtungen und Mieten; Handel und Gewerbe, sowie gewinnbringender Beschäftigung zc. Zunächst sei die Verpflichtung darauf beschränkt, das Resultat aus diesem Erwerbszweige anzugeben und dann erstrecke sich die Pflicht des Steuerpflichtigen auf Anforderung des betreffenden Ausschusses auch darauf, einzelne Fragen zu beantworten.

Aus verschiedenen Kreisen sei nun aber hervorgehoben, daß der Selbsteinschätzung in diesem Sinne erhebliche Bedenken entgegenstehen. Einmal werde gesagt, daß es für zahlreiche Interessenten außerordentlich peinlich sei, in dieser Weise ihre Einkommensquellen anzugeben und auf Anfordern der Commission dabei bis auf das Kleinste eingehen zu müssen. Diese Einwendung sei anzuerkennen, da wirklich etwas Peinliches in dem Verfahren liege. Es frage sich nur, ob die aus der Selbsteinschätzung entspringenden Vortheile diese Bedenken zu übertreffen vermögen. Andererseits habe man hervorgehoben, daß es unthunlich sei, die Selbsteinschätzung einzuführen, da sich die hiesige Stadt gerade in den letzten Jahren eines auffallend starken Zuzuges von bemittelten Fremden zu erfreuen gehabt habe und dieser Zuzug bei Einführung der Neuerung aufhören würde. Innerhalb der Commission habe nun aber schon ein Mitglied der Versammlung hervorgehoben, daß die Selbsteinschätzung ihren Weg durch ganz Deutschland nehmen werde, indem man dieselbe nicht allein in Preußen, sondern auch schon in verschiedenen anderen deutschen Ländern zur Einführung gebracht habe, so daß eine Ausnahme in dieser Beziehung bald nicht mehr bestehe. Hierdurch werden diese Bedenken aber erheblich abgeschwächt. Andererseits sei auch magistratsseitig hervorgehoben, daß für die Fremden nicht sowohl die Selbsteinschätzung, sondern vielmehr die Betrachtung über die Höhe der Steuern überhaupt in Frage kommen werde, daß sich die hiesige Stadt aber gegenüber anderen gleichartigen Städten in der angenehmen Lage befinde, neben den Communalsteuern nur geringfügige Staatssteuern zu haben, während diese gerade in Preußen sehr hoch seien. Hiernach sei der Einwand auch von der Commission als ungegründet erachtet. Wenn als drittes Moment die Häufung der Arbeit der Schätzer vorgeführt werde, so lasse sich allerdings nicht verkennen, daß besonders im ersten, dem Einführungsjahre eine erhebliche Steigerung dieser Arbeit zu erwarten stehe,

dagegen könne mit Bestimmtheit auf eine Minderung derselben gerechnet werden, sobald die Neuerung nur erst tiefer in die theilgenommenen Kreise eingedrungen sei.

Was nun den Punkt der Beilichkeit anlange, so müsse in dieser Beziehung hochgehalten werden, daß diejenigen Personen, welche amtlich von den Steuererklärungen Kenntniß erhalten, nach dem Entwurfe verpflichtet seien, Verschwiegenheit zu beobachten und dieses mittelst Handschlages zu geloben. Daraus müsse man aber folgern, daß dieser Verpflichtung nach menschlichem Ermessen nachgekommen werde. Sollte dennoch das Vertrauen der Mitbürger getäuscht werden, so dürfte es Mittel und Wege geben, um derartigen unerwarteten Mißbräuchen zu steuern. Gesezt den Fall, daß man unter diesen Umständen eine Gefährdung einzelner Interessenten wirklich zugeben müsse, so stehe auf der anderen Seite ein Vorzug der Selbsteinschätzung im Vordergrund, der gar nicht in Zweifel gezogen werden könne. Nach einer weitverbreiteten Annahme brauche man der Steuerpflicht nicht so peinlich Rechnung zu tragen, wie irgend welchen anderen Pflichten, mit anderen Worten, es werde nicht als eine Ehrenpflicht betrachtet, die Steuern nach dem wirklichen Einkommen zu entrichten. Das sei aber eine Folge der heutigen Handhabung, nach welcher Niemand auch nur moralisch verpflichtet werden könne, seine Einnahmequellen anzugeben, wenn er zu niedrig eingeschätzt sei. Man werde es unter den heutigen Verhältnissen dem einzelnen Mitbürger nicht verargen können, wenn er seine Einnahme der Wahrheit entsprechend freiwillig nicht angegeben habe, aber die Allgemeinheit habe entschieden das zwingende Recht, von jedem Mitbürger zu verlangen, daß er der Wahrheit gemäß steuere. Auf der anderen Seite sei es zweifellos, daß eine große Classe der Mitbewohner so klare, durchsichtige Einnahmequellen besitze, welche bis auf den letzten Pfennig zur Communalsteuer herangezogen werden können, während andere Kreise so undurchsichtige Einkommen haben, daß bei deren Schätzung nothwendigweise vielfach Fehler unterlaufen müssen. Eine Forderung der Gerechtigkeit sei es daher, daß durch die Feststellung aller Einnahmequellen mittelst einer Steuererklärung ein gleiches Recht für Alle geschaffen werde. Darum müsse bei Beurtheilung der Frage vor allen Dingen die Gerechtigkeit ins Auge gefaßt und dieser als dem erstrebenswerthen Ziele zum Siege verholfen werden. Dem gegenüber könne die Beilichkeit der Sache für gewisse Kreise der Mitbürger in der That nicht in Betracht kommen. Es stehe zu hoffen, daß die Zuversicht auf Bewahrung des Amtsgeheimnisses seitens der theilgenommenen Personen in jeder Beziehung sich erfülle und daß, wenn sich diese Zuversicht erfüllen sollte, auch die theilgenommenen Kreise sich bald gewöhnen werden, ihre Einnahmequellen anzugeben. Hiernach werde aber die Selbsteinschätzung sich bald einbürgern und nichts Beilichliches mehr an sich haben. In der Commission sei auch von einer verschwindenden Minderheit der Gedanke vertreten, ob man die Selbsteinschätzung nicht zu einem späteren Zeitpunkte einführen solle. Eine erhebliche

Mehrheit habe indessen die Ansicht vertreten, daß, wenn einmal die Selbststeinschätzung als das richtige Princip anerkannt werde, sie auch selbstverständlich mit dem neuen Verwaltungsstatute zur Einführung gebracht werden müsse. Die Statutencommission empfehle daher, die Bestimmungen über die Selbststeinschätzung anzunehmen, so daß dieselbe nach dem Gesetze zuerst für das Jahr 1894/95 in Geltung trete. Im Uebrigen seien noch eine Menge von Einzelbestimmungen vorhanden, welche der weiteren Erörterung bedürfen.

Herr Rieke ist mit der Vorlage im Princip einverstanden, muß sich jedoch in Betreff der Form verwahren. Wenn man bei der Selbststeinschätzung erst mit den Einkommen von 3000 M aufwärts beginnen wolle, so heiße dieses, daß die Einwohner mit niedrigerem Einkommen nicht so viel Verstand besitzen, um solche Schätzung vornehmen zu können. Wolle man einmal die Selbststeinschätzung einführen, weil man sie für durchschlagender und gerechter halte, so möge man auch Jedem überlassen, sich einzuschätzen und werde sich ja dann herausstellen, ob unten oder oben mehr gelogen werde. Da der Eine dem Andern schlecht ins Portemonnaie sehen könne, so möge man, um Gerechtigkeit nach allen Seiten widerfahren zu lassen, die Selbstschätzung für alle Classen einführen. Die hier in dem Statute zum Ausdruck gebrachten Gedanken seien meistens von den braunschweigischen Städtetagen schon durchgearbeitet, jedoch habe man gerade an diesen Stellen besonders betont, daß die Haupteinnahmequellen der kleineren Städte in den mittleren und kleineren Einkommen liegen, darum solle man auch hier die Bestimmung überall durchführen. Mit dem vorhin gefaßten Beschlusse habe man viel geschadet, indem mancher ehrenwerthe Mann dadurch politisch rechtlos gemacht sei. Ein derartiges Vorgehen lasse sich mit der Gerechtigkeit nur schlecht vereinbaren.

Herr Wolff II hat geglaubt, daß es als eine Wohlthat für beide Theile, den Schätzer und den zu Schätzenden, aufzufassen sei, die Selbststeinschätzung erst mit einem Einkommen von 3000 M beginnen zu lassen; er habe daher diesen Angriff des Herrn Rieke nicht erwartet. Dem Wunsche desselben sei indessen in dem Statute schon Rechnung getragen, da jeder Bürger auf sein Verlangen zur Steuerdeclaration zuzulassen sei. Wenn aber Jeder ein solches Recht besitze, könne von einer Ungleichheit nicht die Rede sein.

Herr Wolff I will darauf hinweisen, daß schon in der Commission des preußischen Herrenhauses der Wunsch ausgesprochen sei, die Declarationspflicht auf alle Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 1500 M auszudehnen, worauf der Finanzminister erwidert habe, daß dieses zur Zeit noch bedenklich sei und der Zukunft überlassen bleiben müsse, sobald sich die Declarationspflicht erst bei den anderen Classen eingebürgert haben würde. In dieser Beziehung schließe sich aber die Magistratsvorlage der preußischen Vorlage genau an, indem die Bedenken des preußischen Finanzministers, daß bei Einkommen von 3000 M und

darüber leichter der Form genügt werden könne, und daß die Sache bei den höheren Einkommen erst einmal durchgeführt sein müsse, ehe man sie auch auf die kleineren Einkommen ausdehne, auch hier ausschlaggebend gewesen seien.

Herr Nieß hat geglaubt, daß diese Sache nach dem eingehenden Berichte des Herrn Wolff II ohne Weiteres von der Versammlung angenommen würde. Nachdem aber Herr Niese seinen Sonderstandpunkt zu der Sache vertreten habe, halte er es für seine Pflicht, ebenfalls das Wort dazu zu nehmen. Wenn der Herr Berichtserstatter hervorgehoben habe, daß bei der Selbsteinschätzung die wahre Einnahme der Steuerpflichtigen besser zur Geltung kommen würde, weil es bislang Niemand für seine Pflicht gehalten habe, sein wahres Einkommen anzugeben, so wolle er darauf erwidern, daß bislang für den Steuerzahler nur die Pflicht bestanden habe, die von der Einschätzungscommission festgesetzte Steuer zu bezahlen, sofern diese nicht zu hoch angesetzt gewesen sei. Im anderen Falle habe er seine Einnahme in einer Art Selbsteinschätzung, eventuell unter Eid, angeben müssen. Wenn die Selbsteinschätzung hier geradezu als ein Arcanum, ein Heilmittel gegen alle möglichen Schäden, angesehen werde, so sei dieselbe nach seiner Erfahrung ein zweischneidiges Schwert. Sofern beispielsweise Jemand, ob absichtlich oder unabsichtlich möge dahingestellt bleiben, sein Einkommen unrichtig angebe, so werde man dieses im Allgemeinen erst nach dessen Tode erfahren und dann fallen die hierauf stehenden Strafen den Erben, also an dem Vergehen ganz unschuldigen Leuten, zur Last, was er als eine Härte bezeichnen müsse. Bei der Selbsteinschätzung werde einem Theile der Bewohnererschaft bis auf den letzten Pfennig in die Tasche gesehen werden, während sich das Einkommen vieler Anderen auch ferner als undurchsichtig erweisen werde, so daß die Schätzungsart bei Letzteren als ein Fortschritt nicht anzusehen sei. Schon vor 20 Jahren habe Julius Faucher den Grundsatz proclamirt, die Einkommen der Handel- und Gewerbetreibenden nur zu zwei Dritttheilen zur Steuer heranzuziehen, damit dieselben aus dem nicht versteuerten letzten Drittel sich ein Capital zurücklegen könnten, welches ihnen als Ersatz für die den Beamten zustehende Pension zu dienen habe. Den Antrag des Herrn Niese auf Heranziehung aller Einkommen zur Selbsteinschätzung hätte er nicht stellen mögen, weil hierdurch die Arbeiter sehr hart betroffen werden würden. Da aber der Antrag von Herrn Niese einmal eingebracht sei, so stimme er demselben bei. Die meisten Arbeiter, welche jetzt zu 800—900 M veranlagt seien, können zu 1200 M, theilweise sogar zu 1400 M eingeschätzt werden, da dieselben solche Einnahme besitzen. (Zustimmung.)

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß man von Rechtsungleichheit nur dann zu sprechen pflege, wenn den Schwächern irgend welche Lasten oder Pflichten auferlegt werden. Herr Niese habe demgegenüber sich beschwert, daß man solchen Leuten eine Verpflichtung nicht auferlegen wolle. Das Recht der

Selbsteinschätzung sei allen Steuerzahlern durch das Statut offen gehalten. Wenn Herr Riefe daher den §. 48 des Statutentwurfes durchgelesen haben würde, hätte er sich nicht über eine Belastung, eine Hintanzetzung und Schmälerung der Rechte der Einwohner mit niedrigeren Einkommen beklagen können, sondern höchstens über eine Schmälerung der Pflichten derselben.

Herr Günther muß die Angaben des Herrn Rieß entschieden bestreiten, daß ein großer Theil der Arbeiter zu gering eingeschätzt sei. Wenn er in dieser Beziehung auch nicht ganz mit Herrn Riefe übereinstimme, so hätte er doch gewünscht, daß man die Selbsteinschätzung schon bei einem geringeren Einkommen als 3000 M obligatorisch gemacht hätte. Bei diesen geringeren Einkommen solle es sich meistens um Löhne, die von den Arbeitgebern festgestellt werden und um Beamtengehälter handeln; nach seiner Meinung treffe dieses aber nicht zu, indem auch viele Geschäftsleute, deren Einkommen sich durch die Commission außerordentlich schwer feststellen lasse, in diese Kategorie fallen. Bei einem höheren Einkommen sei einmal dessen Ermittlung weniger schwierig und dann komme es dabei auch lange nicht so genau darauf an, ob dasselbe vielleicht einmal um 1000 M zu hoch eingeschätzt sei, während bei einem niedrigeren Einkommen die Genauigkeit eine viel bedeutendere Rolle spiele. Er bitte daher, den Anfangssatz auf 2000 M festzusetzen. Im großen Ganzen werden wohl die Arbeiter nicht ärgerlich darüber sein, wenn man ihnen das Recht der Selbsteinschätzung nehme. (Der Herr Vorsitzende macht nochmals darauf aufmerksam, daß die sämtlichen Gemeindegensossen nach der Bestimmung im §. 48 des Statuts das Recht der Selbsteinschätzung haben.) Er möchte jedoch entschieden behaupten, daß er die Herabsetzung der Selbsteinschätzung auf einen Steuersatz von 2000 M für besser halte. Im Uebrigen freue er sich, daß die Einführung der Selbsteinschätzung schon mit dem Rechnungsjahre 1894/95 beginnen solle.

Herr Riefe möchte dem Herrn Vorsitzenden zur Erwägung anheimgeben, daß es nicht jedem Mitgliede der Versammlung möglich sei, die zur Vorlage gebrachten Sachen so genau und so oft durchzulesen, um deren Inhalt Punkt für Punkt im Kopfe zu haben; es erscheine ihm deshalb angebracht, wenn sich derselbe über ein solches Versehen, wie es Herrn Günther passirt sei, nicht gleich so sehr erregte.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß auf die bezüglichlichen Bestimmungen des Statuts von dem Berichterstatter und von ihm schon besonders hingewiesen sei und er daher, wenn Herr Günther trotzdem das Gegentheil in das Statut hineinzulegen versuche, fast an der bona fides desselben zweifeln müsse, was ihn allerdings erregt habe.

Herr Wolff II kann es Herrn Rieß gegenüber nicht für die Aufgabe des Berichterstatters halten, bei der Besprechung solcher Vorlage auf die derselben vielleicht zu Grunde liegenden volkswirtschaftlichen Erwägungen näher einzugehen.

Die Mitglieder der Versammlung, welche sich für diese Frage näher interessiren, werden in den Wochen, während welcher die Vorlage sich in ihren Händen befindet, selbst redlich bemüht gewesen sein, über die volkswirtschaftlichen Grundsätze der Vorlage nachzudenken.

Die Versammlung erklärt sich darauf fast einstimmig damit einverstanden, daß die Selbsteinschätzung bei einem Einkommen von mindestens 3000 M zum 1. April 1894 eingeführt werde und lehnt die Anträge der Herren Riecke und Günther mit allen gegen 2 Stimmen ab.

Zum §. 45 bringt sodann der Herr Berichterstatter in Vorschlag, die verschiedenen Begriffe „Steuerfuß“ und „Steuereinheit“ zu verschmelzen, was sich erreichen lasse, wenn man in den Tarif statt „1,00“ setze „0,1“ und sofort $\frac{1}{10}$ der vorgesehenen Sätze. Der zweite Satz habe dann zu lauten: „Der Steuerfuß bildet die Steuereinheit.“ Endlich werde noch eine kleine stilistische Aenderung für den letzten Absatz vorgeschlagen, so daß dieser dann laute: „Die Steuerbeträge werden dergestalt abgerundet, daß an der Pfennig-Einerstelle des ermittelten Steuerfußes 1 bis 5 Pfennige gar nicht, 6 bis 9 aber für 10 Pfennige gerechnet werden.“

Während Herr Hauswaldt in dem ersten Aenderungs-Vorschlage der Commission eine Besserung nicht erblicken kann und beantragt, es bei dem bisherigen Wortlaute zu belassen, tritt

Herr Wolff I für diese Aenderung als eine Erleichterung ein.

Die Versammlung stimmt dem Commissionsvorschlage zu.

Nachdem der Herr Berichterstatter sodann eine eingehende Erläuterung der Bestimmungen des §. 46 gegeben und zu dem §. 47 beantragt hatte, im Eingange statt „von mehr als 3000 M“ zu sagen „von mindestens 3000 M“, giebt

Herr Hauswaldt dem Wunsche Ausdruck, daß der Versammlung von dem Wortlaute der zur Einführung kommenden Formulare vor deren Feststellung Kenntniß gegeben werden möchte.

Herr Oberbürgermeister Pockels weist darauf hin, daß schon in der beigegebenen Begründung zugesagt sei, das Formular der Steuererklärung mit der Versammlung zu vereinbaren.

Die Aenderung des §. 47 wird gutgeheißen.

Zum §. 48 sind in der Commission die Bedenken aufgetaucht, als ob nach dem vorliegenden Wortlaute der Magistrat den hier in Frage kommenden Antrag des Einschätzungs-Ausschusses, andere Steuerpflichtige zur Declarationspflicht heranzuziehen, zu beeinflussen vermöge. Wenn eine solche Auslegung auch nicht beabsichtigt sei, so habe die Commission doch geglaubt, für den §. 48 folgende Fassung vorzuschlagen zu sollen:

„Andere Steuerpflichtige sind auf besondere Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet. Diese Aufforderung ist auf Beschluß

des Einschätzungs-Ausschusses von dem Stadt-Magistrate zu erlassen. Auf sein Verlangen ist jeder Steuerpflichtige zur Abgabe einer Steuererklärung innerhalb der im §. 47 bestimmten Frist zuzulassen."

Die Versammlung stimmt dieser Fassung zu.

Zum §. 53 beantragt die Commission in dem ersten Satze statt „neben der veranlagten Steuer" zu setzen „neben der alsdann zur Veranlagung gelangenden Steuer."

Herr Hauswaldt wünscht, daß hinsichtlich der Declaration ein Zwang insofern ausgeübt werde, als jeder Steuerpflichtige mit einem Einkommen von mindestens 3000 M zur Abgabe einer Steuererklärung zwangsweise veranlaßt werden müßte.

Herr Wolff I will darauf aufmerksam machen, daß die Steuererklärung nicht die Selbstschätzung, sondern nur eine Vorbedingung zur Schätzung darstelle, indem der Steuerpflichtige auf Grund seiner Steuererklärung oder — falls deren Richtigkeit angezweifelt werde — auf Grund anderweit eingezogener Erkundigungen über die Vermögensverhältnisse des Betreffenden, von dem Ausschusse eingeschätzt werde. Die Selbsteinschätzung werde also nicht unbedingt der Veranlagung zu Grunde gelegt.

Herr Hauswaldt kann nicht verstehen, weshalb die Steuererklärung nicht unter allen Umständen der Veranlagung zu Grunde gelegt werden solle.

Herr Wolff II weist darauf hin, daß es eine vollständig verkehrte Auffassung sei, wenn man annehme, daß die Schätzer sich bestimmt an die Steuererklärung halten müssen. Sobald letztere unklar oder unglaublich erscheine, werde sie eben unbeachtet gelassen und stehe es dann hinterher dem Betreffenden frei, von dem Reclamationsrechte Gebrauch zu machen.

Herr Günther hat die Selbsteinschätzung auch so aufgefaßt, daß der Ausschuss sich an die Steuererklärung bestimmt zu halten habe. Wenn übrigens der Herr Vorsitzende vorhin gesagt habe, er zweifle an der bona fides des Redners, so habe er darauf zu erwidern, daß jedem Redner wohl mal ein lapsus vorkommen könne, ohne daß deshalb die bona fides desselben angezweifelt werden dürfe.

Der Herr Vorsitzende entgegnet, daß er nur gesagt habe, fast an der bona fides zweifeln zu müssen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß sich die hier geäußerten Bedenken durch die Bestimmung des Absatzes 7 im §. 56 erledigen.

Herr Wolff I macht ebenfalls darauf aufmerksam, daß der §. 56 des Statut-entwurfes diese Verhältnisse vollständig regele.

Herr Hauswaldt ist der Meinung, daß die Commission die moralische Pflicht habe, nach den Steuererklärungen zu schätzen, wenn man von den Bürgern verlange, daß sie klar und deutlich die letzte Wahrheit sagen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte noch ausdrücklich darauf hinweisen, daß die ganzen Bestimmungen über die Steuererklärung dem preussischen Gesetze nachgebildet seien und daher Abweichungen in dieser Beziehung nicht vorhanden seien. Er gebe übrigens dem Herrn Vorredner in der Theorie Recht, daß, sobald Jemand zur Selbsteinschätzung aufgefordert werde, er als ehrlicher Mann fordern könne, die gemachten Angaben als richtig anzuerkennen. Immerhin könne aber das Ergebniß der Selbsteinschätzung auf irthümlicher Auffassung der Veranlagungsgrundsätze beruhen, die der Berichtigung bedürftig sei.

Herr Wolff II will bemerken, daß das hier vorgesehene Verfahren sich bei allen Vorschriften über die Behandlung der Reclamationen befinde, ohne daß es jemals Einem eingefallen wäre, die Reclamanten als unehrliche Leute zu betrachten, wenn sie einmal auf Grund von Trugschlüssen ihr Einkommen unrichtig angegeben hätten.

Die Versammlung genehmigt darauf die Aenderung.

Zum §. 56 beantragt Herr Rimpau, zu bestimmen, daß als gegebener Vorsitzender der Ausschüsse immer dasjenige Mitglied des Magistrates angesehen werden solle, welches das Decernat für diese Steuerfachen habe. Bei dem öfteren Wechsel der übrigen Ausschußmitglieder halte er es für erforderlich, einen gewissen, festen Crystallisationspunkt für jeden Ausschuß zu schaffen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß dieser Anregung keine Folge gegeben werden könne, weil hierzu die gesetzliche Unterlage fehle. Bei der Einschätzung habe der Magistrat gar nicht mitzuwirken.

Herr Günther fragt an, weshalb jezt 4 Ausschüsse mit je 8 Stadtverordneten eingesetzt und demnach 4 Stadtverordnete nicht in die Ausschüsse abgeordnet werden sollen, während z. B. die sämtlichen 27 Stadtverordneten in den Steuerausschüssen vertreten seien.

Herr Hauswaldt möchte beantragen, an Stelle von 4 Ausschüssen deren 8 zu wählen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß bei der Ausarbeitung des Entwurfes die gegenwärtige Vertheilung der Stadtverordneten in den Schätzungs-Commissionen und das numerische Verhältniß zu den außerhalb der Versammlung stehenden Commissionsmitgliedern maßgebend gewesen sei. Wenn 4 Ausschüsse gebildet werden und diese sich in 8 Unterausschüsse theilen, so können nicht mehr Stadtverordnete vorgesehen werden. Es sei nämlich in Aussicht genommen, den Vorsitzenden der Versammlung von dieser Thätigkeit auszunehmen, auch habe man in Erwägung gezogen, daß einzelne Mitglieder der Versammlung in Folge Zeitmangels absolut nicht in der Lage sein möchten, an diesen Geschäften theilzunehmen.

Den Hauswaldt'schen Antrag bitte er abzulehnen, zumal sonst die erst beschlossene Einteilung der Stadt in 4 Bezirke wieder über den Haufen geworfen werde und man eine weitere Theilung den Ausschüssen selbst überlassen könne.

Der Herr Berichterstatter will zu dem Absatz 4 des §. 56 noch hervorheben, daß nach den dort getroffenen Bestimmungen die Mitglieder der Ausschüsse dem Vorsitzenden mittelst Handschlags zu geloben haben, daß sie bei den Ausschußverhandlungen nach bestem Wissen und Gewissen verfahren und die Verhandlungen, sowie die hierbei zu ihrer Kenntniß gelangenden Verhältnisse der Steuerpflichtigen strengstens geheim halten werden. Man könnte nun in Erwägung ziehen, ob nicht diese Form des Angelübnißes zu verschärfen sei durch eine Eidesleistung. Die Commission theile aber die Ansicht, daß hiervon abzusehen sei, indem nichts gefährlicher erscheine, als Eide abzunehmen, die ein bestimmtes Verhalten für die Zukunft in Betracht ziehen und weil außerdem die Gefahr einer Verletzung der Eidespflicht zu der Sachlage in keinem Verhältnisse stehen würde. Ebenso habe die Commission davon Abstand genommen, Strafbestimmungen in den Entwurf einzufügen, obwohl in Preußen sehr scharfe gesetzliche Strafbestimmungen bestehen. Da die Städteordnung solche nicht enthalte, hätte die Aufnahme nur auf Grund der völlig unzureichenden allgemeinen Strafbefugnisse der Statutargesetzgebung erfolgen können. Sollte aber wider Erwarten das Vertrauen nicht gewahrt werden, so möchte es sich vielleicht empfehlen, im Wege der Landesgesetzgebung Strafen einführen zu lassen.

Auf die Frage des Herrn Hauswaldt, ob nach den hier vorgeesehenen Bestimmungen nur eine schriftliche Verhandlung zwischen dem Ausschusse und der Bürgerchaft stattfinden könne, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß der Entwurf die Absicht nicht habe, den Verkehr auf den schriftlichen Weg zu beschränken. Wenn der Ausschuß daher eine mündliche Verhandlung beschließe, so werde dem Beschlusse unbedenklich Folge gegeben werden.

Auf Antrag des Herrn Berichterstatters wird sodann weiter beschlossen, im §. 56, Absatz 6 wiederum statt „mehr als 3000 M.“ zu sagen „mindestens 3000 M.“ und den letzten Satz des §. 58 in folgender Weise zu fassen: „Derjenige Steuerpflichtige, welcher gegenüber dem Stadtmagistrate, bevor bei dem letzteren eine Anzeige erfolgt oder von demselben eine Untersuchung eingeleitet ist, seine Angabe berichtet oder ergänzt, beziehungsweise das verschwiegene Einkommen angiebt und die vorenthaltene Steuer in der ihm gesetzten Frist entrichtet, bleibt straffrei.“

Nachdem der Herr Berichterstatter sodann noch eine Erläuterung der Bestimmungen in den §§. 59—61 gegeben hatte, ist die Berathung über den Abschnitt IV, Punkt 1 des Entwurfs erledigt und wird darauf die Berathung nochmals abgebrochen.

XVII. Abänderung des Ortsbaustatuts.

Der in der Sitzung vom 29. September 1892 von der Versammlung festgestellte Entwurf, betr. die Abänderung des Ortsbaustatuts für die Stadt Braunschweig vom 27. December 1883, hat dem Herzoglichen Staatsministerium zu verschiedenen Bemerkungen Anlaß gegeben, welche namens der Statutencommission Herr Rudeloff theilweise vorträgt und bespricht. Da jedoch die Verhandlungen über diesen Gegenstand bis zur nächsten Sitzung verschoben werden, so soll erst in dem nächsten Sitzungsberichte auf die Vorlage näher eingegangen werden.

XVIII. Anfrage des Herrn Brückmann wegen des städtischen Leitungswassers.

Zur Begründung der Anfrage:

„Der Magistrat wird um Auskunft gebeten, warum die Ergebnisse der Untersuchungen des städtischen Leitungswassers seit Juli 1892 nicht mehr bekannt gegeben werden?“

bemerkt Herr Brückmann, daß die von den städtischen Behörden beschlossene Bekanntmachung des Ergebnisses der Untersuchungen des Leitungswassers seit Ende Juli v. Js. nicht mehr stattgefunden habe. Wenn man nun erwäge, daß gerade im Herbst die Zuckerfabriken, welche bekanntlich die Haupterreger der Verunreinigungen seien, arbeiten und daß die Oker nunmehr schon seit Wochen zugefroren sei, so erscheine es mit Rücksicht auf die fortwährend noch drohende Cholera-gefahr erforderlich, die Ergebnisse der Wasseruntersuchungen wiederum durch Anschlag im Stadthause bekannt zu geben. Wenn diese Ergebnisse zufriedenstellend seien, werde deren Bekanntmachung, namentlich im Hinblick auf die Erfahrungen in Mitleben bei Halle a. S., eine beruhigende Wirkung ausüben.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Untersuchung des Leitungswassers seit Jahren stattfinde und diese Untersuchung seit Mitte vorigen Jahres in der Weise vervollständigt sei, daß alltäglich eine Untersuchung in chemischer und bacteriologischer Beziehung vorgenommen sei. Wenn der Magistrat sich nun auch auf Ersuchen der Versammlung veranlaßt gefunden habe, das Ergebnis durch Anschlag im Stadthause bekannt zu geben, so sei er doch bald der Ueberzeugung geworden, daß diese Art der Veröffentlichung keinen Zweck habe, weil die Anschläge von Niemand gelesen werden. Auf Anregung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege sei daher später die Veröffentlichung durch die Braunschweigischen Anzeigen erfolgt. Nach seiner Erinnerung habe er indessen in letzterer Zeit keine Resultatanzeige mehr erhalten und deshalb solche auch nicht bekannt geben können. Es sollen aber sofort Erkundigungen hierüber eingezogen und die Veröffentlichungen sodann wieder aufgenommen werden. Die Untersuchungen selbst seien übrigens bis in die neueste Zeit vorgenommen und habe die Beschaffenheit des Wassers zu irgend welchen Bedenken keine Veranlassung gegeben.

XIX. Selbstständiger Antrag des Herrn Bültmann auf Beschaffung eines Schneepfluges.

Wie der Herr Antragsteller des Näheren ausführt, erscheine die sofortige Beschaffung eines Schneepfluges im Interesse einer möglichst schnellen Reinigung der Straßen dringend nothwendig. Wenn Herr Halle im vorigen Jahre die Erfahrung gemacht habe, daß die Probepflüge schlecht arbeiten, so könne er auf Grund der selbst angestellten Beobachtungen behaupten, daß die jetzt probeweise in Gebrauch genommenen Schneepflüge außerordentlich praktisch seien und die Straßen in vorzüglichster Weise reinigen. Er beantrage daher, die Anschaffung eines Schneepfluges zu beschließen und die dafür erforderlichen Mittel der Straßenreinigungs-Deputation zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird nach genügender Unterstützung der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XX. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Instandsetzung des Königstieges.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, für alsbaldige ordnungsmäßige Herstellung des Königstieges Sorge tragen zu wollen“

wird von Herrn Günther damit begründet, daß sich der Königstieg in der größten Unordnung befinden solle und es schwer sei, denselben bei schlechtem Wetter in Folge des dort angehäuften Morastes zu passiren. Ebenso sei es der Wunsch der Anwohner des Madamenweges, daß dieser nunmehr recht bald zurechtgemacht werde.

Dieser Antrag wird, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XXI. Mittheilung des Stadt-Magistrates.

Herr Stadtrath Ramdohr giebt der Versammlung bekannt, daß er seine, in der letzten gemeinschaftlichen Sitzung erfolgte Wiederwahl zum unbesoldeten Magistratsmitgliede als eine große Ehre empfinde und für den neuen Beweis des ihm gewordenen Vertrauens danke, indem er sich bereit erkläre, die Wahl anzunehmen.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Schluß gegen 8 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 9. Februar 1893,
5 Uhr Nachmittags.

Öffentlich:

I. Abänderung des Ortsbaustatuts	Seite 54
II. Das neue Verwaltungstatut (Schluß).	" 59
III. Polizei-Vorschriften für das Schlafgängerwesen.	" 65
IV. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Herstellung des Königstieges.	" 66
V. Desgl. des Herrn Bültemann auf Anschaffung eines Schneepfluges.	" 66
VI. Aufnahme von Processen.	" 67
VII. Aenderung der Baulinie für den Langenhof etc.	" 67
VIII. Mittheilungen des Stadt-Magistrates.	" 67
IX. Uebersicht über die städtische Münzsammlung.	" 68
X. Eintheilung der Sitzungs-Protocolle.	" 69
XI. Anfrage des Herrn Hauswaldt wegen Ausstellung der Pläne für das Stadthaus.	" 69

Vertraulich:

Anstellung von Beamten	" 69
Anstellung des Mühlenschreibers Nicolai.	" 69
Erlaßgesuch der Wittve Beckmann.	" 70
Steuer-Reclamationen (Verzeichniß VI von 1892).	" 70
Besprechung über das Einschätzungsverfahren.	" 70
Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten. Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz.	" 70

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer, Heymann und Meyer, sowie Assessoren von Frankenberg und Reidemeister.

Entschuldigt die Herren Niefß und Wilke.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Versammlung mit einigen geschäftlichen Mittheilungen.

I. Abänderung des Ortsbaustatuts.

Der in der Sitzung vom 29. September 1892 (Seite 218 des Prot.) festgestellte und dem Herzoglichen Staatsministerium zur Genehmigung vorgelegte Entwurf, betr. die Abänderung der §§. 7—11 des Ortsbaustatuts für die Stadt Braunschweig vom 27. December 1883 hat der genannten Staatsbehörde zu den nachstehenden Bemerkungen Anlaß gegeben:

1) Dem §. 7 wird als Ueberschrift hinzuzufügen sein: „Verpflichtung der Stadt.“ Die Fassung des neuen §. 7 ist übrigens, wie auch die des bisherigen §. 7 insofern nicht ganz richtig, als nicht die im §. 4A erwähnten Straßen zc. unter die §§. 7—12 fallen, sondern von denselben nur diejenigen, hinsichtlich welcher der genehmigte Beschluß der städtischen Behörden bekannt gemacht worden ist. — Der Magistrat giebt anheim, den Aenderungsvorschlag gutzuheißen und den eingeklammerten Satz wie folgt zu fassen: „(d. i. im Sinne dieses Statuts diejenigen von den im §. 4A bezeichneten Straßen, Wegen und Plätzen, auf welche die Vorschriften der §§. 7—12 dieses Statuts für anwendbar erklärt sind)“.

2) Im §. 8. I. 1 könnte statt „Kosten für die Erwerbung“ und „die erste Einrichtung“ gesagt werden „Kosten der Erwerbung“ und „der ersten Einrichtung“. — Magistratsseitig findet sich hiergegen nichts zu erinnern.

3) Im §. 8. I. 2, Absatz 1 werden die Schlußworte „und zwar in Ansehung der ganzen Frontlänge des einzelnen Grundstücks“ zu streichen und wird dann im Absatz 2 weiter zu sagen sein: „Grundstücke, welche an zur Zeit des Erlasses dieses Statuts schon vorhandenen ausgebauten Ortsstraßen belegen sind, werden kostenpflichtig, wenn sie bebaut werden, bezw. sofern sie bereits bebaut waren, wenn sie neu bebaut werden. Als neue Bebauung“; endlich möchte dann der Schlußatz: „Ungleichen werden kostenpflichtig . . .“ ganz zu streichen sein. Das Herzogliche Staatsministerium geht hierbei von der Erwägung aus, daß es nicht gelingen würde, durch den Zusatz „in Ansehung der ganzen Frontlänge des einzelnen Grundstücks“ die bei nur theilweiser Bebauung von Grundstücken vielfach vorgekommenen Streitigkeiten auszuschließen und daß der Zusatz vielmehr Anlaß zu Mißverständnissen geben könne, während es allerdings nothwendig sei, wie bisher, so auch hinfort die Kostenantheile der einzelnen kostenpflichtigen Grundstücke

nach den im §. 9 zu treffenden Bestimmungen unter Berücksichtigung der Frontlänge der einzelnen Grundstücke berechnen zu lassen. Der Zusatz im §. 8 würde es z. B. als zulässig erscheinen lassen, als „ein einzelnes nach seiner ganzen Frontlänge kostenpflichtiges Grundstück“ ein Grundstück lediglich deshalb anzusehen, weil es — gleichgültig in welcher Größe und mit welcher Frontlänge — in dem Besitze desselben Eigenthümers stehend in gewissem Sinne ein umfriedigtes Ganze bilde, oder weil es etwa in dem Grundbuche unter einer Nummer sich eingetragen finde, während doch der Begriff „ein bebautes Grundstück“ häufig ganz andere Voraussetzungen habe. Es sei nicht zu verkennen, daß es sehr zweckmäßig erscheinen könne, durch das Statut den Begriff „bebautes Grundstück“ genau festzulegen, die Fassung des entworfenen §. 8 trage dem aber nicht Rechnung, so daß es vorzuziehen sein werde, hier lediglich dem Buchstaben des Gesetzes zu folgen. Einverstanden sei das Herzogliche Staatsministerium übrigens mit den Ausführungen des Magistrates in dessen Berichte zu §. 8. I, betr. die Kostenpflichtigkeit bereits bebauter Grundstücke. Wenn auch in dem Gesetze vom 4. Juni 1892 Nr. 21 und in der Begründung desselben nicht ausdrücklich hervorgehoben sei, daß unter „Bebauung“ auch die Neubebauung und die einer Erneuerung gleichzuachtende Veränderung, Erweiterung oder Erhöhung eines Bauwerks zu verstehen sei, so folge dieses doch schon aus der Absicht des Gesetzes, welche dahingehe, den Gemeinden die, wenn auch unter Umständen nur allmälige Wiedereinziehung der gesamten Kosten der Anlegung einer Ortsstraße von den Anliegern zu ermöglichen. — Der Magistrat ist der Ansicht, daß es kaum gelingen werde, die vom Herzoglichen Staatsministerium für zweckmäßig erachtete Festlegung der Begriffsbestimmung „bebautes Grundstück“ in der Weise für alle möglichen Fälle zutreffend vorzunehmen, daß dadurch die hier regelmäßig einander entgegenstehenden Interessen der Stadt und der Anlieger im richtigen Verhältniß zu einander abgewogen werden und daher von Aufnahme einer bezüglichen Vorschrift Abstand zu nehmen sein werde. Wenn es auch wünschenswerth erscheine, diese schon seit längerer Zeit bestrittene Frage endlich durch eine unzweideutige Bestimmung geregelt zu sehen, so müsse doch zugestanden werden, daß die Frage praktisch nicht von erheblicher Bedeutung sei, da bislang nur zwei derartige Fälle in der Praxis vorgekommen seien und es sich regelmäßig nur um eine Befristung mit Einzahlung, nicht aber um eine Ermäßigung von Beiträgen handeln werde. Der Magistrat empfiehlt daher, die vom Herzoglichen Staatsministerium geforderten Aenderungen gutzuheißen.

4) Statt „Erstattungspflichtig sind alle Kosten“ (Ziffer 3 des §. 8) wäre zu sagen: „Zu erstatten sind alle Kosten“, welche Aenderung dem Magistrate gerechtfertigt erscheint.

5) Die Bestimmungen unter §. 8. A. II mit der Ueberschrift „Kosten der besseren Befestigung der Fußwege an Ortsstraßen“ treffen im Gegensatz zu der deutlicheren Fassung des bisherigen §. 8. I. 1 keine klare Anordnung über die „Unterhaltung“ der vorhandenen Fußwege, auch wenn eine „bessere Befestigung“ nicht in Frage stehe. — Die bisherige Vorschrift, daß die Kosten der Unterhaltung vorhandener — nicht mit Platten belegter — Fußwege von den Anliegern zu erstatten seien, ist, nach der Ausführung des Magistrates, aus dem Entwurfe absichtlich weggelassen, weil dieselbe bislang niemals angewandt ist und weil es sich auch nicht ermöglichen lassen dürfte, diese verhältnißmäßig geringfügigen Kosten in gerechter Weise auf die anliegenden Grundstücke zu vertheilen.

6) Im §. 9. 1. a sind selbstverständlich, wenngleich danach die Kosten den angrenzenden Grundstücken wie bisher zur Last fallen, doch entsprechend dem gesetzlichen Grundsatz nur die kostenpflichtigen, d. i. die „bebauten 2c.“ Grundstücke gemeint. — Um der, hier aufgestellten Forderung zu entsprechen, empfiehlt der Magistrat, den Eingang der Vorschrift im §. 9. 1 wie folgt zu fassen: „Der Antheil der einzelnen zu Beiträgen verpflichteten Grundstücke“.

7) Im §. 9. 2 möchte die Absicht, bei Herstellung 2c. von Fußwegen nur auf einer Seite der Straße auch nur die Anlieger dieser Straßenseite zu den Kosten heranzuziehen, deutlich zum Ausdruck zu bringen sein. — Um diesem Wunsche nachzukommen, bringt der Magistrat für den zweiten Satz des §. 9. 2 folgende Fassung in Vorschlag: „Wird auf einer Straße nur ein Fußweg in der vorstehend angegebenen Weise befestigt, so haben zu den hierdurch erwachsenden Kosten nur die an solchen Fußweg grenzenden Grundstücke beizutragen, und es kommt bei der Berechnung der dem einzelnen Grundstücke zur Last fallenden Kosten nur die Frontlänge derjenigen Straßenseite in Betracht, auf welcher der befestigte Fußweg liegt.“

8) Zu den Kosten der Herstellung 2c. der Fußwege wurden bislang die Anlieger nur insoweit herangezogen, als die Kosten durch Herstellung der Fußwege in einer Breite bis zu 3 m erwachsen. Nach dem Entwurfe fällt diese Beschränkung fort und die Heranziehung der Anlieger soll unbeschränkt erfolgen. Unter Umständen wird dadurch die den Anliegern auferlegte Last eine sehr drückende sein und es wird erwogen werden müssen, ob nicht eine entsprechende Beschränkung wieder in das Statut einzufügen sei. — Da nach der jetzigen Fassung die Stadt allerdings berechtigt sein würde, bei Herstellung von Ortsstraßen die Fußwege in voller Breite mittelst eines kostspieligen Belages zu befestigen und die ganzen hierdurch erwachsenden Kosten zu Lasten der Anlieger in Rechnung zu stellen, so trägt der Magistrat umsoweniger Bedenken, eine ein solches Verfahren ausschließende Vorschrift aufzunehmen, als auch ohne ausdrückliche Zustimmung oder gar gegen den Willen der Anlieger die Stadt zu einer Belegung der Fußwege in voller

Breite mit Platten überhaupt nicht schreiten werde. Sollte aber dazu im Einzelfalle ein Bedürfniß sich zeigen, so erscheine es gerechtfertigt, die Stadt die Mehrkosten tragen zu lassen. Es habe sich auch schon herausgestellt, daß ein in der Mitte des Fußweges hergestellter Belag von 1,5 m Breite in der Regel den Anforderungen des Verkehrs durchaus genüge; man werde sich also darauf beschränken können, nur die hieraus erwachsenden Kosten in Rechnung zu stellen. Es würde sich demnach folgender Zusatz zum §. 8. I. 3 c des Entwurfs empfehlen: „... jedoch mit der Einschränkung, daß von den aus der Herstellung eines Fußwegbelages der vorerwähnten Art erwachsenden Kosten zu Lasten der Anlieger nur derjenige Betrag in Rechnung gestellt werden darf, der zur Schaffung eines solchen Belages in einer Breite von 1,5 m erforderlich ist.“

9) Zum §. 11. 2 wird anheimgegeben, folgende Bestimmung in Erwägung zu nehmen: „Gegen die Feststellung, welche durch öffentliche Auslegung des Projects, des Kostenanschlages und der Vertheilungsberechnung bekannt zu machen ist, steht den Betheiligten binnen vier Wochen — angerechnet von dem Tage der Auslegung — die Beschwerde an Herzogliches Staatsministerium zu.“

10) Der Absatz 3 des §. 11, lautend: „In dem vorstehend sub b gedachten Falle — bestellt werden“ würde gemäß dem oben unter 3 Gesagten zu streichen sein.

11) Im Absatz 5 des §. 11 ist statt „erbliche Nutzungsberechtigte“ zu sagen: „erblich Nutzungsberechtigte“.

12) Das Citat am Schlusse des §. 11 fällt fort. — Mit den unter 9—12 geforderten Aenderungen ist der Magistrat einverstanden und giebt anheim, den Entwurf, seinen eben erwähnten Vorschlägen gemäß, zu genehmigen.

Namens der Statutencommission berichtet über diese Vorlage Herr Rudeloff: Während die Punkte 1 und 2 des Ministerialerlasses zu Bemerkungen keinen Anlaß geben, sei hinsichtlich des Punktes 3 hervorzuheben, daß der Zusatz „und zwar in Ansehung der ganzen Frontlänge des einzelnen Grundstückes“ gewählt sei, um Streitigkeiten möglichst abzuschneiden, und daß nach einer Mittheilung des Stadt-Magistrates auch der betr. Ressortminister bei einer mündlichen Verhandlung den Grundsatz, daß die bebauten Grundstücke in Ansehung ihrer ganzen Frontlänge beitragspflichtig seien, als richtig anerkannt habe. Indessen müsse zugegeben werden, daß die Frage, was unter einem „bebauten Grundstücke“ zu verstehen, offen geblieben sei. Bei der Unmöglichkeit, diesen Begriff unter eine, für alle Fälle anwendbare Formel zu bringen, gebe demnach auch die Statutencommission anheim, den Zusatz zu streichen.

Bezüglich der Punkte 4—7 werde der Ansicht des Magistrates beigetreten.

Bei dem Punkte 8 des Manuscripts sei es der Commission darauf angekommen, deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß es sich bei dieser Ermäßigung der Heran-

ziehung der Anlieger lediglich um die Kosten des Belages handle. Die Kosten der Herstellung der eigentlichen Fußwege sollen in jedem Falle von den Anliegern getragen werden; außerdem wünsche aber die Commission noch festgestellt zu sehen, in welcher Höhe der Antheil der etwa ausgeführten breiteren Belegung von der Stadt zu tragen sei. Zwischen dem Magistrate und der Commission sei daraufhin für den Punkt 3 c des §. 8 folgende Fassung vereinbart worden: „aus der Herstellung der Fußwege, mit der Maßgabe jedoch, daß, falls dieselben in einer 1,5 m überschreitenden Breite mit Platten, mit Mosaispflaster, Asphalt oder dergleichen belegt werden, von den Kosten eines solchen Belages derjenige Mehrbetrag, welcher durch die Belegung in größerer Breite erwächst, der Stadt zur Last fällt, und zwar derartig, daß sich die in diesem Falle von der Stadt zu tragenden Kosten des Belages zu den Gesamtkosten desselben verhalten, wie die um 1,5 m verminderte Breite zu der ganzen Breite desselben.“

Wenn nun aber von den Anliegern die Kosten bei der ersten Herstellung der Fußwege nur in ermäßigter Weise aufzubringen sein würden, so müsse eine gleiche Vergünstigung auch in dem Falle eintreten, wo es sich um die nachträgliche Belegung von bereits vorhandenen Fußwegen handle. Da der Magistrat die Erklärung abgegeben habe, daß ein solches Verfahren auch in seiner Absicht gelegen habe, so sei mit demselben vereinbart, im §. 8 unter II zu sagen: „ . . . so sind die hierdurch erwachsenden Kosten mit der unter I. 3. c gedachten Beschränkung von den Eigenthümern . . .“.

Hinsichtlich des Punktes 9 empfehle die Commission den in Vorschlag gebrachten Zusatz zur Annahme. Es werde indessen für wünschenswerth gehalten, daß die öffentliche Auslegung — an welche die Rechtsfolge geknüpft sei, daß von ihrem Beginne ab die Frist laufe, binnen welcher die Beschwerde verfolgt werden könne und nach deren unbenußtem Ablauf das Beschwerderecht verloren gehe — nicht ohne Vorwissen und ohne Kenntniß der Kostenpflichtigen statfinde, da eine öffentliche Ankündigung gar zu leicht übersehen werden könne. Auf Anregung der Commission sei seitens des Magistrates die Zusicherung ertheilt, eine Ordnungsvorschrift erlassen zu wollen dahingehend, daß die öffentliche Auslegung thunlichst nicht eher geschehen solle, bis die einzelnen Zahlungspflichtigen eine Zahlungsaufgabe mit einer auf die stattgehabte Auslegung bezüglichen Bemerkung erhalten haben. Hiermit habe sich dann aber die Commission begnügt und insbesondere davon Abstand genommen, vorzuschlagen, daß die Beschwerdefrist vom Tage der speciellen Benachrichtigung der Zahlungspflichtigen laufe, zumal da es in vielen Fällen zweifelhaft sein werde, wer der Zahlungspflichtige sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer will die zuletzt geäußerte Auffassung dahin richtigstellen, daß er in der Commission auf die von dem Herrn Referenten vorge-

brachten Bedenken erklärt habe, daß dieselben in der Regel um deswillen nicht zutreffen würden, weil gleichzeitig mit der Bekanntmachung über die Auslegung des Plans, des Anschlags und der Kostenrechnung, auch die Zahlungsaufgabe an die einzelnen Pflchtigen abgelassen werde und deshalb kein Bedenken vorliegen möchte, zu sagen, daß die Frist vom Tage der Bekanntmachung ab laufe. Eine bestimmte Zusicherung in dieser Beziehung zu erteilen, sei dagegen nicht die Absicht des Magistrates gewesen und habe auch keinen Zweck. Ein Mehreres zu thun halte er nicht für nöthig, da die Betheiligten auch schon durch die Verhandlungen über die Festsetzung der Kosten aufmerksam gemacht werden.

Der Herr Vorsitzende möchte darauf hinweisen, daß insofern die Ansicht der Commission mit der des Magistrates übereinstimme, als beide die öffentliche Bekanntmachung als Beginn der Reclamationsfrist angesehen wissen wollen. Von dem Herrn Oberbürgermeister sei dann noch erklärt worden, daß es unbedenklich sei, eine Ordnungsvorschrift zu erlassen dahingehend, daß die Auslegung thunlichst nicht eher geschehe, bis jeder Einzelne die Zahlungsaufgabe erhalten habe.

Herr Stadtrath Netemeyer möchte vermieden sehen, daß später einmal Jemand sage, er habe die Zahlungsaufgabe nicht erhalten und es binde ihn deshalb auch die öffentliche Bekanntmachung nicht.

Da zu den weiteren Punkten des Ministerialrescripts Bemerkungen nicht zu machen sind, auch Einwendungen gegen die Vorlage aus der Versammlung nicht erhoben werden, so wird die Berathung geschlossen und die Vorlage gemäß den Anträgen der Statutencommission genehmigt.

II. Das neue Verwaltungsstatut. (Schluß.)

Die in der letzten Sitzung abgebrochenen Verhandlungen (Seite 49 des Prot.) werden nunmehr wieder aufgenommen und zu Ende geführt. Zunächst genehmigt die Versammlung auf Antrag des Berichterstatters, Herrn Wolff II, daß im §. 22 der Absatz 2 des Entwurfes im Eingange laute: „Der Geschäftskreis der städtischen Bauverwaltung umfaßt vorbehältlich der Zuständigkeit des Stadtbauamtes die technische Leitung des gesammten Bauwesens, . . .“.

Sodann wird bei dem Abschnitt IV, Punkt 2 „Abgabe für das Halten von Hunden“ fortgefahren.

Wie der Herr Berichterstatter des Näheren ausführt, werde beabsichtigt, für die in Vorschlag gebrachten Bestimmungen über das Halten von Hunden einige Aenderungen zu beantragen. Auf Anregung des hiesigen Vereins zur Züchtung von Racehunden sei nämlich in der Commission zur Sprache gebracht, daß man für Hundezüchter und zugleich für Hundehändler Bestimmung treffen möchte, nach welcher für den gesammten Hundebestand derselben eine einheitliche Abgabe

entrichtet werden könne. Dieser Anregung folgend, bringe die Commission in Vorschlag, dem §. 62 zwischen Absatz 2 und 3 folgende Bestimmung zuzufügen:

„Wer eine oder mehrere Zuchthündinnen hält, oder gewerbsmäßig einen Hundehandel betreibt, ist berechtigt, für diejenigen Hunde, welche er beständig eingesperrt hält (Zwingerhunde), an Stelle der vorstehenden Einzelsätze eine Gesamtabgabe von 30 M jährlich zu entrichten.“

Mit dieser von dem Herrn Oberbürgermeister entworfenen Bestimmung habe sich der Magistrat einverstanden erklärt. Von berufener Seite sei dann hinterher noch zur Sprache gebracht, daß diese Maßregel ohne weitere Erleichterung insofern unangenehme Folgen habe, als die Hunde zu ihrem Gedeihen freie Bewegung im Freien haben müssen. Man möchte daher den Hundehändlern und Hundezüchtern gestatten, gegen Abgabe bestimmter, besonders zu vergütender Marken, ihren Hundebestand in beschränkter Zahl frei umherlaufen zu lassen. Nach einer Mittheilung des Herrn Halle würde es in den Kreisen der Interessenten als angemessen gefunden werden, wenn man den Händlern und Züchtern gegen eine weitere Gebühr von je 10 M auf Wunsch noch 1 oder 2 Marken verabsolgt und denselben dann gestatte, ihre mit solcher Marke versehenen Hunde abwechselnd frei umherlaufen zu lassen. Würde man in der Versammlung dieser Anregung Folge geben, so hätte der zweite Satz im Absatz 2 des §. 66 ungefähr folgenden Wortlaut zu erhalten:

„Für Zwingerhunde werden keine Marken ausgegeben, jedoch werden dem Eigenthümer auf sein Verlangen zur Benutzung für seinen Hundebestand 1—2 Marken gegen weitere Vergütung von je 10 M behändigt, mit der Maßgabe, daß der Eigenthümer diejenigen Zwingerhunde, welche eine solche Marke tragen, frei umherlaufen lassen darf.“

Es falle damit auch das Führen solcher Hunde an der Leine fort.

Herr Hauswaldt bittet, im Interesse besserer Uebersichtlichkeit und größerer Einfachheit die neu aufzunehmenden Bestimmungen derartig zusammenzufassen, daß gesagt werde, jeder Hundezüchter und Hundehändler habe eine Pauschalsumme von 50 M zu zahlen und erhalte dafür zwei Marken ausgehändigt, auf Grund welcher er immer zwei Hunde draußen umherlaufen lassen dürfe. Markenlose Hunde dürften natürlich auch nicht an der Leine umhergeführt werden.

Der Herr Vorsitzende will noch daran erinnern, daß in der Commission schon zum Ausdruck gebracht sei, es werde das Publicum gerade durch das Führen von Hunden an der Leine außerordentlich belästigt.

Herr Halle befürwortet die Annahme der Commissionsvorschläge. Der ganze Zweck der beabsichtigten Ergänzungen gehe dahin, zu vermeiden, daß der eine oder andere Hundeliebhaber sich genöthigt sehe, um einer theureren Hundesteuer aus dem Wege zu gehen, sich einen Gewerbeschein zu lösen. Da solcher Ausweg für Manche

einen unangenehmen Beigeschmack habe, sei der Wunsch laut geworden, eine Zwinger-
versteuerung einzuführen. Es könne das auch um so eher geschehen, als hierdurch
der Stadt eine Einnahme erwachse, welche ihr sonst durch die in die Staatscasse
fließende Gewerbesteuer verloren gehe. Die Höhe der Pauschalvergütung möchte
auch als angemessen zu erachten sein, weil wohl schwerlich Jemand einen Umsatz
von 3000 M hier in Hundemachen werde. Den Antrag des Herrn Hauswaldt
bitte er im Interesse der kleineren Züchter abzulehnen, da diesen das Auf-
bringen von 50 M zu schwer werden würde, eine Erleichterung in der Hand-
habung der Bestimmungen durch diesen Antrag aber auch nicht erzielt werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt namens des Magistrates die Erklärung
ab, daß derselbe sich principiell und vorbehaltlich der Redaction mit den auch von
Herrn Halle befürworteten Commissionsvorschlägen einverstanden erkläre. Selbst-
verständlich dürfe ein markenloser Zwingerhund auch an der Leine nicht im Freien
umhergeführt werden.

Herr Wolff II bestätigt die letztere Auffassung. Im Uebrigen bitte er, die
Commissionsvorschläge anzunehmen und den Hauswaldt'schen Antrag abzulehnen,
um den kleinen Züchtern und Händlern entgegenzukommen.

Herr Hauswaldt befürchtet, daß bei Annahme der Commissionsvorschläge
auch die größeren Züchter und Händler nur eine Marke lösen würden, weil die-
selben auf Grund dieser Marke ihren ganzen Hundebestand abwechselnd frei umher-
laufen lassen könnten.

Herr Oberbürgermeister Pockels will sich nicht principiell gegen den Haus-
waldt'schen Antrag aussprechen, aber doch darauf aufmerksam machen, daß die
kleineren Züchter und Händler bei demselben jedenfalls schlechter wegkommen würden.
Man zwinge diese Leute zu einer Ausgabe von 50 M, während sie bei Annahme
des Commissionsantrages nur 40 M auszugeben brauchen, sofern sie gleichzeitig
immer nur einen Hund frei umherlaufen lassen wollen.

Herr Halle tritt nochmals für die Commissionsvorschläge ein. Durch eine
zu hohe Abgabe werde man nur das Umgehen der Vorschriften befördern, und eine
allgemeine Steuer von jährlich 50 M sei entschieden zu hoch. Wenn Herr Haus-
waldt meine, es werde vielleicht gar nicht vorkommen, daß ein Züchter zwei
Marken löse, so hege er dagegen die Meinung, daß die Stadt durch diese Be-
stimmung eine erhebliche Mehreinnahme erzielen werde, denn was jetzt dem Staate
in Form der Gewerbesteuer zu Gute komme, werde dann die Stadt erhalten.

Herr Lange spricht sich ebenfalls für Annahme des Commissionsantrages aus.
Wenn die Stadt von vornherein 50 M nehme und dafür 2 Marken ausbebe, so
werde der Züchter auch diese beiden Marken ausnutzen und möglichst immer zwei
Hunde umherlaufen lassen. Das entspreche aber nicht dem Interesse der Bürger-
schaft, welche wünsche, daß das Umherlaufen der Hunde möglichst beschränkt werde.

Herr Hauswaldt zieht darauf seinen Antrag zurück.

Herr Wolff I bittet, daß an den Schluß des §. 62 noch eine neue Bestimmung aufgenommen werde, nach welcher die in der magistratsseitig beigegebenen Begründung des Entwurfs gemachte Zusage, an die Einzahlung der Hundesteuer öffentlich erinnern zu wollen, durch das Statut festgelegt werde. Da von der rechtzeitigen Entrichtung dieser Abgabe eine Strafe abhängig sei, so erscheine ihm eine einmalige Erinnerung nicht ausreichend und beantrage er daher, an bezeichneter Stelle folgende neue Bestimmung einzuschalten:

„An die Entrichtung der Abgabe wird magistratsseitig zu Beginn eines jeden Rechnungsjahres durch zweimalige Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen erinnert werden; eine sonstige Anmahnung erfolgt nicht.“

Herr Oberbürgermeister Pockels glaubt die Zustimmung des Magistrates zu diesem Zusatzantrage erklären zu können. Der Magistrat habe lediglich aus formalen Rücksichten von der Aufnahme solcher Bestimmung in das Statut Abstand genommen. Wenn die Annahme des Antrages beschloffen werden sollte, so würde aus der Aufnahme desselben in das Statut die Rechtswirkung folgen, daß der Besitzer eines Hundes, welcher die Steuer nicht rechtzeitig entrichtet habe, straflos bleibe, sofern die Bekanntmachung nicht rechtzeitig erfolgt sei. Er setze im Uebrigen voraus, daß die Redaction auch dieses Antrages dem Magistrate vorbehalten bleibe. (Zustimmung.)

Bei der nun folgenden Abstimmung genehmigt die Versammlung die von der Statutencommission und Herrn Wolff I gestellten Anträge mit der Maßgabe, daß die Fassung derselben dem Magistrate überlassen bleibe.

Zum §. 63 hat der Herr Berichterstatter zu bemerken, daß die Abgabe für einen Hund auch dann voll zu entrichten sei, wenn derselbe vor Ablauf der Zahlungsfrist abhanden komme oder sterbe. Es müsse darum der Absatz 2 folgenden Wortlaut erhalten:

„Für im Laufe des Jahres gestorbene, abgeschaffte oder abhanden gekommene Hunde findet ein Erlaß, bezw. eine Rückzahlung der Abgabe nicht statt.“

Herr Hauswaldt hält es für unbillig, für einen Hund den vollen Jahresbeitrag einzuziehen, wenn der Eigenthümer denselben erst gegen Schluß des Jahres erhalten habe; zumal da man andererseits doch auch nichts wieder herauszahlen wolle, sofern der Hund im Laufe des Jahres abhanden komme. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, beantrage er, die volle Abgabe nur dann zu erheben, wenn der Eigenthümer den Hund im ersten Halbjahre erhalten habe, andernfalls aber nur die Hälfte der Abgabe zu erheben.

Nachdem der Herr Berichterstatter sich gegen diesen Antrag erklärt und der Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hatte, daß bei Annahme desselben eine Neuerung auch gegen das bisherige Statut geschaffen würde,

wird der Antrag Hauswaldt abgelehnt und der Antrag der Commission auf anderweite Fassung des §. 63, Absatz 2 angenommen.

Auf Antrag der Commission wird sodann weiter beschlossen, den Punkt 3 des §. 64 zu streichen.

Herr Hauswaldt beantragt, als neuen Punkt 3 dem §. 64 folgende Bestimmung einzufügen: (Die Abgabe ist nicht zu entrichten für Hunde, welche) „3. zur Bewachung eines Grundstückes nöthig sind und Tags über angekettet oder eingesperrt gehalten werden.“ Nach den ihm von verschiedenen Seiten gewordenen Mittheilungen liege eine große Härte und Strenge darin, wenn man einen an der Peripherie der Stadt wohnenden Mitbewohner, welcher gezwungen sei, zum Schutze seiner Familie und seines Eigenthums einen Hund zu halten, mit 10 M Steuer heranziehen wolle. Wenn er auch die großen Schwierigkeiten nicht verkenne, welche darin liegen, festzustellen, ob ein Hund wirklich zum Schutze eines Grundstückes nothwendig sei, so wolle er doch lieber einmal ungerechtfertigterweise einen Hund von der Steuer freilassen, als allen derartigen Hundebesitzern die Steuer aufzulegen.

Herr Wolff II kann diesen Antrag nicht unterstützen, weil die vom Magistrate für die Aufhebung solcher Bestimmung gegebene Begründung für ihn besonders überzeugend gewesen sei und er deshalb nur auf diese Begründung zu verweisen brauche.

Der Hauswaldt'sche Antrag wird abgelehnt.

Zum §. 65 (Beginn der Abgabepflicht) ist von Herrn Hauswaldt in Vorschlag gebracht, an Stelle der Worte „wenn sie 3 Monate alt sind“ zu sagen: „wenn sie die ersten Zähne (Milchzähne) verloren haben.“ Herr Blasius wünscht dagegen gesagt zu sehen „wenn sie 4 Monate alt sind“, damit an Stelle einer zoologischen eine Zeitbestimmung trete. Nach Befürwortung der bisherigen Bestimmung durch Herrn Oberbürgermeister Pockels wird dieselbe, unter Ablehnung der Anträge Hauswaldt und Blasius, angenommen.

Mit den beiden letzten Absätzen des §. 66 wird darauf ein neuer Paragraph gebildet und dessen erstem Absätze folgender Wortlaut gegeben:

„Die Marke muß der Hund ständig sichtbar tragen“, weil viele edle Hunde kein Halsband tragen sollen. Mit diesem Antrage erklärt sich Herr Oberbürgermeister Pockels namens des Magistrates einverstanden.

Endlich beschließt die Versammlung noch, im §. 70 die Worte „... namentlich zum Besten minder Bemittelter dienenden ...“ zu streichen.

Auf §. 64 zurückgehend, beantragt Herr Günther, wenigstens noch die Ziehunde abgabefrei zu machen, da sich solche Freilassung ebenso sehr rechtfertigen lasse, als die Befreiung von Jagd- und Hirtenhunden. Es müßten mindestens diejenigen Händler als steuerfrei erklärt werden, welche einen Ziehhund zu ihrem Gewerbebetriebe gebrauchen und ein größeres Fuhrwerk nicht zu stellen vermögen. Er beantrage daher, im §. 64 einzuschalten:

„3. zum Ziehen im Gewerbebetriebe benutzt und sonst eingesperrt gehalten werden.“

Herr Oberbürgermeister Pockels will hierzu bemerken, daß der Magistrat sich schon jetzt für berechtigt gehalten habe, solchen kleinen, in bedürftigen Verhältnissen lebenden Gewerbetreibenden, welche sich der Ziehunde zu ihrem Gewerbebetriebe bedienen, die Abgabe zu erlassen. Da indessen jetzt die Abgabe für Hunde durch die Städteordnung zu den öffentlichen Lasten gehöre, so liege in Zukunft das Recht des Erlasses bei den Stadtverordneten. Wenn man aber die Ziehunde in der allgemeinen Fassung für steuerfrei erklären wolle, so würden auch die Schlächter, welche sich der Ziehunde bedienen, von der Steuer befreit werden, was man jedenfalls nicht beabsichtige.

Herr Kieke ist der Meinung, daß in solchem Falle die kleinen Schlächter den kleinen Gewerbetreibenden zuzurechnen seien und von der Steuer ebenfalls befreit bleiben müssen, welchen Ausführungen sich

Herr Günther anschließt.

Herr Wolff I wünscht, dem Magistrate das Recht beigelegt zu sehen, die Abgabe im Bedarfsfalle erlassen zu können. Da es aber auch kleine Hausbesitzer geben könne, welche einen Hund zur Bewachung ihres Grundstückes nothwendig gebrauchen, so möchte es sich ferner empfehlen, dem Magistrate anheimzugeben, die Abgabe auch in dieser Beziehung nach eigenem Ermessen zu erlassen.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß man, wenn man sich auf diesen Humanitätsstandpunkt stellen wolle, dann auch einer armen Frau, welche sich als einzigen Begleiter einen Hund halte, die Steuer nicht abnehmen dürfe.

Herr Lange kann sich nur für den Günther'schen Antrag aussprechen, da Ziehunde mit mindestens demselben Rechte wie Jagdhunde freigelassen werden müssen.

Herr Stadtrath Götte hält es für unzweckmäßig, in der allgemeinen Fassung die Ziehunde freizulassen. Es könne dann der Fall eintreten, daß Jemand sich 6 Ziehunde halte und steuerfrei bleibe, obwohl er die Steuer sehr gut entrichten könne. Man müsse die Freilassung von der Bedürftigkeit abhängig machen.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß es doch für formell bedenklich halten, dem Antrage Günther stattzugeben, da nach der Vorschrift im §. 46, Punkt 4 der

Städteordnung die Stadtverordneten über den Erlaß rückständiger Gemeindegefälle, zu welchen jetzt auch die Hundesteuer zu rechnen sei, zu entscheiden haben. Mit Rücksicht darauf, daß die Abgabe alljährlich in einem bestimmten Monate bezahlt werden müsse, werde der Versammlung keine besondere Belästigung widerfahren, wenn der Magistrat die einlaufenden Erlaßgesuche mit den angestellten Ermittelungen über die Verhältnisse der Wittsteller der Versammlung in Eins zur Entscheidung vorlege. Eine Uebertragung des Erlaßrechtes auf den Magistrat würde der gesetzlichen Unterlage entbehren.

Herr Hauswaldt will noch beantragen, daß auch die Wachhunde unter bestimmten Voraussetzungen für steuerfrei erklärt werden können.

Herr Wolff II empfiehlt, die Anträge der Herren Günther und Hauswaldt abzulehnen, da die Versammlung befugt sei, jede Steuer zu erlassen und sie sich nicht schon vorher die Hände zu binden brauche.

Der Antrag des Herrn Günther wird darauf abgelehnt, während Herr Hauswaldt seinen Antrag zurückzieht.

Damit ist die Berathung über den Punkt 2 des Abschnittes IV geschlossen.

Zu dem Punkte 3, Einquartierungslast betreffend, ist commissionsseitig nur zu beantragen, dem Absätze 1 des §. 74 folgende Wortfolge zu geben:

„Ist die Einquartierungs-Deputation bei Cantonirungen, bei einer Mobilmachung, während eines Krieges oder in anderen außergewöhnlichen Fällen nicht im Stande, für die unterzubringenden Truppen Miethquartiere in genügender Anzahl zu beschaffen, so tritt Zwangs-Bequartierung mit einer von der Einquartierungs-Deputation festzusetzenden Reihenfolge ein. Die Verpflichteten sind alsdann die Hausbesitzer (§. 4 des Gesetzes, betr. die Quartierleistung u.); die Verpflichtung besteht darin, auf Verlangen der Einquartierungs-Deputation zu den normalmäßigen Miethsätzen Quartiere herzugeben.“

Der Antrag wird angenommen und darauf das ganze Statut mit den beschlossenen Aenderungen genehmigt.

III. Polizei-Vorschriften für das Schlafgängerwesen.

Zur Herbeiführung einer möglichsten Uebereinstimmung der im Herzogthume in Ausführung des § 2 des Gesetzes, vom 8. April 1892 das Schlafgängerwesen betreffend, zu erlassenden polizeilichen Vorschriften hat die Herzogliche Polizei-Direction auf Veranlassung des Herzoglichen Staatsministeriums eine anderweite Ausarbeitung des neuen Entwurfes vorgenommen, welche der Versammlung nunmehr von dem Stadt-Magistrate zur Genehmigung vorgelegt wird. In diesem

letzten Entwurf sind im Wesentlichen die Bestimmungen des früheren Entwurfes, jedoch unter weitgehendster Berücksichtigung der im vorigen Jahre (Seite 265 des Prot.) von den städtischen Behörden ausgesprochenen Wünsche, aufgenommen und weicht derselbe nur durch einige wenige auf die Anordnung Herzoglichen Staatsministeriums zurückzuführende Zusätze ab. Da letztere dem Magistrate zu Bedenken keinen Anlaß geboten haben, so ersucht derselbe, sich über den Entwurf zu äußern.

Nachdem Herr Blasius namens der Statutencommission den neuen Entwurf eingehend besprochen und zur Annahme empfohlen hatte, wird derselbe von der Versammlung gutgeheißen.

IV. Selbstständiger Antrag des Herrn G ü n t h e r auf Herstellung des Königstieges.

Wie Herr Uhde namens der Baucommission über den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag (Seite 51 des Prot.) berichtet, habe der Königstieg bislang noch nicht ordnungsmäßig hergerichtet werden können, weil dort die Canalisation noch nicht so weit gediehen sei und letztere auch wegen mangelnder Vorfluth sich zur Zeit noch nicht beschaffen lasse. Da indessen Herr Stadtrath Metemeyer namens des Magistrats erklärt habe, daß die eine bebaute Seite des Königstieges im Fußwege mit Bogasche in Ordnung gebracht werden solle und Herr Günther hierdurch vorläufig befriedigt sei, könne der Antrag als erledigt betrachtet werden,
was geschieht.

V. Selbstständiger Antrag des Herrn B ü l t e m a n n auf Anschaffung eines Schneepfluges.

Ueber diesen ebenfalls in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag (Seite 51 des Prot.) berichtet für die Finanzcommission Herr Natalis: Während die Versammlung in der Sitzung vom 28. April v. Js. einen ähnlichen Antrag abgelehnt habe, weil damals die Schneepflüge noch zu wenig ausprobiert gewesen seien, habe man inzwischen neue Versuche mit denselben angestellt. Auf Grund der angestellten Ermittlungen bringe die Commission nun in Vorschlag nicht nur dem Antrage gemäß einen Schneepflug, sondern gleich deren zwei — einen größeren und einen kleineren — zu beschaffen, jedoch mit der Anheimgabe, den Preis von 1450 M. noch um ein Erhebliches zu vermindern zu suchen. Dabei solle auch nicht unerwähnt gelassen werden, daß die Blochhorst'schen Pflüge für die chauffirten Außenstraßen sehr zweckmäßig sein würden. Wenn also für diese Straßen Anschaffungen nöthig werden sollten, so könne man auf die letztgenannten Pflüge zurückgreifen. Der Antrag der Commission gehe also dahin, den Magistrat zu

ermächtigen, die beiden in Rede stehenden Rothe'schen Schneepflüge zu einem möglichst niedrigen Preise zu beschaffen.

Der Antrag wird von der Versammlung genehmigt.

VI. Aufnahme von Processen.

Der Barbier und Heilgehülfe D. Uhlenhaut schuldet der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke für Anlage einer Gasleitung 42 M 36 S, und der vormalige Restaurateur A. Kiefe 17 M 22 S für verbrauchtes Gas 2c. Da diese Beträge nicht zu erlangen sind, beantragt der Magistrat die Genehmigung der Proceßführung gegen die genannten Einwohner, welche auch auf Befürwortung des Herrn Vorsitzenden beschlossen wird.

VII. Aenderung der Baulinie für den Langenhof 2c.

Nach dem nunmehr genehmigten Grundrisse zum Neubau des Stadthauses sollen die am Langenhofe gelegenen Theile des Gebäudes dergestalt hinter die Straßenlinie zurückgeschoben werden, daß deren Schnittpunkt mit der Ecke des Vorderers'schen Vorderhauses zusammenfällt. Indem der Magistrat einen diesem Grundrisse entsprechenden Theilortsbauplan für die nördliche Seite des Langenhofes und den angrenzenden östlichen Theil des Ruhfäutchenplatzes vorlegt, ersucht derselbe um Feststellung der in dem Plane bezeichneten anderweiten Baulinie.

Die Vorlage wird von Herrn U h d e namens der Baucommission befürwortet und von der Versammlung angenommen.

VIII. Mittheilungen des Stadt-Magistrates.

Zunächst nimmt Herr Stadtrath M e y e r das Wort, um mitzutheilen, daß die Verhandlungen, welche wegen Aufstellung eines Desinfectionsapparates gepflogen seien, und die sich einmal auf den Apparat selbst erstreckten und andererseits auf den Platz zur Aufstellung desselben, zum Abschluß gekommen seien und der Beschaffung des Apparates nichts mehr im Wege stehe. Der Magistrat habe sich dahin entschieden, den Apparat auf der Gasanstalt an der Taubenstraße aufzustellen und denselben mit den Kesseln in Verbindung zu bringen, so daß eine Vereinfachung des Betriebes und damit auch eine Kostenersparniß im Betriebe selbst zu erwarten stehe. Hinsichtlich der Beschaffung der entstehenden Kosten habe der Magistrat gemeint, solche den zur Bekämpfung der Cholera zur Verfügung gestellten Mitteln entnehmen zu sollen. Sollte die Versammlung aber hiermit nicht einverstanden sein, so werde der Magistrat noch eine besondere Vorlage einbringen.

Die Versammlung erklärt sich indessen mit der Beschaffung des Apparates unter Verwendung der zur Bekämpfung der Cholera verwilligten Gelder einverstanden.

Herr Rieke möchte mit Rücksicht auf die letzteren Ausführungen darauf hinweisen, daß jetzt verschiedene in der Stadt ausgearbeitete oder wenigstens verbreitete Projecte, welche auch auf die Cholera-gefahr begründet seien, sich nur sehr schwer würden ausführen lassen. Namentlich handle es sich dabei um das Project eines Herrn Claus, den Rickenkult verschwinden zu lassen, ferner um den Durchbruch von der Schützenstraße quer durch die Lange- und Beckenwerperstraße bis zur Masch. Es liege ihm daran, zu erfahren, wie sich der Magistrat zu dem letzteren Projecte stelle, da er dieses für das bedeutendste halte. Mittlerweile sei auch ein Antrag des Herrn Salomon, welcher die „Eule“ niederreißen und an deren Stelle einen Durchgangsbazar bauen wolle, bei dem Magistrate eingegangen, aber abschlägig beschieden. Immerhin erscheine es nothwendig, mit den vorhandenen Mitteln zu Rathe zu gehen und nicht alles auf ein Mal zu machen, sondern das größere Uebel zuerst zu beseitigen.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß nach der Ansicht des Stadtbauamtes und der Städtischen Bauverwaltung es mit Rücksicht auf die jetzige Finanzlage der Stadt nicht angezeigt erscheine, das Durchbruchproject zur Zeit in Angriff zu nehmen und der Magistrat, dieser Auffassung beitreten, beschlossen habe, vorläufig das Project nicht auszuführen. Der Antrag des Herrn Salomon sei magistratsseitig abgelehnt, weil derselbe einen stadtseitigen Zuschuß von ca. 80 000 M für den Durchbruch beansprucht habe und diese Forderung dem Magistrate zu hoch erschienen sei. — Schließlich habe er noch mitzutheilen, daß nunmehr auch die Bedürfnisanstalt auf dem Hagenmarkte fertiggestellt und am Dinstage dem Betriebe übergeben sei.

IX. Uebersicht über die städtische Münzsammlung.

Nach einer seitens des Magistrates zur Kenntnißnahme vorgelegten summarischen Nachweisung der in der Münzsammlung des städtischen Museums Ende 1892 enthaltenen Münzen, Medaillen etc. umfaßte diese Sammlung insgesammt 24 702 Münzen, Medaillen etc., darunter 2447 zur Aufbewahrung gegebene Münzen und 358 Goldmünzen. An Papiergeld waren 285 Stück vorhanden. Die Münzsammlung hat sich im Jahre 1892 um 90 Münzen (darunter 42 Brunsvicensien und 6 Goldmünzen) vermehrt. In der obigen Gesamtsumme der vorhandenen Münzen befinden sich 8950 Brunsvicensien, 13084 Münzen europäischer und 1176 Münzen außereuropäischer Staaten, 708 antike und byzantinische Münzen, 769 Medaillen und Jetons, sowie 15 noch nicht bestimmte Münzen. Die Gesamtzahl der in den Sammlungen des städtischen Museums befindlichen Gegenstände, soweit sie schon katalogisirt sind, betrug Ende 1892 56 730 Stück.

Die Versammlung nimmt hiervon durch Vortrag des Herrn Rudeloff Kenntniß.

X. Eintheilung der Sitzungs-Protocolle.

Nachdem die Versammlung des Protocoll *Nr* 1 des laufenden Jahres genehmigt hatte, bringt Herr Kudeloff zur Sprache, daß es mit Rücksicht auf die bevorstehende anderweite Abgrenzung des städtischen Finanzjahres zweckmäßiger gewesen sein würde, die Protocolle vom 1. Januar 1892 bis Ende 1893 fortlaufend durchzunummeriren und über dieselben ein gemeinsames Inhaltsverzeichnis herauszugeben, da die betr. Zeit durch Gesetzesbestimmung zu einem Rechnungsjahre zusammengefaßt sei.

Herr Rimpau giebt anheim, da ein Inhaltsverzeichnis über die in das Kalenderjahr 1892 fallenden Sitzungsprotocolle bereits veröffentlicht sei, wenigstens über die Protocolle des ersten Vierteljahres 1893 ein eigenes Verzeichnis herauszugeben, damit vom 1. April 1893 ab die Sitzungsberichte immer für ein Rechnungsjahr zusammengefaßt werden können.

Der Anregung soll Folge gegeben werden.

XI. Anfrage des Herrn Hauswaldt wegen Ausstellung der Pläne für das Stadthaus.

Herr Hauswaldt führt zur Begründung der Anfrage:

„Wird der Magistrat durch Ausstellung der Pläne des neuen Stadthauses den Bürgern Gelegenheit geben, die Pläne von ihrem ersten Entwurfe bis zum jetzt genehmigten Plane kennen zu lernen?“

aus, daß er im bescheidenen Gewande der Anfrage die dringende Bitte an den Magistrat richten wolle, eine Ausstellung der sämtlichen Pläne für den Stadthausbau veranstalten zu wollen. Nachdem sich die Versammlung so lange Zeit mit dem Stadthausbau beschäftigt habe, sei es ein gerechtfertigter Wunsch der Bürgerschaft, Gelegenheit zu erhalten, die Pläne in Augenschein nehmen zu können. Er bitte deshalb, diesem Wunsche umsomehr Folge zu geben, als man die Kritik nicht zu scheuen brauche.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß der Erfüllung des Wunsches voraussichtlich nichts im Wege stehen und er dieserhalb mit dem Stadtbaurath Winter Rücksprache nehmen werde.

Die öffentliche Sitzung ist damit beendet.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung die feste Anstellung des Büreagehülfen Bertram als Buchhalter, des Hülfz-Controleurs Töper als Wasser-Controleur, des Hülfzcontroleurs Bertram als zweiter Laternen-Controleur, der Hülfzschreiber Bethmann und Riechers als Büreagehülfen und des Waagegehülfen Nicolai I als Mühlen-schreiber. Darauf wird noch ein

Gesuch der Wittwe Beckmann um Erlaß der Abgabe zur Armen- und Begebefferungscasse abgelehnt, das Verzeichniß VI von Steuer-Reclamationen für 1892 erledigt und schließlich in eine Besprechung über das Einschätzungsverfahren getreten.

Unter dem Vorfize des Herrn Oberbürgermeisters Pockels gelangen sodann in gemeinschaftlicher Sitzung noch verschiedene Reclamationen in der Recursinstanz zur Erledigung.

Schluß 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

1893.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 54 de 1893 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 4.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 23. Februar 1893,
5 Uhr Nachmittags.

Öffentlich:

I. Fortsetzung der Arbeiten im Bürgerparke.	Seite 72
II. Aenderung des Ortsbauplanes vor dem Hohenthore.	" 82
III. Uebernahme der verlängerten Rosenstraße und Rückzahlung von Canal= baukosten	" 83
IV. Verpachtung der Wirthschaft im Bürgerparke und Nachverwilligung von Kosten	" 83
V. Erwerb von Riesel Feldern und Anlage der Pumpstation	" 86
VI. Feststellung der Straßenbaukosten am Madamenwege	" 92
VII. Feststellung der Straßenbaukosten an der Klosterstraße	" 93
VIII. Ablehnung der Wahl zum Stadtverordneten seitens des Bahndirectors Claus	" 93
IX. Verkauf des alten Polytechnicums	" 93
X. Anfrage des Herrn Weber wegen Instandsetzung der Cellerstraße . . .	" 95
XI. Desgl. wegen Vertheilung von Bricketts	" 95

Vertraulich:

Verpachtung der Wirthschaft im Bürgerparke	" 96
Verpachtung des Grundstückes Wendenstraße N ^o 5	" 96

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Stadträthe Haake, Ketemeher, Heymann, Meyer und Ramdohr, sowie Assessor von Frankenberg.

Entschuldigt Herr Nieß.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Versammlung und giebt zunächst bekannt, daß vom Magistrate ein Schreiben in Betreff der Bewilligung einer Gnadenpension an die pensionirten alten Nachtwächter eingegangen sei, welches in der Versammlung herumgereicht werden solle. Nach dem Inhalte dieses Schreibens sind 10 Gesuche um Bewilligung einer Gnadenpension bei dem Magistrat eingegangen, wovon 2 keine Berücksichtigung gefunden haben, weil die Bittsteller wegen Vernachlässigung des Dienstes entlassen waren. Von den übrigen 8 Bittstellern haben dagegen 2 eine Gnadenpension von je 72 M., 2 von je 60 M., 3 von je 48 M. und 1 von 36 M. für das Jahr erhalten. Auf den Wunsch der Versammlung, diesen Leuten eine höhere laufende Unterstützung zu gewähren, hat der Magistrat nicht eingehen können und führt für solche Ablehnung folgende Gründe an. In früheren Zeiten haben die alten dienstunfähigen Nachtwächter, welche ihr Amt 25 Jahre versehen haben, eine Pension von 12 Thalern jährlich erhalten und sei dieser Satz durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 20. November 1873 auf 24 Thaler erhöht worden. Bei strenger Handhabung dieser Grundsätze würde nur einer der 8 Wächter haben bedacht werden können, weil nur dieser mindestens 25 Jahre gedient habe. Unter Berücksichtigung der in gewisser Beziehung außerhalb der Persönlichkeiten der Bittsteller liegenden eigenartigen Veranlassung der Dienstenthebung sei jedoch der Magistrat auch auf die Gesuche der übrigen Bittsteller eingegangen und habe denselben die oben erwähnten, nach der Dienstzeit bemessenen Unterstützungen gewährt. Darüber hinauszugehen fehle es an jeglicher Vorbedingung für eine etwa zu bethätigende außergewöhnliche Mildethätigkeit, da den Leuten ein Anspruch auf Pension nicht zustehe. Aus einer Mehrbewilligung könne und müsse auch die Schlussfolgerung gezogen werden, daß jedem städtischen Arbeiter nach einer gewissen Reihe von Jahren ein Recht auf Gewährung einer Pension erwachse, eine Konsequenz, deren Erfüllung voraussichtlich auch der Versammlung nicht angezeigt erscheinen werde.

I. Fortsetzung der Arbeiten im Bürgerparke.

Der von der Versammlung in Höhe von 25 000 M. eröffnete Credit behufs Inangriffnahme der Arbeiten im neuen Bürgerparke ist durch die Zahlung der Löhne und Kosten für Anschaffung der erforderlichen Geräthe zc. erschöpft und es haben daher die Arbeiten einstweilen eingestellt werden müssen. An Arbeitslöhnen sind in der Zeit vom 17. December bis zum 17. Februar ausgegeben 23 234 M. 92 S., für Beschaffung von Karren 778 M. und für verschiedene weitere

Beschaffungen, Fuhrlöhne u. 622 M 07 S., zusammen also 24 634 M 99 S. Beschäftigt gewesen sind in der Zeit vom 16. bis 22. December 179 Arbeiter, 23. bis 29. December 203 Arbeiter, 30. December bis 5. Januar 232 Arbeiter, 6. bis 12. Januar 217 Arbeiter, 13. bis 19. Januar 253 Arbeiter, 20. bis 26. Januar 280 Arbeiter, 27. Januar bis 2. Februar 309 Arbeiter, 3. bis 9. Februar 321 Arbeiter und 10. bis 15. Februar 315 Arbeiter. Da sich für einen Theil der hier ansässigen Arbeiter Gelegenheit zur Lohnarbeit jetzt noch nicht bietet, so erklärt sich der Magistrat bereit, die Arbeiten im Bürgerpark noch eine Zeitlang fortzusetzen. Er ist indessen zu der Ueberzeugung gekommen, daß der bislang mit durchschnittlich 24 S. für die Stunde gezahlte Lohn zu hoch bemessen sei, und zwar nicht im Hinblick darauf, was geleistet worden, sondern mit Rücksicht darauf, daß bei Weiterzahlung dieses den ortsüblichen Tagelohn überschreitenden Lohnsatzes die Gefahr entstehe, daß die hier ansässigen Arbeiter die Arbeit bei Privaten des besseren Verdienstes halber aufgeben und dadurch von außen her gerade jetzt in großer Zahl einwandernde Arbeiter veranlaßt werden, sich hier in größerer Anzahl dauernd niederzulassen, als den Interessen der hier ansässigen Arbeiter und denen der Stadt förderlich sein könne. Da nun in anderen Orten unter gleichen Verhältnissen ein so hoher Stundenlohn nirgends bezahlt ist, so empfiehlt der Magistrat, den bisherigen Lohnsatz auf 20 S., bezw. auf einen diesem Stundenlohn entsprechenden Accordlohn herabzumindern. Die Ausführung der fraglichen Arbeiten soll lediglich und ausschließlich nur den Zweck haben, beschäftigungslose, arbeitsfähige Arbeiter während der Wintermonate insoweit zu beschäftigen, daß eine Inanspruchnahme der Armenpflege durch dieselben verhütet werde. Der Magistrat ersucht in Folge dessen, zu dem fraglichen Zwecke noch weitere 10 000 M zu bewilligen.

Die Finanzcommission für welche Herr Wolff I berichtet, steht mit dem Magistrate auf dem Standpunkte, daß es wünschenswerth erscheine, den Credit noch um 10 000 M zu erweitern, da immer noch eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigungslos sei und bei fernerer Arbeitslosigkeit nur der städtischen Armenpflege zur Last fallen würde. Die Commission theile ferner die Ansicht des Magistrates, daß mit solcher Bewilligung Niemandem ein Recht auf Arbeit gegenüber der Stadt eingeräumt werden solle. Jeder habe das Recht der Freizügigkeit und damit das Recht, hier seinen Wohnsitz zu erwerben, aber er könne von der Stadt nicht verlangen, daß sie ihn beschäftige. Sonst könnte auch jeder andere Einwohner der Stadt, wie jeder Handwerker, Gewerbetreibende u., der zufälligerweise einmal ohne Beschäftigung sei, verlangen, daß man ihm Beschäftigung gewähre. Hauptsächlich sei für die Schaffung einer Arbeitsgelegenheit der Gesichtspunkt maßgebend gewesen, verhüten zu wollen, daß die beschäftigungslosen, aber arbeitsfähigen Arbeiter der städtischen Armenkasse zur Last fallen. Man wolle also den Arbeitern durch solche Arbeitsgelegenheit einen besseren und würdigeren Ersatz für die Armen-

unterstützung bieten. Aus allen diesen Gesichtspunkten werde die Vorlage zur Annahme empfohlen.

Herr Günther: Was er damals gleich vorausgesetzt habe, daß die 25 000 M. nicht lange reichen würden, sei eingetroffen. Aus der bei der Bewilligung dieser Summe vom Magistrat gegebenen und auch aus der Versammlung geäußerten Zusicherung, bei weiterem Bedürfnisse eine Nachbewilligung eintreten zu lassen, habe er gefolgert, daß der Magistrat, wenn die Summe zu Ende gehe, sofort wieder einen entsprechenden Antrag stellen werde. Der Magistrat habe aber den ungeheuren Fehler gemacht, daß er ohne Weiteres und zwar noch etwas schroffer als die Arbeitgeber sonst zu thun pflegen, die Arbeit im Bürgerpark habe einstellen lassen. Jedenfalls sei dies zu einer Zeit geschehen, wo die Arbeitseinstellung recht übel angebracht sei. Eine solche Handlungsweise müsse wohl oder übel bei den betr. Arbeitern Mißfallen erregen und verbittern und es hätte dieselbe auch, wenn nicht verschiedene Arbeiter ihre Schuldigkeit gethan und die aufgeregten Massen etwas im Zaume gehalten hätten, üble Folgen haben können. Das sei nun glücklicherweise nicht geschehen, indem sich die Arbeiter ruhig verhalten haben. Es brauche darüber Niemand zu lächeln, denn jene Arbeiter, welche schon eine geraume Zeit ohne Arbeit gewesen seien und deren Familien sich in Noth befinden, hätten immerhin aufgebracht sein können, wenn ihnen plötzlich das knappe Brot aus Gründen, die er im Allgemeinen nicht billigen könne und die man auch von anderer Seite vielfach nicht billige, entzogen werde. Der Magistrat habe Gelegenheit gehabt, vor 14 Tagen in der Versammlung einen weiteren Credit zu fordern, da er schon damals habe wissen können, daß die Mittel zu Ende gehen und ein weiterer Credit von der Versammlung sicher bewilligt sei. Wäre das geschehen, dann würde man von dieser Calamität verschont geblieben sein. Nun komme noch dazu, daß den Leuten gesagt sei, sie könnten Arbeit bekommen, sofern sie zu einem Stundenlohn von 20 $\frac{1}{2}$ weiter arbeiten wollen und der angeforderte Credit bewilligt werde. Das Recht auf Arbeit solle nicht anerkannt werden. Es sei ja richtig, daß man den Arbeitslosen nicht etwa Arbeit gebe, weil sie ein Recht darauf haben, sondern weil man sie vor der äußersten Noth bewahren wolle. Dieser Gedanke gehe durch die ganze Armen-Unterstützung, indem man mit Hilfe derselben die Volksmassen vor der äußersten Noth schützen wolle. Die Stadt habe aber dadurch, daß sie 8 Tage nicht habe arbeiten lassen, nichts gewonnen, denn der Teich müsse fertiggestellt und die Summe dafür ausgegeben werden, gleichviel wann dieses geschehe. Es könne sein, daß die Kosten der Herstellung des Teiches in dieser Jahreszeit sich etwas höher stellen als sonst, aber dafür sei die Arbeit auch ein Mittel zum Zweck, wodurch man an anderer Stelle wieder spare. Die Herabsetzung des Stundenlohnes vermöge er nicht zu billigen, denn er wisse nicht, weshalb die Stadt als Arbeitgeberin einen so außerordentlich niedrigen Lohnsatz zahlen solle, wie man ihn

vielfach bei Arbeitgebern nicht antreffe. Wenn nun auch in verschiedenen Staats-Werkstätten ein noch geringerer Lohn gezahlt werde, so brauche sich doch die Stadt nicht auf den Standpunkt zu stellen, daß sie die Arbeitskräfte so billig nehme, als sie sie zu bekommen vermöge, denn man könne doch sagen, daß die Leute bei einem Lohnsatz von 1,80 M täglich fast Hunger leiden müssen. Es sei deshalb nicht angebracht, einen so niedrigen Lohnsatz, mit dem die Leute nicht weit kommen können, zu zahlen. Diejenigen Mitglieder der Versammlung, welche sich in besseren Lebensverhältnissen befinden, mögen einmal nachdenken, was sie wohl mit 1,80 M täglich anfangen können. Nebenbei habe er auch noch in Erfahrung gebracht, daß von den Leuten für die 8 Tage, während welcher nicht gearbeitet sei, Miethe für die Karren habe bezahlt werden müssen. Mit dem Antrage des Magistrats, den Stundenlohnsatz auf 20 S herabzusetzen, könne er sich also nicht befremden und sei er entschieden dafür, daß man den bisherigen Lohnsatz weiter bezahle. Mit Rücksicht darauf ferner, daß der strenge Winter noch längere Zeit dauern, und man daher die Canalisationsarbeiten vorläufig noch nicht wieder aufnehmen können, beantrage er einen Credit von 25 000 M zu bewilligen.

Herr Stadtrath Ketemeyer: Zunächst wolle er bemerken, daß der aus den Worten des Herrn Günther zu entnehmende Vorwurf, der Magistrat sei lässigerweise zu spät mit der Vorlage gekommen und habe übersehen, die Weiterbewilligung von Mitteln rechtzeitig zu beantragen, der Begründung entbehre. Der Vorwurf sei insofern unberechtigt, als dieses Verfahren von dem Magistrate fest beabsichtigt gewesen wäre und zwar wesentlich aus den Gründen, welche der Herr Referent schon hervorgehoben habe. Der Magistrat habe sich von Anfang an gesagt, es solle dieses ein Versuch sein, denn derartige Arbeiten würden hier zum ersten Male ausgeführt und man lerne hierbei ebenso wie bei jedem anderen ersten Versuche. Dabei komme nicht allein das augenblickliche Bedürfnis in Betracht, sondern man habe außerdem die Folgen zu beachten, welche ein derartiges Vorgehen einer oder mehrerer Städte haben könne und müsse. Ein eigenthümliches Zusammentreffen bringe es mit sich, daß, während man in den Parlamenten und sonstigen größeren Versammlungen große Debatten darüber halte, daß die Arbeiter der Landwirthschaft auf weiten Strichen des Vaterlandes entzogen werden und darunter die Landwirthschaft leide, die Städte von Arbeitern, welche sagen, sie haben keine Arbeit, geradezu bestürmt werden. Wenn nun auch vom Standpunkte der Leute aus dieses Verfahren richtig sein möge, so sei doch zu überlegen, ob die Städte gut thun, dieses Bestreben der Leute, auch im Winter volllohnende Arbeit in der Stadt zu finden, künstlich zu unterstützen. Selbstverständlich seien die städtischen Behörden nicht in der Lage, die Gesetze zu ändern, aber kein Mensch werde bestreiten, daß die Freizügigkeit gewisse Nachtheile im Gefolge habe. Wie mit jeder Freiheit, wenn sie zügellos gebraucht werde, eine große

Gefahr verbunden sei, so liege es auch hier. Darum möchte es nicht wohlgethan sein, wollte man die üblen Folgen, welche die Freizügigkeit für die Städte gehabt habe, noch dadurch verschlimmern, daß man die Leute, welche wegen des guten Verdienstes im Sommer hierher kommen, im Winter auch noch über Wasser halte und ihnen so viel gebe, daß sie sich im Sommer und Winter fast gleich gut stehen. Der Mangel an Beschäftigung im Winter solle gerade ein Kiegel gegen die Gefahr, welche die Freizügigkeit mit sich bringe, sein. Gerade diejenigen, welche die Freizügigkeit als einen Gewinn der Neuzeit bezeichnen und hochhalten wollen, sollten sich hüten, in der Weise die Schäden derselben an das Licht zu ziehen und zu sagen, es müßten die Arbeiter in der Stadt künstlich dadurch unterstützt werden, daß man ihnen im Winter einen verhältnißmäßig hohen Lohn zahle. Dazu komme nun noch, daß sich speciell bei diesen Arbeiten sehr bald die Frage aufgeworfen habe, ob es gutgethan gewesen sei, einen so hohen Lohn zu zahlen und ob nicht ein dringender Anlaß vorliege, den angenommenen Arbeitern deutlich zu erkennen zu geben, daß es so nicht weiter gehe. Derartige Gründe lägen aber vor. Er sei jeden Tag draußen gewesen und habe sich die Sache angesehen, wobei er allerdings Herrn Günther nie angetroffen habe, obwohl es ihm sehr interessant gewesen sein würde, sich mit demselben dort einmal zu unterhalten. Während der Arbeitszeit haben sich die Leute gebalgt und gegenseitig ins Wasser geschuppt, rothe Fahnen aufgesteckt zc. und am dritten Weihnachtstage seien 40 Mann ohne Weiteres ausgeblieben. Man könne daher wohl zweifelhaft sein, ob die Noth so groß sei, daß sich die Stadt verpflichtet fühlen müsse, solche Nothstandsarbeiten in größerem Umfange ausführen zu lassen. Die Mittheilung des Herrn Günther, daß der Magistrat sich für ermächtigt gehalten habe, einen Lohnsatz von 20 S zuzusichern, obgleich das Geld verbraucht gewesen sei, treffe auch nicht zu. Dem Promenaden-Inspector Kreiß sei gesagt, er möchte den Leuten eröffnen, sie hätten nicht darauf zu rechnen, den ganzen Winter hindurch Arbeit zu bekommen und 8 Tage vor Beendigung der Arbeiten sei ihm ferner mitgetheilt, den Leuten zu sagen, sie müßten in 8 Tagen aufhören. Herr Kreiß habe aber dringend gebeten, hiervon Abstand zu nehmen, weil sonst eine große Unruhe in die Colonnen kommen würde und der Erfolg hinterher habe ihm recht gegeben. Wer das Verhalten der Leute am letzten Nachmittage gesehen habe, der müsse sagen, es sei geradezu ein Scandal gewesen. Die Deputation der Arbeiter, welche zu ihm gekommen sei, habe selbst anerkannt, daß die Leute am letzten Nachmittage nicht 10 S verdient haben, obwohl sie 24 S erhalten haben. Am letzten Tage sei sodann Herrn Kreiß von ihm und zwar ohne Auftrag des Magistrats geschrieben, bei den Arbeitern anzufragen, wer zu 20 S Stundenlohn weiterarbeiten wolle, sofern die Summe verwilligt werden würde. Darauf haben sich von 320 Arbeitern 120 bereit erklärt, weiterzuarbeiten. Wenn sodann Herr Günther ferner sage, daß das eingeschlagene Ver-

fahren auch insofern nicht gerechtfertigt sei, als der Teich doch fertiggestellt werden müßte, so habe er darauf zu erwidern, daß das nicht zutreffe, weil die Stadt von Niemand gezwungen werde, den Teich so schnell fertigstellen zu lassen. Augenblicklich sei die Finanzlage der Stadt wirklich nicht derartig, daß man solche Arbeiten ausführen lasse. Die Stadt würde unter anderen Verhältnissen kaum in fünf Jahren mit dem Teiche begonnen haben und hätte auch dann noch reichlich Zeit mit Herstellung der Parkanlagen gehabt.

Sodann habe Herr Günther noch gegen die Herabsetzung des Tagelohnes polemisirt. Der Magistrat hege aus den schon hervorgehobenen Gründen die Ansicht, daß es nicht zu verantworten sein würde, den verhältnißmäßig hohen Lohn weiterzuzahlen. Es solle nicht bestritten werden, daß der Satz von 24 \mathcal{M} unter normalen Verhältnissen für die schwere Arbeit, wie sie hier ausgeführt werden müsse, und wie sie auch ein großer Theil der Leute mit Fleiß und Energie besorgt habe, angemessen sei. Dagegen werde bestritten, daß es gutgethan sei, diesen Lohnsatz fortzuzahlen. Uebrigens wolle er noch bemerken, daß nach dem Inhalte der Vorlage beabsichtigt werde, Accordarbeit einzuführen, so daß dann derjenige, welcher voll und ganz seine Schuldigkeit thue, auch mehr verdienen könne; im Uebrigen müsse aber an dem Stundenlohne von 20 \mathcal{M} festgehalten werden.

Herr Lange ist durch die Nachricht von dem plötzlichen Einstellen der Arbeiten im Bürgerparke erst ganz frappirt gewesen und hat nicht begreifen können, daß der Magistrat nicht in der vorigen Sitzung schon eine entsprechende Vorlage auf Mehrbewilligung von Mitteln zu dem fraglichen Zwecke gemacht habe. Nach den Ausführungen des Herrn Stadtrath Ketemeyer theile er indessen vollständig die Ansicht des Magistrates, denn dieselben seien so klar und maßgebend für ihn, daß er der Vorlage voll und ganz zustimmen werde.

Herr Günther: Wenn Herr Stadtrath Ketemeyer der Freizügigkeit hauptsächlich die Schuld an den Mißständen zugeschoben habe, so wolle er darauf erwidern, daß die Freizügigkeit doch eigentlich ein Kind des Liberalismus sei und die Fabrikanten ohne dieselbe gar nicht existiren können, denn wo wollten diese die billigen Arbeitskräfte ohne die Freizügigkeit herbekommen, wenn sie sie nicht aus Polen, Pommern, Sachsen u. nehmen sollten. Es sei richtig, daß dort den Landwirthern die Arbeitskräfte fehlen, aber wer hindere denn erstere, den Leuten da oben mehr zu zahlen. Aus diesem Grunde gehen die Arbeiter dort weg und wenden sich dorthin, wo sie mehr verdienen und ein besseres Leben führen können. (Heiterkeit.) Unter den hier beschäftigten Arbeitern befinden sich aber gar nicht viele, welche vom Lande hereingekommen seien (Widerspruch), sondern es seien im Allgemeinen nur Ortsbewohner beschäftigt. Wenn die Herabsetzung des Arbeitslohnes auch nach einer Hinsicht begründet sei, so dürfe doch die Stadt als Arbeitgeber seiner Ansicht nach von diesem Mittel keinen Gebrauch machen. Es lasse

sich nicht bestreiten, daß man noch billigere Arbeitskräfte bekommen könne, aber selbst die Fabrikanten machen hiervon, vielleicht aus Humanitätsrücksichten, keinen Gebrauch; die Arbeitskräfte würden allerdings auch darnach sein. Der Herr Stadtrath habe ja selbst zugegeben, daß die Arbeit nicht die allerbeste sei; die Leute haben bei strenger Kälte, theilweise im Wasser stehend, gearbeitet und müssen schon ganz vorzügliches Schuhwerk und eine gute Natur haben, wenn sie nicht zu Grunde gehen sollen. Wer lange dort arbeite, hole sich sicher den Rheumatismus und habe dann für seine Lebenszeit genug, und das Alles für 20 S Lohn. Die Balgereien und den sonstigen Unfug billige er keineswegs und sei er der Meinung, daß man solche Leute einfach entlassen müsse; wenn die Leute an der Arbeitsstelle seien, haben sie ihre Schuldigkeit zu thun und zu arbeiten, wer das nicht thue, könne gehen. Die Stadt müsse darauf ebenfogut achten, wie jeder Fabrikant und dürfe sich derartige Sachen nicht gefallen lassen. Was nun die rothen Fahnen betreffe, so solle sich das eigentlich nicht während der Arbeitszeit, sondern am letzten Tage zugetragen haben, als den Leuten gesagt sei, sie könnten nicht weiter arbeiten und dann solle es sich auch nicht um Fahnen, sondern nur um Taschentücher gehandelt haben. Das seien Ungehörigkeiten, die er als unpassend nicht billige und die er daher strenge verurtheile. Wenn die Stadt als Arbeitgeber gegen derartige Ungehörigkeiten noch so strenge vorgehe, so werde er das nur gutheißen können. Dagegen vermöge er einer Herabsetzung des Arbeitslohnes nicht zuzustimmen, weil darunter Jeder, also auch derjenige zu leiden habe, der das nicht verdient und verschuldet habe. Wenn die von ihm beantragte Summe von 25000 M nicht verbraucht werde, so sei sie deshalb nicht weggeworfen und könnte erspart werden.

Herrn Wolff I find aus der letzten Einschätzung eine ganze Menge von Fällen bekannt, in welchen nach den vorliegenden Bescheinigungen der Arbeitgeber die Arbeiter nur einen Stundenlohn von 20 S , also einen Tagelohn von 1,80 M erhalten haben. Dazu komme, daß der Satz von 2 M hier den ortsüblichen Tagelohn ausmache. Da nun die Tage jezt schon zugenommen haben, so lasse sich annehmen, daß die bisherige Arbeitszeit von 9 auf 10 Stunden ausgedehnt werden könne, dann verdiene aber ein Arbeiter täglich 2 M , also den ortsüblichen Tagelohnsatz. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, könne man nicht eine Härte darin finden, wenn die Stadt beschäftigungslosen Arbeitern, welche sonst hungern und darben müssen, den ortsüblichen Tagelohnsatz bezahle, daß sie aber auch nicht mehr bezahlen wolle, um nicht noch mehr fremde Arbeiter hierherzuziehen, welche im Sommer den hiesigen Arbeitern das Brot nehmen. Ferner halte er im Gegensatz zu Herrn Günther die Summe von 10000 M für vollständig ausreichend, da dieselbe bei einem Satze von 20 S 50000 Arbeitsstunden oder 5000 Arbeitstage repräsentire, so daß damit also 200 Arbeitern 25 Tage lang Beschäftigung gewährt werden könne. Nach Ablauf dieser Zeit werden sich aber die Witterungs-

verhältnisse darartig entwickelt haben, daß dann schon wieder andere städtische Arbeiten aufgenommen werden können. Der frühere Stundenlohnsatz von 24 \mathcal{M} bilde nur einen Versuch und habe bei den kurzen Wintertagen einen Lohnsatz von ungefähr 2 \mathcal{M} ergeben sollen. Da nun schon eine größere Anzahl von Arbeitern erklärt habe, für einen Lohnsatz von 20 \mathcal{M} nicht arbeiten zu wollen, so werde man mit den angeforderten 10000 \mathcal{M} vielleicht 40—50 Tage auskommen können, welche Ausdehnung unter keinen Umständen erforderlich sein werde. Die Summe von 10000 \mathcal{M} sei also vollständig hoch genug gegriffen.

Herr Rieke würde für den Stundenatz von 20 \mathcal{M} stimmen, wenn eine Berechnung vorläge, aus welcher sich beweisen lasse, daß die geleistete Arbeit, unter Berücksichtigung der dort vorliegenden besonderen Verhältnisse, nicht im Einklang zu dem gezahlten Lohne stehe. Eine solche Berechnung liege aber nicht vor. In anderen Städten, wie z. B. in Magdeburg, seien auch solche Versuche gemacht worden und zur Zufriedenheit der städtischen Behörden ausgefallen. Wer von den Leuten mit der Schaufel nicht umzugehen verstehe, der werde erst mehrere Tage gebrauchen, um den Erdarbeitern gleichzukommen. Hier in Braunschweig liege der Hauptfehler darin, daß man die Vergütung der Arbeit mit der Armenpflege in Verührung bringe, sowie daß man die Leute frage, ob sie kirchlich getraut seien, ob sie ihre Kinder haben taufen lassen u dergl. m. Das habe aber mit dieser Sache, bei welcher es sich lediglich darum handle, die Noth zu lindern, gar nichts zu thun. In Mannheim sei ein Comité gebildet, welches, unter dem Magistrate stehend, die Arbeiten organisiert habe. Ferner habe man sich mit dem Gewerkschafts-cartell in Verbindung gesetzt und auf den Rath desselben die Arbeit schon 14 Tage früher, als zuerst beabsichtigt, begonnen, weil festgestellt worden, daß schon Ende November eine sehr große Zahl von Leuten arbeitslos sei. Die Aufseherposten habe man dort theilweise aus den Leuten selbst besetzt und im Uebrigen die Leute in Rotten von 10 Mann mit einem städtischen Arbeiter als Rottenführer getheilt. Die Haltung der Arbeiter werde als eine musterhafte bezeichnet. In der ersten Woche sei ein Stundenlohn von 17 \mathcal{M} und in der zweiten ein solcher von 23 \mathcal{M} bezahlt. Die Aufseher, von welchen nur die Stunden aufgeschrieben und berechnet seien, haben die Arbeiter auf das Solidaritätsgefühl, nach welchem der Stärkere für den Schwächeren aufzukommen habe, aufmerksam gemacht und unter den Leuten habe allgemeine Zufriedenheit geherrscht. Wenn hier gesagt werde, das Cubikmeter Boden koste 75 \mathcal{M} zu transportiren und die wirklichen Kosten stellen sich auf 1,50 \mathcal{M} bis 2 \mathcal{M} , so müsse gefaulenzt sein und das liege nur an den Aufsehern. Wenn er auch noch so viele Freunde unter den Arbeitern habe, so würde er doch, wenn nicht Ordnung und Sittlichkeit unter denselben herrsche, die Schuldigen sofort von der Arbeit wegschicken, denn Jeder habe sich den Anordnungen zu fügen. Darum stelle man tüchtige und geeignete

Leute als Aufseher an. Es sei dieses der erste Versuch gewesen, an dem der Magistrat wie jeder andere Unternehmer habe lernen müssen, damit er in künftigen Fällen vorsichtiger zu Werke gehe, und die Leute nicht stutzig und mürrisch gemacht werden. Der Inspector Kreiß müsse aber seine Leute auch kennen und Balgereien u. s. w. zu verhindern wissen. Verschiedene der Arbeiter seien auch zu ihm gekommen, um ihn zu veranlassen, deren schmutzige Wäsche hier in der Versammlung vorzubringen, das erscheine ihm aber nicht angängig. Da die meisten der Leute schon im vorigen Sommer arbeitslos gewesen seien, so befinden sich dieselben in einer so traurigen Lage, daß man den Lohnsatz jetzt unmöglich heruntersetzen könne. Wenn die Versammlung nur 10000 M bewilligen wolle, so sei ihm das einerlei, denn nach Bedarf könnten später noch weitere Bewilligungen eintreten, die Hauptsache sei nur, daß noch eine Weile weitergearbeitet werde.

Schließlich habe er noch zu erwähnen, daß im vorigen Jahre für die Canalisationsarbeiter eine Krankencasse gegründet sein solle, zu der die Arbeiter auch für den ganzen Winter Beiträge zahlen sollen, was denselben geradezu unmöglich sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer will noch bemerken, daß er nicht, wie Herr Günther annehme, gegen die Freizügigkeit überhaupt polemisirt, sondern nur darauf hingewiesen habe, es müchten die Schäden, welche die Freizügigkeit im Gefolge habe, nicht noch künstlich erhöht werden. Auch die Sache mit den rothen Fahnen habe er nicht allzu ernst genommen, sondern nur gemeint, wenn die Leute noch geneigt seien, während der Arbeitszeit, für welche sie bezahlt werden, solche Kindereien zu treiben, so könne die Noth noch nicht so groß sein. Daß bei Einstellung der Arbeiten der Unschuldige mit dem Schuldigen habe leiden müssen, sei bedauerlich, könne aber nicht verhindert werden. Dem Inspector Kreiß habe er einmal gerathen, die Schuldigen wegzuschicken, worauf dieser erwidert habe, daß es zu schwer sei, die Richtigen herauszugreifen. Ein Colonnenführer habe ihm gesagt, wenn er die Anzeigen von den vorgekommenen Ausschreitungen jedesmal erstattet hätte, würde er am Abend durchgehauen sein. Unter solchen Umständen sei es aber das Beste, die Arbeit überhaupt einmal einzustellen. Da nach seiner oberflächlichen Berechnung ungefähr 12000 cbm Boden ausgehoben seien, die Kosten für 1 cbm aber sonst wohl zu 1 M berechnet worden, so habe man hier reichlich viel bezahlt. Es sei aber nicht der Fall, daß die Vergütung der Arbeit mit der Armenpflege in Verbindung gebracht sei und könne er in dieser Beziehung nur wiederholen, daß diejenigen Leute, welche schon wochenlang Armenunterstützung bezogen haben, an erster Stelle berücksichtigt seien. Sonst aber sei nicht gefragt worden, ob die Leute kirchlich getraut seien u. dergl. Wenn auch der Versuch in Mannheim sehr gut ausgefallen sein solle und der dortige Versuch zum Muster genommen werden könne, so müßte man doch erst einmal abwarten, ob hierdurch nicht ein zu starker, künstlicher Zuzug von Arbeitern nach Mannheim erfolge, welcher die Gemeinde zu

sehr belaste. Was endlich die Krankencassenbeiträge anlange, so werde sich die Sache wohl so verhalten, daß die Leute freiwillig in der Casse geblieben seien. Jedenfalls könne aber der Magistrat den Unternehmern nicht wohl vorschreiben, wen sie annehmen und wen sie zurückweisen sollen.

Herr Uhde: Das Resultat des Versuches der Beschäftigung Arbeitsloser stelle sich nach den hier gehörten Mittheilungen ungefähr so, daß die Stadt für die geleistete Arbeit annähernd den doppelten Preis ihres Werthes, mindestens aber mehr bezahlt habe, als man für solche Arbeit sonst zu zahlen pflege. Es liege dieses daran, einmal, daß die Arbeit zur Winterszeit geleistet sei und außerdem, daß die Arbeiter den Anforderungen nicht sämmtlich gewachsen seien. Andererseits müsse aus den heutigen Verhandlungen aber constatirt werden, daß man hierbei den guten Willen und das Entgegenkommen der Arbeitslosen auch nicht wahrgenommen habe. Da nun feststehe, daß die Stadt ohne ersichtlichen Grund zu viel Geld für die Erdarbeiten des Bürgerparkes ausgegeben habe, so müsse man auf Abhilfe sinnen und empfehle er, dem Beispiele Mannheims zu folgen und die Arbeit nur noch in Accord zu vergeben.

Herr Südel will darauf hinweisen, daß bei der erstmaligen Festsetzung des Stundenlohnes von dem Wunsche ausgegangen sei, den Leuten täglich 2 M zu verdienen zu geben. Da jetzt bei der verlängerten Arbeitszeit dieser Tagelohnsatz trotz der Ermäßigung des Stundenlohnsatzes noch erreicht werde, so entspreche die jetzige Festsetzung auch dem bei der vorigen Bewilligung ausgesprochenen Wunsche der Versammlung, einen Tagelohnsatz von 2 M zu zahlen.

Herr Günther möchte nochmals ausdrücklich betonen, daß von der Gesamtheit der Arbeiter das Verhalten der Einzelnen, ebenso wie die lächerliche Geschichte mit den rothen Taschentüchern scharf verurtheilt sei. Es seien dann aber noch Sachen vorgekommen, die geeignet gewesen, die Leute erbittert zu machen und die wahrscheinlich die Schachtmeister verschuldet haben. Dahin gehöre namentlich, daß den Leuten ihr Lohn erst 2—3 Tage nach Beendigung der Arbeiten ausgezahlt sei, obwohl sie denselben sofort hätten verlangen können. Hierbei habe sich die städtische Verwaltung eine ungesegnete Handlungsweise zu Schulden kommen lassen (Widerspruch), denn die Stadt sei verpflichtet, den Lohn sofort nach dem Aufhören der Arbeit zu zahlen, weil nur von einem Tagelohne und nicht von einem Wochenlohne die Rede gewesen sei. Ferner möchte er zur Berücksichtigung verstellen, wenn die Herstellung des Parkes hierdurch etwas theurer zu stehen komme, so sei andererseits aber auch die Armenkasse wieder entlastet worden, so daß die Stadt demnach kaum Schaden machen werde. Seitens einiger Arbeiter sei in letzterer Zeit auch vorgeschlagen, die hiesige Stadt ganz zu verlassen und die Frauen und Kinder der Stadt zur Ernährung zurückzulassen. Voraussichtlich werde indessen von dieser Maßnahme vorerst noch Abstand genommen werden, sonst werde hier-

durch der Stadt eine nicht unerhebliche Last zufallen. Wenn den Leuten gesagt werde, sie sollen für eine zehnstündige Arbeit 2 M täglich erhalten, so sei es immerhin möglich, daß eine ganze Anzahl von Leuten, welchen der Satz von 1,80 M zu gering gewesen, die Arbeit für den Stundenlohnsatz von 20 S fortsetzen; immerhin würde auch dieser Umstand an der Thatsache nichts ändern, daß ein Stundenlohnsatz von 20 S zu gering bemessen sei und die Stadt nicht unter dem ortsüblichen Tagelohnsaze bleiben dürfe.

Herr Stadtrath Ketemeyer muß Verwahrung dagegen einlegen, daß das von der Stadt eingeschlagene Verfahren ein ungesetzliches sei, denn er kenne kein Gesetz, welches vorschreibe, daß der Lohn sofort nach dem Aufhören der Arbeit gezahlt werden müsse. Wenn es auch üblich sei, dem Arbeiter sofort nach Schluß der Beschäftigung den Lohn auszuzahlen, so hätte doch Herr Günther, wenn er sich einmal zu der Arbeitsstelle hinaus bemüht haben würde, wahrscheinlich eingesehen, daß die sofortige Auszahlung bei dem unregelmäßigen Kommen der Leute absolut unmöglich gewesen sei, weil die Aufstellung der Lohnliste für 320 Mann sich in einem Tage nicht habe bewerkstelligen lassen. Aus diesem Grunde sei auch in die schriftlichen Arbeitsbedingungen die Vorschrift aufgenommen, daß der Lohn erst einige Tage nach Schluß der Lohnperiode ausgezahlt werden würde. Es könne sich darüber also Niemand beklagen. Was nun das Fortziehen der Arbeiter betreffe, mit welchem auch schon eine Arbeitercommission dem Magistrate gedroht habe, so halte er es für zweckmäßig, solche Leute ruhig ziehen zu lassen. Schließlich wolle er noch bemerken, daß es bedenklich erscheine, den ortsüblichen Tagelohn für solche Arbeiten zu zahlen und daher ein Stundensatz von 20 S für vollständig ausreichend erachtet werden müsse.

Die Besprechung wird damit geschlossen und in die Abstimmung eingetreten. Hierbei lehnt die Versammlung die Anträge des Herrn Günther auf Verwilligung einer Summe von 25000 M und auf Zahlung eines Stundenlohnsatzes von 24 S ab, genehmigt dagegen die Magistratsanträge auf Verwilligung einer Summe von 10000 M und auf Zahlung eines Stundenlohnsatzes von 20 S unter dem Vorbehalt der Einführung von Accordleistung.

II. Aenderung des Ortsbauplanes vor dem Hohenthore.

In Folge Anlage der Landeseisenbahn dürfte es nach der Ansicht des Stadtbauamtes wünschenswerth erscheinen, den Ortsbauplan des zwischen der Kreuzstraße und der Broikemerstraße gelegenen Theiles der Außenstadt (Section XIII) in der Weise umzuändern, daß die vielen Bahnübergänge, welche bei Anlage der jetzt projectirten Straßenzüge geschaffen würden, vermieden werden, so daß nur die Broikemerstraße, die in der Verlängerung des sogen. Bippelweges nach Nordosten führende projectirte Straße, der Madamentweg, sowie die Kreuzstraße von der

Landeseisenbahn geschnitten werden. Indem sich der Magistrat dieser Ansicht anschließt, empfiehlt derselbe, in jener Gegend 7 in den Ortsbauplan aufgenommene projectirte Straßen aufzuheben und dafür 10 neue Straßenzüge aufzunehmen, sowie 7 Straßenzüge entsprechend zu verbreitern.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Uhde zur Annahme empfehlen

und die Versammlung genehmigt dieselbe nach einigen Bemerkungen des Herrn Kieke.

III. Uebernahme der verlängerten Rosenstraße und Rückzahlung von Canalbaukosten.

Auf Antrag des Maurermeisters Koloff ersucht der Magistrat zu genehmigen, daß die Unterhaltung der verlängerten Rosenstraße stadtseitig zum 1. April 1893 nach erfolgter Ausbesserung übernommen werde. Dem weiteren Antrage des p. Koloff auf Zurückzahlung der Kosten des Vorfluthcanals in der Rußbergstraße im Betrage von 6590 M 92 $\frac{1}{2}$ kann der Magistrat indessen nur insoweit zustimmen, als er eine Theilrückzahlung dieser Kosten zunächst nur in Höhe von 2500 M zu empfehlen vermag und anheim giebt, die Rückzahlung gutzuheissen.

Herr Uhde erklärt sich mit beiden Anträgen des Magistrates namens der Baucommission einverstanden und
die Versammlung genehmigt dieselben.

IV. Verpachtung der Wirthschaft im Bürgerparke und Nachverwilligung von Kosten.

Das im Laufe des vorigen Sommers im Bürgerparke aufgestellte ehemalige Schützenzelt ist versuchsweise für die Zeit vom 21. August 1892 bis zum 1. April 1893 an den Restaurateur Ernst Andreas für jährlich 500 M verpachtet worden. Bei der sodann im December v. J. versuchten definitiven Verpachtung der fraglichen Wirthschaft im Wege des öffentlichen Meistgebots betrugen die drei höchsten Gebote 5100 M, 5000 M und 4250 M. Der Magistrat muß diese Gebote sämmtlich für zu hoch halten, auch bieten die drei Höchstbietenden dem Magistrate mit Rücksicht theils auf ihre persönlichen, theils auf ihre finanziellen Verhältnisse nicht die nöthige Gewähr, um ihnen das Unternehmen anzuvertrauen. Aus diesem Grunde hat der Magistrat den Restaurateur Andreas, der bis jetzt die Wirthschaft beschwerdefrei geführt hat und deren Beibehaltung wünschte, veranlaßt, sich zur Zahlung eines angemessenen Pachtgeldes zu verstehen. Andreas ist bereit, das Pachtverhältniß über den 1. April hinaus drei Jahre lang gegen Zahlung von jährlich 2500 M fortzusetzen, sofern ihm weiter zugesichert wird, daß der Vertrag stillschweigend von Jahr zu Jahr weiter laufen solle, wenn er nicht spätestens

6 Monate vor seinem Endtermine gekündigt werden sollte; auch ist Andreas bereit, spätere auf sein Verlangen etwa stadtseitig gemachte Aufwendungen mit 4 % jährlich zu verzinsen. Da dieses Angebot dem Magistrate annehmbar erscheint, ersucht derselbe, die im Sommer v. J. vorgenommene vorläufige Verpachtung des bezeichneten Wirthschaftshauses nachträglich gutzuheißen und dessen weitere Verpachtung über den 1. April d. J. hinaus an Andreas unter den vorstehend erwähnten Bedingungen zu genehmigen.

Die zum Zwecke der Wiederaufstellung des Gebäudes zur Verfügung gestellte Summe von 9000 M hat nicht gereicht, sondern es sind noch 2371 M 62 S zu decken, welchen Betrag die Stadt zu übernehmen haben wird. Ebenso ist einem Antrage des Promenaden-Inspectors Kreiß auf Aufstellung von 8 größeren Kastanienbäumen vor dem Wirthschaftshause entsprochen und dafür die Summe von 200 M aufgewendet worden. Der Antrag des Magistrats geht dahin, diese Beträge mit zusammen 2571 M 62 S nachzuverwilligen.

Wie Herr Rimpau berichtet, hat die Finanzcommission die Vorlage eingehend geprüft und ist mit dem Magistrate der Meinung, daß es sehr wohl gethan sei, die Wirthschaft dem Herrn Andreas auch für die geringere Pachtsumme weiter zu belassen, weil sie derselbe bislang beschwerdefrei geführt habe.

Herr Lange giebt seiner Freude Ausdruck, daß Andreas auch trotz der geringeren Pachtsumme von dem Magistrate in Vorschlag gebracht werde, da der Genannte zur Hebung des Parkhauses sehr viel beigetragen habe. Die hohen Summen von 5000 M seien offenbar unter Voraussetzungen geboten, welche niemals in Erfüllung gehen könnten.

Herr Halle wünscht die Namen derjenigen drei Herren zu wissen, welche die Höchstgebote abgegeben haben.

Der Herr Berichterstatter erklärt sich indessen außer Stande, diese Namen zu nennen, da dieselben in der Vorlage nicht angegeben seien.

Herr Halle hält dieses Verfahren nicht für richtig. Unter den drei Höchstbietenden sollen Leute sein, die wohl zu beurtheilen vermöchten, was sie für eine Wirthschaft geben können. Wenn man darum nicht gerade einem der Höchstbietenden die Wirthschaft geben wolle, so lasse sich doch ein Mittel ziehen, man brauche dieselbe aber nicht für einen so geringen Betrag wegzugeben. Ueber die Höchstbietenden sei gesagt, sie sollten theilweise sich finanziell nicht in günstiger Lage befinden, und theilweise sollte ihnen die Polizei kein günstiges Zeugniß gegeben haben. Demgegenüber habe er in Erfahrung gebracht, daß einer dieser drei Bieter sehr solvent sei, während ein anderer seit vielen Jahren in hiesiger Stadt eine Wirthschaft betreibe. Wenn nun auch in den letzten Jahren in hiesiger Stadt Wirthschaften für Summen verpachtet seien, die in gar keinem Verhältnisse zu dem betr. Etablissement stehen, so könne er das hier eingeschlagene Verfahren doch nicht billigen und müsse

sich dafür aussprechen, daß wenigstens das mindeste der drei Höchstgebote Berücksichtigung finde.

Herr Wolff II beantragt, diesen ersten Theil der Vorlage in die vertrauliche Sitzung zu verstellen,

welchem Antrage sich die Versammlung anschließt.

Den zweiten Theil der Vorlage — die Nachverwilligung von Baukosten — empfiehlt Herr Rimpau namens der Finanzcommission ebenfalls zur Annahme.

Herr Kieße ist der Meinung, daß man sich besser gestanden haben würde, dem Vorschlage der Städtischen Bauverwaltung zu folgen und dort ein ordentliches Gebäude hinzustellen, denn diese Ueberschreitung des Voranschlages hätte man vorher wissen können. Dazu komme noch, daß jetzt die Küche und der Keller zu klein seien, auch ein Herd in der Küche, ebenso wie Defen in den Zimmern fehlen, denn die dort vorhandenen Herde und Defen seien Eigenthum von Andreas. Das alte Schützenzelt würde sich jedenfalls besser zu einem Tanzsaale auf dem Dorfe geeignet haben, als hier zu einem Parthause.

Herr Rimpau weist dem gegenüber darauf hin, daß auch die Städt. Bauverwaltung beabsichtigt hätte, dasselbe Gebäude an jenen Platz zu versetzen, nur mit dem Unterschiede, daß der Anschlag derselben 23000 M betragen habe, während jetzt die Ausführung trotz der Nachforderung noch nicht die Hälfte dieses Anschlages erreiche. Uebrigens wolle er nicht unerwähnt lassen, daß in der beigegebenen Erläuterung zwei eiserne Kochherde für 250 M stehen, welche auch vorhanden sein würden. Man beabsichtige auch noch eine Erweiterung der Küche durch den Ueberbau einer Veranda, so daß dann dieselbe geräumig genug sein werde.

Herr Lange bestätigt, daß die in der Küche vorhandenen Herde, sowie die Defen der Stadt gehören. Wenn die Küche erweitert sei, wolle Andreas auf seine Kosten dort noch einen weiteren Kochherd aufstellen lassen. Eine Mehraufwendung von 475 M sei u. A. entstanden durch die Beschaffung von Canalplatten, von denen er angenommen habe, daß dieselben zu dem Zwecke frei überlassen würden. Während ferner die Städt. Bauverwaltung angenommen habe, daß drei Viertel der Dielen liegen bleiben könnten, habe er auf seine Gefahr angeordnet, dieselben sämtlich herauszunehmen und sei er bereit, die Mehrkosten auf eigene Rechnung zu übernehmen, falls die Stadt sich weigere, dieselben zu tragen. Bei der Forderung von 23000 M sei die Aufstellung des Parthauses abgelehnt, aber jetzt habe man für die Hälfte des Preises ein hübsches Haus erhalten, worüber ein Jeder seine Freude haben müsse.

Herr Hauswaldt glaubt, die Versammlung könne diesen Posten nicht bewilligen, ohne Worte des Dankes an Herrn Lange zu richten für die Energie und den Eifer, mit welchem er sich dieser Sache angenommen habe. Der Bürgerpark würde noch lange kein Gebäude erhalten haben, wenn sich Herr Lange nicht in so

aufopfernder Weise darum bemüht hätte und jetzt sei ein imposantes Bauwerk, welches lange Jahre stehen könne, vorhanden. Darum möchte er Herrn Lange für die geopferte viele Mühe und Arbeit den Dank aussprechen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Versammlung erklärt sich darauf mit der Nachverwilligung der geforderten Summe einverstanden.

V. Erwerb von Rieselfeldern und Anlage der Pumpstation.

Auf Beschluß der Versammlung vom 26. Februar 1891 (Seite 102 des Prot.) ist eine gemischte Deputation zur Vorprüfung der Frage wegen hiesiger Einführung des Rieselsystems eingesetzt. Auf Veranlassung dieser Deputation, welche im Sommer 1891, nach vorgängiger Besichtigung einiger Rieselanlagen und Pumpstationen der Stadt Berlin, unter Zuziehung des Deconomieraths Schönermark hieselbst die Domaine Steinhof und andere, zu diesseitigen Rieselanlagen etwa geeignete Ländereien in Augenschein genommen hatte, hat der Magistrat den als Autorität auf diesem Gebiete anerkannten Baurath Hobrecht in Berlin zur Uebernahme einer Prüfung des vom Oberingenieur Mitgau im Jahre 1889 mit zugehörigem Kostenanschlage entworfenen und im Jahre 1891 revidirten Rieselprojectes gewonnen. Der genannte Sachverständige hat, nachdem eine nochmalige Besichtigung der Domaine Steinhof und der dieselbe umgebenden Feldmarken stattgefunden hatte, und das darnach in Aussicht genommene Riesel Feld nivellirt worden war, im September vorigen Jahres ein Gutachten erstattet.

Hinsichtlich der geschichtlichen Entwicklung der Stadtentwässerungsfrage wird auf die in dem Verwaltungsberichte für 1887/1891 auf Seite 180 ff. enthaltenen Mittheilungen verwiesen. Der Baurath Hobrecht empfiehlt in seinem Gutachten für je 1 ha und Tag 28 cbm Wasser zu rechnen, während die Berliner Rieselgüter im Durchschnitt 37,7 cbm aufnehmen. Nach jener Angabe werden also, da 100 000 das Canalnetz benutzende Einwohner täglich 11 127 cbm Wasser im Durchschnitt

liefern, $\frac{11\,127}{28} = 398$ ha erforderlich. Mit Rücksicht auf die Höhenlage der Länderei und die Lage des dieselbe durchziehenden zur Entwässerung sehr geeigneten Ausgrabens hat sich die Deputation mit der von dem Oberingenieur Mitgau vorgeschlagenen Umgrenzung einer für die Berieselung geeigneten, nördlich vom Ausgraben und der Feldmark Rothemühle begrenzten Fläche einverstanden erklärt. Es würden hiernach außer der Domaine Steinhof mit Hülperode noch zu erwerben sein von den Feldmarken Watenbüttel 10,2 ha, Bökenrode 74,4 ha, Wendezelle 35 ha und Al. Schwülper 33,7 ha, zusammen 153,3 ha. Die Domaine Steinhof mit Hülperode umfaßt 265,87 ha, wovon außerhalb der bezeichneten, zunächst zur Berieselung bestimmten Fläche zu Hülperode gehörig 39 ha liegen, so daß nach

Ankauf dieser Länderei zunächst $153,3 + 265,87 - 39,00 = 380,17$ ha Kiesel-
fläche einschließlich der Wege und Gräben vorhanden sein würde. Später wird
man noch über das dem hiesigen Waisenhause B. M. V. zugehörige Bürgerholz
mit 22,75 ha verfügen und zweckmäßig die zwischen der Länderei des Steinhofs
und den einzelnen Parcellen von Hülperode liegende, zu Rothemühle gehörige
Länderei mit jenen Hülperoder Parcellen zur Verieselung verwenden können. Die
Deputation empfiehlt daher, auch diese 54,5 ha große zu Rothemühle gehörige
Fläche schon jetzt, wenn zu angemessenem Preise erhältlich, anzukaufen, da die
Expropriation für die in Preußen liegende Länderei ausgeschlossen ist und später
jedenfalls höhere Preise dafür zu zahlen sein werden. Diese Erweiterung des
Kieselfeldes bildet eine Fläche von $39 + 22,75 + 54,5 = 116,25$ ha Inhalt,
vergrößert also die Gesamtfläche auf 496,42 ha.

Die Deputation hat darnach dem Magistrate folgende Vorschläge unterbreitet:

- 1) den städtischen Behörden wird die Einführung des Kieselstems nach
den Plänen und Kostenberechnungen des Oberingenieurs Mitgau mit
der Maßgabe empfohlen, daß das Kieselfeld (Klostergut Steinhof nebst
Flächen der Feldmarken Watenbüttel, Bölsenrode und Wendezelle) in der
Gesamtgröße von rund 380 ha erworben werde;
- 2) den städtischen Behörden wird anheimgestellt, der bereits niedergelegten
Deputation die Ermächtigung und bezw den Auftrag zu erteilen, im
Einverständnisse des Stadtmagistrates
 - a. Verhandlungen wegen Erwerbes der Kieselfelder, vorbehaltlich der
Zustimmung der Stadtverordneten, einzuleiten und, wenn thunlich,
diese Verhandlungen auch auf den Erwerb der in der preussischen
Feldmark Kl. Schwülper (Rothemühle) gelegenen Flächen zu
erstrecken;
 - b. die Pumpstation und die Druckrohrleitung mit Anwendung der in
dem Mitgau'schen Kostenanschlage hierfür veranschlagten Geldsumme
herzurichten.

Der Magistrat hat sich diese Vorschläge der Deputation zu eigen gemacht
und beantragt, in dem Sinne derselben Beschluß zu fassen.

Nach dem Voranschlage des Oberingenieurs Mitgau werden die gesammten
Anlagekosten betragen:

- | | |
|--|-------------|
| 1) für das 7000 m lange und 750 mm weite Druckrohr | . 498 590 M |
| 2) für die Pumpstation | . 482 640 M |
| 3) für die Kieselfelder | . 950 400 M |

zusammen 1 931 630 M.

Die Betriebskosten werden dazu noch folgende Ausgaben erfordern:

1) für Maschinenbetrieb der Pumpstation und Ueberwachung der Druckleitung	=	8 900 M
2) für Unterhaltung der Maschinen, Geräthe, Gebäude, Wege und der Druckrohrleitung	=	2 500 "
3) für Kohlen, Schmier- und Putzmaterial und Beleuchtung =		6 300 "
4) für Amortisation der Maschinen- und Dampfkessel-Anlage und Gebäude 2 % von 457 600 M	=	9 150 "
5) für Amortisation der Rohrleitung $\frac{1}{2}$ % von 498 590 M =		2 490 "
6) für Verwaltung der Pumpstation	=	2 000 "
7) für Zinsen des gesammten Anlagecapitals $3\frac{1}{2}$ % von 1 931 630 M	=	67 600 "
8) für unvorhergesehene Ausgaben und zur Abrundung	=	1 060 "
		<hr/>
		zusammen 100 000 M.

Die Einnahme aus dem Kieselwerke würde nach dem Durchschnitte des Ertrages der gesammten Berliner Kieselwerke auf rund 15 500 M, nach dem Ertrage des Kieselwerks Falkenberg dagegen auf 41 100 M zu rechnen sein. Demnach würde — diese Einnahmen den Ausgaben gegenübergestellt — der Stadt eine jährliche Ausgabe von entweder 84 500 M oder 58 900 M bleiben. Diese Kosten erreichen aber noch nicht den Betrag der Ausgaben für chemische Reinigung, welcher auf Grund der niedrigeren Materialpreise und Arbeitslöhne des Jahres 1888 zu 95 000 M ermittelt sei, während dieser Betrag sich jetzt nicht unerheblich höher stellen würde.

Baurath Hobrecht kommt in seinem sehr eingehenden Gutachten vom September 1892 zu dem Schlusse, daß er nur empfehlen könne, sofort in Verhandlungen zum Erwerbe der Domaine Steinhof zu treten. Nur wenn man glauben könne, daß für das nothwendige und an sich beste Ziel der Abwässer-Reinigung je überhaupt die Mittel fehlen könnten, dürfte man mit dem Erwerbe noch weiter zögern.

Namens der Statutencommission berichtet über diese Vorlage Herr Blasius: Wenn hier und da in der Presse und in wissenschaftlichen Arbeiten der Vorschlag gemacht sei, die städtischen Abgänge direct der Oker zu überantworten und sich um die weitere Verwerthung der Abfallstoffe nicht zu kümmern, so gehe dieses aus verschiedenen Gründen nicht. Einmal würde durch eine derartige Benützung der Oker eine solche Verunreinigung derselben bis zur Allermndung eintreten, daß daraus die übelsten Mißstände für die Anwohner unterhalb der Stadt entstehen müßten. Außerdem möchte in diesem Falle die Stadt von der Landespolizeibehörde schwerlich die Genehmigung zu weiterer Canalisirung von Straßen erhalten,

im Gegentheil würde es voraussichtlich mit Rücksicht auf die zu große Verunreinigung der Oker verboten werden, weitere Canäle mit Einführung in die Oker einzurichten. Da es aber unbedingt nothwendig sei, die Stadt ganz zu canalisiren, so müßte durch natürliche Filtration, also durch Rieselung, gereinigt werden. Wenn dann ferner dem System der Vorwurf gemacht werde, daß man durch dasselbe einem Theile der Bürgerschaft einen durch den Verkauf des Düngers bislang erzielten Verdienst entziehe, so sei dieser Vorwurf unberechtigt und würde eine Berechtigung nur dann haben, wenn die Dungstoffe — es sollen nämlich nicht nur die Hauswässer, sondern auch alle sonstigen festen und flüssigen Excremente in die Canalisation einbezogen werden — direct der Oker zugeführt werden sollten. Da die Dungstoffe aber einer Ackerfläche übergeben werden, durch deren Cultur man Früchte ziehe, so diene man der Landwirthschaft in vollem Maße und entziehe derselben keinen Dünger. Außerdem sei gesagt, es würde mancher Ackerbauer namentlich in der nördlichen Umgebung der Stadt dadurch geschädigt, daß er den Dünger aus der Stadt nicht mehr beziehen könne. Das gehe aber sehr wohl, wenn auch in anderer Form und zwar in der Weise, daß man an denjenigen Stellen, wo es von den anwohnenden Ackerbautreibenden gewünscht werde, Abzugsanäle von dem Druckrohre anlege und mittelst derselben das Dungwasser den betr. Flächen direct übergebe.

Nachdem sodann der Herr Berichterstatter den Kostenpunkt der Rieselanlage in seinen Einzelheiten auf Grund des Mitgau'schen Voranschlages des Näheren erläutert hatte, führt derselbe weiter aus, daß in der Commission zur Sprache gekommen sei, es solle auf dem zum Ankaufe in Aussicht genommenen Terrain an einzelnen Stellen Ortstein in geringer Mächtigkeit sich unter der Erdoberfläche vorfinden, welcher die betreffenden Theile des Feldes zur Verieselung weniger geeignet machen dürfte. Daraufhin sei bereits eine Reihe von Untersuchungen gemacht worden. Wenn nun auch im Beisein des Bauraths Hobrecht an den verschiedensten Stellen Eingrabungen gemacht seien und die Deputation sich schon davon überzeugt habe, daß der dort anstehende Ortstein die Felder zur Verieselung nicht ungeeignet machen würde, so erscheine es der Commission doch wünschenswerth, von objectiver Seite darüber noch Gutachten einzuholen. Die Statutencommission schlage daher vor, die gesammte Magistratsvorlage mit dem Vorbehalt anzunehmen, daß die von Sachverständigen möglichst bald auszuführende Bodenuntersuchung auf den für die Verieselung in Aussicht genommenen Flächen ein günstiges Resultat ergebe. Die Versammlung beschließe damit allerdings eine sehr bedeutende, sich auf rund 2 Millionen Mark belaufende Ausgabe, aber man werde damit für die Stadt Braunschweig auch endlich Zustände erreichen, welche der Stadt eine gewisse Immunität gegen große Seuchen geben und man werde dem Gedeihen der Stadt durch solchen Beschluß einen bedeutenden Dienst leisten.

Herr Lange ist mit dem Antrage der Statutencommission vollständig einverstanden, muß aber wünschen, daß die Einberufung der Sachverständigen sehr bald erfolge, damit man mit der Sache vorwärts komme, denn es erscheine dringend wünschenswerth, daß mit der Fertigstellung der Canalisation auch die Pumpstation mit den Rieselfeldern fertiggestellt sei, wozu aber mindestens zwei Jahre gehören. Darum dürfe keine Zeit verloren werden. Zweifellos sei es ihm, daß in jedem Falle auf die Domaine Steinhof als den Kernpunkt der ganzen Anlage gegriffen werden müsse, selbst wenn die Untersuchungen auf Ortstein nicht so günstig ausfallen sollten. Da die Herren Schönermark und Hobrecht Sachverständige auf diesem Gebiete seien und dieselben Ortstein in größerer Menge dort nicht vermuthen, so werde auch die noch anzustellende Untersuchung voraussichtlich ein anderes Resultat nicht ergeben. Das Rieselsystem müsse unter allen Umständen eingeführt werden, weil es zur Reinigung der Abwässer sich am wirksamsten erwiesen habe. Wenn man sich die Rieselfelder bei Berlin ansehe, so sei man erstaunt über die Leppigkeit und den Wuchs, welche man dort auf den Kohl- und Rübsenfeldern, sowie auf den Wiesen, die 6—7 Mal geschnitten werden, antreffe und man müsse sich für ein solches Berieselungssystem begeistern. Es finden sich dort ungeheure Obstplantagen mit ca. 60 000 Bäumen, Forellen- und Karpenteiche mit den schönsten Fischen und selbst eine Erholungsstation für 70 Reconvalescenten von Diphtheritis und Scharlach sei dort errichtet und werde mit dem besten Erfolge benutzt. Darum müsse geriefelt werden, aber so bald wie möglich.

Herr Oberbürgermeister Pockels will bezüglich des von der Commission gestellten Unterantrages noch darauf hinweisen, daß der Baurath Hobrecht wohl widerspruchsfrei als eine Autorität ersten Ranges bezeichnet werden dürfe, nicht allein in Bezug auf die maschinellen Anlagen der Pumpstation, sondern auch in Bezug auf die Frage, ob der gegebene Landcomplex zur Anlage von Rieselfeldern geeignet sei oder doch dazu rationell gemacht werden könne. Der Genannte habe nun aber nach vorgängiger Untersuchung erklärt, daß der Steinhof mit seiner Umgebung zur Anlage von Rieselfeldern nicht allein vollständig geeignet sei, sondern auch noch selten zusammentreffende Vortheile biete. Da sich die Deputation, welcher auch einige Bodensachverständige, nämlich die Herren Schönermark und Bültmann, angehören, dem Hobrecht'schen Gutachten angeschlossen habe, so hege der Magistrat die Ueberzeugung, daß man auf Grund dieser Unterlagen sehr wohl unbedenklich an den Erwerb der Flächen herantreten könne. Die Anhörung weiterer Sachverständigen über die Bodenbeschaffenheit erscheine dem Magistrate insofern einigermaßen precär, als dieses gewissermaßen als ein Obergutachten gegenüber dem Hobrecht'schen Gutachten ausfallen würde, obwohl doch vielleicht in ganz Deutschland Niemand diese Frage so gut beurtheilen könne, wie der Baurath Hobrecht selbst. Wenn die Versammlung den Antrag der Statutencommission aber doch annehmen

sollte, so werde der Magistrat eine solche Nachprüfung vornehmen lassen, indem er davon ausgehe, daß die Absicht und das Ziel eines solchen Antrages darauf gerichtet sei, diejenigen Zweifel zu beseitigen, welche hier und da in der Bürgerschaft in Bezug auf die Qualität des Bodens laut geworden sein sollen. (Zustimmung.)

Herr Bültmann: Wenn er sich früher gegen die Verieselung ausgesprochen habe, so sei dieses darauf zurückzuführen, daß er früher einmal Oßdorf, welches in Folge fehlender Drainage ganz versumpft sei, gesehen habe. Die übrigen Kieselgüter Berlins haben indessen einen so bedeutenden Eindruck auf ihn gemacht, daß er vollständig bekehrt von Berlin zurückgekehrt sei und nunmehr unter allen Umständen für die Verieselung eintrete. Den Antrag der Commission bitte er indessen abzulehnen, weil derselbe die Sache nur verschleppen müsse und weil die Herren Schönermark und Hobrecht die Befürchtungen der Commission nicht theilen. Herrn Schönermark seien die Bodenverhältnisse des Steinhofs ganz genau bekannt, weil er denselben drainirt habe und Herr Hobrecht sei nicht allein Baurath, sondern auch Deconom, indem er ein Gut besitze, das er selbst bewirthschafte. Eine Verzögerung der Angelegenheit könne aber nur zum Nachtheil der Stadt ausfallen und bitte er deshalb, den Unterantrag der Statutencommission abzulehnen.

Herr Blasius will hierzu bemerken, daß magistratsseitig mitgetheilt sei, die Prüfung lasse sich in vielleicht 8 Tagen erledigen und werde sofort in Angriff genommen werden, so daß eine Verschleppung der Sache nicht eintreten könne. Im Uebrigen habe er nicht für seine Person, sondern als Commissionsreferent gesprochen.

Herr Wolff II kann keinen Grund finden, solche Untersuchung nicht vorzunehmen, da dieselbe nur kurze Zeit in Anspruch nehme und erheblich zur Beruhigung der Mitbürger dienen müsse. Bei einem so überaus wichtigen Unternehmen müsse äußerst sorgfältig vorgegangen werden. Wenn Herr Schönermark — wie hier behauptet sei — eine absolut genaue Kenntniß der Bodenverhältnisse des Steinhofs besitze und derselbe daraufhin den Steinhof für durchaus geeignet zur Verieselung halte, so würde allerdings eine weitere Untersuchung nicht mehr erforderlich sein. Da aber befürchtet werden müsse, daß diese Annahme eine irthümliche sei, so erscheine es wünschenswerth, die im Publicum vorhandene Beruhigung zu heben.

Herr Günther muß trotz der Lobrede des Herrn Lange Bedenken tragen, für diese ungeheure Summe keine Stimme zu geben, da sich immer noch bedeutende Capacitäten über den Werth der verschiedenen Reinigungssysteme streiten. Wenn Herr Blasius jetzt der Verieselung das Wort rede, so müsse daran erinnert werden, daß derselbe früher ebenso warm für das Röckner-Rothe'sche Verfahren eingetreten sei, welches System man vielleicht doch hätte beibehalten können. Bei der Höhe der erforderlichen Summe könne er für die Vorlage umsoweniger ein-

treten, als möglicherweise in nicht zu langer Zeit ein anderes Reinigungssystem, beispielsweise das Liernuhr'sche System, die Oberhand gewinnen könne.

Herr Bültmann muß jede Verzögerung für gefährlich halten, weil die betr. Eigenthümer der Ländereien sonst möglicherweise noch Spargelanlagen auf den Feldern machen und die Stadt diese bezahlen müsse.

Herr Rudeloff erklärt sich für den Commissionsantrag. Da einmal in weiteren Kreisen der Stadt Mißtrauen hinsichtlich der Bodenverhältnisse vorhanden sei, so könne es unmöglich auf die geringen Kosten einer Nachbonitirung, welche sich recht gut in acht Tagen erledigen lasse, ankommen. Wenn Herr Schönermark auch das Terrain des Steinhofes genau kenne, so werden ihm doch die umliegenden Feldmarken nicht bekannt sein.

Herr Lange bittet, die weitere Untersuchung, wenn solche durchaus vorgenommen werden solle, so schnell wie möglich in Angriff nehmen zu lassen. Das Resultat derselben werde an dem heutigen Beschlusse wohl nichts ändern, denn die weiter oben liegenden Aecker seien ohne Ausnahme gut und können keinen Ortstein haben.

Der Herr Vorsitzende giebt bekannt, daß ein Schlußantrag eingegangen sei.

Herr Rieke möchte sich gegen den Schlußantrag aussprechen, da die Sache noch nicht genügend erörtert sei.

Der Antrag auf Schluß der Besprechung wird indessen von der Versammlung angenommen.

Bei der nunmehr folgenden Abstimmung erklärt sich die Versammlung mit der Magistratsvorlage und dem hierzu gestellten Unterantrage der Statutencommission einverstanden.

VI. Feststellung der Straßenbaukosten am Madamenwege.

Das Fahrbahnplaster des Madamenweges zwischen der Goslar'schen und der Ringstraße hat einen Aufwand von 31 557 M 63 \mathcal{L} erfordert, während die Chauffirung derselben einschließlich der Herstellung der gepflasterten Rinnen und der Straßenübergänge nur einen solchen von 11 760 M 15 \mathcal{L} erfordert haben würde. Da die Anlieger nur die Kosten tragen sollen, welche bei Chauffirung der Fahrbahn entstanden sein würden, so ist der Unterschiedsbetrag zwischen den beiden eben genannten Summen von dem Gesamtaufwande abzusetzen und verbleibt alsdann eine Summe von 40 228 M 88 \mathcal{L} . Diese Summe, auf die Anlieger vertheilt, ergiebt einen Beitrag von 61 M für 1 m Frontlänge, welchen Betrag der Magistrat festzusetzen ersucht.

Herr Weber empfiehlt namens der Baucommission die Genehmigung des Antrages

und die Versammlung beschließt demgemäß.

VII. Feststellung der Straßenbaukosten an der Klosterstraße.

Die Straßenbaukosten der Klosterstraße zwischen Thomä- und Pflegehausstraße berechnen sich auf 61,28 M für 1 m Straßenfrontlänge. Dem Ersuchen des Magistrates, diese Kosten in solcher Höhe festzustellen,

wird von der Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche wiederum Herr Weber berichtet, entsprochen.

VIII. Ablehnung der Wahl zum Stadtverordneten seitens des Bahndirectors Claus.

Der zum Stadtverordneten gewählte Bahndirector Claus hat dem Magistrate mitgetheilt, daß es ihm aus sachlichen und persönlichen Gründen unmöglich sei, die Wahl anzunehmen und er daher bitte, die von ihm gegen die Annahme aufgeführten Gründe als stichhaltig anerkennen zu wollen.

Die Statutencommission ist — wie Herr Wolff II berichtet — der Ansicht, daß man unter den obwaltenden Umständen die Ablehnung wohl gutheißen müsse, was seitens der Versammlung geschieht.

IX. Verkauf des alten Polytechnicums.

Der im Juni v. Js. abgehaltene Versteigerungstermin betreffs des vormaligen Collegium Carolinum und der Häuser N^o 2093—2095 am Hagenscharrn hat zu keinem Abschluß geführt, da das Meistgebot von 195 000 M, das nachträglich von einem der Betheiligten auf 200 000 M erhöht wurde, erheblich hinter dem Schätzungswerthe zurückblieb. Da sich nunmehr eine günstigere Verkaufsgelegenheit geboten hat, indem die Firma C. Gerecke hieselbst einen Gesamtpreis von 270 000 M bietet, ersucht der Magistrat, den dieserhalb aufgenommenen notariellen Vertrag zu genehmigen. Die Stadtgemeinde hat für das alte Colleg im Jahre 1885 120 000 M und für die drei Häuser am Hagenscharrn im Jahre 1891 74 000 M gezahlt. Erwägt man, daß von dem Hinterlande des Colleg bereits 111 qm gegen Zahlung von 4500 M abgegeben sind, so hat die Stadt noch einen Gewinn von 80 500 M an dem Polytechnicum erzielt. Ausgeschlossen von dem Verkaufe ist das schmiedeeiserne Geländer der Haupttreppe im Vordergebäude des alten Colleg und die Wetterfahne auf dem Hauptgebäude desselben. Von dem Kaufpreise sind 50 000 M bei der Uebergabe des alten Colleg baar zu zahlen, der Rest wird als Hypothek eingetragen mit 4 % jährlich verzinst. Die Uebergabe der zum alten Colleg gehörenden Grundfläche erfolgt frühestens am 1. April d. Js. und die Uebergabe des Restes zum 1. Juli d. Js.

In der Annahme, daß es im Interesse der Stadt liege, den oberen Theil des Wohlwegs recht bald mit würdigen Häusern bebaut zu sehen und mit Rücksicht

darauf, daß, wenn das jeßige Gebot, welches allerdings noch hinter den Erwartungen zurückbleibe, nicht angenommen würde, die Unterhaltung des Gebäudes der Stadt noch weiter zur Last falle, auch die Zinsen von 270 000 M dem Grundstückspreise zuzurechnen wären, glaubt die Finanzcommission, für welche Herr Südel berichtet, den Verkauf empfehlen zu sollen.

Herr Rimpau wünscht in den Vertrag aufgenommen zu sehen, daß, sofern in dem Gebäude noch Alterthümer gefunden werden, diese der Stadt auszuliefern seien.

Herr Günther kann dem Verkaufe nicht zustimmen, weil dieser Grundstücks-complex seiner Meinung nach noch einmal zu städtischen Zwecken sehr gute Verwendung finden könne. Wenn aber das Grundstück doch einmal verkauft werden solle, so stimme er dem Rimpau'schen Antrage zu.

Herr Oberbürgermeister Pockels vermag die Hoffnung, das Grundstück früher oder später noch einmal zu städtischen Zwecken verwenden zu können, nicht zu theilen. Die Grundflächen seien wiederholt daraufhin ausgemessen und geprüft, ob sie zu bestimmten Zwecken, vielleicht zu Schulzwecken, verwendbar seien, aber man habe immer eine verneinende Antwort erhalten. Das Polytechnicum sei in seinem baulichen Zustande bis jetzt mühsam hingehalten, aber nun lasse sich ohne ganz erhebliche Kosten nichts mehr damit machen. Wenn Herr Günther einen ganz bestimmten Verwendungszweck für das Grundstück angeben könnte, so ließe sich wohl ein Versuch damit machen, aber nur auf die durch nichts begründete Möglichkeit hin, daß später vielleicht einmal ein Zweck für das Gebäude gefunden werden könne, dasselbe der Stadt zu erhalten, sei unmöglich.

Herr Günther ist allerdings nicht in der Lage, einen bestimmten Zweck für das Gebäude angeben zu können. Da indessen durch die Reichsgeßezgebung möglicherweise Einrichtungen getroffen werden, welche größeren Raum in Anspruch nehmen, als ihn das neue Stadthaus in seinen freibleibenden Zimmern biete, so sei er mehr dafür, das Grundstück zu behalten, wenn sich die Gebäude ohne große Kosten erhalten lassen. Er erinnere hinsichtlich solcher Einrichtungen nur an Gewerbekammern, an Syndicatskammern u. dgl.

Herr Uhde will noch bemerken, daß das Gebäude des alten Polytechnicums eine wahre Ruine sei, welcher der Einsturz drohe und in der weder Balken noch Mauern gut seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet Herrn Rimpau, seinen Antrag in die Form eines Wunsches außerhalb des Vertrages zu kleiden, womit der Zweck ebenfalls erreicht werde.

Herr Rimpau erklärt sich hiermit einverstanden.

Die Versammlung stimmt darauf dem Verkaufe zu.

X. Anfrage des Herrn Weber wegen Instandsetzung der Cellerstraße.

Zur Begründung der Anfrage:

„Unter Hinweis auf die wiederholten Anträge und Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung, betreffs Instandsetzung der Cellerstraße, richte ich an den verehrlichen Magistrat die Anfrage, wie weit diese Angelegenheit gediehen ist?“

bemerkt Herr Weber, daß er nur wünsche, zu hören, wie weit die Sache jetzt gediehen sei, damit die Mitbürger doch erfahren, daß dieselbe nicht ganz ruhe. Ueber die Nothwendigkeit der Instandsetzung wolle er mit Rücksicht auf die mannigfachen bezüglichen Verhandlungen sich jeder Aeußerung enthalten.

Herr Stadtrath Metemeyer erwidert darauf Folgendes: Der Antrag der Versammlung, betr. die Instandsetzung der Roß-, Hildesheimer-, Celler- und Wolfenbüttlerstraße habe bis jetzt leider nur den Erfolg gehabt, daß die Hildesheimerstraße in Stand gesetzt sei und wegen der Roßstraße alsbald eine Vorlage kommen werde. Bei der Celler- und der Wolfenbüttlerstraße, welche Staatsstraßen seien, lasse sich indessen der Antrag nicht so leicht durchführen, weil die Stadt mit den Staatsstraßen nichts zu thun habe. Aus Anlaß des Antrages sei nun aber an das Herzogliche Staatsministerium von dem Magistrat das Ersuchen gerichtet, dem Dualismus in Bezug auf das hiesige Straßenwesen in der Weise ein Ende zu machen, daß der Staat die sämtlichen Staatsstraßen des Stadtgebietes der Stadt als städtische Straßen überweise und der Stadt denjenigen Betrag, welcher innerhalb der letzten zehn Jahre durchschnittlich im Jahre auf diese Straßen verwendet worden, in Form einer Rente auswerfe. Wenn auch die Herzogliche Staatsregierung nicht abgeneigt sei, diesem Vorschlage näher zu treten, so lasse sich derselbe doch nicht so schnell erledigen, weil erst der Landtag zu solchem Abkommen seine Zustimmung geben müsse. Die Herzogliche Baudirection sei beauftragt, bis zum Monat August d. Js. einen bezüglichen Bericht vorzulegen, damit alsdann eine Vorlage für den Landtag ausgearbeitet werden könne. Unter diesen Umständen lasse sich seitens des Magistrates in der Sache vorläufig nichts thun.

XI. Anfrage des Herrn Weber wegen Vertheilung von Bricketts.

Wie Herr Weber zur Begründung der Anfrage:

„Ist es wahr, daß die vor ca. 6 Wochen von einem Bürger dem Magistrat zur Vertheilung an Arme überlieferten 400 Etr. Bricketts heute noch nicht vertheilt sind?“

des Näheren ausführt, könne er nicht glauben, daß die ihm gewordene, der Anfrage zu Grunde liegende Mittheilung zutrefte, da sonst nicht im Sinne des Gebers

verfahren sei. Er bitte daher um entsprechende zur Zerstreuung solcher Gerüchte nöthige Aufklärung.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß dem Inhalte der Anfrage insofern etwas Wahres zu Grunde liege, als thatsächlich die Briketts nicht sofort vertheilt seien, wenn er auch nicht glaube, daß jetzt noch Briketts unvertheilt geblieben seien. Es habe dieses allein darin seinen Grund, daß am Tage vor der Ueberweisung der Briketts Se. Königliche Hoheit der Stadtverwaltung 3000 M zur Verwendung für die Armen und zwar speciell zur Beschaffung von Feuerungsmaterial überwiesen habe, welcher Betrag sofort den Bezirks-Vorstehern zur Verfügung gestellt sei. Da nun außerdem die Stadt 14 Tage vorher zu gleichem Zwecke schon 1500 M hätte zur Ausgabe gelangen lassen, so habe durchaus keine Veranlassung vorgelegen, diese sonst so angenehme Gabe auch noch sofort zur Vertheilung zu bringen. Auf diese Weise sei es gekommen, daß den Bezirks-Vorstehern erst 14 Tage darauf die Briketts zur Verfügung gestellt seien und werden dieselben nunmehr voraussichtlich zum großen Theile abgeholt sein.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

In vertraulicher Sitzung lehnt die Versammlung zunächst nach längerer Besprechung den Antrag des Herrn Halle auf Ausschreibung einer anderweiten Verpachtung des Parthausen ab und genehmigt die Verpachtung desselben an den Restaurateur Ernst Andreas zu dem Pachtprice von jährlich 2500 M. Sodann wird auch dem Antrage des Magistrates auf Verpachtung des Grundstückes Wendenstraße Nr. 5 an den Restaurateur Heinrich Steinbrück zu dem Pachtprice von 4300 M für die Zeit vom 1. April 1893 bis dahin 1894 zugestimmt und darauf die Sitzung geschlossen.

Schluß 8¹/₄ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 23. März 1893.

Öffentlich:

I. Die Stadtcassenrechnungen von 1889 und 1890	Seite 98
II. Ausbau des Feldweges nach Rautheim	" 98
III. Straßenbaukosten am Langencamp	" 100
IV. Aufnahme eines Processus	" 100
V. Verpachtung einer Grundfläche am katholischen Friedhofe	" 100
VI. Uebernahme verschiedener Straßen	" 100
VII. Vertrag mit der hiesigen Baugenossenschaft	" 101
VIII. Aufnahme eines Processus	" 101
IX. Fortführung eines Hauptsammelecanals	" 102
X. Aufhebung einer Begeßtrede an der Grünstraße	" 102
XI. Verbreiterung der Hamburgerstraße	" 103
XII. Rückerstattung von Wasserrohrkosten	" 103
XIII. Begebung weiterer Stadtbligationen	" 103
XIV. Zwangsenteignung an der neuen Knochenhauerstraße	" 105
XV. Festsetzung der Straßenbaukosten für die Kl. Vertramstraße zc.	" 105
XVI. Regulirung der Straße am Bäckerflint	" 106
XVII. Vermehrung der Straßenlaternen	" 107
XVIII. Ergänzungsbauten im Bürgerparke	" 107
XIX. Das neue Verwaltungsstatut	" 110
XX. Preis einer Baufläche an der verlängerten Kaiserstraße	" 111
XXI. Aufnahme eines Processus	" 111
XXII. Selbstständiger Antrag des Herrn Schumburg auf Errichtung eines neuen städtischen Krankenhauses	" 111

Vertraulich:

Anstellung eines Hülfschreibers	" 112
Besprechung verschiedener Angelegenheiten	" 112

Steuer-Reclamationen	Seite 112
Wahl von Bezirks-Vorstehern, stellvertretenden Bezirks-Vorstehern und Armenpflegern	" 112
Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.	
Wahl eines Mitgliedes der Ersatz-Commission.	" 112
Steuer-Reclamationen	" 112

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer und Meyer, sowie Assessoren von Frankenberg und Reide-
meister. Später erscheinen noch die Herren Stadträthe Götte und Ramdohr.

Entschuldigt die Herren Hauswaldt, Nieß, Rieke und Uebe.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet.

Zur Vertheilung gelangen die Jahresberichte über die städtische höhere Mädchenschule und die städtische Mädchenschule.

Nach Genehmigung der Protocolle Nr. 2 und 3 wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Die Stadtraffenrechnungen von 1889 und 1890.

Die über die Verwaltung des städtischen Haushalts geführten Rechnungen von den Jahren 1889 und 1890 sind behufs Prüfung an die Versammlung gesandt und von dem Herrn Vorsitzenden der Finanzcommission überwiesen.

Namens der letzteren berichten hierüber die Herren Rimpau und Sievers. Beide Herren haben die Rechnungen unter Zuhilfenahme eines Magistratsbeamten eingehend geprüft und gegen dieselben nichts zu erinnern gefunden. Die vorgekommenen, theilweise recht erheblichen Ueberschreitungen des Etatsolls seien ordnungsmäßig genehmigt, so daß nur anheimgegeben werden könne, die magistratsseitig beantragte Entlastung hinsichtlich der Rechnungen über beide Jahre zu beschließen, was seitens der Versammlung geschieht.

II. Ausbau des Feldweges nach Rautheim.

Die Herzogliche Kreisdirection hieselbst hatte den Stadtmagistrat ersucht, den von der Helmstedterstraße abzweigenden, nach Rautheim führenden Feldweg auf der innerhalb des städtischen Gebietes liegenden Strecke in gleicher Weise chauffeemäßig auszubauen, wie solches innerhalb des Rautheimer Gebietes bereits geschehen ist. Dieses Ersuchen hatte der Magistrat abgelehnt und war auch von Herzoglichem Staatsministerium hinterher dahin entschieden, daß die Stadt zur Ausführung der Arbeit nicht verpflichtet wäre. In Folge eines bezüglichlichen Antrages der Landesversammlung sind indessen die Verhandlungen hierüber wieder aufgenommen. Der Magistrat ist nach wie vor der Ansicht, daß der Ausbau des fraglichen Weges für die Stadt ohne besonderen Werth sei, zumal da es noch zweifelhaft erscheine, ob derselbe bei Erweiterung des Ortsbauplanes beibehalten werden

könne; er glaubt aber, daß sich die Stadt dazu verstehen könne, für den fraglichen Zweck ein allerdings nicht erhebliches Opfer zu bringen, wenn gleichzeitig erreicht werde, daß die dem Central-Friedhofe gegenüber gelegenen, zur Gemeinde Rautheim gehörenden und mit Gebäuden bebauten Grundstücke, sowie der angrenzende Plan des Architekten Zinkeisen dem Stadtgebiete zugelegt werden. Hierdurch würde nicht nur eine Begräbigung der Feldmarksgrenzen erzielt, sondern auch verhütet, daß ferner in unmittelbarer Nähe des Stadtgebietes ansässige Rautheimer Einwohner die Vortheile der hiesigen Stadtgemeinde genießen, ohne hier Gemeindesteuer zu zahlen. Auch kommt in Betracht, daß die Rautheimer Gemeindebehörde bei der weiten Entfernung gar nicht in der Lage ist, die betreffenden Grundstücke in polizeilicher Hinsicht zu überwachen.

Der Ausbau der fraglichen Wegestrecke würde einschließlich der Aufwendung für anzupflanzende Bäume einen Kostenaufwand von 6500 M verursachen, wovon die Verwaltungs-Deputation der Feldmarks-Interessentschaft Altwiek 500 M unter der Bedingung zu übernehmen bereit ist, daß ihr die künftigen Unterhaltungskosten nicht zur Last fallen. Es läßt sich annehmen, daß sich Herzogliches Staatsministerium gleichfalls zur Leistung eines Beitrages verstehen wird und zwar beabsichtigt der Magistrat, denselben in Höhe von 3000 M zu erbitten. Zur Aufwendung der dann noch fehlenden 3000 M würde sich die Stadt unter der Bedingung wohl verstehen können, daß die vorstehend erwähnte Erweiterung des städtischen Gebietes zur Ausführung kommen sollte. Die Gemeindebehörde zu Rautheim fordert dafür 1) die Zahlung einer Capitalentschädigung von 2500 M und 2) die Gewährung einer Entschädigung von 2500 M für Abtretung eines zwischen der Helmstedterstraße und dem dem städtischen Gebiete eventuell zuzulegenden oben erwähnten Areal liegenden und einer aus Rautheimer Einwohnern bestehenden Interessentschaft gehörenden 2,28 m breiten und 6,24 a haltenden Sicherheitsstreifens. Auf die letztere Forderung kann die Stadt nach der Ansicht des Magistrates umsoweniger eingehen, als der fragliche Streifen der Helmstedterstraße zuzulegen ist, so daß sich der staatsseitige Ankauf desselben wohl rechtfertigen lassen dürfte. Die Aufwendung des unter 1 erwähnten Capitals erscheint dagegen insofern unbedenklich, als sich diese Summe schon jetzt durch die aufkommenden Steuern mäßig verzinsen wird.

Die Versammlung wird darnach ersucht, den Magistrat zu ermächtigen, nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen dem Herzoglichen Staatsministerium Bericht zu erstatten und event. mit der Gemeinde Rautheim ein Abkommen wegen Ausbaues des fraglichen Gebietes zu treffen, außerdem aber die vorerwähnte Erweiterung des städtischen Gebietes zu genehmigen und endlich die Summe von 3000 M + 2500 M = 5500 M zu verwilligen.

Wie Herr Rudeloff berichtet, empfiehlt die Statutencommission, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen. Wenn die Stadt ein gewisses Opfer für diese ihr nicht sehr am Herzen liegende Angelegenheit übernehme, so erfülle sie dadurch doch auch die Wünsche verschiedener hiesiger Einwohner und beweise ihr Entgegenkommen

der Gemeinde Rautheim und dem Kreiscommunalverbande Bechelde-Middagshausen, namentlich aber auch der Landesversammlung gegenüber, welche sich lebhaft für die Sache interessirt habe.

Auf eine Anfrage des Herrn Natalis, ob die gegenwärtige Lage des Weges bei seiner Einmündung in die Helmstedterstraße bestehen bleiben solle,

erwidert Herr Stadtrath Ketemeyer, daß an der Richtung des Weges vorläufig nichts geändert werde. Ob derselbe bei Feststellung des Ortsbauplanes verlegt werden müsse, lasse sich jetzt noch nicht entscheiden.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

III. Straßenbaukosten am Langencamp.

Die Kosten für den Ausbau des Langencamps zwischen der Gliesmaroder- und der Zimmerstraße sind seitens der Städtischen Bauverwaltung auf 1544 M 79 S für den Grunderwerb und 4147 M 01 S für den Ausbau festgestellt, so daß sich die Straßenkosten für 1 m Frontlänge auf 65,725 M belaufen. Der Magistrat giebt anheim, diesen Kostenbetrag zu genehmigen.

was geschieht, nachdem Herr Bültemann den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

IV. Aufnahme eines Processes.

Gegen den Gastwirth H. Wittetop, welcher für die von der Canalbau-Verwaltung ausgeführten Canalanlüsse einen Restbetrag von 79 M 24 S schuldet und fruchtlos gemahnt ist, erscheint Klageerhebung, deren Genehmigung der Magistrat anheimgiebt, erforderlich.

Diese Genehmigung, welche nach Ansicht der Statutencommission, für die Herr Wolff II berichtet, zu ertheilen sein möchte, wird von der Versammlung beschlossen.

V. Verpachtung einer Grundfläche am katholischen Friedhofe.

Die der Stadt gehörige, südlich vom katholischen Friedhofe gelegene 48,86 a große Ackerfläche, welche bis zum 1. April 1895 an den Tischlermeister Wilkens verpachtet war, kann wegen Ackerverpachtung von der Stadt zurückgenommen werden. Der Magistrat ersucht, den mit Wilkens dieserhalb abgeschlossenen Vertrag aufzulösen und die Fläche anderweit an die Ehefrau des Gärtners Lütgau hieselbst unter gleichen Bedingungen bis zum 31. März 1900 zu verpachten, derselben auch zu gestatten, auf ihre Kosten die Fläche einzufriedigen.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Wolff II berichtet, angenommen.

VI. Uebernahme verschiedener Straßen.

Auf Antrag der Städt. Bauverwaltung und im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die §§. 7—12 des Ortsbau-

statuts auf folgende Straßen für anwendbar erklärt werden: 1) die Eschenburgstraße, 2) die Ferdinandstraße, 3) die Friedhofstraße zwischen der Hamburgerstraße und der Ostgrenze des ehemaligen Grundstücks der Taubstummenanstalt, 4) die verlängerte Friedrichstraße bis zur Limbederstraße, 5) die Kapellenstraße, 6) die Nordstraße zwischen Geysostraße und Bültenweg, 7) die Reichenbergstraße, 8) die Riederstraße, 9) der Schulweg und 10) die Taubenstraße bis zur Ostgrenze des städtischen Wirthschaftshofes.

Die Baucommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Bültemann diesem Antrage an

und die Versammlung beschließt demgemäß.

VII. Vertrag mit der hiesigen Baugenossenschaft.

Die Braunschweigische Baugenossenschaft beabsichtigt, auf ihrem am Riddagshäuserwege gelegenen Grundstücke, zu beiden Seiten derjenigen im Ortsbauplane vorgesehenen Straße, welche diesseits der Straße am Hopfengarten vom Riddagshäuserwege in nördlicher Richtung abzweigt, Wohnhäuser zu errichten und hat sich deshalb bereit erklärt, die fragliche Straße auf der erforderlich werdenden Strecke auf ihre Kosten auszubauen. Der Magistrat hat daraufhin mit der Baugenossenschaft einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen. Nach demselben verpflichtet sich die Stadt, abweichend von der bislang üblich gewesenen Praxis, die Kosten für Canal, Gas- und Wasserrohr mit Rücksicht auf den von der Genossenschaft verfolgten gemeinnützigen Zweck sofort selbst zu tragen. Diese Kosten sind veranschlagt für den Canal zu 1100 M., für das Gasrohr zu 394 M 80 S. und für das Wasserrohr zu 613 M 30 S. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, den Vertrag zu genehmigen und die fraglichen Kosten zu bewilligen.

Die Statutencommission giebt — wie Herr Wolff II berichtet — einstimmig anheim, das Abkommen gutzuheißen und dem Ersuchen des Magistrates zu entsprechen,

was seitens der Versammlung geschieht.

VIII. Aufnahme eines Proccesses.

Der frühere Feuerwehrmann Kolls hat eine ihm seitens der Stadt verpachtete Wohnung im vorm. Huch'schen Hause verlassen und theilweise seinem Schwiegervater, dem Canalarbeiter Kalbreyer, ohne Genehmigung der Stadt vermietet. Da die Auflösung des Miethvertrages stadtseitig mit Kolls verabredet ist, Kalbreyer aber sich weigert, die Wohnung am 1. April d. Js. zu räumen, so ersucht der Magistrat um die Ermächtigung, Klage auf Räumung gegen Kalbreyer erheben zu dürfen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Stadt nach Ansicht der Statutencommission berechtigt ist, die Räumung der Wohnung zu verlangen, beantragt Herr

Wolff II namens der Commission, die Genehmigung zur Klageerhebung zu ertheilen,

welchem Antrage die Versammlung zustimmt.

IX. Fortführung eines Hauptsammelcanals.

Der Oberingenieur Mitgau hat es für dringend erforderlich erklärt, den jetzt in der Nähe der Gaußbrücke in die Oker mündenden Hauptsammelcanal sobald als irgend thunlich in Form eines Dükers unter der Oker hindurch und auf dem jenseitigen Okerufer bis an den nördlich vom Wendenringe gelegenen, parallel mit diesem laufenden Feldwege in der Fortsetzung der Straße „Hasenwinkel“ fortzuführen. Der Canal muß später in nördlicher Richtung noch weiter geführt werden, einstweilen sollen seine Abwässer mittelst eines in dem fraglichen Feldwege ohnehin herzurichtenden Nothauslasses der Oker (gegenüber der Futeispinnerei) zugeführt werden. Die zunächst auszuführende Theilstrecke wird zweckmäßigerweise innerhalb derjenigen im Ortsbauplane vorgesehenen Straße angelegt, welche als Fortsetzung der Wendenmaischstraße der Oker entlang ziehen und den Wendenring in der Nähe der Maschbrücke kreuzen wird. Zum Zwecke des Erwerbes der dabei zu benutzenden Grundflächen, sowie der Wiederveräußerung bezw. Verpachtung der entbehrlichen Flächen hat der Magistrat mit den Eigenthümern Stern, Diesel, Büttner, Schacht, Räune, Severin und Bertram entsprechende Verträge abgeschlossen, deren Genehmigung anheimgegeben wird. Da wegen des Erwerbes einer dem Kaufmann Drohn gehörigen Fläche eine Einigung nicht hat erzielt werden können, so beantragt der Magistrat ferner, ihm die Ermächtigung zur Einleitung des Expropriationsverfahrens wegen dieser Fläche zu ertheilen. Die Kosten für den Bau des fraglichen Canals sind in den nächstjährigen Etat aufgenommen, der Magistrat wird indeß bei günstigen Witterungsverhältnissen schon in allernächster Zeit die Arbeiten in Angriff nehmen lassen.

Die Finanzcommission läßt die Vorlage durch Herrn Seele zur Annahme empfehlen

und die Versammlung beschließt dieselbe.

X. Aufhebung einer Wegestrecke an der Grünstraße.

Die Stadt hat sich dem Maurermeister Röper gegenüber verpflichtet, das Terrain des zur Aufhebung gelangenden alten Weges an der Grünstraße dem zc. Röper zu überweisen, wenn die Aufhebung dieses Theiles der Grünstraße allseitig genehmigt und die fragliche Fläche auf den Namen der Stadt eingetragen sein werde. Obwohl diese Voraussetzung noch nicht eingetreten ist, hält es der Magistrat doch für unbedenklich, wenigstens die vor den Grundstücken A 34 und 35 liegende Fläche als Weg aufzuheben und hat dieses den Betheiligten durch Bekanntmachung zur Kenntniß gebracht. Nachdem ein von den Aufmann'schen Erben vorgebrachter Einspruch inzwischen zurückgezogen ist, liegen noch Einsprachen der Anlieger Heu-

mann, Zeiseweiß, Gronwald und Mohrmann vor. Da diese nach Ansicht des Magistrates der Begründung entbehren, ersucht derselbe, die Einsprachen zu verwerfen und die Aufhebung der vor den Grundstücken *Nr.* 34 und 35 liegenden alten Wegefläße zu genehmigen.

Die Statutencommission stellt sich nach dem Berichte des Herrn Rudeloff auf den Standpunkt des Magistrates und empfiehlt daher, der Vorlage zuzustimmen, was geschieht.

XI. Verbreiterung der Hamburgerstraße.

Auf Antrag des Kaufmanns Camehl ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß eine 60 qm große Theilfläche, welche bei Bebauung des an der Ecke der Hamburger- und Friedhofstraße gelegenen Grundstücks unbebaut bleiben mußte, zum Einheitspreise von 40 *M* angekauft werde. Da es sich hier um die Verbreiterung einer Staatsstraße handelt und Herzogliches Staatsministerium sich schon bereit erklärt hat, die Hälfte der fraglichen Kosten zu tragen, so empfiehlt der Magistrat, zur Vermeidung einer Vermengung von staatlichem und städtischem Eigenthum, weiter, die Herzogliche Baudirection das Terrain zu Gunsten des Staats ankaufen zu lassen und dem letzteren einen städtischen Zuschuß von 1200 *M* zu gewähren.

Wie Herr Wolff II namens der Statutencommission berichtet, kommt mit dieser Vorlage wieder ein Capitel aus dem streitigen Gebiete zur Sprache, welche Stellung die Stadt bei der Verbreiterung von Staatsstraßen einzunehmen habe. Die Commission halte mit dem Magistrate es für das Richtige, auch in diesem Falle die Frage im Wege eines gütlichen Abkommens zu lösen und der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

XII. Rückerstattung von Wasserrohrkosten.

Der Bauunternehmer Ch. Lindemann hat gebeten, ihm die für die verlängerte Gliesmaroderstraße verauslagten Wasserrohrkosten im Betrage von 2083 *M* 60 *S* zurückzuerstatten, da die Vorbedingungen zu solcher Rückzahlung erfüllt seien.

Der Magistrat schließt sich dem Antrage an und ersucht, demselben stattzugeben,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, geschieht.

XIII. Begebung weiterer Stadtoobligationen.

Die Verwaltung des Extraordinarii der Stadthauptcasse für die Rechnungsperiode vom 1. Januar 1892 bis zum 31. März 1893 wird so erhebliche Abweichungen der Ausführung von dem Voranschlage ergeben, daß sich eine Fehlsomme von mindestens 200 000 *M* herausstellen wird. Ueberhaupt ist es erforderlich, der Stadthauptcasse alsbald

1) zur Deckung der vorstehenden Fehlsomme	200 000 M,
2) zur Tilgung eines Vorschußdarlehns der hiesigen Creditanstalt	200 000 "
3) an Vorrathsmitteln	150 000 "

insgesamt also 550 000 M

zuzuführen. Der Magistrat hält dafür, daß zur Beschaffung dieses Geldes ein entsprechender Theil der Obligationen des Kreiscommunalverbandes Braunschweig aus der 1891er Anleihe von 3 000 000 M zu versilbern sei. Von dieser Anleihe sind nominell bereits 1 450 000 M begeben, mithin noch 1 550 000 M vorrätzig. Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären,

- 1) daß der Kreiscommunalverband Braunschweig den Nennwerth von 550 000 M seiner 1891er Obligationenanleihe zu einem vom Magistrate mit der Finanzcommission zu vereinbarenden Course verkaufe und den Erlös als ein im Nennwerth mit $3\frac{1}{2}$ % verzinsliches und vom Jahre 1897 an mit jährlich $\frac{1}{2}$ % und den durch die eingelösten Schuldverschreibungen ersparten Zinsen rückzahlbares Darlehn vorleihe,
- 2) daß die Stadtgemeinde dieses Darlehn zu Lasten der Stadthauptcasse annehme.

Namens der Finanzcommission berichtet über diese Vorlage Herr Wolff I: Die Commission habe gegen die Art der Beschaffung des erforderlichen Geldes nichts einzuwenden. In Bezug auf die Höhe des Courses, zu welchem die Anleihe zu begeben sein möchte, haben Verhandlungen stattgefunden, deren Ergebnis dahin gehe, dieselbe dem bekannten Bankconsortium zum Course von 99 % abzugeben, welcher Cours denjenigen der zuletzt begebenen Anleihe um $1\frac{1}{2}$ % übersteige. Dem Magistrate sei es mit der Finanzcommission zweckmäßig erschienen, diesen Cours festzuhalten und habe inzwischen auch das Consortium demselben zugestimmt. Der Antrag des Magistrates könne in Folge Abschlusses dieser Verhandlungen dahin geändert werden, daß die Versammlung sich mit der Veräußerung der 550 000 M zu dem Course von 99 % an das Bankconsortium einverstanden erklären und sie im Uebrigen die Bestimmungen der Magistratsvorlage annehmen möchte. Der jetzt erlangte Cours stelle sich ganz wesentlich besser als der anderer städtischen Anleihen, indem die Anleihen der größeren Städte Berlin, Hamburg, Bremen zc. zu nur 98—98 $\frac{1}{2}$ % und diejenigen der ungefähr gleichartigen Städte Halle, Erfurt zc. gar nur zu 96,5—97 % verkauft werden. Demnach müsse der hier erzielte Cours als außerordentlich günstig angesehen werden. Hervorheben wolle er übrigens, ohne weitere Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, daß die hiesigen städtischen $3\frac{1}{2}$ % igen Anleihen bis zum Schlusse voriger Woche noch mit 100 % notirt gewesen seien, daß indessen mit dem Augenblicke, in welchem die Verhandlungen mit dem Consortium eingeleitet seien, sich in dem Courszettel Striche finden. Die Finanzcommission beantrage, die Vorlage in der vorgeschlagenen erweiterten Fassung anzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will bestätigen, daß der Magistrat seine Vorlage in der von dem Herrn Berichterstatter erwähnten Weise erweitere. Das Bankconsortium, welches ursprünglich nur 98½ % habe bezahlen wollen, habe jetzt erklärt, nunmehr zur Zahlung von 99 % bereit zu sein.

Herr Brückmann fragt an, ob das Geldbedürfniß der Stadt nicht auch dieses Mal von der Casse der Alters- und Invaliden-Versorgung gedeckt werden könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Stadt, wie aus dem vorliegenden Stadthaushaltsplane hervorgehe, schon erhebliche Summen von der Alters- und Invaliden-Versorgungscasse erhalten habe, daß aber das vorliegende Bedürfniß dort nicht gedeckt werden könne.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

XIV. Zwangsenteignung an der neuen Knochenhauerstraße.

Der Bauunternehmer Franz Zwingmann beansprucht für eine von seinem Grundstücke an der Ecke der Wilhelm- und neuen Knochenhauerstraße abzutretende, an der letzteren Straße gelegene Theilfläche von 11,5 qm eine Entschädigung von 100 M für je 1 qm. Da diese Forderung dem Magistrate zu hoch erscheint, so beantragt derselbe, ihn zur Einleitung des Expropriationsverfahrens zu ermächtigen.

Die Baucommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Bültmann diesem Antrage an und

die Versammlung genehmigt denselben.

XV. Festsetzung der Straßenbaukosten für die Al. Bertramstraße u.

Dem Antrage des Stadtmagistrates, zu genehmigen, daß die zu erstattenden Kosten des Ausbaues der Al. Bertramstraße auf der Strecke zwischen der Al. Campestraße und dem Leonhardsplaz auf 77,46 M und der Straße an der Westseite des Leonhardsplatzes auf 158,20 M für das lfd. Meter festgestellt werden, stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, und nach einigen erläuternden Bemerkungen des Herrn Stadtrath Ketemeyer zu.

XVI. Regulirung der Straße am Bäckerflint.

Auf Antrag des Klempnermeisters Wunderlich als Eigenthümers des Hauses Bäckerflint Nr 10, ersucht der Magistrat zu genehmigen, daß von dem Wunderlichen Grundstücke 1,70 qm der Stadtgemeinde und von dem dortigen Straßenterrain 0,80 qm dem Grundstücke von Wunderlich tauschweise zugelegt werden.

Nachdem Herr Bültmann die Vorlage zur Genehmigung empfohlen und Herr Stadtrath Ketemeyer dieselbe noch in einigen Punkten ergänzt hatte, wird sie von der Versammlung angenommen.

XVII. Vermehrung der Straßenlaternen.

Die Deputation für die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke hat für erforderlich erachtet, zur Erweiterung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung 29 Gasandelaber, 4 Wandgaslaternen und 7 Petroleumlaternen neu aufstellen, sowie 6 Gaslaternen versetzen zu lassen. Der Magistrat hält diese Vorschläge für zweckmäßig und beantragt, nachdem auch die Herzogliche Polizei-Direction ihr Einverständniß erklärt hat, die Aufstellung bezw. Versetzung dieser Laternen zu genehmigen und die erforderlichen Einrichtungskosten mit 4120 M. zu bewilligen.

Die neuen Laternen werden auf folgenden Straßen aufgestellt werden, nämlich von den 29 Gasandelabern, je ein Stück auf der Fallersleber-, Friedrich-, Goslarischen-, Julius-, Kloster-, Petri-, Neben- und Wendenstraße, sowie auf der Kastanienallee, dem Mittelwege, der Wilhelmitörpromenade und dem Wollmarke, 2 Stück auf der Verbindungsstraße zwischen Werder und Kaiserstraße, je 3 Stück auf der Hildesheimer- und der Reichenbergstraße, 4 Stück auf dem Altwiekringe und 5 Stück auf der Cellerstraße; die 4 Wandgaslaternen erhalten die Straßen am alten Zeughose, a. d. Catharinenkirche, die Pflegehaus- und die Wendenstraße, während von den 7 Petroleumlaternen je 1 Stück der Madamenweg, die Straße a. d. Masch und der Riddagshäuserweg, sowie je 2 Stück die Kreuz- und die Marienstraße erhalten. Zu versetzen sind je 1 Laterne an der Fallersleber-, der Petri- und der Nebenstraße, sowie der Wendentörpromenade und 2 Stück an der Wendenstraße.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Sievers befürworten.

Herr Günther ist erfreut über die in Aussicht genommene Erweiterung des Laternennezes, möchte aber doch den vielen Klagen über die ungenügende bezw. mangelhafte Beleuchtung der Straßen im Allgemeinen Ausdruck geben. Wenn auch die Beleuchtung der innenstädtischen Straßen in Folge Einwirkung der vielen erhellten Ladenfenster angehe, so sei doch die Beleuchtung der Außenstadt eine geradezu trübselige zu nennen. Es müßten wenigstens diejenigen Punkte der Außenstadt, welche einen stärkeren Verkehr haben, mit besserbrennenden Laternen versehen werden. Bei dieser Gelegenheit wolle er an den Magistrat die zeitgemäße Frage richten, wie weit man mit der stadtseitigen Einrichtung der elektrischen Beleuchtung gediehen sei.

Herr Schumburg möchte bitten, eine Laterne an der Ringstraße neben der Brücke aufzustellen, damit man von der Ringstraße auch Abends nach der Allee hinuntergehen könne, was jetzt unmöglich sei. Sofern die für die Straße a. d. Masch vorgesehene Petroleumlaterne hier ihren Platz finden solle, sei er zufrieden gestellt, sonst müsse er bitten, hier noch eine Laterne anzubringen.

Herr Sievers erwidert, daß die für die Straße a. d. Masch in Aussicht genommene Laterne an dem Nachbarhause des Herrn Schumburg angebracht werden solle, woelbst sie sehr nöthig sei.

Herr Oberbürgermeister Pöckels kann die Anfrage des Herrn Günther nach dem Stande der Verhandlungen über die Einführung der elektrischen Beleuchtung dahin beantworten, daß man über theoretische Erörterungen noch nicht hinausgekommen sei. Es habe dieses hauptsächlich darin seinen Grund, weil, abgesehen von dem Umstande, daß momentan das Gasglühlicht dem elektrischen Lichte sehr erhebliche Concurrenz mache, der Magistrat sich davon noch nicht habe überzeugen können, daß das für die elektrische Beleuchtung in den verschiedenen Städten angelegte Capital sich verzinst habe und man hier nicht ungeheuer große Summen aufwenden könne, wenn man nicht sicher sei, aus denselben eine angemessene Rente zu bekommen.

Herr Stadtrath Haake möchte bitten, alle in Bezug auf Besserung der Beleuchtungsverhältnisse vorliegenden Wünsche genau zu fassen, weil sich sonst mit denselben nichts machen lasse. Allgemeine Bemerkungen, wie sie Herr Günther vorgebracht habe, können nicht ohne Weiteres berücksichtigt werden.

Herr Günther erwidert, er habe besonders die größeren Plätze der Außenstadt im Auge gehabt, so den Platz am Magnithore, am neuen Museum u. s. w. Hier lasse sich dem Uebelstande durch Aufstellung von Laternen mit größerer Leuchtkraft bald abhelfen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XVIII. Ergänzungsbauten im Bürgerparke.

Auf Antrag des Restaurateurs Ernst Andreas als Pächters des Parkhauses erucht der Magistrat, die Herrichtung einer Veranda, eines Kuhstalles und einer Küche am Wirthschaftsgebäude im Bürgerparke zu genehmigen und hierzu die vom Pächter während seiner Pachtzeit mit 10 % zu verzinsende Summe von 5000 M zu verwilligen.

Herr Kimpau empfiehlt namens der Finanzcommission die Bewilligung dieser Summe

und die Versammlung beschließt demgemäß.

XIX. Das neue Verwaltungsstatut.

Der dem Herzoglichen Staatsministerium vorgelegte Entwurf eines Statuts, „die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend“, hat dem Herzoglichen Staatsministerium zu folgenden Ausstellungen Anlaß gegeben:

1) Im §. 7, Absatz 1 des Statutenentwurfs empfiehlt es sich, zu sagen: „... insoweit nicht die Dringlichkeit, die Einfachheit oder geringe Bedeutung des Gegenstandes eine Ausnahme rechtfertigt, ...“

2) Im §. 19 möchte am Schlusse „für Abordnungen“ der sonst überall beibehaltene Ausdruck „Deputationen“ zu gebrauchen sein.

3) Die Ueberschrift des mit §. 20 beginnenden Abschnittes hat dem Inhalte desselben gemäß zu lauten: „b. Von den unter der Aufsicht des Stadtmagistrates stehenden gemischten Deputationen.“

4) Im §. 23 sind die Worte: „4. des Standesamtes“ zu streichen, weil das Herzogliche Standesamt keine dem Stadtmagistrate unterstehende Amtsstelle sei.

5) Der §. 45 Abs. 2, welcher im Eingange lautet: „Gegen die übereinstimmende Entscheidung des Stadtmagistrates und der Stadtverordneten betreffs einer Ersatzforderung gegen eine Deputation oder gegen eine Amtsstelle findet nur der ordentliche Rechtsweg statt; . . .“ möchte abzuändern sein in: „ . . . findet Beschwerde an die Staatsbehörde statt, gegen deren Entscheidung die Beschwerde des ordentlichen Rechtsweges zulässig bleibt; . . .“ damit zunächst die Beschwerde an die Staatsbehörde offen gelassen ist.

6) Die in den Motiven zu §. 46 ausgesprochene Ansicht des Magistrates, daß die Meinung des Gesetzes dahin gehe, das Einkommen auch der Markgenossen aus ihrem im Stadtbezirke gelegenen Grundbesitz, sowie dasjenige der Fremden und der juristischen Personen erst bei Erreichung eines Minimaleinkommens für steuerpflichtig zu erklären, ist nur bezüglich der Fremden, welche nach §. 157 vorletzter Absatz des Gesetzes gleich den Gemeindegossen heranzuziehen sind, richtig. Im Uebrigen ergeben die ständischen Verhandlungen, daß es in der Absicht des Gesetzes liegt, die im §. 157 desselben unter A. 2—4 aufgeführten Personen und Gesellschaften ohne die gedachte Beschränkung heranzuziehen. Es muß daher der §. 46 lauten: „Die Steuerpflicht der Gemeindegossen und der Fremden beginnt mit einem Einkommen von mindestens 600 M.“ Ferner ist der Eingang des §. 47 abzuändern in: „Für die einzelnen Steuerklassen, in welche die in §. 46 aufgeführten Steuerpflichtigen und die Markgenossen nach ihrem Einkommen einzutheilen sind, . . .“; auch muß folgerichtig in der Tabelle statt „600—699 M“ gesagt werden „bis 699 M“.

7) Das Citat im §. 47 vorletzter Absatz ist zu ergänzen in: „(§. 157, Abs. 3 und §. 164 der Städteordnung.)“

8) Da die nach §. 55, Abs. 2 den Stadtverordneten vorbehaltene Festsetzung des Zuschlages von 25 % nur ein Exempel ist, so wird vorausgesetzt, daß den Stadtverordneten überhaupt die Beschlußfassung darüber hat übertragen werden sollen, ob der Zuschlag gezahlt werden solle.

9) In §. 60 muß dem Wortlaute des Gesetzes in §. 175 entsprechend hinter den Worten „zur Begründung eines Rechtsmittels“ noch eingeschoben werden, „in der Absicht der Steuerhinterziehung“.

10) Bei den Strafandrohungen in §. 175 des Gesetzes handelt es sich um gerichtlich zu erkennende Strafen, wie dies gelegentlich des die Grundsätze der Selbsteinschätzung auch für die Landgemeindevordnung in Aussicht nehmenden Commissionsantrages bereits in den ständischen Verhandlungen zur Sprache ge-

kommen ist. Deshalb trifft auch das Gesetz nur wegen der Zuständigkeit für Festsetzung der Nachsteuer, nicht auch wegen derjenigen für Festsetzung der Strafe Bestimmung. Es erscheint daher nicht zulässig, daß der Entwurf in §. 61 auch zur Feststellung der Geldstrafe die vereinigte Versammlung des Magistrates und der Stadtverordneten für zuständig erklärt und müssen die Worte „oder Geldstrafe“ in Fortfall kommen.

11) Für den §. 63 des Entwurfs scheint dem Herzoglichen Staatsministerium die gesetzliche Grundlage zu fehlen und hält dasselbe daher die Streichung dieses Paragraphen für erforderlich. —

Unter der Voraussetzung, daß diesen Anregungen Folge gegeben und der Entwurf dementsprechend geändert wird, will Herzogliches Staatsministerium demselben seine Genehmigung schon jetzt ertheilen und der Einsendung einer Ausfertigung in der genehmigten Fassung entgegensehen.

Der Magistrat giebt anheim, diese Aenderungen zu genehmigen.

Namens der Statutencommission berichtet über die Vorlage Herr Wolff II: Wenn auch zu den unter 1—8 anheimgestellten Aenderungen Einwendungen nicht zu erheben seien, so erscheine es doch unerfindlich, wie das Herzogliche Staatsministerium zu der Ansicht gelange, daß die nach §. 55 Abs. 2 den Stadtverordneten vorbehaltene Festsetzung des Zuschlages von 25 % nur ein Exempel sei. Nach der Fassung der entsprechenden Bestimmung der Städteordnung und des §. 55 des Statuts dürfe ein anderer als ein 25procentiger Zuschlag überhaupt nicht erhoben werden, so daß von einem Exempel nach der Ansicht der Commission nicht wohl die Rede sein könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels meint, daß ein Streit hierüber zu Nichts führen würde. Er verstehe den Vorbehalt des Staats-Ministeriums dahin, daß der Beschlußfassung im Einzelfalle vorbehalten bleibe, ob und welcher Zuschlag bis zu 25 % erhoben werden solle. Im Uebrigen habe diese Bestimmung für den Erlaß des Statuts keine Bedeutung, da dasselbe sich genau an den Wortlaut des Gesetzes anschließe.

Herr Wolff II hält es für angezeigt, wenigstens zu constatiren, daß die Versammlung den bezeichneten Standpunkt vertrete. — Während nun ferner den Ausführungen unter 9 und 10 des Herzoglichen Staatsministeriums beizutreten sei, müsse die Commission zum Punkte 11 der Aenderungsvorschläge Folgendes bemerken: Zunächst sei es durchaus richtig, daß die den Inhalt des betr. Paragraphen stützende entsprechende Bestimmung des preussischen Einkommensteuergesetzes nach dem Willen der gesetzgeberischen Factoren in der Städteordnung Aufnahme nicht gefunden habe. Es würde nun die Frage entstehen, ob die Nachbesteuerung eines unrichtig Veranlagten auch ohne gesetzliche Bestimmung stattfinden könne und es sei zuzugeben, daß dem Bedenken entgegenstehe. Es erscheine zweifellos, daß die Festsetzung der Besteuerung als die eigentliche Grundlage der Steuerpflicht des Bürgers erscheine. Die Veranlagung desselben und die, darauf hin erfolgende

Zahlung der Steuer erledige die Steuerpflicht des Bürgers endgültig, es sei denn, daß er sich bei der Angabe seines Einkommens einer dolosen Handlungsweise schuldig gemacht habe. Wenn er absichtlich unwahre Angaben vorgebracht habe, so sei eine Abweichung von der sonstigen Regel schon aus allgemeinen Rechtsgründen ohne Frage gestattet, dagegen könne er bei dem Mangel einer positiven Gesetzesvorschrift nachträglich nicht anderweit veranlagt werden, sofern er ohne eine solche böse Absicht unrichtig veranlagt sei. Ganz anderer Meinung könne man aber sein, wie es gehalten werden solle, wenn ein Bürger versehentlich gar nicht veranlagt sei, und da meine er, daß in solchem Falle bei dem Vorhandensein der Steuerpflicht an sich die Stadtverordneten berechtigt sein müßten, die nachträgliche Veranlagung herbeizuführen. Aus praktischen Gründen empfehle es sich nun aber nicht, gegenwärtig dem Willen des Herzoglichen Staatsministeriums entgegenzutreten und zwar aus folgenden Umständen. Seitens des Magistrates werde das größte Gewicht darauf gelegt, daß das Statut zum 1. April d. Js. Gültigkeit erlange. Die Commission habe deshalb gemeint, die Streichung des §. 63 genehm halten zu wollen, im Uebrigen aber das Ersuchen an den Magistrat zu richten, bei dem Herzoglichen Staatsministerium dahin vorstellig zu werden, ob nicht nachträglich noch eine entsprechende Bestimmung in das Statut aufgenommen werden könne. In einer neuerlichen Besprechung des Herrn Oberbürgermeisters mit dem betr. Herrn Ressortminister habe Letzterer indessen wiederholt die Ansicht vertreten, daß solche Bestimmung als unzulässig zu erachten sei. Wenn man erwäge, daß die Sache materiell keine große Bedeutung habe, so möchte es sich vielleicht empfehlen, die gewünschte Streichung durchaus gutzuheißen, auf der anderen Seite aber dem Magistrate nichtsdestoweniger anheimzugeben, sei es auf dem Wege einer Ergänzung des Statuts, oder auf dem Wege der Erstrebung einer gesetzgeberischen Aenderung das Ziel zu erreichen zu suchen, daß die Versammlung trotzdem in Zukunft in der Lage sei, bei der Veranlagung übergangene Personen demaleinst noch zur Nachzahlung der Steuer heranzuziehen.

Der Herr Vorsitzende hebt hervor, daß durch die Genehmigung der Streichung des Paragraphen die Versammlung doch des Rechtes nicht verlustig gehe, Nachbesteuerungen vorzunehmen, soweit solche gesetzlich zulässig seien. Es könne deshalb die Streichung des §. 63 ohne Bedenken genehmigt und der Magistrat trotzdem ersucht werden, auf eine spätere Ergänzung des Statuts in dem angedeuteten Sinne der größern Klarheit wegen Bedacht zu nehmen.

Die Versammlung erklärt sich darauf mit den sämtlichen vom Herzoglichen Staatsministerium gewünschten und vom Stadtmagistrate gebilligten Aenderungen unter dem vom Herrn Vorsitzenden erwähnten Vorbehalt einverstanden.

XX. Preis einer Baupläne an der verlängerten Kaiserstraße.

Da verschiedentlich beim Magistrate angefragt ist, zu welchem Preise derselbe eine der Stadtgemeinde gehörende, an dem Göhmann'schen Grundstücke liegende

1 a 97 qm haltende Grundfläche an der verlängerten Kaiserstraße zu verkaufen bereit sei, so giebt der Magistrat anheim, den Kaufpreis für diese Fläche auf 10 000 M, unter stadtseitigem Verzicht auf Straßenbaukosten festzusetzen.

Namens der Baucommission empfiehlt Herr Bültemann, dem Antrage zuzustimmen.

Auf entsprechende Anfrage des Herrn Lange erwidert

Herr Stadtrath Netemeyer, daß auch nach dem Verkaufe des fraglichen Platzes an der verlängerten Kaiserstraße noch Platz zu der eventuellen Errichtung eines Volksbrausebades vorhanden sein würde.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

XXI. Aufnahme eines Processes.

Der seit längeren Jahren hier wohnhafte Arbeiter Wilhelm Elzner erlitt im Jahre 1884, während er bei der Firma Rindermann & Hoffmann in Glissen bei Nienburg in Arbeit stand, einen Unfall, welcher ihn zum größten Theil arbeitsunfähig gemacht hat. Aus diesem Grunde hat er seit dem Jahre 1886 fortlaufend Unterstützungen aus städtischen Armenmitteln erhalten, deren Höhe sich z. B. auf 1593 M 70 S beläuft. Elzner verklagte die genannte Firma auf Grund des Haftpflichtgesetzes auf Entschädigung und verpflichtete sich der Stadt gegenüber, die ihm gewährten Unterstützungen nach Beendigung des Processes zurückzuerstatten. Da nunmehr die Firma eine Entschädigung von 1449 M ausgezahlt hat und dieser Betrag vom Magistrat gepfändet ist, weigert sich Elzner, in die Aushändigung der Summe zu willigen. Der Magistrat beantragt daher, zu genehmigen, daß Elzner auf Rückzahlung der gewährten Unterstützungen verklagt werde.

Die Statutencommission läßt die Genehmigung der Proceßführung durch Herrn Wolff II befürworten und die Versammlung beschließt dieselbe.

XXII. Selbstständiger Antrag des Herrn Schumburg auf Errichtung eines neuen städtischen Krankenhauses.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, den Bau eines neuen städtischen Krankenhauses in Erwägung zu nehmen, und der Versammlung über das Resultat der dießhalb anzustellenden Erhebungen sobald wie möglich Mittheilung zu machen“

führt Herr Schumburg aus, daß das städtische Pflegehaus, wie allgemein bekannt, überfüllt sei und daß daher zur Unterbringung von Pfleglingen schon lange das anstoßende städtische Krankenhaus mit in Benutzung genommen werden müsse. Wenn nun schon in gewöhnlichen Zeiten die Räume desselben nicht ausreichen, müsse bei dem etwaigen Ausbruche von Epidemien ein wahrer Nothstand eintreten.

Er bitte daher, seinen Antrag zu unterstützen und dem Magistrate Gelegenheit zu geben, sich mit der Sache weiter zu befassen. Wünschen möchte er auch, daß das neue Krankenhaus nicht ebenfalls vor dem Petritthore seinen Platz finde, weil dort auch schon das Herzogliche Krankenhaus stehe und es sich mehr empfehle, für das neue Krankenhaus einen Platz im Osten der Stadt auszuwählen. Da auch von ärztlicher Seite ein solcher Neubau befürwortet werde, so hoffe er auf Unterstützung des Antrages.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen,
und damit die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung zunächst die feste Anstellung des Hülfschreibers Priesterjahn als Büreugehülfe, bespricht sodann verschiedene innere Angelegenheiten, namentlich die Handhabung der Commissionswahlen in der neuen Stadtverordneten-Versammlung und erledigt darauf das Verzeichniß I von Steuer-Reclamationen für 1893. Endlich wird noch die erforderlich werdende Neuwahl von 6 Bezirksvorstehern, sämtlichen stellvertretenden Bezirks-Vorstehern und 57 Armenpflegern vorgenommen. Während im Allgemeinen die Wiederwahl der jetzigen Inhaber dieser Aemter in Vorschlag gebracht werden kann, sind für folgende, bestimmt ausscheidende Herren Neuwahlen vorzunehmen, nämlich für: den Bezirksvorsteher Wilhelm Schütte, und die Armenpfleger Joh. Römer, A. H. Löhr, Jul. Preuße, Karl Holland, Herm. Lochte, Peter Wöhlecke, Wilh. Schumburg, Wilh. Fischer, Franz Unger, Herm. Rohlfstod und Herm. Rahde. Als Ersatzmänner werden in Vorschlag gebracht die Herren Schulinspector Sattler als Bezirks-Vorsteher, Inspector Schlott, Rentner Kastens, Kaufmann Hugo Weiß, Mineralwasser-Fabrikant Emil Grünhagen, Kaufmann Aug. Eichholz, Amtsrichter D. Hartwig, Regierung-Assessor Hassel, Agent Heinrich Weber, Rentner Joh. Liesenberg, Lehrer Karl Wittenberg und Tapeziierer Müller als Armenpfleger. Außerdem werden noch für 3 neu zu bildende Quartiere als Armenpfleger vorgeschlagen die Herren Pastor emer. Rich. Bode, Uhrmacher Ernst Hensel und Eisenbahn-Betriebs-Secretair Wilh. Schulz. Die Versammlung erklärt sich mit den sämtlichen Vorschlägen einverstanden.

In gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten wird unter dem Voritze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels zunächst Herr Bäse als bürgerliches Mitglied der Ersatzcommission gewählt und darauf eine Anzahl von Steuer-Reclamationen erledigt.

Schluß gegen 8 Uhr.

1893.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 94 de 1893 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

No. 6.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 29. März 1893,
5 Uhr Nachmittags.

Öeffentlich:

I. Der Stadthaushaltsplan für 1893/94	Seite 114
II. Anlage von Absperrschiebern im Wasserrohrnetz	" 130
III. Belegung der Fußwege an verschiedenen Ortsstraßen	" 131
IV. Anschaffung eines Dampfkessels für das Wasserwerk	" 132
V. Condensationsapparate für Pumpen des Wasserwerkes	" 132
VI. Auseinandersetzung mit dem Mühlenpächter Wollschläger	" 132
VII. Gesuch um Erlaß von Begebaukosten - Beiträgen	" 133
VIII. Geschäftsübersicht für das Jahr 1892/93	" 133

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer, Meyer und Ramdohr, sowie Assessoren von Frankenberg und Reidemeister.

Entschuldigt die Herren Reiche und Seele, später erscheint Herr Semler

Die Versammlung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff II. eröffnet.

I. Der Stadthaushaltsplan für 1893/94.

Der Haushaltsplan der Stadt Braunschweig für das Jahr 1893/94 nebst Begleitschreiben ist jedem Mitgliede der Versammlung zugestellt und von der Finanzcommission vorberathen worden. Der ordentliche Stadthaushalt schließt dieses Mal mit einer Fehlsomme von 86 000 M ab. Namens der Finanzcommission berichtet über die Vorlage Herr Wolff I: In der Commission haben die dem Haushaltsplane beigegebenen Darlegungen des Magistrates eine vollständig beifällige Beurtheilung gefunden und sei von der Finanzcommission insbesondere der Standpunkt des Magistrates gebilligt, daß die vorübergehende Unterbilanz, welche hoffentlich nicht von allzulanger Dauer sein werde, keinen Anlaß geben solle, eine Erhöhung der Gemeindeabgaben, die bei den augenblicklichen schweren Zeiten ohnehin schon für manchen Einwohner drückend genug seien, zu veranlassen. Auf die in der Commission vorgebrachte Frage, ob es überhaupt zulässig sei, einen derartigen Voranschlag mit einem Fehlbetrage abzuschließen zu lassen, sei auf das Beispiel der größten Staaten hingewiesen, welche ihren Etat sehr oft mit einem Fehlbetrage abzuschließen, auch habe der Magistrat erwähnt, daß er sich vorübergehend mit der Deckungsfrage schon selbst beschäftigt habe. Immerhin sei dieser Rathungspunkt mit der Ueberzeugung verlassen, daß wegen eines Fehlbetrages von 18 000 M und eines Vortrages von 68 000 M man noch keine Ursache zu besonderer Sorge habe und man vielmehr ruhig die Wirkung der vom Jahre 1894/95 ab in Kraft tretenden neuen Steuergesetzgebung abwarten könne. Andererseits sei darauf hinzuweisen, daß der Magistrat in seinem Verwaltungsberichte für die Jahre 1887—1891 eine wesentliche Annäherung an den früher von der Versammlung eingenommenen Standpunkt, welcher wohl auch heute noch getheilt werde, im Nothfalle nämlich die wirthschaftlichen Betriebsanstalten der Stadt mehr als bisher zu den ordentlichen Ausgaben heranzuziehen, bekundet habe.

Da sich zu diesen allgemeinen Bemerkungen Niemand zum Worte meldet, wird in die Berathung des eigentlichen Stats eingetreten.

1. Etat der Stadt-Casse.

A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. 1. Cämmerei-Vermögen:

Einnahme 150 325,75 M.

Ausgabe 399 213,22 M.

Wie der Berichterstatter, Herr Wolff I, ausführt, hat die Höhe des Miethzinses vom Keller des Altstadtrathhauses und von dem dazu gehörenden Wohnhause etc., welcher 3100 M betrage, Anlaß zur Besprechung gegeben, indem dieser Miethzins

für zu gering gehalten sei. Dem gegenüber habe aber der Magistrat hervorgehoben, daß vom jetzigen Pächter auf eigene Kosten nicht unbedeutende bauliche Verbesserungen in der Wohnung vorgenommen seien und daher anheimgegeben werde, den in den Etat eingestellten Betrag nicht zu beanstanden, sondern, wenn der Wunsch auf Erhöhung des Pachtzinses vorliege, später zu einem selbstständigen Antrage zu schreiten. Die Finanzcommission habe sich nicht veranlaßt gesehen, jetzt einen Antrag zu stellen, zumal da auch das Pachtverhältniß von Januar bis Januar laufe.

Zu dem Posten „Mieth von der Reithahn am Giersberge 1650 M.“ sei magistratsseitig bemerkt, daß dieser Miethbetrag voraussichtlich nur zu einem geringen Theile, vielleicht überhaupt nicht eingehen werde, weil das Husaren-Regiment seine neuen Casernements an der Husarenstraße zu Beginn des Etatsjahres schon bezogen habe. Zur Zeit der Aufstellung des Etats habe indessen eine bestimmte Erklärung der Militairbehörde noch nicht vorgelegen. Von der Finanzcommission sei nach kurzer Berathung beschlossen, eine Aenderung des Etats nicht eintreten zu lassen auf die Gefahr hin, daß eine Mindereinnahme entstehe. Die im Etat ausgeworfenen Summen seien immer nur Voranschlagsposten, so daß nicht von jedem einzelnen Posten erwartet werden könne, daß er auch eintreffe.

Bei dem Punkte „s. Mieth vom Hause N. ass. 1278 am Nickelkulte 450 M 50 S.“ sei der Pfennigbetrag zu streichen.

Zu dem Einnahmeposten unter 2, o. „Recognitionsgeld des Tischlermeisters Lühr wegen Aufstellung eines Lagerstüppens auf dem vormaligen Sackharnplatz 5 M.“ solle erläuternd bemerkt werden, daß es sich hierbei um den unbauten Platz in der Neuenstraße handle, auf welchem früher der Sackharn gestanden habe und der vom Tischlermeister Lühr erworben sei. Auf diesem Platz ruhe die dingliche Last, daß er ohne Genehmigung des Magistrates nicht bebaut werden dürfe. Es lasse sich daher aus der Aufhebung dieser Last noch einmal ein nettes Vermögensobject erwarten.

Hinsichtlich des Ausgabepostens unter 2, c. „Instandhaltung des Leonhardplatzes 200 M.“ sei gefragt, ob es noch nicht möglich sei, den Platz dauernd frei zu machen. Der Magistrat habe darauf erwidert, daß ein geeigneter Ersatzplatz zur Abhaltung des Viehmarktes noch nicht gefunden sei und eine Aenderung des bisherigen Verhältnisses so lange nicht ins Auge gefaßt werden könne, wie der Viehmarkt dort abgehalten werden müsse.

Auf die fernere Anfrage, ob man nicht doch an der Errichtung einer städtischen Sparcasse festhalten könne, sei vom Magistrate erwidert, daß bei der bevorstehenden Erweiterung des staatlichen Sparcassenwesens und bei den bedeutenden Erleichterungen, welche in Bezug auf die Einführung des Sparmarkensystems und die

Vermehrung der Cassenstellen bevorstehen, die Aussicht auf Errichtung einer städtischen Sparcasse vorläufig mehr als je geschwunden sei.

Herr Niese: Nach einer Bemerkung im Begleitschreiben des Magistrats solle die Eisverpachtung von dem Teiche im Bürgerparke unterbleiben, weil durch das Abreisen die Anpflanzungen und Promenadenwege des Parks, sowie durch das Abfahren des Eises die Fahrwege in demselben unverhältnißmäßig leiden. Wenn dieses auch richtig sein möge, so bitte er doch, von einem bindenden Beschlusse darüber zunächst noch abzusehen. Bei dem Fehlen jeglicher Arbeitsgelegenheit im Winter lasse sich die Eisgewinnung für den Arbeiter noch einigermaßen nutzbar gestalten und auch den Leuten, welche das Eis erhalten, sei damit gedient. Die etwa beschädigten Wege lassen sich bald wieder zurechtmachen, auch könne recht gut darauf geachtet werden, daß eine übermäßige Beschädigung nicht stattefinde.

Cap. II. Kirchliche Zwecke:

Einnahme —. Ausgabe 3480 M.

Cap. III. Unterrichtswesen:

Einnahme 331 267,41 M. Ausgabe 944 717,41 M.

Dieses Capitel besteht — wie der Herr Berichterstatter weiter ausführt — im Wesentlichen aus der Zusammensetzung der einzelnen Schuletats, welche demnächst zur Berathung gelangen, es enthalte nur einen einzigen selbstständigen Posten, nämlich den Zuschuß von 15 M für jedes einheimische Schulkind an die katholische Schule im veranschlagten Betrage vom 9300 M, welche Bewilligung auf einem Beschlusse der städtischen Behörden beruhe. Die Gesamtausgaben für das Unterrichtswesen seien gegen das Vorjahr um 34 223,50 M gestiegen.

Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —. Ausgabe 10 727,30 M.

Cap. V. Armenpflege:

Einnahme 136 200 M. Ausgabe 304 300 M.

Cap. VI. Medicinalwesen:

Einnahme 1200 M. Ausgabe 1900 M.

Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,67 M. Ausgabe 2057,17 M.

Cap. VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 16 115 M. Ausgabe 64 400 M.

Für Heizung und Beleuchtung der Wachtlocale und Dienstwohnungen der Feuerwehr ist ein Betrag von 5000 M ausgeworfen, während im Vorjahre nur 1000 M vorgesehen waren. Der Magistrat hat eine Prüfung der Umstände angeordnet, welche eine so wesentliche Steigerung dieser Position nothwendig gemacht haben.

Cap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 32 409,50 M.

Ausgabe 309 720,87 M.

Auf die Anfrage, wie es mit der Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnithore stehe, sei darauf hingewiesen, daß hoffentlich der neue Erwerb der Husaren-caserne am Magnithore hierfür einen Platz biete, wenn sich möglicherweise die Anstalt dort auch nur unterirdisch herrichten lasse.

Bedauerlich erscheine es — wie der Herr Berichterstatter im Weiteren erläutert — daß der staatliche Zuschuß zu den Kosten der Straßenbeleuchtung nicht in dem Verhältnisse der Vermehrung der Straßenlaternen sich steigere, denn im Proceßwege sei festgelegt, daß sich die Beitragspflicht des Staates nur auf 924 innenstädtische und 36 außenstädtische Laternen erstrecke.

Auf die Anfrage des Herrn Rimpau, aus welchem Grunde trotz des herrschenden Staubes eine Beprengung der Straßen noch nicht vorgenommen werde,

erwidert Herr Oberbürgermeister Pockels, daß im Allgemeinen eine Sprengung der Straßen vor dem 1. April nicht stattfinde, wenn auch einzelne innenstädtische Straßen schon seit Wochen gesprengt seien. Im Uebrigen hänge die Sprengung von den Dispositionen des Straßenreinigungs-Instituts ab, jedoch könne die Sache in Erwägung gezogen werden.

Der Herr Berichterstatter will noch erwähnen, daß nach einer Mittheilung des Magistrates die Schwierigkeiten, welche die Instandsetzung und Regulirung der Thurmuhren verursacht habe, bei drei Uhren, welche jetzt ausgezeichnet laufen, überwunden seien und die Instandsetzung der übrigen Uhren für den Monat April zu erwarten sei, so daß man dann eine vollständige Uebereinstimmung in den Stadtuhren zu erwarten habe. (Beifall.)

Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 2100 M.

Ausgabe 41 856 M.

Für das Jahr 1893/94 ist die Neupflasterung der Langedammstraße, des Markfalls und der Leopoldstraße in Aussicht genommen; auch beabsichtigt der Magistrat, noch die Genehmigung zur Pflasterung der Straße „An der Martinikirche“, welche sich in einem schlechten Zustande befinde, einzuholen.

Cap. XI. Gemeindesteuer:

Einnahme 1481800 M.

Ausgabe 4700 M.

Dieses Capitel wird erst am Schlusse der Verathung behandelt werden.

Cap. XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse:

Einnahme 141450 M.

Ausgabe 29 286,68 M.

Die in diesem und den folgenden Capiteln beantragten Gehaltszulagen gelten als genehmigt, sofern Bemängelungen nicht vorgenommen werden.

Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 29700 M.

Ausgabe 211470,62 M.

Bei der Durchberatung des Gehalts für die Beamten der städtischen Bauverwaltung sind, wie der Herr Berichterstatter bemerkt, mehrfach Klagen über die Handhabung der Baupolizei vorgebracht. Es habe sich daran eine längere Besprechung geknüpft, in deren Verlauf vom Magistrate erklärt sei, daß der Anlaß zu den hervorgetretenen Beschwerden sehr wesentlich in der nicht ganz klaren Begrenzung der Befugnisse der einzelnen Stellen liege. Im Uebrigen habe der Magistrat zugesagt, die Sache zu prüfen, womit sich die Commission für vorläufig befriedigt erklärt habe. Ferner sei auch die Privatthätigkeit der städtischen Baubeamten gestreift und dabei von mancher Seite nicht für wünschenswerth erachtet, daß sich die Stadtbaumeister und andere städtische Baubeamte mit derartigen Privatarbeiten beschäftigen. Indessen habe man beschlossen, commissionsseitig von der Stellung eines besonderen Antrages abzusehen und dieses der persönlichen Initiative zu überlassen. Der Magistrat habe gemeint, daß er in Folge dieser Besprechung die Sache erwägen und vielleicht selbst mit einem bezüglichen Antrage kommen werde. Die Erlaubniß beruhe auf einem gemeinschaftlichen Beschlusse von Magistrat und Stadtverordneten und könne daher nicht einseitig geändert werden.

Zu dem Punkte „Drucksachen“ möchte Herr Günther die große Sparsamkeit des Magistrates tadeln, welcher den hiesigen Zeitungen die städtischen Drucksachen von allgemeinem Interesse wie den Haushaltsplan, den Verwaltungsbericht c. nicht zukommen lasse. Wenn die Zeitungen die öffentliche Meinung vertreten sollen, so müßten ihnen auch die städtischen Drucksachen von einiger Bedeutung für die Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Anderenfalls hängen die Zeitungsredactionen von der Gefälligkeit einzelner Stadtverordneten ab, was man doch nicht billigen könne. Da hierdurch weitere Kosten nicht entstehen, so bitte er, den Redactionen in der angedeuteten Weise entgegenzukommen.

Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 3483,08 M.

Ausgabe 84838,14 M.

Hier erscheint in der Ausgabe die Fehlsomme aus der Ausführung des ordentlichen Stadthaushalts für den Zeitraum vom 1. Januar 1892 bis 31. März 1893 mit 68000 M.

Herr Hauswaldt möchte beantragen, von den im Cap. V des Extraordinarii verbuchten „40 000 M zur Deckung der im Jahre 1892 behuf Abwehr der Cholera aufgewandten Kosten“ den auf den Bau der Baracken entfallenden Betrag von rund 20000 M in das Cap. XIV des Ordinarii einzustellen, weil dieses eine für ein Etatsjahr aufgewandte Ausgabe sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels würde sich hiermit einverstanden erklären, sofern Herr Hauswaldt in der Lage wäre, die Mittel zur Deckung der 20000 M

zur Verfügung zu stellen. Sobald die Mittel zur Deckung solcher außergewöhnlichen Ausgaben eines Jahres fehlen, sei es nach einem früheren Beschlusse der Versammlung nicht allein zulässig, sondern sogar erwünscht, nicht etwa auf die Anleihen, sondern auf den Gewinn des Gas- und Wasserwerks zurückzugreifen.

Herr Hauswaldt muß anerkennen, nicht in der Lage zu sein, einen Weg zur Deckung der 20 000 M zu wissen; es werde sich eben die Fehlsomme um diesen Betrag erhöhen, was auch sehr wohl anständig sei. Er halte es nicht für richtig gewirtschaftet, diese absolut nicht für spätere Zeiten aufgewandten Mittel in den außerordentlichen Etat zu bringen. Da der Magistrat zu der ganz selbstverständlichen Idee gekommen sei, die Deckung der Fehlsomme durch die in Folge der Selbsteinschätzung höher zu bewertende Communalsteuer des Jahres 1894/95 aufzubringen, so werde bei Einstellung des Betrages von 20 000 M in den ordentlichen Etat das Deckungsbedürfniß um diese Summe ebenfalls erhöht.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält den Standpunkt des Herrn Hauswaldt nicht für richtig. Nach dem vor einigen Jahren auf Anregung der Versammlung festgestellten Grundsatz werden die außerordentlichen Ausgaben des Etats, soweit die sonstigen Mittel dazu nicht reichen, durch Anleihen beschafft, aber Jahre hindurch sei das Princip beobachtet, den Gewinn des Gas- und Wasserwerks nur zur Bestreitung der gewissermaßen laufend gewordenen Ausgaben für Schulhausbauten zu verwenden und diesen Gewinn dem Ordinarium insoweit zu überweisen, als er zu diesem Zwecke nicht erforderlich sei. Soweit sich dieses aber bis jetzt übersehen lasse, werden das Gas- und Wasserwerk in der Lage sein, die Kosten der Schulbauten zu bestreiten und doch noch einen Theil an das Ordinarium abzuführen.

Herr Wolff I bemerkt, daß der Standpunkt des Herrn Hauswaldt in der Finanzcommission nicht getheilt werde. Die Versammlung habe früher den Wunsch ausgesprochen und werde diese Ansicht wohl heute noch theilen, die Einnahmen aus den städtischen Wirthschaftsanstalten im Bedarfsfalle zu den ordentlichen Ausgaben mehr heranzuziehen. Wie viel mehr werde es nun wohl im Sinne dieses Beschlusses gelegen haben, Ausgaben von so außerordentlicher Natur in einer Zeit, wo die Stadtcasse durch andere Ausgaben, die den ordentlichen Haushalt so schwer belasten, bedrängt sei, auf den außerordentlichen Etat, also auf die städtischen Betriebsanstalten zu verweisen. Außerdem stehe es noch nicht einmal fest, daß die ganzen Ausgaben lediglich zu Gunsten des Jahres 1892 gemacht seien. Wenn die Cholera in diesem Jahre wiederkommen sollte, werden die Paraden nicht abgerissen, sondern auch noch in diesem Jahre zu Nutzen und Segen der Stadt gereichen. Jedenfalls habe die Finanzcommission ausdrücklich betont, daß der Standpunkt des Magistrates nur zu billigen sei und dieser Standpunkt mit den Grundsätzen einer gesunden Finanzwirthschaft nicht im Widerspruche stehe. Eine ganze Menge höchst solide wirthschaftender Städte verwende einen großen Theil der Einnahmen aus dem Gas-

und Wasserwerke zu dem ordentlichen Etat, so daß es durchaus nicht unnatürlich sei, hier zu dem gleichen Grundsatz zu greifen. Er könne daher nicht begreifen, wie Herr Hauswaldt zu solchem Antrage komme.

Herr Hauswaldt ist der Ansicht, daß die finanzielle Lage der Stadt keine glänzende sei und dieselbe von Jahr zu Jahr in immer größere Schulden komme; es sei daher die größte Sparsamkeit dringend geboten. Dem gegenüber habe es bisher etwas Beruhigendes gehabt, daß die Ueberschüsse der Gas- und Wasserwerke im außerordentlichen Etat verrechnet würden und müsse er sich entschieden dagegen aussprechen, diese Ueberschüsse stärker zum ordentlichen Etat heranzuziehen. Er möchte seine Ansicht dahin aussprechen, daß er die Finanzlage der Stadt, entgegen der roßigen Ansicht des Herrn Referenten, ziemlich schwarz ansehe.

Der Antrag des Herrn Hauswaldt wird darauf abgelehnt.

Ab schluß:

Einnahme 1 859 200 M.	Ausgabe 1 945 200 M.
Fehlsumme 86 000 M.	

B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 628 144,42 M.	Ausgabe 144,42 M.
------------------------	-------------------

Cap. II. Vorrathsvermögen und Vorschüsse:

Einnahme 154 995,85 M.	Ausgabe —.
------------------------	------------

Cap. III. Verkaufte und angekaufte Grundstücke und Berechtigungen:

Einnahme 107 359,73 M.	Ausgabe 31 105,58 M.
------------------------	----------------------

Nach dem Vortrage des Herrn Berichterstatters vertritt der Magistrat die durchaus anzuerkennende Ansicht, daß der Wiederverkauf von Grundstücken erst dann in Aussicht genommen werde, nachdem eine Prüfung der Frage stattgefunden habe, ob dieselben nicht ganz oder theilweise zu städtischen Zwecken verwendbar seien. Sofern eine Wiederveräußerung von Flächen zweckmäßig erscheine, werde dieselbe erfolgen, auch wenn sie in dem Etat noch keine Berücksichtigung gefunden habe. Von einem Magistratsmitgliede sei auch zugesagt, bei der Durchbruchstraße am Werder einen Bauplatz für ein zweites Volksbrausebad wenn möglich zurückzustellen.

Bezüglich des in diesem Capitel vorgesehenen Erwerbes einer Grundstücksfläche zum Neubau von Unterrichtslocalen der Ober-Realschule solle darauf hingewiesen werden, daß die beabsichtigten Aenderungen eine Folge der Annahme der preussischen Lehrpläne sei, welche mit der Berechtigungsfrage der Schule im engsten Zusammenhange stehe und Erweiterungsbauten nothwendig mache. Eine Erweiterung der Schule an sich werde hierdurch nicht herbeigeführt. Gegenüber der Bemerkung, daß

regelmäßig sehr viele Abweisungen von der Schule stattfinden müssen, sei erwidert, daß innerhalb des Rahmens der Schule eine größere Anzahl Schüler nicht zugelassen werden könne und man eventuell, wenn das Bedürfniß noch stärker hervortreten würde, zu dem Bau einer zweiten Oberrealschule schreiten müßte. Ein derartiger Anlaß liege aber zur Zeit noch nicht vor.

Cap. IV. Erstattete Vorschüsse, bezw. Bauten und öffentliche Anlagen:
Einnahme 20 000 M. Ausgabe 839 250 M.

In der Ausgabe sind hier insbesondere vorgesehen 221 500 M als letzte Bau- rate zu der Bürgerschule am Hohenstiege, 250 000 M als erste Rate zum Stadthausbau, 54 800 M für den Neubau und die innere Einrichtung eines Unterrichtsgebäudes der Ober-Realschule, 19 500 M für den Ausbau der Durchbruchstraße zwischen Wenden- und Kaiserstraße, 200 000 M als Zuschuß zur Deckung der Fehlsomme des Neubauetats der Wegebaucaße, 35 000 M zur Deckung der im letzten Winter für erste Instandsetzung des erweiterten Bürgerparks aufgewandten Kosten und 50 000 M als letzte Rate des Zuschusses zu den Kosten des Neubaus des Husaren-Etablissements.

Herr Rimpau möchte beantragen, für Arbeiten, welche in diesem Jahre im Bürgerpark auszuführen seien, 20 000 M in den Etat einzustellen. Wenn es ihm bei der augenblicklichen Finanzlage der Stadt auch schwer werde, solchen Antrag zu stellen, so meine er doch, daß die einmal angefangenen Arbeiten wenigstens bis zur Fertigstellung des Teiches fortgesetzt werden müßten, weil letzterer sonst wieder versumpfen würde und hinterher dann noch größere Aufwendungen zu machen seien.

Herr Stadtrath Ketemeyer kann letztere Ansicht nicht theilen. Der Teich sei so tief wie nöthig ausgehoben und könne nicht dadurch versumpfen, daß sich in demselben vielleicht Wasser ansammle. Der Inspector Kreiß lasse jetzt auch die Ufer des Teiches, soweit derselbe fertiggestellt sei, abflachen. Es handele sich also nur darum, wann der Rest fertiggestellt werden solle, und dann werden sich dazu auch die Mittel finden.

Herr Bültmann fragt an, ob das für die Schule an der Leonhardstraße in Aussicht genommene Brausebad in diesem Jahre zur Ausführung kommen werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die von der Versammlung gewünschte Untersuchung der Frage, ob sich die Anlage nicht erheblich billiger herstellen lasse, eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen sei. Er bezweifle indessen nicht, daß die Anlage noch in diesem Jahre zur Ausführung kommen werde.

Herr Rimpau zieht seinen Antrag zurück.

Cap. V. S n s g e m e i n :
Einnahme —. Ausgabe 40 000 M.

Abſchluß:

Einnahme und Ausgabe 910 500 M.

Herr Semler übernimmt den Vorſitz.

2. Etats der mit der Stadt in Verbindung ſtehenden Verwaltungen.**I. Städtiſche Ober-Realschule:**

Einnahme und Ausgabe 87 531,41 M. Fehſumme 43 800 M.

II. Städtiſche höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 83 128 M. Fehſumme 31 900 M.

III. Städtiſche Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 57 646 M. Fehſumme 25 600 M.

IV. Lehrerinnen-Seminar:

Einnahme und Ausgabe 5300 M,

Fehſumme: a. aus der Kloſterreinertragſcaſſe 2150 M,

b. " " Stadccaſſe 2150 "

zuſammen 4300 M.

V. Bürgerſchulcaſſe:

Einnahme und Ausgabe 659 912 M. Fehſumme 549 700 M.

Zur Deckung der Fehſumme werden folgende Zuſchüſſe geleiſtet:

a. aus der Herzogl. Haupt-Finanzcaſſe 30 000 M,

b. " " Kloſterreinertragſcaſſe 25 000 "

c. " " Caſſe der polizeilichen Abgabe für Hunde 300 "

d. " " Stadccaſſe 494 400 "

zuſammen 549 700 M.

Der Herr Berichtſtatter hat hierzu Folgendes zu bemerken. Daß Gehalt des Lehrers Lier (Seite 108 des Haushaltsplans) ſei irrthümlich um 300 M zu hoch eingeſtellt und auf 1350 M herunterzuſetzen; es empfehle ſich, behufs Ausgleichs die Diſpoſitionſumme der ſtädtiſchen Behörden (Seite 112 unter k) von 6600 M auf 6900 M zu erhöhen. Die frühzeitige Abnußung der Siederohre ꝛc. an den Heizungsanlagen verſchiedener ſtädtiſcher Schulen habe Veranlaſſung gegeben, dem Magiſtrate anheimzuſtellen, vor der Ausfühung der Reparaturen ſich darüber zu vergewiſſern, ob es nicht zweckmäßiger ſei, lieber ein anderes neueres Heizſyſtem zu wählen, welches erhebliche Vorzüge vor den biſherigen Syſtemen gewähre. Die Erwägung dieſer Frage rechtfertige ſich allerdings durch die ſo oft wiederkehrenden erheblichen Reparaturkoſten an den Heizungsanlagen. Seitens des Magiſtrates ſei zugeſagt, dieſe Frage noch einmal fachmänniſch prüfen zu laſſen.

Herr Halle möchte wissen, welches Resultat die von einer zu diesem Zwecke eingesetzten Commission vorgenommene Untersuchung der Heizungsanlagen in der Mädchenschule an der Heinenstraße gehabt habe. Es scheine ihm, als ob man mit den städtischen Heizungsanlagen noch nicht im richtigen Fahrwasser angekommen sei und begrüße er daher die vom Magistrate gegebene Zusage mit Freuden. — Hinsichtlich der in Aussicht genommenen Neulegung von Fußböden in Schulen wolle er darauf aufmerksam machen, daß die Fußböden in den Corridoren und den Treppenstufen ganz bedeutend durch den gelben Sand der Schulhöfe abgenutzt werden. Er möchte daher den schon früher einmal zum Ausdruck gebrachten Wunsch, die Schulhöfe versuchsweise mit Pochtles bestreuen zu lassen, wiederholen und den Magistrat bitten, Versuche in dieser Richtung anzustellen. Der Pochtles werde nicht in das Haus hineingetreten, während der gelbe Sand an den Stiefeln hängen bleibe und zur Abnutzung der Fußböden erheblich beitrage. — Wenn sodann weiter beantragt werde, die Durchfahrt in der Schule an der Reichenstraße zu erneuern, so empfehle er, hier keinen Asphalt, sondern Steinpflaster zu wählen, weil letzteres viel haltbarer sei. — Die ferner im Etat vorgesehene Summe von 290 M für die Instandsetzung einer Knabenclasse und die Beschaffung eines Ofens verstehe er insofern nicht, als schon allein ein guter Ofen für solche Summe nicht zu haben sei (Widerspruch). — Endlich empfehle er noch, in den Schulen fernerhin an Stelle von Tapeten, soweit dieselben abgängig seien, Delanstrich zu nehmen, welcher praktischer sei.

Herr Wille will als Mitglied der Commission zur Untersuchung der Heizungsanlage in der Schule an der Heinenstraße mittheilen, daß dort der Kessel zu klein gewesen sei und man bei der strengen Kälte denselben unter Benutzung von schweren Schmelzcoaks überheizt und dadurch die Rohre verbrannt habe. Außerdem habe sich aber auch herausgestellt, daß die ganze Construction der Anlage so traurig sei, um behaupten zu können, die Ausführung sei billig und schlecht.

Herr Halle muß hieraus schließen, daß es bei der betr. Anlage ganz und gar an der nöthigen technischen Leitung gefehlt habe, sonst hätte man nicht einen ungenügenden Kessel anlegen können. Die betr. Bauleitung müsse daher einen Fehler gemacht haben.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann nicht recht geben, daß der Bauleitung hinsichtlich der Construction und Anlage des Kessels ein Vorwurf zu machen sei. Man habe sich in dieser Beziehung nach den neuesten Erfindungen und denjenigen Erfahrungen gerichtet, welche in anderen Städten mit bestimmten Heizanlagen gemacht seien. Die Stadt Braunschweig befinde sich nicht allein in solcher unangenehmen Lage, denn es laufen häufig ganz gleiche Klagen aus anderen größeren Städten ein, so daß man daraus schließen könne, es handle sich hier um eine äußerst schwierige Frage.

Herr Lange hat der fraglichen Untersuchungscommission ebenfalls angehört, kann sich aber der Meinung des Herrn Wilke, daß die Zerstörung der Rohre durch eine einfache Ueberanstrengung des Kessels hervorgerufen sei, nicht anschließen. Nach seiner Ansicht sei die Führung der Züge eine absolut falsche gewesen, was auch der Oberaufseher Steckhan insofern zugestanden habe, als er später eine andere, den Ansichten der Commission entsprechende Zeichnung vorgelegt habe. Bei der als vorzüglich hingestellten Kesselanlage der Schule an der Maschstraße seien die Züge anders gewesen, jedoch habe sich auch dort die Nothwendigkeit herausgestellt, einen Reservekessel zu beschaffen. Es scheine ihm fast, ob der genannte Oberaufseher nicht in der Lage sei, diese Sache sachmännisch beurtheilen zu können. Auch habe ein Heizker geklagt, daß nach probeweiser Verwendung verschiedener Sorten Coasse und Kohlen nicht etwa die für die Heizungsanlage geeignetsten Kohlen, sondern auf Veranlassung Steckhan's andere Kohlen genommen seien, die sich nicht so gut eignen. Letzterer übe einen großen Einfluß auf die Beschaffung des Brennmaterials aus und doch mache es den Eindruck, als ob er nicht in der Lage sei, diese Frage richtig beurtheilen zu können. Ursprünglich sei derselbe nur als Oberheizer engagirt und jetzt figurire er im Etat schon als Bauverwalter.

Herr Oberbürgermeister Bockels entgegnet, daß sich in der Stellung des Beamten seit seiner Anstellung nichts als die Aeußerlichkeit der Bezeichnung „Bauverwalter“ geändert habe. Derselbe sei zur selbstständigen Disposition bezüglich der Beschaffung von Feuerungsmaterial nicht befugt, sondern habe sich nach den Anweisungen seiner vorgesetzten Behörde zu richten. Es sei ihm auch nicht bekannt, daß in dieser Beziehung etwas verfehlt worden, jedoch werde er sich darnach erkundigen. Was die Heizungsanlage bei der Schule in der Maschstraße anlange, so könne nicht behauptet werden, dieselbe habe sich nicht bewährt, weil schon ein Reservekessel erforderlich sei, sondern man wolle denselben nur aus Vorsicht beschaffen, damit die Schule nicht ausgesetzt zu werden brauche, wenn an dem vorhandenen Kessel einmal etwas passire. Im Uebrigen wolle er sich darnach erkundigen, in welcher speciellen Richtung die Geschäftsführung des Oberheizers geordnet sei; derselbe habe eine genaue Instruction erhalten und sei er fest überzeugt, daß Steckhan auch instructionsmäßig gehandelt habe.

Herr Fiedel muß es für nothwendig erachten, zu den Heizungsanlagen bestimmte Heizungstechniker mit heranzuziehen, da die Technik dieser Anlagen jetzt so bedeutende Verbesserungen erfahren habe, daß man sich über die Mangelhaftigkeit der Schulanlagen wundern müsse.

Herr Wilke möchte in Bezug auf die unglückliche Construction des Kessels noch darauf hinweisen, daß bei einer Reparatur desselben im vergangenen Jahre zwei Monteure 12—14 Wochen haben arbeiten müssen, nur um einige Rohre einzusetzen.

Herr Nieß glaubt, daß sich die Discussion bezüglich der Heizungsanlage auf falschem Gebiete bewege. Mit den Centralheizanlagen gehe es genau so, wie mit den elektrischen Anlagen; denn es gebe noch keine Centralheizanlage, welche allen Anforderungen entspreche, sondern man habe überall noch mit Versuchen zu thun. Man müsse sich bei der Behandlung dieser Frage auch erinnern, wie es früher bei den direct zu heizenden Schülöfen gewesen sei. Wenn diese auch wohl die billigste Heizungsanlage darstellten, so genügten sie doch nicht den leisesten Anforderungen in Bezug auf die Reinhaltung der Luft und diese Aufgabe besorgten die Centralheizungsanlagen bestens. Bezüglich der elektrischen Centralanlagen wolle er noch erwähnen, daß die Stadt Frankfurt a./M. jetzt nach kurzer Zeit schon mit denselben Mitteln die doppelte Leuchtkraft erzielt habe. Ebenso gehe es mit den Centralheizsystemen, an welchen fortwährend Verbesserungen vorgenommen werden, so daß die Mängel der Anlagen in der Regel als Mängel des Systems gelten müssen.

Herr Brückmann spricht die Bitte aus, bei den Heizanlagen namentlich auch darauf zu sehen, daß die Bedienungsmannschaften derselben in der richtigen Behandlung der Anlagen unterwiesen werden.

VI. Städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 41 900 M.

Fehlsumme 33 308 M.

An Zuschüssen zur Deckung der Fehlsumme werden geleistet:

a. aus Herzoglicher Haupt-Finanzcasse	14 508 M.
b. aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde	12 500 "
c. aus der Stadtcasse	6 300 "
zusammen 33 308 M.	

VII. Armenkasse nebst Anhang:

Einnahme und Ausgabe 304 300 M.

Fehlsumme 179 100 M.

Zur Deckung der Fehlsumme leistet die Kreiscommunalcasse einen Zuschuß von 11 000 M.

Den Beifall der Finanzcommission hat es gefunden, daß der Magistrat eine neue Stelle für einen Assistenzarzt des städtischen Krankenhauses geschaffen hat.

Herr Rudeloff fragt an, ob der Magistrat bereits die Einrichtung einer städtischen Centralstelle für Arbeitervermittlung in Erwägung genommen habe, bezw. wie weit die Angelegenheit gediehen sei.

Herr Oberbürgermeister Vockels erwidert, daß nicht der Magistrat, sondern die Armendirection sich mit der Sache befaßt habe, aber zu einem ablehnenden Beschlusse gelangt sei.

Herr Rudeloff behält sich vor, einen bezüglichlichen selbstständigen Antrag einzubringen.

VIII. Straßenreinigungsinstitut.

Einnahme und Ausgabe 155 900 M.

Fehlsumme 123 300 M.

Die Einnahme aus dem Fuhrwesen zeigt eine erfreuliche Zunahme, welche daher rührt, daß die Pferde des städtischen Fuhrparks bei den Canalisirungs-, Pflasterungs- und derartigen städtischen Arbeiten Verwendung finden.

IX. Wegebaucaasse:

A. Unterhaltung:

Einnahme und Ausgabe 95 600 -M. Zuschuß 56 000 M.

B. Neubau:

Einnahme und Ausgabe 355 000 M. Zuschuß 200 000 M.

Außer den aus dem vorjährigen Neubauetat übernommenen Straßenbauten sollen noch ausgebaut werden die Verbindungsstraße zwischen der Friedrich- und Limbederstraße und das Theilstück der Taubenstraße vor dem Grundstücke des städtischen Straßenreinigungsinstituts. Ferner ist vorgesehen der Erwerb von Terrainflächen, welche zur Anlage der westlichsten Querstraße zum Wendenring erforderlich sind, und die Herstellung der Fundamente einer demnächst im Zuge der Bammelsburgerstraße zu erbauenden Fahrbrücke. Für die Anpflanzung von Laubbäumen an der Nebenstraße und der nördlichen Strecke der Salzdhahmerstraße sind 1850 M. eingestellt.

Herr Bültmann möchte die Bitte an den Magistrat richten, sein Interesse einmal der Vertramstraße zuzuwenden. Wenn man täglich wahrnehme, wie viele Kinder und wie viele Fuhrwerke diese verhältnißmäßig enge Straße passiren, so müsse man zu der Ueberzeugung kommen, daß hier recht bald etwas zu geschehen habe.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß die Sache bereits in Erwägung genommen sei.

Herr Hauswaldt möchte bitten, bei der Anlegung von neuen Straßen die Fahrwege nicht so breit wie bisher machen zu lassen. In einer Vorstadt von Berlin habe er kürzlich wahrgenommen, daß die beiden Fußwege genau so breit wie der Fahrweg angelegt seien. Ohne Zweifel lege man hier die Fahrbahnen in Straßen mit geringem Wagenverkehre zu breit an und sei dadurch gezwungen, die Fußwege zu schmal anzulegen. Aus diesem Grunde werde es oft unmöglich gemacht, die Fußwege mit Bäumen zu bepflanzen.

Herr Stadtrath Ketemeyer muß es für erforderlich halten, die Fahrbahn wenigstens 8 m breit anzulegen, weil sonst nicht 3 Wagen an einander durchfahren können. Da nun die meisten Straßen mit geringerem Verkehr nur 14 m projectirt seien, so ergebe sich die unliebsame Erscheinung, daß man die Fußwege nur je 3 m breit anlegen könne und in Folge dessen zur Anpflanzung von Bäumen nicht genügender Raum vorhanden sei. Das Stadtbauamt habe deshalb beschlossen, soweit angängig, noch auf eine Verbreiterung der Straßen auf 16 m Bedacht zu nehmen. Er halte es jedoch für richtig, dann die Fahrbahn 8 m und jeden Fußweg 4 m

breit anzulegen, in welchem Falle sich die Bepflanzung der Straßen mit Bäumen ausführen lasse. Jedenfalls möchte es sich nicht empfehlen, die Fahrbahn schmaler als bisher anzulegen.

Herr Lange bittet, demnächst auch eine Verbreiterung der sehr stark in Verkehr gekommenen Parkstraße in Aussicht zu nehmen.

Herr Stadtrath Netemeyer erwidert, daß die Städtische Bauverwaltung bereits vor einigen Tagen beauftragt sei, ein bezügliches Project auszuarbeiten.

X. Städtisches Gaswerk:

Einnahme 844 500 M.

Ausgabe 775 700 M.

Ueberschuß 68 800 M.

Bei dem Privat-Einrichtungs-Conto ist dieses Mal eine Einnahme nicht vorgesehen, da der Betrieb dieses Geschäftes mit dem des Wasserwerkes vereinigt und eine Mehreinnahme in dem Etat des letzteren berechnet worden ist.

XI. Städtisches Wasserwerk:

Einnahme 266 010 M.

Ausgabe 247 310 M.

Ueberschuß 18 700 M.

XII. Neustadtmühle:

Einnahme 38 150 M.

Ausgabe 34 200 M.

Ueberschuß 3 950 M.

Da hiermit die Berathung über den eigentlichen Stadthaushaltsplan beendet ist, wird zurückgegriffen auf das noch nicht besprochene und festgestellte Cap. XI „Gemeindesteuer“. In Uebereinstimmung mit den Vorschriften im §. 157 der Städteordnung hat hier eine Trennung stattgefunden zwischen der Besteuerung der auswärtigen natürlichen Personen, Actiengesellschaften, Commanditgesellschaften 2c. (Voraussteuer) einerseits und der Gemeindegemeinden und pflichtigen Fremden andererseits. Wie der Herr Berichterstatter weiter ausführt, ist in der Commission darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig und angebracht sein möchte, den Procentsatz der Besteuerung für die erstere Art von Steuerpflichtigen einer Erwägung zu unterziehen, dahingehend, ob nicht der Procentsatz für dieselben, namentlich auch mit Rücksicht darauf zu erhöhen sei, daß durch die neue Stufenfolge der Einkommensteuer jetzt auch ein großer Theil der Bürger mit höheren Einheitsätzen belastet sei. Die Finanzcommission habe aus verschiedenen Gründen davon Abstand genommen, bestimmte Vorschläge in dieser Beziehung zu machen und möchte ihrer Nachfolgerin bezw. dem Magistrat diese Erwägung als Vermächtniß hinterlassen.

Die Commission schließt sich im Uebrigen dem Magistratsantrage, zu beschließen, daß die Gemeinde-Einkommensteuer mit Einschluß der sog. Voraussteuer der auswärts wohnenden Gewerbetreibenden und der Actiengesellschaften 2c. in dem seitherigen Betrage von $\frac{10}{10}$ des durch die neue Veranlagungstabelle eingeführten procentualen Steuersatzes ausgeschrieben werde,

an und stellt im Anschluß hieran den weiteren Antrag, nunmehr den ordentlichen und außerordentlichen Etat, soweit er bis jetzt durchgenommen sei, zu genehmigen.

Herr Lange fragt an, ob es nicht möglich sei, durch Statut eine Bestimmung zu treffen, nach welcher mindestens diejenigen hiesigen Einwohner, welche in der Stadt Grundbesitz haben, verpflichtet werden, mit dem Erwerbe des Grundbesitzes auch das Bürgerrecht zu erwerben.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß als nothwendige Voraussetzung zum Erwerbe des Bürgerrechtes der Besitz der Braunschweigischen Staatsangehörigkeit gehöre. Da indessen diese Voraussetzung bei dem Erwerbe von Grundbesitz nicht gefordert werde, so könne eine solche Bestimmung auch nicht getroffen werden.

Die Anträge der Finanzcommission gelangen hierauf zur Annahme.

3. Hauptabschluß

des ordentlichen Stadthaushaltes pro 1. April 1893/94 incl. der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen.

Cap.	Verwaltungszweig	Einnahme		in Pro- centen	Ausgabe		in Pro- centen	Ueberschuß		Fehlsumme	
		M	S		M	S		M	S	M	S
I	Gämmereivermögen	150 325	75	8,09	399 213	22	20,52	—	—	248 887	47
II	Kirchenwesen . . .	—	—	—	3 480	—	0,18	—	—	3 480	—
III	Unterrichtswesen .	—	—	—	613 450	—	31,54	—	—	613 450	—
IV	Kunst und Wissen- schaft	—	—	—	10 727	30	0,55	—	—	10 727	30
V	Armenpflege . . .	—	—	—	168 100	—	8,64	—	—	168 100	—
VI	Medicinalwesen .	1 200	—	0,06	1 900	—	0,10	—	—	700	—
VII	Bereinswesen und Volksfeste . . .	616 67	—	0,03	2 057	17	0,11	—	—	1 440	50
VIII	Feuerlöschwesen .	16 115	—	0,87	64 400	—	3,31	—	—	48 285	—
IX	Ortspolizei . . .	32 409	50	1,75	309 720	87	15,92	—	—	277 311	37
X	Straßenbau . . .	2 100	—	0,11	41 856	—	2,15	—	—	39 756	—
XI	Gemeindesteuern 2c.	148 180	—	79,70	4 700	—	0,24	147 710	—	—	—
XII	Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse	141 450	—	7,60	29 286	68	1,51	112 163	32	—	—
XIII	Stadtverwaltung .	29 700	—	1,60	211 470	62	10,87	—	—	181 770	62
XIV	Insgemein . . .	3 483 08	—	0,19	84 838	14	4,36	—	—	81 355	06
	Zusammen	1859 200	—	100	1945 200	—	100	1589 263	32	1675 263	32

4. Anhang. Canalbaucasse.

A. Neubau.

Einnahme und Ausgabe 658 500 M. Aufzunehmende Anleihen 658 000 M.

Durch die Genehmigung dieses Etats wird der Magistrat ermächtigt, die vor-
geesehenen Canalbauten ohne weitere Vorlage zur Ausführung zu bringen und
die Anleihen aufzunehmen, soweit der Bedarf nicht etwa aus den vertragsmäßig
zufließenden Geldern des Alters- und Invalidenfonds gedeckt wird.

Herr Halle möchte beantragen, bei der in Aussicht genommenen Canalisation
der Wabestraße gleichzeitig das Wasserrohr mit zu legen, da dieser Straße mangels
brauchbaren Trinkwassers mehrere Male wöchentlich mittels Wasserwagens das
Wasser zugefahren werden müsse und demnach ein erhebliches Bedürfnis vorliege.

Herr Stadtrath Netemeyer erkennt die Bedürfnisfrage vollständig an. Nach
Genehmigung der Position hinsichtlich der Canalisation der Wabestraße, solle mit
dieser Arbeit sofort begonnen werden und empfehle es sich, daß die Versammlung
beschließe, auch mit der Legung des Wasserrohres einverstanden zu sein.

Herr Wolff I will bemerken, daß ein derartiger Antrag zur Etatsberathung
nicht zulässig erscheine, weil der Etat keinen Posten für eine solche Erweiterung
vorsehe. Es müßte daher durch einen besonderen selbstständigen Antrag außerhalb
des Etats zu einer Meinungsbefundung der Versammlung kommen.

Herr Blasius hat nach den über die Wabestraße gepflogenen Verhandlungen
als selbstverständlich angenommen, daß mit dem Augenblicke, wo der Canal gelegt
werde, die Straße auch die Wasserleitung erhalte. Wenn aber noch ein besonderer
Antrag nothwendig sei, werde er denselben sofort stellen, denn es liege für die
Bewohner der Wabestraße eine absolute Nothwendigkeit vor.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß die Legung des Wasserrohres
nicht gleichzeitig mit der Canalisation erfolgen könne, sondern diese voranzugehen
habe. Der Magistrat halte sich indessen schon nach den früheren Beschlüssen der
Versammlung für berechtigt, die Belegung der Wabestraße mit einem Wasserrohre
ausführen zu lassen und werde solches auch baldthunlichst geschehen.

Herr Halle will mit Rücksicht auf diese Erklärung seinen Antrag zurückziehen.

B. Unterhaltung:

Einnahme und Ausgabe 122 200 M. Beitrag der Stadtcasse 35 300 M.

Der Magistrat hat sich auf Grund des früheren Beschlusses der Versammlung
für berechtigt gehalten, dem Unterhaltungsetat auch in diesem Jahre einen Zuschuß
(von 14 000 M.) aus dem ordentlichen Etat mit Rücksicht darauf zuzuführen, daß
ein großer Theil der Arbeiten für den Canalbau nur eine vorbereitende Arbeit für
künftige Zeiten sei, welche Ansicht in der Finanzcommission die vollste Billigung
gefunden habe.

In Uebereinstimmung mit dem Magistrate stellt die Commission den Antrag, den Etat der Canalbaucaſſe zu genehmigen und ſich damit einverſtanden zu erklären, daß die Canalabgabe für das Finanzjahr 1893/94 wiederum auf 1,5 % des Grundſteuercapitalſ als feſtgeſtellt werde, was geſchieht.

Städtiſches Schlacht haus:

Einnahme und Ausgabe 125 800 M. Amortisation 7863,64 M.

Der Etat wird genehmigt.

Caſſe der polizeilichen Abgabe für Hunde.

Einnahme und Ausgabe 20 885,02 M. Zur Diſpoſition 950,02 M.

Auch dieſer Etat findet die Zuſtimmung der Verſammlung.

Kreis-Communal-Caſſe:

Einnahme und Ausgabe 1838 700 M. Zur Diſpoſition 2172,91 M.

Die Genehmigung des Etats wird ausſprochen, nachdem noch auf Seite 211 die Capitalſumme an dem Grundſtücke N. ass. 6120 an der Rußbergſtraße von 19500 M auf 19 000 M richtig geſtellt war.

Damit iſt die geſammte Etatsberatung zu Ende geführt.

Herr Wilke möchte eine im Laufe der Etatsberatung gethane Aeußerung reſtreffiren. Wenn er geſagt habe, die Rohre an der Heizungsanlage der ſtädtiſchen Mädchenſchule ſeien in Folge Ueberheizung verbrannt, ſo liege hier eine Verwechſelung vor, denn nicht die Rohre, ſondern die Koſtſtäbe ſeien in Folge Verwendung von ſchwerem Coaks verbrannt und die Rohre ſeien verroſtet, weil man Waſſer in den Canal gegoffen habe.

II. Anlage von Abſperrſchiebern im Waſſerrohrnetz.

An verſchiedenen Stellen des Waſſerrohrnetzes fehlen Abſperrſchieber, ſodaß bei dem Schadhafwerden eines Rohres oft in mehreren Straßen das Waſſer abgeſtellt werden muß und längere Rohrſtrecken zu entleeren ſind, wodurch eine für die Anlieger unangenehme Unterbrechung der Waſſerzuführung entſteht. Ferner fehlen an einigen Stellen Abſperrvorrichtungen bei den unter der Oker durchführenden Düſerröhren, wodurch ebenfalls Störungen herbeigeführt werden können. Die Direction der ſtädtiſchen Gas- und Waſſerwerke empfiehlt, zur Abſtellung dieſer Uebelſtände den Einbau von 9 Abſperrſchiebern und zwar je 1 Stück in der Helmſtedter-, Celler-, Leiſewitz-, Gildenſtraße und dem Eiermarke, an der Brücke am Petriſthore und am Prinzenwege, ſowie 2 Stück an der Brücke am Auguſtiſthore. Der Magiſtrat hält dieſe Einrichtung ebenfalls für zweckmäßig und giebt anheim, den Einbau der 9 Schieber zu genehmigen und die erforderlichen Koſten im Geſammtbetrage von 1355 M 90 S zu bewilligen.

Die Finanzcommission kann sich nach dem Berichte des Herrn Sievers dem Antrage nur anschließen und ersucht, demselben zuzustimmen.

Herr Halle möchte zur Ermägung verstellen, ob es sich nicht ermöglichen lasse, die Abstellhähne des Wasserrohrnetzes einzumauern, damit man dieselben, namentlich auch im Winter bei großer Kälte, leicht erreichen könne, ohne das Erdreich aufhauen zu müssen.

Herr Stadtrath Haake bemerkt hierzu, daß der Obergeringieur Mitgau schon beabsichtige, solche Versuche anzustellen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

III. Belegung der Fußwege an verschiedenen Ortsstraßen.

Der Stadtmagistrat beantragt, zu genehmigen, daß die Fußwege der folgenden Ortsstraßen nach Maßgabe des §. 8 A II des Ortsbaustatuts mit einem 1½ m breiten Plattenbelage versehen werden: 1) Neue Promenade, 2) Schleinitzstraße, 3) Bültentweg vom Fallersleberthore bis zum Exercierplatze, 4) Carlstraße, 5) Husarenstraße (Nordseite), 6) Adolfstraße vom Steinthore bis zur Leonhardstraße, 7) Leonhardstraße von der Steinthorpromenade bis zum Altwiekringe, 8) Ferdinandstraße (nördliche Theilstrecke), 9) Sophienstraße (Südseite), 10) Sidonienstraße und 11) Parkstraße.

Herr Uhde empfiehlt namens der Baucommission, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Rieke möchte an den Magistrat die Frage richten, aus welchem Grunde die Juliusstraße nicht mit gepflastert werden solle, obwohl die Anlieger dem Vernehmen nach das nöthige Terrain unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben. Bei schlechtem Wetter sei der Zustand dort unerträglich. Sofern sich einige Anlieger weigern sollten, ihr Terrain abzutreten, möge man die Fußwege nur vor den Grundstücken der zur Abtretung bereiten Anwohner herstellen.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß es sich hier durchweg nur um ausgebauten Ortsstraßen handle, welche nicht ordnungsmäßig befestigte Fußwege haben. Die Anlieger der Juliusstraße seien vor zwei Jahren noch bereit gewesen, das zur Straße erforderliche Terrain unentgeltlich abzutreten, haben indessen hinterher ihr Angebot zurückgezogen. Wenn dieselben jetzt den Antrag auf Herstellung der Fußwege einreichen, könne man demselben stattgeben, weil die Kosten wieder eingezogen werden.

Herr Wolff I fragt an, mit welchem Materiale die Fußwege belegt werden sollen.

Herr Uhde entgegnet, daß vorzugsweise Cementplatten Verwendung finden sollen, nachdem mit verschiedenen Arten von Platten Versuche angestellt seien. In denjenigen Straßen, welche bereits streckenweise ordnungsmäßig befestigte Fußwege

haben, werde man mit dem dort schon verwendeten Materiale fortfahren, während auf hierzu geeigneten Straßen auch Mosaispflaster gelegt werden solle.

Herr Stadtrath Kete Meyer erläutert, daß der Magistrat diese Frage in der Vorlage nicht berührt habe, weil er von der Versammlung ermächtigt sei, die Entscheidung wegen des zu verwendenden Materiales in Uebereinstimmung mit der Baucommission zu treffen.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

IV. Anschaffung eines Dampfkessels für das Wasserwerk.

Auf dem städtischen Wasserwerke befinden sich 6 Dampfkessel, von denen die beiden ältesten, aus dem Jahre 1865 stammend, wegen Betriebsunsicherheit seit 2—3 Jahren nicht mehr benutzt werden. Auch der dritte Dampfkessel aus dem Jahre 1870 ist so defect, daß der Revisor denselben von dem nächsten Jahre ab nicht mehr für betriebsfähig erklären kann. Da nun für den Betrieb des Wasserwerks 4 Dampfkessel erforderlich sind, so wird empfohlen, die beiden ältesten Kessel wegzunehmen und einen neuen aufzustellen, was einen Kostenbetrag von 13 945 M. verursachen würde. Da diese Einrichtung nicht hinausgeschoben werden kann, so beantragt der Magistrat, die Aufstellung eines neuen Dampfkessels unter Bewilligung der veranschlagten Summe zu genehmigen.

Wie Herr F ü d e l berichtet, empfiehlt die Finanzcommission die Genehmigung des Antrages

und beschließt die Versammlung demgemäß.

V. Condensationsapparate für Pumpen des Wasserwerkes.

Die auf dem Wasserwerke im Betriebe befindlichen beiden Centrifugalpumpen zur Hebung des Wassers aus den Klärteichen im Kennel auf die Filter sind ohne Condensation eingerichtet und verbrauchen in Folge dessen viel Dampf und entsprechendes Feuerungsmaterial. Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke beantragt nun, von der Firma Gebr. Körting in Hannover zwei Condensationsapparate, welche eine Ersparniß an Dampf von 50 % erzielen sollen, zu beziehen und dafür 2300 M. zu verwilligen. Bei einer Ersparniß von 50 % an Dampf würde sich eine Minderausgabe für Kohlen von jährlich 3375 M. ergeben. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an

und die Versammlung genehmigt denselben auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr F ü d e l berichtet.

VI. Auseinandersetzung mit dem Mühlenpächter Wollschläger.

Der frühere Pächter der Eisenbüttler Mühlen, Wollschläger, schuldet der Stadt nach einer vorliegenden Aufstellung noch 83 M 67 S. Da der Genannte

während seiner Pachtzeit ein gutes Fortkommen nicht gefunden hat, so ersucht der Magistrat, demselben diese Schuld unter der Bedingung zu erlassen, daß er sich mit der Auseinandersetzung einverstanden erklärt und weitere Forderungen an die Stadt nicht stellen will.

Die von Herrn Sievers namens der Finanzcommission befürwortete Vorlage

wird von der Versammlung angenommen.

VII. Gesuch um Erlass von Begebaufosten-Beiträgen.

Die Wittwe A. Plathner, welche an Beiträgen zum Wegebau für das Jahr 1892 350 M bezahlen soll, ist vorstellig geworden, ihr mit Rücksicht auf die mancherlei Unglücksfälle in der Familie und im Geschäftsbetriebe eine Ermäßigung dieses Steuerbetrages zu gewähren.

Herr Rudeloff empfiehlt namens der Statutencommission, den Steuerbetrag, unter Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse, auf 200 M zu ermäßigen.

Diesem Antrage wird von der Versammlung stattgegeben, nachdem noch die Herren Bültmann, Uhde und Fiedel denselben unterstützt hatten.

VIII. Geschäftsübersicht für das Jahr 1892/93.

Der Herr Vorsitzende erklärt, nunmehr am Schlusse der Finanzperiode 1892/93 die übliche Geschäftsübersicht geben zu wollen. In diesem, die Zeit vom 1. Januar 1892 bis zum 31. März 1893, also 15 Monate umfassenden Zeitraume sind 20 Sitzungen, gegen 15 des Jahres 1891 abgehalten. Das Geschäftsjournal umfaßt 381 Nummern gegen 320 im Vorjahre. Verhandelt sind 318 (255) Magistratsvorlagen, 26 (23) Anträge und 22 (13) Anfragen aus der Versammlung, ferner 7 (22) Gesuche aus der Bürgerschaft und 8 (5) Steuerreclamations-Verzeichnisse. Von den verhandelten Gegenständen sind vorberathen 107 (87) in der Statutencommission, 84 (81) in der Finanzcommission, 75 (68) in der Baucommission und 16 (15) in der Schulcommission, während 99 (68) Sachen ohne Commissionsberathung Erledigung fanden. Besondere Erwähnung verdienen die folgenden Verhandlungsgegenstände: Der Etat, das neue Verwaltungsstatut, die Straßenpolizeiordnung, die Aenderung des Ortbaustatuts, der Bürgerpark, der Ankauf des vorm. Jürgens'schen Grundstückes an der Wendensstraße und die Einsetzung einer Deputation für Errichtung der Markthalle, Verkauf des alten Polytechnicums, Neuordnung des Kirchenwesens, Neubau der Schule am Hohenstiege, Ausgabe weiterer Stadtoobligationen, Unterstützung des Canalbauvereins, Neubau des Stadthauses, Abfuhrwesens, Ausbau verschiedener Straßen, Regulirung des Markstalles, Fortsetzung der Canalisirungsarbeiten, Ueberweisung der Husarenställe, Credit zur Bekämpfung der Cholera Trinkwasserfrage, Einführung des Rieselstems etc.

Wie der Herr Vorsitzende sodann des Weiteren ausführt, erübrige nur noch, diese Sitzung als die letzte, welche die jetzige Stadtverordneten-Versammlung abhalten könne, zu schließen, da an die Stelle der jetzigen mit dem 1. April eine neue Versammlung trete. Bevor er indessen den Schluß ausspreche, dürfe er wohl denjenigen Herren, welche in der neuen Versammlung nicht wieder erscheinen, ein herzliches Lebewohl zuzurufen, denn die Herren haben nach ihren Kräften und nach bestem Wissen und Gewissen in der Versammlung gewirkt. Die Herren würden es aber wohl nicht übel nehmen, wenn er besonders zweier Veteranen der Versammlung, welche jetzt ausscheiden, gedenke. Der allverehrte Bürger Ding sei zuerst im Jahre 1875 in die Versammlung eingetreten und man könne seinen stets bewährten unabhängigen Bürgerfinn einem Stadtverordneten nur als Muster vorhalten. Der Commerzienrath Jasper verlasse leider die Versammlung ebenfalls in der Erwägung, daß jüngere Kräfte die Stelle ausfüllen mögen, welche unsere Veteranen mit ihren Kräften nicht mehr auszufüllen glauben. Er danke diesen Herren im Namen der Stadt, ebenso aber auch den übrigen Herren, deren hohe Verdienste, namentlich um das Finanzwesen, die Stadt zu schätzen wisse, und er wolle hoffen, daß der für diese Herren eintretende Ersatz der Stadt nicht zum Schaden gereichen, sondern in der Lage sein werde, die Stellen in der bisherigen Weise auszufüllen.

Die Versammlung wird darauf geschlossen.

Schluß 7³/₄ Uhr.

Inhalts-Verzeichniß
über die
Verhandlungs-Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
zu
Braunschweig
im Jahre 1893/94.

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

Uebersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

(Anm. Die Zahlen bedeuten die Seiten in den Berichten.)

I. 6. April 1893.

1. Wahl der Vorsitzenden, des Protocollführers und des Schriftführers	3
2. Wahl der Ausschüsse etc.	5
3. Wahl der Ausschüsse zur Einschätzung der Steuerpflichtigen	7
4. Einweihung der katholischen Schule	7
5. Dauer des Amtes der Stadtverordneten	7
6. Bewilligung einer Remuneration für den Protocollführer	8

II. 4. Mai 1893.

7. Legung eines größeren Wasserrohres in der Wolfenbüttlerstraße	11
8. Unterstützung der Petrigemeindepflege	11
9. Reparatur eines Gasbehälters an der Bahnhofstraße	11
10. Unterstützung der Braunschweigischen Baugenossenschaft	12
11. Auflassung zweier Theilgrundstücke der Eisenbüttler Wiesen	15
12. Vertrag wegen Verlängerung der Bergstraße	15
13. Aenderung des Ortsbauplanes der nordwestlichen Außenstadt	15
14. Baulinie an der Catharinentirche	17
15. Gesuch um Ermäßigung von Straßenbaukosten	18
16. Baulinie am Wollmarke	19
17. Baulinie am Sieges- und Lessingplatze	19
18. Vergrößerung eines Platzes im Ortsbauplane	20
19. Die neue Straßenpolizeiordnung	20
20. Uebnahme einiger Straßen als Ortsstraßen	32
21. Gebühren für Benutzung des Desinfectionsapparates etc.	32

IV

22.	Erwerb von Straßenflächen am Marstalle	33
23.	Straßenbaukosten für die Spinnerstraße	33
24.	Anfrage Lange: Ausbau der Gertrudenstraße	34
25.	Antrag Kudeloff: Einrichtung einer städtischen Centralstelle für Arbeitsvermittlungen	35
26.	Anfrage Hauswaldt: Freigabe der Brücke nächst der Hennebergstraße	36
27.	Anfrage Günther: Verzögerung des Stadthausbanes	37
28.	Antrag Hauswaldt: Freigabe der Brücke nächst der Hennebergstraße .	37

III. 1. Juni 1893.

29.	Regulirung der Straße am Gaußberge	40
30.	Verkauf einer Fläche an der verlängerten Kaiserstraße	41
31.	Die östliche Ringstraße im weiteren Ausbau	41
32.	Erwerb einer Straßenfläche am Werder	43
33.	Uebergang von Grundstücken in den Gemeindebezirk Lehnedorf	43
34.	Aenderung des Ortsbauplanes an der Kreuzstraße.	44
35.	Besondere Beiträge zur Wegebaucaße	44
36.	Ankauf eines Grundstücks für die Oberrealschule	44
37.	Antrag Hauswaldt: Freigabe der Brücke nächst der Hennebergstraße .	48
38.	Gebühren für Benutzung der Bedürfnisanstalten	49
39.	Baulinie an der Höfenstraße	52
40.	Kosten für Stühle in der Gewerbeschule	52
41.	Entsendung von Feuerwehr-Hauptleuten nach München	52
42.	Anschaffung von Transportwagen für die Desinfectionsanstalt	53
43.	Erwerb einer Straßenfläche an der Wilhelmstraße	56
44.	Kosten für Instandsetzung eines Theiles der Salzdhallumerstraße . . .	57
45.	Wasserversorgung der Wabestraße.	57
46.	Gesuche um Erlass der Hundesteuer	57
47.	Wahl von Deputirten zum Städtetage	58
48.	Polizei-Vorschriften für Arbeitercasernen.	58
49.	Planke im Bürgerparke	58
50.	Erhöhung des Gehaltes zweier Lehrer	59
51.	Austausch von Straßenflächen an der Böden- und Küchenstraße . . .	59
52.	Abtretung von Flächen an der Eichthalstraße	59
53.	Aenderung des Ortsbauplanes der nordwestlichen Außenstadt	60
54.	Anfrage Bues: Teich im neuen Bürgerparke	60
55.	Anfrage Pöschigk: Ankauf von städtischen Gebrauchs-Gegenständen . .	60
56.	Antrag Lange: Anderweite Vermietung des Kellers im Altstadt-Math- hause	61
57.	Verkauf der Apparate der Reinigungsanstalt	62

IV. 22. Juni 1893.

58.	Gebühren für Benutzung der Bedürfnisanstalten	64
59.	Ankauf eines Grundstücks für die Oberrealschule	66

60.	Gefuche um Erlaß der Hundesteuer	72
61.	Unterstützung des deutschen Hilfsvereins in Paris	72
62.	Kosten eines Theiles der Bertramstraße	73
63.	Antrag Lange: Anderweite Vermietung des Kellers im Altstadt Rath- hause	73
64.	Canal in der Roßstraße	74
65.	Statut über die Aufbringung von Kirchensteuern	75
66.	Nachverwilligung von Kosten für das Parthaus	78
67.	Canal für die Straße „an der Masch“	78
68.	Aufnahme eines Processus	78
69.	Austausch von Straßenflächen	79
70.	Verkauf eines Bauplatzes am Sandwege	79
71.	Baulinie für die Ritterstraße	81
72.	Die Kieselfelder	81
73.	Erwerb einer Fläche an der Casernenstraße	85
74.	Beschaffung von Apparaten für die städtische Gasanstalt	85
75.	Antrag Löschigk: Beseitigung des Schlammes aus den Straßencanälen	86
76.	Antrag Müller: Anlegung der Zweigcanäle	86
77.	Antrag Lord: Benutzung des H. Exercierplatzes	87
78.	Antrag Lange: Beschaffung für das Parthaus	89
79.	Anfrage Weber: Bekanntgabe der Zeit der Commissionsitzungen	90

V. 17. August 1893.

80.	Erbauung eines Kühlhauses beim Schlachthause	92
81.	Ausschließung und Untersuchung von Quellwasser bei Mascherode	104
82.	Ankauf eines Grundstückes neben dem städtischen Lagerplatz	108
83.	Beschaffung neuer Kessel zur Heizanlage der städtischen Mädchenschule	108
84.	Erweiterungsbau zu der städtischen Oberrealschule	110
85.	Haltestellen der Straßenbahn	110

VI. 24. August 1893.

86.	Verkauf eines weiteren Theiles der ehemaligen Husarenställe x.	122
87.	Antrag Löschigk: Beseitigung des Schlammes aus den Straßencanälen	122
88.	Gas- und Wasserrohre in der Leopoldstraße	123
89.	Canalisation der Wabestraße	123
90.	Wasserrohr im Othlietheile	124
91.	Gasrohr für die Cholerabaraden	124
92.	Gasandelaber in der Kaiser-Wilhelmstraße	125
93.	Gasrohr in der Vertrudenstraße	125
94.	Durchführung des Theilortsbauplanes an der Wendenmasch und des Hauptcanals daselbst	125
95.	Canal in der verlängerten Thomae- und an der Pflegehausstraße	128
96.	Baulinie an der Friesen- und Magnifikirchstraße	129
97.	Baulinien an der Leopoldstraße	129

VI

98.	Erwerb einer Straßenfläche an der Maschstraße	130
99.	Canal- und Wasserrohr in der Taubenstraße	130
100.	Baulinie an der Hamburgerstraße	130
101.	Baulinie am Röhghenhagen und Werder	130
102.	Wasserrohr nach dem neuen herzogl. Krankenhaus	131
103.	Einfahrt an der Wolfenbüttlerstraße nach dem Bürgerpark	131
104.	Einspruch gegen die Baulinie an der Höfenstraße	132
105.	Baulinie an der Straße „Hintern lieben Frauen“	134
106.	Baulinie an der „Höhe“	134
107.	Zwangseenteignungsverfahren an der Stecherstraße	134
108.	Zwangseenteignungsverfahren an der Thomaestraße	134
109.	Erwerb einer Theilfläche an der Petristraße	135
110.	Gesuch von Anwohnern der Gildenstraße um theilweise Steuerbefreiung	135
111.	Vorschuß für die Gemeine-Kirchencasse	135
112.	Antrag Ebeling und Genossen: Einrichtung einer Freibank	136
113.	Anfrage Böschigk: Abstellung von Mißständen an der Leopoldstraße	137
114.	Antrag Rudeloff und Genossen: Unterführung der Dächer	138

VII. 21. September 1893.

115.	Antrag Schumburg: Errichtung eines städtischen Krankenhauses	140
116.	Antrag Rudeloff: Einrichtung einer Arbeitsvermittlungsstelle	141
117.	Antrag Müller: Anlegung der Zweiganäle	141
118.	Erwerb von Grundflächen an der Salzdahlumerstraße	142
119.	Kosten für Regulirung der Thurnmuhren	142
120.	Gesuche um Erlaß der Hundesteuer	143
121.	Arbeiten auf der Neustadtmühle und Austausch von Grundflächen	144
122.	Pachtung von Wiesen an der Schunterbrücke	144
123.	Rechnungslegung über den Cholera-Credit	145
124.	Gesuch um Erstattung von Unkosten	146
125.	Kosten für Einrichtung von Stotterheilkursen	147
126.	Verwilligung einer Beihilfe für die Gartenbauschule	147
127.	Canalisirung der Spinnerstraße	147
128.	Baulinie an der Ritterstraße	148
129.	Antrag Ebeling und Genossen: Errichtung einer Freibank	148
130.	Antrag Rudeloff und Genossen: Unterführung der Dächer	152
131.	Steuerliche Behandlung von auswärtigen Gewerbetreibenden, von Actien- gesellschaften etc.	153
132.	Pachtvertrag mit der Garnison-Verwaltung	157
133.	Austausch von Grundflächen am Bohlwege	158
134.	Theilortsbauplan an der Neustadtmühle und der Dferstraße	158
135.	Ordnung des Haushaltswesens der Stadt und Geschäftsanweisung für die Stadthauptcasse	158
136.	Credit für den Stadthausbau und Begrenzung der Bausumme	161
137.	Gehaltszuschuß für den zweiten Hauptprediger zu St. Andreas	161
138.	Baulinie an der Wendestraße	162

139.	Erwerb einer Grundfläche an der Scharnstraße	163
140.	Aufnahme eines Proceßes gegen den Gastwirth Curland in Delper . . .	163
141.	Aufnahme eines Proceßes gegen den Oberlehrer Dr. Carl Brandes . . .	163
142.	Erwerb einer Grundfläche an der Neuenstraße	164
143.	Antrag Kiefe und Genossen: Vorschriften bei Vergebung städtischer Arbeiten	164
144.	Anfrage Hauswaldt: Maßnahmen bei Ausführung der Dükeranlagen . . .	166
145.	Antrag Kiefe: Zahlungserleichterung bei Canalanschlüssen	166
146.	Antrag Weber und Genossen: Zuziehung des Stadtbauraths Winter zu einer Verathung	167

VIII. 5. October 1893.

147.	Haltestellen der Straßeneisenbahn	170
148.	Provisorische Canalisation am untern Galggraben	175
149.	Antrag Kiefe: Zahlungserleichterung bei den Canalanschlüssen	175
150.	Antrag Kiefe und Gen.: Vorschriften bei Vergebung städtischer Arbeiten .	175
151.	Rechnungsabschluß 1892/93.	186
152.	Gesuch wegen Straßenbaukosten	189
153.	Verlängerung des Gasrohres in der Roßstraße	190
154.	Baulinie an der Frankfurterstraße	190
155.	Rückzahlung von Canalbaukosten	191
156.	Ueberrahme der Domaine Steinhof	191
157.	Einrichtung eines Dienstzimmers im Schlachthause	194
158.	Gesuche um Erlaß der Hundesteuer	195
159.	Antrag Löschigt u. Gen.: Aufstellung weiterer Straßenlaternen	195
160.	Antrag Nieß u. Gen.: Bescheidung des Congresses für Volkswirtschaft .	195

IX. 26. October 1893.

161.	Ablösung der Henne'schen Erbpacht	198
162.	Einspruch gegen die Baulinie am Rosenhagen	198
163.	Baulinie an der Petrikirche und hintern Brüdern	199
164.	Ueberrahme eines weiteren Theiles der Nordstraße	199
165.	Preise für die Ausstellung von Nahrungsmitteln	199
166.	Hypotheken-Regelung bei dem früheren Polytechnikum	199
167.	Baulinie an der Wendenstraße	200
168.	Erwerb einer Straßenfläche an der Juliusstraße	200
169.	Gesuche um Erlaß der Hundesteuer	201
170.	Baulinie am Röhgenhagen	201
171.	Neue Straßenpolizei-Ordnung	204
172.	Ausleiher eines Hypothekcapitals	207
173.	Verbesserung des Brückenüberganges an der Neuen Promenade	207
174.	Erwerb von Straßenflächen am Steinwege	207
175.	Antrag Löschigt u. Gen.: Vermehrung der Straßenlaternen	208
176.	Verlängerung des Gasrohres in der Roßstraße	209

VIII

177.	Anfrage Müller: Errichtung der ersten Markthalle	209
178.	Feststellung von Formularen zu Steuererklärungen zc.	210
179.	Antrag Nieß: Errichtung eines weiteren städt. Krankenhauses	211

X. 16. November 1893.

180.	Baulinie an der Langenstraße	214
181.	Erhöhung des Schulgeldes	214
182.	Die östliche Ringstraße im weiteren Ausbau	221
183.	Straßenbaukosten an der Kl. Kreuzstraße	224
184.	Gesuche um Erlass der Hundesteuer	224
185.	Einrichtung einer provisorischen Cassenführung auf Steinhof	225
186.	Ausleihung von Hypothekcapitalien	226
187.	Vertrag über die Militärbadeanstalt	226
188.	Ankauf einer Fläche an der Spinnerstraße	227
189.	Erwerb von Vorgärten am Königstiege	227
190.	Straßenbaukosten an der Adolf- und Leonhardstraße	230
191.	Canal in der Bleicherwiese	231
192.	Ankauf von Straßenflächen an der Goslarischenstraße	231
193.	Pachtung von Schunterwiesen	231
194.	Entschädigung für die Ausbildung von Desinfectoren	232
195.	Bauten an der früheren Reinigungsstation	232
196.	Neupflasterung der Stobenstraße	233
197.	Uebereinkommen mit Jung wegen des Grundstücks am Wendenthore	233
198.	Brückengeländer an der Neuen Promenade	234
199.	Baulinie für die Schöppentederstraße	234
200.	Baulinie für den Röhghenagen	234
201.	Antrag Nieß: Errichtung eines weiteren städt. Krankenhauses	236
202.	Antrag Züdel: Weiterführung der Eisenbahnlinie Braunschweig-Gifhorn	236
203.	Antrag Züdel: Neubau der hiesigen Bahnhofsanlagen	237
204.	Anfrage Löschigt: Einstellung der Bohrversuche bei Broitzem	238
205.	Antrag Rudloff: Baulinie an der Ecke von Langenstraße und alten Waage	238
206.	Anfrage Ahmann: Kühlhaus-Vorlage	239
207.	Antrag Blasius: Definitive Entwässerung des Königstieges	239
208.	Antrag Nieß: Provisorische Entwässerung eines Theiles des Königstieges	239

XI. 14. December 1893.

209.	Antrag Nieß: Errichtung eines weiteren städt. Krankenhauses	242
210.	Gesuche um Erlass der Hundesteuer	242
211.	Herausgabe von alten Urkunden	243
212.	Anträge Blasius und Nieß: Entwässerung des Königstieges	244
213.	Ausleihung von Hypothekcapitalien	245
214.	Erwerb einer Theilfläche an der Wendenstraße	245
215.	„ „ „ „ „ Rittersstraße	245

216.	Verkauf einer Theilfläche an der Weststraße	245
217.	Regulirung der Okerstraße	246
218.	Kosten der Viehzählung	247
219.	Verkauf eines Bauplatzes an der Hennebergstraße	247
220.	Erwerb von Theilflächen zc. an der Goslarischenstraße	248
221.	Formulare zu Steuererklärungen	248
222.	Verkauf einer Theilfläche am Altwiefringe	251
223.	Straßenbaukosten an der Weststraße	251
224.	Antrag Rimpau: Aufnahme architektonisch wichtiger alter Gebäude	251
225.	Antrag Lange: Erbohrung eines Brunnens	252
226.	Antrag Lange: Eingitterung einer Fläche am Volksbrausebade	253
227.	Antrag Hauswaldt: Weitere Förderung des Bürgerparks	254
228.	Anfrage Hauswaldt: Neuordnung der Kirchengemeinden	255
229.	Antrag Peplics: Vermehrung der Nachtwächterstellen	256
230.	Antrag Müller: Revision des Statuts, betr. das Halten von Hunden	257
231.	Anfrage Müller: Mangelhafte Beleuchtung von Straßen	257
232.	Antrag Ebeling: Ermäßigung der Kosten für Hausanschlüsse	258
233.	Anfrage Ahmann: Beschäftigung der Arbeitslosen	259
234.	Theiletat der Central-Friedhofs-Casse	260

XII. 11. Januar 1894.

235.	Der Stadthausbau	262
236.	Anträge Müller und Peplics: Revision des Statuts, betr. das Halten von Hunden und Vermehrung der Nachtwächterstellen	277
237.	Antrag Ebeling: Ermäßigung der Kosten für Hausanschlüsse	279
238.	Antrag Hauswaldt: Weitere Förderung des Bürgerparks	281
239.	Kosten für Abformung zweier Figuren des Altstadtrathhauses	283
240.	Ueberweisung eines Legats an die Heine'sche Stiftung	284
241.	Kosten des Fußwegbelages an der Hujarenstraße	284
242.	Plattenbelag auf verschiedenen Straßen	284
243.	Hundsteuererlassgesuche	285
244.	Verpachtung des Altstadtrathauskellers zc.	285
245.	Lagerplatz am Westbahnhofe	287
246.	Jahresbericht über die Gas- und Wasserwerke für 1892/93	288
247.	Wahl eines Stadtverordneten für Cassen-revisionen	288
248.	Führung einzelner Arbeits- und Wirtschaftssrechnungen	288
249.	Baulinie am Weinhardthofe	289
250.	Anleihe eines Hypothekcapitals	289
251.	Gasrohr am Backstein	290
252.	Ermiethung von Büroräumen	290
253.	Erwerb der Cammerfischerei in der Oker	290
254.	Erhöhung der Straße am Gaußberge	291
255.	Antrag Günther: Bewilligung einer Summe für Nothstandsarbeiten	291
256.	Gesuch eines Einwohners um Ueberrahme von Fußwegterrain	295

XIII. 8. Februar 1894.

257.	Antrag Kimpau: Aufnahme architektonisch wichtiger alter Gebäude	299
258.	Baulinie an der Fallersleberstraße	299
259.	Zwangseinteilungen für das Kieselgut	300
260.	Baulinie an der Glickeuoberstraße und dem Gaußplatze	301
261.	Ausleihung von Hypothekcapitalien	301
262.	Verpachtung der Rathshäuser	301
263.	Befoldung von neuen Lehrkräften	302
264.	Hundesteuererlassgesuche	302
265.	Ueberrahme der Osterstraße	302
266.	Baulinie an der Hennebergstraße	303
267.	Baulinie an der Wöhrstraße	303
268.	Erweiterung des Stadtgebietes	303
269.	Gesuch wegen Ueberlassung einer Baupläche	304
270.	Abkommen mit der „Urania“	304
271.	Verkauf einer Baupläche am Sandwege	305
272.	Baulinie an der Campestraße und Vertraustraße	306
273.	Verkauf eines weiteren Theiles der Obligationenleihe	307
274.	Credit für Canalisationsarbeiten	308
275.	Antrag Pöplies: Ueberweisung eines Ortsbauplanes an jeden Stadtverordneten	308
276.	Antrag Wollenweber: Schaffung eines neuen Ausganges auf dem Centrafriedhofe	308
277.	Anfrage Brückmann u. Gen.: Ausbau der Ruisenstraße	309
278.	Antrag Lange: Fortfall der Auslegung der Steuerlisten	310
279.	Antrag Müller: Vorrichtungen auf dem fl. Exercierplatze	312

XIV. 15. Februar 1894.

280.	Erbauung eines Kühlhauses beim Schlachthause	314
281.	Verpachtung der Eisenbüttler Mühlen	328
282.	Behandlung der in den vertraulichen Sitzungen gepflogenen Verhandlungen	329

XV. 15. März 1894.

283.	Antrag Wollenweber; Schaffung eines neuen Ausganges auf dem Centrafriedhofe	332
284.	Gesuch wegen Ueberbrückung der Oster an der Dammelsburgerstraße	332
285.	Gesuch wegen Niederlegung von Häusern an der Langedammstraße	333
286.	Canal in der Wöhrstraße	335
287.	Antrag Müller: Vorrichtungen auf dem fl. Exercierplatze	336
288.	Ausleihung eines Hypothekcapitalis	341
289.	Hundesteuererlassgesuche	341
290.	Verschung einer Servitut	342

291.	Antrag Lange: Fortfall der Auslegung der Steuerlisten	342
292.	Ermäßigung eines Wegebaufostenbeitrages	348
293.	Abkommen wegen der Truppen-Casernirung	348
294.	Neupflasterung der Langebammstraße	349
295.	Das Nachtwachwesen der Stadt	350
296.	Erwerb einer Straßenfläche	352
297.	Straßenbaufosten der Rußbergstraße	353
298.	Anschaffung für die Neustadtmühle	353
299.	Proceffe wegen Auflassung von Straßenflächen	353
300.	Neupflasterung der Leopoldstraße	354
301.	Rückzahlung von Canalbaufosten	354
302.	Straßenbaufosten verschiedener Straßen des ehemal. Küchengartens	354
303.	Erwerb einer Straßenfläche	355
304.	Antrag Hauswaldt: Ablösung der Servitut am fl. Exercierplatze	355
305.	Antrag Lord: Beschränkung im Umherlaufen von Hunden	355
306.	Antrag Ebeling: Einfriedigung der Okerböschung an der Ferdinandstraße	356
307.	Anfrage Müller: Pflasterung der nördl. Wilhelmstraße	356
308.	Mittheilungen des Vorsitzenden	357

XVI. 22. März 1894.

309.	Antrag Rindloff: Einrichtung einer Arbeitsvermittelungsstelle	360
310.	Verpflichtung der Stadt wegen der neuen Kirchengemeinden	369
311.	Beleuchtung des Brunnens u. auf dem Altstadtmarte	371
312.	Der Stadthausbau	372
313.	Verpachtung der städtischen Fischerei in der Oker	373
314.	Straßenbaufosten der Rosenstraße	374
315.	Zwangsenteignung am Langenhofe	374
316.	Anfrage Günther: Vergebung von Steinmearbeiten	374

B. Nach den Gegenständen.

Abkommen mit der Urania 304.
 „ wegen der Truppen-Casernirung 348.
 Ablösung einer Erbpacht 198.
 „ „ Servitut 355.
 Abstellung von Mißständen 137.
 Abtretung von Grundflächen 59.
 Actien-Gesellschaften-Besteuerung 153.
 Aenderung des Ortsbauplans 15, 17, 19, 19, 20, 44, 52, 60, 81, 125, 129, 129, 130, 130, 132, 134, 134, 148, 158, 162, 190, 199, 200, 201, 214, 233, 234, 234, 238, 289, 299, 301, 303, 306.
 Arztlicher Verwaltungsbeamter 10.
 Altstadt-Rathhaus betr. 61, 73, 283, 285, 371.
 Amtsdauer der Stadtverordneten 7.
 Anfragen an den Stadtmagistrat der Herren:
 Aßmann: Beschäftigung von Arbeitslosen 259,
 Kühlhaus-Vorlage 239;
 Brückmann: Ausbau der Luisenstraße 309;
 Buege: Teich im neuen Bürgerparke 60;
 Günther: Vergebung von Steinmetzarbeiten 374,
 Verzögerung des Stadthausbauers 37;
 Hauswaldt: Freigabe einer Brücke 36, Maßnahme bei den Dükeranlagen 166, Neuordnung der Kirchengemeinden 255;
 Lange: Ausbau der Gertrudenstraße 34;
 Löschigk: Abstellung von Mißständen a. d. Leopoldstraße 137,
 Ankauf von städt. Gebrauchsgegenständen 60;
 Müller: Errichtung der ersten Markthalle 209,

Mangelhafte Beleuchtung von Straßen 257,
 Pflasterung der nördl. Wilhelmstraße 356;
 Weber: Bekanntgabe der Commissionsitzungen 90.
 Ankauf von Grundstücken 44, 66, 102, 227, 227, 231, 233.
 Ankauf von städt. Gebrauchsgegenständen 60.
 Anschaffung eines Wagens f. d. Desinfectionsanstalt 53.
 Anträge, selbstständige der Herren:
 Blasius: Entwässerung des Königstieges 239, 244;
 Ebeling: Einfriedigung der Erbschöpfung 356,
 Einrichtung einer Freibank 136, 148,
 Ermäßigung der Kosten für Hausanschlüsse 258, 279;
 Günther: Bewilligung für Nothstandsarbeiten 291;
 Hauswaldt: Ablösung der Servitut vom kl. Exercierplatze 355,
 Freigabe einer Brücke 37, 48,
 Weitere Förderung des Bürgerparkes 254, 281;
 Jüdel: Neubau der hies. Bahnhofsanlagen 237,
 Weiterführung der Eisenbahnlinie Braunschweig-Gifhorn 236;
 Lange: Anderw. Vermietung des Altstadt-Rathhauskellers 61, 73,
 Beschaffung für das Parkhaus 89,
 Eingitterung einer Fläche am Volksbrausebade 253,
 Erbohrung eines Brunnens 252,

Fortfall der Auslegung der Steuer-
 listen 310, 342;
 Kößigk: Aufstellung von Straßen-
 laternen 195, 208,
 Beseitigung des Schlammes aus
 den Straßencanälen 86, 122,
 Einstellung der Bohrversuche bei
 Broitzem 238;
 Lord: Benennung des fl. Exercierplatzes
 87;
 Beschränkung im Umherlaufen der
 Hunde 355;
 Müller: Anlegung der Zweigcanäle
 86, 141,
 Revision des Hunde-Statuts 257,
 277,
 Vorrichtungen auf dem fl. Exer-
 cierplatz 312, 336;
 Nieß: Beschickung des Congresses für
 Volkswirtschaft 195,
 Entwässerung des Königstieges
 239, 244,
 Errichtung eines weiteren städt.
 Krankenhauses 211, 236, 242;
 Neplies: Ueberweisung eines Orts-
 bauplanes 308,
 Vermehrung der Nachtwächterstellen
 256, 277;
 Nieke: Bestimmungen bei städt. Ar-
 beiten 164, 175,
 Zahlungserleichterung bei Canal-
 anschlüssen 166, 175;
 Nimpau: Aufnahme architektonisch
 wichtiger Gebäude 251, 299;
 Rudeloff: Aenderung einer Baulinie
 238,
 Einrichtung einer Arbeitsvermitte-
 lungsstelle 35, 141, 360,
 Unterführung der Düker 138, 152;
 Schumburg: Errichtung eines städt.
 Krankenhauses 140;
 Weber: Zuziehung des Stadtbaumeisters
 Winter 167;
 Wollenweber: Schaffung eines
 neuen Ausganges auf dem Central-
 friedhofe 308, 332.

Apparat-Beschaffung f. d. Gasanstalt 85.
 „ Verkauf von der Reinigungsstation 62.
 Arbeiten auf der Neustadtmühle 144.
 „ städtische Bestimmungen für . . 164,
 175.
 Arbeiter-Casernen betr. 58.
 Arbeitslosen-Beschäftigung 259.
 Arbeits- und Wirthschafts-Rechnungen betr.
 288.
 Arbeitsvermittlung 35, 141, 195, 259, 360.
 Assessoren-Beschäftigung 120, 140.
 Auflassung von Grundstücken 15.
 Aufnahme von Processen 78, 163, 163, 353.
 Aufschließung von Quellwasser 104, 238.
 Ausbau von Straßen 34, 41, 41, 309.
 Ausbildung von Desinfectoren 232.
 Auslegung der Steuerlisten 310, 342.
 Ausleihung von Hypothek-Capitalien 207,
 226, 245, 289, 301, 341.
 Ausschuß-Wahl 5, 7.
 Ausstellung von Nahrungsmitteln 199.
 Austausch von Grundflächen 59, 79, 144,
 158.
 Auswärtige Gewerbetreibende 153.
 Badeanstalten betr. 226.
 Bahnhofsverhältnisse betr. 237, 309.
 Baugenossenschaft betr. 12.
 Baulinien-Aenderung f. Aenderung des Orts-
 bauplanes.
 Bauplatz- und Straßenflächen-Verkauf 41, 79,
 122, 245, 247, 251, 305.
 Bauten an der früheren Reinigungsstation
 232.
 Bauten, städtische Bestimmungen für . . 164,
 175.
 Bedürfnisanstalten betr. 49, 64.
 Behandlung der vertraulichen Sachen 329.
 Beihilfe für die Gartenbauschule 147.
 Beleuchtung des Altstadtmarkt-Brunnens 371.
 Beleuchtungsverhältnisse betr. 257.
 Beschäftigung von Arbeitslosen 259.
 Beschaffung von Apparaten f. d. Gasanstalt
 85.
 Beschaffung von Heizkesseln 108.

- Beischickung des Congresses für Volkswirtschaft 195.
 Beschränkung im Umherlaufen von Hunden 355.
 Beseitigung von Straßenschlamm 86, 122.
 Besoldung neuer Lehrkräfte 302.
 Besondere Beiträge zur Wegebaukasse 44, 348.
 Bewilligung einer Remuneration f. d. Protocollführer 8.
 Bleicherwiese betr. 231, 301.
 Bohrversuche bei Broitzem 238.
 Brücken betr. 36, 37, 48, 207, 234, 298, 332.
 Brunnen-Erbohrung 252.
 Bureau-Ermiethung 290.
 Bürgerpark betr. 15, 58, 60, 89, 131, 254, 281.
 Canalbaukosten 166, 175, 191, 258, 279, 308, 354.
 Canalleitung 10, 74, 78, 86, 123, 125, 128, 130, 141, 147, 166, 175, 231, 242, 308, 335.
 Canalreinigung 86, 122.
 Casernierung von Truppen 348.
 Central-Friedhof 260, 308, 332.
 Centralstelle für Arbeitsvermittlung 35, 141, 195, 259, 360.
 Cholera-Maßregeln betr. 124, 145.
 Commissionsitzungen 90.
 Congress für Volkswirtschaft 195.
 Credit für Canalisationsarbeiten 308.
 Credit für den Stadthausbau 161.
 Dauer des Amtes der Stadtverordneten 7.
 Desinfectionsanstalt 10, 32, 53, 232.
 Deutsches Hochstift 195.
 Domaine Steinhof betr. 191, 225.
 Dükeranlagen 138, 152, 166.
 Durchführung des Theilortbauplanes a. d. Wendenmarsch 125.
 Einfahrt nach dem Bürgerparke 131.
 Einfriedigung der Osterböschung 356.
 Eingitterung einer Fläche am Volksbrunnenbade 253.
 Einrichtung einer prov. Cassenführung auf Steinhof 225.
 Einrichtung eines Dienstzimmers im Schlachthause 194.
 Einspruch gegen Baulinien 132, 198.
 Eintritt von Magistratsmitgliedern 64, 120, 140.
 Eintritt von Stadtverordneten 40, 332.
 Einweihung der katholischen Schule 7.
 Eisenbahnlinie Braunschweig-Gifhorn 236.
 Eisenblütler Mühlen-Verpachtung 328.
 Eisenblütler Wiesen betr. 15.
 Entschädigung für die Ausbildung von Desinfectoren 232.
 Entsendung von Feuerwehr-Hauptleuten 52.
 Entwässerung des Königstieges 239, 239, 244.
 Erbauung eines Rühthauses 92, 239, 314.
 Erbpacht-Ablösung 198.
 Erhöhung der Straße am Gaußberge 291.
 Erhöhung des Gehaltes von Lehrern 59.
 Erhöhung des Schulgeldes 214.
 Erklärungen von Stadtverordneten 298, 314.
 Erlaß der Hundesteuer betr. 57, 72, 143, 195, 201, 224, 242, 285, 302, 341.
 Ermäßigung eines Wegebaukostenbeitrages 348.
 Ermäßigung von Straßenbau- und Hausanschlußkosten 18, 258, 279.
 Ermiethung von Büroräumen 290.
 Errichtung eines Krankenhauses 140.
 Erweiterung des Stadtgebietes 303.
 Erweiterungsbau zur städtischen Oberrealschule 66, 110.
 Erwerb der Cammerfiskerei 290.
 Erwerb von Grundstücken und Straßenflächen 33, 43, 44, 56, 66, 85, 108, 130, 135, 142, 163, 164, 200, 207, 227, 227, 231, 233, 245, 245, 248, 352, 355.
 Etat der Central-Friedhofscasse 260.
 Exercierplatz betr. 87, 120, 312, 336, 355.
 Feuerwehr betr. 52.
 Fischerei in der Oster 290, 373.
 Formulare zu Steuererklärungen 210, 248.
 Fortfall der Steuerlisten-Auslegung 310, 342.
 Freibank-Einrichtung 136, 148.
 Freies Deutsches Hochstift 195.

Freigabe einer Brücke 36, 37, 48.
 Friedhof betr. 260, 308, 332.
 Führung einzelner Arbeits- und Wirthschafts-
 rechnungen 288.
 Fußweg-Anlagen 284, 284, 295, 298.

Garnison-Verwaltung 157.
 Gartenbauschule 147.
 Gasandelaber in der Kaiser-Wilhelmstraße 125.
 Gasrohrlegung 123, 124, 125, 190, 209, 290.
 Gaswerke 11, 85, 288.
 Gebäude-Aufnahmen 251, 299.
 Gebühren für die Benutzung der Bedürfnis-
 anstalten 49, 64.
 Gebühren für die Benutzung des Desinfections-
 apparatus 32.
 Gehaltsverhöhung für Lehrer 59.
 Gehaltszuschuß für einen Prediger 161.
 Gemeindepflege-Unterstützung 11.
 Gemeine Kirchencasse 135.
 Geschäftsanweisung für die Stadthauptcasse 158.
 Gesuche hiesiger Einwohner 10, 18, 40, 57,
 72, 135, 143, 146, 189, 195, 198, 201,
 224, 242, 242, 262, 285, 295, 298,
 298, 302, 304, 332, 333, 341, 359.
 Grundflächen-Abtretung 59.
 Grundflächen-Austausch 59, 79, 144, 158.
 Grundstücks-Ausschüttung 15.
 Grundstücks-Erwerb 44, 66, 108, 227, 227,
 231, 233.
 Grundstücks-Übergang in eine andere Ge-
 meinde 43.

Haltestellen der Strassenbahn 110, 170.
 Häuserblock-Beseitigung 298, 333.
 Haushaltswesen der Stadt 158.
 Heizanlagen in den Schulen 108.
 Herausgabe von alten Urkunden 243.
 Hundestatut 257, 277, 355, 357.
 Hundesteuer-Erlaßgebude 57, 72, 143, 195,
 201, 224, 242, 285, 302, 341.
 Hufarenställe-Verkauf 122.
 Hypothek-Capitalien-Anscheidung 207, 226,
 245, 289, 301, 341.
 Hypothek-Regelung 199.

Instandsetzung von Straßen 57, 73, 284.
 Jahresbericht über die Gas- u. Wasserwerke 288.

Katholische Schule 7.
 Kessel-Beschaffung 108.
 Kirchen-Verhältnisse betr. 75, 135, 161, 255,
 369.
 Kl. Exercierplatz 87, 120, 312, 336, 355.
 Kosten f. d. Canalbau 166, 175, 191, 258,
 279, 308, 354.
 Kosten f. d. Abformung von Figuren 283.
 Kosten f. d. Einrichtung von Stotterheilkursen
 147.
 Kosten f. d. Instandsetzung von Straßen und
 Fußwegen 57, 73, 284.
 Kosten f. d. Regulirung von Thurmuhren 142.
 Kosten f. d. Viehzählung 247.
 Kosten f. Stühle in der Gewerbeschule 52.
 Krankenhaus-Errichtung 140, 211, 236, 242.
 Kühlhaus betr. 92, 239, 314.

Lagerplatz-Anlegung 108, 287.
 Legat betr. 284.
 Legung von Canalaröhren, siehe Canalleitung.
 Legung von Gasröhren 123, 124, 125, 190,
 209, 290.
 Legung von Wasseriröhren 11, 123, 124, 130,
 131.
 Lehrer betr. 59, 302.
 Lösung einer Servitut 342.

Markthalle 40, 209.
 Meß- und Marktverein betr. 262.
 Militair-Badeanstalt 226.
 Mißstände an der Leopoldstraße 137.
 Mittheilungen des Vorsitzenden 357.
 Mittheilungen von Stadtverordneten 91.
 Mühlen 144, 328, 353.

Nachtwachwesen 256, 277, 350.
 Nachverwilligung von Kosten f. d. Parkhaus
 78.
 Nahrungsmittel-Ausstellung 199.
 Neuordnung der Kirchengemeinden 75, 135,
 161, 255, 369.
 Neupflasterung von Straßen 233, 349, 354.

Neustadtmühle 144, 353.
 Niederlegung von Häusern 298, 333.
 Nothstandsarbeiten 291.

Obligationen Anleihe 307.
 Oferschikerei 290, 373.
 Ofer-Ueberbrückung und Bösung 298, 332, 356.

Ordnung des städt. Haushaltswesens 158.
 Ortsbauplan-Aenderung, siehe Aenderung des Ortsbauplans.
 Ortsbauplan-Ueberweisung 308.

Pachtung von Wiesen an der Schunterbrücke 144, 231.

Pachtvertrag mit der Garnisonverwaltung 157.
 Parkhaus 78, 89.

Petri-Gemeindepflege 41.

Pflasterung von Straßen 233, 349, 354, 356.

Planke im Bürgerparke 58.

Plattenbelag 284, 284, 295, 298.

Platz-Vergrößerung 20.

Polizei-Vorschriften für Arbeitercasernen 58.

PolYTECHNIUM, altes 199.

Prediger-Gehaltszuschuß 161.

Preise f. d. Nahrungsmittel-Ausstellung 199.

Proceß-Aufnahmen 78, 163, 163, 353.

Protocollführer 3, 8.

Quellwasser 104, 238

Lucrumer Holz 144, 231, 238.

Rechnungs-Abschluß 1892/93 186.

Rechnungslegung über den Cholera-credit 145.

Regulirung der Thurmuhren 142.

Regulirung von Straßen 40, 41, 43, 79, 246, 291.

Reinigung der Canäle 86, 122.

Reinigungsstation 62, 232.

Remuneration für den Protocollführer 8.

Reparatur eines Gasbehälters 11.

Rieselfelder 81, 191, 225, 232, 300, 360.

Ringstraße 221.

Rückzahlung von Canalbaukosten 191, 354.

Schlachthaus 92, 194, 239, 252, 314.

Schlammbeseitigung 86, 122.

Schriftführerwahl 3.

Schulen 7, 44, 52, 66, 103, 110.

Schulgelderhöhung 214.

Schunterbrücke 144, 231.

Servitut-Bösung bezw. Ablösung 34?, 355.

Sparverein für Confirmanden 11.

Stadtgebiet-Erweiterung 303.

Stadthauptcasse 158, 288.

Stadthausbau 37, 161, 167, 262, 372.

Stadtraths-Anstellung 64.

Stadtverordneten-Amtsbauer 7.

Stadtverordneten-Eintritt 40, 332.

StädteTag 57.

Statut über das Halten von Hunden 257, 277, 355, 357.

Statut über die Aufbringung von Kirchensteuern 75.

Steinmetzarbeiten 10, 374.

Steuerbefreiungsgefälle 135.

Steuererklärungen 210, 248.

Steuerliche Behandlung von Auswärtigen,

Action Gesellschaften u. 153.

Steuerlisten-Auslegung 310, 342.

Stotterheilkur 147.

Straßenausbau 34, 41, 41, 291, 309.

Straßenbaukosten 18, 33, 73, 224, 230, 251, 353, 354, 374.

Straßeneisenbahn 110, 170.

Straßeninstandsetzung 57, 73, 284.

Straßenlaternen 195, 208.

Straßen-Polizei-Ordnung 20, 204.

Straßenregulirung 40, 41, 43, 79, 246, 291.

Straßenübernahme 32, 199, 302.

Straßen und Plätze der Stadt, welche behandelt sind:

Adolfstraße 230, 284;

Alte Waage 238;

Alterwiefing 251;

Altstadtmarkt 208, 371;

Bäckerkint 290;

Bahnhofstraße 11;

Bammelsburgerstraße 284, 298, 352;

Bauplatz 195, 208;

Bergstraße 15, 32;

Bertramstraße 73;

Bohlweg 158, 304;
 Bülteweg 18, 284;
 Campestraße 284, 306;
 Casernenstraße 85;
 Catharinenkirche, an der 17;
 Eichthalstraße 59;
 Elmstraße 79;
 Eschenburgstraße 354;
 Fällersleberstraße 299;
 Fasanenstraße 32, 354;
 Ferdinandstraße 356;
 Frankfurterstraße 190;
 Friesenstraße 129;
 Gaußberg, am 40, 189, 233, 291;
 Gaußplatz 301;
 Gertrudenstraße 34, 125;
 Geysostraße 284;
 Glesmaroderstraße 301;
 Goslarischestraße 231, 248;
 Gildenstraße 135, 191;
 Hamburgerstraße 130;
 Hennebergstraße 36, 37, 48, 247, 303;
 Hintern Hopfengarten 349;
 Hintern Brüdern 44, 66, 199;
 Hintern lieben Frauen 134;
 Höfenstraße 52, 132;
 Höhe 134;
 Husarenstraße 284;
 Jöddenstraße 59;
 Juliusstraße 200;
 Käthgenhagen 130, 201, 234;
 Kaiserstraße 41, 352;
 Kaiser-Wilhelmstraße 125, 354;
 Kastanienallee 284;
 Königstiege 227, 239, 239, 244;
 Kreuzstraße 20, 44;
 Kreuzstraße fl. 224;
 Küchenstraße 59;
 Langedammstraße 333, 349;
 Langerhof 374;
 Langestraße 214, 238, 342;
 Leonhardsplatz 262;
 Leonhardsstraße 230;
 Leopoldstraße 123, 129, 137, 354;
 Lessingplatz 19;
 Luifenstraße 309;

Magnifikirchstraße 129;
 Marstall 33;
 Masch, an der 78, 242;
 Maschstraße 130, 163, 355;
 Meinhardshof 289;
 Mönchstraße 303;
 Moltkestraße 354;
 Neue Promenade 207, 234, 284;
 Neuestraße 164;
 Nordstraße 199;
 Nußbergstraße 353;
 Osterstraße 158, 246, 302;
 Othilientheil 124;
 Ottmerstraße 284;
 Parkstraße 284;
 Petrikirche, an der 199;
 Petristraße 135;
 Pflegehausstraße 128;
 Reichenbergstraße 298;
 Reichenstraße 352;
 Ringstraße 20, 41, 221;
 Ritterstraße 81, 148, 245;
 Rosenhagen 198;
 Rosenstraße 374;
 Roßstraße 74, 190, 209;
 Salzdhumerstraße 57, 79, 142, 284;
 Sandweg 79, 305;
 Scharnstraße 163;
 Schöppenstedterstraße 234;
 Sidonienstraße 284;
 Siegesplatz 19;
 Sophienstraße 284;
 Spielmannstraße 284;
 Spinnerstraße 33, 147, 227;
 Stecherstraße 134;
 Steinweg 207;
 Stobenstraße 233;
 Tüschstraße 333;
 Taubenstraße 130;
 Thomaestraße 16, 60, 128, 134;
 Wabestraße 57, 123;
 Wendenmaschstraße 125, 298;
 Wendenthor, am 233;
 Wendenstraße 162, 189, 200, 245;
 Werder 43, 130;
 Weststraße 245, 251;

XVIII

- Wilhelmstraße 56, 356;
 Wörthstraße 335;
 Wolfenbüttlerstraße 11, 15, 131;
 Wollmarkt 19, 144;
 Zimmerstraße 353.
- Zeich** im neuen Bürgerparke 60.
Teilortsbauplan betr., s. Aenderung des Orts-
 bauplanes.
Thurmuhren-Regulirung 142.
Tod eines Stadtverordneten 313, 357.
Truppen-Casernirung 348.
- Ueberbrückung** der Oker 332.
Uebereinkommen wegen des Jung'schen Grund-
 stücks 233, 291.
Uebergang von Grundstücken nach Lehdorf 43.
Uebnahme der Domaine Steinhof 191, 225.
Uebnahme von Straßen 32, 199, 302.
Ueberweisung eines Legates 284.
Ueberweisung eines Ortsbauplanes 308.
Unterstützung gemeinnütziger Unternehmungen
 11, 12, 72, 147.
Untersuchung von Quellwasser 104.
Urania. Abkommen mit der 304.
Urkunden-Herausgabe 243.
- Verbesserung** eines Brückenüberganges 207.
Verein für öffentl. Gesundheitspflege 10, 242.
Vergebung von Steinmearbeiten 10, 374.
Vergroßerung eines Platzes 20.
Verkauf von Apparaten der Reinigungs-
 station 62.
Verkauf von Bauplätzen und Straßenflächen
 41, 79, 122, 245, 247, 251, 305.
Verkauf von Obligationen 307.
Vermächtniß 140.
Vermehrung der Nachtwächterstellen 256, 277,
 350.
- Verpachtung** der Eisenbüttler Mühlen 328.
Verpachtung der Rathssbleiche 231, 301.
Verpachtung der städt. Fischerei 290, 373.
Verpachtung des Altstadt-Rathhauseckers 61,
 73, 285.
Verpflichtung der Stadt wegen der neuen
 Kirchengemeinden 369.
Vertrag über die Militair-Badeanstalt 226.
Vertrag wegen Verlängerung der Bergstraße 15.
Vertrauliche Sachen 314, 329.
Verwilligung für die Gartenbauschule 147.
Viehzahlungs-Kosten 247.
Volksbrausebad 253.
Volkswirthschaftlicher Congreß 195, 360.
Vorrichtungen auf dem k. Exercierplatze 312,
 336.
Vorschriften für Arbeitercasernen 58.
Vorschuß für die Gemeine-Kirchencasse 135.
Vorsitzender. Mittheilungen desselben 357;
 Wahl desselben 3.
- Wahl** der Ausschüsse 5, 7.
Wahl der Vorsitzenden, des Protocollführers
 und des Schriftführers 3.
Wahl eines Stadtv. zu Cassenrevisionen 288.
Wahl von Deputirten zum Städtetage 58.
Wasserrohr-Legung 11, 123, 124, 130, 131.
Wasser-Versorgung 11, 57.
Wasserwerke 288.
Wegebaukosten-Beiträge 44, 348.
Wiesenverpachtung 144, 231.
Wirthschafts-Rechnungen 288.
- Zahlungserleichterung** bei Canalan schlüssen
 166, 175.
Zuziehung des Stadtbauraths Winter 167.
Zwangse enteignungen 134, 134, 300, 360,
 374.
Zweigcanal-Anlegung 86, 141.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 6. April 1893.

I. Wahl der Vorsitzenden, des Protocollführers und des Schriftführers . . .	Seite 3
II. Wahl der Ausschüsse etc.	" 5
III. Wahl der Ausschüsse zur Einschätzung der Steuerpflichtigen	" 7
IV. Einweihung der katholischen Schule	" 7
V. Dauer des Amtes der Stadtverordneten	" 7
VI. Bewilligung einer Remuneration für den Protocollführer	" 8

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer, Meyer und Ramdohr und Assessoren von Frankenberg und Reidemeyer.

Herr Oberbürgermeister Pockels eröffnet die Sitzung mit dem Bemerken, daß er den bestehenden Vorschriften gemäß die Mitglieder der Versammlung eingeladen habe, um sich unter dem Voritze des Alterspräsidenten zu constituiren. Nach den eingezogenen Erkundigungen sei der im Jahre 1826 geborene Herr August Sievers das an Lebensjahren älteste Mitglied der Versammlung und bitte er denselben, wenn nicht ein noch älteres Mitglied der Versammlung angehöre, den Vorsitz zu übernehmen.

Herr Sievers (den Vorsitz übernehmend) bemerkt, daß dem Alterspräsidenten nach §. 54 der Städteordnung die Aufgabe zufalle, die Wahl des Vorsitzenden und Protocollführers, sowie der Stellvertreter derselben zu leiten. Bevor dieses geschehe, halte er es indessen für praktisch, die Namen der jetzigen Stadtverordneten vorzulesen und dieselben zu bitten, sich zwecks gegenseitiger Vorstellung bei Nennung des Namens von dem Plaze zu erheben. (Geschieht.)

Die Namen der Stadtverordneten, alphabetisch geordnet, sind folgende :

Laufende №.	Des Stadtverordneten		Gewählt		Laufende №.	Des Stadtverordneten		Gewählt	
	Name	Stand	v. d. Classe	im Bezirk		Name	Stand	v. d. Classe	im Bezirk
1	Aßmann	Tischler	III	III	20	Meyer, Aug.	General-agent	II	IV
2	Bäsecke, Dr.	Apotheker	I	IV	21	Meyerhoff	Schlossermeister	II	I
3	Bauermeister	Sattlermstr	III	II	22	Müller, Carl Ad.	Kaufmann	II	II
4	Blasius, H., Prof. Dr. med.	Arzt	II	III	23	Nieß	Zimmermeister	III	IV
5	Boller	Fabrikant	I	IV	24	Peplies	Schneider	III	III
6	Brückmann	Fabrikant	II	IV	25	Riefe	Maurer	III	III
7	Bührmann	Kaufmann	II	III	26	Rimpau, Arn.	Kaufmann	I	I
8	Bültemann	Deconom	III	I	27	Rudeloff	Regierungsrath	II	III
9	Bues	Gastwirth	III	I	28	Seele	Kaufmann	I	III
10	Ebeling	Deconom	III	IV	29	Semler	Rechtsanwalt und Notar	I	IV
11	Günther	Buchdruckereibes.	III	II	30	Sievers, Aug.	Rentner	II	I
12	Halle	Seilerstr.	III	II	31	Uhde	Professor	I	II
13	Hauswaldt	Kaufmann	I	I	32	Wagner, Gust.	Rentner	II	II
14	Jüdel	Commerz.-Rath	II	I	33	Weber	Fabrikant	I	III
15	Kathe	Hofwagenfabrikant	I	II	34	Wolff	Rechtsanwalt und Notar	I	II
16	Lange	Fabrikant	III	IV	35	Wollenweber	Schlachtermeister	III	I
17	Löbbecke, Alfr.	Kaufmann	I	III	36	Wolters, Carl	Bierbrauereibesitzer	I	I
18	Löschigt	Brennereibesitzer	II	IV					
19	Lord	Hofbuchhändler	II	II					

I. Wahl der Vorsitzenden, des Protocollführers und des Schriftführers.

Nachdem der Herr Vorsitzende festgestellt hatte, daß die sämmtlichen Herren Stadtverordneten in der Versammlung anwesend waren, erläuterte derselbe, daß sich die Art und Weise der Protocollführung gegen früher etwas ändere. Bisher sei ein Protocollführer gewählt, welcher der Versammlung nicht als Mitglied angehört habe und daneben als Stellvertreter desselben ein Mitglied der Versammlung. Nach §. 63 der Städteordnung, welcher laute:

„Ueber die Verhandlungen und das Ergebniß der Abstimmungen ist ein Protocoll zu führen, welches nach erfolgter Vorlesung und Genehmigung von dem Vorsitzenden und Protocollführer unterschrieben werden muß. — Der Inhalt der in den öffentlichen Sitzungen stattgehabten Verhandlungen kann von den Stadtverordneten auf angemessene Weise veröffentlicht werden,“

solle noch ein kurzes, am Schlusse der Sitzung zu verlesendes Protocoll aufgenommen werden, während bisher nach stenographischen Aufzeichnungen ein ausführlicher Bericht, der die Stelle des Protocolles mit vertreten habe, geliefert sei. Um nun einerseits dem Geseze zu genügen und andererseits den sehr wichtigen ausführlichen Bericht nicht entbehren zu müssen, sei im §. 8 des Verwaltungsstatuts eine Bestimmung getroffen, nach welcher mit Führung des Sitzungsprotocolls ein hierzu vereideter städtischer Beamter, den die Versammlung im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate wähle, dauernd beauftragt und daneben durch eine von den Stadtverordneten gewählte Persönlichkeit ein Bericht über die in den öffentlichen Sitzungen stattgehabten Verhandlungen verfaßt werde. Mit diesem erweiterten Berichte solle dann in bisheriger Weise verfahren werden. Der Ältesten-Ausschuß der Versammlung, welcher sich bereits damit beschäftigt habe, Vorschläge zur Besetzung der Commissionen u. zu machen, sei der Ansicht, daß der zu wählende Schriftführer auch als Stellvertreter des Protocollführers fungiren könne, und werde ein dementsprechender Vorschlag hinterher gemacht werden.

Es sei nunmehr zur Wahl des Vorsitzenden zu schreiten. Ueber die Art und Weise der Wahl besage Gesez und Statut nichts. Wenn diese Wahl in der Regel auch durch Stimmzettel vorgenommen sei, so erscheine es doch nicht ausgeschlossen, dieselbe auf Antrag der Versammlung durch Zuzuf vorzunehmen. Der Ältesten-Ausschuß schlage die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden, Herrn Semler, vor in Würdigung der Unparteilichkeit und Umsicht, mit welcher derselbe die Verhandlungen bislang geleitet habe. Da jedoch durch diesen Vorschlag der Entschließung der Versammlung in keiner Weise vorgegriffen werden solle, so bitte er eventuell um andere Vorschläge.

Herr Günther beantragt, die Wahl, in Uebereinstimmung mit der bisherigen Handhabung, durch Stimmzettel vorzunehmen.

Nachdem der Herr Vorsitzende die Stadtverordneten Blasius und Meyer zu Stimmzählern bestimmt hatte, wird zunächst zur Wahl des Vorsitzenden mittelst Stimmzettel geschritten. Bei dieser Wahl gelangen 36 Stimmzettel zur Abgabe, von denen 31 den Namen des Herrn Semler tragen, während 4 Zettel unbeschrieben sind und 1 Zettel mit dem Namen des Herrn Wolff beschrieben ist.

Herr Semler ist demnach zum Vorsitzenden gewählt und nimmt die Wahl an.

Wie der Alters-Präsident, Herr Sievers, weiter mittheilt, ist für die Stelle des stellvertretenden Vorsitzenden wiederum Herr Wolff in Aussicht genommen.

Nach Vollziehung dieser Wahl wird festgestellt, daß wiederum 36 Stimmzettel abgegeben sind, von denen 33 den Namen des Herrn Wolff tragen und 3 unbeschrieben sind.

Herr Wolff nimmt die auf ihn gefallene Wahl ebenfalls mit Worten des Dankes an.

Für die Stelle des Protocollführers, welcher im Einverständnisse mit dem Magistrate zu wählen ist, hat Letzterer den Magistratssecretair Bock vorgeschlagen und schließt sich der Aeltesten-Ausschuß diesem Vorschlage an.

Auf Antrag des Herrn Blasius findet die Wahl durch Zuruf statt und wird der Magistratssecretair Bock einstimmig zum Protocollführer gewählt.

Herr Oberbürgermeister Pockels stellt darauf der Versammlung den neu gewählten Protocollführer vor.

Der Vorsitzende, Herr Sievers, bemerkt weiter, daß der Aeltesten-Ausschuß zum Stellvertreter des Protocollführers den bisherigen Protocollführer, Eisenbahn-Betriebs-Secretair Ruthe, in Aussicht genommen habe.

Herr Semler giebt anheim, von dieser Wahl abzusehen, da Letzterer als Stenograph der Versammlung gar nicht in der Lage sein werde, neben seinem Stenogramm noch ein am Schlusse der Sitzung zu verlesendes Protocoll zu fertigen. Man könne von der Wahl eines Stellvertreters ganz absehen, da der Magistrat bei Behinderung des Protocollführers einen Stellvertreter abordnen werde.

Die Versammlung schließt sich diesen Ausführungen an.

Der Herr Vorsitzende läßt nunmehr zur Wahl des Schriftführers, als welcher der bisherige Protocollführer und Stenograph der Versammlung, Eisenbahn-Betriebs-Secretair Ruthe, in Vorschlag gebracht ist, schreiten. Derselbe wird durch Zuruf gewählt.

Herr Sievers übergiebt darauf den Vorsitz an den neugewählten Vorsitzenden, Herrn Semler.

II. Wahl der Ausschüsse etc.

Die entsprechenden Vorschläge des Ältesten-Ausschusses liegen gedruckt vor und sind zur Vertheilung gelangt.

Herr Günther giebt anheim, diejenigen Wahlen, bei welchen Aenderungen gegen die Vorschläge des Ältesten-Ausschusses gewünscht werden, durch Stimmzettel vorzunehmen.

Die — soweit nicht anders angegeben mittelst Zurfes vorgenommenen — Wahlen haben folgendes Ergebnis: Es werden gewählt:

in das Kirchen- und Stiftungscassen-Collegium Herr Meyer;

in den Schulvorstand Herr Hauswaldt;

in den Schulvorstand für die beiden Mädchenschulen Herr Rudeloff mit 34 Stimmen und Herr Wagner mit 32 Stimmen, während 2 Zettel unbeschrieben sind und je 1 Stimme auf die Herren Hauswaldt und Rimpau entfällt;

in die Deputation für die städtische Oberrealschule die Herren Voller und Müller;

in die Deputation für die städtische Gewerbeschule die Herren Rieß und Uhde.

Vor der Wahl der Schulcommission beantragt Herr Rieke an Stelle des Herrn Rudeloff Herrn Günther zu wählen.

Gewählt werden darauf in die Schulcommission mittelst Stimmzettel die Herren Blasius, Bührmann und Müller mit 36 Stimmen, Hauswaldt mit 35 und Rudeloff mit 32 Stimmen, während Herr Günther 5 Stimmen erhält.

Die Statutencommission wird mittelst Zurfes den Vorschlägen des Ältesten-Ausschusses gemäß zusammengesetzt aus den Herren Blasius, Brückmann, Halle, Rudeloff, Semler, Uhde und Wolff.

Der Vorschlag des Herrn Rieke, an Stelle des Herrn Blasius Herrn Ackmann in die Statutencommission zu wählen, wird abgelehnt.

Herr Günther bringt für die Finanzcommission Herrn Peplies in Vorschlag und bemerkt, daß er, wie schon bei Beginn der Commissionswahlen erwähnt, es nicht für geeignet halten könne, in solchem Falle die Wahl durch Zurf vorzunehmen.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß nach §. 17 des Verwaltungsstatuts die Art der Abstimmung von dem Vorsitzenden bestimmt und dieser in seiner

Entschließung nur durch einen entgegenstehenden Beschluß der Versammlung behindert werde.

Den Antrag des Herrn Günther, die Wahl der Mitglieder der Finanzcommission durch Stimmzettel vorzunehmen, lehnt die Versammlung ab.

In die Finanzcommission werden darauf mittelst Zurieses gewählt die Herren Födel, Löhbecke, Lord, Meyer, Rimpau, Seele und Sievers;

in das Stadtbauamt die Herren Hauswaldt, Rathe, Lange und Weber.

Vor der Wahl der Baucommission bemerkt Herr Halle, daß er es für zweckmäßig gehalten haben würde, Herrn Meyerhoff mit in die Commission zu wählen und er geglaubt habe, der Ältesten-Ausschuß würde den Genannten mit in Vorschlag bringen, was indessen nicht geschehen sei.

Der Herr Vorsitzende entgegnet, daß es vom Ältesten-Ausschusse nicht für angemessen erachtet sei, für die Baucommission lauter Werkmeister und Bauverständige in Vorschlag zu bringen und aus diesem Grunde Herr Meyerhoff nicht mit in die Candidatenliste aufgenommen sei.

Herr Meyerhoff bemerkt, daß er weder Bauverständiger im Sinne des Wortes, noch Bauunternehmer, sondern Schlossermeister sei.

Die Wahl des Herrn Meyerhoff wird indessen abgelehnt und die Baucommission zusammengesetzt aus den Herren Bültemann, Nieß, Rieke, Uhde und Wolters.

In den Gesundheitsrath wählt die Versammlung die Herren Bäsecke, Blasius und Meyerhoff.

Für die Deputation für die Gas- und Wasserwerke sind in Vorschlag gebracht die Herren Födel, Lange, Löhbecke und Sievers.

Herr Löhbecke bittet, von seiner Wahl in diesem Falle abzusehen, da er in seinem Hause weder Gas noch Wasser habe.

Herr Lord empfiehlt im Falle der Berücksichtigung dieses Wunsches Herrn Meyerhoff in die Deputation zu wählen.

Die Versammlung entscheidet sich indessen für die zuerst vorgeschlagenen vier Herren.

Ferner werden gewählt:

in die Canalbau-Deputation die Herren Blasius und Uhde;

in die Quartierbehörde die Herren Ebeling und Löschnitz und als deren Stellvertreter die Herren Pöplies und Wollenweber;

in die Commission für die Einschätzung zur Gewerbesteuer die Herren Voller, Löschnitz, Seele und Weber;

in die Deputation für das Schlachthaus die Herren Blasius und Meyer;

in den Vorstand der katholischen Schule Herr Rudeloff und
in die Straßenreinigungs-Deputation die Herren Bültemann und
Halle.

Damit sind die Commissionswahlen beendet.

Herr Sievers giebt seinem Bedauern Ausdruck, daß die Deputation für den
Bürgerpark ausgefallen sei und möchte wünschen, daß dieselbe noch eine Zeitlang
bestehen bleibe.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß es sich dabei um eine gemischte Depu-
tation handle, mit deren Einsetzung der Magistrat einverstanden sein müsse.
Letzterer habe aber die Ansicht vertreten, daß die Wiedereinsetzung derselben keinen
Zweck habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß es sich nach der Ansicht des
Magistrates jetzt nur um die Wahl solcher gemischten Deputationen handle, welche
zur dauernden Verwaltung von Geschäftszweigen, nicht aber zur Besorgung ein-
zelner Geschäfte eingesetzt seien. Die Parkdeputation habe dagegen nur einen ein-
zelnen Auftrag zu erledigen gehabt und gehöre daher nicht zu den dauernden Ein-
richtungen der städtischen Verwaltung.

Der Gegenstand wird damit verlassen.

III. Wahl der Ausschüsse zur Einschätzung der Steuerpflichtigen.

Die Wahl findet der Bestimmung im §. 58 des Verwaltungsstatuts gemäß in
vertraulicher Sitzung statt.

IV. Einweihung der katholischen Schule.

Wie der Herr Vorsitzende bekannt giebt, hat der Vorstand der katholischen
Schule die Mitglieder der Versammlung zur Theilnahme an den Feierlichkeiten der
Einweihung der neu erbauten katholischen Schule, welche am Mittwoch, den 12. d. Mts.,
Vormittags 9 Uhr, beginne, eingeladen.

Die Mittheilung wird zur Kenntniß genommen.

V. Dauer des Amtes der Stadtverordneten.

Nach der Vorschrift in §. 41 der Städteordnung ist bei einer Neuwahl
sämmlicher Stadtverordneten durch das Loos zu bestimmen, welche Mitglieder
nach 2, beziehungsweise 4 Jahren ausscheiden sollen. Auf Grund der von dem
Herrn Vorsitzenden nach Maßgabe dieser Bestimmung veranlaßten Ausloosung,
welche nach Wahlklassen und Wahlbezirken getrennt vorgenommen wird, haben von
den 36 Stadtverordneten auszuscheiden:

nach zwei Jahren

die Herren Rimpau, Sievers, Bültemann, Rathe, Wagner, Bauermeister, Seele, Rudeloff, Pöplies, Voller, Brückmann und Lange;

nach vier Jahren

die Herren Wolters, Südel, Wollenweber, Wolff, Lord, Günther, Löhbecke, Blasius, Alßmann, Semler, Meyer und Nieß;

nach sechs Jahren

die Herren Hauswaldt, Meyerhoff, Bues, Uhde, Müller, Halle, Weber, Bührmann, Rieke, Bäsede, Löschigt und Ebeling.

VI. Bewilligung einer Remuneration für den Protocollführer.

Da der zum Protocollführer der Versammlung gewählte Magistratssecretair Bod sein Amt theilweise außerhalb seiner Bureauzeit auszuüben hat, so beantragt der Magistrat, demselben eine Remuneration von jährlich 150 M zu bewilligen.

Der Antrag wird angenommen.

Nachdem hierauf noch das Protocoll über die heutige Sitzung verlesen und genehmigt war, wird dieselbe geschlossen.

Dauer: 5—6¹/₂ Uhr.

1893/94.

N^o 2.

B e r i c h t
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 4. Mai 1893.

Tagesordnung:

I. Legung eines größeren Wasserrohres in der Wolfenbüttlerstraße	Seite 11
II. Unterstützung der Petrigemeindepflege	" 11
III. Reparatur eines Gasbehälters an der Bahnhofstraße	" 11
IV. Unterstützung der Braunschweigischen Baugenossenschaft	" 12
V. Auflassung zweier Theilgrundstücke der Eisenbüttler Wiesen	" 15
VI. Vertrag wegen Verlängerung der Bergstraße	" 15
VII. Aenderung des Ortsbauplanes der nordwestlichen Außenstadt	" 15
VIII. Baulinie an der Catharinenkirche	" 17
IX. Gesuch um Ermäßigung von Straßenbaukosten	" 18
X. Baulinie am Wollmarke	" 19
XI. Baulinie am Sieges- und Lessingplatze	" 19
XII. Vergrößerung eines Platzes im Ortsbauplane	" 20
XIII. Die neue Straßenpolizeiordnung	" 20
XIV. Uebernahme einiger Straßen als Ortsstraßen	" 32
XV. Gebühren für Benutzung des Desinfectionsapparates u.	" 32
XVI. Erwerb von Straßenflächen am Markalle	" 33
XVII. Straßenbaukosten für die Spinnerstraße	" 33
XVIII. Anfrage des Herrn Lange wegen des Ausbaues der Gertrudenstraße	" 34
XIX. Selbstständiger Antrag des Herrn Rudeloff auf Einrichtung einer städtischen Centralstelle für Arbeitsvermittlung	" 35

XX.	Anfrage des Herrn Hauswaldt wegen Freigabe der Brücke nächst der Hennebergstraße	Seite 36
XXI.	Anfrage des Herrn G ü n t h e r wegen Verzögerung des Stadthausbaues	„ 37
XXII.	Selbstständiger Antrag des Herrn Hauswaldt auf Freigabe der Brücke nächst der Hennebergstraße	„ 37

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer und Meyer, sowie Assessor Heidemeister; später erscheint noch Herr Stadtrath Ramdohr.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und macht Mittheilung von folgenden Eingängen:

1. Der Steinmetz Friedrich Linz hat im Auftrage der Steinmetzgehülfen Braunschweigs die Abschrift einer an den Magistrat gerichteten Eingabe übersandt, in welcher gebeten wird, die Steinmetzarbeiten zum neuen Stadthause am hiesigen Plage von hier wohnenden Steinmetzgehülfen ausführen zu lassen. Nach der Gepflogenheit der Versammlung wird das Gesuch unberücksichtigt gelassen, da der Magistrat zu demselben noch nicht Stellung genommen hat.

2. Der Verein für öffentliche Gesundheitspflege für das Herzogthum Braunschweig hat an den Magistrat eine Eingabe mit der Bitte gerichtet, dieselbe auch der Versammlung vorlegen zu wollen. In dieser Eingabe wird gebeten, alle zur Assanirung der Stadt erforderlichen Maßregeln zu treffen und werden als solche Vorbeugungsmaßregeln besonders die folgenden bezeichnet: I. Die Einrichtung einer oder mehrerer den Anforderungen der Wissenschaft voll entsprechenden Desinfectionsanstalten und die Ausführung der Wohnungsdesinfection durch ein geschultes, zuverlässiges und ständig controlirtes Personal ist unbedingt erforderlich. II. Die möglichst schnelle Beendigung der Canalisirung von Braunschweig, insbesondere der Innenstadt, die sofortige obligatorische Zuleitung aller Abfallstoffe seitens der Hausbesitzer, sowie die schleunigst einzurichtende Reinigung der Abwässer durch Berieselung ist dringend geboten. III. Die noch vorhandenen inneren Okerarme, insbesondere der Burgmühlengraben sind bis zu ihrer Einmündung in die Oker zu canalisiren. IV. Es ist ein ärztlicher Verwaltungsbeamter anzustellen, dessen Aufgabe die Ueberwachung des Gesundheitszustandes und der zum Schutze desselben getroffenen Anordnungen, sowie die Beurtheilung einer genauen Medicinalstatistik ist. Derselbe darf andere als Hospital- oder Consultationspraxis nicht betreiben und ist angemessen zu besolden.

Der Magistrat überreicht diese, eingehend begründete Eingabe mit dem Bemerken, daß er bereits vor einiger Zeit aus eigener Initiative die Herzogliche Polizei-Direction um Herbeiführung eines Gutachtens des Gesundheitsrathes über die Frage wegen Ausbildung von Mannschaften zur Ausführung von Woh-

nungsdesinfectionen ersucht habe und er sich vorbehalte, je nach dem Ausfalle jenes Gutachtens demnächst besondere Anträge zu stellen. — Das Schreiben wird in der Versammlung herumgereicht.

3. Vom Schuldirector Schaarschmidt ist eingegangen der 9. Bericht des Sparvereins für Confirmanden und der 12. Bericht über die Sommerpflegen kränklicher armer Schulkinder. — Beide Sachen gelangen zur Vertheilung.

Sodann wird zur Berathung der Tagesordnung geschritten.

I. Legung eines größeren Wasserrohres in der Wolfenbüttlerstraße.

Das in dem oberen Theile der Wolfenbüttlerstraße liegende Wasserrohr hat sich als ungenügend zur Versorgung des betr. Stadttheiles mit Wasser erwiesen. Der Magistrat beantragt daher, zu genehmigen, daß das Wasserrohr in der Wolfenbüttlerstraße auf der Strecke zwischen der Leisewitz- und Elmstraße gegen ein solches von 200 mm Weite und auf der Strecke von der Elm- bis zur Niederstraße gegen ein solches von 150 mm Weite ausgetauscht, sowie die hierfür erforderliche Summe im anschlagmäßigen Betrage von 8301 M bewilligt werde.

Namens der Finanzcommission befürwortet Herr Fiedel die Vorlage und die Versammlung genehmigt dieselbe.

II. Unterstützung der Petrigemeindepflege.

Von den durch den Ausbau der Klosterstraße erwachsenen Kosten fällt der Petrigemeindepflege ein Betrag von 2579 M 89 S zur Last. Das von dem Vorstande derselben eingereichte Gesuch auf Erlass dieser Summe erscheint, dem Magistrate nicht annehmbar, dagegen hat Letzterer in Aussicht gestellt, bei der Versammlung eine Beihilfe von 500 M aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde zu beantragen, was damit geschieht.

Herr Brückmann empfiehlt den Antrag zur Genehmigung und wird derselbe auch von der Versammlung angenommen, nachdem die Herren Halle und Stadtrath Netemeyer einige Bemerkungen daran geknüpft hatten und von Herrn Rudloff die Annahme besonders warm befürwortet war.

III. Reparatur eines Gasbehälters an der Bahnhofstraße.

Der im Jahre 1866 erbaute dritte Gasbehälter auf dem Gaswerke an der Bahnhofstraße ist in den oberen Schichten undicht geworden und bedarf der Verbesserung. Nach den angestellten Ermittlungen wird vermuthlich das obere Mauerwerk, welches aus Bruchsteinen besteht, bis auf etwa 1 m Tiefe zu beseitigen und der besseren Haltbarkeit wegen durch Bruchsteinmauerwerk zu ersetzen sein. Zur Ausführung dieser Reparaturen fordert der Magistrat eine Summe bis zu 6500 M an.

Als Referent befürwortet Herr Rieke den Antrag. Die in dem Kostenanschlage angelegten Preise seien angemessen und lassen erhoffen, daß auch den Maurergesellen ein ausreichender Lohnsatz gezahlt werde. Als es sich darum gehandelt habe, festzustellen, wie hoch sich die Transportkosten für 1 cbm Boden bei dem Teiche im neuen Bürgerpark belaufen, sei gesagt worden, daß dieselben höchstens 0,75 M bis 1 M betragen dürften; hier seien indessen für einen zweimaligen Transport 1,20 M eingestellt worden, obgleich es sich um eine bedeutend geringere Transportstrecke bei günstigeren Verhältnissen handle. Trotzdem wolle er an dem Preise nicht mäkeln, weil er der Meinung sei, daß bei gesunden Preisen auch eine Garantie für solide Bauausführung und ordentliche Bezahlung der Arbeiter geboten werde.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

IV. Unterstützung der Braunschweigischen Baugenossenschaft.

Auf Antrag der Braunschweigischen Baugenossenschaft ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß derselben auch in diesem Jahre mit Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit des von ihr ins Leben gerufenen Unternehmens eine Beihilfe von 1000 M zum 1. October d. Js. gewährt werde.

Wie Herr Baumeister berichtet, handele es sich hier seiner Ueberzeugung nach um einen sehr löblichen Zweck, dem man seine Hülfe angedeihen lassen wolle. Es seien von der Baugenossenschaft hübsche dreistöckige Häuser mit je 6 schön eingerichteten Wohnungen gebaut. Bei Prüfung der ganzen Einrichtung der Genossenschaft habe er es zuerst als eine Lücke empfunden, daß die späteren Eigenthümer der Genossenschaftshäuser nicht gehalten seien, immer an Genossenschaftsmitglieder zu vermieten; jedoch seien seine Bedenken nach einer Unterredung mit einem Vorstandsmitgliede der Genossenschaft beseitigt. Er bitte um Annahme der Vorlage.

Herr Altmann muß sich gegen die Bewilligung aussprechen, weil unmöglich eine bestimmte Anzahl hiesiger Einwohner eine Unterstützung aus der Stadtcasse erhalten könne. Es handle sich nicht um einen gemeinnützigen Zweck, wenn eine Anzahl Leute ihr Lage verbessern wolle. Wie schon hervorgehoben, seien die Hauseigenthümer nicht gehalten, nur an Genossenschafter zu vermieten, wenn sie auch nach den Statuten verpflichtet seien, die vorgeschriebenen Preise und Vorschriften eine bestimmte Zeit innezuhalten. Nach Ablauf dieser Zeit könnten sie aber nach freiem Ermessen mit ihren Grundstücken schalten und walten. Wenn die Stadt zu solchem Zwecke Aufwendungen machen wolle, müßte sie auch noch nach anderer Seite hin Remedur schaffen, da der übrige Theil der Einwohner dann auch den Anspruch erhalte, seine Wohnungen auf Kosten der Stadt zu verbessern.

Herr Südel ist der Ansicht, daß der Bau einer Anzahl guter Wohnungen zu billigem Preise — gleichgültig wer der Besitzer derselben sei — auch auf die übrigen

kleinen Wohnungen Einfluß ausüben werde, so daß der Allgemeinheit daraus namentlich auch insofern Vortheil erwachse, als dadurch die schlechten Wohnungen im Preise sinken. Was die Sache selbst angehe, so könne nicht Jemand, der ein Drittel des Kaufpreises für ein Haus abgezahlt habe, in seinem Besizthum auf ewige Zeiten beschränkt werden, sondern er sei an die Vorschriften der Genossenschaft dann nur noch drei Jahre gebunden. Nun komme neuerdings noch ein günstiges Moment hinzu. Die Alters- und Invaliditäts-Gesellschaft, welche statutengemäß einen Theil ihrer jährlichen Ueberschüsse zu Zwecken von Arbeiterwohnungen fortgebe, habe jetzt beschlossen, derartige Bauten der Baugenossenschaft ziemlich hoch zu $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen unter der Bedingung zu beleihen, daß die Preise der Wohnungen, wie sie von der Baugenossenschaft festgesetzt seien, unverändert bleiben müssen. Sobald Jemand diese Preise ohne Genehmigung der Versicherungsanstalt überschreite, werde die Hypothek gekündigt. Darin liege aber eine Garantie, daß die Wohnungen im Preise nicht steigen werden. Da nun die ganze Einrichtung seiner Meinung nach für die Allgemeinheit von Vortheil sei, so bitte er, den erbetenen Zuschuß umsomehr zu bewilligen, als derselbe nur als Ersatz für die erhobenen Straßenbaukosten angesehen werde. Wenn die Genossenschaft diesen Zuschuß nicht erhalte, würde sie außer Stande sein, Häuser mit so billigen Wohnungen noch ferner zu bauen.

Herr Ebeling kann auf Grund seiner Kenntniß der Häuser nur empfehlen, die Baugenossenschaft mit der beantragten bescheidenen Summe auch dieses Mal zu unterstützen. Der Zweck der Genossenschaft sei klar und in die Augen springend, denn während man früher die betreffenden Leute in elenden Wohnungen gesehen habe, finde man sie heute in guten und gesunden Wohnungen wieder.

Herr Stadtrath Ketemeyer will erläutern, aus welchem Grunde die Magistratsvorlage so dürftig begründet sei. Die Baugenossenschaft habe früher einmal gebeten, sie günstiger zu stellen, als andere Bauunternehmer, auf welchen Antrag der Magistrat nicht habe eingehen können; wohl aber habe er sich auf besonderen Wunsch der Stadtverordneten-Versammlung bereit erklärt, der Genossenschaft eine Unterstützung zu den Straßenbaukosten zu gewähren, was auch im vorigen Jahre schon einmal geschehen sei. Herrn Südel müsse er Recht geben, wenn derselbe den gemeinnützigen Zweck des Unternehmens darin finde, daß durch den Bau derartiger Wohnungen diejenigen Hausbesitzer, welche zu theueren Preisen schlechte Wohnungen bieten und mangels kleinerer Wohnungen auch bieten können, gezwungen werden, ihre Wohnungen besser in Stand zu setzen. Wenn Herr Alßmann aber glaube, gegen die Bewilligung sprechen zu müssen, so werde die Versammlung vermuthlich diesen Standpunkt nicht theilen.

Herr Halle kann nicht einsehen, warum die Stadt solche gemeinnützigen Bestrebungen nicht unterstützen solle, umsomehr als die Vortheile der Genossenschaft

doch nicht den Gründern des Vereins, sondern denjenigen Arbeitern zu Gute kommen, welche der Genossenschaft sich angeschlossen haben. Aus diesem Grunde hätte eigentlich Herr Asmann der Vorlage auch zustimmen sollen.

Herr Asmann hat darauf zu erwidern, daß er mit seinen Freunden gern bereit sei, eine Unterstützung zu bewilligen, sofern es sich um die Gesamtheit handle. Da aber nur sehr wenige Arbeiter 200 M aufbringen können und dieses nicht gerade diejenigen seien, welche die schlechtesten Wohnungen innehaben, so sei er gegen die Bewilligung. Die übergroße Mehrzahl der Arbeiter sei tatsächlich nicht im Stande, wöchentlich 50 S zu solchem Zwecke zu zahlen. (Widerspruch.) Mit dieser in eingeweihten Kreisen sehr bekannten Thatsache müsse man rechnen und deshalb protestire er gegen die Unterstützung Einzelner. Wenn die Versammlung in solchem Falle etwas thun wolle, so würden bald noch mehr Unterstützungsanträge von anderen Vereinen kommen, durch welche die Versammlung nur auf eine schiefe Ebene gerathen könne.

Herr Halle würde gern weiteren Bewilligungen zustimmen, wenn noch mehrere Vereine mit so gemeinnützigen Zwecken um Unterstützung bäten. Man könne sehr leicht sagen, es komme etwas der Gesamtheit nicht zu Gute, aber schwerer sei es schon, praktische Vorschläge zum Besseren zu machen.

Herr Rieke entgegnet, daß solche Vorschläge genug gemacht seien. Dem Bauunternehmer Jung habe man 84 000 M zum Bau billiger Arbeiterwohnungen gegeben, derselbe habe indessen Wohnungen zum Preise von 180 M bis 230 M gebaut, so daß der Arbeiter mit einem Einkommen von 600—700 M dieselben nicht bezahlen könne. Für die Stadt sei es so bequemer, sich dieser Sache zu entledigen. Einzelne Capitalisten erreichten damit auch noch andere Zwecke, welche wohl bekannt sein würden. Wenn Herr Halle meine, daß im vorliegenden Falle der Vortheil nur den Arbeitern zu Gute komme, so glaube er nicht, daß jene Capitalisten ihre Gelder auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt haben, dieselben würden sich vielmehr ihre Zinsen wohl auch ebenso gut wie andere berechnen. Er würde es principiell für das Richtige halten, wenn der Magistrat selber daran ginge und Arbeiterwohnungen baute.

Herr F ü d e l glaubt annehmen zu können, daß Herr Rieke mit seinen Aeußerungen hinsichtlich des Vortheiles der Capitalisten nicht die Baugenossenschaft gemeint habe, denn derselbe könne dreist annehmen, daß bei deren Gründung irgend welche weiteren Absichten, als den Arbeitern billige und gute Wohnungen zu verschaffen, seitens derjenigen wenigen Herren, welche ein Capital vorgestreckt haben, nicht vorgelegen haben. Allerdings müsse zugestanden werden, daß die Capitalien genau so verzinst werden, wie diejenigen Beträge, welche durch wöchentliche Einzahlungen aufkommen, weil man nicht die Absicht gehabt habe, Almosen zu geben, sondern sich an einem gemeinsamen Unternehmen zu betheiligen, was

auch in den Arbeiterkreisen als erwünscht angesehen sei. Herrn Nkmann habe er zu erwidern, daß eine ganze Anzahl von Arbeitern, welche der Baugenossenschaft angehören, nur ein Lohneinkommen von 700—800 M. haben. Sobald dieselben einen Antheil von 100 M. erworben haben, könnten sie schon an den Ausloosungen der Häuser theilnehmen. Bisher sei es immer so gemacht, daß diejenigen Herren, welche nur einen kleineren Antheil haben, hierbei zurückgetreten seien und diejenigen vorgelassen haben, welche einen größeren Antheil besäßen, damit die Baugenossenschaft noch mehr Häuser beschaffen könne. Es würde in der Genossenschaft mit großer Freude begrüßt werden, wenn noch mehr Arbeitnehmer ihr beitreten, weil das Ziel derselben sich leichter erreichen lasse, wenn statt 3—4 Häuser jährlich 30 Häuser erbaut werden könnten.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

V. Auflassung zweier Theilgrundstücke der Eisenbüttler Wiesen.

Der Magistrat ersucht um die Ermächtigung zur Auflassung zweier Flächen, welche von dem Großen Waisenhause im April 1889 und Juni 1890 an den Bäckermeister Hohmann und den Destillateur Böwig verkauft, aber noch nicht aufgelassen sind. Die Auflassung kann ohne Genehmigung des Magistrats nicht erfolgen, weil die Eisenbüttler Wiesen inzwischen an die Stadtgemeinde verkauft sind.

Die Vorlage wird auf Befürwortung des Referenten, Herrn Rudeloff, angenommen.

VI. Vertrag wegen Verlängerung der Bergstraße.

Der Hof-Dachdeckermeister Maring hat gebeten, die Bergstraße nach Osten bis an die künftige Ringsstraße als Ortsstraße auszubauen und sich verpflichtet, die dadurch erwachsenden Kosten zu übernehmen. Der Magistrat ersucht, den mit Maring dieserhalb aufgenommenen Vertrag zu bestätigen.

Der Antrag wird von Herrn Hauswaldt befürwortet und von der Versammlung genehmigt.

VII. Aenderung des Ortsbauplanes der nordwestlichen Außenstadt.

In Sachen, betr. die Aenderung des Ortsbauplanes für die Section XI der nordwestlichen Außenstadt hat zunächst der Destillateur Brendecke gebeten, einer dort projectirten Straße nur eine Breite von 14 statt 16 m zu geben, weil sonst sein Haus Nr. 4770 in Wegfall kommen würde. Da es wünschenswerth erscheint, die größere Breite der außenstädtischen Straßen beizubehalten, empfiehlt der Magistrat, die Einsprache zu verwerfen.

Sodann hat der Kaufmann Hermann Witte unter Berufung auf den mit ihm wegen Ausbaues der verlängerten Thomastraße abgeschlossenen Vertrag gegen die Aufnahme einer Theilstrecke desselben Straßenzuges Einsprache erhoben. Auf Empfehlung der städtischen Bauverwaltung und des Stadtbauamtes wird vom Magistrat beantragt, die von Witte beanstandete Straßens Strecke fallen zu lassen und als deren Ersatz eine andere Strecke unter Anpassung der angrenzenden Strecken in den Ortsbauplan aufzunehmen.

Die Baucommission erklärt sich nach dem Berichte des Herrn Uhlde mit den Anträgen des Magistrates vollständig einverstanden und giebt anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Halle bittet, darauf Bedacht zu nehmen, daß in Zukunft den Mitgliedern der Versammlung wieder autographirte Uebersichtspläne von solchen Aenderungen des Ortsbauplanes überwiesen werden, damit man sich ein klares Bild von der beabsichtigten Aenderung machen könne, welchem Wunsche sich Herr Rieke anschließt.

Herr Nieß möchte bitten, im Vertrauen auf die fachverständigen Ausführungen des Herrn Berichterstatters die Aenderungen, welche eine Verbesserung in sich schließen, gutzuheißen.

Herr Blasius beantragt, die Beschlußfassung auszusetzen, da nach dem vorliegenden Plane der Garten des Rudolphstiftes durch die neue Straße durchbrochen und Braunschweig wieder den Verlust eines großen schönen Gartens zu beklagen haben würde. Mit Rücksicht darauf, daß die größeren Gärten die Athmungsluft für die Stadt abgeben und er sich von der Nothwendigkeit der projectirten Straße als directer Verkehrsstraße nicht überzeugen könne, müsse er um Vertagung der Beschlußfassung bitten, obwohl Herr Stadtrath Metemeyer gerade den Durchbruch des betr. Gartens als einen Vorzug für das Straßenproject betrachtet haben solle.

Herr Stadtrath Metemeyer erklärt diese letztere Aeußerung für nicht zutreffend. Der Vorstand des Rudolphstiftes habe sich mit der Frage beschäftigt, ob er gegen das Straßenproject Einwendungen erheben wolle und sei zu dem Entschlusse gekommen, davon abzusehen, weil der Garten für die zwölf Zöglinge noch reichlich groß sei und bei Durchführung der Straße die Stadt durch Bezahlung des jetzigen Hauses die Möglichkeit eröffne, daß auf dem Reste des Gartens ein neues Haus errichtet werden könne. Aus diesem Grunde habe er als Mitglied des Vorstandes wohl geäußert, daß er das Straßenproject als eine große Schädigung des Stiftes nicht ansehen könne.

Herr Nieß will noch darauf aufmerksam machen, daß bei Durchführung des älteren Projectes möglicherweise einem Anlieger im Wege des Processes noch eine

Entschädigung auszusahlen sei, aus welchem Grunde sich die Annahme der jetzigen Vorlage besonders empfehle.

Herr Stadtrath Netemeyer erwidert, daß von der Zahlung einer Entschädigung an Witte schon deshalb nicht die Rede sein könne, weil der Magistrat der von diesem beanstandeten Straße jetzt nicht mehr zustimmen werde.

Die Zurückweisung der Vorlage an die Commission wird darauf beschlossen.

VIII. Baulinie an der Catharinenkirche.

In Veranlassung eines von dem Bauunternehmer Franz Ehrhardt eingebrachten Antrages auf Feststellung der Fluchtlinie für sein an der Catharinenkirche unter *N.* 10 gelegenes Grundstück hat das Stadtbauamt für die Südseite dieser Straße einen Theilortsbauplan aufgestellt, dessen Genehmigung der Magistrat anheimgibt, und Herr U h d e namens der Baucommission empfiehlt.

Der Herr Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß die Annahme der Baulinie allerdings wieder Tausende kosten werde, obwohl die Regulirung der Straße keinen großen Werth habe.

Herr Meyerhoff kann sich der letzteren Auffassung nicht anschließen. Wenn auch viele Architekten die krummen Baulinien loben mögen, so halte er mit Rücksicht auf die vielen krummen Straßen der Stadt doch eine Begradigung für wünschenswerth; aus welchem Grunde er bitte, die Begradigung in dem vorliegenden Falle gut zu heißen.

Der Herr Vorsitzende entgegnet, daß gerade durch die Annahme der vorgeschlagenen Baulinie dem Wunsche des Herrn Meyerhoff nicht Rechnung getragen werde, indem dann Ecken und Winkel auf lange Jahre hinaus entstehen werden. Es erscheine ihm daher zweifelhaft, ob es besser sei, eine vollständig gerade Baulinie mit Ecken und Winkeln zu schaffen, oder eine nicht ganz gerade Baulinie, die sich den Verhältnissen möglichst anpasse.

Herr Blasius schließt sich diesen Bedenken an und bittet um Auskunft, wie viel die Grabelegung der Straßen der Stadt kosten würde. Sofern die Kosten zu hoch werden würden, möchte er für eine minder kostspielige Baulinie eintreten.

Herr Hauswaldt will Herrn Meyerhoff erwidern, daß unsere Vorfahren trumm und winkelig gebaut haben, weil sie Geschmack besaßen haben und man jetzt die Baulinie ans Lineal lege, weil man keinen Geschmack besitze. Gerade Baulinien seien geschmacklos und kostspielig. Er möchte wünschen, daß solchen Anträgen auf Begradigung von Baulinien immer ein Kostenanschlag beigegeben würde.

Herr Stadtrath Netemeyer bemerkt, daß bei dem vorliegenden Projecte 49 qm zur Straße abzutreten und 0,3 qm an dieselbe anzuschneiden seien. Dieses Terrain schon vorher abzuschätzen und zu bewerthen, erscheine insofern bedenklich,

als bei etwaigen Expropriationen gesagt werden würde, der Magistrat habe den Grund und Boden in der und der Höhe selbst bewerthet.

Herr Günther tritt für die Begradigung solcher kurzen Straßenfronten ein, weil den heutigen Verhältnissen die krummen Straßenlinien nicht mehr angepaßt seien und die Durchführung der Begradigung auch nicht zu theuer kommen werde.

Nachdem Herr Meyerhoff seine Bitte um Annahme der beantragten Bau-
linie nochmals vorgetragen hatte,

wird dieselbe von der Versammlung genehmigt.

IX. Gesuch um Ermäßigung von Straßenbaukosten.

Der Malermeister Theodor Meyerhoff bittet um Ermäßigung von Straßenbaukosten. Derselbe hat an Kosten des Ausbaues der vormaligen Fällersleberthortwete für sein daselbst neu errichtetes Wohnhaus 3002 M 28 S zu bezahlen. Zur Begründung des Gesuches wird angeführt, daß sein Nachbar Bachhaus zu den fraglichen Kosten keinen Beitrag geleistet und er daher, bei gleichem Recht für Alle, angenommen habe, auch frei von solchen Kosten zu sein. Der Ausbau der Fällersleberthortwete sei im allgemeinen öffentlichen Interesse erfolgt und müßte er daher auf Grund des §. 12 des Ortsbaustatuts von diesen Kosten befreit werden. Ferner seien die Kosten unverhältnißmäßig hoch, indem dieselben 26753 M 30 S für Terrainerwerb und nur 7165 M 21 S für Baukosten, somit 175 M 05 S für das laufende Meter Frontlänge betragen. Da der ganze Bültzenweg die Vortheile des Straßenausbaues genieße, müßten auch die sämmtlichen Grundstücke desselben zu den Kosten mit herangezogen werden.

Wie Herr Rudeloff namens der Statutencommission berichtet, hat der Antragsteller die gleichen Umstände schon in der Recursinstanz bei Herzöglichem Staatsministerium geltend gemacht, ist aber trotzdem abgewiesen. Auch der weitere, an den Magistrat gerichtete Antrag auf Herabsetzung der Veranlagung habe Berücksichtigung nicht finden können, ebenso werde nach der Ansicht der Statutencommission die Versammlung nicht in der Lage sein, für den Antragsteller einzutreten. Die Behauptung, daß derselbe von den Straßenbaukosten nichts gewußt habe, stehe mit der Thatsache im Widerspruche, daß er auf dem Stadthause Erkundigungen über die Höhe der Kosten eingezo-
gen und zu deren Deckung auch eine Caution von 3000 M gestellt habe. Ebenso sei Meyerhoff auch nicht der einzige, welcher mit den Kosten des Ausbaues der ehemaligen Fällersleberthortwete belastet werde, wenn auch die übrigen Anlieger zur Zeit noch nicht kostenpflichtig seien. Durch die früher unterlassene Heranziehung von Bachhaus zu den fraglichen Kosten sei Meyerhoff in keiner Weise stärker belastet. Wenn Letzterer das Hauptgewicht seiner Begründung darauf lege, daß der Straßenausbau im allgemeinen öffentlichen Interesse erfolgt sei, so müsse dem gegenüber bemerkt werden, daß ein

allgemeines öffentliches Interesse bei jedem Straßenbau vorliege, denn im Interesse von Privaten werde ein Straßenbau nicht unternommen. Sofern in allen solchen Fällen Ermäßigungen nach §. 12 des Ortsbaustatuts eintreten sollten, würden wahrscheinlich nur sehr wenig Beiträge der Anlieger einkommen; es könne mithin von dem §. 12 in solchem Falle keine Anwendung gemacht werden. Jedenfalls würde schon bei einer etwaigen Ermäßigung der Kosten eine große Unbilligkeit gegenüber den anderen Grundbesitzern unterlaufen; zumal da die Kosten auch nicht allzu hoch seien. Die Anlieger des Büldenweges gehe dieser Ausbau natürlich gar nichts an, so daß dieselben zu den Kosten nicht herangezogen werden können. Die Commission sei demnach nicht in der Lage, die Berücksichtigung des Gesuches zu empfehlen.

Das Gesuch wird darauf verworfen.

X. Baulinie am Wollmarke.

Dem Antrage des Vorstandes der Löbbbeck'schen Erziehungsanstalt für weibliche Diensthboten entsprechend ersucht der Magistrat zu genehmigen, daß aus Verkehrsrücksichten die Geradelegung des nördlichen Theiles des Wollmarktes erfolge und eine entsprechende Baulinie festgestellt werde.

Der Antrag wird auf Befürwortung des Herrn Meyerhoff angenommen.

XI. Baulinie am Sieges- und Lessingplatze.

Der Bauunternehmer Lindemann hat gebeten, für das am Sieges- bezw. Lessingplatze und der Mönchstraße gelegene Behrens'sche und Reune'sche Grundstück eine neue Baufluchtlinie festzustellen und gleichzeitig zu genehmigen, daß an der Südseite der beiden Grundstücke ein Vorgarten angeordnet werde.

Wie Herr Nieß berichtet, empfiehlt die Baucommission, diesem Antrage nicht allein zuzustimmen, sondern auch noch das Ersuchen an den Magistrat zu richten, die Schwierigkeiten, welche der Bebauung dieser Grundstücke etwa im Wege liegen, so viel als möglich zu beseitigen, weil es nicht leicht sei, die Leute dort unter einen Hut zu bringen.

Herr Stadtrath Ketemeyer weiß nicht, in welcher Weise der Magistrat dem letzten Theile des Commissionsantrages Folge geben könnte, da er sich in bauamtliche Sachen nicht einmischen könne. Jedenfalls dürfe man das Grundstück nicht gar zu sehr ausnützen wollen.

Herr Nieß erwidert, das es genügen werde, wenn das betr. Mitglied des Magistrates im Stadtbauamte seine Stimme in der ange deuteten Richtung abgeben wolle, damit der Antrag auf nicht vollständige Innehaltung der Vorschriften bezüglich der Freihaltung eines gewissen Hofraumes zur Genehmigung gelange.

Herr Stadtrath K e t e m e y e r bemerkt, daß das Stadtbauamt die Bebauung von Eckplätzen in vielen anderen Fällen schon nahezu ganz frei gegeben habe. Dem letzten Theil des Nieß'schen Antrages bitte er indessen nicht zuzustimmen, da das betreffende Magistratsmitglied sich als Mitglied des Stadtbauamtes in seiner Abstimmung nicht für gebunden zu erachten brauche, sondern nach den für das Stadtbauamt maßgebenden Grundsätzen abzustimmen habe.

Herr U h d e will dem gegenüber darauf hinweisen, daß es der Commission nur darum zu thun gewesen sei, den betreffenden todten Punkt endlich bebaut zu sehen. Wenn der zweite Theil des Antrages Schwierigkeiten begegnen sollte, werde derselbe zurückgezogen.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XII. Vergrößerung eines Platzes im Ortsbauplane.

Nach einem Beschlusse der Versammlung vom 3. November 1892 — Seite 265 des Prot. — war der Magistrat ersucht worden, eine Aenderung des festgestellten Ortsbauplanes dahin vorzunehmen, daß der zwischen Ring- und Kreuzstraße vorgezeichnete Platz in westlicher Richtung bis an die nächste mit der Ringstraße parallel laufende Straße erweitert und so auf eine Breite von 140 m gebracht werde. In Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte hat der Magistrat diesem Beschlusse zugestimmt und ersucht nunmehr, den entsprechend abgeänderten Theilortsbauplan zu genehmigen,

was auf Befürwortung des Herrn N i e ß geschieht.

XIII. Die neue Straßenpolizeiordnung.

In Sachen der neuen Straßenpolizeiordnung hat die Herzogliche Polizei-Direction verschiedene von der Versammlung getroffene Abänderungen beanstandet, über welche der Magistrat eine bezügliche Mittheilung an die Versammlung gelangen läßt.

Zunächst ist die Fassung, welche die Versammlung dem §. 28 des Entwurfs am Schlusse zu geben beschlossen hat — Seite 279 des Prot. von 1892 — beanstandet. Diese Fassung lautet: „Jedoch bleibt das Stillhalten unzulässig, sobald der betreffenden Stelle gegenüber auf der anderen Seite des Fahrdammes bereits ein Fuhrwerk hält, es sei denn, daß der Fahrdamm breit genug ist, um zwischen zwei an den Seiten haltenden Fuhrwerken noch Raum für den Durchgang eines anderen Fuhrwerkes übrig zu lassen.“ Die Herzogliche Polizei-Direction wünscht nun die ursprüngliche Fassung dieses Satzes, bei welcher an Stelle der gesperrt gedruckten Worte gesagt war „zweier anderen Fuhrwerke“ wieder hergestellt zu sehen und ist auch der Magistrat dieser Ansicht beigetreten.

Wie Herr Wolff berichtet, hat die Statutencommission und die Deputation bei der Berathung dieses Punktes Folgendes erwogen: Wenn eine Straße nicht so breit sei, daß zwischen zwei an gleicher Strecke haltenden Fuhrwerken zwei andere durchpassiren können, so sei durchaus zu fordern, daß das gleichzeitige Halten zweier Fuhrwerke einander gegenüber vermieden werde, indem es nicht zu viel verlangt sei, daß eins der Fuhrwerke vor- oder zurückfahre. Da man hiernach die Forderung der Herzoglichen Polizei-Direction für gerechtfertigt halte, so habe die Commission beschlossen, die Wiederherstellung der früheren Fassung zu empfehlen.

Herr Rieke will darauf hinweisen, daß sich das Halten zweier Fuhrwerke an gegenüberliegenden Stellen einer engeren Straße dann nicht gut umgehen lasse, wenn beide Brennmaterial zu befördern haben und dieses vom Wagen in den Keller geschafft werden müsse.

Herr Wolff erwidert, daß derartige Unzuträglichkeiten bei den vielen engen Straßen der Stadt nicht zu vermeiden seien, aber trotzdem die Aenderung geboten erscheine.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

Sodann ist seitens der Herzoglichen Polizei-Direction die von der Versammlung am §. 105 vorgenommene Aenderung beanstandet, und gewünscht, auch hier die frühere Fassung, nach welcher das Schaufeln von Kohlen und dergl. über die Fußwege nur bis 10 Uhr Morgens gestattet sein sollte, wiederherzustellen, wenn man nicht vorziehe, das Schaufeln von Kohlen zc. über die Fußwege überhaupt für unzulässig zu erklären. Der Magistrat würde der letzteren Bestimmung den Vorzug geben.

Die Statutencommission ist der Ansicht, daß ein Zurückgreifen auf die frühere Bestimmung, nach welcher das Schaufeln bis 10 Uhr Morgens gestattet sein sollte vorzuziehen sei. Der Anschauung, daß man das Schaufeln überhaupt nicht zulassen möge, sei entgegengehalten, daß in unserer Stadt thatsächlich eine große Menge von kleinen Gewerbetreibenden vorhanden sei, welche durch ein derartiges Verbot in eine unangenehme Zwangslage gerathen würde.

Das Transportiren der Kohlen in Säcken sei theilweise gar nicht möglich und habe man dabei namentlich auf die Lage der Wäcker, der kleineren Schloffer zc. hingewiesen und Thatsachen angeführt, durch welche eine große Zahl von Bürgern durch das Verbot in eine unangenehme Lage gerathen würde. Zudem lasse sich die Beendigung der Abladung eines Fuders Kohlen bis 10 Uhr Morgens sehr wohl ermöglichen und müßte im anderen Falle verlangt werden, daß von diesem Zeitpunkte ab die Abladung mittelst Behälter geschehe. Jedenfalls habe man in

der Commission die Ansicht vertreten, daß die Gestattung dieser Art Verrichtung bis 12 Uhr Mittags eine erhebliche Belästigung des Verkehrs mit sich führen müsse. Da nun außerdem gesetzlicher Vorschrift gemäß das Einverständniß der Herzoglichen Polizei-Direction zu der Straßenpolizeiordnung nothwendig sei und auch von einer Anrufung des Herzoglichen Staatsministeriums sich in diesem Falle kaum ein Erfolg erhoffen lasse, so empfehle die Commission, die ursprüngliche Fassung des §. 105 wieder herzustellen.

Herr Weber kann das Schaufeln der Kohlen bis Mittags 12 Uhr nicht für statthaft erachten. Andererseits erscheine es ihm jedoch in den meisten Fällen unmöglich, eine Ladung Kohlen bis 10 Uhr Vormittags in den Keller zu schaufeln, weil dieselbe meistens erst Vormittags von der Güterabfertigung angemeldet werde und dann an demselben Tage entladen sein müsse. Da nun die Kosten der Entladung sich nur um einen geringen Betrag erhöhen, wenn dieselbe mittelst Kiepen oder Körbe geschehe, so erscheine es ihm mit Rücksicht auf die große Belästigung der Passanten und der Anwohner angezeigt, das Schaufeln der Kohlen über die Fußwege überhaupt zu verbieten.

Herr Meyerhoff schließt sich dieser Auffassung an, da es rein unmöglich sei, die Kohlen bis 10 Uhr Morgens in den Keller zu schaufeln, und hierzu kaum die Zeit bis 12 Uhr ausreiche. Sofern ein Waggon Kohlen Vormittags angemeldet sei, müßte derselbe Nachmittags entleert werden, so daß in solchem Falle ein Abschaufeln über die Fußwege nur dann zu ermöglichen sei, wenn man die Wagen auf dem Bahnhofe beladen stehen lasse, und sie erst am anderen Morgen abfahre. Hierbei laufe man indessen Gefahr, daß während der Nacht ein erhebliches Quantum vom Wagen gestohlen werde. Das Einsacken der Kohlen stelle sich allerdings wesentlich theurer und könnte auf eine Mehrausgabe von 8—9 M pro Waggon geschätzt werden, welcher Betrag doch wohl erheblich ins Gewicht falle. Er bitte deshalb, entweder das Abschaufeln bis 12 Uhr Mittags zu gestatten, oder dieses ganz zu verbieten.

Herr Seele möchte den Mitbürgern die Möglichkeit offen gehalten sehen, ihre Kohlen wenigstens bis 10 Uhr Vormittags abschaufeln zu können, da das Abtragen in Behältern doch sehr viel höhere Kosten verursache, namentlich wenn der Weg vom Wagen in den Keller durch das Haus eine erhebliche Länge besitze. Man könnte zur Ersparung von Kosten dann lieber den Eisenbahnwagen einmal überstehen lassen und dafür 2 M Strafmiethe bezahlen.

Herr Weber will berichtend bemerken, daß er gemeint habe, die Kosten durch Abtragen der Kohlen würden sich nicht viel höher stellen, wenn man die Behälter gleich in das Kellerloch entleere, nicht aber sie erst durch das Haus in den Keller trage.

Herr F ü d e l erwähnt, daß in Berlin das Abschaufeln von Kohlen verboten sei, daß man aber in besonderen Fällen auch Ausnahmen von der Regel gestatte.

Herr G e b e l i n g bittet, das Abschaufeln wenigstens bis 10 Uhr zu gestatten, damit den Leuten doch die Möglichkeit geboten werde, noch einige Mark Transportkosten zu ersparen.

Herr B ö s c h i g t ist der Ansicht, daß die Gestattung des Abschaufelns bis 10 Uhr für die wenigsten Einwohner Zweck habe. Wenn die Kohlen in Behältern vor das Kellerloch getragen und dort entleert werden dürfen, so entstehe dadurch eine größere Belästigung durch Staub für die Anwohner und Passanten, als wenn die Kohlen mit einem Male in den Keller geschaufelt werden. Darum sollte man Letzteres bis 12 Uhr gestatten, oder es ganz verbieten.

Herr W o l f f muß in der Gestattung des Abschaufelns bis 10 Uhr immer noch einen erheblichen Vortheil erblicken und giebt daher wiederholt anheim, das Abschaufeln nicht ganz zu verbieten. Sollte eine Ladung bis 10 Uhr nicht in den Keller geschafft sein, so müßte sie von diesem Zeitpunkte ab natürlich abgetragen werden.

Herr Stadtrath G ö t t e will erwähnen, daß seine Kohlen mit Rücksicht auf die Pferdebahn schon bis 7 Uhr Morgens in den Keller geschaufelt sein müssen, was sich auch recht gut durchführen lasse, wenn man nur einige Leute mehr einstelle. Das Abschaufeln ganz zu verbieten, müsse er für eine Härte halten.

Herr W o l l e n w e b e r weist darauf hin, daß ein Widerspruch darin liege, wenn man die Kohlen schon bis 7 Uhr Morgens im Keller haben wolle und andererseits das Abfahren derselben vom Bahnhofe erst um 7 Uhr beginnen dürfe.

Herr L a n g e erwidert, daß das Abfahren schon viel früher beginnen könne, wenn der Wagen am Nachmittage vorher angekommen und angemeldet sei.

Die Versammlung lehnt darauf das gänzliche Verbot des Abschaufelns ab und erklärt sich mit der Beschränkung desselben bis 10 Uhr Vormittags einverstanden.

Nach den weiteren Ausführungen der Herzoglichen Polizei-Direction ist im §. 7 an falscher Stelle ein Komma stehen geblieben, was der Magistrat als zutreffend erachtet und schließlich hält es die Direction für angezeigt, der Straßenpolizeiordnung ein Inhalts-Verzeichniß einzufügen, was vom Magistrate in Aussicht gestellt wird.

Die Versammlung nimmt von diesen Erklärungen Vermerk.

Die Beschlußfassung über §. 87 des Entwurfs, betr. die Straßenreinigung ist seiner Zeit noch ausgesetzt, weil es angezeigt erscheine, zu erwägen, ob sich nicht durch eine entsprechende Aenderung dieses Paragraphen eine bessere Reinigung der außerstädtischen Straßen erzielen lasse. Wenn nun auch nicht zu verkennen sei,

daß die Straßen der Außenstadt in Bezug auf Reinlichkeit zuweilen recht zu wünschen übrig lassen, so muß der Magistrat doch anerkennen, daß es nicht an-
 gängig sei, diesem bei macadamisirten Fahrbahnen und Fußwegen unvermeidlichen
 Uebelstände durch Vorschriften der Straßenpolizeiordnung abzuhefeln. Insbesondere
 würde es nach der Ansicht des Magistrates nicht zulässig sein, den Anwohnern die
 Pflicht zur regelmäßigen Reinigung der außenstädtischen Fußwege aufzuerlegen,
 nachdem diese den Anwohnern der innenstädtischen Straßen erst kürzlich ohne Ent-
 schädigung abgenommen sei; es müßte vielmehr der Ansicht der städtischen Bau-
 verwaltung beigeplichtet werden, daß eventuell das Wegwärterpersonal zu ver-
 mehrten sei. Gleichzeitig hat die Herzogliche Polizei-Direction empfohlen, ihr die
 Befugniß einzuräumen, im Einverständniß mit dem Magistrate einzelne Bestim-
 mungen dieses Paragraphen auf die außenstädtischen Straßen für anwendbar zu
 erklären. Seitens des Magistrates wird hierzu noch Folgendes bemerkt: Die Vor-
 schriften im §. 12 der bisherigen Straßenpolizeiordnung gelten nicht nur für die
 gepflasterten innenstädtischen Straßen, sondern auch für die zum Promenadengebiet
 gehörenden innenstädtischen Straßen, sind jedoch auf die letzteren thatsächlich nicht
 angewandt; die Reinigung derselben und insbesondere auch der Fußwege ist viel-
 mehr seitens der Promenaden-Verwaltung veranlaßt. Schon hieraus dürfte zu
 schließen sein, daß ein Bedürfniß, jene Wege den innenstädtischen gepflasterten
 Straßen gleich zu behandeln, bislang als vorliegend nicht anerkannt ist. Die völlig
 gleiche Behandlung verbietet sich aber aus technischen Rücksichten insofern, als die
 Entfernung des Eises von den chaussirten Fußwegen bei eintretendem Thauwetter
 mit einiger Vorsicht geschehen muß, wenn nicht dieselben der Gefahr ausgesetzt
 werden sollen, beschädigt zu werden. Der Magistrat ist daher der Ansicht, daß es
 sich empfehle, die Reinigungspflicht im vollen Umfange nach wie vor nur für die
 innenstädtischen, nicht zum Promenadengebiet gehörenden Straßen bestehen zu
 lassen, hält es jedoch für unbedenklich, in den Entwurf eine Vorschrift des Inhalts
 aufzunehmen, daß die Herzogliche Polizei-Direction ermächtigt werde, im Einver-
 ständnisse mit den städtischen Behörden die fraglichen Vorschriften ganz oder theil-
 weise auf die Wallpromenaden und die außenstädtischen Straßen für anwendbar
 zu erklären, wobei insbesondere die Reinigung der Fußwege von Schnee ins Auge
 zu fassen sei.

Ferner hält es der Magistrat für richtig, daß die Vorschrift im §. 2 Nr. 1 Absatz 1 des
 Statuts vom 15 October 1889 in Wegfall komme, da die Reinigung der Straßen,
 soweit sie seitens der Stadtverwaltung besorgt werde, durch Polizeivorschriften nicht
 geregelt zu werden brauche und daß die Ausdehnung des Reinigungsgebietes der
 an öffentlichen Plätzen gelegenen Grundstücke auf 6 m (statt 5,7 m) bemessen werde.
 Der Magistrat bringt darauf eine diese Aenderungen berücksichtigende anderweite
 Fassung des Entwurfs in Vorschlag.

Namens der Statutencommission erklärt sich Herr Wolff mit den Ausführungen des Magistrats in allen Punkten einverstanden und giebt anheim, der vom Magistrate vorgeschlagenen neuen Fassung des Entwurfes zuzustimmen, was geschieht.

Nachdem ferner die Vorschriften über die Zahlung einer Abgabe für das Halten von Hunden durch das Statut, betr. die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig vom 24. März 1893 neu geordnet sind, erscheint es angezeigt, die übrigen, zur Zeit noch gültigen Vorschriften des Statuts, das Halten von Hunden in der Stadt Braunschweig betreffend vom 31. März 1878, soweit sich deren Beibehaltung überhaupt empfiehlt, in die Straßenpolizeiordnung als besonderen Abschnitt und zwar hinter Abschnitt VII des Entwurfes aufzunehmen. Die neue Fassung dieser Bestimmungen empfiehlt der Magistrat der Genehmigung der Versammlung.

Wie Herr Wolff des weiteren berichtet, ist die Statutencommission der Ansicht, daß die Fassung des Entwurfes als eine glückliche bezeichnet werden könne. Die „Vorschriften in Beziehung auf Hunde“ zerfallen in folgende Abschnitte: I. Der Maulkorbzwang. II. Verbot des Umherlaufens der Hunde. III. Einfangen der Hunde. IV. Belästigung der Nachbarn durch Hunde und V. Befugnisse der Herzoglichen Polizei-Direction hinsichtlich bissiger Hunde und bei Gefahr des Auftretens der Tollwuth.

Bezüglich des Abschnittes I nehme die Mehrheit der Statutencommission mit dem Magistrate folgenden Standpunkt ein. Wenn auch an den Magistrat mehrfach Wünsche wegen Aufhebung des Maulkorbzwanges, namentlich auch seitens des Vereins von Racezüchtern, gelangt seien, so habe der Magistrat doch andererseits ein Gutachten von der Thierarzneischule in Berlin eingeholt, in welchem diese Aufhebung durchaus nicht empfohlen sei. Ferner habe der Magistrat bei verschiedenen Magistraten in Süddeutschland, woselbst der Maulkorbzwang nicht eingeführt sein solle, dieselhalb angefragt, und sei dann auch in einer Reihe von Orten constatirt worden, daß eine Beschränkung oder gar der ganze Wegfall des Zwanges vorliege, aber keine einzige dieser Stadtverwaltungen habe Veranlassung genommen, eine Aeußerung darüber zu machen, wie sich diese Einrichtung bewährt habe. Aber auch abgesehen hiervon sei, in Uebereinstimmung mit dem Magistrate, die Commissionmehrheit der Ansicht gewesen, daß man an eine gänzliche Aufhebung des Maulkorbzwanges nicht zu denken vermöge. Insbesondere sei darauf hingewiesen, daß man für die Frauen und Kinder durch die Beibehaltung des Zwanges das Gefühl der Sicherheit gegenüber den Hunden bewahren wolle. Außerdem lasse sich nicht leugnen, daß durch maulkorblose Hunde auch Gefahr herbeigeführt werden könne. Da die kleineren Hunde ebenfalls gefährlich sein können, so empfehle es

sich auch nicht, bestimmte Hundearten von dem Verbote auszuschließen, so daß nur die Annahme der Bestimmungen anheimgegeben werden könne.

Herr Blasius würde am liebsten den Antrag stellen, den Maulkorbzwang überhaupt aufzuheben, da durch den Zwang sehr wenig genützt werde. Bei der jetzigen Handhabung desselben sei es doch nicht möglich, zu verhindern, daß maulkorblose Hunde auf der Straße umherlaufen und daß trotz der Bestimmung Verletzungen durch Hunde vorkommen. In der Regel seien die von einem Hunde gebissenen Menschen hieran selbst schuld, indem sie sich dem Hunde gegenüber auffallend benommen haben, denn gewöhnlich seien die Hunde gar nicht so gefährlich. Mit Rücksicht darauf, daß von den süddeutschen Städten, in welchen kein Maulkorbzwang bestehe, Antworten über die dort in dieser Beziehung gesammelten Erfahrungen nicht eingelaufen seien und man sich daher ein abschließendes Urtheil nicht bilden könne, wolle er wenigstens beantragen, daß der Herzoglichen Polizei-Direction in dem Statut das Recht gegeben werde, in geeigneten Fällen von dem Maulkorbzwange zu dispensiren. Selbstverständlich dürfe sich der Dispens nur auf Hunde erstrecken, die vollständig ungefährlich seien und nicht beißen, so namentlich auf kleinere Hunde und auf Jagdhunde, welche letzteren bekanntlich sehr selten bissig seien. Dann würde die Thierquälerei für die Hunde wenigstens etwas gemildert werden. Er bitte, den Antrag in dieser Form anzunehmen.

Herr Wolff möchte dringend bitten, diesen Antrag abzulehnen. Einmal wisse er nicht, welches Organ der Polizei hierüber befinden solle und dann lasse sich auch wohl annehmen, daß 99 % der von den Eigenthümern vorgeführten Hunde in dem Augenblicke der Vorführung sich mustergiltig betragen, namentlich wenn die Frömmigkeit der Hunde vorher durch reichliches Fressen noch zu stärken gesucht werde. Er müsse demnach Bedenken tragen, eine derartige Bestimmung in das Statut aufzunehmen.

Der Herr Vorsitzende kann nicht verstehen, weshalb die Polizei nicht eine solche discretionäre Ausnahme gestatten solle. Es handle sich um eine Maßregel, die aus anderen, als reinen Sicherheitsgründen nicht gerechtfertigt erscheine. An sich sei der Maulkorbzwang eine Thierquälerei. Wer in der kürzlich stattgehabten Hunde-Ausstellung die kleinen Schooßhunde gesehen habe, dem müsse ein solches Thier mit einem Maulkorbe vom Sicherheitsstandpunkte aus lächerlich erscheinen. Wenn die Herzogliche Polizei-Direction solchen Hund für ungefährlich halte, müßte sie ihn auch von dem Maulkorbzwange befreien können.

Herr Lohbecke will bemerken, daß wohl kein Hundebesitzer mit bösem Willen seinen Hund als ungefährlich angeben werde, weil der Besitzer hinterher selbst den Schaden zu tragen habe. Man dürfe daher im Allgemeinen der Angabe desselben Glauben schenken und die Befreiung vom Maulkorbzwange genehmigen. Gegen-

über der Vorschrift, daß die Hunde mit einem Maulkorbe versehen sein müssen, der ihnen das Beißen vollständig unmöglich mache, ohne sie jedoch zu hindern, die Zunge aus dem Maule hängen zu lassen oder zu laufen, möchte er noch erwähnen, daß er bis heute noch keinen Maulkorb gefunden habe, der diesen Anforderungen voll entspreche.

Herr Ebeling weist darauf hin, daß man sich nach dem Wortlaute dieser Vorschrift auch strafbar mache, wenn man seinem Hunde einen Maulkorb aufsehe, der ihm nicht gestatte, die Zunge aus dem Maule hängen zu lassen, oder zu laufen, was doch wohl nicht beabsichtigt werde.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß in dem früheren Statut eine Bestimmung gestanden habe, nach welcher der Maulkorb einem bei Herzoglicher Polizei-Direction aufliegenden Muster entsprechen müsse und der Besitzer auch verpflichtet sei, bei etwaiger Abänderung des Normal-Maulkorbes einen neuen Maulkorb zu beschaffen. Diese Bestimmung beizubehalten, sei dem Magistrate bedenklich erschienen, zumal da heute in Wirklichkeit die wenigsten Maulkörbe noch dem Normalmuster entsprechen und der Magistrat es für ausreichend erachtet habe, wenn dem Hundebesitzer nur die Pflicht auferlegt werde, einen Maulkorb zu verwenden, der den nöthigen Schutz gewähre, ohne eine bestimmte Vorschrift über die Form des Maulkorbes zu geben.

Herr Wolff glaubt constatiren zu können, daß eine allgemeine Abneigung gegen die polizeiliche Dispensation bestehe. Wenn man der Polizei auch gewisse Normen für die Dispensation vorschreibe, so werde durch die getroffenen Entscheidungen doch viel Mißbehagen bei den Hundebesitzern, welche einen ablehnenden Bescheid erhalten, hervorgerufen werden, auch erscheine es ihm unmöglich, daß in jedem Falle eine richtige Beurtheilung der concreten Verhältnisse stattfinden könne. Er bitte deshalb, von solcher Bestimmung abzugehen und wolle noch weiter bemerken, daß auch ganz kleine Hunde gehörig beißen können.

Herr Löschigt würde die gänzliche Aufhebung des Maulkorbzwanges für eine arge Belästigung der Frauen und Kinder, welche schon jetzt namentlich durch die großen Hunde erheblich belästigt werden, ansehen. Da es nun nach den neuen Bestimmungen der Besitzer eines Hundes in der Hand habe, je nach Bedarf einen schärferen, oder minder scharfen Maulkorb anzulegen, so sei jedem berechtigten Wunsche nach Milderung des Zwanges Rechnung getragen. Wenn die kleineren Hunde vielleicht auch nicht so scharf beißen, wie die großen, so reißen sie doch, wie die häufigen Prozesse beweisen, den Leuten das Zeug entzwei, und müsse man sich daher auch gegen diese durch einen Maulkorb zu schützen suchen.

Herr Halle kann, obwohl ein großer Hundefreund, sich für die vollständige Aufhebung des Maulkorbzwanges nicht aussprechen. Wenn sich leicht eine Grenze

zwischen bissigen und ungefährlichen Hunden ziehen lasse, so würde er vorschlagen, diesen Weg zu beschreiten, jedoch sei die Durchführung eines solchen Vorschlages zu schwierig. Die polizeiliche Dispensertheilung halte er dagegen ebensogut für durchführbar, wie z. B. in Hannover die Hunde vorgeführt werden müssen, um die Berechtigung zu erlangen, sie zum Ziehen benutzen zu dürfen. (Rufe: Das geschieht auch hier.) Am weitesten werde man daher kommen, wenn man die Dispensertheilung in das Ermessen der Herzoglichen Polizei-Direction stelle, da sie statutarisch nicht festgelegt werden könne.

Herr Blasius empfiehlt seinen sehr gut durchführbaren Antrag nochmals zur Annahme. Da ein guter Polizei-Sergeant jeden Hund in seinem Bezirke genau kenne, so könne sich die Herzogliche Polizei-Direction bei der Stellung eines Antrages auf Befreiung vom Maulkorbzwange leicht Bericht erstatten lassen über den betr. Hund.

Herr Meiß kann sich nicht auf den Standpunkt der Herren stellen, wenn er auch den Hunden mehr Freiheit gönne. Die Zusicherung, daß der Besitzer eines Hundes für den von diesem angerichteten Schaden aufkommen müsse, könne ihn nicht dafür entschädigen, von einem Hunde gebissen zu werden. Es komme vor, daß man beim Verlassen eines Hauses von einem großen Hunde ohne Maulkorb gestellt werde und sich dann nicht von der Stelle rühren dürfe, ohne Gefahr zu laufen, von dem Hunde angefallen zu werden. Bei solchem Anlaß nehme man wirklich eine furchtbar lächerliche Position ein. Es möge immerhin Hunde geben, die wegen ihrer frommen Denkart vom Maulkorbzwange entbunden werden können, aber schon der Herr Referent habe gesagt, daß solche Bestimmung nicht in das Statut hineingehöre. Fraglich erscheine es ihm aber außerdem, ob die Herzogliche Polizei-Direction es als eine angenehme Pflicht ansehen würde, wenn man sie mit der Auswahl der Hunde betrauen wollte; denn alle Schuld würde hinterher ihr zur Last fallen. Wenn allerdings ein Bericht des Polizei-Sergeanten und ein Gutachten des Thierarztes eingeholt werde, möchte die Befreiung wohl zulässig sein.

Herr Sievers spricht sich gegen die Ertheilung solcher Befugniß an die Herzogliche Polizei-Direction aus, weil die Entscheidungen derselben eine große Zahl von Berufungen zur Folge haben würden. Daß der Maulkorbzwang nöthig sei, könne man fast täglich beobachten.

Herr Böschigt möchte warnen, der Herzoglichen Polizei-Direction solche Befugniß auf das Urtheil eines Polizei-Sergeanten und selbst eines Thierarztes einzuräumen. Die Hunde seien öfter einer momentanen Aufregung unterworfen und können dann im maulkorblosen Zustande leicht Menschen belästigen. Jeden-

falls würde auch die Polizei selbst nicht dankbar sein, wenn man ihr solche Aufgabe zumuthete

Herr Gütther wünscht ebenfalls nicht, der Polizei das Recht der Befreiung einzuräumen, weil es hierbei zu Mißhelligkeiten zwischen den verschiedenen Hundebesitzern kommen würde. Vielleicht könnte aber eine Deputation eingesetzt werden, welche sich über einen Hund, der vorher einige Wochen einzusperren wäre, ein Urtheil zu bilden habe. (Heiterkeit.)

Die Besprechung wird hierauf geschlossen und von der Versammlung die Beibehaltung des allgemeinen Maulkorbzwanges, unter Ablehnung des Blasius'schen Antrages auf Uebertragung der Dispensertheilung an Herzogliche Polizei-Direction, genehmigt.

Bei Berathung des Abschnittes II beantragt Herr Bues, eine Bestimmung aufzunehmen, nach welcher das Mitbringen der Hunde in Wirthschafts- und sonstige öffentliche Locale überhaupt verboten sei. Hierin liege eine erhebliche Belästigung der Wirths, ohne daß diese dem Unwesen entgentreten können, wenn sie es nicht mit den betreffenden Gästen verderben wollen. In einem gut eingerichteten Locale werden die theuren Portieren und Möbeln durch die Hunde beschmutzt und auch die Damentoiletten häufig beschädigt. Die Wirths würden ein solches, auch im öffentlichen Interesse liegendes Verbot mit Freuden begrüßen.

Herr Wolff erwidert, daß die Versammlung nicht in der Lage sein dürfte, eine solche Bestimmung zu treffen, weil dieselbe einen unzulässigen Eingriff in Privatrechte bedeute. Jeder Wirth habe natürlich die Befugniß, einen Hund aus seinem Locale zu verweisen, jedoch lasse sich etwas Weiteres nicht thun.

Nachdem Herr Bues sodann seinen Antrag zurückgezogen hatte, wird der Abschnitt II und ebenso der Rest der Magistratsvorlage ohne weitere Besprechung genehmigt.

Die Vornahme der durch die Einschaltung dieser Bestimmungen erforderlichen Aenderungen ersucht der Magistrat ihm zu überlassen und schließlich noch zu genehmigen, daß im §. 142, Absatz 1 des Entwurfs der Straßenpolizeiordnung die Strafbestimmung auf eine Geldstrafe bis zu 60 M oder Haft bis zu 14 Tagen ausgedehnt und das bisherige Statut, betr. das Halten von Hunden, außer Kraft gesetzt werde.

Die Versammlung erklärt sich auch hiermit einverstanden.

Herr Lord will darauf noch einen schon in der Deputation eingebrachten, aber anscheinend vergessenen Antrag wiederholen. Die hier soeben festgesetzten Bestimmungen scheinen nicht zu genügen, um das Halten größerer bissiger und

gefährlicher Hunde zu erschweren, denn der Hundesport habe hier eine Ausdehnung erfahren und die Vermehrung der großen Hunde sei eine so erhebliche, daß sie anfangs, in Bezug auf Renommir- und derartige Hunde in einen Unfug auszuarten. Vom Senate in Hamburg sei ein ähnlicher Antrag gestellt und auch in der Bürgerschaft angenommen.

Der Antrag lautet:

„Folgende Hundarten dürfen niemals auf der Straße frei umherlaufen: 1) Alpenhunde, wie Bernhardiner, Leonberger u. A., 2) Doggen, Bluthunde, Boxer, Mastiffs, Bullenbeißer, 3) Neufundländer, 4) Windhunde und 5) alle Kreuzungen der genannten Racen. Diese müssen vielmehr im Gebiete der ganzen Stadt an einem Riemen oder einer Leine, die höchstens 0,5 m lang sein dürfen, geführt werden. Im Gebiete der inneren Stadt einschließlich der Promenaden hat der Führer mit einem solchen Hunde ausschließlich die Fahrstraßen zu benutzen. Hunde, welche obigen Bestimmungen entgegen frei umherlaufend betroffen werden, sind einzufangen und nach 8 Tagen, wenn sie nicht gegen Entrichtung einer Geldbuße von 5 M und 30 S Verpflegung für jeden Tag abgeholt werden, zu tödten.“

Er möchte dringend empfehlen, den Antrag zu unterstützen, denn wenn die Vermehrung der Hunde in der bisherigen Weise fortschreite, lasse sich an der Hand der städtischen Verwaltungsberichte der Zeitpunkt berechnen, an welchem in Braunschweig mehr Hunde als Menschen vorhanden seien.

Herr Stadtrath Metemeyer muß große Bedenken tragen, den umfangreichen Antrag ohne Commissions- oder Deputationsberathung behandelt zu sehen, weil sich die Tragweite desselben nicht sofort übersehen lasse. Um dieses zu erweisen, wolle er nur hervorheben, daß bei Annahme und Durchführung des Antrages es nicht mehr gestattet sei, bei dem Querumer Holze seinen Hund in der Schunter zu baden, denn so weit erstreckte sich das städtische Gebiet, auf welchem der Hund an der Leine geführt werden müsse.

Herr Wolff kann mittheilen, daß der Antrag im Schooße der Deputation vor längeren Monaten Gegenstand der Erörterung gewesen, aber hinterher übersehen sei. Der Herr Antragsteller empfinde offenbar selbst, daß die Befolgung seines Vorschlages in der Innenstadt nicht durchführbar sein werde, wenn man das Betreten der Trottoire gestatten wollte. In solchem Falle würden Verwickelungen der mannigfachsten Art entstehen. Sofern aber der Führer mit seinem Hunde auf dem Fahrdamme gehen solle, liege für Beide bei dem lebhaften Fuhrwerksverkehre eine erhebliche Gefahr vor. Er sei daher der Meinung, daß diese Vorschriften keine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes in sich schließen würden.

Herr Hauswaldt ist der Antrag im höchsten Grade sympathisch, wenn derselbe auch verbesserungsfähig sein möge, indem beispielsweise die Leine etwas länger bemessen werden könne. Er möchte dringend bitten, den Antrag zu unterstützen, damit derselbe in die Commission hineinkomme. Das Halten von Hunden in der Größe von jungen Löwen sei hier thatsächlich zu einer Plage geworden und könne man auch täglich beobachten, wie kleinere Kinder auf ihrem Schulwege einen Umweg machen, um den großen Thieren, welche mit einem Schläge des Schwanzes ein Kind zu Boden zu strecken vermögen, zu entgehen.

Herr Wolff ist der Ansicht, daß die Gesichtspunkte so auf der Hand liegen, um auch ohne commissarische Vorberathung zu einem Resultate zu kommen.

Herr Halle hält den Antrag für zu weitgehend. Man wolle bezüglich der Hunde alle möglichen Beschränkungen auferlegen, vergesse dabei aber die nicht unerhebliche Hundesteuer, durch welche das Publicum schon genügend gegen eine Ueberhandnahme der Hunde gesichert werde. Man könne unmöglich verlangen, daß dem Bürger, welcher für einen Hund Steuer zahle, nun auch noch verboten werden solle, auf dem Trottoir zu gehen. Da nun einerseits die Polizeibeamten wohl kaum alle die angeführten Hundesorten kennen würden, andererseits aber auch das Führen der Hunde an der Leine mehr Scherereien verursache, als wenn sie frei umherlaufen, so bitte er um Ablehnung des Antrages.

Herr Günther tritt für den Antrag ein. Die Kinder erschrecken nicht nur vor den großen Hunden, sondern können sich durch den Schrecken auch Krankheiten, wie Epilepsie, Weitzanz zc. zuziehen. Die Hundesteuer könne keinen Grund abgeben, den Antrag abzulehnen, denn abgesehen davon, daß bei Durchführung desselben kein Besitzer seinen Hund abschaffen werde, möge ein Liebhaber mit seinem Hunde auch auf dem Fahrdamme gehen. Gegenüber der Behauptung, daß die Leute an der Verletzung durch Hundebisse vielfach selbst schuld seien, wolle er an seine Parteigenossen erinnern, welche auf dem Lande Agitation treiben und die häufig ohne jeden Grund von Hunden angefallen werden. Auch er selbst sei schon gebissen, obwohl er mit keinem Hunde Streit anfange.

Herr Lösfigt muß sich wundern, daß man die Hunde, welche man draußen wegen des Jagdschusses anbinden müsse, nicht auch wegen des Menschenschusses anbinden wolle.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Herrn Vord mit 19 : 16 Stimmen abgelehnt.

Wie Herr Wolff sodann berichtet, ist zu der Straßenpolizeiordnung noch eine Eingabe des Maurermeisters Ad. Heiners eingegangen, des Inhalts, ob es nicht nur wünschenswerth, ja sogar äußerst nothwendig sein dürfte, darauf hinzu-

wirken, daß zur Herbeiführung einer wirklichen, ungestörten Nachtruhe auch der leider noch immer während der Nacht andauernde Frachtverkehr durch die Stadt entsprechend geregelt werde. Es wird in der Eingabe vorgeschlagen, Abhilfe durch Ablenkung solcher Transporte auf dem nächsten Wege zur Stadt hinaus, statt durch dieselbe, oder noch besser durch Verlegung der Transporte in die Abendzeit vor Beginn der Nacht zu verlangen. Der Herr Berichterstatter ist der Meinung, daß die Eingabe eine Berücksichtigung nicht verdiene, weil ausreichende Vorschriften wegen der Nachtruhe vorhanden seien und sich gewisse Uebelstände nicht beseitigen ließen.

Die Versammlung stimmt dieser Ansicht zu.

XIV. Uebernahme einiger Straßen als Ortsstraßen.

Der Magistrat giebt anheim, zu genehmigen, daß die Vorschriften in den §§. 7—12 des Ortsbaustatuts auf die *Fasanenstraße* — Strecke zwischen der *fl. Hagenstraße* und der *Ringstraße* — und auf die Fortsetzung der *Bergstraße* zwischen denselben beiden Straßen für anwendbar erklärt werden,

was auf Befürwortung des Herrn *Uhde* geschieht.

XV. Gebühren für Benutzung des Desinfectionsapparates ic.

Die neue städtische Desinfectionsanstalt auf dem Grundstücke der neuen Gasanstalt ist jetzt soweit fertiggestellt, daß dieselbe in Betrieb genommen werden kann. Da der Betrieb voraussichtlich nicht unerhebliche Kosten verursachen wird, scheint es dem Magistrate angezeigt, auf einen, wenn auch nur theilweisen Ersatz derselben bedacht zu sein. Derselbe beantragt daher, für die Benutzung der Anstalt folgende, in Anbetracht des gemeinnützigen Zweckes sehr gering bemessene Gebühren zu erheben: Für die Inanspruchnahme des ganzen Desinfectionsraumes 8 *M*; bei theilweiser Benutzung des Raumes für jedes cbm 2 *M*, mindestens aber 1 *M*. Von Zahlung dieser Gebühren sind Personen befreit, welche von dem Armenpfleger des Quartiers, in dem sie wohnen, eine Bescheinigung über ihre Unbemitteltheit beibringen. Der Magistrat ersucht, die Erhebung der Gebühren gutzuheißen und die vorgeschlagenen Sätze zu billigen. — Für den Transport der zu desinficirenden Sachen nach der Anstalt wird beabsichtigt, keine besondere Gebühr zu erheben und soll wegen Beschaffung der zum Transport nöthigen Wagen eine besondere Vorlage erfolgen. Zur Bedienung des Apparates ist eine mit der Desinfection bereits vertraute Persönlichkeit, der bisherige Desinfector des Herzoglichen Krankenhauses, gegen den dort für die gleiche Arbeit gezahlten Lohn von 90 *M* monatlich

angenommen. Der Zahlung dieses dem Magistrate angemessen erscheinenden Lohnsatzes ersucht derselbe nachträglich zuzustimmen.

Namens der Statutencommission berichtet Herr Blasius, daß es außerordentlich erfreulich sei, eine städtische Desinfectionsanstalt zu besitzen, in welcher Kleidungsstücke, Bettstücke, Wäsche u. von Krankheitsstoffen sicher gereinigt werden können. Raum, Ort und Lage der Anstalt sei im Einvernehmen mit verschiedenen Mitgliedern der Versammlung festgesetzt. Bezüglich der Bedienung der Anstalt habe man dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der eine Desinfector die inficirten Gegenstände in Empfang zu nehmen und eine andere Persönlichkeit sie wieder auszugeben habe, um die früher gerügten nachtheiligen Folgen einer Behandlung der inficirten und der gereinigten Sachen durch dieselbe Person zu vermeiden. Diesem Wunsche werde Rechnung getragen. Die Gebühren für die Reinigung seien namentlich im Vergleiche zu den Berliner Sätzen sehr gering bemessen, was sich mit Rücksicht auf die ärmeren Bevölkerungsschassen auch besonders empfehle. Ferner erscheine es der Commission nicht nur wünschenswerth, sondern sogar nothwendig, auch Einrichtungen zu treffen, durch welche die Wohnungen, in denen die inficirten Sachen gewesen seien, von Sachverständigen gründlich gereinigt und desinficirt werden, wie das in Berlin geschehe. Endlich sei noch der Erlaß einer Bestimmung zu erstreben, nach welcher eine Desinfection der Wohnungen bei bestimmten Krankheiten obligatorisch vorgeschrieben werde, wie beispielsweise bei Flecktyphus, Diphtheritis u. dgl. Die Commission beantrage daher, die Vorlage zu genehmigen und außerdem den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob es nicht für Braunschweig angezeigt sei, eine bestimmte Anzahl von Desinfectoren ausbilden zu lassen und ein Statut herauszugeben, in welchem die Desinfection der Wohnungen bei bestimmten Krankheiten obligatorisch festgesetzt werde.

Die Versammlung erklärt sich mit den Commissionsanträgen einverstanden.

XVI. Erwerb von Straßenflächen am Markstalle.

Von den am Markstalle gelegenen beiden Grundstücken des Schenkwirthe Louis Romberg sind zusammen 15,6 qm der Straße zuzulegen. Der Magistrat ersucht, den Ankauf dieser Theilflächen zum Einheitspreise von 100 M zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, geschieht.

XVII. Straßenbaukosten für die Spinnerstraße.

Die gesammten Kosten des Ausbaues der Spinnerstraße sind auf 32978 M. 31 S. festgesetzt, so daß sich der Preis für 1 m Frontlänge auf

48,50 M beläuft. Der Magistrat ersucht, diese Kosten auf den bezeichneten Betrag festzustellen,

was geschieht, nachdem Herr Bültemann namens der Baucommission den Antrag zur Annahme empfohlen hatte.

XVIII. Anfrage des Herrn Lange wegen des Ausbaues der Gertrudenstraße.

Zur Begründung der Anfrage:

„Wie kommt es, daß der Ausbau der Gertrudenstraße zwischen Charlotten- und Salzdhulmerstraße noch immer nicht zur Ausführung gelangte?“

führt Herr Lange aus, daß der Ausbau des betr. Straßentheiles schon seit Jahren beschlossen und genehmigt, aber immer noch nicht ausgeführt sei. Die Anwohner befinden sich dort in der peinlichsten Lage und können ihre Wohnungen nicht vermietthen. Die Lage sei um so peinlicher, als die Anwohner schon seit Jahren die Straßenbaukosten haben bezahlen müssen. Wenn solche Einzahlung seit einiger Zeit in Baar zu geschehen habe, so finde er dieses ungerechtfertigt und meine, daß eine Hinterlegung der Kosten in guten Papieren genüge. Sofern die Erwerbung des Terrains an einer Stelle auf Schwierigkeiten stoße, müßte bei der besonderen Wichtigkeit der Sache ein Mittel gefunden werden, um dem Uebelstande abzuhelpfen.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß er nicht nur auf die Anfrage selbst, sondern auch auf die Anschuldigung eingehen müsse, nach welcher der Magistrat die Straßenbaukosten mit zu großer Härte einziehe. Das Statut schreibe vor, daß die Straßenbaukosten bei Beginn der Bauausführung eingezogen werden. Diese Kosten bestehen in der Erwerbung des Terrains und der Legung der Canal-, Gas- und Wasserröhren, sowie in dem oberirdischen Ausbau. Da nun bereits große Terrainstücke angekauft seien und auch die Gas- und Wasserröhren schon liegen, so sei der Magistrat nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, die Kosten nicht in Werthpapieren, sondern baar einzuziehen.

Was den Gegenstand der Anfrage anlange, so stehe der Straßenverbreiterung wieder einmal ein zu expropriirender Vorgarten im Wege. Wenn die Expropriation noch nicht beendet sei, so müsse hervorgehoben werden, daß der Magistrat in der Sache nicht mit mehr Energie vorgehen könne und zwar hauptsächlich deshalb, weil die Expropriaten während der Expropriation das ganze Grundstück verkauft haben. Nachdem sich die ersten Eigenthümer mit Einwänden und Gründen erschöpft hätten, habe der neue Eigenthümer neue Gründe vorgebracht und auch einen Anwalt angenommen. Als dann in Güte nichts zu erreichen gewesen,

sei in Anwendung der gesetzlichen Mittel die Herzogliche Kreisdirection gebeten, sie möchte vor Beendigung des Schätzungsverfahrens die Stadt in den Besitz einweisen, welcher Antrag indessen abgelehnt sei. Der Magistrat habe demnach nicht mehr Energie entwickeln können, da er Alles was möglich gethan habe.

XIX. Selbstständiger Antrag des Herrn Rudeloff auf Einrichtung einer städtischen Centralstelle für Arbeitsvermittlung.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, die Einrichtung einer städtischen Centralstelle für Arbeitsvermittlung in Erwägung zu nehmen.

Der Herr Antragsteller führt hierzu Folgendes aus: Die Einrichtung einer solchen Centralstelle sei bereits vor einem Jahre bei Gelegenheit der Etatsberatung in Anregung gebracht. (Seite 6 des Prot. von 1892.) Nach einer Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels habe sich die Armen-direction mit der Sache befaßt, sei derselben aber entweder nicht nähergetreten, oder habe es abgelehnt, näher darauf einzugehen. Nichtsdestoweniger halte er eine städtische Fürsorge für die Arbeitsvermittlung auch in Zeiten, wo es sich nicht gerade um einen Nothstand handle, für so erforderlich, daß er nicht habe unterlassen wollen, den vorstehenden Antrag, bei welchem er wesentlich eine Verbesserung auf dem Gebiete der Armenpflege im Auge habe, einzubringen. Die Armenpflege leide unter dem sehr großen Mangel, daß alles auf die Bewilligung von Geld herauslaufe. Wenn dieses auch das einfachste und in vielen Fällen ein nicht zu umgehendes Mittel sei, so komme es andererseits doch sehr häufig vor, daß die zu unterstützenden Personen ganz oder theilweise noch arbeitsfähig seien und in solchen Fällen sei es nach seiner Auffassung dringend erforderlich, Mittel und Wege zu haben, um diesen Personen Arbeit zuzuweisen. Solche Einrichtung liege auch im erheblichen Maße im Interesse der Stadt selbst, denn es lasse sich annehmen, daß ein Theil der unterstützungsbedürftigen Personen noch arbeitsfähig sei und demselben mit der Zuweisung von Arbeit mehr gedient werde, als mit der Ueberreichung eines Geldgeschenktes. Er halte es aus allen diesen Gründen für unbedingt nothwendig, daß städtischerseits Veranstaltungen in der beantragten Richtung getroffen werden. Uebrigens denke er nicht daran, daß die Anstalt, wenn sie ins Leben gerufen werden sollte, sich nur auf diejenigen beschränken solle, welche sich in städtischer Armenpflege befinden, sondern es erscheine ihm besser, wenn sie allgemein benutzt werden würde. Alles Nähere müsse einer weiteren Berathung überlassen werden.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XX. Anfrage des Herrn Hauswaldt wegen Freigabe der Brücke nächst der Hennebergstraße.

Die Anfrage:

„Ist der Magistrat gewillt, die Brücke und den Zugangsweg von der Hennebergstraße nach dem Bürgerparke jetzt für den Verkehr freizugeben, nachdem der Desinfectionsapparat nicht mehr dort im Betriebe ist?“

begründet Herr Hauswaldt in folgender Weise: Es sei ein langgehegter und oft ausgesprochener Wunsch der sämtlichen Anwohner des südöstlichen Theiles der Stadt, daß die Brücke, welche an der ehemaligen Reinigungsanstalt über die Oker geschlagen sei, der Passage freigegeben werde. Eine Brücke, welche in der Mitte durch ein Gitter abgeschlossen sei, habe gar keine Existenzberechtigung. Die Brücke habe ein besonderes Schicksal gehabt: sie sei geschlagen, um zu der Reinigungsanstalt zu kommen, sei dann zuerst dem Publicum freigegeben, darauf aber zum Schutze der Geruchsnerven wieder geschlossen, um sodann nochmals freigegeben zu werden. Als man darauf den Desinfectionsapparat dorthin verlegt habe, sei sie natürlich wieder geschlossen und jetzt geschehe die Absperrung aus zarter Rücksicht auf die Cement- und Steinplatten, sowie die Canalröhren, welche dort aufgestapelt seien. Wenn er auch nicht untersuchen könne, inwieweit diese zarten Gegenstände durch die Passage leiden würden, so glaube er doch, daß sich Mittel und Wege finden lassen, um die Interessen der Canalbauverwaltung mit denen des großen Publicums zu vereinigen. Der Weg nach dem wunderschönen Bürgerparke sei für die betreffenden Bewohner jetzt nur möglich über die Brücke an der Badeanstalt. Sobald aber das Baden wieder beginne, halte es für Damen schwer, diesen Weg zu passiren, so daß nur erübrige, die andere Brücke freizugeben. Jedenfalls würde sich die Stadtverwaltung den Dank Aller erwerben, wenn sie sich zur Freigabe der Brücke entschließe.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Frage, ob die betreffende Brücke dem öffentlichen Verkehr aufzuschließen sei, den Magistrat und die Versammlung mit dem Erfolge beschäftigt habe, zu beschließen, eine Oeffnung der Straße für den Verkehr nicht eintreten zu lassen. Wenn nun Herr Hauswaldt frage, ob der Magistrat gewillt sei, jetzt den Verkehr über die Brücke zu gestatten, so lasse sich darauf im Augenblicke eine Antwort nicht geben, weil erst der Magistrat darüber in eine Beschlußfassung treten müsse. Er möchte daher bitten, die Anfrage in die Form eines Antrages zu kleiden.

XXI. Anfrage des Herrn G ü n t h e r wegen Verzögerung des Stadthausbaues.

Herr G ü n t h e r bemerkt einleitend, daß bei der letzten Verathung der Vorlage über den Stadthausbau besonders betont sei, es möchte von allen Nebendingen, wie der Einrichtung eines Wirthschaftskellers u., abgesehen werden, um nunmehr endlich den Bau beginnen zu können. Er wolle darum anfragen, aus welchem Grunde der Stadthausbau noch nicht in Angriff genommen sei. Da es noch eine große Anzahl Arbeitsloser gebe, welche sehnfüchtig auf Arbeit warten, so wolle er neben der Anfrage nach dem Grunde der Verzögerung des Baues auch das Ersuchen an den Magistrat richten, endlich die Arbeit beginnen zu lassen, damit die arbeitslosen Arbeiter am Orte Beschäftigung finden.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s erwidert darauf Folgendes: Wenn die Angaben des Herrn G ü n t h e r auch zutreffen, daß das Programm und das Project des Stadthauses — letzteres allerdings nur unter Vorbehalt — genehmigt seien, so stehe doch die Genehmigung des Kostenanschlages noch aus. Dieser habe aber erst nach Feststellung des Projectes in Angriff genommen werden können und erfordere für ein so gewaltiges Gebäude eine größere Zeit. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes sei auch nur eine sehr bescheidene Summe in den diesjährigen Etat eingestellt und zwar lediglich zu dem Zwecke, um die Ausschachtung und Festigung des Grund und Bodens vorzunehmen und Materialien für das nächste Jahr anzukaufen. Möglicherweise könne allerdings in diesem Jahre noch mit einzelnen Fundamentirungsarbeiten — abgesehen von der Betonirung — begonnen werden, aber ein Weiteres werde voraussichtlich nicht geschehen, da ja auch die Kostenbewilligung sich noch im Rückstande befinde und hiervon die Fundamentirung theilweise abhängig zu machen sei. Es würde sich auch schon aus dem Grunde nicht viel erreichen lassen, weil ein Quaderbau in Aussicht genommen sei und die Quader erst bearbeitet werden müssen, was sehr viel Zeit in Anspruch nehme und was natürlich voraussetze, daß man sich über das zu verwendende Quadermaterial erst schlüssig werde. Aus diesen Gründen glaube er nicht, daß in diesem Jahre weitere, als die im Etat vorgesehenen Mittel aufgewendet werden.

XXII. Selbstständiger Antrag des Herrn H a u s w a l d t auf Freigabe der Brücke nächst der Hennebergstraße.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, die Brücke an der früheren Rößner-Rothe'schen Reinigungsanstalt und den Weg bis zur Hennebergstraße dem Verkehr freizugeben,“

wird durch die Ausführungen bei Punkt XX der Tagesordnung für genügend begründet erachtet und, ausreichend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

Da hiermit die Tagesordnung der Versammlung erschöpft ist, wird dieselbe von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 1. Juni 1893.

Tagesordnung:

I. Regulirung der Straße am Gaußberge	Seite 40
II. Verkauf einer Fläche an der verlängerten Kaiserstraße	" 41
III. Die östliche Ringstraße im weiteren Ausbau	" 41
IV. Erwerb einer Straßenfläche am Werder	" 43
V. Uebergang von Grundstücken in den Gemeindebezirk Lehdorf	" 43
VI. Aenderung des Ortsbauplanes an der Kreuzstraße	" 44
VII. Besondere Beiträge zur Wegebaucaße	" 44
VIII. Ankauf eines Grundstücks für die Oberrealschule	" 44
IX. Antrag Hauswaldt: Freigabe der Brücke nächst der Hennebergstraße	" 48
X. Gebühren für Benutzung der Bedürfnisanstalten	" 49
XI. Baulinie an der Höfenstraße	" 52
XII. Kosten für Stühle in der Gewerbeschule	" 52
XIII. Entsendung von Feuerwehr-Hauptleuten nach München	" 52
XIV. Anschaffung von Transportwagen für die Desinfectionsanstalt	" 53
XV. Erwerb einer Straßenfläche an der Wilhelmstraße	" 56
XVI. Kosten für Instandsetzung eines Theiles der Salzdhulmerstraße	" 57
XVII. Wasserversorgung der Wabestraße	" 57
XVIII. Gesuche um Erlass der Hundesteuer	" 57
XIX. Wahl von Deputirten zum Städtetage	" 58
XX. Polizei-Vorschriften für Arbeitercasernen	" 58
XXI. Planke im Bürgerpark	" 58
XXII. Erhöhung des Gehaltes zweier Lehrer	" 59
XXIII. Austausch von Straßenflächen an der Födden- und Küchenstraße	" 59
XXIV. Abtretung von Flächen an der Eichthalstraße	" 59

XXV.	Änderung des Ortsbauplanes der nordwestlichen Außenstadt	Seite 60
XXVI.	Anfrage des Herrn Bues wegen des Teiches im neuen Bürgerparke	" 60
XXVII.	Anfrage des Herrn Böschigk wegen Ankaufs von städtischen Gebrauchs- Gegenständen	" 60
XXVIII.	Antrag Lange: Anderweite Vermietung des Kellers im Altstadt-Rath- hause	" 61
XXIX.	Verkauf der Apparate der Reinigungsanstalt	" 62

Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Haake, Ketemeyer, Heymann, Meyer und Sievers.

Entschuldigt Herr Wolff.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und heißt zunächst Herrn Bültemann II, welcher an Stelle des Herrn Sievers neu in die Versammlung gewählt ist, willkommen. Sodann macht der Herr Vorsitzende Mittheilung von dem Eingang folgender Sachen:

- 1) Einladung zum Besuche der am Sonntag, den 4. Juni d. Js., im Altstadt-Rathhaussaale stattfindenden Haupt-Versammlung des braunschweighthannoverschen Stenographen-Verbandes (System Gabelsberger). Die eingesandten Programme gelangen zur Vertheilung.
- 2) Eingabe von Vertretern der bei der Errichtung einer Markthalle am Hagenmarkte interessirten Grundbesitzer. Die Eingabe wird herumgereicht.

Darauf tritt die Versammlung in die Erledigung der Tagesordnung ein.

I. Regulirung der Straße am Gaußberge.

In der Sitzung vom 3. März 1892 (Seite 55—57 des Prot.) hatte die Versammlung dem Antrage des Magistrates auf anderweite Feststellung der Baulinie für die Wendenstraße und die Straße am Gaußberge, sowie auf Abschluß eines im Entwurfe vorgelegten Vertrages mit der Herzoglichen Baudirection zugestimmt. Dieser Vertrag hat indessen wegen Widerspruch der Anlieger hinsichtlich des Terrains vom Wendenmühlengraben nicht zum Abschluß gebracht werden können. Nachdem das damals unterlassene wassergesekliche Verfahren inzwischen zur Ausführung gebracht ist, soll von jenem ehemaligen Oerterrain die zur Verbreiterung der Wendenstraße bestimmte, 36 qm haltende Fläche dem Staate verbleiben, ferner eine 34 qm große, nördlich vom Canale liegende Theilfläche gleichfalls dem Staate zufallen, jedoch mit einer Servitut hinsichtlich der Errichtung und Benutzung einer Brandmauer belastet werden, während alle übrigen Flächen den Privatanliegern gegen Erstattung der f. Z. aufgewandten Canalisationskosten überwiesen werden. Die Herzogliche Baudirection hat dem Magistrate nun einen neuen Vertragsentwurf unterbreitet, nach welchem die beiden Straßenstrecken als Ortsstraßen von der Stadt, unter Durchführung der betr. Baulinien, ausgebaut, künftig jedoch vom allgemeinen Pflasterfonds unterhalten werden sollen; außerdem

aber die Stadt die dem Staate gehörenden Flächen von zusammen 576 qm zum Einheitspreise von 17 M und zwei Flächen des ehemaligen Ofterterrains zu 70 qm zum Einheitspreise von 5 M, die gesammten Flächen also zu einem Preise von 10142 M erwerben und vom Staate einen Zuschuß von 13800 M erhalten soll. Wenngleich dieses Abkommen für die Stadt nicht so günstig ist, wie das von der Versammlung früher schon gebilligte, so muß der Magistrat doch dessen Annahme empfehlen und giebt derselbe daher, unter eingehender Begründung seiner Stellungnahme in dieser Sache, anheim, den von der Herzoglichen Baudirection vorgelegten Vertrag zu genehmigen.

Nach dem Berichte des Herrn Rudeloff hält die Statutencommission mit dem Magistrate das ganze Unternehmen für sehr zweckmäßig, glaubt auch, daß die aufzuwendenden Kosten und Opfer bei Berücksichtigung der damit zu erreichenden Vortheile nicht zu groß seien. Die Commission vertrete die Ansicht, daß schon bei Stellungnahme des Ausschusses der Landes-Versammlung, welcher den früher in Aussicht gestellten höheren Zuschuß beanstandet habe, bessere Bedingungen von der Regierung nicht zu erreichen seien und daß auch die Grunderwerbskosten nicht als zu hohe bezeichnet werden können. Es werde daher die Genehmigung der Vorlage anheimgegeben.

Die Versammlung stimmt darauf derselben zu.

II. Verkauf einer Fläche an der verlängerten Kaiserstraße.

Der Magistrat legt einen mit dem Schlossermeister Bergert abgeschlossenen Kaufvertrag vor, inhalts dessen die an der verlängerten Kaiserstraße gelegene 1,97 a haltende Theisfläche der Grundstücke *N* ass. 1477 und 1478 an Herrn Bergert zum Preise von 10000 M, frei von Straßenbaukosten, verkauft werde. Der Verkauf ist davon abhängig gemacht, daß Bergert Eigenthümer des von ihm angekauften Grundstückes *N* ass. 1479 und daß die Stadt Eigenthümerin einer dort gelegenen 18 qm großen Fläche werde.

Dem Antrage auf Genehmigung des Vertrages stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, zu.

III. Die östliche Ringstraße im weiteren Ausbau.

Die städtische Bauverwaltung hat anheimgegeben, schon jetzt darüber Beschluß zu fassen, wie die östliche Ringstraße auf der Strecke nördlich von der Husarenstraße demnächst gestaltet werden soll und in dieser Beziehung folgende Vorschläge gemacht:

a. auf der Strecke zwischen Husaren- und Kaiser-Wilhelmstraße in der Mitte eine 12 m breite Fahrbahn und zu beiden Seiten je 2 mit 2 Baumreihen besetzte Fußwege herzurichten. Die letzteren zu je 9 m Breite sollten aus einem unmittelbar an den angrenzenden Grundstücken liegenden 3 m breiten, in der

ganzen Breite mit Platten belegten Verkehrswege und einem 6 m breiten Promenadenwege bestehen ;

b. auf der Strecke nördlich von der Kaiser-Wilhelmstraße in der Mitte eine 5 m breite, mit einer Baumreihe besetzte Mittelpromenade, auf beiden Seiten derselben eine je 8 m breite Fahrbahn und an den Häusern einen je 4,5 m breiten, mit einer Baumreihe zu besetzenden Fußweg herzurichten, welcher letztere einen 2 m breiten Plattenbelag erhalten sollte.

Der Magistrat möchte der unter a erwähnten Gestaltung der Ringstraße den Vorzug geben, jedoch mit der Abweichung, daß der eine der beiden neben der Fahrbahn vorgesehenen Promenadenwege als Reitweg ausgebaut und der Plattenbelag auf den neben den angrenzenden Grundstücken vorgesehenen Verkehrswegen nur in einer Breite von 1,5 m hergestellt werde. Der Antrag des Magistrates geht dahin, diese Gestaltung der künftigen Ringstraße und zwar, da sonst die Anordnung eines Reitweges keinen Zweck habe, auf der ganzen Strecke von der Husarenstraße bis zum Büldenwege zu genehmigen.

Wie Herr Uhde berichtet, empfiehlt die Baucommission das betr. Project ebenfalls, jedoch mit der Aenderung, daß an den Häuserreihen bezw. den Vorgärten der Straße zunächst ein 3 m breiter Fußweg hergestellt werde und sich daran ein Fußweg mit einem 1,5 m breiten Plattenbelage schließe. Dann folge ein Promenadenweg zwischen zwei Baumreihen auf der einen Seite und ein Reitweg auf der anderen Seite, während in der Mitte ein 12 m breiter chaussirter Fahrweg angelegt werde. Die Ausdehnung des Reitweges bis zum Büldenwege werde ebenfalls befürwortet.

Herr Meyerhoff bittet, dieses Project nicht zu genehmigen. Bei der vorhin beschriebenen Anordnung der Wege müssen die Anwohner, welche einen Wagen zur An- oder Abfahrt nach bezw. von der Wohnung benutzen, an der Seite, an welcher der unglückliche Reitweg liege, einen Weg von 9 m über den Reit- und den Fußweg und dann wohl noch 2—3 m durch den Vorgarten zurücklegen, was bei schlechtem Wetter geradezu unerträglich sei. Hieraus würde sich sogar ergeben, daß die Wohnungen in den Häusern an der Straßenseite, welcher der Reitweg zugetheilt werde, sich schlechter vermietten, als an der anderen Seite. Er empfehle daher, die Straße entweder nach dem Muster der Kaiser-Wilhelmstraße, oder aber nach dem Projecte b anzuordnen.

Herr Stadtrath Ketemeyer ist der Ansicht, daß diese Bedenken vom Standpunkte der Hausbesitzer aus nicht von der Hand zu weisen seien. Der Magistrat habe geglaubt, nachdem Braunschweig eine Großstadt geworden sei und sich viele Reiter auf den städtischen Wegen bemerkbar machen, hierauf Rücksicht nehmen zu sollen und auch einen Reitweg anzulegen. Da indessen die Lösung der Frage keine Eile habe, so erscheine es vielleicht angebracht, die Vorlage zunächst von der Tagesordnung abzusetzen und die städtische Bauverwaltung eventuell zu veranlassen, ein anderes Project auszuarbeiten.

Die Vorlage wird darauf von der Tagesordnung abgesetzt und an die Baucommission zurückverwiesen.

IV. Erwerb einer Straßenfläche am Werder.

Von dem am Werder gelegenen, dem Hoflieferanten Haake gehörigen Grundstücke ist eine 1,45 a haltende Theilfläche zur Anlage der verlängerten Kaiserstraße erforderlich. Haake beansprucht als Entschädigung für diese Fläche drei der Stadt gehörige angrenzende Theilflächen im Gesammtumfange von 1,10 a unter der Voraussetzung, daß ihm für die mehr abzutretende Fläche von 35 qm die Befreiung seines Grundstückes von Straßenkosten bis dahin zugesichert werde, daß dieses weiter bebaut werde.

Der Magistrat ersucht, dem dieserhalb aufgenommenen Vertrage zuzustimmen, welchem Antrage sich Herr Niek namens der Baucommission anschließt.

Wie Herr Stadtrath Netemeyer ausführt, habe in den Vertrag eine eigenthümliche Bestimmung aufgenommen werden müssen. Es gehe nämlich die Sage, daß auf diesem Grundstücke ein Schatz vergraben sei und habe schon der jetzige Besitzer seinem Vorgänger zusichern müssen, den Schatz, sofern er aufgefunden werde, herauszugeben. Aus diesem Grunde sei in den §. 5 des Vertrages eine entsprechende Bestimmung auf Herausgabe des sich etwa vorfindenden Schatzes aufgenommen.

Die Vorlage wird genehmigt.

V. Uebergang von Grundstücken in den Gemeindebezirk Lehdorf.

Auf Vorschlag der städtischen Bauverwaltung und auf Empfehlung der Herzoglichen Kreisdirection hieselbst soll in Verbindung mit der Lehdorfer Separation eine Veränderung der Gemeindebezirks-Zugehörigkeit zweier zu dem Gemeindebezirk Braunschweig gehörigen Grundstücke eintreten, welche als theilweise Entschädigung für die Grundstücke, die in Gemäßheit des §. 7 der neuen Städteordnung vom 18. Juni 1892 mit der Receßbestätigung in den Verband der hiesigen Gemeinde treten, vom hiesigen Stadtgebiete abgetrennt und der Gemeinde Lehdorf zugelegt werden sollen. Nachdem die Zustimmung der theilhabenden Eigenthümer zu der geplanten Veränderung eingeholt ist, wird die Versammlung ersucht, die Zustimmung zu der Abtrennung der Pläne von dem Stadtbezirke zu erteilen.

Herr Rudeloff giebt als Berichterstatter anheim, die Vorlage zu genehmigen. Es sei ihm hierbei aber noch Folgendes aufgefallen: Ebenso wie der Uebergang dieser beiden Pläne in den Feldmarksbezirk Lehdorf nur durch Verordnung und nicht kraft Gesetzes geschehen könne, ebenso werde auch der zur Feldmark Lehdorf gehörende Theil des Vorchers'schen Planes nur durch Verordnung in den Bezirk der Feldmark Neu-Petritshor übergehen können und werde hierzu auch noch die Zustimmung der Versammlung erforderlich sein. Aus diesem Grunde möchte

er empfehlen, die Zustimmung zu diesem Uebergange gleich mit zu ertheilen, für den Fall daß es nöthig werde, den Uebergang durch Verordnung zu bewirken.

Nach einigen Bemerkungen des Herrn Stadtrath Ketemeyer und des Herrn Berichterstatters wird die Vorlage mit dem Zusatzantrage des Letzteren angenommen.

VI. Aenderung des Ortsbauplanes an der Kreuzstraße.

Gegen die von der Versammlung beschlossene Aenderung des Ortsbauplanes, Section XIII, sind vom Fabrikanten Willies wegen Aufnahme der sein Grundstück durchschneidenden Straßenstrecke und vom Maurerpolier Bartels wegen der von ihm befürchteten Entwerthung seines Grundstückes am Madamenwege Einsprachen erhoben. Obwohl sich beide Einreden lediglich auf Privatinteressen stützen, so hält der Magistrat doch, in Uebereinstimmung mit der städtischen Bauverwaltung für unbedenklich und zulässig, dieselben zu berücksichtigen. Das Ersuchen des Magistrats geht dahin, zu genehmigen, daß die von Willies beanstandete Straßenstrecke, weil ohne Bedeutung für den öffentlichen Verkehr, in den Ortsbauplan nicht aufgenommen werde und daß eine Verschiebung der das Bartels'sche Grundstück berührenden Straße nach Westen hin erfolge, damit dasselbe nahezu unberührt bleibe.

Die von Herrn Nieß namens der Baucommission befürwortete Annahme der beiden Anträge wird von der Versammlung beschlossen.

VII. Besondere Beiträge zur Wegebaucaasse.

Die Verlegung des Rechnungsjahres auf die Zeit vom 1. April bis 31. März macht es erforderlich, daß die besonderen Beiträge der gewerblichen Etablissements für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1893 gesondert festgestellt werden. Der Magistrat hält es nicht für nöthig, eine besondere Einschätzung der einzelnen Etablissements auf den kurzen Zeitraum vorzunehmen, sondern ersucht, zu genehmigen, daß die Sätze aus dem Jahre 1892 hierbei zu Grunde gelegt werden.

Der Antrag wird von Herrn Halle befürwortet und von der Versammlung angenommen.

VIII. Ankauf eines Grundstücks für die Oberrealschule.

Unter Bezugnahme auf den Beschluß der Versammlung vom 30. Juni 1892 (Seite 187 des Prot.), mit welchem die Mittel zur Anstellung zweier Neu-Philologen und zur Beschaffung von Subsellien u. für die Oberrealschule bewilligt sind, ersucht der Magistrat, zur weiteren Durchführung des vorgeschriebenen Lehrplanes die Genehmigung zum Erwerbe des für die erforderlichen Erweiterungsbauten notwendigen Platzes zu ertheilen. Es wird für nothwendig gehalten die Ausführung eines Neubaus zur Gewinnung folgender Räume: eines Lehrzimmers für Physik, eines Zimmers für die physikalischen Sammlungen, eines Zimmers für optische

Versuche, eines Lehrzimmers für Chemie, eines Zimmers für chemische Arbeiten der Schüler und eines (zugleich als Lehrerzimmer dienenden) Zimmers für die Waage. Als geeigneten Bauplatz für diesen Neubau bringt der Magistrat die an den östlichen Theil des Spielplatzes grenzende, zu etwa 3,65 a vermessene Fläche des dem Porzfabrikanten Behaus gehörigen Grundstücks in Vorschlag und ersucht, deren Ankauf zum Preise von 15 000 M zu genehmigen. Da die zu 58 150 M im Etat vorgesehene Bausumme nach der Ansicht des Magistrates der Ermäßigung fähig ist, so bleibt ein Antrag auf Bewilligung der Bausumme bis zu deren nochmaliger Prüfung vorbehalten.

Die Schulcommission läßt durch Herrn Blasius empfehlen, den Ankauf des Grundstücks und den Neubau im Allgemeinen zu genehmigen. Wenn der Preis für den Platz auch verhältnißmäßig hoch sei, so lasse sich doch der Erweiterungsbau nicht umgehen.

Herr Meyerhoff kann den Preis für den Platz nicht zu hoch finden. Er möchte jedoch die Anfrage an den Magistrat richten, ob nicht eine alsbaldige weitere Vergrößerung der Schule nothwendig sein werde. Bejahendenfalls empfehle es sich, schon jetzt noch drei kleine angrenzende Grundstücke, deren Preis nicht sehr hoch sein könne, mit anzukaufen, um später den weiter erforderlichen Raum zur Verfügung zu haben. Hierdurch lasse sich auch noch ein zweiter Eingang zur Schule schaffen.

Herr Lord hat sich mit Rücksicht auf die für den Bau geforderte sehr erhebliche Summe von insgesammt 73 000 — 75 000 M die Frage vorgelegt, ob dieser Anbau auf die Dauer genügen, oder ob sich derselbe im Verlaufe der Zeit als eine unnöthige Ausgabe für die Stadt darstellen werde. Der Magistrat habe seine Forderung in zweierlei Beziehung begründet. Einmal heiße es, daß die Oberrealschule bei dem vorliegenden Andränge der Schüler ihre Räume vergrößern müsse, und dann werde als Ursache des Anbaues die Durchführung der neuen preussischen Lehrpläne angeführt. Was den Besuch der Oberrealschule anlange, so habe derselbe seine äußerste Grenze wohl schon erreicht, denn im Durchschnitt besuchen die unteren Classen schon 48 Schüler und die mittleren Classen 33 Schüler, während die Conferenz höherer Schulmänner im December vorigen Jahres 40 Schüler für die unteren und 30 für die mittleren Classen als Maximum der Belastung einer höheren Schule hingestellt habe. Dazu komme noch, daß das Schülermaterial in einer Oberrealschule nicht gleichwerthig sei mit demjenigen eines Gymnasiums, weil die Schüler zum Theile aus anderen Kreisen stammen, als die Schüler eines Gymnasiums und erstere daher den Lehrern eine erheblich größere Last und Mühe verursachen, als letztere. Es scheine ihm daher, als ob eine weitere Vermehrung der Schülerzahl in der Oberrealschule ausgeschlossen sei, auch wenn die dazu nöthigen Räume vorhanden wären, sofern man nicht beabsichtige, neue Parallellclassen zu schaffen. Hierzu fehle es aber an Räumlichkeiten. Es sei eine allgemein anerkannte Thatsache, daß keine der hiesigen oberen Schulen derartig mit

Schülern überhäuft sei, wie die Oberrealschule. — Zu dem zweiten Grunde der Forderung — Durchführung der preussischen Lehrpläne — habe er Folgendes zu bemerken. Da mehrere der als nothwendig bezeichneten Zimmer in dem Schulgebäude schon vorhanden seien, so handle es sich darum, ob die Möglichkeit vorliege, die sämmtlichen geforderten Räume ohne den Anbau zu beschaffen. Diese Frage müsse er aber nach den eingeholten Informationen bejahen, es erscheine ihm möglich, daß sich die Zimmer in den parterre links gelegenen Räumen beschaffen lassen. Da er es nicht für rathsam halte, auf die näheren Einzelheiten gegenwärtig schon einzugehen, so beantrage er, die Vorlage an die Commission zurückzuverweisen und dort die Möglichkeit zu prüfen, ob in den vorhandenen Räumlichkeiten auszukommen sei, ehe man sich zu der Ausgabe von 75 000 M. entschlöße. Wenn möglicherweise doch die Nothwendigkeit an die Stadt oder den Staat herantreten sollte, noch eine Oberrealschule zu errichten, so würde der gegenwärtig geplante Anbau überflüssig sein, weil dann die jetzige Schule ihrem ursprünglichen Zwecke zurückgegeben und wieder zu einer sechsklassigen Realschule eingerichtet werden könne. Bei den von ihm geplanten Aenderungen würde beispielsweise das gegenwärtige Singzimmer anderweit zu verwerthen sein. Da in anderen Schulen der Singunterricht im Classenzimmer stattfindet, so werde sich diese Einrichtung wohl auch hier ermöglichen lassen, zumal da die gemeinschaftlichen Singübungen mehrerer Classen in der Aula, oder dem ZeichenSaale umsomehr abgehalten werden können, als der Zeichenunterricht nach den neuen Lehrplänen sehr beschränkt sein solle und einer der beiden Zeichenäle daher fast überflüssig sei. Das Laboratorium lasse sich durch Hinzulegung einer vorhandenen größeren Schrankkammer beschaffen. Aus allen diesen Gründen bitte er um Zurückweisung der Vorlage an die Schulcommission.

Der Herr Berichterstatter hat gegen diesen Antrag an sich nichts einzuwenden, will indessen darauf aufmerksam machen, daß die von Herrn Lord vorgeführten Gesichtspunkte von der Commission im Allgemeinen schon in Erwägung gezogen seien und er daher nicht glaube, daß die Commission bei nochmaliger Berathung zu einem andern Ergebnisse kommen werde. Nach seiner auf Grund eigener Anschauung gefaßten Meinung und nach der überzeugenden Auseinandersetzung des Directors Krumme lasse sich mit den vorhandenen Räumen nicht auskommen und müsse eine Vermehrung derselben stattfinden. Herr Lord sage auf der einen Seite, die Classen seien zu stark gefüllt und auf der anderen Seite, es sei noch Platz im Gebäude vorhanden.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß Herr Lord einzelne positive Vorschläge sehr schwerwiegender Art gemacht habe, welche von der Commission noch nicht berathen sein können.

Herr Rudeloff führt aus, daß die Commission die Ausführbarkeit der von Herrn Lord besprochenen Pläne allerdings nicht geprüft habe. Als Mitglied der früheren Deputation für die Oberrealschule könne er indessen versichern, daß die Deputation die Frage, ob die jetzigen Räume der Oberrealschule für die Bedürfnisse,

welche in Folge höherer Anordnungen noch zu befriedigen seien, genügen, gründlich erörtert habe. Wenn Herr Lord sage, der Zuzug zu der Schule sei stabil geworden und der Höhepunkt erreicht, so sei das nicht richtig. Die Eltern haben sich allerdings schon entwöhnt, ihre Sungen der Schule zuzuführen, weil immer sehr viele Anträge auf Aufnahme von Schülern in Folge Ueberfüllung der unteren Classen bis Tertia haben abgelehnt werden müssen. Sobald man für ausreichenden Raum Sorge, werde auch der Zuzug von Schülern wieder größer sein. Eine solche Vergrößerung der Schule liege auch im Interesse der Stadt, welche erheblich wachse und in die jetzt erfreulicherweise eine große Menge steuerkräftiger Familien ziehe, deren Söhnen man Aufnahme in die Schule verschaffen müsse. Da es nun nach Ansicht der Deputation mit den jetzigen Räumen nicht weiter gehe, so habe man sich auch die Frage vorgelegt, ob nicht zu erwarten stehe, daß von Seiten des Staates noch eine zweite Realschule gegründet werde, weil nicht anzunehmen sei, daß die Stadt dieses thun werde; man sei indessen der Meinung geworden, daß man auch hierauf in absehbarer Zeit nicht zu rechnen habe. Wenn die Vorlage nochmals an die Commission zurückgehe, so werde sie noch einmal durchgesprochen, aber sie komme jedenfalls in demselben Stadium wieder an die Versammlung zurück und diese müsse zustimmen, denn für Raum müsse einmal gesorgt werden und die Ausgabe sei nicht zu umgehen.

Herr Lord erklärt, nicht gesagt zu haben, daß der Höhepunkt des Schulbesuches an sich mangels weiterer Schüler erreicht sei, sondern daß bei den jetzigen Verhältnissen weitere Schüler nicht aufgenommen werden können. Die spätere Nothwendigkeit des Neubaus einer zweiten Realschule gebe er gern zu. Herrn Blasius möchte er entgegnen, daß sich die vorhandenen Classen nicht größer machen lassen und daß eine Vergrößerung derselben auch nicht in der Absicht der Schulverwaltung liege, sondern daß es sich hier nur um die Schaffung von fünf neuen Zimmern handle. Nach seiner Ansicht lassen sich diese Zimmer in den unteren Räumen links herrichten, wenn einige Aenderungen in Bezug auf den Unterricht eintreten. An und für sich liege es auch nicht im Interesse der Schule, ein Gebäude zu errichten, welches nicht in organischem Zusammenhange mit dem Hauptgebäude stehe, und es würde viel besser sein, nach wie vor Alles in einem Gebäude zusammenzuhaben. Wenn der Director einer Schule den größten Werth darauf lege, daß Alles so groß und geräumig wie möglich sei, so könne man ihm das nicht verdenken; die Versammlung stehe aber vor einer Forderung von 75 000 M., welche bei der Finanzlage der Stadt sehr wohl zu überlegen sei.

Herr Müller hat nach einer Unterredung mit dem Director Krumme die Ueberzeugung gewonnen, daß die Schaffung neuer Räume in einem Anbau erforderlich sei, weil die dann freiwerdenden Räume des alten Gebäudes zur nothwendigen Vergrößerung der jetzigen überfüllten Schulräume benutzt werden können. Bei der Ausführung des Anbaues würden aber noch mindestens fünf Jahre vergehen können, bis die Erbauung einer neuen Schule nothwendig sei. Da

hiernach der Anbau erforderlich scheine, so könne eine nochmalige Berathung in der Schulcommission auch nicht zu einem andern Ergebnisse führen.

Herr Hauswaldt hält die Zurückverweisung der Vorlage an die Commission nach den Ausführungen des Herrn Lord für nothwendig, da diese so schwerwiegender Art seien, daß sie eine nochmalige Berathung in der Commission erheischen.

Herr Rimpau will noch darauf hinweisen, daß die sämmtlichen von Herrn Lord als überzählig angesehenen Räume zur Errichtung von Parallelclassen benutzt werden sollen und daher zu dem vorliegenden Zwecke keine Verwendung finden können. Wenn die Physik und die Chemie in einem besonderen Hause gelehrt werde, so könne dieses unmöglich als fehlerhaft angesehen werden, denn es sei doch gleich, ob die Schüler nach der Pause sich rechter oder linker Hand der Schalthür zuwenden.

Herr Blasius hebt aus dem bezüglichen Berichte der städtischen Bauverwaltung noch besonders hervor, daß die von Herrn Lord zur Schaffung der nothwendigen neuen Unterrichtszimmer ins Auge gefaßten Räume bereits zur Vergrößerung der bestehenden Unterrichtszimmer ausersehen seien und daher dem ersteren Zwecke nicht dienen können. Da es hiernach unmöglich sei, ohne den Anbau auszukommen, so müßte derselbe auch bewilligt werden.

Herr Stadtrath Netemeyer kann auf die Sache selbst nicht näher eingehen, weil dieselbe zum Ressort des Herrn Oberbürgermeisters gehöre, der am Erscheinen durch Krankheit behindert sei. Wenn indeß hervorgehoben worden, daß trotz dem Anbau nach fünf Jahren der Antrag auf den Bau einer neuen Schule kommen werde, so könne er dem gegenüber mittheilen, daß nach den dem Magistrate gemachten Versicherungen die jetzige Schule mit dem Anbau noch auf 20 Jahre ausreiche. Im Uebrigen halte der Magistrat eine Zurückverweisung der Vorlage an die Commission unter den vorliegenden Verhältnissen für empfehlenswerth.

Herr Halle befürwortet die Zurückverweisung ebenfalls. Es lasse sich dann auch noch erwägen, ob nicht die Wohnung des Directors den Schulzwecken nutzbar gemacht werden könne.

Herr Günther hält die nochmalige Berathung der Vorlage in der Commission gleichfalls für erforderlich, da es bei der Finanzlage der Stadt nothwendig sei, zu erwägen, ob sich diese Ausgabe nicht vermeiden, oder doch herabmindern lasse.

Die Vorlage wird darauf an die Schulcommission zu nochmaliger Berathung zurückverwiesen.

IX. Antrag Hauswaldt: Freigabe der Brücke nächst der Hennebergstraße.

Wie Herr Bültemann I ausführt, hat sich die Baucommission einstimmig diesem in der vorigen Sitzung gestellten Antrage (Seite 37 des Berichts) insoweit angeschlossen, als beantragt werde, den Verkehr über die Brücke an der Reinigungsstation zur Tageszeit freizugeben. Ferner beantrage die Commission, zu beschließen,

daß dem Magistrate schon jetzt die Mittel zur Herstellung einer möglichst einfachen Einfriedigung zur Verfügung gestellt werden, sofern derselbe eine solche für nothwendig halte, um durch diese Bewilligung eine Verzögerung in der Freigabe des betreffenden Weges zu verhüten.

Beide Anträge der Commission werden angenommen.

X. Gebühren für Benutzung der Bedürfnisanstalten.

Nach Fertigstellung der auf dem Kohlmarke und dem Hagenmarke hergerichteten Bedürfnisanstalten ist vom Magistrate für jede derselben eine Wärterin angenommen und denselben ein Tagelohn von je 1,50 M. zugebilligt worden. Die Gebühr für Benutzung der Anstalten ist für ein Closet I. Classe auf je 10 S. und für ein solches II. Classe auf je 5 S. festgestellt und erhoben. Ueber die bisherigen Betriebsergebnisse sei bemerkt, daß auf dem Kohlmarke vom 12. Januar bis 2. Mai 410 Coupons I. Classe und 933 Coupons II. Classe, auf dem Hagenmarke vom 7. Februar bis 1. Mai 636 Coupons I. Classe und 1148 Coupons II. Classe verausgabte und demnach für beide Anstalten 208,65 M. aufgenommen sind, während an Löhnen 296,80 M. verausgabt wurden. Abgesehen von den Löhnen der Wärterinnen entstehen dauernde Ausgaben noch für Beleuchtung, Heizung und Wasserlieferung, so daß sich eine Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen für die nächste Zeit noch nicht erwarten lasse. Der Magistrat ersucht, nicht nur die weitere Erhebung der obenerwähnten Gebühren zu genehmigen, sondern ihn auch zur Aufwendung der zum Betriebe beider Anstalten erforderlichen Mittel zu ermächtigen.

Der Berichterstatter, Herr Lange, hat gegen diese Anträge nichts einzuwenden und giebt anheim, dieselben unter den obwaltenden Verhältnissen zu genehmigen. Der geringe Besuch der beiden Anstalten habe ihn veranlaßt, einmal nach dem Grunde desselben zu forschen und sei er dabei auf folgende Mängel gestoßen. Zunächst sei auf der Anstalt am Kohlmarke bei der Revision ein Uebelstand zu Tage getreten, welchen der Magistrat schon in energischer Weise abgestellt habe. (Zurufe.) Er habe dort nämlich in der Frauenabtheilung einen Mann angetroffen, was als ungehörig bezeichnet werden müsse. Sodann finde er, daß die Eingangsthür zu der Frauenabtheilung sehr ungünstig liege, einmal in Bezug auf den Stand der Droschken und andererseits mit Rücksicht auf den dicht daneben liegenden Eingang zum Pissoir der Männer. Die Köpfe der Droschkenpferde reichen fast bis an den Eingang zur Damenabtheilung, vor den Pferden haben aber gewöhnlich noch die Kutscher Aufstellung genommen und kritisiren nun die eintretenden Frauen. Da auch die Eingangsthür zum Pissoir nicht gut auf der einen Seite geschlossen werden könne, so empfehle es sich, eine Schutzwand zu ziehen, welche die eintretenden Frauen den Blicken der Kutscher und der Besucher des Pissoirs entziehe. Dazu trete noch der Uebelstand, daß der Uneingeweihte die Anstalt als solche gar nicht erkenne, da sie keine genügend bemerkbare Aufschrift trage; es müßte deshalb für

eine weithin sichtbare Aufschrift gesorgt werden, um die Frequenz zu heben. An diesem Fehler leide auch die Anstalt am Hagenmarke, und trete dazu noch der weitere Nachtheil, daß dieselbe bis zur Eröffnung der Markthalle einen unglücklichen Platz einnehme. Da nun ferner wahrgenommen sei, daß namentlich in die Anstalt am Hagenmarke öfter Männer gehen, in der Erwartung, dort ein Pissoir zu finden, so empfehle es sich bei dem Mangel eines solchen, das vorderste Closet herauszunehmen und dort ein Pissoir einzurichten. Endlich halte er die Einrichtung von Freiclosets in beiden Anstalten für erforderlich. Es komme häufig vor, daß Unbemittelte die Anstalt aufsuchen in der Annahme, ein Freicloset zu finden und für diese Leute müsse ebenfalls gesorgt werden. Auch die Aufwärterinnen bezeichnen das Fehlen von Freiclosets als einen Uebelstand, der im allgemeinen Interesse zu beseitigen sei. Indem er bitte, den Magistrat zu ersuchen, nach dieser Richtung hin zur Hebung der Frequenz Abhülfe zu treffen, habe er im Uebrigen gegen die Magistratsvorlage nichts einzuwenden.

Herr Asmann muß den letzteren Punkt als die Hauptursache der geringen Frequenz ansehen, weil viele Leute, namentlich aber Frauen, nicht fünf Pfennige zu solchen Zwecken aufwenden können. Er halte es daher für nothwendig, die Closets II. Classe in Freiclosets zu verwandeln, mindestens aber je ein Freicloset einzurichten.

Herr Stadtrath Netemeyer will anerkennen, daß hinsichtlich des Einganges zu der Anstalt auf dem Kohlmarke Abhilfe geschaffen werden müsse und sei auch die städtische Bauverwaltung schon angewiesen, bezügliche Vorschläge zu machen. Die Einrichtung von Freiclosets halte der Magistrat dagegen nicht für empfehlenswerth und müsse er sich nur wundern, daß die Wärterinnen diesen Vorschlag beifürwortet haben sollen, während sie dem Magistrate gegenüber in dieser Beziehung schwere Bedenken geäußert haben. Der Magistrat habe sich zu der kostspieligen Einrichtung der Anstalten nur unter der Bedingung verstanden, daß für deren Benutzung auch eine Gebühr erhoben werde.

Herr Pepsies schreibt die geringe Benutzung der Anstalt in erster Linie dem Erheben eines Eintrittsgeldes zu, da namentlich die Frauen schon aus Sparsamkeitsrückichten der Anstalt fernbleiben. Man hätte auch eine Classification in solchen Anstalten lieber unterlassen sollen. Da dieselbe aber einmal eingeführt sei, so solle man wenigstens die Einforderung einer Gebühr für die zweite Classe fallen lassen und wolle er einen dahingehenden Antrag stellen.

Herr Müller spricht sich für die Beibehaltung der jetzigen Einrichtung aus. Wenn man aber einen Theil der Closets freigebe, so werde sich manche Dame geniren, die Anstalt zu benutzen, um nicht Gefahr zu laufen, dort mit Strolchen zusammenzutreffen; die Frequenz der Anstalt werde also in der Abtheilung, für welche eine Gebühr zu zahlen sei, leiden. Die Wärterin auf dem Hagenmarke habe ihn auch gewarnt, einer Freigabe von Closets zuzustimmen.

Herr Löschigt hält die Freigabe von mindestens einem Closet in jeder Abtheilung für nothwendig, damit auch diejenigen Nutzen von den Anstalten haben, welche nicht in der Lage seien, Geld dafür aufzuwenden. Daß ein Bedürfniß zur Einrichtung von Freiclosets vorliege, könne man täglich auf seinem Grundstücke wahrnehmen, welches sehr viel von Leuten aufgesucht werde, die ein Geldopfer zu bringen nicht im Stande seien. Wenn sich aber die Einrichtung mit einer Wärterin nicht durchführen lasse, so müßte eben noch ein Wärter angestellt werden.

Herr Asmann ist der Ansicht, daß sich die Ordnung in den Anstalten auch bei der Freigabe von Closets aufrecht halten lasse, zumal da zu jeder Tageszeit leicht ein Polizeibeamter angerufen werden könne. Der Kostenpunkt dürfe aber bei solcher Einrichtung für ein Gemeinwesen nicht maßgebend sein, ebenso nicht die Frage, ob schon andere Städte in gleicher Weise vorgegangen seien. Verwahren müsse er sich dagegen, daß alle diejenigen, welche ein Freicloset benutzen, ohne Weiteres den Strolchen zugerechnet werden. Da bei anderer Gelegenheit gesagt sei, daß die Stadt für gemeinnützige Zwecke immer Geld übrig habe, so solle man die Wahrheit des Ausspruches hier bethätigen.

Herr Lange will nochmals erwähnen, daß ihm gegenüber beide Wärterinnen das Erforderniß von Freiclosets hervorgehoben haben. Die Möglichkeit einer guten Durchführung solcher Einrichtung lasse sich auf jedem Bahnhofe beobachten. Wenn man in anderen Städten noch nicht so weit gekommen sei, so liege das mit an dem Umstande, daß dort die Anstalten meist in den Händen von Privatgesellschaften sich befinden und diese dabei verdienen wollen. Der Zweck der Anstalten werde erst dann voll erfüllt, wenn auch Freiclosets vorhanden seien.

Herr Günt her schließt sich dem Antrage auf Einrichtung von Freiclosets ebenfalls an. Wenn Herr Müller meine, daß hierdurch Unreinlichkeiten in den Anstalten einreißen könnten, so seien die Wärterinnen dafür verantwortlich zu machen. Im Uebrigen werden sich die Marktfrauen, welche ein Freicloset benutzen, für das Compliment, in Folge dessen nicht mehr zu den Damen gerechnet zu werden, bedanken. Die Frequenz der Anstalten werde sich durch die Freigabe entschieden heben, denn je mehr Frauen die Anstalt aufsuchen, desto weniger werde man sich in Frauenkreisen vor solchem Besuche geniren. Er bitte daher, mindestens dazu überzugehen, versuchsweise ein Freicloset einzurichten.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag auf Freigabe der Closets II. Classe mit 18 : 16 Stimmen angenommen und die Gebühr für die Benutzung der Closets I. Classe auf 10 \mathcal{M} festgesetzt.

Herr Stadtrath Kete meyer erklärt darauf, nicht in der Lage zu sein, die Annahme des Antrages auf Freigabe von Closets seitens des Magistrates in Aussicht stellen zu können.

Der Herr Vorsitzende entgegnet, daß der Magistrat seiner Ansicht nach im Falle der Ablehnung des Antrages die Anstalten schließen lassen müsse.

XI. Baulinie an der Höfenstraße.

Der Magistrat beabsichtigt, die städtische Bauverwaltung ein Project über den ordnungsmäßigen Ausbau der Höfenstraße ausarbeiten zu lassen, hält es jedoch für erforderlich, daß zunächst die für diese Straße festgestellten Baulinien geändert werden. Bei Durchführung der jetzigen Baulinien würden die dort gelegenen drei Achilles'schen Häuser in Folge Erhöhung der Straße theilweise verschüttet werden. Um dieses zu verhüten, hält es der Magistrat in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte für angezeigt, die Straße so weit nach Norden zu verschieben, daß vor den Achilles'schen Häusern noch ein 3 m breiter Vorgarten liegen bleibt und giebt anheim, diese Baulinien gutzuheißen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, geschieht.

XII. Kosten für Stühle in der Gewerbeschule.

Für die städtische Gewerbeschule hat sich die Beschaffung von 24 Stück Wiener Sesseln mit einem Kostenbetrage von 156 M nothwendig gemacht und sind diese Stühle von dem Director Leizen ohne vorherige Einholung der Genehmigung beschafft worden.

Der Antrag des Magistrates diesen Betrag nachträglich zu verwilligen,

wird auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Halle berichtet, angenommen.

XIII. Entsendung von Feuerwehr-Hauptleuten nach München.

Der Kreisbranddirector Meyer beantragt die Verwilligung von Reisekosten nach München für 3 Führer der hiesigen Feuerwehren behufs Theilnahme an den Verhandlungen des 14. deutschen Feuerwehrtages. Der Antrag wird damit begründet, daß während der dort stattfindenden Fachausstellung über eine Reihe wichtiger Gegenstände, speciell über die Feuersicherheit verschiedener Bauconstruktionen, über das Verhalten der Feuerwehren bei Bränden in Gebäuden mit überwiegender Eisenconstruktion u. verhandelt werden soll und diese Verhandlungen lebhaftes Interesse für jeden Feuerwehrmann bieten müssen. Für jeden Führer wird eine Reiseunterstützung von 60 M gefordert und sind zu der Reise die Hauptleute der freiwilligen Feuerwehren, Kaufmann Römermann, Hof-Schornsteinfegermeister Unger und Sattlermeister Bauermeister in Aussicht genommen. Sollte einer dieser Herren auf eigene Kosten reisen wollen, oder behindert sein, so würde der Hof-Gürtler Höse bzw. der Tischlermeister Walkemeyer als Ersatzmann genommen werden. Der Magistrat beantragt, die Summe von 180 M zu dem fraglichen Zwecke zu genehmigen.

Der Berichterstatter, Herr Wolters, empfiehlt, der Vorlage im Allgemeinen zuzustimmen. Was indessen die Höhe des Reisezuschusses anlange, so gebe er an-

heim, nach dem Vorgange des Kreis Ausschusses Wolfenbüttel auch hier für jeden Führer einen Zuschuß von 100 M zu bewilligen.

Nachdem sich die Herren Lord und Günther dafür ausgesprochen hatten, die Unterstützung nicht höher zu bemessen, als sie beantragt sei,

wird der Antrag des Herrn Wolters abgelehnt und die Magistratsvorlage in vollem Umfange angenommen.

XIV. Anschaffung von Transportwagen für die Desinfectionsanstalt.

Aus sanitätspolizeilichen Rücksichten, wie im Interesse eines geregelten Betriebes der Desinfectionsanstalt hält es der Magistrat für nöthig, die zu reinigenden Sachen durch das Personal der Anstalt dorthin schaffen zu lassen. Da sich z. B. noch nicht beurtheilen läßt, in welchem Umfange das Publicum die Anstalt in Anspruch nehmen wird, ist es nicht möglich, das zum Transport der Sachen erforderliche Material jetzt schon genau festzustellen, jedoch wird die Anschaffung von mindestens zwei Transportwagen und zwar eines durch eine Person fortzubewegenden, zweirädrigen und eines zur Aufnahme von Möbeln geeigneten, von Pferden zu ziehenden, vier rädrigen Wagens für unbedingt nothwendig gehalten. Um bei einer plötzlichen Inbetriebsetzung nicht unvorbereitet zu sein, ist vom Magistrate der zweirädrige Wagen schon von den Vereinigten Fabriken zur Anfertigung von Sanitätsgeräthschaften in Heidelberg zum Preise von 120 M beschafft worden und wird gebeten, diesen Betrag nachträglich zu bewilligen. Wegen Beschaffung des großen Wagens ist der Magistrat mit dem Hof-Wagenfabrikanten Rathe hieselbst in Verbindung getreten und ersucht nun, auf Grund der mit demselben gepflogenen Verhandlungen zu genehmigen, daß ein Wagen, ähnlich den von der Berliner Desinfectionsanstalt gebrauchten Wagen, für rund 1000 M beschafft werde.

Herr Blasius empfiehlt als Berichterstatter, die Vorlage anzunehmen, möchte aber zur Erwägung stellen, ob es nicht nothwendig sei, gleich von jeder Sorte der Wagen zwei Stück zu beschaffen, um je einen Wagen zum Transporte der inficirten Sachen nach der Anstalt und je einen Wagen zum Transporte derselben von der Anstalt benutzen zu können. Nach der früheren Einrichtung haben die Leute die gereinigten Sachen von der Anstalt selbst abholen lassen müssen, was sich aber nicht empfehle. Auch nach der Ansicht des Directors der Berliner Desinfectionsanstalt müssen die gereinigten Sachen durch die Verwaltung der Anstalt den Leuten wieder zugestellt werden, damit dieses möglichst rasch geschehen könne. Er gebe daher anheim, von jeder Wagenforte gleich zwei Exemplare zu beschaffen.

Herr Lange erklärt sich ebenfalls für die Beschaffung von je zwei Wagen, bittet aber, die Wagen, welche die inficirten Sachen führen, schon durch die Farbe von den Wagen für die gereinigten Sachen zu unterscheiden. Ferner wolle er anfragen, wie weit die Angelegenheit mit den Desinfectoren gediehen sei, welche Desinfectionen in den Häusern vornehmen sollen. Nachdem hierüber so eingehend

verhandelt worden, habe er angenommen, daß diese Sache auch weiter verfolgt sei. Es habe ihn nun schmerzlich berührt, daß kürzlich hier in der Stadt bei einem traurigen Falle kein Desinfector zu haben gewesen sei, der die Wohnung und die Sachen der betr. Familie habe desinficiren können.

Herr Stadtrath Meyer: Die Frage, ob nicht gleich zwei Wagen von jeder Sorte beschafft werden sollen, habe den Magistrat schon früher beschäftigt; jedoch sei man der Ansicht gewesen, erst Erfahrungen über den Umfang des Betriebes sammeln zu sollen, ehe man den Ankauf des zweiten Wagens einleite. Ferner erscheine es nothwendig, erst die Einrichtung der Wagen auf ihre Zweckmäßigkeit auszuprobiren, denn namentlich der große Wagen bilde hinsichtlich seiner Form, Höhe u. nur einen Versuch. Da nun die Sache nicht so sehr eile, habe der Magistrat geglaubt, zunächst die Beschaffung je eines Wagens vorschlagen zu sollen. — Was die Ausbildung der Desinfectoren anlange, so habe die Versammlung erst in der letzten Sitzung den Magistrat ersucht, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht rathsam sei, Desinfectoren ausbilden zu lassen und ein Statut aufzustellen, durch welches die einzelnen Einwohner der Stadt gezwungen werden können, ihre Wohnungen im Bedarfsfalle desinficiren zu lassen. Diese beiden Fragen können nicht getrennt behandelt werden. Für die städtischen Behörden sei es unmöglich, ein solches Statut zu erlassen, weil die gesetzliche Unterlage fehle; höchstens könnte der Magistrat bei der Regierung um Erlaß eines bezüglichen Gesetzes vorstellig werden. Die Ausbildung von Desinfectoren sei schon lange geplant, jedoch habe man bislang davon Abstand genommen, weil der Magistrat die Leute nicht verwenden könne und demselben auch von medicinischen Sachverständigen versichert sei, daß solche Ausbildung sich eventuell in einem halben Tage ausführen lasse. Solange also die Einwohner nicht gezwungen werden können, ihre Wohnungen desinficiren zu lassen, habe es auch keinen Zweck, Desinfectoren auszubilden und könne vielleicht im Nothfalle der Desinfector der Anstalt auch einmal die Desinfection einer Wohnung vornehmen.

Herr Ebeling will seiner Freude Ausdruck geben, daß der Bau des großen Wagens einem hiesigen Gewerbetreibenden übertragen sei und möchte er bitten, bei allen Anschaffungen seitens der Stadt möglichst hiesige Einwohner zu bedenken.

Herr Böschigt hat zu dem von Herrn Lange erwähnten Falle noch zu bemerken, daß es sich hauptsächlich um die mangelhafte Handhabung der Desinfection handle. Wenn dieselbe die von der Krankheit betroffene Familie und im Weiteren die Mitbürger schützen solle, so müsse sie auch gründlich und zweckmäßig geschehen. In Hannover komme bei einem solchen Krankheitsfalle auf Anmeldung des Arztes die Desinfectionscolonne und desinficire ohne Murren Alles, was mit dem Kranken in Berührung gekommen sei, welches Verfahren sich auch für Braunschweig empfehle. Die hier geübte Handhabung sei dagegen trostlos. Er habe in dem betreffenden Falle einen Oberlazarethgehilfen kommen lassen und bei der An-

meldung auf der Polizei noch die Weisung erhalten, daß ein Polizeibeamter die nähere Instruction zur Desinfection bringen werde. Nach Ausführung derselben sei sodann der Polizist gekommen, habe den Carbolgeruch wahrgenommen und darauf gesagt, es möchte noch weiter mit Carbol besprengt werden, dann sei Alles gut ausgeführt. Während die Anmeldung zur Abholung der Sachen schon am Montag Nachmittag erfolgt sei, habe man sich erst auf mehrfaches Drängen dazu verstanden, dieselben am Dinstag Vormittag 10 Uhr nach der Desinfectionsanstalt abzuholen. Die Polizei ordne also einseitig die Reinigung der Wohnungen an, ohne dafür zu sorgen, daß die Sachen rechtzeitig abgeholt werden und solche Abholung müsse doch der Reinigung vorausgehen. Indem er nun für die sofortige Beschaffung von je zwei Wagen stimme, gebe er weiter anheim, auch hier eine Desinfectionscolonne zu bilden, an deren Spitze vielleicht ein ausgebildeter Ober-Lazarethgehülfe stehe und welche alle inficirten Wohnungen sofort zwangsweise zu reinigen habe. Die Kosten der Reinigung müsse der betreffende Einwohner und bei Unbemittelten die Stadt tragen.

Auf die Frage des Herrn Hauswaldt, wann die öffentliche Bekanntmachung zu erwarten sei, durch welche dem Publicum die Benutzung der Desinfectionsanstalt kundgegeben werde, erwidert

Herr Stadtrath Meyer, daß die Bekanntmachung erfolgen werde, sobald der Apparat in Benutzung genommen werden solle. Die Sache sei noch nicht beeilt, weil sich glücklicherweise noch keine Epidemie gezeigt und die Einrichtung im Herzoglichen Krankenhause sich noch als ausreichend erwiesen habe. Auf Wunsch der Versammlung könne die Anstalt sofort eröffnet werden, denn es sei Alles in Ordnung.

Herr Blasius hält es unbedingt für nothwendig, einen Versuch von vornherein mit je zwei Wagen zu machen, da der Magistrat durchaus keine Gefahr laufen werde, einen Fehlgriff mit den Wagen zu thun, denn Herr Rathe werde dieselben schon nach bewährten Mustern, vielleicht nach Art der Berliner Wagen, arbeiten lassen. Auf Grund seiner in Berlin gesammelten Erfahrungen müsse er behaupten, daß die Art der Desinfection, wie sie hier stattfinde, in jeder Weise ungenügend sei und erst dann etwas nützen werde, wenn sich der Magistrat entschliesse, dem früheren Antrage gemäß, Desinfectoren ausbilden zu lassen. Da man nicht wisse, was der Sommer noch bringe, so rathe er, die Sache mit etwas mehr Schnelligkeit zu betreiben.

Herr Rimpau ist der Ansicht, daß das Abholen der gereinigten Sachen recht gut den Leuten selbst überlassen werden könne, da diese Arbeit jeder Dienstmann zu verrichten vermöge. Es brauchten daher zu diesem Zwecke nicht noch besondere Wagen beschafft zu werden.

Herr Lange hält es für nothwendig, das Publicum schon jetzt auf die Einrichtung der Desinfectionsanstalt hinzuweisen, damit dasselbe bei dem etwaigen Ausbruch von Epidemien die Einrichtung kenne. Es erscheine ihm daher angezeigt, daß

die Anstalt sofort in Betrieb genommen und das Publicum durch Bekanntmachung aufgefordert werde, im Bedarfsfalle Gebrauch von der Anstalt zu machen.

Herr Hauswaldt will im Anschluß hieran beantragen: „die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Desinfectionsanstalt sofort dem Betriebe zu übergeben und die Bürger hiervon durch Bekanntmachung in Kenntniß zu setzen“. Da jetzt hier wieder 5—7 schwere Diphtheritisfälle pro Woche vorkommen, so erscheine es nothwendig, die Anstalt sofort dem Betriebe zu übergeben. In Hannover bestehe eine ausgezeichnete Einrichtung insofern, als die städtischen Schulen kein Kind aus einem mit Diphtheritis behafteten Hause früher wieder aufnehmen, ehe nicht der Arzt die Bescheinigung abgegeben habe, daß die betr. Räume vollkommen desinficirt seien.

Herr Blasius muß dem letzteren Redner gegenüber bemerken, daß die Zahl der hier vorkommenden Todesfälle an Diphtheritis durchaus nicht anormal zu nennen sei, indem während des letzten Monats 5 derartige Todesfälle festgestellt seien.

Herr Rathe erläutert, daß die Wagen ähnlich der vom Stadtphysicus Dr. Engelbrecht gegebenen Beschreibung der Berliner Wagen gebaut werden sollen, nur mit dem Unterschiede, daß die Berliner Wagen im Innern aus Eichenholz hergestellt seien, während er beabsichtige, Eisenblech zu nehmen, welches mindestens ebenso dauerhaft sei und noch den Vorzug besitze, nicht so leicht den Krankheitsstoff in sich aufzunehmen. Herr Rimpau dürfte nicht berücksichtigt haben, daß unter allen Umständen die sämtlichen Sachen, wie Stühle, Sophas etc. in den Wagen aufgenommen und zur Reinigung abgefahren, also auch wieder gereinigt zur Wohnung geschafft werden müssen. Der Rücktransport lasse sich durch Dienstkleute etc. auch schon um deshalb nicht gut bewerkstelligen, weil dann Letztere die Anstalt betreten müssen und möglicherweise Krankheitsstoffe aufnehmen und weiterverbreiten, während die Anstaltsbediensteten vor dem Verlassen der Anstalt sich einer gründlichen Desinfection zu unterwerfen haben. Wenn daher die An- und Abfuhr verwaltungsgemäß geschehen solle, so müßten auch je zwei Wagen beschafft werden.

Die Versammlung beschließt darauf, den Magistrat zu ersuchen, gleich zwei Wagen von jeder Sorte zu beschaffen und ihm die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, sowie dem Antrage Hauswaldt gemäß die Anstalt sofort in Betrieb zu nehmen und eine bezügliche Bekanntmachung zu erlassen.

XV. Erwerb einer Straßenfläche an der Wilhelmstraße.

Nachdem der Bauunternehmer Zwingmann den Einheitspreis für die von ihm an die Stadt abzutretende, 11,5 qm große Theilfläche seines an der Ecke der Wilhelm- und neuen Knochenhauerstraße gelegenen Grundstücks von 100 M auf 75 M ermäßigt hat, ersucht der Magistrat, von dem früheren Beschlusse auf Einleitung des Expropriationsverfahrens hinsichtlich des Erwerbes dieser Fläche abzu-
sehen und den Ankauf derselben zu dem ermäßigten Preise nunmehr zu genehmigen.

Der Antrag wird auf Befürwortung des Herrn Rathe genehmigt.

XVI. Kosten für Instandsetzung eines Theiles der Salzdhumerstraße.

Die Kosten des Ausbaues der Salzdhumerstraße auf der Strecke zwischen Campe- und Leisewitzstraße sind auf 126 M 72 \mathcal{A} für 1 m festgestellt und wird ersucht, diese Festsetzung zu bestätigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann I berichtet, geschieht.

XVII. Wasserversorgung der Wabestraße.

Den Anwohnern der Wabestraße ist mangels brauchbarer Brunnen von der Stadt seit dem Monat August 1892 täglich Wasser zugefahren und ihnen hierfür eine Gebühr von zuerst 1 \mathcal{A} pro Eimer und später 1,50 M pro Faß abgenommen. Hierdurch sind aber der Stadt bis zum 1. April 1893 Mehrausgaben im Betrage von 344,38 M entstanden, welche zu bewilligen der Magistrat anheimgiebt. Da die Belegung der Straße mit Wasserrohr jetzt angeordnet ist, die Versorgung derselben mit Wasser durch Anfuhr aber noch einige Zeit fortgesetzt werden muß, so geht das Ersuchen des Magistrates weiter dahin, auch die ferner noch durch solche Zufuhr entstehenden Kosten schon jetzt zu bewilligen.

Beide Anträge werden auf Empfehlung des Herrn Lange von der Versammlung angenommen.

XVIII. Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

Um Befreiung von der Hundesteuer haben gebeten: der Heizer Wieneber, Wabestraße 22 a, der Kunst- und Handelsgärtner Meyer, Hamburgerstraße 19 a, der Arbeiter Karl Fischer, Bienenstraße 2, und Frau Krämer, Eisenbüttlerstraße 22, welche sich einen Wachhund halten und die Anträge auf Steuerbefreiung mit der isolirten Lage ihrer durch Strolche und sonstiges Gefindel bedrohten Grundstücke motiviren.

Der Berichterstatter, Herr Müller, giebt anheim, diese Gesuche abzulehnen, da keine Veranlassung vorliege, auf dieselben einzugehen.

Herr Ebeling schließt sich dieser Ansicht an, befürchtend, daß durch einen genehmigenden Beschluß ein Präjudiz geschaffen werde, welche üble Folgen für den Stadtsäckel haben könne.

Herr Bültmann I bittet, dem Fischer'schen Gesuche Folge zu geben, da das Grundstück von Fischer isolirt liege und an der Hecke desselben viel Gefindel nächtige. Zudem sei der Mann kränklich und bedürftig.

Herr Stadtrath Meyer möchte auf das Bedenkliche eines solchen Beschlusses aufmerksam machen. Aus dem neuen Statute sei die früher vorhanden gewesene Bestimmung, die Hunde von der Steuer freizulassen, wenn sie zur Bewachung unentbehrlich seien, fortgelassen, weil es so ungeheuer schwer sei, den Beweis der Unentbehrlichkeit zu erbringen. Wenn die Freigabe aber erst in einem Falle beschlossen sei, werde dieselbe sofort von vielen anderen Seiten auch erbeten werden.

Herr Hauswaldt möchte den Gesuchen Folge geben, soweit die betreffenden Straßen von Nachtwächtern nicht begangen werden, weil in solchem Falle die Stadt den Anliegern nicht genügenden Schutz biete.

Herr Stadtrath Meyer entgegnet, daß dieser Grund nicht ausschlaggebend sein dürfe, da sehr viele außerstädtischen Straßen des nächtlichen Schutzes durch Wächter entbehren.

Die Gesuche werden sämmtlich abgelehnt.

Außerdem haben die Wittve des Arbeiters Marquard, Marienstraße 36, und die Ehefrau des Metallschneiders Söhler, Rußbergstraße 3, welche einen Handel mit grünen Waaren u. betreiben und hierzu eines Ziehundes bedürfen, gebeten, ihnen die Hundesteuer zu erlassen.

Dem Antrage wird auf Befürwortung des Herrn Müller zugestimmt.

XIX. Wahl von Deputirten zum Städtetage.

Für den am 9. und 10. Juni in Stadtholtenburg stattfindenden braunschweigischen Städtetag werden die Herren Lord und Müller von der Versammlung abgeordnet.

XX. Polizei-Vorschriften für Arbeitercasernen.

Die landespolizeilichen Vorschriften über die Unterbringung von Arbeitern in Arbeitercasernen sind von dem Herzoglichen Staatsministerium nunmehr einheitlich zusammengestellt und der Herzoglichen Polizei-Direction mit dem Anheimgeben übersandt, einen anderweiten Entwurf der für die hiesige Stadt zu erlassenden Vorschriften aufzustellen und nach Anhörung der städtischen Behörden zur Genehmigung vorzulegen. Da der neue Entwurf sich mit den früher gefaßten bezüglichlichen Beschlüssen der Versammlung im Wesentlichen deckt, so empfiehlt der Magistrat, denselben gutzuheißen und nur auf die Hinzufügung von Strafbestimmungen hinzuwirken.

Herr Blasius kann sich über den Entwurf in gesundheitlicher Beziehung nur außerordentlich befriedigt aussprechen und giebt daher anheim, denselben mit dem Zusatzantrage des Magistrates hinsichtlich der Hinzufügung von Strafbestimmungen zu genehmigen,

was geschieht.

XXI. Planke im Bürgerparke.

Durch die an der Westseite des Platzes vor dem Wirthschaftshause im Bürgerparke errichtete Veranda wird die gegenüber gelegene Eisenbahn-Badeanstalt nur theilweise verdeckt. Es empfiehlt sich daher, am Flußufer auf einer Strecke von ca. 50 m eine 3 m hohe Planke aufzustellen, welche später, wenn die dort angepflanzten Bäume und Sträucher die zur Verdeckung der Anstalt erforderliche Höhe erreicht haben werden, wieder beseitigt werden könne und daher nicht

sehr dauerhaft zu sein brauche. Die Bewilligung der hierdurch im Betrage von 200 M entstehenden Kosten giebt der Magistrat anheim und beschließt die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Lange.

XXII. Erhöhung des Gehaltes zweier Lehrer.

Bei Aufstellung des diesjährigen Schulhaushaltsetats hat der Schulvorstand den §. 23 der Dienstordnung der Bürgerschullehrer mißverständlich dahin ausgelegt, daß der 31. März als die äußerste Grenze des vollendeten 28. Lebensjahres auch für diejenigen Lehrer gelte, welche am 1. April 1891 bereits angestellt gewesen waren, aber das 28. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hatten. Die von den Lehrern Wilke und Lürer gegen die Bemessung ihres Gehaltes erhobene Vorstellung muß daher vom Magistrate als begründet anerkannt werden. Derselbe ersucht demnach, zu beschließen, daß der Gehaltssatz der genannten beiden Lehrer von 1350 M auf 1650 M vom 1. April d. Js. ab erhöht werde.

Die Schulcommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Bührmann dem Magistratsantrage an und die Versammlung genehmigt denselben.

XXIII. Austausch von Straßenflächen an der Jödden- und Küchenstraße.

Der Maurermeister Friedrich Hebalb und der Cementfabrikant Ludwig Becker haben sich bereit erklärt, in den unentgeltlichen Austausch der dem Grundstücke Küchenstraße № ass. 1382 anzuschneidenden und dem Grundstücke Jöddenstraße № ass. 6344 abzunehmenden, 3,5 qm großen Fläche einzuwilligen und giebt der Magistrat anheim, sich hiermit einverstanden zu erklären, was auf Befürwortung des Herrn Voller geschieht.

XXIV. Abtretung von Flächen an der Eichthalstraße.

Die für das laufende Jahr in Aussicht genommene Herrichtung des Haupt-sammelcanals im Eichthale bedingt die Benutzung von zwei 2 a 97 qm und 1 a 14 qm haltenden Theilflächen der an der Eichthalstraße gelegenen Grundstücke des Gärtners H. Bewig und der Räder'schen Erben und außerdem einer Theilfläche des an der Cellerstraße gelegenen Schmidt'schen Fabrikgrundstückes. Die Firma George Schmidt & Co. ist bereit, die Verlegung des Canals in ihr Grundstück zu gestatten, sofern die Stadt sich verpflichtet, den durch Ausführung der Arbeiten an dem Grundstücke resp. dessen Einfriedigungen entstehenden Schaden alsbald nach Beendigung der Arbeiten zu beseitigen und der Firma für die Benutzung des Grundstückes alljährlich ein Recognitionsgeld von 5 M zu zahlen. Auf diese Bedingungen glaubt der Magistrat eingehen zu können. Die Eigenthümer der zuerst bezeichneten beiden Flächen sind dagegen nicht bereit, die Verlegung des Canals in ihre Grundstücke zu gestatten, verlangen vielmehr, daß die betr. Theilflächen ihnen abgekauft werden. Sie fordern einen Einheitspreis von 10 M pro qm, welchen zu bewilligen

der Magistrat empfiehlt. Die Anträge des Magistrates gehen also dahin, den über den Ankauf der lektbezeichneten Flächen aufgenommenen Vertrag, sowie die Zahlung des Recognitionsgeldes von 5 M zu genehmigen.

Herr R i m p a u befürwortet die Annahme dieser Anträge.

Auf die Anfrage des Herrn Hauswaldt, aus welchen Gründen der Canal nicht in den jetzigen Straßenzug gelegt werden solle, erwidert

Herr Stadtrath K e t e m e h e r, daß dieses nicht angängig sei, weil der Canal sonst vollständig krumm werden und sich in Folge dessen schlecht reinigen lassen würde.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

XXV. Aenderung des Ortsbauplanes der nordwestlichen Außenstadt.

Die in der letzten Sitzung bereits erörterte Vorlage (Seite 15 bis 17 des Berichts) war nochmals an die Baucommission zurückverwiesen, um inzwischen noch einige Erhebungen anzustellen und um über die Aenderungen jedem Mitgliede der Versammlung durch den Magistrat einen Uebersichtsplan zustellen zu lassen.

Nachdem dieses inzwischen geschehen ist, beantragt Herr U h d e namens der Baucommission der Vorlage zuzustimmen, was geschieht.

XXVI. Anfrage des Herrn B u e s wegen des Teiches im neuen Bürgerparke.

Wie Herr B u e s zur Begründung der Anfrage, ob der Magistrat geneigt sei, dafür Sorge zu tragen, daß der Teich im neuen Bürgerparke Zu- und Abfluß erhalte, ausführte, hegen die Anwohner der Wolfenbüttlerstraße die Befürchtung, daß das in dem Teiche stagnirende Grundwasser durch seine Ausdünstungen im Sommer lästig werden und Epidemien Vorschub leisten könne, so daß es geboten erscheine, hier rechtzeitig Abhilfe zu treffen.

Herr Stadtrath K e t e m e h e r erwidert, daß das in dem Teiche vorhandene Wasser aus den Wiesen zusammengelaufenes aber vollständig reines und klares Grundwasser sei. Ob dieses Wasser im Sommer wirklich gesundheitschädlich wirken könne, wisse er nicht. Dem Teiche einen Zu- und Abfluß zu geben, sei nicht so leicht, wie wohl angenommen werde, denn nach der Ansicht des Inspectors Kreiß lasse sich der Zufluß nur oberhalb Eisenbüttels einrichten. Im Uebrigen sei er nicht in der Lage, auf die Anfrage eine bestimmte Erklärung abzugeben und könne Herrn B u e s nur empfohlen werden, einen bezüglichen Antrag zu stellen.

XXVII. Anfrage des Herrn L ö s c h i g k wegen Ankaufs von städtischen Gebrauchsgegenständen.

Die Frage: „warum für das städtische Abfuhrwesen und die Straßenreinigung Sachen und Geräthe von außerhalb gekauft werden und nicht hier in der Stadt“, begründet Herr L ö s c h i g k in folgender Weise: Da die Finanzlage der Stadt im Argen liegen solle, müsse er sich umsomehr wundern, daß die Häcksel-Schneide-

maschine und der Göpel für das Straßenreinigungsinstitut aus Frankfurt a. M. bezogen seien. Ferner sollen für dasselbe Besen und Steinwagen ebenfalls von Auswärts bezogen sein. Zur Hebung der Steuerkraft der hiesigen Gewerbetreibenden empfehle es sich, alle Sachen für städtische Verwaltungszweige möglichst am Orte zu kaufen. Es würde ihm angenehm sein, Aufklärung darüber zu haben, aus welchem Grunde man gerade die Anlage des Göpels mit der Häcksel-Schneidemaschine, zu deren Lieferung zuerst ein hiesiges leistungsfähiges Geschäft aufgefördert sei, von Auswärts habe ausführen lassen.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß der Magistrat nicht in der Lage sei, hierüber Auskunft zu erteilen. Wie der Versammlung schon aus den früheren Verhandlungen bekannt sein werde, verfolge der Magistrat den Grundsatz und habe auch dementsprechende Anweisung erteilt, daß die einzelnen städtischen Verwaltungen im Allgemeinen die Gebrauchsgegenstände von hiesigen Gewerbetreibenden beziehen, daß indessen hiervon abzuweichen sei, sofern die Sachen von Auswärts zu erheblich billigeren Preisen bei gleicher Güte beschafft werden können. Wie die Angelegenheit mit dem Göpel liege, wisse er nicht. Hinsichtlich der von der Straßenreinigungs-Deputation beschafften Sachen, wie Besen, Steinwagen &c. könne er mittheilen, daß die Steinwagen bei sonst gleicher Beschaffenheit sich das Stück um 125 M billiger stellen, als die betreffenden hiesigen Fabrikate, welcher Unterschied zu hoch erschienen sei, um die Bestellung am Orte vorzunehmen. Wie die Sache mit den Besen liege, könne er zur Zeit nicht mittheilen.

XXVIII. Antrag Lange: Aderweite Vermietung des Kellers im Altstadt-Rathhause.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, den mit der Firma Rittmeyer & Co. abgeschlossenen Vertrag,

Vermietung des Kellers im Altstadt-Rathhause, des dazu gehörigen Wohnhauses und der Meßgewölbe *Nr.* 19—22, sowie der Meßgewölbe im Autorshofe einschließlich des Gewölbes *Nr.* 25,

kündigen und zur Neuvermietung anderweitig ausbieten zu wollen“.

Wie der Herr Antragsteller zur Begründung bemerkt, ist schon seit Jahren bei der jedesmaligen Etatsberathung und auch zuletzt noch in der Commission der Wunsch geäußert, aus den an die Firma Rittmeyer & Co. vermieteten Räumen eine höhere Miete zu erzielen. Wenn die Firma auch vor zwei Jahren freiwillig eine kleine Zulage gegeben habe, so reiche der jetzige Miethzins von 3100 M doch nicht aus für die betr. Räume. In Anbetracht dessen, daß die Firma von dem Wohnhause wieder einen Theil vermietet und auch die Gewölbe gut verwerthet habe, sowie in Anbetracht der außerordentlichen Ausdehnung und guten Lage der Räume halte er mit anderen Mitgliedern der Versammlung die Summe für viel zu niedrig und habe daraufhin den Antrag gestellt, um dessen Unterstützung er bitte.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XXIX. Verkauf der Apparate der Reinigungsanstalt.

Nachdem in Folge Einstellung des Betriebes der Reinigungsstation an der Schneckenstertzwiese die dort gebrauchten Apparate überzählig geworden, sind verschiedene Versuche angestellt, diese Apparate möglichst gut zu verwerthen. Es hat sich jedoch nicht ermöglichen lassen, für dieselben praktische Verwendung zu finden, vielmehr konnte nur eine Verwerthung der Sachen als altes Eisen erzielt werden. Der Magistrat ersucht daher, zu genehmigen, daß die sämmtlichen Gegenstände zum Gesamtpreise von 2500 M verkauft werden. Die Gebäude selbst beabsichtigt man dann als Wohnung einzurichten.

Die Vorlage wird von Herrn Lange zur Annahme empfohlen und von der Versammlung genehmigt.

Dauer von 4 bis 7³/₄ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. Juni 1893.

Tagesordnung:

I.	Gebühren für Benutzung der Bedürfnisanstalten	Seite 64
II.	Ankauf eines Grundstücks für die Oberrealschule	" 66
III.	Gesuche um Erlass der Hundesteuer	" 72
IV.	Unterstützung des deutschen Hilfsvereins in Paris	" 72
V.	Kosten eines Theiles der Vertramstraße	" 73
VI.	Antrag Lange: Anderweite Vermietung des Kellers im Altstadt-Rath- hause	" 73
VII.	Canal in der Koffstraße	" 74
VIII.	Statut über die Aufbringung von Kirchensteuern	" 75
IX.	Nachverwilligung von Kosten für das Parthaus	" 78
X.	Canal für die Straße „an der Maich“	" 78
XI.	Aufnahme eines Processes	" 78
XII.	Austausch von Straßenflächen	" 79
XIII.	Verkauf eines Bauplatzes am Sandwege	" 79
XIV.	Baulinien für die Ritterstraße	" 81
XV.	Die Kieselfelder	" 81
XVI.	Erwerb einer Fläche an der Casernenstraße	" 85
XVII.	Beschaffung von Apparaten für die städtische Gasanstalt	" 85
XVIII.	Antrag Löschigk: Beseitigung des Schlammes aus den Straßenkanälen	" 86

XIX. Antrag Müller: Anlegung der Zweiganäle.	Seite 86
XX. Antrag Lord: Benutzung des fl. Exercierplatzes	" 87
XXI. Antrag Lange: Beschaffung für das Parkhaus	" 89
XXII. Anfrage Weber: Bekanntgabe der Zeit der Commissionsitzungen . . .	" 90

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessor Reidemeyer.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Bäsecke, Günther, Rieke, Wolff und Wolters.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt zunächst mit, daß nach einer Mittheilung des Stadtmagistrates Herr Assessor von Frankenberg am 8. Juni sein Amt als Stadtrath angetreten habe. Nachdem das neugewählte Magistratsmitglied begrüßt war, wird zur Berathung der Tagesordnung geschritten.

I. Gebühren für Benutzung der Bedürfnisanstalten.

Bei Beschlußfassung über die in der letzten Sitzung berathene Vorlage wegen Festsetzung der Gebühren für Benutzung der Bedürfnisanstalten und wegen Bewilligung der Betriebskosten derselben (Seite 49—51 des Berichts) ist übersehen worden, einen Beschluß wegen Deckung dieser Kosten zu fassen. Außerdem hat der Magistrat die Erklärung abgegeben, daß er den Beschluß der Versammlung, nach welchem die Closets II. Classe ganz freigegeben werden sollen, nicht annehmen könne und daher anheimgegeben werde, hierüber nochmals in eine Berathung und Beschlußfassung zu treten. Wie der Herr Vorsitzende des Weiteren ausführt, lasse sich eine Vermittelung zwischen dem Magistrate und der Versammlung vielleicht in der Weise finden, als beschlossen werden könne, in jeder Anstalt ein Closet für Frauen freizugeben, im Uebrigen aber die vom Magistrate vorgeschlagene Tage von 5 \mathfrak{S} und 10 \mathfrak{S} zu erheben. Da sich mit diesem Vorschlage der Magistrat wohl einverstanden erklären werde, so gebe er anheim, in dieser Richtung einen Antrag zu stellen.

Der Berichterstatter, Herr Lange, nimmt diesen Antrag mit Rücksicht auf die Stellungnahme des Magistrates auf und ersucht weiter, auch die Betriebskosten zu bewilligen.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß der Magistrat den mehrfach aus der Versammlung gestellten Anträgen auf Errichtung solcher Bedürfnisanstalten nur ungern Folge gegeben habe, weil er sich nicht zu überzeugen vermocht habe, daß das Bedürfniß so groß sei, um so erhebliche Mittel für den Zweck aufzuwenden. Da nun aber einmal die Anstalten auf dem Kohlmarkte und dem Hagen-

markte errichtet seien, so müsse auch ein Weg gefunden werden, sie zu betreiben. Der Magistrat würde schwerlich dem Antrage der Versammlung auf Errichtung der Anstalten beigetreten sein, wenn von Anfang an die Absicht kundgegeben wäre, in der einen Hälfte derselben Gebühren nicht erheben zu wollen. Einmal hätte sich der Magistrat der Kostenfrage wegen dagegen ablehnend verhalten müssen, denn er habe sich gesagt, daß die Gebühren erhoben werden müssen, um die Betriebskosten wenigstens annähernd zu decken. Er stehe auf dem Standpunkte, daß derjenige, welcher solche Anstalt benutze, auch in der Lage sei, den geringen Satz von 5 \mathcal{R} zu zahlen, denn dieser Betrag sei nicht so erheblich, um sagen zu können, er lasse sich von einem großen Theile der Bevölkerung nicht erswingen. Die Anstalten sollen nur dem dringendsten Bedürfnisse abhelfen, nicht aber gewissen Bequemlichkeiten Vorschub leisten. Diese Frage des Geldpunktes sei aber nicht allein und auch nicht in erster Linie maßgebend gewesen, sondern der Magistrat fürchte, daß bei vollständiger Freigabe der Closets II. Classe Unzuträglichkeiten aller Art wenigstens in der Männerabtheilung hervorgerufen werden. Da die Sache indessen nicht danach angethan sei, einen Conflict zwischen den städtischen Behörden hervorzurufen, so empfehle es sich, eine Verständigung vielleicht in der Weise zu suchen, daß die Gebühren in der vom Magistrate beantragten Höhe festgesetzt und auch die Betriebsmittel bewilligt werden, daß die Versammlung aber daneben das Ersuchen an den Magistrat richte, probeweise in jeder Anstalt ein Closet für Frauen freizugeben. Der Magistrat werde dann die Sache in Erwägung ziehen.

Herr Bues kann mittheilen, daß in München bei jeder Anstalt ein Closet in jeder Abtheilung frei sei, während die Benutzung der übrigen Closets 10 \mathcal{R} koste. In den hiesigen Anstalten fehle die Controle gegenüber den Wärterinnen, denn er selbst habe einmal ein Closet I. Classe benutzt und hinterher bemerkt, daß ihm ein Billet zu 5 \mathcal{R} eingehändigt sei. Auch nach Freigabe eines Closets in jeder Abtheilung werde ein Mensch, der auf sich halte, doch lieber einige Pfennige ausgeben, als ein Freicloset benutzen.

Herr Stadtrath Kete meyer hat den von Herrn Bues erwähnten Fall bereits untersuchen lassen, aber keine Bestätigung dieser Behauptung gefunden. Eine ziemlich sichere Controle der Einnahme aus der Benutzung der Anstalt auf dem Hagenmarkte sei insofern geboten, als bei dem jedesmaligen Oeffnen einer Closetthür ein Zeiger um eine Nummer vorspringe und demnach die Anzahl der Besucher angebe. Auf der betreffenden Anstalt haben nun aber die angezeigten Nummern sich mit der Anzahl der verkauften Billets gedeckt.

Herr Bues will zugeben, daß er nicht fest behaupten könne, ob er ein Closet I. oder II. Classe benutzt habe, wohl aber habe er ein Closet I. Classe gefordert und auch bezahlt.

Herr Lange hält das Vorhandensein von zwei verschiedenen Classen für einen Uebelstand. Wenn ein Freicloset geschaffen werde, könnte man für die Benutzung der übrigen Closets durchweg 10 \mathcal{R} erheben, was die Controle insofern erleichtern würde, als dann die Billets durch einen Automaten verkauft werden können. Bei der jetzigen Einrichtung lasse es sich nicht vermeiden, daß die Closetthür in Folge der Unwissenheit eines Gastes zwei Mal zugemacht werde und dann der Zeiger um eine Zahl zu viel vorspringe, ohne daß die Wärterin dieses zu hindern vermöge.

Herr Pepsies will zugeben, daß derartige Anstalten in anderen größeren Städten in der geschilderten Weise betrieben werden, jedoch bestehe dort der Unterschied gegen hier, daß die Benutzung anderwärts eine bedeutend lebhaftere sei und hier die Anstalten erst in Aufnahme kommen müssen. Wenn man daher nicht Freiclosets schaffe, so werden die Anstalten ihren wahren Zweck nicht erfüllen. Namentlich sei dieses der Fall bei der Anstalt am Hagenmarke, welche doch in erster Linie mit für die Marktfrauen eingerichtet sei. Die meisten Leute in der Stadt würden bei Errichtung der Anstalten überhaupt nicht daran gedacht haben, daß für deren Benutzung Geld erhoben werden solle. Herrn Stadtrath Metemeyer könne er nicht beistimmen, daß sich aus der Freigabe der Closets II Classe alle möglichen Unzuträglichkeiten herausstellen würden, zumal da sich in dieser Beziehung schlecht etwas voraussagen lasse und man erst die Erfahrung abwarten müsse. Er bedauere, daß der Magistrat dem Antrage gegenüber sich ablehnend verhalte.

Die Versammlung beschließt darauf, die gesammte Magistratsvorlage zu bewilligen, daneben aber an den Magistrat das Ersuchen zu richten, in jeder Frauenabtheilung ein Freicloset einzurichten und zu erwägen, ob es nicht zweckmäßiger sei, für die Benutzung der übrigen Closets eine einheitliche Gebühr von 10 \mathcal{R} zu erheben.

II. Ankauf eines Grundstücks für die Oberrealschule.

Nachdem die auf Beschluß der vorigen Sitzung (Seite 48 des Berichts) an die Schulcommission zurückverwiesene Vorlage nochmals eingehend geprüft worden ist, berichtet darüber namens der Commission Herr Blasius: Die nochmalige Verathung der Vorlage sei an der Hand der von Herrn Lord vorgelegten detaillirten Vorschläge zur Umgehung eines Neubaus erfolgt und folge daher diesen Vorschlägen in ihren Einzelheiten. Zunächst schlage Herr Lord vor, das mit angeforderte Zimmer für optische Versuche und das Zimmer für die chemische Waage ganz außer Betracht zu lassen, da ein Zimmer für ersteren Zweck bereits vorhanden sei und vorläufig noch genüge, ein Zimmer zur Aufstellung der Waage aber nicht für durchaus nothwendig gehalten werden könne, oder aber die Waage sich vielleicht in einem anderen Zimmer mit unterbringen lasse. Dem gegenüber habe sich die

Mehrzahl der Schulcommission persönlich davon überzeugt, daß das jetzt vorhandene Zimmer für optische Versuche zu klein sei und durch ein größeres Zimmer ersetzt werden müsse. Ebenso sei das jetzige Lehrerzimmer, in welchem sich die Lehrer der Anstalt kaum bewegen können, für viel zu klein befunden, auch habe man anerkennen müssen, daß das Zimmer für die Waage nothwendig sei. Wenn Herr Lord weiter vorschlage, den Singaal als Lehrzimmer für Physik einzurichten, so sei dem gegenüber in Betracht zu ziehen, daß in solchem Falle für den Singaal ein neuer Raum geschaffen werden müsse; denn sofern die Aula für diesen Zweck nutzbar gemacht werden solle, ergebe sich der Nachtheil, daß dieselbe zunächst noch Beleuchtung erhalten müsse, wodurch Kosten entstehen, der Raum aber auch für den Gesangunterricht nach dem Urtheile des betr. Gesanglehrers zu groß sei, indem sich die Schüler beim Chorsingen dort nicht übersehen lassen und auch in akustischer Beziehung Mängel hervortreten werden. Dazu komme noch der Umstand, daß die Aula dann täglich geheizt werden müsse, was ebenfalls bei dem großen Raume mit nicht unerheblichen Kosten verknüpft sei. Daß von Herrn Lord zur Aufbewahrung der physikalischen Sammlungen in Aussicht genommene Zimmer erscheine der Commission zu klein, selbst wenn man die Schränke in das Auditorium stellen wollte. Auch das Lehrzimmer für Chemie sei nach dem Augenscheine und der Aeußerung des Herrn Directors Krumme — welcher der Besichtigung und der Commissionsberatung beigewohnt habe — zu klein, um in demselben chemischen Unterricht erteilen und Versuche in der von dem Lehrplane geforderten Ausdehnung anstellen zu können. Wenn endlich von Herrn Lord vorgeschlagen sei, ein Zimmer für chemische Arbeiten dadurch zu schaffen, daß man eine Zwischenwand fortnehme und aus zwei Zimmern eins mache, so lasse sich nach der Ansicht der Commission hierdurch ein für 18 Arbeiter nothdürftig großes Laboratorium wohl gewinnen, aber es sei dann schwer, die Schränke mit den Sammlungen, welche zu den chemischen Arbeiten gebraucht werden, zweckmäßig unterzubringen. Bei den Besprechungen und dem Besuche der Schule habe sich nun auch gezeigt, daß verschiedene Classen derartig überfüllt seien, daß man eine weitere Besetzung derselben nicht verantworten könne, sondern an die Errichtung von Parallelclassen denken müsse. Ferner werden die Räume des ersten Stockwerkes, in welchem die Bibliothek untergebracht sei, wenn sie auch augenblicklich noch nothdürftig ausreichen, schon in der allernächsten Zeit sich als unzureichend und der Vergrößerung bedürftig erweisen. Außerdem habe sich ergeben, daß die Karten für den geographischen Unterricht mangels ausreichenden Platzes derartig übereinander gehäuft seien, daß es schwer halte, dieselben herauszufinden. Auch die naturwissenschaftlichen Sammlungen stehen jetzt in einem sehr ungünstigen Raume, der nur durch eine Nebentreppe zu erreichen sei und der durch einen zweckmäßigeren Raum nach Ausführung des Neubaus ersetzt werden könne. Sodann sei in der Commission die Möglichkeit besprochen, vielleicht die Dienstwohnung

des Directors zu Schulzwecken einzurichten und dem Director eine Entschädigung für die Wohnung zu zahlen. Einestheils besäße nun aber der Director ein contractliches Recht auf die Dienstwohnung und müßte daher erst dessen Genehmigung zu der Aenderung eingeholt werden, andernteils sei aber von dem Magistrate darauf aufmerksam gemacht, daß es zu den größten Unzuträglichkeiten führen würde, wenn man in dem alten Fachwerksgebäude irgend welche neue Einrichtungen, die nebenbei auch ziemlich hohe Geldopfer erfordern würden, treffen wollte. Sodann habe man noch darüber gesprochen, ob sich die Vergrößerung der einzelnen Räume nicht dadurch besser bewerkstelligen lasse, daß man nicht ein neues Gebäude errichte, sondern einen Anbau an das Schulgebäude stelle. Das sei aber nicht auszuführen, weil einmal der Platz zum Spielen nicht weiter beschränkt werden dürfe und weil andererseits unmittelbar an den Schulhof die Nachbargrundstücke angrenzen und der Raum daher nicht voll ausgenutzt werden könne. Aus allen diesen Gründen habe die Schulcommission einstimmig beschlossen, der Versammlung vorzuschlagen, die Anträge des Magistrates anzunehmen.

Herr Lord will zur Vertheidigung seiner Vorschläge, welche lediglich dem Bestreben entspringen seien, der Stadt eine Ausgabe von 75 000 M zu ersparen, anführen, daß ihn der Gang der Verhandlungen in der Commission nicht ganz von der Undurchführbarkeit seiner Vorschläge überzeugt habe, wenn er auch gerne zugebe, daß sich die geforderten Räume in dem alten Schulgebäude nicht so bequem beschaffen lassen, wie in einem neu zu errichtenden Hause. Aus den Aeußerungen des Schuldirectors Krumme scheine ihm hervorzugehen, daß auch dieser den Neubau nur für einen Nothbehelf ansehe, der überflüssig werde, sobald der jedenfalls nicht in ferner Zukunft liegende Fall eintrete, daß eine zweite Realschule nothwendig werde. Nicht aber die in der Schule vorhandene Ueberfüllung habe zu dem Antrage des Magistrats geführt, sondern hauptsächlich die preussischen Lehrpläne sollen die Schaffung der neuen Räume nothwendig machen, wenn auch nebenbei wohl mit daran gedacht sein möge, durch die dann frei werdenden Räume in dem alten Gebäude einzelne Classen zu entlasten. Was die Ueberfüllung anbelange, so sei es notorisch, daß keine andere städtische und staatliche Schule so stark besetzt sei wie diese. In den unteren Classen sitzen durchschnittlich 48 und in den mittleren Classen 33 Schüler, so daß fast in allen Classen ein Zustand herrsche, der der Beseitigung dringend bedürfe. Alle verfügbaren Plätze seien in den Classen besetzt und den Lehrern sei es gar nicht mehr möglich, in den hinteren Raum der Classe zu kommen, weil selbst die Gänge in den Classen haben eingeschränkt werden müssen. Nun sollte mit Rücksicht auf diese Verhältnisse dem Director wenigstens unter allen Umständen die Directive gegeben werden, daß er zur Entlastung der Schule in der Aufnahme der Schüler sich von unten herauf auf das Aeußerste beschränke, während in den mittleren Classen überhaupt kein Schüler Aufnahme

finden sollte. Hierdurch würde schon nach einigen Jahren ein wesentlich besserer Zustand eintreten und die Einrichtung der Nothclassen in Wegfall kommen können. Da nun auch der Herr Oberbürgermeister darauf aufmerksam gemacht habe, daß augenblicklich in Preußen an maßgebender Stelle ein außerordentliches Wohlwollen für die Realschulen vorhanden sei, man aber seit einigen Jahren aus Erfahrung wisse, daß dasjenige, was in Preußen maßgebend sei, sich auch hier bald einbürgere, so werde dieses Wohlwollen sehr bald zu den Consequenzen führen, daß die Eltern noch mehr nach solchen Schulen drängen als seither. Es würde also auch in dieser Beziehung die Schaffung einer neuen Oberrealschule sich bald als nothwendig erweisen. Wenn ein solcher Neubau, der nach der Erklärung des Herrn Stadtrath Metemeyer allerdings seitens der Stadt nicht übernommen werde, zur Ausführung komme, so würde das hier beabsichtigte Flickewerk vollständig überflüssig sein und die Summe von 75 000 M., welche noch nicht einmal ausreichen werde, unnöthig ausgegeben sein. Was nun seine Vorschläge selbst anlange, so habe der Herr Berichterstatter zugegeben, daß zwei der geforderten Räume zu schaffen seien, nämlich im Singsaale der Raum für den Physikunterricht und ein Raum für das chemische Laboratorium. Wenn der Herr Berichterstatter meine, daß das mittlere Zimmer für den Unterricht in der Chemie zu klein sei, so wolle er das dahingestellt sein lassen, zumal da gegenwärtig in diesem Zimmer eine größere Schülerzahl in der Physik unterrichtet werde, als es später für die Chemie aufzunehmen habe. Auf die weitere Behauptung, daß der Raum für die Bibliothek und für die naturwissenschaftlichen Sammlungen zu klein sei, gehe er nicht näher ein, weil für diese Zwecke in der Vorlage keine Vergrößerungen vorgesehen seien und dieselben daher wohl wünschenswerth, aber nicht nothwendig seien. Hiernach resümiere er sich dahin, einerseits, daß die Schule überfüllt sei und ein Neubau über kurz oder lang nothwendig werde, hierdurch aber der geplante Erweiterungsbau überflüssig erscheine und andererseits, daß versucht werden müsse und die Möglichkeit vorhanden sei, in dem alten Schulgebäude die erforderlichen Räume zu schaffen. Schließlich wolle er auch noch daran erinnern, daß der Vorschlag gemacht sei, die Corridorräume in beiden Stockwerken zu Gebrauchsräumen umzuwandeln. Wenn endlich noch gesagt werde, das Lehrerzimmer sei zu klein, so möchte er bemerken, daß dasselbe seit 17 Jahren benutzt werde und die Lehrer wohl auch noch eine Weile darin auskommen werden. Aus allen diesen Gründen bitte er, seine Vorschläge mit Rücksicht auf die erheblichen Kosten des Erweiterungsbaues nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Es sei richtig, daß der Director der Oberrealschule bei Erörterung des Erweiterungsbaues den Gedanken anregte, ob nicht zu berücksichtigen sei, daß bei dem steten Wachsthum der Stadt auf den Neubau einer Realschule Bedacht genommen werden müsse, was die Wirkung haben könne, daß für die jetzige Oberrealschule ein Neubau ausgeführt werde und die

an ihrer Stelle zu errichtende Realschule die jetzigen Räume überwiesen erhalte. Der Schulvorstand und der Magistrat haben dieser Anregung keine Folge gegeben, einmal, weil das Bedürfniß zu einer zweiten lateinlosen Schule augenblicklich noch nicht als erwiesen angesehen werden könne und aus dem weiteren Grunde, weil die Verpflichtungsfrage in dieser Beziehung ganz außerordentlich schwierig sei, endlich aber aus dem ferneren, noch wichtigeren Grunde, weil das ganze höhere Schulwesen in Deutschland sich noch immer in einer Wandlung befinde, insofern, als sich neuerdings nicht allein bei dem Publicum, sondern auch bei den Regierungen, speciell bei der preussischen Regierung, das Bestreben kundbar mache, die Realgymnasien aufzuheben, oder doch in Oberrealschulen zu verwandeln, und möglichst viele lateinlosen Realschulen zweiter Ordnung herzurichten. Das Ende dieser Bewegung lasse sich noch nicht übersehen; jedenfalls scheine es aber angezeigt, daß man in dieser Strömung erst einmal ruhig abwarte. Wenn Herr Lord die Ueberfüllung der Oberrealschule als beklagenswerth anführe, so sei es allerdings richtig, daß dieselbe in einzelnen Classen reichlich angefüllt sei, nicht aber überfüllt wegen der Anzahl der Schüler, sondern wegen des geringen Raumes jener Classen, welchem durch die Vorlage eben abgeholfen werden solle. Soweit der Bestand an Schülern über die normale Zahl hinausgehe, liege dieses nicht an einer zu starken Aufnahme von Schülern, sondern an dem Umstande, daß seit zwei Jahren nur ein Abgang von 84 und 87 Köpfen vorgekommen sei, während früher im Durchschnitt jährlich 108—113 Schüler die Schule verlassen haben. Es blieben mithin jährlich einige 20 Schüler mehr in der Schule zurück, welche naturgemäß die Gesamtzahl noch steigern. Woran die augenblickliche Abnahme des Abganges der Schüler liege, sei dem Magistrate unverständlich und auch der Director wisse darüber keine Aufklärung zu geben. Bekterer meine, es sei möglich, daß in Folge der Umwandlung der Schule in eine Oberrealschule für viele Schüler Veranlassung gegeben sei, die Anstalt bis oben hin durchzumachen. Da aber das augenblickliche längerzeitige Verbleiben der Schüler auf der Anstalt jeden Augenblick aufhören könne, so sei die Ueberfüllung noch nicht als eine perennirende zu bezeichnen. In solchem Falle baue man aber nicht gleich eine neue Schule, sondern richte zunächst Parallelclassen ein, wie das nicht nur hier, sondern auch in Preußen und bei den staatlichen Schulen geschehe. Die Frequenz einer Schule lasse sich niemals auf gleicher Höhe halten; gehe die Schülerzahl herunter, so sitzen die Schüler bequem, gehe sie hinauf, so stelle man bei eintretendem Bedarf zunächst eine Hülfskraft provisorisch ein und theile eine Classe. Er wisse nicht, wie man aus der augenblicklichen Verlegenheit anders, als auf dem vom Magistrate vorgeschlagenen Wege kommen solle.

Herr Hauswaldt möchte besonders constatiren, daß die Schulcommission nicht leichten Herzens ihre Zustimmung zu der Ausgabe von 75 000 M. gegeben,

sondern daß sie Vieles aus den Angaben des Herrn Lord als zutreffend anerkannt habe. Wenn man aber diesen Vorschlägen folgen wolle, so könnte nur eine nothdürftige Besserung in den Zuständen erzielt werden, während andererseits durch die Annahme der Magistratsvorlage eine auf 5—10 Jahre ausreichende, wesentliche Besserung zu erhoffen sei. Da es nun auch nach den gewordenen Mittheilungen noch längere Zeit währen werde, bis die Zukunft der Schule endgültig entschieden sei, so meine die Commission mit Recht, in den sauren Apfel beißen zu müssen, da die Kinder schließlich einen Anspruch auf Luft und Licht haben. Erst nach reiflichster Erwägung sei die Commission zu dem Beschlusse gekommen, sich der Nothwendigkeit fügen und die Vorlage empfehlen zu müssen.

Herr Halle ist der Meinung, daß man über kurz oder lang doch der Frage des Baues einer neuen Realschule nähertreten müsse, wenn der Magistrat auch erkläre, einen solchen Bau nicht beantragen zu wollen. Die Schule sei nun einmal überfüllt und die Aufnahmebedingungen habe man auch nicht immer so gehandhabt, wie der Herr Oberbürgermeister erwähne, denn während früher die auswärtigen Schüler gern aufgenommen seien, habe man sie jetzt vollständig zurückgewiesen. Selbst Kinder hiesiger Bürger seien nicht aufgenommen, trotzdem sie die Befähigung besaßen haben, weil man eben keinen Platz gehabt habe. Das sei aber ein unleidlicher Zustand. Der Magistrat werde daher kaum umhin können, der Frage näher zu treten und sich vielleicht mit der Regierung darüber in Verbindung zu setzen, ob diese geneigt sei, eine solche Schule zu bauen. Da er glaube, daß man sich bei Annahme der Lord'schen Vorschläge noch recht gut einige Jahre behelfen könne, so bitte er, denselben zuzustimmen. Wenn sich das alte Fachwerksgebäude aber durchaus nicht mehr zu Schulzimmern einrichten lasse, so könnte man, zur Ersparung des Kaufpreises für das Nachbargrundstück, ersteres abreißen und dort ein neues Gebäude errichten.

Herr Oberbürgermeister Pockels will Herrn Halle gegenüber bemerken, daß nach dem Regulativ über die Realschule nicht allein die Kinder von hiesigen Einwohnern, sondern auch bei hiesigen Einwohnern in Kost befindliche, nach auswärts gehörende Kinder aufnahmeberechtigt seien. Zur Zeit besuchen noch ungefähr 60 auswärtige, hier in Kost befindliche Kinder die Realschule, die man aus diesem Grunde nicht habe zurückweisen können. Wenn es auch richtig sei, daß einzelne Söhne hiesiger Einwohner und auch sogenannte Kostkinder von der Aufnahme haben ausgeschlossen werden müssen, so sei dieses aber nicht nur in den letzten, sondern auch schon in früheren Jahren der Fall gewesen; ein Unterschied sei nur insofern eingetreten, als man früher, wo der Platzmangel noch nicht so drückend geworden, in der Aufnahme von fremden Kindern freier zu Werke habe gehen können, als seit fünf Jahren. Da Herr Halle nochmals auf den Gedanken des Neubaus einer zweiten Realschule zurückkomme, so wolle er dazu bemerken, daß,

selbst wenn die Stadt zu solchem Neubau verpflichtet sein sollte, es immer noch darauf ankomme, was für eine Schule gebaut werden solle, ob eine Oberrealschule mit 9 Classen, oder eine Realschule mit 6 Classen. Der Bau einer Oberrealschule würde natürlich erheblich theurer kommen; wenn man einen solchen Bau beschließen und die jetzige Oberrealschule zu einer Realschule einrichten wollte, so werde man in der letzteren vielen Platz haben, der gar nicht zu verwerthen sei.

Herr Blasius bedauert, daß Herr Halle sich nicht von der Nothwendigkeit habe überzeugen lassen, die Lord'schen Vorschläge ablehnen zu müssen, denn von denselben werde beispielsweise die Beschaffung eines durchaus nothwendigen Lehrzimmers für Chemie absolut nicht erfüllt. Hierdurch werden aber die Vorschläge allein schon hinfällig. Bei dem weiteren Vorschlage, das Dienstwohngebäude des Directors abzureißen, lasse sich auch nichts sparen, weil die Baukosten dieselben bleiben und dann dem Director ein Wohnungsgeldzuschuß gezahlt werden müßte, der die Zinsen des Kaufpreises für das Nachbargrundstück aufzehren würde. Eine Ablehnung der Magistratsvorlage könnte ernste Bedenken für die Schule in sich schließen, denn es seien ganz bestimmte Bedingungen zur Erreichung der Qualifikation zum einjährig-freiwilligen Militärdienste vorgeschrieben, die auch erfüllt werden müßten, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, der Berechtigung verlustig zu gehen. Es würde deshalb hier das Sparen am unrechten Orte sein.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

III. Gesuche um Erlaß der Hundesteuer.

Von der Besteuerung eines Wachhundes wollen befreit sein: Arbeitsmann Heinrich Westphal, Kreuzstraße 61; Kohlenhändler Theodor Bode, Hamburgerstraße 11 b; Wurstblochfabrikant Heinrich Vohrengel, Hamburgerstraße 8; Arbeiter L. Backhaus, Hamburgerstraße 26 und Restaurateur Hermann Thate, Karlstraße 38; während der Invalide Aug. Hardenberg, Al. Kreuzstraße 5, einen Ziehhund frei zu haben wünscht.

Auf Antrag des Berichterstatters, Herrn Müller, wird das letztere Gesuch genehmigt; die sämmtlichen Gesuche auf Befreiung von der Besteuerung eines Wachhundes werden dagegen abgelehnt.

IV. Unterstützung des deutschen Hilfsvereins in Paris.

Der Vorstand des deutschen Hilfsvereins in Paris hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, ihn in seinen Bestrebungen durch Zuwendung eines jährlichen Beitrages unterstützen zu wollen. Der Magistrat beantragt, dem Vereine eine einmalige Zuwendung von 100 M zu gewähren,

welchen Antrag die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Brückmann genehmigt.

V. Kosten eines Theiles der Vertramstraße.

Die Versammlung wird ersucht, zu genehmigen, daß die Kosten des Ausbaues der Vertramstraße zwischen Billier- und Lachmannstraße auf 63,63 M für das laufende Meter festgestellt werden,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann I berichtet, geschieht.

VI. Antrag Lange: Anderweite Vermiethung des Kellers im Altstadt-Rathhause.

Der in der letzten Sitzung — Seite 61 des Berichts — gestellte Antrag ist von der Finanzcommission eingehend berathen und wird namens derselben von Herrn Südel mit dem Zusätze zur Annahme empfohlen, daß, falls die jetzigen Miether sich bereit erklären sollten, einen entsprechend höheren Miethzins zu zahlen, von einer anderweitigen öffentlichen Vermiethung Abstand genommen werde. Die Commission habe hierbei auch mit in Erwägung gezogen, daß die hofwärts gelegenen Kellerräume von der Firma auf eigene Kosten erbaut seien und daher bei etwaiger Aufhebung des Miethvertrages seitens der Stadt zu dem Taxpreise übernommen werden müßten. Sodann sei aber auch zu befürchten, daß bei einer öffentlichen Vermiethung vielleicht ein Geschäftsbetrieb in die Räume verlegt werde, welcher zu dem Altstadt-Rathhause schlecht passe.

Herr Lange hat dem Commissionsantrage zugestimmt, weil er glaube, daß durch denselben der Zweck seines Antrages erreicht werden könne. Bei der Stellung des Antrages sei er davon ausgegangen, daß die jetzt gezahlte Miethzins zu niedrig bemessen sei und werde bei der Annahme des Commissionsantrages der Firma Gelegenheit gegeben, sich zu äußern, ob sie bereit sei, in eine entsprechende Erhöhung zu willigen.

Dem Magistrate bleibe, wenn ihm das neue Gebot nicht genüge, immer noch unbenommen, eine öffentliche Vermiethung auszuschreiben. Da jedenfalls noch Gelegenheit genommen werde, den Magistrat über den angemessenen Werth des Miethobjectes zu informiren, so werde derselbe wohl in die Lage kommen, die Höhe der Forderung annähernd bemessen zu können. Der Antrag sei dem auch in der Bürgerschaft stark vertretenen Gefühle entsprungen, daß die Miethzins zu gering bemessen sei und daß für die Firma gewissermaßen von alter Zeit her eine Art Privilegium existire. Diesem Glauben könne durch die Annahme des Commissionsantrages wirksam entgegengetreten werden. Wenn wirklich derartige Bevorzugungen stattgefunden haben und dieses geschehen sei mit Rücksicht darauf, daß die alte Firma gern in den Räumen bleiben möchte und daß dieselbe verschiedene Bauten auf ihre Kosten habe ausführen lassen, so halte er das an sich für gerechtfertigt, Nicht gerechtfertigt erscheine es aber, daß solche Rücksichten noch genommen werden.

nachdem die Firma diesen Vorzug schon 20 Jahre genossen habe; es müßte derselben vielmehr jetzt Gelegenheit gegeben werden, einen höheren Miethbetrag zu zahlen, wenn andere Leute dafür einen wesentlich höheren Betrag bieten. Die Stadt sei verpflichtet, aus ihren Quellen so viel Capital wie möglich zu ziehen und könne daher den jetzigen Zustand nicht länger bestehen lassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß der Magistrat entsprechend vorgehen werde, wenn die Versammlung den Commissionsantrag genehmige. Er möchte aber doch in Erinnerung bringen, daß vor 2 bis 3 Jahren, als aus der Mitte der Versammlung die Ansicht laut geworden, daß der Pachtbetrag für die Räume zu gering sei, eine Werthschätzung derselben, unter vergleichender Heranziehung derjenigen Aufwendungen vorgenommen sei, welche andere hiesige Wein Händler für ihre Weinläger zu entrichten haben und daß man hiernach die Pacht festgesetzt habe. In Anbetracht dieses Umstandes halte er sich für verpflichtet, der etwa auftauchenden Ansicht entgegenzutreten, als ob aus den Räumen etwa der doppelte Pachtbetrag zu erzielen sei. Nach der vor einigen Jahren vorgenommenen Werthschätzung müsse er der Meinung sein, daß das Pachtgeld ein leidlich billiges und der Erhöhung fähiges sei, aber er müsse auch vor dem Glauben warnen, daß es für die Stadt erheblich vortheilhafter sei, die Wirthschaft einem anderen Pächter zu geben, der eine bedeutend höhere Pacht zahlen wolle. Ein neuer Pächter könne dort ja immer eine höhere Pacht zahlen, weil er gewissermaßen das Renommee des Vorpächters, der seit ungefähr 40 Jahren sein Geschäft in den Räumen mit sehr gutem Erfolge betrieben habe, mit bezahle, aber die Stadt stehe auch vor der Gefahr, daß der neue Pächter möglicherweise keine glänzenden Geschäfte mache und nach mehreren Jahren fallire, in welchem Falle die Stadt hinterdrein jedenfalls einen weit geringeren Pachtzins für die Räume erhalten werde. Darum möchte er warnen, eine allzu hohe Steigerung herbeiführen zu wollen.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

VII. Canal in der Roßstraße.

Die Anwohner der Roßstraße haben gebeten, die letztere auch noch jenseit der Landeseisenbahn mit einem Abzugscanale zu versehen. Der Magistrat muß anerkennen, daß die weitere Canalisation jener Straße bis zu dem Grundstücke *N. ass.* 3807 ein dringendes Bedürfnis ist, hat indessen bislang davon Abstand genommen, der Versammlung die Bewilligung der Kosten zur Ausführung dieser Canalstrecke zu empfehlen, weil letztere definitiv erst dann hergerichtet werden kann, wenn durch einen tiefer liegenden, zwischen Roß- und Cellerstraße herzurichtenden Canal die erforderliche Vorfluth beschafft sein wird. Da keine Aussicht vorhanden ist, daß dieser letztere Canal schon in nächster Zeit gebaut wird, andererseits aber die baldige Beseitigung der jetzt dort herrschenden Uebelstände angezeigt erscheint,

so bleibt nach Ansicht des Magistrates nichts anderes übrig, als auch die obere Strecke der Roßstraße bis zu dem Grundstücke *N* ass. 3807 mit einem provisorischen Abzugscanale zu versehen. Die hierfür aufzuwendenden Kosten sind zu 5300 *M* veranschlagt. Hiervon würden etwa 2000 *M* einstweilen durch die Canalsteuer der anzuschließenden Grundstücke verzinst werden; die Hälfte der übrigen 3300 *M* aber mit 1650 *M* auf die Canalbaucaße zu übernehmen, hält der Magistrat nach Lage der Umstände in dem Falle für zulässig, daß die Anlieger ihrerseits die übrigen 1650 *M* — ohne Anspruch auf demnächstige Rückzahlung — aufbringen. Darnach ersucht der Magistrat, zum Zwecke der Ausführung des fraglichen Canals den Betrag von 5300 *M* — 1650 *M* = 3650 *M* zu verwilligen.

Auf Antrag der Finanzcommission — für welche Herr Meyer berichtet — und auf Befürwortung des Herrn Weber wird die Vorlage gutgeheißen.

VIII. Statut über die Aufbringung von Kirchensteuern.

Nachdem sich durch die in Aussicht stehende Neuordnung des hiesigen Kirchenwesens, bezw. durch die geplante Begründung neuer Kirchengemeinden die Herausgabe eines Statuts über die Aufbringung von Kirchensteuern nothwendig gemacht hat, legt der Magistrat den Entwurf eines solchen mit eingehender Begründung vor. Dieser Entwurf hat folgenden Wortlaut:

„§. 1. Die Vorschriften des Gesetzes *N* 30 vom 26. Juni 1892, die Aufbringung der Parochiallasten in den Städten betreffend, finden auch auf solche Fälle Anwendung, wo seitens der hiesigen Stadtgemeinde ohne feststehende Rechtspflicht Leistungen zu Zwecken und für die Bedürfnisse des evangelisch-lutherischen Kirchenwesens übernommen werden. — §. 2. Zu den der hiesigen Stadt nach vorerwähntem Gesetz obliegenden, sowie zu den von ihr nach §. 1 übernommenen Leistungen werden die Geistlichen der hiesigen evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden auch hinsichtlich ihres Einkommens vom Kirchendienste herangezogen.“

In der Begründung dieses Statutentwurfes giebt der Magistrat zunächst einen Ueberblick über die Entstehungsgeschichte desselben und sucht zugleich die Nothwendigkeit statutarischer Festlegung der getroffenen Bestimmungen nachzuweisen. In dem bezüglichen Gesetze vom 26. Juni 1892 handelt es sich um die Regelung der Aufbringung der Parochiallasten bei gesetzlich feststehender Beitrags-Verpflichtung, der Stadtgemeinden. Diese Beitragspflicht der politischen Gemeinde ist nicht größer als die frühere Beitragspflicht der Kirchengemeinde und erstreckt sich im Besonderen nicht auf die Dotation von Predigerstellen oder auf den Bau von noch nicht vorhanden gewesenen Kirchen und Pfarrhäusern. Bei (allerdings von Herzoglichem Staatsministerium bestrittener) Richtigkeit dieser Rechtsansicht würde das nur von Pflichtbeiträgen handelnde Gesetz keine Anwendung auf solche Fälle finden, wo die

hiesige Stadtgemeinde über die anerkannte gesetzliche Verpflichtung hinaus sich freiwillig zu kirchlichen Leistungen bereit erklärt, wie solches hinsichtlich der durch Abzweigung von Theilen der Kirchengemeinden St. Catharinen und St. Magni zu gründenden beiden neuen Gemeinden geschehen ist. Um eine Aufbringung freiwillig übernommener Leistungen nach denselben Grundsätzen zu ermöglichen, die für die Aufbringung der gesetzlich begründeten Lasten Geltung haben, hat das Gesetz den Städten die Befugniß eingeräumt, dasselbe auf Fälle von freiwillig übernommenen Leistungen anwendbar zu erklären. Von dieser Befugniß macht der Entwurf, welcher zwischen den städtischen Behörden schon früher im Princip vereinbart ist, Gebrauch. Einem Wunsche der hiesigen Geistlichkeit nachkommend, ist auch von dem gesetzlich festgelegten Rechte Gebrauch gemacht, dieselbe von ihrem Diensteinkommen zur Kirchensteuer heranzuziehen. Schließlich ist ebenfalls durch §. 2 des Gesetzes der Statutar-Autonomie die Möglichkeit gegeben, Bestimmung zu treffen, daß und unter welchen Voraussetzungen neben den auf Gesetz beruhenden Befreiungen aus besonderen örtlichen Gründen noch andere Befreiungen von der Kirchensteuer stattfinden, insbesondere gewisse untere Steuerclassen mit dieser Steuer verschont, oder mit ermäßigten Beiträgen dazu herangezogen werden sollen. Der Magistrat hatte zwar früher die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß die weniger wohlhabenden Einwohner von der Kirchensteuer zu befreien sein möchten; in Würdigung jedoch der von der Stadtverordneten-Versammlung in der Sitzung am 26. Februar 1891 abgegebenen Erklärung, daß eine solche Befreiung das Gefühl der Zugehörigkeit zu der Kirchengemeinde und das Interesse an derselben leicht beeinträchtigen würde, hat der Entwurf davon abgesehen, die kirchliche Steuerpflicht erst bei einem über die untere Grenze der kommunalen Steuerpflicht hinausgehenden Mindesteinkommen beginnen zu lassen. Eine Befreiung von der Kirchensteuer oder eine Ermäßigung derselben aus sonstigen besonderen Gründen eintreten zu lassen, findet der Magistrat keinen Anlaß. Die Kirchensteuer wird durch einen procentualen Zuschlag zu der auf die Pflichtigen veranlagten Gemeinde-Einkommensteuer und zwar erstmalig für das Rechnungsjahr vom 1. April 1894/95 auszusprechen sein. Voraussichtlich wird zwar das Kirchencassencollegium schon für das Jahr 1893—94 Zuschüsse zur Bestreitung der der Gemeindefirchencasse gesetzlich obliegenden Ausgaben, wohl auch zu beginnender Ausführung des Programms über die Neuordnung des Kirchenwesens, im Besonderen zur Besoldung neu anzustellender Geistlichen anfordern. Diese muthmaßlichen Anforderungen werden aber immerhin nicht eine solche Höhe erreichen, die die Ausschreibung einer Kirchensteuer schon für das laufende Rechnungsjahr angezeigt erscheinen lassen könnte; der Magistrat ist deshalb der Ansicht, daß dem Kirchencassen-Collegium die in diesem Jahre zur Anforderung gelangenden Zuschüsse, nachdem selbige von den städtischen Behörden als bedarfsmäßig anerkannt sein werden, einstweilen aus der Stadthauptcasse vorzuschießen

und bei nächstjähriger Ausschreibung der Kirchensteuer in Rechnung zu ziehen seien. Um dieser letzteren Maßnahme auch hinsichtlich derjenigen freiwillig übernommenen Leistungen, welche etwa schon im laufenden Jahre zu gewähren sein möchten, eine rechtliche Unterlage zu schaffen, erscheint es angezeigt, das vorgelegte Statut schon jetzt in Kraft treten zu lassen.

Wie Herr Rudeloff berichtet, hat die Statutencommission lediglich zu empfehlen, den Statutentwurf zu genehmigen, denn der §. 1 desselben diene nur dazu, die früheren Beschlüsse der Versammlung zur Ausführung zu bringen und gegen den §. 2 sei durchaus nichts einzuwenden, da man das Angebot der hiesigen Geistlichkeit nur mit Anerkennung acceptiren könne.

Herr Blasius möchte sich die Anfrage an den Stadtmagistrat erlauben, wann Aussicht vorhanden sei, daß die Neubildung der Kirchengemeinden wirklich eintrete. In der Bürgerschaft herrsche tiefe Trauer über die Zustände, welche durch die Ueberfüllung der kirchlichen Gemeinden entstanden seien. Wenn einerseits das Princip, in einer Classe 40—50 Schüler zu unterrichten, nicht gebilligt werde, so dürfte auch andererseits nicht zu gestatten sein, daß im Confirmanden-Unterrichte 100—200 Kinder einem Geistlichen überwiesen werden. Die Bürgerschaft wünsche dringend, diesen traurigen Zuständen bald abgeholfen zu sehen. Obwohl er fest überzeugt sei, daß der Magistrat nichts unterlassen habe, was zur Beschleunigung der Angelegenheit beitragen könnte, so glaube er doch, daß es in der Bürgerschaft einige Beruhigung erwecken würde, wenn man von autoritativer Seite erführe, wie die Sache jetzt stehe.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Durchführung des von den städtischen Behörden beschlossenen Programmes von gesetzgeberischen Maßregeln abhängig gewesen sei und daß die beiden Schlußgesetze erst in den letzten Wochen die Genehmigung der Landessynode gefunden haben. An demselben Tage, an welchem die Gesetze ihm zu Händen gekommen, sei auch das Schreiben an die Versammlung abgelassen worden und sobald das Statut die Bestätigung des Herzoglichen Staatsministeriums erhalten habe, werden die Kirchenorgane rechtlich in der Lage sein, mit der Durchführung des Programmes vorzugehen. Da man sich in den commissarischen Vorberathungen mit der Frage wegen der Berufung von Predigern für die neuen Gemeinden bereits beschäftigt habe und in dieser Beziehung schon bei dem Herzoglichen Staatsministerium vorstellig geworden sei, so lasse sich erhoffen, daß die neuen Predigerstellen bei der Magni- und der Catharinentkirche wenn auch nicht im Laufe des Sommers, so doch bis zum Winter besetzt werden können.

Der Statutentwurf gelangt sodann zur Annahme.

IX. Nachverwilligung von Kosten für das Parthaus.

Für die Legung eines Wasserrohres bis zum Parthause und die Anbringung von Zapfhähnen, sowie einige andere kleinere Arbeiten daselbst fordert der Magistrat noch einen Betrag von 501 M 40 S an,

welcher von der Versammlung auf Befürwortung des Herrn Brückmann bewilligt wird.

X. Canal für die Straße „an der Mäsch“.

Es erscheint dringend erforderlich, die Straße „an der Mäsch“ baldigst mit einem Abzugscanale zu versehen und hat die Canalbau-Deputation empfohlen, zu dem Zwecke einen Canal und einen provisorischen Nothauslaß anlegen zu lassen. Wegen der flachen Lage des Canals müssen Eisenrohre verwandt werden. Die zu 2900 M veranschlagten Kosten ersucht der Magistrat zu verwilligen,

welchen Antrag die Finanzcommission, für welche Herr Lord berichtet, zur Annahme empfiehlt.

Herr Bültmann I möchte bei dieser Gelegenheit den Magistrat befragen, wie es mit dem Graben hinter dem Eichthale werden solle, in welchen die 14 Häuser hineinmünden. Die Verhältnisse liegen dort so traurig, daß Abhilfe geschaffen werden müßte.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß die fraglichen Abwässer in den dort zu erbauenden Sammelcanal, welcher mit den von der Regierung zur Verfügung gestellten 75 000 M bald hergerichtet werde, aufgenommen werden sollen.

Herr Brückmann stellt die Anfrage, ob der häßlichen Einrichtung des Ausflußcanales am Hohenthore abgeholfen werden könne. Es münde nämlich von der Pawelstraße ein Thonröhrencanal in die Oker, der in seinem Ausflusse gebrochen sei und nun eine Unmasse von Fäcalien, die einen häßlichen, gesundheitschädlichen Geruch verbreiten, zum Vorschein bringe.

Herr Stadtrath Ketemeyer will hierüber Erkundigungen einziehen, da er glaube, daß es sich um einen Privatcanal handle.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

XI. Aufnahme eines Processes.

Die Anlieger der Westseite der Friesenstraße haben gegen die Stadt eine Klage erhoben dahingehend, anzuerkennen, daß sie nicht verpflichtet seien, ihre Grundstücke an den im Jahre 1892 stadtseitig hergestellten Straßencanal der Friesenstraße anzuschließen, daß dieselben vielmehr dauernd das Recht haben, ihre Grundstücke in den auf der Westseite der Straße sich hinziehenden canalisirten Okergraben zu entwässern, eventuell anzuerkennen, daß der Anschluß der klägerischen

Grundstücke an den Straßencanal auf Kosten der Stadt zu geschehen habe und daß die Kläger zur Canalsteuer nicht heranzuziehen seien. Der Magistrat ersucht, die Genehmigung zur Aufnahme des Rechtsstreites zu ertheilen, und die Statutencommission giebt durch Herrn Rudeloff anheim, dem Antrage zuzustimmen, da der Proceß mit Erfolg aufgenommen werden könne.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XII. Austausch von Straßenflächen.

Der Kaufmann Ferdinand Meyer beabsichtigt, auf seinem an der Ecke von Salzdhumer- und Elmstraße gelegenen Grundstücke mit der Front nach der Salzdhumerstraße ein Wohnhaus zu erbauen, das einen 2 m breiten Vorgarten erhalten soll. Der Genannte bittet, die im Ortsbauplane vorgesehene Regulirung der Salzdhumerstraße seinem Grundstücke entlang auszuführen und demselben eine Theilfläche von 54 qm zuzulegen. Da die Stadt eine noch größere Fläche des Grundstücks zwecks Regulirung der Elmstraße erwerben muß, so erklärt sich Herr Meyer bereit, einen Austausch dieser Flächen dahin vorzunehmen, daß er gegen Ueberlassung der fraglichen 54 qm der Stadt eine gleich große Fläche an der Elmstraße abtritt, diese jedoch bis auf Weiteres gegen Zahlung eines Recognitionsgeldes von 1 M jährlich behalte. Der Magistrat giebt anheim, diesen Tausch gutzuheißen

und die Baucommission läßt denselben durch Herrn Bültmann I zur Genehmigung empfehlen.

Herr Bues möchte hierbei an den Magistrat die Frage richten, ob nicht endlich die Salzdhumerstraße auf der Strecke zwischen Gertruden- und Friedrichstraße die durchaus nothwendige Verbreiterung erfahren solle, da die Anlieger bereit seien, ihre Vorgärten zu solchem Zwecke abzutreten.

Herr Stadtrath Kettemeyer erwidert, daß die städtische Bauverwaltung Auftrag erhalten habe, einen bezüglichen Plan einzureichen, was bis jetzt noch nicht geschehen sei.

Die Vorlage wird angenommen.

XIII. Verkauf eines Bauplatzes am Sandwege.

In Ausführung des außerordentlichen Stadthaushaltsplanes für das Jahr 1893/94 hat der Magistrat den an der Ecke des Sandweges und des Schulweges gelegenen Bauplatz zu 3 a 54 qm an den Bauunternehmer Christian Lindemann für den Preis von 17000 M verkauft und ersucht um Zustimmung zu diesem Verkaufe.

Die Baucommission läßt die Genehmigung des Kaufvertrages durch Herrn Uhde empfehlen.

Herr Halle möchte die Anfrage an den Magistrat richten, ob sich derselbe über die Verwerthung der von der Militair-Verwaltung übernommenen Casernen und Ställe am Sandwege schon schlüssig geworden sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die städtische Bauverwaltung beauftragt sei, eine Ausmessung der einzelnen Complexe vorzunehmen und auch eine Eintheilung derselben in Vorschlag zu bringen. Die städtische Bauverwaltung habe diesem Auftrage bereits entsprochen, jedoch sei der Magistrat darüber zu einem bindenden Beschlusse noch nicht gekommen. Der Magistrat theile die Ansicht, daß es sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht empfehle, zu einer öffentlichen Veräußerung zu schreiten; es müßte denn ein annehmbares Gebot gemacht werden, wie solches jetzt vorliege. Die Grundstücke sollten aber nicht an den Markt geworfen werden, weil man sonst nicht denjenigen Preis fordern dürfe, der im anderen Falle zu erwarten sei.

Herr Halle hat bei seiner Anfrage die Plätze am Magnithor im Auge gehabt, welche seiner Meinung nach recht gut jetzt verkauft werden könnten, da sich für dieselben ein ganz annehmbares Gebot werde erzielen lassen.

Herr Ebeling will in Bezug auf den Verkauf des Platzes noch bemerken, daß nach einer ihm gewordenen Mittheilung der Maurermeister Rütther wegen des Ankaufes mit dem Magistrate schon in Verhandlung getreten sei und die Zusicherung erhalten haben solle, den Platz zu bekommen, sofern er eine annehmbare Zeichnung vorlegen werde. Das sei geschehen und dem Manne hierdurch eine Aufgabe erwachsen. Es frage sich nun, ob für die Stadt nicht eine moralische Verpflichtung vorliege, den Platz an Rütther zu verkaufen, wenn dieser sich erbiete, denselben Preis zu bezahlen.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß für die Stadt durchaus keine moralische Verpflichtung vorliege, dem Antrage Folge zu geben. Der Maurermeister Rütther habe f. B. gebeten, ihm Auskunft zu geben, ob der Bauplatz zum Preise von 42 M. verkäuflich wäre. Der Magistrat habe hiervon der städtischen Bauverwaltung Kenntniß gegeben und sei ihm darauf mitgetheilt, daß in Bezug auf die Bebauung des Platzes einem etwaigen Liebhaber bestimmte Bedingungen wegen des Heranrückens mit dem Baue an den Schulhof 2c. aufzuerlegen seien. Hierauf habe der Magistrat zurückgeschrieben, die städtische Bauverwaltung möchte erst einmal im Sinne des eigenen Vorschlages mit Rütther verhandeln. Letzterer habe sich darauf Pläne machen lassen, jedoch sei hinterher die Concurrenz aufgetreten und habe ein höheres Gebot gemacht, woraufhin der öffentliche Verkauf angeordnet sei. Der Magistrat, von welchem mit Rütther noch kein Wort hierüber gewechselt sei, habe keine Veranlassung, ihn bei dem Kaufe zu bevorzugen.

Die Vorlage wird angenommen.

XIV. Baulinien für die Ritterstraße.

In Veranlassung eines im Auftrage des Bauunternehmers Köhl von dem Architekten Habrich eingebrachten Antrages auf Feststellung der Fluchtlinie für das unter № 7 an der Ritterstraße gelegene Grundstück hat das Stadtbauamt für diese Straße neue Baulinien festgestellt und giebt anheim, die Genehmigung zu diesem Projecte zu erteilen, welchem Antrage sich der Magistrat anschließt.

Herr Uhde kann namens der Baucommission die Genehmigung der Baulinien nur befürworten.

Herr Meyerhoff möchte beantragen, die Ritterstraße auf mindestens 10 m zu verbreitern, da die außenstädtischen Straßen nicht unter 14 m Breite genehmigt werden und die Ritterstraße an ihrer schmälsten Stelle nur eine Breite von 6½ m haben solle.

Herr Uhde muß dringend warnen, dem Antrage zu folgen, denn hierdurch würde die ganze Ritterstraße, der Klint und noch manche andere Straße betroffen, so daß derartige Straßen ganz von den jetzigen Bauten rasirt werden müßten.

Die Magistratsvorlage wird angenommen und damit der Meyerhoff'sche Antrag abgelehnt.

XV. Die Kieselfelder.

In der Angelegenheit, die Reinigung der städtischen Abwässer betreffend, hat die Versammlung die auf die Einführung des Kieselstystems bezügliche Magistratsvorlage in allen Punkten mit dem Vorbehalte angenommen, daß eine nochmalige und genauere Untersuchung der Bodenbeschaffenheit des in Aussicht genommenen Kieselfeldes ein günstiges Ergebnis liefern werde. Die darnach von dem Magistrat mit Vornahme solcher Untersuchung betrauten Sachverständigen Deconomie-rath Schönermark, Professor Kloos und Deconom Ebeling haben sich dahin ausgesprochen,

- 1) daß die rund 250 ha haltende Länderei des Kloosterguts Steinhof, das den Mittelpunkt des mit einem Flächengehalte von 380 ha projectirten Kieselfeldes bilden sollte, zu je einem Dritttheile als Kiesel-land „vorzüglich geeignet“ und „geeignet“, zu nahezu einem Dritttheile dagegen wegen undurchlässigen Untergrundes und hauptsächlich wegen des dort, allerdings nicht etwa in Platten vorgefundenen Ortsteins zwar zur Anlage von Bassins für Winterwasser etc., nicht aber auch zur Aptrung als Kiesel-land geeignet erscheine,
- 2) daß aber, wenn auch dieses Ergebnis der näheren Untersuchung des Gutes Steinhof ein günstiges nicht sei, sich gleichwohl empfehle, dasselbe mit seiner eingerichteten Wirthschaft und seinen ausreichend guten Ge-

bänden zunächst zu erwerben, da im Anschlusse an das Gut außer dem etwa 23 ha haltenden Bürgerholze auf den benachbarten Feldmarken vorzüglich und bezw. gut geeignete Grundflächen in zusammenhängender Lage und im benötigten Umfange vorhanden seien; bei deren Auswahl freilich zu berücksichtigen sein dürfe, daß ein kleinerer Theil der zur Beschaffung des vollen Bedarfes an Kieffeld in Aussicht genommenen Grundflächen sich als zur Veriefelung nicht wohl geeignet herausgestellt habe.

Da inzwischen von dritter Seite das Augenmerk des Magistrates auf das Querumer Holz als einen dem Anscheine nach als Kieffeld besonders gut verwertbaren Complex gelenkt war, so hat der Magistrat auch in dieser Richtung Ermittlungen eintreten lassen; die letzteren haben indessen, nach Ausweis der Acten, zu einem negativen Ergebnisse, sowohl hinsichtlich der Bodenverhältnisse und der Höhenlage, wie auch in Bezug auf die Erwerbs-, Aptrungs- und sonstigen Einrichtungskosten geführt.

Bevor die Untersuchungen betreffs der Verwendbarkeit des Querumer Holzes beendigt waren, hat der Magistrat zu leichterer und beschleunigter Beseitigung der gegen die Benutzung des Steinhofes denkbaren Weise hier oder dort etwa noch obwaltenden Bedenken das vorgedachte Gutachten mit den über die Untersuchung des Querumer Holzes bis dahin ergangenen Verhandlungen dem Baurathe Dr. Hobrecht in Berlin zur Prüfung übersandt; worauf die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadtverordnete Ebeling und Oberingenieur Mitgau in Berlin mit dem Dr. Hobrecht über die Angelegenheit Berathung gepflogen und deren Ergebniß gemeinschaftlich registrirt haben. Nach Ausweis dieser zu den Acten gebrachten Registratur hat Dr. Hobrecht sich im Wesentlichen geäußert, wie folgt:

„Darüber, ob etwa das Querumer Holz als Kieffeld geeigneter sei, wie der Steinhof nebst Umgebung, könne er beim Mangel an bezüglichlichen Unterlagen selbstredend nicht urtheilen. Nur habe er die vom Obergeringenieur Mitgau aufgestellten vergleichenden Berechnungen der in Betracht kommenden Betriebskosten als zutreffend mit dem Zufügen anzuerkennen, daß die für den Steinhof berechneten Betriebskosten sich noch erheblich herabmindern würden, wenn man — was zu empfehlen sei — das Hauptrohr der Pumpstation nicht bis zum höchsten Punkte des Kieffeldes führe, vielmehr an niedrig gelegener Stelle in Form eines hoch über die Erdoberfläche hinausführenden Standrohrs abschließe und von dort kleinere Druckrohre abzweige.

Im Uebrigen könne er den Gutachtern Schönermark, Kloos und Ebeling nicht beistimmen, wenn von denselben die Länderei des Steinhofes auf Grund der von ihnen ermittelten Bodenbeschaffenheit als „nicht günstig“ bezeichnet werde. Er erkläre vielmehr den Steinhof für gut ge-

eignet, beziehe sich in dieser Beziehung auf die Ausführungen seines schriftlichen Gutachtens vom September v. Js. und wolle zu deren Klarstellung noch Folgendes mittheilen:

Es sei durchaus nicht nöthig, daß Kiesel- und Sandboden enthalte; die aus mangelhafter Durchlässigkeit des Bodens sich ergebenden Schwierigkeiten seien eben durch Rajolen und Drainage zu beseitigen. Die Stadt Berlin habe denn auch beim Erwerbe ihrer verschiedenen Kieselgüter absolut nie nach deren Bodenbeschaffenheit gefragt; man finde auf denselben ausgedehnte Flächen mit Mergel, Lehm und festestem Thon, der nur mit der Spizhacke habe bearbeitet werden können. Derartige Flächen von mangelhafter Beschaffenheit seien bei ihrem niedrigen Ankaufswerthe gerade für Kieselanlagen verhältnißmäßig sehr gut zu verwerthen, indem man einerseits immer einen Theil des Kieselguts behuf der Benutzung zu hauswirthschaftlichen Zwecken von der Verieselung auszuschließen habe, andererseits und hauptsächlich aber sehr große, etwa 1 bis 2 m Tiefe haltende Bassins (deren Gesamtfläche z. B. auf einem Berliner Gute von 1200 ha etwa 450 ha betrage) haben müsse, die eben nicht etwa lediglich dazu zu dienen hätten, um dorthin in Frostzeiten das Wasser zu leiten, die vielmehr auch zu dem Zwecke von außerordentlichem Werthe seien, um im Sommer die bei Gewittern u. ungewöhnlich stark andrängenden Wassermassen bewältigen zu können, was namentlich zu dunkler Nachtzeit, wo die Kieselwärter die einzelnen Ventile der Druckrohrleitungen nicht zu controliren vermöchten, von höchster Bedeutung sei.

Was im Besonderen den „Ortstein“ anlange, so habe derselbe, sobald er 20 bis 50 cm unter der Oberfläche liege, gar keine Bedeutung; wenn derselbe nicht sehr mächtig und fest sei, rajole man einfach den Boden so weit, daß das Unterwasser vermittlest der Drainsröhren gesenkt werde. Auch ein mit festem Ortstein stark durchsetzter Boden brauche von der Kieselung nie gänzlich ausgeschlossen zu werden; derselbe sei immerhin noch aufsaugungsfähig, wie derselbe ja auch starken Regenfall in sich aufnehmen. Je durchlässiger freilich die einzelnen Flächen eines Kieselguts seien, desto mehr Abwässer würden denselben im praktischen Betriebe zugeführt und umgekehrt. Er könne bei der ihm mitgetheilten Lage der Braunschweiger Verhältnisse nur rathen, an dem Steinhofe als dem Mittelpunkte des Kieselsystems festzuhalten.“

Indem der Magistrat hiernach die Versammlung ersucht, den bei Genehmigung der betr. Vorlage gemachten Vorbehalt für erledigt zu erklären, fügt derselbe noch hinzu, daß die vorläufige Auswahl der in der Umgebung des Steinhofes zur Vervollständigung einer dortigen Kieselanlage zu erwerbenden Grundflächen nicht auf

der Grundlage des mit der früheren Vorlage überreichten Lageplanes, vielmehr unter Berücksichtigung der in dem sachverständigen Gutachten vom 26. März d. Js. gegebenen Anleitungen getroffen werden wird.

Namens der Statutencommission führt Herr Blasius aus, daß es bei der Anlage von Rieselfeldern nicht allein auf die technische Ausführbarkeit, sondern auch besonders mit auf die Kosten der Einrichtung ankomme. Das ausgedehnte Dünenterrain im Querumer Holze würde namentlich auch wegen der Urbarmachung der Forstfläche sehr kostspielig werden, indem das Ausroden der alten Eichen ganz erhebliche Kosten verursachen müßte, so daß die Aptrung theurer zu stehen kommen würde, als der Besitz selbst. Dazu komme, daß diese Aptrung lange Zeit in Anspruch nehmen würde, während die Fertigstellung der Anlage doch möglichst beeilt werden müßte; auch fehle es dort an Wirthschaftsgebäuden und endlich würde zu bebauern sein, wenn das Querumer Holz, welches so vielen Einwohnern als Ausflugsort diene, diesem Zwecke entzogen werde. Aus allen den Äußerungen, Begutachtungen und Verhandlungen, welche in dieser Sache gepflogen seien, habe sich in der Statutencommission einstimmig die Ansicht herausgebildet, daß der Versammlung die Genehmigung der Vorlage nur empfohlen werden könne.

Herr Ebeling will hierzu bemerken, daß er ursprünglich kein Freund der Rieselfeldung gewesen sei und ein gewisses Vorurtheil dagegen gehabt habe, einmal wegen der damit verbundenen Düngervergeudung und dann wegen der Kostspieligkeit des Verfahrens. Bei der Untersuchung des Gutes Steinhof habe die Commission zwei Dritttheile des Bodens als geeignet und ein Dritttheil als ungeeignet gefunden, weil das letzte Drittel niedrig und moorig sei und unter dem Moore noch Ortstein stehe, während die Commission vorausgesetzt habe, daß Riesel-land tiefen Boden haben müsse. Inzwischen sei die andere Idee mit dem Querumer Holze aufgetaucht. Bei der Wahl dieses Platzes würden 200 Morgen Laubholzbestand auszuschließen sein, also noch 700 Morgen übrigbleiben, so daß von den benachbarten Feldmarken von Waggum und Bienrode noch ein ebenso großer Complex zu erwerben sein würde. Eine größere Fläche dürften die beiden kleinen Feldmarken kaum entbehren können. Da nun aber bei der Rieselfeldanlage auf 2000 Morgen zu rechnen sei, so befürchte er, im Querumer Holze doch schließlich festzufahren. Anders liege die Sache bei dem Steinhof. Dieser biete von vornherein die erforderlichen Wirthschaftsgebäude, sodann könne man auch weiter greifen in die benachbarten Feldmarken von Wendezelle und Bortfeld, sowie ins Hannoversche. Die Rieselfeldanlagen von Berlin haben ihm im Gegensatz zu einer früheren Erinnerung sehr gut gefallen, indem dort Alles sehr pünktlich gehandhabt werde. Den Boden drainire man gehörig und zwar eng und tief und dann führe man nicht mehr Wasser zu, als die Felder gebrauchen können. Bezüglich der dortigen Bodenverhältnisse bemerkte er, daß auch schwerer Thonboden u. dgl. vor-

komme, welchen die Commission bei den Steinhofsländereien für ungeeignet gehalten habe, der aber durchaus kein Hinderniß bilden solle. Natürlich sei ein leichter Boden auffaugungsfähiger, denn während der schwere Boden im Norden von Berlin pro Tag und Hectar mit 25 cbm Wasser genug habe, könne der leichte Boden im Süden 50 bis 70 cbm gebrauchen. Bei Befolgung der Berliner Grundsätze, dem Boden nicht mehr Wasser zuzuführen, als er gebrauchen könne, also ein ausreichendes Terrain zu erwerben, werde ihm um die Sache nicht bange, wenn die Stadt auch einen tüchtigen Administrator anstelle. Indem Redner auf die Wirthschaftsführung selbst und die Behandlung des Bodens noch näher eingeht, empfiehlt derselbe, die Steinhofsländerei zu dem fraglichen Zwecke zu erwerben.

Herr Lord bittet, den Bau der Schunterbrücke, welcher durch das Kieselproject etwas verzögert sei, nunmehr schnell zur Ausführung zu bringen, da die Anwohner der nördlichen Stadttheile den dringenden Wunsch hegen, die Brücke noch in diesem Sommer fertiggestellt zu sehen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme und wird auch ein von zahlreichen Anwohnern der nördlichen Stadttheile eingereichtes Gesuch um schleunige Fertigstellung der Schunterbrücke als erledigt angesehen, da vom Magistrate die Erklärung abgegeben ist, daß nunmehr sofort mit dem Brückenbau begonnen werden soll.

XVI. Erwerb einer Flächen an der Casernenstraße.

Der Tischlermeister Hattensauer hat auf seinem an der Casernenstraße gelegenen Grundstücke ein Wohnhaus erbaut und deshalb um Abnahme derjenigen Theilfläche gebeten, die von jenem Grundstücke der genannten Straße zuzulegen und zu 58 qm vermessen ist. Nachdem der Genannte seine ursprüngliche Forderung von 32 M pro qm auf 25 M ermäßigt hat, glaubt der Magistrat diese Forderung zugestehen zu sollen und empfiehlt, den dieserhalb aufgenommenen Kaufvertrag zu genehmigen,

was auf Befürwortung des Herrn P e p l i e s geschieht.

XVII. Beschaffung von Apparaten für die städtische Gasanstalt.

Da sich herausgestellt hat, daß das auf der Gasanstalt an der Bahnhofstraße gewonnene Ammoniakwasser erheblich besser zu verwerthen ist durch eigene Verarbeitung desselben zu schwefelurem Ammoniak, so beantragt die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke, den Einkauf und die Aufstellung der dazu erforderlichen Apparate mit einem Kostenaufwande von 6850 M zu genehmigen, welchem Antrage sich der Magistrat anschließt.

Die namens der Finanzcommission von Herrn Wagner befürwortete Vorlage wird von der Versammlung angenommen.

XVIII. Antrag Lössigk: Beseitigung des Schlammes aus den Straßencanälen.

Wie Herr Lössigk zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß der bei der Reinigung der Straßencanäle gesammelte Schlamm sofort in dichte und zu schließende Wagen resp. Behälter gebracht und nicht erst auf die Straße abgelagert werde“,

aussührt, habe er erst neulich bemerkt, wie der an der Langedammstraße aus dem Straßencanale gezogene und auf die Straße geworfene Schlamm von den Jungen auseinandergetreten sei, was, abgesehen von der damit verbundenen Unzuträglichkeit, auch in gesundheitlicher Beziehung nicht geduldet werden dürfe. Er bitte darum, Vorrichtungen zu treffen, daß der Schlamm aus den Canälen direct in dichte und verschlossene Behälter gethan, nicht aber zunächst auf die Straße gelegt werde.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XIX. Antrag Müller: Anlegung der Zweigcanäle.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei Anlage der Straßencanäle in den engen, weniger verkehrreichen Straßen und Tweten der Stadt die Zweigcanäle — sogenannte Hausrohre — zugleich mit fertigstellen zu lassen, und zu diesem Behufe mit den Hauseigenthümern vor Beginn der Arbeiten alles Erforderliche zu regeln, oder aber die nach §. 104 der Städteordnung dem Magistrate zustehenden Zwangsmaßregeln zur Anwendung zu bringen.“

Herr Müller führt zur Begründung des Antrages aus, daß den städtischen Behörden die Anerkennung nicht zu versagen sei, Mittel für das Gemeinwohl stets bereitwilligst zur Verfügung gestellt zu haben und könne man namentlich hinsichtlich der stetig fortschreitenden Canalisation wohl zufrieden sein. Aber trotzdem dürfe nicht verkannt werden, daß doch bislang nur halbe Erfolge mit der Canalisation erzielt seien, denn in einer ganzen Reihe von Straßen, wie der Bockstwete, der Leopoldstraße, dem Werder, dem Nickelnkuff, der Straße im Delschlagern, der Jöddenstraße, der Friesenstraße u. sei die Canalisation schon seit Wochen fertiggestellt, während man mit den Hausanschlüssen sich noch im Rückstande befinde und daher die Abwässer noch in die offenen Gassen laufen und die Luft durch ihre üblen Ausdünstungen verpesten. Solche Zustände könne man als gute nicht bezeichnen, denn der Zweck der Canalisation werde dadurch vereitelt. Wenn nun auch der Magistrat von seinem Rechte zur Erzwingung der Hausanschlüsse nur aus humaner

Rücksichtnahme auf die Anlieger keinen Gebrauch gemacht habe, so müsse man doch auch andererseits bedenken, daß denselben schon genügend entgegengekommen werde, indem man ihnen gestatte, die Kosten der Anschlüsse in Theilzahlungen zu decken. Jedenfalls dürfe man die Humanität nicht so weit treiben, daß unter dem Widerspruche einzelner Anlieger ganze Straßen, ja die ganze Bürgerschaft zu leiden habe. In der Leopoldstraße solle es sich um drei Anlieger handeln, welche durch Nichterfüllung der Vorbedingungen veranlassen, daß die ganze Straße der Segnungen der Canalisation verlustig gehe und das in der Canalisation steckende Capital zinslos unter der Erde liege, da die Stadt von solchen Anwohnern Canalsteuer nicht erhalte. Ein Theil dieser Straßen habe bekanntlich im Jahre 1850 den Herd der hiesigen Choleraepidemie gebildet und man müsse befürchten, daß bei dem etwaigen Ausbruche neuer Epidemien hier sich wiederum Seuchenherde bilden, wenn die üblen Ausdünstungen aus den offenen Gassen nicht abgestellt werden. Hier müsse Wandel geschaffen und die Herstellung der Hausanschlüsse, wenn nöthig zwangsweise, gefordert werden, sonst werde man in der Stadt mit der Canalisation niemals fertig und müsse das Straßenpflaster immer von Neuem wieder aufreißen. Die Hausbesitzer selber seien durch solche Verzögerung insofern in Mittheilenschaft gezogen, als die Kosten der Anschlüsse durch fortwährende Steigerung der Löhne und Materialien immer mehr anwachsen; die Canalbau-Verwaltung vermöge aber ihre Kräfte viel besser zu centralisiren, sowie mit den Arbeiten schneller zum Ziele zu kommen, wenn mit dem Canale gleich die Hausanschlüsse gelegt werden könnten.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XX. Antrag Lord: Benutzung des kl. Exercierplatzes.

Zur Begründung des Antrages:

„Der Magistrat wird ersucht, der Militair-Verwaltung in ihm geeignet erscheinender Weise die Bestimmungen des Vertrages vom 15. April 1878, den kl. Exercierplatz betreffend, in Erinnerung zu bringen,“

führt Herr Lord Folgendes aus: Die Verhältnisse am kl. Exercierplatz, wie sie zwischen der Stadt und der Garnisonverwaltung bestehen, sind durch Vertrag vom 15. April 1878 geregelt. Darnach ist der nach dem Catharinentkirchhofe zu liegende westliche Theil des Platzes der Stadt zur ausschließlichen Benutzung überlassen, der andere nach Osten zu liegende Theil der Militairverwaltung zu militairischen Uebungen freigelassen, mit alleiniger Ausnahme des Sonnabends Nachmittags, an welchem den Schulen das Recht zustehen soll, auch auf diesem Theile des Platzes ihre Spiele zu machen. Dieser Vertrag hat nun vielfach seitens der Militairverwaltung Ueber-

schreitungen gefunden. Ich betone, daß ich überzeugt bin, daß das nicht absichtlich geschehen ist, sondern daß im Laufe der Zeit bei dem steten Wechsel des Commandos und der unteren Officiere der Vertrag in seinen einzelnen Bestimmungen den Herren nicht mehr gegenwärtig gewesen ist. Ich habe mich seit langer Zeit mit diesen Ueberschreitungen beschäftigt und bin durch einen besonderen Fall dazu gedrängt worden, die Sache hier zur Sprache zu bringen. Am 27. Mai d. J. spielte der 6^{1/2}jährige Sohn des Directors der städtischen Gewerbeschule Leizen in der Allee, die an der Nebenstraße den Platz abgrenzt, an der Erde sitzend, in einem Sandhaufen und vergnügte sich damit, den Sand über sich in die Luft zu werfen. Auf dem Platze tummelte Lieutenant von Bosse vom Hujarenregiment N^o 17 sein Pferd. Der Kleine hatte seine Lust an dem Reiter und dem Pferde und unterbrach sein Spiel jedesmal, wenn der Officier seinen Platz passirte, um darauf das Spiel wieder fortzusetzen. Er mag nun das Herankommen des Officiers einmal nicht bemerkt haben und hat bei dieser Gelegenheit Sand geworfen, welcher auch das Pferd getroffen haben wird, denn das Pferd scheute und machte einen Seitensprung, jedoch bekam es der Officier gleich wieder in seine Gewalt. Letzterer reitet nun auf den Jungen los, der anfänglich glaubt, der Officier wolle sich einen Spaß machen, der indessen durch das finstere Gesicht des Officiers und die erhobene Reitpeitsche bald eines andern belehrt wird und die Flucht ergreift. Der Officier hinter ihm her, treibt ihn nach dem Platze zu. Das geschieht Alles auf dem der Stadt allein zur Verfügung stehenden westlichen Theile des Platzes. Der Junge läuft vor dem Officier kreuz und quer auf dem Platze her; hülfesuchend bleibt er schließlich stehen und bekommt von dem Officier mit der Reitpeitsche drei heftige Schläge, einen über den Kopf, einen über den Arm und den stärksten über den Rücken, der noch am nächsten Tage starke Schwielen zeigte. Die Schwester des Jungen, welche etwas älter ist, suchte dem Bruder zu Hülfe zu kommen und ruft schließlich ihren Vater. Gleichzeitig mit dem Mädchen trifft bei Director Leizen ein Mann ein, denn es hatten sich inzwischen Zeugen angesammelt, der vor Aufregung kaum im Stande ist, eine Schilderung des Vorfalles zu geben. Leizen geht hinunter und auf den Officier zu. Inzwischen ist der Junge außer Verfolgung gekommen, weil ein Mann auf den Officier zuschreitet und ihm sagt, jetzt ist es genug. Sofort nimmt der Officier die Verfolgung dieses Mannes auf, der nur dadurch entrinnt, daß er von einem Baum zum andern springt und schließlich die Gehosstraße gewinnt. Director Leizen geht auf den Officier zu, welcher sofort sein Pferd parirt, und sagt ihm, es ist mir mitgetheilt, Sie hätten meinen Sohn überreiten wollen. Darauf erwidert v. Bosse, es ist mir nicht eingefallen, Ihren Sohn überreiten zu wollen, dazu ist mir mein Pferd viel zu lieb, ich habe das Pferd außerdem so in der Gewalt, daß ich es jederzeit pariren und mir kein Unglück passiren kann. Im Uebrigen blieb der Officier Herrn Leizen gegenüber sehr ruhig und

höflich. Es kommt dann zu keinem anderen Resultate, als daß sich eine große Anzahl von Leuten, welche sehr erbozt sind und den Officier durch verschiedene nicht sehr zarte Ausrufe interpelliren, bereit erklären, das Geschehene zu bezeugen. Herr Leizen hat die Sache bei dem Militaircommando angebracht und soll ihm der Bescheid geworden sein, daß dem Officier ein scharfer Verweis ertheilt worden sei. Ersterer will sich indessen hierbei nicht beruhigen, sondern ein gerichtliches Verfahren beantragen.

Da ist der Fall, welcher als typisch für die Benützung des kl. Exercierplatzes vorgeführt werden sollte. Da mir der Lieutenant von Basse als ein ruhiger, vernünftiger und liebenswürdiger Officier bekannt ist, so erscheint es um so charakteristischer, daß solche Dinge am grünen Holze vorkommen können. Es kommt seit Jahren täglich vor, daß Officiersburschen und auch Officiere zum Ein- oder Ausreiten der Pferde den für die Stadt reservirten Theil des Platzes benützen, ja, es ereignet sich wiederholt, daß ganze Schwadronen des Husarenregiments den Platz quer überreiten, wenn sie sich hierdurch eine Wegestrecke ersparen können. Nun glaube ich, daß die Bestimmungen, die hauptsächlich im §. 10 des Vertrages enthalten sind, den maßgebenden Stellen nicht mehr bekannt sind. Dieser §. 10 bestimmt unter Anderem, daß Officiere und Officiersburschen zum Reiten den östlichen Theil des kl. Exercierplatzes benützen dürfen, daß auch größere Abtheilungen der Cavallerie diesen Theil bei Vorparaden oder in sonstigen außerordentlichen Fällen in Gebrauch nehmen können, daß aber der andere Theil des Exercierplatzes unter allen Umständen davon ausgenommen ist. Ich wollte daher an den Magistrat die Bitte richten, die Militairverwaltung in der ihm geeignet erscheinenden Weise darauf aufmerksam zu machen, daß die Bestimmungen des Vertrages vom 15. April 1878 in sehr vielen Fällen in den letzten Jahren nicht mehr eingehalten werden und sie zu bitten, daß hier Abhülfe geschaffen werde.

Der Antrag wird unterstützt, sofort zur Berathung gestellt und ohne weitere Besprechung angenommen.

XXI. Antrag Lange: Beschaffung für das Parkhaus.

Der Antrag:

„Die Versammlung wolle den Betrag von 104 M 06 M , welcher von der für die Erweiterungsbauten des Parkhauses bewilligten Summe von 5000 M übrig geblieben ist, dem Magistrat zur Erwerbung des von dem Restaurateur Andreas für eigene Rechnung erbauten Sommer-Buffets zur Verfügung stellen“,

wird von Herrn Lange damit begründet, daß die fragliche Restsumme sich zu diesem Zwecke gut verwenden lasse, indem der genannte Pächter bereit sei, das zu=

gleich mit als Windfang dienende, zum Preise von 174 M beschaffte Buffet für den Preis von 104 M 06 S der Stadt zu überlassen.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, sofort zur Verathung gestellt, aber von der Versammlung nach kurzer Besprechung, an welcher sich die Herren Wollenweber, Löschigt, Hauswaldt und Halle betheiligen, abgelehnt.

XXII. Anfrage Weber: Bekanntgabe der Zeit der Commissionsitzungen.

Auf die Anfrage, ob der Magistrat bereit sei, dem schon früher in der Versammlung zum Ausdruck gebrachten Wunsch auf Anbringung einer Tafel im Stadthause zur Bekanntgabe der Zeit der Commissionsitzungen stattzugeben, erwidert Herr Oberbürgermeister Pockels, daß ein solcher Wunsch an den Magistrat noch nicht herangetreten sei.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 7 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 17. August 1893.

Tagesordnung:

I. Erbauung eines Kühlhauses beim Schlachthause	Seite 92
II. Anschließung und Untersuchung von Quellwasser bei Mascherode	" 104
III. Ankauf eines Grundstückes neben dem städtischen Lagerplatze	" 108
IV. Beschaffung neuer Kessel zur Heizanlage der städtischen Mädchenschule	" 108
V. Erweiterungsbau der städtischen Oberrealschule	" 110
VI. Haltestellen der Straßeneisenbahn	" 110

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Heymann, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg, sowie Stadtbaumeister Osterloh.

Entschuldigt die Herren Lord, Rimpau, Semler, Uhde und Wolters; außerdem fehlen die Herren Voller und Meyerhoff.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, und einer Mittheilung des Herrn Nieß zur Geschäftsordnung, wird in die Berathung der Tagesordnung getreten.

I. Erbauung eines Kühlhauses beim Schlachthause.

Die in Folge Antrages der hiesigen Fleischer = Innung seit längerer Zeit gepflogenen Verhandlungen über die Errichtung eines Kühlhauses in Verbindung mit dem städtischen Schlachthause sind jetzt zum Abschlusse gebracht, indem die städtische Bauverwaltung ein von der Schlachthaus = Deputation gutgeheißenes Project ausgearbeitet hat, welches der Magistrat mit einem Kostenanschlage der Versammlung vorlegt und zur Begründung dieser Vorlage im Wesentlichen Folgendes hervorhebt. Ueber die hohe Bedeutung von Kühlhäusern in gesundheitlicher und wirthschaftlicher Beziehung dürfte heute ein Zweifel kaum noch obwalten, zumal da auch, in Erkenntniß der Nothwendigkeit solcher Einrichtung, die Schlachthöfe der meisten größeren Städte mit Kühlhäusern bereits versehen seien und die Aufbewahrung der Fleischwaaren in solchen nicht nur nutzbringend, sondern namentlich in der heißen Jahreszeit geradezu unentbehrlich erscheine. Da erst durch die Benützung eines Kühlhauses die Wohlthat des Schlachthauses den Schlachtern und den Consumenten in vollem Umfange zu Theil wird, so erscheint es dem Magistrate auch gerechtfertigt, das hiesige Kühlhaus, ungeachtet der Erklärung einzelner größerer hiesiger Unternehmer, die fragliche Anlage sei für sie ohne Werth, nicht als besonderes selbstständiges Unternehmen, sondern als Zubehör des städtischen Schlachthauses ins Leben zu rufen und gemeinschaftlich mit diesem zu betreiben. Zu diesem Vorgehen werde man sich um so eher verstehen können, als die für das Kühlhaus erforderliche Dampfmaschine auch für den eigentlichen Schlachthausbetrieb benützt werden solle, so daß dem Schlachthause besondere Kosten für deren Betrieb nicht weiter erwachsen würden. Bei der Frage, welche Art von Kälteerzeugungs-Maschinen Verwendung finden solle — es kommen dabei wesentlich die Systeme der Ammoniak-, Schweflige Säure- und Kohlensäure-Maschinen in Betracht — hat sich der Magistrat auf Grund von Gutachten einer zu diesem Zwecke nach verschiedenen Städten entsandten Commission, sowie der städtischen Bauverwaltung und der Schlachthaus-Deputation für die Kohlensäure-Maschine nach dem Systeme der Firma L. A. Riedinger in Augsburg entschieden, welche in letzterer Zeit mehrfach mit bestem Erfolge praktisch zur Anwendung gebracht sei. Während die jährlichen Betriebskosten zu 6870 M. veranschlagt sind, wurde die Einnahme für verkaufttes Eis zu rund 8000 M. jährlich angenommen. Im Falle der Deckung der Betriebskosten durch den Eisverkauf brauchten mithin durch die Gebühren für Benützung der Zellen — in jedem Geschosse sind deren 91 von verschiedener Größe vorgesehen — nur die Summen für Verzinsung und Amortisation des Anlagecapitals, sowie die Unterhaltungskosten aufgebracht zu werden, welche indessen theilweise auch unbedenklich aus etwaigen, beim Betriebe des Schlachthauses erzielten Ueberschüssen würden gedeckt werden können. Die nähere Feststellung der Benützungsbedingungen des Kühlhauses, ebenso wie die Feststellung der Bedin-

gungen, unter denen die Stadt das Anlagecapital dem Schlachthause zur Verfügung stellen will, soll einer späteren Beschlußfassung vorbehalten bleiben. Die Frage, ob die Anlegung eines zweiten Brunnens zur Eisgewinnung erforderlich werden wird, läßt sich erst dann entscheiden, wenn durch Versuche festgestellt ist, daß der jetzige Brunnen für die ganze Schlachthausanlage (den Kühlhausbetrieb eingeschlossen) nicht genügt. Die Entscheidung hierüber, wie auch über einige andere Einzelheiten von untergeordneter Bedeutung bittet der Magistrat, ihm im Einvernehmen mit der Schlachthaus-Deputation zu überlassen. Die zur Ausführung der Kühlhausanlage geforderte Summe von 390 000 M. setzt sich im Wesentlichen wie folgt zusammen: Baulichkeiten 195 000 M.; 2 Dampfkessel, Cornwallsystem, nebst Speisevorrichtung zc. 18 200 M.; Kohlen säure-, Eis- und Kühlmaschine, Compound-Dampfmaschine und Zubehör 82 490 M.; Lederriemen 1200 M.; Dampfsammler, Dampfleitungen zc. 1500 M.; Montage, Rollgeld zc. 6000 M.; eiserne Wände zc. 28 000 M.; Hafengerüste zc. 10 000 M.; Brunnen 8000 M.; Fahrstraße zum Kühlhause zc. 8500 M.; Pflanze 4800 M.; Entwässerungsanlage 2000 M.; Eisenbahngleis 8000 M. Der Rest besteht aus einer Anzahl kleinerer Ausgaben. Nach Genehmigung der Vorlage soll mit dem Bau des Hauptgebäudes sofort begonnen werden, damit die neue Anlage im nächsten Sommer in Benutzung genommen werden kann.

Wie Herr Lübbecke ausführt, wird die Vorlage von der Finanzcommission zur Annahme empfohlen und in Betreff der Maschinen der Wunsch ausgesprochen, daß möglichst viele derselben an hiesige Fabriken vergeben werden möchten. Es handle sich hier allerdings um eine sehr spezifische Einrichtung, bei welcher namentlich ein Kessel und die Kohlen säure-Maschine in Anwendung gebracht werden sollen, die unter Patentschutz stehen und deshalb hier nicht gemacht werden können, wogegen sich die Dampfmaschine hier fertigen lasse. Wenn man nun auch den Wunsch hege, die ganze Anlage in eine Hand zu geben, so theile doch die Commission die Ansicht, daß bei Sicherstellung ebenso guter Ausführung eine hiesige Fabrik bei der Vergabung mit Berücksichtigung finden möchte und habe auch die Firma G. Luther bereits einen dahingehenden Antrag gestellt. Dazu komme noch, daß nach einem vorliegenden Gutachten des öffentlichen chemischen Laboratoriums der Herren Frühling & Schulz das dort gefundene Wasser in 100 000 Theilen einen Gesamtrückstand von 54 Theilen enthalte, wovon 23 Theile schwefelsaurer Kalk und 21,55 Theile kohlen saurer Kalk seien. Da es sich bei diesen Rückständen um kesselfsteinbildende Substanzen handle, so erachte es die Commission für nöthig, eine in dem Anschlag noch nicht vorgesehene Wasserreinigungsmaschine von der Firma Dehne in Halle a. S. zu beschaffen und hierfür noch 2000 M. aufzuwenden. Wenn nun auch die Finanzcommission in ihrer Mehrheit für die Ausführung des Kühlhauses eingetreten sei, so habe er sich doch persönlich dieser Ansicht nicht anschließen

können, da eine ausreichende Verzinsung und Amortisation der Anlage nicht anzunehmen sei. Abgesehen davon, daß selbst die Höhe der Betriebskosten noch nicht feststehe und sich die Einnahme aus dem Verkaufe des Reineises noch nicht übersehen lasse, so könne er doch auch nicht finden, daß die Stadt eine solche Annehmlichkeit ohne vorliegende Nothwendigkeit zu schaffen habe. Das Kühlhaus biete eine große Annehmlichkeit, aber nur für eine ganz bestimmte Berufsclasse, von welcher sich sogar ein Theil, nämlich die größeren Schlächter, ablehnend dagegen verhalten solle. Ueber den technischen Theil der Anlage werde Herr Stadtbaumeister Osterloh berichten.

Herr Stadtbaumeister Osterloh: Als an die städtische Bauverwaltung die Aufgabe herangetreten sei, ein Project für ein zu errichtendes Kühlhaus aufzustellen, habe es sich zunächst um Feststellung des Bauprogrammes gehandelt. Nach den Angaben des ehemaligen Schlachthaus-Directors Rudolf habe müssen die Größe des Kühlhauses zu etwa 700 qm angenommen werden, wenn dasselbe den vorliegenden Bedürfnisse entsprechen solle; auch sei auf eine Erweiterungsfähigkeit der Anlage Rücksicht zu nehmen gewesen, da eine Vergrößerung derselben sich doch nach einer Reihe von Jahren als nothwendig herausstellen werde. Aus letzterem Grunde sei geplant, das eigentliche Kühlhaus in zwei Geschossen herzustellen, wovon das eine sofort und das andere erst bei eintretendem Bedarf ausgerüstet werden solle. Das zunächst zu Kühlzwecken nicht zu verwendende Geschoss würde vorerst zur Aufbewahrung von Vorräthen, wie Heu, Stroh, Eis etc., dienen können. Die fernere Frage, ob bei der Anlage auch auf die Fabrication von Kunsteis Bedacht genommen werden solle, sei dahin bejaht, daß täglich etwa 150 Centner Kunsteis herzustellen seien. Außer dem eigentlichen Kühlraume sei auch noch ein Vorkühlraum von etwa 150 qm Grundfläche gefordert, um das aus den Schlachthallen in den Kühlraum zu schaffende Fleisch vorher auf eine gewisse Temperatur abzukühlen. Das Maschinenhaus und dessen Nebenräume würden gleich in solchen Abmessungen herzustellen sein, daß die für eine spätere Erweiterung der Kühlhausanlage noch erforderlichen Maschinen und Apparate daselbst untergebracht werden können, und daß dort auch noch event. eine kleine elektrische Maschine Platz finde. Da die vorhandene Kesselanlage an manchen Schlachttagen kaum ausreiche, so seien die neuen Kessel in solcher Größe projectirt, daß sie nicht allein das Kühlhaus versorgen, sondern auch noch den für das Schlachthaus erforderlichen Dampf abgeben können. Aus diesem Grunde habe man zwei Kessel von je 90 qm Heizfläche vorgesehen, während die jetzigen beiden Kessel eine Heizfläche von je 25 qm besäßen. Mit einem der neuen Kessel werde man voraussichtlich sowohl das Kühlhaus, als auch das Schlachthaus mit Dampf versorgen können, so daß der zweite gleich große Kessel als Reservekessel dienen könne. Die jetzige Kesselanlage sei alsdann überflüssig und könne das vorhandene Kesselhaus zu anderen Zwecken Ver-

wendung finden. Von besonderer Wichtigkeit erscheine die Lage des Kühlhauses. Am zweckmäßigsten würde letzteres dicht an die Schlachthalle für Großvieh gesetzt. Es sei dieses jedoch unter den vorliegenden Verhältnissen nicht möglich, da sonst eine Beseitigung der Schweine-Schlachthalle erforderlich wäre, und müsse man sich damit begnügen, das Kühlhaus so zu stellen, daß es von der Großvieh-Schlachthalle möglichst leicht erreicht werden könne. Es sei nun, wie der ausgehängte Lageplan ersehen lasse, das an der Südseite des Schlachthofes belegene Terrain für die Kühlhausanlage in Aussicht genommen. Allerdings würde es zur Gewinnung einer genügend breiten Anfahrt erforderlich sein, die an der Südseite des Schlachthofes belegene Miststätte und die Aborte zu beseitigen und an anderer Stelle wieder aufzubauen. Ebenso müsse man im Interesse eines geregelten Wagenverkehrs, wie im Lageplan angedeutet, einen Wagenschuppen versehen, damit die Wagen durch das Hauptthor einfahren und an der Kopfseite des Kühlhauses vorbei nach dem Ausgange zurückfahren können. Der Fahrweg sei so breit bemessen, daß zwei Wagen bequem nebeneinander Platz finden; zu beiden Seiten desselben seien noch Fußsteige angenommen. Da das Fleisch Morgens immer zu der gleichen Zeit abgefahren werde, so sei die hier zu ermöglichende Ausdehnung der Fahrstraße bezw. des Platzes vor dem Kühlhause von großem Vortheil. Die Tiefe des vorhandenen Terrains sei so groß, daß von demselben noch ein 25 m breiter Streifen, welcher an die verlängerte Nordstraße zu liegen komme, veräußert werden könne. Die Lage des Kühlhauses auf dem vorgeschlagenen Terrain erscheine auch insofern zweckmäßig, als die Kohlen zur Kesselfeuerung leicht auf einem Gleise von der Landesbahn überführt werden können.

In Bezug auf die constructive Ausbildung des Kühlhauses sei Folgendes zu erwähnen. Es existiren Kühlhallen, die unter der Erde liegen, wie in Wiesbaden, Frankfurt a. M. u. s. w., ferner solche, die zu ebener Erde liegen, wie in Erfurt, Dortmund, Bremen, und endlich zweigeschoffige Kühlhallen, wie in Hannover, Halle, Leipzig u. s. w. Am zweckmäßigsten sei unter den letztgedachten Anlagen diejenige zu Halle a. S. eingerichtet, indem man die untere Halle um die Hälfte ihrer Höhe in den Erdboden versenkt und dadurch die Anzahl der Stufen nach dem oberen Raume auf die Hälfte vermindert habe und empfehle es sich, eine derartige Anordnung auch für die hier geplante Anlage ins Auge zu fassen. Vor dem eigentlichen Kühlhause müßte sodann eine entsprechend große Vorkühlhalle mit den erforderlichen Vorräumen liegen, damit die Außenluft nicht ohne Weiteres in die Kühlhalle gelangen könne. Die einzelnen Eingänge werden durch Doppelthüren und theilweise noch durch Stoffvorhänge geschlossen, um auch so den Zutritt der Außenluft möglichst zu erschweren. Was die Höhe der Kühlhallen anlange, so empfehle es sich nach den seither gesammelten Erfahrungen, eine solche von 3—3½ m anzunehmen, da bei größeren Höhenmaßen unnütz viele Luft zu kühlen sei, indem das

Fleisch doch höchstens bis zu 2,7 m hoch aufgehängt werde. Zur Erhellung der Kühlhallen dienen theilweise, wie z. B. in Hannover, Fenster in der Außenwand mit dreifacher Verglasung, theilweise aber, wie in Halle a. S., Oberlichte. Die letztere Einrichtung scheine ihm die bessere zu sein, auch die untere Halle sei dort genügend hell erleuchtet, indem der Fußboden des oberen Geschosses zum Theil aus Glasplatten bestehe. Die Umfassungsmauern habe man mit zwei Isolirschichten vorgesehen, damit die äußere Wärme nicht einwirken könne; die Fußböden und Gewölbe würden aus Beton herzurichten sein. Geeignete flache Rinnen seien zur Ableitung des Schmutz- und Spülwassers anzulegen. Das Dach könne zweckmäßigerweise als Holzcementdach hergerichtet werden. Ueber den Gewölben der oberen Halle würde alsdann noch zum Schutze gegen die Einwirkung der Wärme eine $\frac{1}{2}$ m hohe Torfschüttung aufzubringen sein. Die innere Einrichtung zur Herstellung der einzelnen Zellen lasse sich durch leichte Eisengestelle, deren Wandungen durch Drahtgeflechte ausgefüllt werden, bewerkstelligen. Jede Zelle werde durch eine Schiebethür mit Vorhängeschloß geschlossen. — Redner geht sodann über zu einer näheren Beschreibung der verschiedenen Systeme der Luftkühlung und der hierzu erforderlichen maschinellen Einrichtungen. Für die hier zu erbauende Kühlhalle habe man nach dem Systeme von L. A. Riedinger in Augsburg eine Kühlung mittels Rohrschlangen, in welchen eine kalte Salzlösung circulire, in Aussicht genommen. Die Rohrschlangen liegen in besonderen Kühlkammern, durch welche die Luft aus der Kühlhalle mittels Ventilatoren hindurchgetrieben werde, um gekühlt, gereinigt und getrocknet in die Halle zurückzugelangen. Eine besondere Eigenheit dieses Systems liege in der Anwendung von Vorkühlapparaten, wodurch zugleich der gesammte Luftinhalt der Halle allstündlich durch frische Luft ersetzt werde. Nachdem darauf noch die verschiedenen Arten der Kälteerzeugungs-maschinen, namentlich die Ammoniak- und Kohlensäure-Kältemaschinen, sowie deren Einrichtung und Thätigkeit eingehend geschildert waren, hebt Redner hervor, daß der erforderliche Kraftaufwand und die Menge des Kühlwassers sich wesentlich nach der Temperatur des zu Gebote stehenden Wassers richte, denn je höher die Temperatur des Wassers, desto größer sei auch der Kraftverbrauch.

Da nun das Wasser der städtischen Leitung ziemlich warm sei, so müßte auf die Anlage eines größeren Brunnens Bedacht genommen werden, indem der dort vorhandene Brunnen zu weit abliege und auch nicht zugleich für die Zwecke des Schlachthauses ausreichen werde. Bezüglich der Gründe, welche zu der Wahl der Kohlensäurekühlmaschine an Stelle der Ammoniakkühlmaschine geführt haben, sei zu erwähnen, daß der Compressor der ersteren einen weit kleineren Arbeitsraum besitze als derjenige der Ammoniakkältemaschine. Der höhere Druck in diesen Maschinen biete keine Gefahr, denn jede Maschine werde auf 250 Atmosphären geprüft; außerdem sei zu berücksichtigen, daß Flaschen mit flüssiger Kohlensäure, in denen

ein Druck von 50 bis 60 Atmosphären herrsche, bei jeder Bierwirthschaft und Selterwasserfabrik in Gebrauch seien. Bei der Kohlensäuremaschine sei ferner auch die bessere Ausnutzung des Kühlwassers, sowie die Wiederverwendbarkeit des Wassers zu berücksichtigen, indem eine Verunreinigung desselben wie bei der Ammoniakkältemaschine ausgeschlossen sei. Außerdem komme auch die Billigkeit der Kohlensäure im Vergleich mit Ammoniak in Betracht, wodurch die Betriebskosten sich günstiger gestalten. Sodann sei auch noch die Ungefährlichkeit der Kohlensäure bei etwaigen Rohrbrüchen oder Undichtigkeiten zu erwähnen. In Halle a. S., dessen Kühlhaus Ammoniak-Kältemaschinen erhalten habe, sei sechs Wochen nach Eröffnung des Betriebes eine Rohrdichtung fortgeschleudert und das Ammoniak in das Maschinenhaus eingedrungen, wodurch die Bediensteten in große Gefahr gerathen seien. Bei etwaiger Undichtigkeit der Rohre mache sich die Kohlensäure auch viel leichter bemerklich als das Ammoniak, indem dann in dem Condensator oder Refrigerator Blasen aufsteigen, während das Ammoniak von dem Wasser dieser Apparate aufgenommen würde. Ebenso sei die bei Ammoniak herbeigeführte Verunreinigung der Rohrschlangen durch Schmieröl zu erwähnen. Endlich sei die Kohlensäure für die Metalle vollständig ungefährlich, wogegen Ammoniak und schweflige Säure die Cylinder des Compressors u. angreifen; auch könne man noch die leichtere und ungefährlichere Füllung der Maschine zu Gunsten der Kohlensäure erwähnen. Zum Schluß gab Redner an der Hand der Pläne eine kurze Beschreibung der hier vorgeschlagenen Maschinen und Apparate und erwähnte noch, daß sich die ganze Anlage auch drehen lasse, so daß dann das Kesselhaus eine bezüglich der Abgabe von Dampf für Schlachthauszwecke günstigere Lage erhalte.

Herr Lange stimmt dem Gutachten hinsichtlich der großen Bedeutung der Kühlhäuser in gesundheitlicher und wirthschaftlicher Beziehung vollkommen bei und muß sich nur wundern, daß der Herr Referent hierüber anderer Ansicht sei. Wenn man sich die Kühlhäuser in anderen Städten einmal angesehen habe, dann könne man über deren großen Nutzen gar nicht zweifelhaft sein, dann werde Einem auch klar, daß dieselben nicht nur eine Annehmlichkeit für eine gewisse Anzahl von Leuten, sondern eine Nothwendigkeit für das große Publicum seien. Wenn sich eine Anzahl hiesiger Schlachter gegen die Anlage ausgesprochen habe, so sei das auch anderwärts vorgekommen, das Vorurtheil werde sich auch hier legen, nachdem man die Vorzüge der Kühlhäuser habe einsehen müssen; wenn man das Publicum in den verschiedenen Städten mit Kühlhäusern höre und von diesem erfahre, daß es solches Fleisch vor Anlegung des Kühlhauses nie gekannt habe, so sei man gezwungen, einer derartigen Anlage zuzustimmen. Darum trete er für die vollständige und baldige Einrichtung einer Kühlhausanlage ein. Dagegen habe er an dem vorliegenden Projecte nach Befichtigung der Kühlhäuser in Halle a. S., Magdeburg und Hannover noch Manches auszusetzen und müßte den dem Projecte

anhaftenden Mängeln abgeholfen werden, ehe die endgiltige Ausführung der Anlage beschlossen werde. Von der finanziellen Seite wolle er hierbei ebenso, wie von der Erwägung absehen, ob es vortheilhaft sei, eine Eisfabrication einzurichten, obwohl er auch hierbei verschiedene Abweichungen gegen die aufgestellten Berechnungen, namentlich hinsichtlich des zu fabricirenden Eisquantums, vorbringen könne. Auch gehe er über die Frage weg, ob bei 91 Ständen à 10 qm und einem auswärts üblichen jährlichen Miethzinse von 25 M pro qm die Verzinsung und Amortisation des Anlagecapitals gedeckt werden könne, da es ihm bei der Anlage nicht auf einen Verdienst, sondern auf die Deckung eines großen Bedürfnisses ankomme. Die Anlage eines zweiten Brunnens halte er für nothwendig, weil der jetzige Brunnen kaum das Wasser für den jetzigen Betrieb liefere, jedoch würde er es gern gesehen haben, wenn schon entsprechende Bohrversuche gemacht wären, damit man zu übersehen vermöge, ob Wasser in genügender Menge und Beschaffenheit vorhanden sei. Wenn ihm auch der vorliegende Kostenanschlag, was die Bausumme anbelange, etwas hoch erscheine, so wolle er doch darüber weggehen und sich mit dem Magistrate der Hoffnung hingeben, daß noch manche Summe gespart werden könne. Was die Maschine und die Kessel anlange, so sei er dafür, daß die Kessel und die Dampfmaschine von hiesigen Fabriken gefertigt werden. Wenn dem gegenüber gesagt werde, die hier gefertigten Kessel arbeiten nicht so gut wie die auswärts gefertigten patentirten Kessel, so sei das nicht richtig, denn man brauche dieselben nur ein wenig größer zu machen, um ein gleiches Resultat zu erzielen. Ebenso verhalte es sich mit der Dampfmaschine, welche ebenfalls hier gefertigt werden könne und liege ein entsprechendes Angebot von der Firma G. Luther vor. Die Einrichtung der Zellen lasse sich auch hierorts herstellen, man brauche nur den Schlossern ein Muster zu geben, um die Zellen genau nach Wunsch zu erhalten.

Was nun die seiner Ansicht nach dem Projecte anhaftenden Mängel anbelange, so bemerke er Folgendes: Wenn ein besonderes Gewicht darauf gelegt werde, daß es vortheilhafter sei, die zweigeschoßige Kühlhalle so anzulegen, daß das Untergeschoß eine halbe Etage in die Erde hineinzuliegen komme, um den Aufstieg nach dem Obergeschoße etwas zu erleichtern, so könne er dem nicht zustimmen. In Magdeburg sei eine ganze Etage versenkt, während in Hannover beide Geschoße über der Erde und in Halle a. S. so wie hier projectirt liegen. In Hannover habe er sich nun aber überzeugt, daß die Leute mit der größten Leichtigkeit die Treppe hinaufgelaufen seien und geäußert haben, es sei ihnen einerlei, ob sie einige Stufen mehr steigen, wenn sie erst das Fleisch auf dem Rücken haben. In Magdeburg sei in dem Untergeschoße die Luft nur mäßig gewesen — obwohl sich dasselbe ebenso wie in Halle nicht einmal im Betriebe befunden habe — und in Halle a. S., woselbst sich in dem Untergeschoße eine schauerhafte Luft vorgefunden habe, sei er sogar vor der Anlegung eines Kellergeschoßes direkt gewarnt

worden, während in Hannover sich in beiden Geschossen nur gute Luft vorgefunden habe, obwohl die Einrichtung seit 10 Jahren im Betriebe gewesen sei. Darum müsse er sich gegen eine theilweise Versenkung des Gebäudes aussprechen. Ebenso müsse er vor der Anlegung von Gleisen und der Beschaffung von Transportwagen warnen, weil bei Benutzung derselben die Leute sich gegenseitig umfahren würden. Einen Hauptübelstand erblicke er darin, daß alles Fleisch durch die Vorkühllhalle hin- und zurücktransportirt werden müsse. Man denke sich, daß 50 Stück Großvieh, sowie 400 Schweine ohne das sonstige Kleinvieh täglich in der Zeit von 4—6 Uhr Morgens, 11—12 Uhr Mittags und 5—7 Uhr Abends hinein- und wieder herausgetragen werden sollen durch die Vorkühllhalle, in welcher schon Großvieh hänge — das sei eben nicht möglich. Bei anderen Kühllhallen habe man für die Kühllhalle selbst besondere Ein- und Ausgänge ohne Berührung der Vorkühllhalle vorgefunden. Wenn man die auswärtigen Kühllhallen sich wirklich genau im Betriebe ansehe, so werde man finden, daß die hier geplante Einrichtung unpraktisch sei, und man müsse nach den Ausführungen des Herrn Stadtbaumeisters Osterloh annehmen, daß die Kühllhäuser nicht im Betriebe gewesen seien, als die Commission sie besichtigt habe.

Was die Kohlensäuremaschinenanlage betreffe, so sei er im Princip nur dann für diese Einrichtung, wenn die betr. Fabrik eine langjährige Garantie für die Leistungsfähigkeit und Betriebssicherheit der Maschine übernehme, da die Sache zu neu sei und man nicht experimentiren dürfe mit solchen Dingen. In Magdeburg, Hannover und Halle habe man die Ammoniakereinrichtung beibehalten, weil sich dieselbe bewährt habe und man dort nicht geneigt gewesen sei, die Verantwortlichkeit für die Einrichtung mit Kohlensäure zu übernehmen. Da nun noch ganz neue Anlagen mit Ammoniak eingerichtet werden, so sehe er nicht ein, weshalb hier mit einem Male zur Kohlensäure übergegangen werden solle, wenigstens nicht, ohne daß die größten Garantien geboten würden. Die hier geschilderten Uebelstände bezüglich des Ammoniaks habe er nirgends bestätigt gefunden, und sei auch der aus Halle erwähnte Fall viel harmloser verlaufen, als ihn der Herr Stadtbaumeister geschildert habe.

Aus allen diesen Gründen könne er nicht empfehlen, die Vorlage ohne Weiteres anzunehmen, sondern er wolle vorschlagen, den Kühllhausbau im Principe zu genehmigen, das vorliegende Project aber an den Magistrat zurückzugeben mit dem Ersuchen, dasselbe nochmals unter Zuziehung der um zwei Stadtverordnete zu verstärkenden Schlachthaus-Deputation eingehend zu prüfen und sodann der Versammlung eine neue Vorlage zu machen.

Herr Hauswaldt möchte bitten, den ganzen Antrag des Magistrates pure abzulehnen, da er nach den ihm zugegangenen Informationen und auf Grund der Lange'schen Ausführungen es für seine Pflicht halte, die Vorlage zurückzuweisen. Wenn Herr Lange von einer Beurtheilung der finanziellen Lage abgesehen habe,

so müsse er dem gegenüber bemerken, daß dieses für ihn die Hauptsache sei und daß gerade mit Rücksicht auf die städtischen Finanzen ihm die Vorlage unannehmbar erscheine. Die Anlage eines Kühlhauses sei nichts als eine große Annehmlichkeit, aber durchaus keine Nothwendigkeit, denn sonst würden die städtischen Behörden seitens der Schlachter schon mit Anträgen überschüttet sein. Unter den Schlachtern bestehe nicht einmal eine besondere Neigung zu der Sache und so weit könne die Stadt unmöglich gehen, die hiesigen Schlachter zwingen zu wollen, eine vielleicht ganz interessante und schöne Einrichtung für ihr Gewerbe zu benutzen. Die vorliegenden Berechnungen namentlich über den Eisumsatz seien unzutreffend, da vielleicht nur der zehnte Theil des angenommenen Umsatzes werde erzielt werden und man auch außerdem hiesigen Bürgern Concurrenz mache. Da nun ferner die kleineren Schlachter die angelegten Tagen für Benutzung der Kühlhalle kaum werden erschwingen können, so sei zu befürchten, daß eine Anlage geschaffen werde, welche noch Zuschüsse erfordere und davor müsse man sich hüten. Die Neuheit der Anlage, die Unsicherheit in der Erfahrung, die Abgeneigtheit der Schlachter in Verbindung mit der Thatsache, daß die Kühlhausapparate sich noch im Stadium der Versuche befinden, endlich aber die noch nicht feststehende Nothwendigkeit solcher Anlage lassen es dringend erforderlich erscheinen, mit der Ausführung des Projectes noch einige Jahre zu warten. Wenn die Ueberschüsse des Schlachthauses hinreichen, um die Anlage zu beschaffen, so könne man vielleicht mit dem Baue vorgehen, ohne die Stadt zu belasten und das Fleisch theurer zu machen; aber jetzt ein zweites Röckner-Rothe'sches Verfahren einzurichten, um hinterher einzusehen, daß die Anlage unpraktisch sei, könne er sich nicht entschließen. Darum bitte er, die Vorlage für jetzt einfach abzulehnen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn Herr Hauswaldt wesentliche Bedenken gegen die Vorlage aus einem Hinweise auf die finanzielle Lage der Stadt herleite, so sei dem gegenüber zu erwidern, daß die Stadtcasse hierbei gar nicht in Betracht komme. Die Tilgung und die Verzinsung der Anlagekosten, sowie die Deckung der Betriebskosten werde allein der Schlachthaus-Verwaltung zur Last gelegt, so daß die Steuerzahler dabei absolut außer Betracht bleiben. Möglich, aber höchst unwahrscheinlich sei es allerdings, daß eine indirecte Wertheuerung der Fleischpreise durch die Anlage würde herbeigeführt werden können. Die Angabe des Herrn Hauswaldt, daß aus den theilhaftigen Kreisen ein Antrag auf Errichtung eines Kühlhauses nicht vorliege, sei unzutreffend, denn die Schlachterinnung habe schon vor Jahren den Magistrat aufgefordert, Vorbereitungen zu treffen, um die Einrichtung eines Kühlhauses, welche als eine Nothwendigkeit anerkannt werde, möglichst zu fördern. Was die Berechnung des Gewinnes aus dem Verkaufe von Eis anlange, so sei zu bemerken, daß der Magistrat nicht daran gedacht habe, eine freie Verkaufsstelle von Eis einzurichten, sondern dieses nur den theilhaftigen

Schlachtern abgegeben werden solle. Wenn Herr Lange technische Einwendungen gegen die Vorlage zu machen habe, so sei nichts gegen eine Zurückweisung derselben an den Magistrat zu erinnern, nur empfehle es sich dringend, heute wenigstens im Principe zu beschließen, ob ein Kühlhaus errichtet werden solle. Was dann die weitere Behandlung der Sache anlange, so würde es zweckmäßig erscheinen, nicht nach dem Vorschlage des Herrn Lange zu verfahren, sondern lieber den Magistrat zu ersuchen, die Vorlage nochmals durch eine Deputation, bestehend aus einem Magistratsmitgliede und zwei Stadtverordneten, durchprüfen zu lassen.

Herr Weber kann die bezüglich der Eisgewinnung aufgestellte Berechnung nicht für richtig halten, da nach den in Hannover gesammelten Erfahrungen solche Anlage sich bei einer täglichen Production von 150—250 Etr. und einem Verkaufspreise von 50 \mathcal{M} pro Etr. wohl rentire, im anderen Falle aber nicht. Außerdem werde dort nur auf Bestellung Eis fabricirt. Im Uebrigen schließe er sich den Ausführungen des Herrn Lange namentlich auch hinsichtlich der Kohlensäureeinrichtung an. So viel er erfahren habe, solle die Luft in dem Kühlhause zu Dresden, welches doch Kohlensäure verwende, ziemlich mangelhaft sein, wenn er dieses auch mehr dem Umstande zuschreibe, daß dort die Kühlhalle tief gelegt sei und in Folge dessen dumpfige Kellerluft habe. Darum erscheine es ihm vortheilhafter, die Halle nicht theilweise zu versenken. Es müsse ihn aber Wunder nehmen, daß sich in der Versammlung noch Gegner solcher Kühlhausanlagen finden. Wer sich solche Anlagen auswärts angesehen und das Urtheil des Publicums und der Schlachter darüber gehört habe, der müsse der Ausführung der Anlage zustimmen. Diejenigen hiesigen Schlachter, welche heute dem Projecte noch feindlich gegenüberstehen, werden entschieden schon nach kurzer Zeit Freunde desselben werden. Außerdem lasse sich der Preis für die kleineren Zellen wohl auf 100 \mathcal{M} ermäßigen, welchen Betrag jeder Schlachter zahlen könne. Die Güte des jung geschlachteten Fleisches werde durch die Benutzung des Kühlhauses erheblich gesteigert, so daß die Einrichtung bald volle Würdigung finden werde. Er bitte darum, für die Erbauung des Kühlhauses zu stimmen, denn man werde mit der Einrichtung desselben den Schlachtern sowohl, als namentlich den Mitbürgern in jeder Weise einen erheblichen Vortheil stiften. Wenn man dann noch einen Kochapparat einrichte, um das minderwerthige Fleisch nicht nur zu stempeln, so leiste man hierdurch dem Publicum noch einen weiteren großen Dienst. Seinem Bedauern möchte er schließlich noch darüber Ausdruck geben, daß den Stadtverordneten von der Abreise der Commission keine Mittheilung gemacht sei, da sich doch wohl der eine oder andere Stadtverordnete bereitfinde, die Commission auf seine Kosten zu begleiten, um sich mit über die Einrichtung auswärtiger Anlagen zu unterrichten.

Herr Stadtbaumeister Osterloh: Nach den Darlegungen des Herrn Lange müsse es den Anschein gewinnen, als ob die Commission auf ihrer Informations-

reise geschlafen und die auswärtigen Einrichtungen nicht auf ihre Zweckmäßigkeit angesehen habe. Das treffe ebensowenig zu, wie die Ausführungen des Herrn Lange über das vorliegende Bauproject. Was zunächst die Unzulänglichkeit der Ausgänge anlange, so sei zu bemerken, daß letztere verhältnismäßig in ebenso großer Ausdehnung wie in Magdeburg vorgesehen seien. Wenn Herr Lange behaupte, man müsse durch dieselbe eine Thür zur Kühlhalle hinein- und auch wieder herausgehen, so habe er sich den Plan gar nicht ordentlich angesehen. Ebenso wie sich vor dem Vorkühlraume eine Vorhalle mit doppelseitigen Ausgangsthüren befinde, so haben auch die Fleischträger auf den Treppen zwei durch Gitter getrennte Gänge. Da nun jeder Gang 1,75 m breit projectirt sei, so könne von einer Collision gar keine Rede sein, und werde der Fleischtransport so bequem wie nur möglich geschehen können. Für die Einbringung des Fleisches aus der Schlachthalle sei ein besonderes Thor vorgesehen. Noch weitere Eingänge anzulegen, würde geradezu verkehrt sein, weil durch zu viele Eingänge die Luft einer zu erheblichen Erwärmung ausgesetzt und es überhaupt Princip sei, an einer Kühlhalle so wenig wie möglich Oeffnungen anzubringen. Bezüglich der Einwendungen gegen die halbversenkte Lage des unteren Geschosses der Kühlhalle erwidere er, daß bei richtiger Ausführung der Kühlanlage von Kellerluft keine Rede sein könne. Eine zu ebener Erde liegende Halle müsse einer solchen, die erst durch eine Anzahl Stufen zu erreichen sei, entschieden vorgezogen werden; sofern man aber auf eine spätere Erweiterung Rücksicht zu nehmen habe, sei solche kleine Unbequemlichkeit nicht zu umgehen. Die von Herrn Lange erwähnte Kühlhalle in Hannover befinde sich nicht seit zehn Jahren, sondern als solche erst seit $1\frac{1}{2}$ Jahren im Betriebe, so daß die hieran geknüpften Folgerungen nicht zutreffen. Daß die Schlachter dort lieber oben hingehen als unten, erkläre sich leicht aus den dortigen Einrichtungen; wenn man nur den unteren Raum ordentlich beleuchten wolle, dann werde sich das schon ändern. In Magdeburg habe man bei dem Bau des Kühlhauses auf eine Erweiterung gar keine Rücksicht genommen, sondern nur zu ebener Erde eine Halle erbaut, während man hier noch ein zweites Geschoss zur Verfügung habe. Vollständig gleichgültig sei es, ob die Schlachter das Fleisch mit einem Wagen fahren oder tragen wollen, denn wer die Wagen nicht benutzen wolle, möge sie stehen lassen. Eine künstliche Beleuchtung der Halle zur Tageszeit sei unnöthig, weil dieselbe genügendes Licht erhalte. Hinsichtlich der maschinellen Anlagen wolle er noch bemerken, daß die Riebingerschen Maschinen bereits zu Hunderten vorhanden seien. Professor Schöttler habe sich ebenfalls für die Kohlensäure-Kältemaschinen ausgesprochen.

Der Herr Vorsitzende ersucht, die weitere Besprechung der Vorlage dahin einzuschränken, ob der Bau eines Kühlhauses im Princip beschloffen werden solle oder nicht, da es wahrscheinlich sei, daß der Antrag Lange, nachdem der Herr

Oberbürgermeister Pockels Einwendungen gegen denselben nicht erhoben habe, zur Annahme gelange und eine specielle Besprechung dann für jetzt nutzlos sei.

Herr Wollenweber tritt für den Bau eines Kühlhauses auch vom Standpunkte des Fachmannes aus ein. Die Fleischerinnung habe schon seit dem Jahre 1887 für solchen Bau petitionirt und es sei nur zu bedauern, daß die Halle nicht gleichzeitig mit dem Schlachthause errichtet sei, weil sie dann praktischer und billiger hätte hergestellt werden können. Ein Kühlhaus erscheine ihm nothwendig zu sanitären Zwecken und auch im Interesse der Schlachter, denn ein richtig abgekühltes Fleisch sei der Gesundheit entschieden zuträglicher, als matschiges Fleisch, wie man es im Sommer leider häufig habe. Wenn man jetzt abgekühltes Fleisch erhalte, so sei die Abkühlung durch Eis erfolgt und hierdurch dem Fleische Nährstoff entzogen. Auch die größeren Schlachter, welche eine Zeitlang dem Projecte nicht günstig gewesen seien, haben ihre Meinung zu Gunsten des Kühlhauses geändert. Diejenigen Schlachter, welche jetzt nicht schon einen Kühlraum haben, seien bedauernswerth, da sie im Sommer großen Schaden erleiden. Aus diesen Gründen verstehe er nicht, daß noch Jemand gegen das Project sein könne, zumal da das Geld aufgebracht werde, ohne daß die Stadt dadurch Unkosten habe und da auch eine gute Benutzung des Kühlhauses zu erwarten stehe. Die nähere Einrichtung des Baues müßte doch wohl den Fachleuten überlassen werden und habe er nach den eingehenden Besprechungen in der Schlachthaus-Deputation die Ueberzeugung gewonnen, daß man mit der Kohlen säure das Richtige getroffen habe. Er empfehle dringend, für den Bau des Kühlhauses zu stimmen.

Herr Jüdel will bemerken, daß die Finanzcommission sich zu ihrem zustimmenden Votum nicht durch die aufgestellte Rentabilitätsberechnung, sondern namentlich mit durch die Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters habe bestimmen lassen, nach welcher die Anlage sich aus sich selbst erhalten und den Stadtfäckel nicht belasten werde. Da das Schlachthaus in den Jahren 1889—1891 Uberschüsse von bezw. 17 500 M, 20 000 M und 19 600 M erzielt habe, so könne dasselbe auch einen eventuellen Fehlbetrag aus der Kühlhausanlage mit decken. Die technische Frage habe die Finanzcommission nicht prüfen können und werde sie daher auch dem Antrage Lange zustimmen.

Herr Günther würde selbst dann für die Anlage stimmen, wenn die Stadt zu den Kosten derselben beizutragen hätte, weil es sich hier um große allgemeine Interessen handle und man dabei nicht einmal die Schlachter zu fragen brauche. Letztere haben sich z. B. auch gegen die Errichtung des Schlachthauses erklärt und trotzdem sei dasselbe gebaut. Der Commission möchte er empfehlen, die Kohlen säure-Einrichtung schon aus dem Grunde beizubehalten, weil dieselbe für die Arbeiter ungefährlicher sei und man auch hierauf Rücksicht zu nehmen habe.

Herr Blasius will hinsichtlich der gesundheitlichen Bedeutung der Kühlhäuser hervorheben, daß es nach der übereinstimmenden Ansicht der Hygieniker wenige Einrichtungen gebe, welche dem öffentlichen Interesse so dienen, wie die Canalisation, die gute Wasserversorgung und die Kühlhäuser. Letztere seien durchaus erforderlich, um dem Volke ein gesundes Nahrungsmittel in dem unverdorbenen Fleische zu liefern. Dagegen fallen alle anderen Bedenken weg und müsse er sich verwundern, daß bei solchen Verhältnissen sich noch Jemand im Principe gegen die Kühlhäuser aussprechen könne. Die Gegner der Anlage würden seiner Ansicht nach bald voll und ganz von der Nothwendigkeit der Kühlhäuser überzeugt sein. Gegen den Antrag Lange habe er nichts einzuwenden, nur möchte er bitten, die Sache nicht zu verzögern, denn die Anlage eines Kühlhauses sei von der Versammlung schon seit Jahren gewünscht. Die Errichtung desselben liege, was die Besserung der Volksernährung anbetreffe, in jeder Beziehung im öffentlichen Interesse. Ueber einzelne in der Besprechung hervorgehobene technische Punkte behalte er sich das Weitere für die Sitzungen der Schlachthaus-Deputation vor.

Nachdem sich noch Herr Löffig dahin ausgesprochen hatte, im Principe den Bau des Kühlhauses zu genehmigen und die innere Einrichtung einer späteren Beschlußfassung zu überlassen, wird die Besprechung nach einigen, die letztjährigen Ueberschüsse des Schlachthauses betreffenden Bemerkungen der Herren Löhbecke und Oberbürgermeister Pockels geschlossen.

Die Versammlung erklärt sich darauf mit dem Bau einer Kühlhalle im Princip einverstanden und stimmt dem Lange'schen Antrage weiter in der Richtung zu, daß die Vorlage nochmals an den Magistrat zurückverwiesen und dieser ersucht werde, sie durch eine aus einem Magistratsmitgliede und zwei Stadtverordneten bestehende Deputation, welche berechtigt sei, sich durch die Schlachthaus-Deputation zu verstärken, nochmals vorprüfen zu lassen.

In diese Deputation werden die Herren Lange und Weber durch Stimmzettel gewählt.

II. Aufschließung und Untersuchung von Quellwasser bei Mascherode.

Nach dem Berichte des Oberingenieurs Mitgau haben die Vorarbeiten zur Aufschließung und Zuführung von Quellwasser jetzt einen Abschluß insoweit erreicht, daß sie den geplanten Zweck, zunächst einen Theil des für Braunschweig erforderlichen Leitungswassers zu finden, erfüllt haben. Diese Untersuchungen bezogen sich vornehmlich auf die unterirdischen Wasserzuflüsse bei Mascherode und Melverode. Während die chemische Beschaffenheit des bei letzterem Orte gefundenen Wassers Veranlassung gab, die weiteren Untersuchungen an dieser Stelle aufzugeben, regten die bei Mascherode ausgeführten Versuche sowohl durch die Resultate in Bezug auf die Beschaffenheit des Wassers, als auch auf die Ergiebigkeit der

Quelle zur energischen Fortsetzung an und da die zur Beurtheilung der Zuflüsse nothwendigen geologischen Aufschlüsse fehlten, so mußten die Untersuchungen sich auch wesentlich nach dieser Richtung hin ausdehnen. Sowohl zu diesem Zwecke, als auch um den Einfluß der Pumpversuche im Hauptbrunnen auf die Umgebung, sowie auch um die Richtung der unterirdischen Strömung kennen zu lernen, mußte eine Menge Bohrlöcher bezw. Schächte niedergebracht werden. Es wurden dann die Pumpversuche im Hauptbrunnen mit zwei Locomobilen und Centrifugalpumpen so lange fortgesetzt, bis der Wasserspiegel im Brunnen einen Stillstand erreicht hatte und während einer längeren Zeit durch gleichmäßig fortgesetztes Pumpen nicht tiefer gesenkt werden konnte. Die hierdurch gewonnenen Aufschlüsse sind durchaus befriedigend und bestätigen die Erwartung, daß bei einer nicht allzugroßen Senkung des Wassereffels (ca. 4 m) und während einer dauernd äußerst trockenen Zeit an dieser Stelle eine Wassermenge von rund 3,5 cbm in der Minute, oder 5000 cbm im Tage dauernd gefördert werden könne, während in einer nassen Zeit dem Brunnen jedenfalls eine noch größere Menge zufließen werde. — Für diese jetzt abgeschlossenen Versuchsarbeiten war eine Summe von 15 000 M bewilligt. Davon sind bis jetzt etwa 12 700 M ausgegeben, jedoch stehen noch verschiedene Rechnungen von Bedeutung aus, sodaß sich die Gesamtausgaben auf ungefähr 23 000 M belaufen und demnach eine Nachforderung von 8000 M nöthig ist. Daraufhin ersucht der Magistrat, den am 19. März 1891 zu dem fraglichen Zwecke bewilligten Credit von 15 000 M um 8000 M zu verstärken und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß zur Vorprüfung der inzwischen vom Oberingenieur Mitgau eingereichten Vorschläge wegen Ausnutzung der Wasseraufschlüsse eine, aus einem Magistratsmitgliede und 3 Stadtverordneten bestehende Deputation niedergesetzt werde, auch eventuell zu solcher Deputation 3 Stadtverordnete zu wählen.

Herr Lange beantragt, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen und hat nur zu bemängeln, daß die Nachforderung einer so erheblichen Summe nicht früher geschehen sei, was allerdings seinen Grund darin haben möge, daß durch eine rechtzeitige Nachforderung möglicherweise die Arbeiten aufgehalten wären. Da im Uebrigen die angestellten Versuche dem an Herrn Mitgau bekannten vorsichtigen Vorgehen entsprechen, so empfehle es sich, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Hauswaldt fragt an, ob auch die beiden im Osten und Westen der Stadt liegenden Gödebrunnen in den Bereich der Untersuchung nach Quellwasser gezogen seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat diese Frage zu verneinen. Die Untersuchung habe nicht stattgefunden, weil schon im Jahre 1884 oder 1885 bei dem Auftauchen der gleichen Frage der verstorbene Professor Ottmer sich dahin geäußert

habe, daß dort ein genügendes Trinkwasser nicht zu finden sei und weil dieselbe Stellung zu der Frage auch der Nachfolger Dttmer's, Herr Professor Kloos, einnehme. Ueberhaupt seien alle Versuche, in der Stadt gutes und ausreichendes Grundwasser aufzuschließen, bislang erfolglos geblieben.

Herr Hauswaldt möchte empfehlen, trotzdem derartige Bohrversuche vorzunehmen, um möglicherweise den gesammten Wasserbedarf der Stadt aus in noch größerer Nähe gelegenen Quellen zu decken.

Herr Lange bittet dagegen, vorläufig von weiteren Bohrversuchen im Osten der Stadt abzusehen, da in Aussicht stehe, durch eine tiefere Sentung des Brunnens noch ein bedeutenderes Quantum Wasser zu erschließen. Man habe durch andere Bohrlöcher auch festgestellt, daß bei Mascherode eine gewisse Wasserscheide vorhanden sei, so daß man hoffen könne, ganz in der Nähe einen zweiten Brunnen zu erschließen und dann auf kürzestem Wege mit demselben Rohrstrange vielleicht den ganzen Wasserbedarf der Stadt zu decken. Wenn es wider Erwarten nicht gelingen sollte, das größere Quantum bei Mascherode zu finden, so könnten die von Herrn Hauswaldt empfohlenen Bohrversuche immer noch angestellt werden.

Herr F ü d e l will mittheilen, daß der Oberingenieur Mitgau vor zwei Jahren in der Gas- und Wasser-Deputation der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, das ganze Quantum Wasser bei Mascherode zu finden.

Herr Hauswaldt kann der Ansicht des Herrn Lange nicht beipflichten. Wenn man jetzt die Quelle bei Mascherode fließen sehe, so gehöre ein starker Glaube dazu, anzunehmen, daß aus derselben ein größeres Quantum Wasser solle gewonnen werden, da dieselbe sehr trübselig fließe. Nach seiner Auffassung sei die Gödebrunnenquelle am Stadtpark mächtiger, als die Mascheroder Quelle.

Herr M ü l l e r hat verschiedentlich vernommen, daß man glaube, die Mascheroder Quelle sei nicht so mächtig, wie Herr Oberingenieur Mitgau annehme. Wenn man auch wohl voraussetzen könne, daß bei der Bohrung fortwährend die richtige Aufsicht geherrscht habe, so müsse man doch dahingestellt sein lassen, ob die Zeit bei den Pumparbeiten immer voll und ganz ausgenutzt sei. Als einen Uebelstand habe er aber zu bezeichnen, daß mit den betreffenden Interessenten nicht schon vorher wegen der Abtretung des Grund und Bodens verhandelt sei, da dieselben hinterher immer gar hohe Forderungen zu stellen pflegen. In der Vorlage sei für die Gemeinde Mascherode eine Entschädigung von 10 000 M. und für Schrader eine solche von 15 000 M. vorgesehen, während beide Interessenten ganz andere Summen für die Wasserentziehung fordern sollen. Darum möchte er bitten, mit den Genannten schleunigst in Unterhandlung zu treten.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s erwidert, daß diese Befürchtungen nicht zu theilen seien, weil der Stadt das Expropriationsrecht zur Seite stehe. Der Oberingenieur Mitgau habe sogar unverhältnißmäßig hohe Entschädigungssummen an-

genommen, die auch nicht annähernd zu zahlen sein würden. Die Entscheidung der Frage, ob die Gemeinde Mascherode für die Entziehung des Wassers zu entschädigen sei, werde davon abhängen, ob man dem Orte überhaupt das Wasser entziehe. Es komme der Stadt auch vielleicht gar nicht darauf an, dem kleinen Orte Mascherode noch seinen gesammten Bedarf an Wasser abzugeben. Die Hauptsache bei der jetzigen Berathung sei, erst einmal zu entscheiden, ob die angestellten Versuche noch fortgesetzt werden sollen.

Herr G ü n t h e r erklärt sich für die Fortsetzung der Versuche und die Bewilligung der Mittel, weil schon lange das Streben der Stadt auf ein gutes Trinkwasser gerichtet sei. Ob dieses Ziel hier erreicht werde, erscheine ihm fraglich, aber Versuche müssen gemacht werden. Die hier geplante Vermischung des Quellwassers mit dem filtrirten Okerwasser empfehle sich seiner Ansicht nach gar nicht, denn dadurch erhalte die Stadt immer wieder gereinigtes Trinkwasser. Besser sei es, zu versuchen, ob die Stadt nicht vollständig mit gutem Quellwasser versorgt werden könne, denn dieses sei nichts Ganzes und nichts Halbes.

Herr Blasius giebt anheim, die geforderte Summe ohne weitere Bedenken zu bewilligen, da man bei Mascherode ein so ausgezeichnetes Trinkwasser gefunden habe, wie es wenige Städte besitzen und man daher die Gelegenheit beim Schopfe ergreifen müsse.

Herr Lange: Die Angaben des Herrn Oberingenieurs Mitgau seien im Allgemeinen als so zuverlässig bekannt, daß es nicht recht sei, Zweifel in dieselben zu setzen. Die Versuche seien unter der speciellen Controle des Herrn Mitgau gemacht und verdienen vollen Glauben, auch wenn wirklich die Pumpe einmal eine halbe Stunde stillgestanden habe. Er selbst habe sich Mühe gegeben, die Leute zu controliren und sei manchen Tag drei Mal nach Mascherode hinausgefahren, habe aber durchaus keine Veranlassung, den hier gemachten Angaben zu mißtrauen. Die Messung des ausgepumpten Wassers habe nach verschiedenen Methoden stattgefunden und sei das gewonnene Resultat als zuverlässig zu bezeichnen.

Herr Müller legt Verwahrung dagegen ein, daß er die Mitgau'schen Berechnungen solle in Zweifel gezogen haben. Das Object sei aber ein so bedeutendes, daß man möglichst sichere Garantien für die aufgestellten Berechnungen zu erlangen suchen müsse.

Herr Oberbürgermeister Pockels begründet den Antrag des Magistrates auf Einsetzung einer Deputation mit der Vielseitigkeit der einzuleitenden Verhandlungen. Wenn diese Verhandlungen auch im Allgemeinen durch den Magistrat allein bewältigt werden können, so kommen dabei doch so viele technische Fragen in Bezug auf die zur Verwendung kommenden Maschinen in Betracht, daß es zweckmäßig erscheine, in die Deputation einige Herren zu wählen, welche von den maschinellen Anlagen etwas verstehen.

Der magistratsseitig geforderte Credit wird sodann bewilligt und wählt die Versammlung in die einzusetzende Deputation die Herren Brückmann, Südel und Lange durch Zuvuf.

III. Ankauf eines Grundstücks neben dem städtischen Lagerplatze.

Die städtische Bauverwaltung hat empfohlen, zur Erweiterung des städtischen Lagerplatzes in der Nähe des Westbahnhofes den angrenzenden 1 ha 13 a 31 qm großen, der Albers'schen Stiftung gehörenden Plan zum Preise von 4 M pro qm, also zu 45324 M anzukaufen. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an und ersucht, ihn zum Ankaufe des fraglichen Planes zu ermächtigen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Südel berichtet, geschieht.

IV. Beschaffung neuer Kessel zur Heizanlage der städtischen Mädchenschule.

Ein großer Theil der Siederohre des einen Wasserkessels in der städtischen Mädchenschule an der Heinenstraße ist durch Rostbildung zerstört. Da eine nochmalige Reparatur des Kessels nicht angängig ist und der vorhandene Reservekessel zum Ersatz des ebenfalls defecten zweiten Kessels Verwendung finden muß, so wird die Anschaffung eines neuen und die Aufstellung des Reservekessels erforderlich. Der Magistrat beantragt demgemäß, für einen neuen Kessel mit schmiedeeisernen Siederohren von 5 mm Wandstärke einen Betrag bis zu 1950 M und für die Einstellung des Reservekessels den in dem vorjährigen Haushaltsplane bereits vorgesehenen Betrag von 650 M zur Verfügung zu stellen.

Wie Herr Lange berichtet, ist es nothwendig, den Magistratsanträgen Folge zu geben, jedoch empfehle er entsprechend einem von ihm für die städtische Bauverwaltung abgegebenen Gutachten, statt der schmiedeeisernen Rohre solche versuchsweise aus Messing zu nehmen, um festzustellen, ob letztere für derartige Anlagen nicht zweckmäßiger seien. Da die städtische Bauverwaltung auf diesen Vorschlag nicht eingegangen sei und sich hierbei auf Gutachten stütze, welche von den Lieferanten der Kessel abgegeben seien, so beantrage er, seinem Vorschlage zuzustimmen. Wenn die betr. Lieferanten sagen, daß Messingrohre nicht geeignet seien und sich dieselben auch in den Locomotiven nicht bewährt haben, so könne er dem gegenüber sich auf das Gutachten des Vorstandes der hiesigen Eisenbahn-Hauptwerkstatt, des Bauraths Harßleben, berufen, welcher ihn ermächtigt habe, zu erklären, daß die Messingrohre in den Locomotivkesseln seiner Zeit nur verlassen wären, einmal, weil sie den schmiedeeisernen Rohren gegenüber zu theuer gewesen seien und dann auch, weil durch den außerordentlich starken Luftzug die Flugasche eine ziemlich erhebliche Abnutzung der Messingrohre herbeigeführt und in Folge dessen bei dem außerordentlich starken Druck von 10—12 Atmosphären mitunter ein Zusammendrücken derselben

stattgefunden habe. Was dagegen die Rohre für einen Warmwasserkessel anlange, so könne er nach seiner ziemlich 40jährigen Erfahrung nur Messing und nicht Schmiedeeisen empfehlen, weil letzteres in kürzester Zeit zerfressen werde. Auf Grund dieses Sachverständigen-Gutachtens beantrage er, der Magistratsvorlage in allen Theilen, jedoch mit der Aenderung zuzustimmen, daß die Siederohre aus Messing gefertigt und demzufolge 425 M mehr bewilligt werden.

Herr Halle will seinem Erstaunen Ausdruck geben, daß so erhebliche Ausgaben für die Heizungsanlagen der städtischen Schulen immerfort zu machen seien. Es müsse dieses zu der Vermuthung führen, daß man bei den Anlagen auf gewissen Principien herumreite und sich zu sehr auf die Fabrikate bestimmter Firmen steife, welche nicht viel taugen. Da Herr Lange in dieser Sache mehr Sachverständiger sei als die Beamten der städtischen Bauverwaltung, so stimme er dessen Anträge zu.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß es allerdings auch für sehr unerfreulich halten, daß die Heizungsanlagen der Schulen so viel Unterhaltungskosten erfordern. Der Magistrat sei indessen nur auf wiederholtes Drängen der Versammlung von den früheren Heizungssystemen abgegangen und habe Versuche mit neueren Erfindungen gemacht, die nicht geglikt seien.

Herr Löschigt kann ebenfalls nur bedauern, daß die Anlage so hohe Kosten erfordere und muß einen Theil der Schuld an den vielen Reparaturen auch dem Heizer zuschieben, welcher eine solche Anlage schonen, aber auch ruiniren könne. Dem Vorschlage des Herrn Lange stimme er nicht allein zu, sondern wünsche auch, daß die Einrichtung der Messingrohre auf die gesammten städtischen Heizungsanlagen ausgedehnt werde.

Herr F ü d e l vermag zu bestätigen, daß Messingrohre von verschiedenen Firmen abgelehnt seien und den Eisenrohren der Vorzug gegeben werde. Da indessen die Mehrkosten für die Messingrohre bei der späteren Ausrangirung derselben wieder gedeckt werden, so empfehle er ebenfalls, einen Versuch mit diesen Rohren zu machen.

Herr B ü l t e m a n n II empfiehlt, eine ganz neue Warmwasserheizung anzulegen, da das System nichts zu taugen scheine. An seiner Heizungsanlage sei seit 20 Jahren nichts passiert.

Herr L a n g e erwidert, daß das System auch nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung ein gutes sei und daß nach seiner Ansicht der Krebschaden nur an der Wärmequelle, also an den Kesseln liege.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf mit der von Herrn Lange beantragten Abänderung auf Verwendung von 4 mm starken Messingrohren zur Annahme.

V. Erweiterungsbau der städtischen Oberrealschule.

In der Vorlage, betr. den Erweiterungsbau der städtischen Oberrealschule hatte der Magistrat mitgetheilt, daß die Möglichkeit einer Ermäßigung der von der städtischen Bauverwaltung zu 51 300 M überschlagenen Kosten der Errichtung eines Unterrichtsgebäudes für Physik und Chemie erwogen werden solle. Nach dem vorliegenden Berichte der bezeichneten Dienststelle wird indessen eine Ermäßigung der Bausumme nur in dem Falle und zwar in Höhe von 600 M für angängig erachtet, daß man unter Verzichtleistung auf die Möglichkeit einer späteren Erhöhung des Gebäudes die Mauern des Obergeschosses in geringerer Stärke aufführen wollte. Da dem Magistrate diese Ersparniß nicht rathsam erscheint, so trägt derselbe darauf an, die in dem diesjährigen Stadthaushaltsplane eingestellten Posten, als:

für Errichtung des Unterrichtsgebäudes	51 300 M,
für Ausrüstung des Spielplatzes	850 "
für Beschaffung der im Haupt-Schulhause vorzunehmenden Bau- lichkeiten	2500 "
für Anschaffung des Mobiliars in dem Neubau und in den neuen Unterrichtsräumen des Haupt-Schulhauses	3 500 "
zusammen	58 150 M

endgültig zu verwilligen.

Die Schulcommission hat nach dem Berichte des Herrn Blasius einstimmig beschlossen, die Bewilligung der Mehrausgabe von 600 M zu empfehlen, damit hierdurch ein später eventuell nöthiger Weiterbau des Gebäudes ermöglicht werde.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

VI Haltestellen der Straßeneisenbahn.

Der §. 19 des von Herzoglicher Polizeidirection mit Zustimmung der städtischen Behörden erlassenen Polizei-Reglements, den Betrieb der Straßeneisenbahn in der Stadt Braunschweig betreffend, lautet: „Der Kutscher muß den Wagen zum Stillstand bringen, sobald Fahrgäste ein- oder auszusteigen verlangen. Er darf den Wagen nicht eher zum Weitergehen bringen, als bis er hinter dem Einsteigenden die Barriere verschlossen bezw. der Aussteigende die Erde erreicht hat.“ Der Vorstand der hiesigen Straßeneisenbahn hat nun unter Hinweis auf den Mißbrauch, den ein Theil des Publicums mit dem dem Letzteren eingeräumten Rechte, die Wagen halten zu lassen, treibt, und zur Vermeidung der sich daraus ergebenden Thierquälerei gebeten, bestimmte Haltestellen mit der Wirkung einrichten zu dürfen, daß die Wagen künftig nur an diesen Stellen zum Halten gebracht zu werden brauchen. Die Haltestellen sollen durch — thunlichst an den Straßenlaternen anzu-

bringende — Eisenblechschilder kenntlich gemacht werden, und sind vorläufig an Haltestellen in Aussicht genommen: 15 für die Richmondlinie, 16 für die Wendenthorlinie, 15 für die Steinhorlinie, und 7 für die Petritthorlinie.

Der Magistrat ist in Uebereinstimmung mit Herzoglicher Polizeidirection der Ansicht, daß dem vorstehenden Antrage zu entsprechen sei, glaubt jedoch, daß es genügen werde, wenn die Feststellung der einzelnen Haltestellen seitens Herzoglicher Polizeidirection im Einvernehmen mit dem Magistrate erfolgt, und schlägt deshalb mit Herzoglicher Polizeidirection für den §. 19 des fraglichen Reglements folgende neue Fassung vor:

§. 19. „Zum Zwecke des Ein- und Aussteigens der Fahrgäste haben die Wagen nur an den durch Tafeln kenntlich gemachten Haltestellen zu halten, über deren Einrichtung die Herzogliche Polizeidirection im Einvernehmen mit dem Stadtmagistrate zu entscheiden hat. Die Wagen dürfen nicht eher zum Weitergehen gebracht werden, als bis die Fahrgäste die Wagen bestiegen bzw. verlassen haben.“

Wie Herr Rudeloff berichtet, giebt die Statutencommission anheim, die Aenderung genehm zu halten. Nach den Beobachtungen, welche man zu jeder Zeit auf der Straßeneisenbahn machen könne, müsse man den Ausführungen der Direction derselben zustimmen, daß mit dem Haltenlassen der Wagen Mißbrauch getrieben werde. Es kommen in der That sehr häufig Rücksichtslosigkeiten vor, durch welche sowohl das Fahrpersonal, als auch die Fahrgäste in Mitleidenschaft gezogen werden. Darum sei das Publicum nach der Ansicht der Commission schon lange mit der Einrichtung von Haltestellen einverstanden gewesen. Die Commission halte es auch für genügend, wenn die Feststellung der Haltestellen von der Herzoglichen Polizeidirection im Einvernehmen mit dem Stadt-Magistrate erfolge und könnten etwaige, darauf bezügliche Wünsche hier in der Sitzung zur Sprache gebracht werden. Zu dem Verzeichnisse der Haltestellen habe die Commission den Wunsch zu äußern, die an der Kreuzung der Nebenstraße projectirte Haltestelle der Wendenthorlinie an die südwestliche Ecke des Kleinen Exercierplatzes zu verlegen, um den Abstand zwischen den einzelnen Punkten möglichst gleichmäßig zu gestalten. Ferner erscheine es nothwendig, wenn in dem Falle, daß eine Haltestelle nur für eine Richtung der Straßenbahn Geltung habe, dieses auf der betr. Tafel angegeben werde. Da die Schilder sich nicht immer an den Straßenlaternen werden befestigen lassen, so müßten auch die anliegenden Häuser oder aber Pfähle als Schildhalter benutzt werden. Die Direction der Straßenbahn habe nun aber in der Bethätigung ihres Schönheitssinnes nicht gerade ihre Stärke gesucht, was die große schwarze Tafel an der Wartehalle auf dem Kohlmarke, welche sich sehr schön in den Stil des Hauses hätte einfügen lassen, und auch die großartigen Placat-tafeln an den Wagen — bei welchen man nicht wisse, ob die Wagen in erster

Linie zur Förderung eines Schuhgeschäftes und dergl. oder zur Beförderung von Reisenden verkehren — hinlänglich beweisen. Aus diesem Grunde beantrage die Commission, die Vorlage unter der Voraussetzung anzunehmen, daß die Einrichtung der Schilder nur nach der Anordnung der städtischen Bauverwaltung geschehen dürfe.

Herr Weber spricht sich für die Genehmigung der Vorlage aus, weil eine exacte Beförderung auf der Straßenbahn ohne Haltestellen nicht möglich sei. Wenn nun gesagt werde, daß das Publicum die Einrichtung mißbrauche, so müsse dem entgegengehalten werden, daß auch die Direction der Straßenbahn Mißbrauch und Thierquälerei treibe. Der Mißbrauch bestehe darin, daß sie die Fahrzeiten durchaus nicht immer innehalte und statt des 10 Minuten-Betriebes gleich einmal einen 20 Minuten-Betrieb auf einer Strecke einrichte, sobald auf einer anderen Strecke ein lebhafterer Verkehr herrsche. Ferner darin, daß der Kutscher oder der Conducteur auf den Endstrecken den Wagen verlasse und dieser dann nur von einer Person geführt und begleitet werde, was Unzuträglichkeiten mit sich bringe. Endlich darin, daß man den Kutschern und Conducteuren nicht Zeit zum Frühstück und Abendessen gebe, sondern daß diese ihre Fourage unter den Bänken der Wagen mit sich führen und sich nicht geniren, die Sachen unter den Sitzen fortzuholen, auch wenn Damen dort ihren Platz innehaben, um dann, in der einen Hand die Hügel und in der anderen eine Flasche mit Bier oder Kaffee oder ein Butterbrod haltend, ihren Dienst weiter zu verrichten. Solche Einrichtungen habe er in anderen Städten nicht bemerkt. Die Thierquälerei bestehe aber darin, daß bei schlechtem Wetter oder größerer Frequenz die Wagen vollgepfropft und die Pferde überlastet werden. Außerdem habe er öfter bemerkt, daß der Conducteur das Zeichen zum Weiterfahren gebe, ehe alte Leute ihren Platz erreichen, wodurch diese leicht zu Falle kommen können. Aus allen diesen Gründen bitte er, den §. 19 in folgender Weise zu fassen:

„§. 19. Zum Zwecke des Ein- und Aussteigens der Fahrgäste haben die Wagen nur an den durch Tafeln kenntlich gemachten Haltestellen zu halten, über deren Einrichtung die Herzogl. Polizeidirection im Einvernehmen mit dem Stadtmagistrate zu entscheiden hat. Das Zeichen zum Weiterfahren darf der Conducteur nicht früher geben, als bis die Einsteigenden Platz genommen, bezw. die Aussteigenden die Erde erreicht haben. Die Conducteure und Kutscher dürfen während der Fahrt, außer wenn die Bahn durch Hindernisse gesperrt ist, ihre angewiesenen Plätze nicht verlassen. Die Conducteure und Kutscher dürfen während der Fahrt so wenig rauchen, als Speisen und Getränke zu sich nehmen. Der Conducteur darf weder mehr als die bestimmungsmäßige Zahl von Personen zulassen, noch auch die Mitnahme von Hunden und solchen Gepäcks gestatten,

welches durch Größe, üblen Geruch und schmutzige Beschaffenheit den Mitfahrenden lästig wird.“

Hierbei setze er als selbstverständlich voraus, daß den Fahrbeamten genügend freie Zeit zum Einnehmen des Morgen- und Abendessens gelassen werde.

Ferner müßte bestimmt werden, daß die Fuhrwerke der Straßenbahn rechtzeitig ausbiegen und daß es schwereren Fuhrwerken gar nicht gestattet sei, die Gleise zu berühren, wenn Platz genug neben den Gleisen vorhanden sei.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß die Weber'schen Anträge auf eingreifende Veränderungen des Statuts abzielen und daher die Frage nahe legen, ob es sich mehr empfehle, diese Sachen von der gegenwärtigen Vorlage zu trennen, oder dieselben gemeinschaftlich mit der Vorlage an die Commission zurückzuweisen. Die Versammlung werde schwer im Stande sein, den vorgetragenen Wünschen schon heute nachzukommen.

Herr Rudloff möchte Herrn Weber anheimgeben, etwaige Wünsche in Bezug auf das Reglement der Straßenbahn als besondere Anträge zu stellen, sodaß dieselben später verhandelt werden. Ein Theil der vorgetragenen Sachen finde sich schon durch das Reglement selbst erledigt.

Herr Weber stellt den Antrag, die ganze Vorlage mit seinen Anträgen an die Statutencommission zurückzuverweisen.

Herr Halle bittet, die Weber'schen Anträge mit Rücksicht auf ihre Wichtigkeit an die Commission zu verweisen, dagegen die Vorlage schon jetzt zu erledigen, weil man mit deren Inhalt im Allgemeinen einverstanden sei.

Herr Hauswaldt beantragt, die ganze Vorlage abzulehnen, da die Einrichtung von Haltestellen sich für die hiesige Stadt nicht empfehle.

Herr Lange möchte anheimgeben, den Magistrat zu ersuchen, bei dieser Gelegenheit möglichst den 5 S-Tarif durchzusetzen. Wenn Haltestellen eingerichtet werden, lasse sich der Tarif mit Leichtigkeit durchführen und würde darin eine wesentliche Erleichterung des ganzen Verkehrs auf der Pferdebahn liegen.

Herr Ebeling tritt für eine Verbindung der Vorlage mit den Weber'schen Anträgen ein, weil es dann eher gelinge, diese Wünsche zur Geltung zu bringen. Hauptsächlich würde es sich empfehlen, die Ueberlastung der Wagen und damit die Thierquälerei abzustellen. In anderen Städten werde dem Publicum durch eine kleine Fahne oder ein anderes Zeichen Kenntniß davon gegeben, daß der Wagen voll sei und dürfe dann Niemand mehr zur Mitfahrt zugelassen werden.

Herr Bues weist darauf hin, daß die „Feldschlösschenweiche“ um ca. 70 m nach unten verlegt sei und die dort projectirte Haltestelle hierdurch einen sehr ungünstigen Platz auf abschüssigem Terrain erhalten werde; er bitte deshalb die Haltestelle vor sein an der Wolfenbüttlerstraße gelegenes Local zu verlegen.

Herr Löschigt ist der Ansicht, ein großer Theil der von Herrn Weber erwähnten Mißheiligkeiten beruhe darin, daß die Direction der Straßenbahn eigenmächtige Bestimmungen erlasse, welche mit den vom Magistrate gegebenen Vorschriften nicht zu vereinbaren seien. Statt der großen Reclametafeln sollte die Direction lieber Tafeln mit Vorsichtsmaßregeln wegen des Abspringens nach vorn u. an geeigneter Stelle anbringen lassen. Die meisten Unfälle auf der Straßenbahn seien darauf zurückzuführen, daß auf den Endstrecken die Conducteure fehlen; es müßte deshalb darauf gehalten werden, daß diese Einrichtung aufgehoben werde.

Herr Hauswaldt hält die Einrichtung von Haltestellen in der hiesigen Stadt für unzumuthig und werde die Bahnverwaltung dabei sehr schlechte Geschäfte machen. Wenn Jemand an der Schöppenstedterstraßen-Ende die Richmondlinie benutzen wolle, so müsse er demnächst bis zur Theaterpromenaden- oder zur Wendestraßen-Ende gehen, um den Wagen besteigen zu können; in solchem Falle werden die Leute, sofern sie nicht sehr weit zu fahren beabsichtigen, lieber ganz zu Fuß gehen und das Fahrgeld ersparen. In allen anderen Städten mit kürzeren Straßenzügen sei man von der Einrichtung solcher Haltestellen wieder abgegangen. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte er, die ganze Vorlage abzulehnen.

Herr Müller muß dem gegenüber die Einrichtung von Haltestellen für durchaus zeitgemäß und passend erachten und tritt darum für die Genehmigung der Vorlage ein. Bezüglich der projectirten Haltestellen habe er noch den Wunsch, eine solche auf der Steinwegs- und der Fallerstraße-Weiche eingerichtet zu sehen, weil die Abstände der umliegenden Haltestellen zu groß seien und an jenen Stellen ein stärkerer Verkehr herrsche. Schließlich bitte er noch, dafür einzutreten, daß der Vollbetrieb der Straßenbahn nicht erst Morgens um 10 Uhr, sondern im Sommer um 8 Uhr und im Winter um 9 Uhr anfangen.

Herr Günther erklärt sich für die Annahme der Vorlage, wenn er auch ähnliche Bedenken habe wie Herr Hauswaldt, daß nämlich die Straßenbahn ein schlechtes Geschäft dabei machen werde. Man dürfe auch nicht aus den Augen lassen, daß in anderen größeren Städten ein zweigleisiger, theilweise sogar 5 Minuten-Betrieb vorhanden sei, der hier ebenfalls bald eingerichtet werden müsse und sich auch mit Ausnahme weniger Stellen leicht durchführen lasse. Zu den Weber'schen Anträgen habe er zu bemerken, daß bei Durchführung der Maßregel hinsichtlich des Verbotes von Essen und Trinken während des Dienstes zu befürchten stehe, es werde den Leuten überhaupt verboten zu frühstücken und zu vespern. (Widerspruch.) Diese Ansicht werde bestärkt durch den Umstand, daß schon einige der Leute wegen des Essens im Dienste bestraft sein sollen, was als eine Ungeheuerlichkeit anzusehen sei. Man gebe den Leuten thatsächlich nicht Zeit, um essen und ihre Bedürfnisse befriedigen zu können und sei aus letzterer Ursache im abgelaufenen Winter ein Mann an Blinddarmentzündung erkrankt. Die Leute ver-

möchten ihre Bedürfnisse nicht zu befriedigen, wenn nicht einer der beiden Bediensteten eine Strecke allein den Wagen begleite und der andere zurückbleibe. Zudem sei die Arbeitszeit eine ungeheuerlich lange, denn nicht allein, daß sie im Sommer von 5 $\frac{1}{2}$ —12 Uhr im Dienste sein müssen, habe man auch noch den Versuch gemacht, die Leute zum Stalldienst heranzuziehen, indem sie nach Schluß des Betriebes die Pferde warm reiben müssen. Diese Mißstände seien so stark, daß die städtischen Behörden einzugreifen haben. Ferner solle das Strasssystem so arg eingerissen sein, daß bei vielen Bediensteten eine ertleckliche, die Familien erheblich schädigende Summe herauskomme. Die Leute werden ein Mal bestraft, weil das Pferd einen Peitschenhieb erhalten habe und das andere Mal, weil es keinen bekommen habe. Warnungstafeln wegen des Abspringens gegen die Fahrtrichtung nützen gar nichts, denn namentlich werden sich die Damen doch nicht darnach richten und sei die einzige Hilfe in der Einrichtung von Haltestellen zu erblicken. Wenn man die Wagenbegleiter seitens der Direction auch noch für den Schaden haftbar machen wolle, welcher der Verwaltung aus Unfällen in Folge falschen Abspringens erwachse, so sei dieses seiner Meinung nach unstatthaft, denn die Verwaltung habe Vorkehrung zu treffen, daß Unfälle nicht vorkommen, sonst habe sie für den Schaden zu haften. Schließlich möchte er noch vorschlagen, an dem Altwiehring eine Haltestelle einzurichten.

Herr Nieß will darauf aufmerksam machen, daß Vorschläge, welche sich auf Verbesserungen des Betriebes der Straßenbahn beziehen, seitens der städtischen Behörden nur dann durchgesetzt werden können, wenn die Direction der Straßenbahn die Stadt um eine Gefälligkeit anhe, was im vorliegenden Falle aber nicht zutrefe. Wenn der Vorschlag des Herrn Weber, dem Personal das Essen und Trinken während der Fahrt zu verbieten, zur Durchführung gelangte, würden die Leute trotz 17stündiger Dienstzeit überhaupt kein Morgen- und Vesperbrot erhalten. Man spreche wohl von Thierquälerei, aber die Menschenquälerei sei auch nicht zu verachten, und 17 Stunden täglicher Dienst mit einer nur 55 Minuten langen Mittagspause sei mehr, als man von einem Menschen verlangen könne. Wenn hervorgehoben worden, daß die Wagen auf den Endstrecken mit nur einer Begleitung fahren, so liege das darin, daß die Direction hierdurch einen Conducteur spare. Das seien so jämmerliche Geschichten, wie man sie bei einem so großen öffentlichen Institute nicht erwarten sollte. Hervorheben wolle er noch, daß die städtische Verwaltung auch einmal, wenn irgend möglich, einen Blick in das bei der Straßenbahn herrschende Strasssystem werfen müsse. Den Leuten werden für Versäumnisse irgend welcher Art Geldstrafen abgenommen, ohne daß sie sich dagegen vertheidigen können und ohne daß man wisse, wo das Geld bleibe. Leider dürfe er keinen speciellen Fall anführen, weil sonst der betreffende Mann auf die Straße gesetzt werde. Die Aus-

übung der Strafgewalt sei als ein schreiender Mißbrauch der Macht der Straßenbahn-Verwaltung anzusehen, welche sie über ihre Leute dadurch erlange, daß sich genug Bewerber um die Stellen melden. Da indessen sich jetzt nicht die geeignete Gelegenheit biete, um die Wünsche der städtischen Behörden durchzusetzen, weil an der Einrichtung der Haltestellen weniger die Straßenbahn als das Publicum interessiert sei, so bitte er, die vorgetragenen Sachen bei passenderer Gelegenheit vorzubringen.

Herr Alßmann ist ebenfalls für die Einrichtung von Haltestellen. Im Uebrigen müsse er es für ein trauriges Zeichen halten, daß die Mißstände so schreiend seien, um sie in einer öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten zur Sprache bringen zu müssen. Hoffentlich fühle sich die Direction durch die heutige Besprechung veranlaßt, wenigstens die schlimmsten Uebelstände abzustellen. Eine Arbeitszeit von 17 Stunden könne namentlich bei der anstrengenden Thätigkeit dieser Leute in Wind und Wetter nicht geleistet werden. Es müsse darum jede Gelegenheit wahrgenommen werden, um eine Abstellung solcher Menschenchinderei herbeizuführen.

Herr Blasius ist der Ansicht, daß aus der Einrichtung von Haltestellen die Straßenbahn sowohl als auch das Publicum einen Vortheil ziehe, letzteres insofern, als viel rascher befördert werden könne, wenn die Wagen nicht jeden Augenblick zu halten brauchen. Er möchte darum vorschlagen, die Magistratsvorlage jetzt pure anzunehmen und die übrigen heute zur Sprache gebrachten Punkte an die Commission zu verweisen, um sie hier nach dem Principe: *audiatur et altera pars* weiter behandeln zu lassen. Gegen die Straßenbahn seien schwere Vorwürfe erhoben, die der Abstellung bedürfen, sofern sie der Begründung nicht entbehren, aber man müsse die beschuldigte Verwaltung dabei auch hören. Da die Straßenbahn unter ihrer neuen Leitung schon erhebliche Fortschritte gemacht habe, so bezweifle er nicht, daß auch hier Remedur eintrete, wenn die Uebelstände der Direction zur Kenntniß gebracht werden. Das Essen und Trinken im Dienste sei von der Direction schon verboten und finde er es selbstverständlich, daß den Leuten zu solchem Zwecke freie Zeit gewährt werde. Im Interesse des Publicums selbst bitte er, die Vorlage von den Beschwerden zu trennen.

Herr Halle stimmt diesen Ausführungen zu, da die Direction der Straßenbahn in neuerer Zeit ganz wesentliche Verbesserungen gegen früher eingeführt habe, was nicht genügend bekannt geworden zu sein scheine. Die jetzt gemachten Vorschläge auf Einrichtung von Haltestellen sollen wesentlich dazu dienen, einen geordneten Betrieb herzurichten und um die Ankunftszeiten festhalten zu können. Die Verwaltung habe den besten Willen, auch das Publicum so viel als möglich zufrieden zu stellen. Die in der Versammlung vorgetragenen Mängel müssen von

der Vorlage, mit welcher sie nichts zu thun haben, getrennt behandelt werden, weil die jetzige Gelegenheit nicht geeignet sei, durch eine etwaige Verweigerung der Haltestellen einen Druck auf die Verwaltung auszuüben.

Herr Böschigt hält den Zweck der Verhandlungen für erreicht, weil er annehme, daß die Direction in Folge derselben die schreiendsten Mißstände beseitigen werde. Der neuen Direction habe man viele Verbesserungen, aber auch viele Eigenmächtigkeiten zu verdanken und hätte er nur gewünscht, daß die Direction die Nebelstände ohne Anregung der Versammlung vom Standpunkte der Menschlichkeit aus abgestellt und ihre Einrichtungen nicht nur vom militärischen Standpunkte aus getroffen hätte.

Die Versammlung beschließt darauf dem Antrage Weber gemäß, die ganze Vorlage mit den von Letzterem eingebrachten Anträgen an die Statutencommission zu nochmaliger Verathung zurückzuverweisen
und wird darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7³/₄ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. August 1893.

Tagesordnung:

I.	Verkauf eines weiteren Theiles der ehemaligen Husarenkälle etc.	Seite 122
II.	Antrag Löschigt: Beseitigung des Schlammes aus den Straßencanälen.	" 122
III.	Gas- und Wasserrohre in der Leopoldstraße	" 123
IV.	Canalisation der Wabestraße	" 123
V.	Wasserrohr im Othilientheile	" 124
VI.	Gasrohr für die Cholerabaracken	" 124
VII.	Gasandelaber in der Kaiser-Wilhelmstraße	" 125
VIII.	Gasrohr in der Gertrudenstraße	" 125
IX.	Durchführung des Theilortsbauplanes an der Wendenmaß und des Hauptcanales daselbst.	" 125
X.	Canal in der verlängerten Thomä- und an der Pflegehausstraße	" 128
XI.	Baulinie an der Friesen- und Magnifikstraße	" 129
XII.	Baulinien an der Leopoldstraße	" 129
XIII.	Erwerb einer Straßenfläche an der Maßstraße	" 130
XIV.	Canal- und Wasserrohr in der Taubenstraße	" 130
XV.	Baulinie an der Hamburgerstraße	" 130
XVI.	Baulinie am Käthgenhagen und Werder	" 130
XVII.	Wasserrohr nach dem neuen herzogl. Krankenhause	" 131
XVIII.	Einfahrt an der Wolfenbüttlerstraße nach dem Bürgerparke	" 131
XIX.	Einspruch gegen die Baulinien an der Höfenstraße	" 132
XX.	Baulinie an der Straße „Hinterm lieben Franen“.	" 134

XXI.	Baulinie an der „Höhe“	Seite 134
XXH.	Zwangsenteignungsverfahren an der Stecherstraße	„ 134
XXIII.	Zwangsenteignungsverfahren an der Thomästraße	„ 134
XXIV.	Erwerb einer Theilfläche an der Petristraße	„ 135
XXV.	Gesuch von Anwohnern der Gildenstraße um theilweise Steuerbefreiung	„ 135
XXVI.	Vorschuß für die Gemeine-Kirchencasse	„ 135
XXVII.	Antrag Ebeling und Genossen: Einrichtung einer Freibank	„ 136
XXVIII.	Anfrage Böschigt: Abstellung von Mißständen an der Leopoldstraße	„ 137
XXIX.	Antrag Rudehoff und Genossen: Unterführung der Düker	„ 138

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Stadträthe Haake, Heymann und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Voller, Bültemann II, Fudel, Lorb, Meyerhoff, Müller, Semler, Uhde, Wagner und Weber.

In Abwesenheit des Vorsitzenden eröffnet die Sitzung dessen Stellvertreter, Herr Wolff mit folgenden Mittheilungen.

1. Die Versammlung wird magistratsseitig benachrichtigt, daß der Assessor August Floto dem Magistrate nach Beendigung einer militairischen Uebung als Hilfsarbeiter zugewiesen sei.

2. Dem Magistrate ist folgendes Schreiben zugegangen:

„X. Armee-corps. 20. Division. Hannover, den 13. August 1893.

An den Magistrat der Stadt Braunschweig, z. H. des Herrn Oberbürgermeister Pockels, Hochwohlgeboren, Braunschweig.

In der *N.* 289 des Braunschweiger Tageblattes vom 23. Juni d. Js. findet sich ein später auch in andere Zeitungen übernommenes Referat vom 22. Juni, nach welchem der Stadtverordnete Lorb zur Begründung des von ihm eingebrachten Antrages: „Den Magistrat zu ersuchen, die Innehaltung der vertragsmäßigen Bestimmungen über die Benutzung des kleinen Exercierplatzes seitens des Militairs in geeigneter Weise der Militairverwaltung in Erinnerung zu bringen“, eines auf dem bezeichneten Platze einige Zeit vorher passirten Vorfalles erwähnte, bei welchem der Lieutenant von Vosse des Braunschweigischen Husaren-Regiments den 6 jährigen Sohn des Gewerbeschul-Directors Leizen mit dem Pferde gehezt und mittelst der Reitpeitsche mißhandelt haben sollte. Die von dem Stadtverordneten Lorb nach jenem Zeitungsberichte gegebene Darstellung deckt sich fast wörtlich mit dem Inhalte der von dem Gewerbeschul-Director Leizen unterm 27. Mai cr. dem Commando des Braunschweigischen Husaren-Regiments *N.* 17 eingesandten „Klage“, stellt aber den Sachverhalt, der durch die nunmehr beendete gerichtliche Untersuchung festgestellt ist, in übertriebener und dem Lieutenant von Vosse

nachtheiliger Weise dar. Nach dem Resultate der gerichtlichen Untersuchung war der Vorgang folgender: Als der Lieutenant von Boffe am 26. Mai d. Js. auf dem kleinen Exercierplatze ein Pferd anritt, warf der auf diesem Platze mit Sand spielende Knabe Eberhard Letken, der den Officier sehr wohl bemerkt hatte, in dem Momente, als der Reiter in seiner nächsten Nähe vorbeiritt, hinter einem Baume hervor eine Hand voll groben Sand in der Richtung nach dem Pferde zu, so daß das Pferd erschreckt zur Seite sprang. Der Officier, in der Meinung, daß der Knabe das Pferd zu erschrecken beabsichtigt habe, ritt hinter dem nun davon laufenden Knaben in kurzer Gängart etwa 30 Schritt weit her — von einem absichtlichen Schrecken oder einem Fahren des Knaben oder von einem Aufbäumen des Pferdes hat die Beweisaufnahme nichts ergeben — und versetzte ihm, als das Kind nun von selbst stehen blieb, einen leichten Schlag mit einer ca. 70 Centimeter langen, dünnen Reitpeitsche über den Rücken. Weitere Schläge über Arm und Kopf, wie sie in jenem Berichte dem Officier vorgeworfen werden, bekam der Knabe nicht, und that auch der erhaltene Schlag dem Kinde nach dessen eigener Angabe „nicht lange“ wehe; schon am selben Nachmittage spürte der Knabe nichts mehr davon. Wenn von der Mutter des Knaben am Abend um 8 Uhr auf dessen Rücken ein rother Fleck bemerkt worden ist, so war nach ärztlichem Gutachten der Schlag, selbst wenn jener Fleck durch ihn hervorgebracht gewesen sein sollte, doch kein kräftiger. Nachtheilige Folgen für die Gesundheit des Kindes traten nicht ein. Nach der Beweisaufnahme handelte es sich also nicht um ein „Fahren“ des Kindes und eine Mißhandlung desselben, sondern nur um eine leichte Züchtigung für eine vom Lieutenant von Boffe nach den Umständen gewiß nicht mit Unrecht angenommene absichtliche, für einen Reiter mindestens lästige kindliche Ungezogenheit. Daß der Knabe das Scheumachen des Pferdes wirklich beabsichtigt habe, ist — wie nicht unbemerkt bleiben soll — allerdings nicht festgestellt worden. Die Division bittet ergebenst, Gelegenheit nehmen zu wollen, das Resultat der gerichtlichen Untersuchung in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten bekannt zu geben, indem sie zugleich ebenmäßig bemerkt, daß sie den Inhalt des Vertrages vom 15. April 1878 über die Benutzung des kleinen Exercierplatzes, welcher in Vergessenheit gekommen, insonders dem Lieutenant von Boffe nicht bekannt war, den Truppen der Garnison Braunschweig in Erinnerung gebracht und seine genaueste Beachtung zur Pflicht gemacht hat.

von Bock,
Generalk lieutenant und Divisions Commandeur.“

Nach Verlesung dieses Schreibens wird zur Berathung der Tagesordnung geschritten.

I. Verkauf eines weiteren Theiles der ehemaligen Husarenställe etc.

Auf dem an der Ecke des Sandweges und der Straße „am Magnithore“ gelegenen Grundstücke des ehemaligen Husaren-Pferdestalles ruht zu Gunsten des dem Bäckermeister Scheele gehörenden angrenzenden Grundstückes die Servitut, daß die Giebelseite des Letzteren niemals verbaut werden darf. Außerdem hat Herr Scheele glaubhaft gemacht, daß ihm in Folge Erfüllung das Recht zustehe, über das vorerwähnte, jetzt der Stadt gehörige Grundstück zu gehen und zu fahren, um in sein eigenes Grundstück gelangen zu können. Da es dem Magistrate nothwendig erschien, das betr. städtische Grundstück von diesen dinglichen Lasten zu befreien, bevor dasselbe zum Verkauf gestellt wurde, so ist mit dem p. Scheele mittelst notariellen Vertrages vereinbart worden, daß dieser auf die fraglichen Rechte verzichte und dann die angrenzende, 1 a 43 qm haltende Fläche zum Kaufpreise von 1800 M überwiesen erhalte. Scheele hat außerdem bei einer Neubebauung seines Grundstücks eine nach dem Ortsbauplan der Straße zuzulegende Theilfläche von 23 qm der Stadt unentgeltlich abzutreten. Der Magistrat ersucht, diesen Vertrag zu genehmigen und außerdem zuzustimmen, daß der Rest des ehemaligen Stallgrundstückes, mit Ausnahme einiger kleinen, der Straße zuzulegenden Flächen von zusammen 34 qm, jedoch unter Hinzunahme der zum Gebiete des allgemeinen Pflasterfonds gehörigen geringen Flächen von zusammen 1 qm, an die Firma Roloff & Nette im Gesamtumfang von 15 a 74 qm zum Preise von 70 600 M verkauft werde. Diese Kaufsumme entspricht einem Einheitspreise von 44,85 M für 1 qm Grundfläche.

Wie Herr Rudeloff namens der Statutencommission berichtet, wird der Versammlung anheimgegeben, der gesamten Vorlage zuzustimmen, da das Gebot der Firma Roloff & Nette als ein angemessenes erachtet werden müsse. Nachträglich sei von dem Bauunternehmer Jung noch ein um 2000 M höheres Nachgebot gemacht worden und habe sich die Versammlung schlüssig zu werden, ob sie dieses annehmen wolle oder nicht. Die Statutencommission habe nach eingehender Erwägung zu empfehlen, unter den vorliegenden Verhältnissen der Firma Roloff & Nette trotzdem den Zuschlag zu ertheilen, also die Magistratsvorlage anzunehmen,

was auch geschieht.

II. Antrag Löschigt: Beseitigung des Schlammes aus den Straßencanälen.

Der in der Sitzung vom 22. Juni d. Jrs. gestellte Antrag (Seite 86 des Berichts) ist in der Statutencommission durchberathen und berichtet namens der-

selben Herr Blasius: Der aus den Straßencanälen entfernte Schlamm habe nach den angestellten Beobachtungen allerdings häufig eine ungewöhnlich lange Zeit auf dem Straßenpflaster gelagert und auf die Umwohner und Vorbeigehenden, da er aus übelriechenden, ekelhaften Substanzen bestehe, einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht. Wenn nun auch in den letzten Wochen der Schlamm mehrfach in die wasserdichten Straßendreckwagen geschafft sei, so haben diese Wagen doch nicht so absolut sicher geschlossen, um ein Durchsickern des Schlammes auf das Straßenpflaster zu verhindern. Da nun die Canalreinigung bislang in den Morgenstunden bis gegen Mittag hin ausgeführt sei und es sich empfehle, auch diese Unrathstoffe bei Nacht beseitigen zu lassen, so müsse man dahin streben, wenigstens nach dieser Richtung hin eine Besserung herbeizuführen. Diese Massen aus den Canälen, welche auch sehr viele menschliche Abfuhrstoffe enthalten, können, wie in der Commission des Weiteren hervorgehoben worden, unter Umständen in gesundheitlicher Beziehung durch längeres Lagern auf der Straße, eine sehr nachtheilige Schädigung der Gesundheit herbeiführen. Da dem Magistrate nicht bekannt gewesen sei, ob der Canalbauverwaltung wegen der Reinigung der Canäle irgend welche Directiven gegeben seien, so schlage die Statutencommission der Versammlung die Annahme folgenden Antrages vor:

„Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, in Beziehung der Reinigung der städtischen Canäle Verhaltungsmaßregeln zu erwägen und eventuell anzuordnen, daß

- 1) der in den Canälen sich ansetzende Schlamm in der Weise aus denselben entfernt würde, daß er nicht die Straßenoberfläche beschmutzt und direct in dicht schließende Wagen befördert,
- 2) die Canalreinigungsarbeit möglichst in die Nachtzeit, bezw. die frühen Morgenstunden verlegt werde“.

Dieser Antrag wird ohne weitere Besprechung angenommen.

III. Gas- und Wasserrohre in der Leopoldstraße.

Die Versammlung wird ersucht, die Kosten für die Auswechslung des Gas- und Wasserrohres in der Leopoldstraße, woselbst die betr. Rohre schadhaft geworden waren, mit 1881 M 08 S und bezw. 707 M 88 S nachzuverwilligen, was auf Befürwortung des Herrn Böschigt geschieht.

IV. Canalisation der Wabestraße.

Verschiedene Anlieger der Wabestraße haben gebeten, auch die östlich vom Hauptgraben gelegene Strecke der genannten Straße canalisiren zu lassen. Zur Zeit kann indessen nur diejenige Theilfläche definitiv canalisirt werden, welche zwischen dem Hauptgraben und der östlich von diesem projectirten Querstraße liegt und würden die hier-

durch erwachsenden Kosten 3800 M betragen. Da eine Verzinsung dieser Summe durch die eventuell auftommende Canalsteuer vorerst nicht zu erwarten ist, so hat sich die Mehrzahl der theilhaftigen Anlieger verpflichtet, nach Ausführung der fraglichen Canalstrecke alljährlich Beiträge von zusammen 142 M an die Canalbaukasse zu zahlen, wodurch eine Verzinsung des Baucapitals in Höhe von nahezu 4 % erreicht werden würde. Mit Rücksicht hierauf ersucht der Magistrat, zum Zwecke der Ausführung der fraglichen Canalstrecke die Summe von 3800 M zu verwilligen.

Die Finanzcommission giebt nach dem Berichte des Herrn Meyer anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Halle möchte bei dieser Gelegenheit an den Magistrat das dringende Ersuchen richten, in Erwägung zu nehmen, ob nicht die Straße gleich mit ausgebaut werden könne, da die Zustände dort eine Besserung dringend erheischen. Es dürfte solcher Ausbau um so weniger Schwierigkeiten verursachen, als sich die Anlieger schon bereit erklärt haben sollen, das zur Straße erforderliche Terrain zu einem mäßigen Preise abzutreten und die Gelder zum Ausbau auch seitens der Anlieger, soweit deren Grundstücke bebaut seien, schon eingezahlt seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann letztere Mittheilung bestätigen, muß indessen besonders darauf aufmerksam machen, daß es sich nur um Besitzer von bebauten Grundstücken handle, die so wie so gezwungen seien, die gesammten Straßenbaukosten sogleich zu bezahlen. Der Magistrat sei durchaus nicht abgeneigt, die Straße in Stand zu setzen, jedoch müsse sich dort das durch die Canalisirung gelöckerte Erdreich erst wieder gesetzt haben. Vermuthlich werde diese Instandsetzung im nächsten Etat berücksichtigt werden.

Die Magistratsvorlage wird sodann gutgeheißen.

V. Wasserrohr im Dthilientheile.

Die Eigenthümer der Häuser Dthilientheil N. 4 und 5 haben gebeten, ihre Häuser an die städtische Wasserleitung anzuschließen. Da der Magistrat in Genehmigung des Antrages die Legung des Wasserrohres bereits gelegentlich der dort stattfindenden Canalisirung angeordnet hat, so ersucht derselbe um die nachträgliche Genehmigung der Ausgabe von 185 M 90 S,

welche auf Befürwortung des Herrn Wollenweber beschloffen wird.

VI. Gasrohr für die Cholerabaracken.

Zur ausreichenden Beleuchtung der auf dem gr. Exercierplatze im vergangenen Jahre errichteten Cholerabaracken mußten die in der Kastanienallee vorhandenen engen Gasröhren durch 150 mm weite Röhren in einer Länge von 616 m ersetzt

werden, wodurch ein Kostenaufwand von 5472 M 30 S entstanden ist, dessen Verwilligung der Magistrat anheimgiebt

und die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Wäjecke, sowie nach einigen Erläuterungen des Herrn Stadtrath Haake beschließt.

VII. Gascandelaber in der Kaiser-Wilhelmstraße.

In der Kaiser-Wilhelmstraße zwischen der Hagen- und Ringstraße sind bei der Belegung der Fußwege mit Platten im Jahre 1891 sieben Gascandelaber mit einem Kostenaufwande von 679 M 44 S aufgestellt, welchen Betrag nachträglich zu verwilligen der Magistrat in Antrag bringt.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

VIII. Gasrohr in der Gertrudenstraße.

Nachdem die Versammlung die Aufstellung zweier Gascandelaber in der Gertrudenstraße schon früher genehmigt hat, beantragt der Magistrat, die Kosten für die hierdurch erforderlich gewordene Legung eines 132 m langen Gasrohres im Betrage von 667 M 40 S nachträglich zu verwilligen, was auf Befürwortung des Herrn Rathe geschieht.

IX. Durchführung des Theilortsbauplanes an der Wendenmaisch und des Hauptcanales daselbst.

Die städtische Canalbau-Verwaltung hat empfohlen, den Hauptabzugscanal in der Wendenmaisch noch in diesem Jahre bis an diejenige Stelle diesseits der Landesbahn fortzuführen, an der seine Unterführung unter der Oker hinweg auf das westliche Flußufer geplant ist. Die Kosten dieser Canalstrecke sind zu 31 000 M veranschlagt. Es würde dadurch vermieden werden, daß die Abwässer gerade der Schöpfstelle der Zutefabrik gegenüber der Oker zugeführt werden, und es würde überdies die Anlage des daselbst projectirten Nothauslaffes, dessen Kosten zu 7000 M veranschlagt sind, zunächst ganz unterbleiben können. Der Magistrat hält in Uebereinstimmung mit der Canalbau-Deputation für angezeigt, diesem Antrage zu entsprechen, zumal da es sich lediglich darum handelt, die fragliche Canalstrecke zeitiger herzustellen, als ursprünglich beabsichtigt war. Da es empfehlenswerth erscheint, auch hier den Canal innerhalb solcher Terrainflächen zu verlegen, welche künftig Ortsstraßen werden, so ist das Stadtbauamt veranlaßt, dem Magistrate Vorschläge wegen entsprechender Aenderung und Ergänzung des für die fragliche Gegend festgestellten Ortsbauplanes zu machen. Vom Stadtbauamte ist darauf empfohlen, an Stelle von drei dort projectirten Straßen fünf neue Straßenzüge in den Ortsbauplan aufzunehmen, mit welchem Vorschlage sich der Magistrat einverstanden erklärt hat. Um die Ausführung zu beschleunigen, ist gleichzeitig auf

den Erwerb des hiernach erforderlichen Terrains Bedacht genommen und sind die betr. Flächen durchweg zum Preise von 3 M für 1 qm angekauft worden. Wegen des Erwerbes einer dem Rentner Harms gehörigen 8 a 20 qm großen Theilfläche beantragt der Magistrat das Zwangsenteignungsverfahren einzuleiten, da der anfangs mit Harms vereinbarte Einheitspreis von 4 M zu hoch erscheint. Die Verhandlungen wegen der ca. 2 a 20 qm großen Theilfläche der unmittelbar an der Oker liegenden Interessentenschaftsländerei sind noch nicht zum Abschluß gebracht.

Die Anträge des Magistrates gehen dahin, den vorgelegten Theilortsbauplan, sowie den Ankauf der erforderlichen Länderei zu genehmigen, auch der zwangsweisen Enteignung der Harms'schen Theilfläche zuzustimmen und die alsbaldige Fortführung des Hauptabzugsanals unter Verwilligung einer Summe von 31 000 M gutzuheißen.

Wie Herr Blasius berichtet, beantragt die Statutencommission, die Vorlage in allen Punkten zu genehmigen, da die alsbaldige Fortführung des Canales wünschenswerth erscheine.

Herr Lange stimmt der Vorlage vollständig zu, möchte indessen die Anfrage an den Magistrat richten, wann die Däker am Wilhelmithore, der Prinzenwegbrücke, der Sophienstraße und der Bammelsburgerstraße hergestellt werden sollen. Vor der Fertigstellung dieser Anlagen nütze die weitere Canalisirung gar nichts, da die Canäle immer nur bis an die Oker herangehen. Ferner möchte er wissen, wie weit die Sache mit dem Steinhofe gediehen sei. Es erscheine ihm dringend wünschenswerth, daß auch diese Angelegenheit recht gefördert werde, damit die Fertigstellung der Steinhofsanlage mit der Fertigstellung der gesamten Canalisirung möglichst zusammenfalle.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Magistrat mit der von Herrn Lange gewünschten Schnelligkeit nicht immer arbeiten könne, da hierbei noch zu viele andere Factoren mitzuwirken haben. Was zunächst die Däkeranlagen betreffe, so habe man dieselben nicht früher in Angriff nehmen können, weil erst vor nicht langer Zeit das Rieselsystem mit der Auswahl eines bestimmten Rieselfeldes beschlossen sei. Da man aus diesem Grunde nicht gewußt habe, an welcher Seite der Oker die Pumpstation zu liegen kommen werde, sei zuerst ein Nothauslaß gegenüber der Zutefabrik vorgesehen gewesen, an dessen Stelle nun jetzt der definitive Canal zur Ausführung komme. Ob schon weitere Vorkehrungen wegen Anlegung der Pumpstation getroffen seien, glaube er nicht, weil erst wegen Lieferung der maschinellen Anlagen Contracte abgeschlossen werden müssen. Was das Stadium der Verhandlungen über den Steinhof anlange, so habe das Herzogliche Staatsministerium der Stadt definitiv das Recht der Expropriation des Steinhofes zuerkannt und seien Verhandlungen eingeleitet, um denselben möglichst im Wege der Güte auf die Stadt zu übertragen; auch sei vom Herzoglichen

Staatsministerium bereits eine Werthschätzung des Steinhofes angeordnet, die ihrem Ende entgegenstehe. Sobald diese Schätzung dem Magistrate vorliege und von demselben geprüft sei, werde die Versammlung eine entsprechende Vorlage erhalten. Einstweilen lasse sich in der Sache etwas Weiteres nicht thun. Namentlich in Bezug auf die Vervollständigung und Aptrirung des Rieselfeldes lasse sich aber nicht erhoffen, die Angelegenheit in einigen Wochen oder Monaten zu erledigen, denn zum Erwerbe des Steinhofes müsse auch der Landtag seine Zustimmung erteilen. Die sonstigen Vorarbeiten, soweit sie technischer Art seien, liegen bei der Canalbauleitung und sei ihm deren Stand nicht bekannt, da Herr Lange von dieser Anfrage dem Magistrate vorher eine Mittheilung nicht gemacht habe und Redner daher keine Erkundigungen habe einziehen können.

Herr Ebeling bestätigt die am Wilhelmithore herrschenden Uebelstände in der Oker und würde eine Besserung nur darin erblicken können, daß die Verunreiniger dieses Okerarms, u. A. auch die städtische Gasanstalt, gezwungen werden, ihre Abwässer erst unterhalb Braunschweigs der Oker zuzuführen. Eine Besserung der Wasserverhältnisse unterhalb der Stadt lasse sich dagegen erst nach der Durchführung des Rieselsystems erwarten. Er bitte darum den Magistrat, die Sache möglichst zu beschleunigen.

Herr Stadtrath Haake hat auf die bezüglich der städtischen Gasanstalt gemachte Bemerkung zu erklären, daß nach einer Mittheilung des Obergeringieurs Mitgau die städtische Gasanstalt schädliche Abwässer der Oker bestimmt nicht zuführe.

Herr Lange hat bei seiner Anfrage hauptsächlich den Hauptabflußdüker am Wilhelmithore im Auge gehabt. Die dort herrschenden Zustände seien unglaublich schlecht. Es sei ihm gleichgültig, wer die schädlichen Abwässer dort der Oker zuführe, aber eine Besserung müsse baldigst eintreten. Ob es überhaupt so furchtbar schwierig sei, die Schuldigen herauszubekommen, wolle er dahingestellt sein lassen. Durch Schaffung der vier Düker lassen sich die Uebelstände am ehesten beseitigen.

Herr Rimpau möchte darauf aufmerksam machen, daß die Sache mit dem Bau der Düker auch noch nicht erledigt sei. In der nächstfolgenden Vorlage sei besonders gesagt, daß der Bau der Düker an der Ferdinandstraße und am Wilhelmithore erst vollendet sein müsse, ehe der westliche Umfluthgraben ganz frei von Schmutzwässern bleiben könne und daß auch erst der Canal durch die verlängerte Thomästraße durchgeführt werden müsse, sonst würden doch noch Schmutzwässer in den westlichen Umfluthgraben eingeleitet werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte noch darauf hinweisen, daß die Entwässerung der südwestlichen Außenstadt in der jetzigen Form erst durch den diesjährigen Etat festgestellt und in Folge dessen zunächst der Hauptcanal durch die innere Stadt ausgearbeitet sei. Wenn jetzt nun aber auch die Düker gelegt

werden sollen, so fehlen dazu die technischen Kräfte. Es müßte mit dieser Arbeit daher wahrscheinlich bis zum nächsten Jahre gewartet werden.

Herrn Lange liegt es fern, der Verwaltung den Vorwurf der Verzögerung machen zu wollen; er müsse vielmehr anerkennen, daß mit großer Energie an der Canalisation gearbeitet werde, jedoch meine er, daß die Düker schon hätten fertiggestellt sein können.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

X. Canal in der verlängerten Thomä- und an der Pflegehausstraße.

In Sachen, betr. die Herrichtung eines Abzugscanales in der verlängerten Thomästraße, sowie der projectirten Verbindungsstraße zwischen der Goslar'schen und der Pflegehausstraße hat wegen Erwerbes des Grundstücks des Rentners Hilgendag das Expropriationsverfahren eingeleitet werden müssen, weil Letzterer für das zum Werthe von 53 000 M. geschätzte Grundstück 90 000 M. verlangt hatte. Das fragliche Verfahren ist jetzt beendet und dem Genannten für Abtretung des ganzen 37 a 45 qm großen Grundstücks eine Entschädigung von 73 579 M. zugewilligt. Die betr. Canalanlage bedingt indessen noch den vom Magistrate eingeleiteten Erwerb weiterer Flächen, welcher bislang folgendes Ergebniß gehabt hat.

1. Zunächst sind zwei Theilflächen des Rischbieter'schen Grundstücks im Umfange von 2,16 a und 3,62 a erforderlich. Während Rischbieter früher bereit gewesen sein soll, diese Flächen gegen entbehrliche Flächen des Hilgendag'schen Grundstücks einzutauschen, verlangt derselbe jetzt, abgesehen von Nebenforderungen, gegen Ueberlassung der erwähnten beiden 578 qm großen Flächen tauschweise eine Fläche von 1214 qm und daneben Abnahme der zwischen der projectirten Straße und der Pflegehausstraße liegenbleibenden Restfläche seines Grundstücks gegen Zahlung von 20 M. für 1 qm Terrain und von 14 000 M. für die darauffstehenden Gebäude. Da in der Hilgendag'schen Expropriationsache das Terrain an der Pflegehausstraße zu 16 M. pro qm geschätzt ist und die Rischbieter'schen Gebäude auch nicht annähernd 14 000 M. werth sind, überdies auch kein Grund vorliegt, das eventuell an Rischbieter tauschweise abzutretende Terrain des Hilgendag'schen Grundstücks noch nicht halb so hoch zu bewerten, wie das von Rischbieter an die Stadt abzutretende Terrain, so wird letztere nach der Ansicht des Magistrates auf die Forderung des Genannten nicht eingehen können.

2. Ferner ist eine 10,60 a große Theilfläche des Jacobs'schen Grundstücks zu erwerben, welche der Eigentümer unter annehmbaren Bedingungen abzutreten bereit ist, so daß der Magistrat deren Erwerb anheimgiebt.

3. Ebenso glaubt derselbe die Forderungen des Deconomen Helmbrecht, des Rentners Fichtner und des Fräulein Kaiser, von welchen Helmbrecht 99 qm, Fichtner 9,95 a und Kaiser 1,04 a abzutreten haben, zugestehen zu sollen. Darnach werden erhalten a) Helmbrecht tauschweise eine verfügbar bleibende 11 qm große Theil-

fläche des Königstieges und für die überschießenden 88 qm eine Entschädigung von 20 M für 1 qm, da sich nicht verkennen lasse, daß das Restgrundstück durch die Abtrennung der bezeichneten Fläche entwerthet werde, außerdem Ersatz für Bäume und Sträucher; b) Fichtner eine Entschädigung von 12 M pro qm und zwar nicht nur der vorstehend erwähnten Fläche, sondern auch einer weiteren Fläche von 2,40 a, deren Abnahme Fichtner nach den Grundsätzen des Expropriationsgesetzes verlangen kann, sowie außerdem einer Fläche von 1,25 a, welche zum Ausbau des Königstieges erforderlich ist, und daneben 1200 M für Spargel und Bäume; c) Fräulein Kaiser tauschweise eine 1,04 qm große Theilfläche des Hilgendag'schen Grundstücks und daneben eine neue Einfriedigung auf der künftigen Grenzlinie.

Hiernach ersucht der Magistrat, die beiden mit Jacobs und den übrigen 3 Anliegern abgeschlossenen Verträge zu genehmigen und ihn zu ermächtigen, die Zwangsenteignung der stadtseitig zu erwerbenden Theilflächen des Rischbieter'schen Grundstücks zu beantragen. Der Magistrat beabsichtigt, sobald der Stadt das Expropriationsrecht ertheilt sein wird, sich in den Besitz der betr. Theilfläche des Rischbieter'schen Grundstücks einweisen zu lassen, damit die in Rede stehende Canalanlage noch in diesem Jahre zur Ausführung gebracht werden kann. Der fragliche Sammelcanal wird nämlich die Vorfluth schaffen, nicht nur für den Canal der Pflegehausstraße, sondern auch für den der Goslar'schenstraße bis zum Hohenthore, so daß, wenn jener fertiggestellt und der z. B. bevorstehende Bau der Düker an der Ferdinandstraße und am Wilhelmithore vollendet sein wird, dem westlichen Umfluthgraben Schmutzwasser nicht weiter zugeführt werden würden.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Rimpau berichtet, angenommen.

XI. Baulinie an der Friesen- und Magnikirchstraße.

In Veranlassung eines von dem Tischlermeister Möhnke eingebrachten Antrages auf Feststellung der Fluchtlinie für das an der Ecke der Friesen- und Magnikirchstraße gelegene Grundstück hat das Stadtbauamt für diese Straßen neue Baulinien festgestellt, um deren Genehmigung der Magistrat ersucht.

Die Baucommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Bültmann I diesem Antrage an und die Versammlung genehmigt denselben.

XII. Baulinien an der Leopoldstraße.

Anläßlich eines von dem Maurermeister Gebald eingebrachten Antrages auf Feststellung der Fluchtlinie für das unter *N.* 41 an der Leopoldstraße gelegene Grundstück, sowie anläßlich des auf dem Seminargrundstücke zu errichtenden Neubaus sind für die betr. Theile dieser Straße neue Baulinien festgestellt, deren Genehmigung der Magistrat anheimgibt,

und die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche wiederum Herr Bültemann I berichtet, beschließt.

XIII. Erwerb einer Straßenfläche an der Maschstraße.

Der Wagenfabrikant Kronjäger hat von seinem an der Maschstraße gelegenen Grundstücke eine 8 qm große Theilfläche abzutreten. Der Magistrat ersucht zu genehmigen, daß dem Genannten für diese Fläche einschließlich der Entschädigung für eine neue Einfriedigung und für Abänderung der Gartenanlagen ein Betrag von zusammen 200 M. gezahlt werde,

was auf Empfehlung des Herrn Brückmann geschieht.

XIV. Canal- und Wasserrohr in der Taubenstraße.

Auf Antrag der städtischen Bauverwaltung ist vom Magistrate im Juli v. Js. angeordnet, daß der Canal und das Wasserrohr in der Taubenstraße bis an das Grundstück des städtischen Wirthschaftshofes daselbst um ca. 30 m verlängert werden. Diese Anordnung war durch den Betrieb des Wirthschaftshofes bedingt und hielt sich auch der Magistrat auf Grund der von der Versammlung erteilten bezüglichen generellen Ermächtigung zur Ausführung der Maßnahme befugt. Der Antrag desselben geht dahin, die hierdurch entstandenen Kosten für den Canal mit 783 M 43 S und für das Wasserrohr mit 173 M 40 S zu verwilligen.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, diesen Antrag zu genehmigen.

Herr Günther möchte bei dieser Gelegenheit anregen, den Canal in der Helmstedterstraße bis zum Central-Friedhofe zu verlängern, damit die Verhältnisse in der dortigen Bedürfnisanstalt gebessert werden können.

Der Herr Vorsitzende empfiehlt dem Herrn Vorredner, wegen dieser Gelegenheit eventuell einen besonderen Antrag zu stellen, da dieselbe mit dem vorliegenden Gegenstande der Tagesordnung nichts zu thun habe.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

XV. Baulinie an der Hamburgerstraße.

Da eine Baufluchtlinie für die Hamburgerstraße von Boßs Keller ab in nördlicher Richtung noch nicht festgelegt ist, so ersucht der Magistrat, eine für diese Straßenstrecke in Vorschlag gebrachte Baulinie zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, geschieht.

XVI. Baulinie am Rätghenhagen und Werder.

Auf Antrag des Malermeisters Stephan giebt der Magistrat anheim, eine von dem Stadtbauamte in Vorschlag gebrachte Baulinie zur Regulirung des Rätghenhagens und eines Theiles des Werder zu genehmigen,

was auf gleiche Befürwortung geschieht.

XVII. Wasserrohr nach dem neuen Herzoglichen Krankenhause.

Die Herzogliche Baudirection hat den Antrag gestellt, das Grundstück des neuen Herzoglichen Krankenhauses von der Koffstraße her mit Leitungswasser zu versorgen. Zu dem Zwecke muß das Wasserrohr in der letzteren Straße um 130 m verlängert werden, was einen Kostenaufwand von 916 M 30 S erfordert. Der Magistrat ersucht, diesem Antrage zu willfahren

und Herr Lange schließt sich demselben an.

Herr Halle fragt an, ob sich die Wasserzuführung nicht billiger mittelst des Leitungsröhres in der Cellerstraße bewerkstelligen lasse.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß die Möglichkeit solcher Zuführung wohl vorliege, daß indessen wegen der näheren Lage der Gebäude zur Koffstraße die magistratsseitig vorgeschlagene und von der Herzogl. Baudirection auch besonders gewünschte Zuführung von der Koffstraße ab vorzuziehen sei.

Herr Nieß will noch bemerken, daß die Zuführung des Wassers von der Koffstraße her auch schon deshalb den Vorzug verdiene, weil die Wasserstation der Krankenhausanlage sich ganz in der Nähe der Koffstraße befinde und daher eine Legung von Wasserrohren über das ganze Grundstück vermieden werde. Außerdem sei es auch gleichgültig, ob die Wasserrohren in der Koffstraße jetzt oder später verlängert werden.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

XVIII. Einfahrt an der Wolfenbüttlerstraße nach dem Bürgerparke.

Der rege Wagenverkehr von der Wolfenbüttlerstraße zum Bürgerparke macht die Herstellung einer befestigten Einfahrt nothwendig. Während die städtische Bauverwaltung die Kosten derselben zu 900 M veranschlagt hatte, fordert die Herzogliche Baudirection noch die Herrichtung von zwei weiteren Einfallschächten an der Ostseite der Wolfenbüttlerstraße, zu beiden Seiten der Elmstraße, und die Verwendung härterer Kopfsteine zur Befestigung des Reitbanketts, wodurch eine Mehrausgabe von 515 M entstehen würde. Da die Einfahrt über staatlichen Grund und Boden geht, so muß, wenn dieselbe ausgeführt werden soll, der Forderung der Herzoglichen Baudirection stattgegeben werden. Die städtische Bauverwaltung giebt daher anheim, zu dem fraglichen Zwecke eine Summe von 1415 M zu bewilligen, obwohl sie die dauerhaftere Ausführung der Einfahrt für ein Provisorium nicht für erforderlich halten kann.

Herr Lange hält die Herstellung der Einfahrt für dringend nothwendig und giebt die Bewilligung der geforderten Summe anheim.

Herr Rimpau kann die Anlage nicht für so nothwendig halten, um eine so hohe Ausgabe zu rechtfertigen. Wenn die Wagen auch bei dem Hinabfahren anfangs in eine schnellere Gangart gerathen, so kommen sie doch sehr bald wieder in ein ruhigeres Tempo, weil auf der anderen Seite die Aufschüttungen jetzt schon ziemlich

hoch vorgenommen seien. Außerdem wisse er auch nicht, ob die Anlegung der Einfallschachte so unbedingt nothwendig sei.

Herr Bültmann I muß dem gegenüber die Einfahrt für dringend nothwendig halten, weil unter den jetzigen Zuständen Pferde und Wagen erheblich leiden.

Herr Rieke möchte bei dieser Gelegenheit Aufklärung darüber haben, was eigentlich mit dem „Froschquartiere“, dem sogenannten Teiche im neuen Bürgerparke werden solle. Zur Verbesserung der dortigen Verhältnisse hätte man wenigstens den „Kummer“ vom neuen Stadthause dorthin schaffen sollen. Man habe das Wiesenterrain verwüstet, sodaß es nichts einbringe, während dort, wenn der Teich planirt wäre, wenigstens Hafer für die städtischen Pferde hätte wachsen können. Es liege keine Ersparniß darin, solches Terrain halbfertig liegen zu lassen, sondern man sollte dasselbe möglichst schnell fertig stellen, dann könnten auch die Höhenverhältnisse abgemessen und gleich eine definitive Einfahrt hergestellt werden. Unrecht sei es von der Baudirection, für ein solches Provisorium das beste und theuerste Pflaster zu verlangen.

Herr Eheling tritt für die Herstellung der Einfahrt ein, da dort im Interesse der Gespanne etwas geschehen müsse.

Herr Wollenweber kann sich für die Bewilligung der geforderten hohen Summe nicht aussprechen, weil eine einfache provisorische Einfahrt billiger herzustellen sei.

Herr Bültmann I macht darauf aufmerksam, daß die Herzogliche Baudirection das Material zu der Einfahrt und die Art der Ausführung derselben vorschreiben könne, weil die Einfahrt auf dem Eigenthume des Staates hergestellt werden solle. Wenn die Stadt sich diesen Bedingungen nicht fügen wolle, müßte die Herrichtung der Einfahrt unterbleiben.

Herr Bues kann es nicht für nöthig halten, dort jetzt noch 1500 M für eine Einfahrt auszugeben, nachdem die Terrainverhältnisse gegen früher ganz erheblich gebessert seien.

Herr Bültmann I bittet nochmals, der Vorlage zuzustimmen, da die Einfahrt im Interesse der städtischen Fuhrleute und Pferde nothwendig sei.

Herr Löschnigk erklärt sich gegen die Bewilligung, weil die Terrainverhältnisse die Einfahrt nicht mehr erheischen und die Pferde nach dem Passiren derselben in dem losen Sande doch nicht geschont werden können.

Nachdem Herr Lange die Vorlage nochmals zur Genehmigung empfohlen hatte, wird dieselbe von der Versammlung mit knapper Mehrheit angenommen.

XIX. Einspruch gegen die Baulinien an der Höfenstraße.

Der Schlossermeister Achilles hat gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Aenderung der Baulinien für die Höfenstraße Einsprache erhoben, weil bei Durchführung der neuen Baulinien vor seinen Häusern ein 1 m tiefer Schnee-

und Wassergraben sich bilden würde. Daß die Straße demnächst erheblich höher liegen wird, als die Achilles'schen Gebäude, muß magistratsseitig zugegeben werden; gerade dieserhalb aber und zwar um den sich daraus für die fraglichen Gebäude unzweifelhaft ergebenden Uebelstand wenigstens zu mildern, ist die Aenderung des Ortsbauplanes beschlossen worden. Mit Rücksicht hierauf und da der Zweck der Achilles'schen Einsprache dahingeht, nicht sowohl die alte Baulinie bestehen zu lassen, als vielmehr die Stadt zum Ankauf der betr. Grundstücke zu veranlassen, giebt der Magistrat, unter wiederholtem Hinweis darauf, daß Achilles wegen der durch die fragliche Straßenanlage veranlaßten Schädigung seiner Grundstücke demnächst voll zu entschädigen sein wird, anheim, die erhobene Einsprache zu verwerfen.

Wie Herr Nieß namens der Baucommission berichtet, muß zugestanden werden, daß dem p. Achilles seitens der früheren städtischen Verwaltung schweres Unrecht geschehen sei; denn vor 23 Jahren habe müssen Achilles seine Häuser so hinstellen, wie sie jetzt stehen. Durch die von der städt. Bauverwaltung inzwischen veränderte Höhenlage der Straße seien die Häuser jetzt in eine Untiefe gerathen und bilden dadurch einen merkwürdigen Denkstein in der Baugeschichte der Stadt. Wenn nun auch Achilles ein großes Interesse daran haben möge, die Häuser los zu werden, so könne die Commission doch der Ansicht des Magistrates nicht beistimmen, daß es ihm bei seiner Einsprache allein darum zu thun sei, die Häuser der Stadt abzutreten, sondern man müsse annehmen, daß ihn die mißliche Lage der Häuser zu seinem Angebot veranlasse. Nichtsdestoweniger könne aber die Commission dem Antrage des p. Achilles nicht stattgeben, sondern müsse aus rechtlichen Gründen beantragen, die Einsprache zu verwerfen unter dem Hinweise darauf, daß man später den Entschädigungsansprüchen des p. Achilles billig Rechnung tragen werde.

Herr Hauswaldt muß unter den vorgetragenen Verhältnissen empfehlen, die Einsprache gelten zu lassen, da Achilles nach dem Referate im Recht zu sein scheine.

Herr Oberbürgermeister Bockels erwidert, daß Herr Hauswaldt die Sachlage jedenfalls erkenne. Der Ortsbauplan habe die Höfenstraße in einem Niveau festgelegt, bei dessen Ausführung die Achilles'schen Gebäude im Drecke liegen würden. Um diesen nachträglich erkannten Uebelstand zu mildern, sei der jetzige Ortsbauplan vorgeschlagen. Die städtischen Behörden seien nun von jeher dem Principe treu gewesen, Einsprachen aus Rücksichten auf Privatverhältnisse nicht gelten zu lassen und dieser Grundsatz müsse auch hier befolgt werden. Selbstverständlich werden die Betheiligten hinterher entschädigt werden.

Herr Rieke schließt sich diesen Ausführungen im Allgemeinen an und bemerkt noch weiter, daß die Höhenlage der Höfenstraße nicht um den p. Achilles allein geändert werden könne, sondern daß hier auch noch die anderen Anlieger mit in Frage kommen. Wenn hinterher die Entschädigungsfrage an die Stadt herantrete,

werde Achilles schon Gerechtigkeit widerfahren, wenn ihm auch die hohe Forderung für seine „Holzkasten“ nicht gewährt werden könne.

Die Einsprache wird darauf verworfen.

XX. Baulinie an der Straße „Hintern lieben Frauen“.

In Folge Antrages des Maurermeisters Lange ist für das Neddermeyer'sche Grundstück, hintern lieben Frauen № 9, eine neue Baufluchtlinie festgestellt, deren Genehmigung der Magistrat anheimgiebt,

und die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, beschließt.

XXI. Baulinie an der „Höhe“.

In Veranlassung eines von dem Maurermeister Lange eingebrachten Antrages auf Feststellung der Baufluchtlinie für das unter № 25 an der Höhe gelegene Bäckermeister Wedde'sche Grundstück sind für einen Theil dieser Straße neue Baulinien in Vorschlag gebracht. Der Magistrat ersucht, den Ortsbauplan dementsprechend festzustellen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, geschieht.

XXII. Zwangsenteignungsverfahren an der Stecherstraße.

Von dem Rabe'schen Grundstück an der Stecherstraße ist bei dessen Neubebauung eine Theilfläche von 10 qm der Straße zuzulegen. Da der Eigenthümer nicht geneigt ist, diese Theilfläche zum Einheitspreise von 10 M abzutreten, so ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß wegen Erwerbes derselben das Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet werde.

Herr Nieß befürwortet namens der Baucommission den Antrag und die Versammlung genehmigt denselben.

XXIII. Zwangsenteignungsverfahren an der Thomästraße.

Der Kaufmann Hermann Witte hat sich durch Vertrag verpflichtet, die durch den stadtheftig übernommenen Ausbau der Fortsetzung der Thomästraße auf der Strecke zwischen Petri- und Glückstraße entstehenden Kosten zu tragen. Zur Ausführung der projectirten Straße sind auch zwei insgesammt 8 a 40 qm große, dem Rudolphstifte und bezw. dem Schmiedemeister Tägtbuhr gehörende Flächen erforderlich. Da sich die Betheiligten über den Preis der abzutretenden Flächen nicht einigen können, so haben dieselben anheimgegeben, das Zwangsenteignungsverfahren stadtheftig einleiten zu lassen, welchem Antrage sich der Magistrat anschließt,

und die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, namens welcher Herr Nieß berichtet, zustimmt.

XXIV. Erwerb einer Theilfläche an der Petristraße.

Der geplante Ausbau der verlängerten Thomästraße macht es erforderlich, eine für den vollständigen Ausbau der Petristraße nothwendige, dem Rudolphstifte gehörige Fläche von 80 qm stadtheilig zu erwerben. Der Magistrat beantragt, diese Fläche zum Einheitspreise von 6 M, mit welchem der Vorstand des Rudolphstiftes einverstanden ist, zu erwerben.

Nach Befürwortung durch Herrn Brückmann gelangt die Vorlage zur Annahme.

XXV. Gesuch von Anwohnern der Gildenstraße um theilweise Steuerbefreiung.

Eine Anzahl Anwohner der Gildenstraße fühlt sich in ihrem Einkommen durch die ziemlich lange währende Canalisation dieser Straße auf der Strecke zwischen Südklint und Sonnenstraße benachtheiligt und richtet an den Magistrat das Ersuchen, ihm hierfür die Einkommensteuer auf ein Vierteljahr zu erlassen. Nach den Feststellungen der städtischen Canalbauverwaltung wurde der Canalbau in der Gildenstraße am 13. April am Südklinte begonnen und am 9. Juni die zwischen dem Südklinte und der Sonnenstraße gelegene Strecke für den durchgehenden Fuhrverkehr wieder freigegeben. Die zwischen dem Südklinte und der Walertwete gelegene Theilstrecke der Gildenstraße war vom 13. April bis zum 13. Mai für die Zufuhr dadurch gesperrt, daß nach Fertigstellung der fraglichen Canalstrecke das aus der anderen Strecke geförderte Erdreich dort gelagert werden mußte. Die Unterbrechung der directen Zufuhr zu den übrigen Grundstücken hat nicht länger als etwa 2—3 Wochen gewährt, da bei der Breite der Straße ein Wenden der Fuhrwerke sehr gut möglich war. Der Magistrat hat die Eingabe an die Versammlung zur Kenntnißnahme und weiteren Veranlassung übersandt.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Brückmann die Ablehnung des Gesuches empfehlen, da bei der Genehmigung desselben noch eine ganze Reihe weiterer Einwohner mit derartigen Ansprüchen hervortreten würde.

Die Ablehnung des Gesuches wird darauf beschlossen.

XXVI. Vorschuß für die Gemeine-Kirchencasse.

Die Gemeine-Kirchencasse hat im Laufe der Jahre ihr Vorrathsvermögen aufgezehrt und kann mit ihren laufenden Einnahmen die ihr obliegenden Ausgaben nicht bestreiten, in Folge dessen das Kirchencassen-Collegium die Einbringung einer Vorlage wegen endgültiger Bewilligung eines bedarfsmäßigen Zuschusses nach Ermittelung der ungefähren Höhe desselben in Aussicht stellt und einstweilen beantragt, den der Gemeine-Kirchencasse von der Stadt im Jahre 1891 gewährten Vor-

schuß von 10000 M. inzwischen zu stunden, auch erforderlichenfalls zu verstärken. Der Magistrat hält dafür und beantragt, daß zur Begleichung der diesjährigen Fehlsomme der Gemeinde-Kirchencasse nicht schon für das laufende Jahr nach Maßgabe des Statuts M. 2 vom 31. Juli 1893 eine Gemeinde-Kirchensteuer ausgeschrieben, daß letztere vielmehr, auch zu nachträglicher Deckung des diesjährigen Fehlbetrages, erst zum 1. April 1894, gleichzeitig mit der Gemeinde-Einkommensteuer veranlagt und daß darnach die Fehlsomme der Gemeinde-Kirchencasse nicht allein aus dem laufenden Jahre, sondern auch aus dem ersten Vierteljahre 1894 in Höhe des nachgewiesenen bezw. noch nachzuweisenden Bedarfs aus den Vorrathsmitteln der Stadthauptcasse und zwar unverzüglich vorgeschossen werde.

Die Vorlage wird namens der Statutencommission von Herrn Rudeloff zur Annahme empfohlen.

Herr Halle ist der Ansicht, daß im Hinblick auf die großen Opfer, welche die Stadt dem Kirchencassen-Collegium namentlich bei Anlegung des Central-Friedhofes schon gebracht habe, es angezeigt gewesen wäre, mit dem Kirchencassen-Collegium gerade bei letzterer Gelegenheit ein Abkommen zu treffen, dahingehend, daß die Einzelfriedhöfe der Gemeinden demnächst in den Besitz der Stadt übergehen, weil diese Friedhöfe sich sehr gut zu Anlagen eignen würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Versammlung durch Genehmigung der Vorlage dem Kirchencassen-Collegium nicht etwa ein Entgegenkommen erweise, sondern daß es sich nur um die Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht handle. Was die Anregung des Herrn Halle anlange, so habe er zu bemerken, daß bei der Centralisirung des Friedhofswesens im Jahre 1887 im Principe eine bezügliche Vereinbarung getroffen sei auf der Basis, daß die Einzelfriedhöfe nach ihrem Schlusse, also in etwa 30 Jahren, in den Besitz der Stadt übergehen, unter der Verpflichtung der letzteren, sie als Parkanlagen zu erhalten. Diese Angelegenheit sei rechtlich noch nicht erledigt aus dem Grunde, weil neuerdings seitens der Landes-Versammlung oder der Landes-Synode Verhandlungen angeregt seien in Betreff der Ueberweisung alter Friedhöfe an die politischen Gemeinden, insofern als diese entsprechenden Ersatz dafür geleistet haben. Die Einzelfriedhöfe werden also in der einen oder anderen Weise der Stadt verbleiben.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

XXVII. Antrag Ebeling u. Gen.: Einrichtung einer Freibank.

Zur Begründung des Antrages der Herren Ebeling, Lange und Brückmann, betreffend die Einrichtung einer sogenannten Freibank — Verkaufsstelle für minderwerthiges Fleisch — am hiesigen städtischen Schlachthause, führt Herr Ebeling Folgendes aus: Nachdem der wohlthätigen Einrichtung eines Kühlhauses zugestimmt worden, möchte er noch auf die Errichtung einer sogenannten Freibank, also einer Verkaufsstelle für im Schlachthause geschlachtetes Vieh, dessen

Fleisch allerdings für minderwerthig, aber zum Genusse noch als durchaus tauglich erklärt sei, hinweisen. Es bestehe hier die Sitte, alles Vieh, was sich bei der Schlachtung nicht als durchaus gut herausstelle, zu vernichten, während es doch häufig vorkomme, daß Vieh geschlachtet werde, welches nur theilweise, in einzelnen Theilen, zu beanstanden wäre und das im Uebrigen zum menschlichen Genusse verwendet werden könne. Hierin liege eine Verschwendung des Nationalvermögens. Viele Viehbesitzer aus der Umgegend seien durch dieses Verfahren schon etwas scheu geworden und setzen sich mit auswärtigen Schlachtern, unter Umgehung des hiesigen Schlachthauses, in Verbindung, sobald sie befürchten, daß an einem Stück Vieh irgend ein Mangel haften könne. Diese Schlachter pflegen dann das Stück Vieh zu einem Spottpreise zu kaufen und das Fleisch am Markte unter Täuschung des Publicums zum vollen reellen Preise wieder zu veräußern. Das sei ein Uebelstand, der sich beseitigen lasse, wenn man eine Einrichtung treffe, nach welcher die nicht genießbaren Theile eines Stückes Vieh abgetrennt und die übrigen Theile zu einem ermäßigten Preise an die unbemittelten Bürger verkauft werden. Nach der bei verschiedenen auswärtigen Schlachthäusern getroffenen Einrichtung gehe ein solches Stück Vieh in die Rechnung der Schlachthaus-Direction über und werde auch von dieser dem Besitzer des Viehes die Rechnung über den Verkauf aufgemacht. Die Direction überweise das Fleisch der Freibank, welche es zum Preise von 30—40 \mathcal{M} das Pfund verkaufe. Auf diese Weise werde ein an sich noch völlig brauchbares Fleisch zu Gunsten der ärmeren Bevölkerungsschichten verwerthet.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutencom-mission zur Vorberathung überwiesen.

XXVIII. Anfrage Löschigk: Abstellung von Mißständen an der Leopoldstraße.

Wie Herr Löschigk zur Begründung der Anfrage:

„Ist der Magistrat in der Lage, Aufschluß zu geben, wie er die begründeten Klagen der Anwohner der Leopoldstraße, in der die Firma Paetz durch ihren Gewerbebetrieb die Luft verpestet, abzustellen gedenkt?“
ausführt, werden die Anwohner der Leopoldstraße und der nächstgelegenen Straßen durch die Productenhandlung von Paetz in arger Weise belästigt. Da nun Gewerbetreibende, welche die Nachbarschaft durch ihren Gewerbebetrieb belästigen, für die Abstellung der Mißstände besorgt sein müssen, so richte er die Bitte an den Magistrat, nicht allein hier, sondern auch an anderen Stellen der Stadt den Leuten etwas schärfer auf die Finger zu sehen. Für die Leopold- und die Wallstraße kommen die fernern Unannehmlichkeiten hinzu, daß dort noch offene Gassen vorhanden seien, obwohl die Leopoldstraße schon einen Canal besitze.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß in dieser Angelegenheit nicht der Magistrat sondern die Herzogliche Polizei-Direction competent sei. Die Klagen wegen der offenen Gassen seien darauf zurückzuführen, daß die Mehrzahl

der Hausbesitzer sich dem Straßencanale noch nicht angeschlossen habe. Der Magistrat stehe in dieser Beziehung recht unangenehmen Verhältnissen gegenüber und müsse die Hausbesitzer sehr häufig bestrafen, weil dieselben nicht in der Lage seien, die Anschlußkosten zu bestreiten. In den letzten Monaten sei möglichst darauf gehalten, die Anschlüsse zu erzielen und können nach allgemeiner Durchführung derselben Gerüche aus den Gassen nicht mehr entstehen. Im Uebrigen solle Veranlassung genommen werden, die Herzogliche Polizei-Direction auf die beregten Mißstände aufmerksam zu machen.

XXIX. Antrag Rudeloff u. Gen.: Unterführung der Düker.

Den Antrag der Herren Rudeloff, Lange und Brückmann:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, zu veranlassen, daß die Unterführung der Düker am Wilhelmi- und Hohenthore sofort in Angriff genommen werde,“

begründet Herr Rudeloff wie folgt: Bei der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels, daß in diesem Jahre mit der Unterführung der Düker nicht mehr begonnen werden könne und damit bis zum nächsten Jahre gewartet werden müsse, könne sich Niemand beruhigen, der die Verhältnisse in der Gegend des Wilhelmi- und Hohenthores beobachtet habe und die Gesundheitsgefährdungen über sich habe ergehen lassen müssen. Da die Antragsteller meinen, daß die westliche Oker durch die Düker entlastet werde und die Verhältnisse dort ein Eingreifen der Stadt gebieterisch fordern, so bitten sie um Unterstützung und möglichst sofortige Berathung des Antrages.

Der Antrag findet eine ausreichende Unterstützung.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte anheimgeben, die Sache nicht sofort zu berathen, da es mit darauf ankomme, festzustellen, ob die Düker bei ihrer alsbaldigen Fertigstellung einstweilen todte Anlagen werden, oder in Betrieb gesetzt werden können. Die Straßencanäle seien noch nicht so weit fertig, um dieselben an die Düker anschließen zu können.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung überwiesen und damit die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4—6¹/₂ Uhr.

1893/94.

N^o 7.

Be r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. September 1893.

Tagesordnung:

I.	Antrag Schumburg: Errichtung eines städtischen Krankenhauses . . .	Seite 140
II.	Antrag Rudeloff: Einrichtung einer Arbeitsvermittlungsstelle . . .	" 141
III.	Antrag Müller: Anlage der Zweigcanäle.	" 141
IV.	Erwerb von Grundflächen an der Salzdhumerstraße	" 142
V.	Kosten für Regulirung der Thurmuhren	" 142
VI.	Gesuche um Erlass der Hundesteuer	" 143
VII.	Arbeiten auf der Neustadtmühle und Austausch von Grundflächen. . . .	" 144
VIII.	Pachtung von Wiesen an der Schunterbrücke	" 144
IX.	Rechnungslegung über den Cholera-Credit	" 145
X.	Gesuch um Erstattung von Unkosten	" 146
XI.	Kosten für Einrichtung von Stotterheilcursen	" 147
XII.	Verwilligung einer Beihülfe für die Gartenbauschule	" 147
XIII.	Canalisirung der Spinnerstraße	" 147
XIV.	Baulinie an der Ritterstraße	" 148
XV.	Antrag Ebeling und Gen.: Einrichtung einer Freibank	" 148
XVI.	Antrag Rudeloff und Gen.: Unterführung der Düker	" 152
XVII.	Stenertliche Behandlung von auswärtigen Gewerbetreibenden, von Actien- gesellschaften u.	" 153
XVIII.	Pachtvertrag mit der Garnison-Verwaltung.	" 157
XIX.	Austausch von Grundflächen am Bohlwege	" 158

XX.	Theilortsbauplan an der Neustadtmühle und der Okerstraße	Seite 158
XXI.	Ordnung des Haushaltswesens der Stadt und Geschäftsanweisung für die Stadthauptcasse	" 158
XXII.	Credit für den Stadthausbau und Begrenzung der Bausumme	" 161
XXIII.	Gehaltszuschuß für den zweiten Hauptprediger zu St. Andreas	" 161
XXIV.	Baulinie an der Wendenstraße	" 162
XXV.	Erwerb einer Grundfläche an der Scharnstraße	" 163
XXVI.	Aufnahme eines Processus gegen den Gastwirth Curland in Delper	" 163
XXVII.	Aufnahme eines Processus gegen den Oberlehrer Dr Carl Brandes	" 163
XXVIII.	Erwerb einer Grundfläche an der Neuenstraße	" 164
XXIX.	Antrag Kiefe und Gen.: Vorschriften bei Vergebung städtischer Arbeiten	" 164
XXX.	Anfrage Hauswaldt: Maßnahmen bei Ausführung der Dükeranlagen	" 166
XXXI.	Antrag Kiefe: Zahlungserleichterung bei den Canalanschlüssen	" 166
XXXII.	Antrag Weber und Gen.: Zuziehung des Stadtbauraths Winter zu einer Berathung	" 167

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer, Meyer und von Frankenberg, sowie Assessor Floto; später erscheint noch Herr Stadtrath Ramdohr.

Entschuldigt die Herren Voller, Jüdel, Lange, Löbbcke, Meyer und Rimpau, später erscheint Herr Semler.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und heißt zunächst Herrn Assessor Floto, welcher dem Magistrate als Hilfsarbeiter überwiesen ist, in der Versammlung willkommen. Sodann erhält das Wort zur Abgabe einer Erklärung

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Magistrat sei in der angenehmen Lage, der Versammlung die Mittheilung zu machen, daß ein kürzlich verstorbener Mitbürger, der Ober-Postcommissär a. D. Wilhelm die Stadt testamentarisch bedacht habe, indem er derselben zunächst seine Handschriftensammlung und Alles, was sich an Schriftstücken daranlehne, vermacht habe. Ferner solle die Stadt seine Bücher erhalten, soweit sie nicht von seiner Schwester und einem anderen Legatäre in Anspruch genommen werden und endlich sei seine Siegel Sammlung und seine Kupferstichsammlung — in einen Folio Band geklebt — sowie endlich einige eingerahmte Kupferstiche der Stadt vermacht. Die Versammlung werde mit dem Magistrate in dankbarer Annahme der des Vermächtnisses die gemeinnützigen Gesinnungen ehren, aus denen dasselbe hervorgegangen sei.

Darauf wird in die Berathung der Tagesordnung getreten.

I. Antrag Schumburg: Errichtung eines städtischen Krankenhauses.

Wie der Herr Vorsitzende mittheilt, hat die Statutencommission die Berathung des in der Sitzung vom 23. März d. Js. gestellten Antrages (Seite 111 des Prot.)

fallen gelassen, weil der Antragsteller inzwischen aus der Versammlung geschieden sei und es dem Brauche der Versammlung entspreche, auf derartige Anträge nicht zurückzukommen.

Der Antrag ist damit erledigt.

II. Antrag Rudloff: Einrichtung einer Arbeitsvermittlungsstelle.

Nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden hat die Statutencommission beschlossen, die Berathung dieses in der Sitzung vom 4. Mai d. Js. gestellten Antrages (Seite 35 des Berichts) noch nicht vor das Plenum zu bringen, vielmehr abzuwarten, welches Ergebniss eine in Stuttgart geplante und von einem Theile der städtischen Behörden genehmigte communale Einrichtung solcher Vermittlungsstelle haben werde. An den Magistrat sei indessen von der Commission das Ersuchen gerichtet, aus Stuttgart und sonstigen hierbei in Betracht kommenden Städten entsprechendes Material einzuholen, worauf dann die Berathung stattfinden werde.

III. Antrag Müller: Anlegung der Zweigcanäle.

Namens der Finanzcommission berichtet Herr Seele über den in der Sitzung vom 22. Juni d. Js. (Seite 86 des Berichts) gestellten Antrag, daß in der Richtung desselben inzwischen schon sehr viel geschehen sei und daß mit Rücksicht hierauf, sowie auf die vom Magistrat in der Commission abgegebenen sehr befriedigenden Erklärungen der Antragsteller sich veranlaßt gesehen habe, seinen Antrag zurückzuziehen.

Herr Rieke bemerkt, daß die Frage ein ziemlich erhebliches Interesse in der Bürgererschaft und zwar namentlich betreffs der zu leistenden Vorschüsse erweckt habe, indem man annehme, daß gegen das jetzt beliebte Verfahren durch den Antrag Wandel geschaffen werden solle. Nach diesem Verfahren müßten schon vor Anlegung der Zweigcanäle ganz bedeutende Summen deponirt werden und erhalten die Betheiligten, sofern sie sich weigern, zu zahlen, Drohbriefe, nach welchen sie mit neun Mark Strafe belegt werden sollen. Wer aber kein Geld habe, erhalte auch nichts, wenn er noch Strafe bezahlen solle. Deshalb habe er geglaubt, es sollte mit darüber gesprochen werden, wie den armen Leuten, die wohl ein Haus besitzen, denen davon aber kaum ein Ziegel auf dem Dache gehöre, bei Anlegung der Hausanschlüsse geholfen werden könne. Seiner Meinung nach dürfe Niemand früher zur Zahlung gezwungen werden, bis die Arbeiten fertiggestellt seien, wenn auch andererseits die Stadt sich wegen etwaiger Ausfälle möglichst sichern müsse. Eine ratenweise Abzahlung der durch die Anlegung der Zweigcanäle entstehenden Kosten lasse sich nach dem in der Friesenstraße gegebenen Beispiele jedenfalls allgemein einführen, zumal da an anderen Stellen auch schon Anschlüsse hergestellt seien, ehe die betreffenden Hausbesitzer Anzahlungen geleistet haben.

Der Herr Vorsitzende unterbricht den Vorredner mit der Erklärung, daß der betr. Antrag von dem Referenten sachlich gar nicht beleuchtet, sondern zurückgezogen sei und daher nicht weiter zur Verathung stehe.

IV. Erwerb von Grundflächen an der Salzdahlumerstraße.

Nachdem die Eigenthümer der an der Ostseite der Salzdahlumerstraße auf der Strecke zwischen Gertruden- und Friedrichstraße gelegenen Grundstücke sich bereit erklärt haben, die zur Verbreiterung der Salzdahlumerstraße erforderlichen Grundflächen an die Stadt zum Einheitspreise von 15 M abzutreten, auch die städtische Bauverwaltung diesen Preis für angemessen und die Verbreiterung der Straße für nothwendig erachtet hat, ersucht der Magistrat, den mit den Eigenthümern Jahnz, Berkhan und Mädge abgeschlossenen Kaufvertrag zu genehmigen, was auf Befürwortung des Herrn Bues geschieht.

V. Kosten für Regulirung der Thurmuhren.

Bei Ausführung der Arbeiten zum Zwecke der Regulirung der hiesigen Thurmuhren hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, an einigen Uhren Reparaturen vorzunehmen, deren Ausführung ohnehin über kurz oder lang erforderlich geworden wäre, die aber durch die Regulirung nicht bedingt wurden. Um die dringend erwünschte Fertigstellung der Uhrenregulirung nicht noch weiter zu verzögern, hält der Magistrat die Uebertragung dieser Arbeiten an die Uhren- und Säulen-Commandit-Gesellschaft Breslauer & Dr. von Orth für wünschenswerth, obwohl die von derselben geforderte Summe von 136 M etwas höher war, als die städt. Bauverwaltung veranschlagt hatte. Der Magistrat ist zu dem Entschlusse auch mit aus dem Grunde bewogen, weil sich bereits im Januar d. Js. herausgestellt hatte, daß die durch einen von der Gesellschaft hierher gesandten Vertreter an der Uhr der Catharinenkirche angebrachte Regulirvorrichtung allen Anforderungen entsprach. Ferner hat der Magistrat für nothwendig erachtet, die Instandsetzung der Uhrkammer in der Martinikirche unter Aufwendung einer Summe bis zu 110 M anzuordnen.

Da sich nun außerdem ein vollkommen gleichmäßiges Gehen der Uhren nur dann erzielen läßt, wenn dieselben unter einander und gleichzeitig mit der im Polytechnicum aufzustellenden Normaluhr durch eine einheitliche Drahtleitung verbunden werden, so erschien es dem Magistrate zweckmäßig, hierzu die Gestänge der Post zu benutzen und hat sich die Kaiserliche Ober-Postdirection auch damit einverstanden erklärt, sofern eine jährliche Gebühr von 33,75 M für jedes volle und angefangene Kilometer Leitung gezahlt werde. Es würde dieses bei einer Länge von insgesammt etwa 6 km jährlich 202,50 M ausmachen. Nach einem vom Brandmeister Wieders aufgestellten Anschlage würden sich dagegen die Anlagekosten bei Benutzung der Feuermelbergegestänge nur auf ungefähr 1270 M belaufen, während

für Unterhaltung nur etwa 50 M jährlich aufzuwenden sein würden. Unter diesen Umständen dürfte sich nach der Ansicht des Magistrates empfehlen, die Drahtleitung durch Feuerwehrlente ausführen und unterhalten zu lassen. Das Ersuchen des Magistrates geht nun dahin, die vorerwähnten Beträge von $136 + 110 + 1270 = 1516$ M zu verwilligen und die Aufwendung von jährlich 50 M für Unterhaltung der elektrischen Leitung zu genehmigen.

Die Finanzcommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Seele diesen Anträgen an und die Versammlung genehmigt dieselben.

VI. Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

Wie Herr Müller berichtet, liegen wiederum 28 Gesuche um Erlass der Hundesteuer vor, und handle es sich bei 4 Gesuchen um Ziehunde und bei den übrigen 24 Gesuchen um Wachhunde. Unter Berücksichtigung des bisher in dieser Beziehung von der Versammlung eingenommenen Standpunktes beantrage er, die 4 Gesuche um Befreiung von der Besteuerung der Ziehunde, sowie 2 Gesuche um Befreiung je eines zur Bewachung der staatlichen und der städtischen Baracke auf dem gr. Exercierplatze dienenden Hundes zu genehmigen, dagegen die übrigen 22 Gesuche um Freilassung von Wachhunden abzulehnen. Dabei möchte er aber an den Magistrat das Ersuchen richten, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Bewachung der städtischen Straßen zur Nachtzeit weiter ausgedehnt werden könne, damit die vielen bei Einbringung der Erlassgesuche vorgetragenen Klagen über das Fehlen jedweden nächtlichen Schutzes wenigstens gemindert werden.

Herr Stadtrath Meyer kann keinen Grund erkennen, aus welchem die zur Bewachung der Baracken dienenden Hunde steuerfrei sein sollen, und bittet daher, auch diese beiden Gesuche abzulehnen.

Herr Oberbürgermeister Pockels schlägt dagegen vor, die beiden Gesuche von der Beschlußfassung auszuschließen, um zunächst noch festzustellen, ob die beiden Hunde fortwährend bei den Baracken seien, oder ob deren Eigenthümer innerhalb der Stadt wohnen und sich mit den Hunden nur zeitweise in den Baracken aufhalten. Im ersteren Falle seien die Hunde steuerfrei, weil die Baracken nicht auf städtischem Gebiete liegen.

Die Beschlußfassung über die beiden Gesuche wird darauf ausgesetzt.

Herr Halle muß dem Herrn Berichterstatter darin beistimmen, daß bezüglich der Bewachung der außenstädtischen Straßen etwas mehr geschehen müsse; man könne nicht auf der einen Seite alle Wachhunde ohne Unterschied zur Steuer heranziehen und auf der anderen Seite eine große Anzahl der außenstädtischen Straßen ohne jeden nächtlichen Schutz lassen. Darum solle man beispielsweise dem Abdeckereibesitzer und den Anwohnern des oberen Theiles vom Madamenwege einen Wachhund frei lassen.

Der Herr Vorsitzende möchte dem gegenüber constatiren, daß, wenn die Grundsätze des Herrn Halle richtig wären, die Statuten geändert und die Bewohner einzelner Stadttheile, welche nicht bewacht werden, von der Steuer entbunden werden müßten. Bis dahin könne aber ein genereller Erlaß der Abgabe nicht beschlossen werden.

Herr Löschigt möchte Herrn Halle unterstützen, da der Nachtwachdienst hier außerdem noch nicht ordentlich gehandhabt werde, sonst könnte es nicht vorkommen, daß einem im Dienst befindlichen schlafenden Nachtwächter der Säbel fortgenommen werde.

Die Anträge des Herrn Berichterstatters werden darauf genehmigt.

VII. Arbeiten auf der Neustadtmühle und Austausch von Grundflächen.

Bei Ausführung der Erdarbeiten zum Neubau einer Erziehungsanstalt für weibliche Diensthöten auf dem am Wollmarkt *N.* 9—11 gelegenen Grundstücke hat sich herausgestellt, daß das auf dem benachbarten Grundstücke der Neustadtmühle befindliche Wohnhaus für den Maschinenisten sich in einem gefahrdrohenden Zustande befindet. Es erscheint daher nothwendig, die das Erdgeschoß dieses Hauses an der Südseite abschließende schwache Mauer baldmöglichst zu unterfangen oder abzubauen und in genügender Stärke mit regelrechten Fundamenten wieder herzustellen. Ferner sind die neben diesem Wohnhause befindlichen Stallgebäude so baufällig, daß deren Niederlegung geboten erscheint. Da nun außerdem die Grenze zwischen den in Frage stehenden Grundstücken durch eine mehrfach gebrochene Linie gebildet wird, so dürfte es sich weiter empfehlen, eine angemessene Grenzregulirung mit dem Nachbargrundstücke ins Auge zu fassen. Der Magistrat ersucht demnach, die nach Lage der Umstände getroffene Anordnung gutzuheißen und die hierdurch erwachsenen Kosten, deren Höhe sich zur Zeit noch nicht übersehen lasse, zu verwilligen, außerdem aber den Austausch einer ca. 3 qm großen Theilfläche gegen eine etwas größere Fläche zu genehmigen.

Die Baucommission hat nach dem Berichte des Herrn Rieke die Vorlage gutgeheißen und stellt deren Genehmigung anheim.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

VIII. Pachtung von Wiesen an der Schunterbrücke.

In Sachen, betr. die Ueberbrückung der Schunter in der Nähe des Querumer Holzes hatte die Versammlung am 2. Februar d. Jrs. (Seite 24 ff. des Prot.) genehmigt, daß die Stadt die jenseits der Schunter gelegene 3 ha 44 a große Butterbergwiese vom 1. Januar 1894 an für jährlich 250 *M.*, sowie den diesseits der Schunter gelegenen 53,9 a großen Landiscamp von Michaelis 1898 an für jährlich 73 *M.* pachte und endlich dem Pächter des Landiscampes für die ihm durch

die Brücke und die Wegeanlagen entzogene 3 a 30 qm große Theilfläche bis Michaelis 1898 jährlich 23 M Entschädigung zahle. Herzogliche Cammer, Direction der Domainen, hat dem Magistrate nun mitgetheilt, es sei bei den früheren Verhandlungen übersehen, daß die Pächter der Butterbergwiese bislang auch die auf diese entfallenden Communal- und Wegebausteuer — in den letzten Jahren durchschnittlich 19,46 M jährlich — übernommen hätten und daß, da die Verpächterin diese Steuern fortan selbst berichtigen wolle, der Pachtpreis auf jährlich 270 M erhöht werden müsse. Da die Stadt die fragliche Wiese zu diesem Preise weiterverpachten kann, so hält es der Magistrat für unbedenklich, auch den erhöhten Betrag zu zahlen. Herzogliche Cammer hat ferner anheimgegeben, auch den Landitzcamp schon vom 1. October d. Jrs. an bis zum 1. October 1898 für den bisherigen Pachtpreis von jährlich 73 M pachtweise zu übernehmen, womit der Pächter unter der Bedingung einverstanden ist, daß die Stadt ihm dieselbe Wiese im Wege der Afterverpachtung für dieselbe Zeit zum Preise von 50 M jährlich überlasse. Die Zahlung der vereinbarten Entschädigung von jährlich 23 M seitens der Stadt an den Pächter würde dann wegfallen. Auch hierauf dürfte nach der Ansicht des Magistrates unbedenklich einzugehen sein. Die Anträge des Magistrates gehen dahin, zu genehmigen, daß die Stadt die Butterbergwiese für den Zeitraum vom 1. Januar 1894 bis zum 1. October 1898 für jährlich 270 M und den Landitzcamp für den Zeitraum vom 1. October 1893 bis zum 1. October 1898 für jährlich 73 M erpachte, und den Landitzcamp an den jetzigen Pächter Schulze für denselben Zeitraum zu jährlich 50 M, im Uebrigen aber unter den von Herzoglicher Cammer der Stadt auferlegten Pachtbedingungen verasterpachte. Im laufenden Jahre ist die auf 100 bezw. 23 M festgesetzte Entschädigung der Pächter auf 30 und bezw. 18,50 M ermäßigt worden, weil die Wiesen vor Beginn des Brückenbaues haben abgeerntet werden können.

Die Statutencommission findet nach dem Berichte des Herrn Halle gegen die Magistratsvorlage nichts zu erinnern und giebt deren Genehmigung anheim.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

IX. Rechnungslegung über den Choleracredit.

Dem Magistrate ist von der Versammlung zum Zwecke der Abwehr und event. Bekämpfung der derzeit drohenden Cholera am 1. September 1892 ein Stadtcassencredit in unbeschränkter Höhe eröffnet worden. Durch den Stadthaushaltsplan für 1893/94 ist nun bestimmt, daß der zu 40000 M überschlagene und zunächst voranschüssig bestrittene Aufwand für die Einrichtungen zur Abwehr der Cholera mit Einschluß der Kosten der neu errichteten Desinfectionsanstalt, dem Extraordinarium der Stadtcasse und zwar dem Gewinne des Gas- und Wasserwerkes zu entnehmen sei. Nachdem Ende Juni d. Js. die zu beregten Zwecken gemachten einmaligen

Ausgaben sämmtlich festgestellt waren, ist die Specialrechnung über die Benützung des bezüglichen Credits und zwar mit der Gesamtausgabe von 36484 M 78 S abgeschlossen. Diese Ausgabe wird einen Theil der Rechnung über die Verwaltung des Extraordinarii der Stadtcasse für 1893/94 bilden. Gleichzeitig hat der Magistrat bestimmt, daß die einstweilen noch fortlaufenden Ausgaben für Unterhaltung und Bewachung der Cholerabaracke dem Ordinarium der Stadtcasse zur Last liegen sollen. Der Magistrat giebt hiervon der Versammlung Kenntniß.

Wie Herr Lord bekanntgibt, hat die Finanzcommission Bemerkungen an diese Vorlage nicht zu knüpfen. Unter den Ausgabeposten seien besonders zu erwähnen: 6396 M 27 S für die Errichtung der Desinfectionsanstalt, 2391 M für die Sanitätswache am Bahnhofe und 1148 M 62 S für die Herrichtung einer Spundwand in der Oker. Die Commission sei der Ansicht, daß dem Magistrat für die schleunige Initiative in dieser Sache die Anerkennung der Versammlung gebühre.

Auf die Frage des Herrn Hauswaldt, in welcher Beziehung die betreffende Spundwand zu der Cholera stehe, erwidert

Herr Lord, daß diese Wand gezogen sei, um den bei Dölpel durchziehenden Mühlengraben gegen die Verunreinigungen der Oker abzusperren. Bekanntlich sei in dieser Angelegenheit auch ein Proceß von einem Einwohner Dölpels gegen die hiesige Stadt angestrengt, welchem man indessen seiner Ansicht nach mit Ruhe entgegensehen könne.

Die Vorlage wird damit als erledigt betrachtet.

X. Gesuch um Erstattung von Unkosten.

Der Maurermeister Ruether hat am 14. December 1892 bei dem Magistrat, bezw. der städt. Bauverwaltung angefragt, ob der am Sandwege gelegene Bauplatz käuflich zu haben sei, worauf ihm die Antwort geworden, daß man zunächst wissen müsse, wie er zu bauen gedenke. Ruether hat daraufhin eine entsprechende Zeichnung eingereicht. Hinterdrein hat indessen der Magistrat den meistbietenden Verkauf des Platzes für angemessen befunden und in die Wege geleitet. Ruether beansprucht nun, nachdem er bei dem Verkaufe leer ausgegangen ist, eine Entschädigung von 200 M für die Anfertigung der Zeichnung und wendet sich, da ihm vom Magistrat eine abschlägige Antwort zu Theil geworden, mit diesem Gesuche an die Versammlung.

Wie der Herr Vorsitzende ausführt, ist die Statutencommission der Ansicht, daß das Gesuch abzulehnen und über dasselbe zur Tagesordnung zu gehen sei. Wenn Herr Ruether Aufwendungen gemacht habe, ohne daß bindende Abmachungen vorliegen, so befinde er sich in derselben Lage, wie Gewerbetreibende, die eine Verbindung nicht erhalten, obwohl sie für die Angebote zc. Ausgaben gehabt haben. Es

liege deshalb in der Ablehnung des Gesuches kein außergewöhnlich hartes Verfahren, denn es sei vom Magistrate durchaus correct vorgegangen.

Die Versammlung geht über das Gesuch zur Tagesordnung, über.

XI. Kosten für Einrichtung von Stotterheilvercursen.

In den hiesigen Bürgerschulen ist gegenwärtig eine so große Anzahl stotternder Schulkinder vorhanden, daß die Abhaltung von zwei neuen Heilvercursen sehr wünschenswerth ist. Da in dem diesjährigen Etat zu dem gedachten Zwecke nur die Summe von 250 M. ausgesetzt ist, während zwei Curse schon eine Ausgabe von 273 M. verursachen, so beantragt der Magistrat, aus dem Dispositionsfonds der Casse der Abgabe für Hunde zur Einrichtung weiterer zwei Curse die Summe von 296 M. nachzuverwilligen.

Für die Schulcommission berichtet hierüber Herr Blasius, daß, die schon seit Jahren hier bestehenden Stotterheilvercursen sich so großer Zufriedenheit erfreuen, daß die Einrichtung in vielen anderen deutschen Städten Nachahmung gefunden habe. Die Schulcommission könne nur beantragen, der Vorlage zuzustimmen,

was geschieht.

XII. Verwilligung einer Beihilfe für die Gartenbauschule.

Der Vorstand der Section für Gartenbau des landwirthschaftlichen Centralvereins hat sich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, die von dem Vereine eingerichtete Gartenbauschule zu unterstützen. Der Magistrat giebt anheim, zu beschließen, daß der Section zur Unterhaltung der Schule vom laufenden Rechnungsjahre an bis auf Weiteres eine jährliche Beihilfe von 50 M. gewährt werde.

Herr Wülte mann I beantragt, dem Antrage im Interesse des guten Zwecks beizustimmen,

was ohne weitere Besprechung geschieht.

XIII. Canalisirung der Spinnerstraße.

Nachdem die Herstellung des Vorfluthcanals in der Eichthalstraße in Angriff genommen ist, erscheint es dringend wünschenswerth, die Ausführung des in der Spinnerstraße geplanten Canalbaues, zwecks Beseitigung der unweit der Wendanringbrücke in die Oker mündenden Abwässer noch in diesem Herbst zu herverkstelligen. Der Magistrat beantragt daher, zu genehmigen, daß auch die Spinnerstraße und zwar mit einem Aufwande bis zu 7000 M. noch in diesem Jahre canalisirt werde.

Die Genehmigung der Vorlage wird von Herrn Blasius empfohlen und von der Versammlung beschlossen.

XIV. Baulinie an der Ritterstraße.

In Veranlassung eines von dem Klempnermeister Löhleffert gestellten Antrages auf Feststellung der Fluchtlinie für sein an der Ritterstraße *N. 36* gelegenes Grundstück ist für einen Theil dieser Straße eine neue Baulinie festgestellt, deren Genehmigung der Magistrat anheimgiebt

und die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann I berichtet, beschließt.

XV. Antrag Gebeling und Genossen: Einrichtung einer Freibank.

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag (Seite 136 des Berichts) ist in der Statutencommission durchberathen und berichtet namens derselben Herr Blasius: Zwischen dem Magistrate und der Herzoglichen Polizei-Direction, sowie dem Gesundheitsrathe und dem landwirthschaftlichen Centralvereine seien schon seit längerer Zeit in Betreff der Errichtung einer Freibank Verhandlungen gepflogen. Nachdem der Vorstand des landwirthschaftlichen Centralvereins seiner Zeit vorgeschlagen habe, eine Verkaufsstelle für minderwerthiges Fleisch einzurichten, habe sich der verstorbene Schlachthausdirector Rudolf zustimmend zu dieser Frage geäußert. Auch das Ober-Sanitäts-Collegium habe sich, ebenso wie hinterher der Gesundheitsausschuß, der Herzoglichen Polizei-Direction gegenüber gutachtlich für die Errichtung erklärt, jedoch habe sich Letztere diesen beiden Gutachten damals nicht anschließen können, sondern den Magistrat gebeten, vorläufig von der Errichtung Abstand zu nehmen. Die von der Herzoglichen Polizei-Direction gegen die Errichtung vorgebrachten Gründe seien kurz folgende: Einmal würden die Gewerbetreibenden und die Verkäufer des Viehes in dem ihnen zustehenden Rechte des Ein- und Verkaufs beschränkt, indem Letztere gezwungen seien, zu festgesetzten Preisen zu verkaufen, die Schlachter aber bei der Freibank nicht einkaufen dürften. Sodann liege darin auch eine große Benachtheiligung der hiesigen Interessenten gegenüber solchen Verkäufern, welche ausgeschlachtete Waare hierher zum Verkauf bringen, denn im städtischen Schlachthause müßte alles von erkranktem Vieh herrührende Fleisch der Freibank überwiesen werden, obwohl solches Fleisch von auswärts zum freien Verkaufe zugelassen sei. Dadurch kämen die hiesigen Schlachter ihren auswärtigen Concurrenten gegenüber in eine ungünstige Stellung. Zu Gunsten der Einrichtung spreche sich die Herzogliche Polizei-Direction insofern aus, als sie der Meinung sei, daß das consumirende Publicum dann die Gewißheit haben könne, nur gesunde Waare zu kaufen. Außerdem würde dem Käufer Gelegenheit gegeben, die minderwerthige Waare billiger zu kaufen, als er sie sonst erworben haben würde. — Auf die Freibank gehöre das Fleisch alter, magerer oder ganz junger Thiere, ferner von Thieren, welche an Krankheiten gelitten haben, die für den Menschen nicht gefährlich seien, und deren Fleisch weder schlecht aussehe, noch

einen schlechten Geruch oder Geschmack, oder aber einen geringeren Nährwerth habe; ferner das Fleisch von perlsüchtigen Thieren, sofern nur einzelne Theile desselben mit Perlknoten durchsetzt seien, während alle anderen Theile sehr wohl verkauft und gegessen werden können. Sache des Thierarztes würde es sein, genau diejenigen Stücke zu bezeichnen, welche seiner Ansicht nach als minderwerthiges, brauchbares und eßbares Fleisch abgegeben werden können. Die Bewegung für Errichtung von Freibanken sei in Deutschland offenbar im Wachsen begriffen. Aus der letzteren Zeit liege in der Litteratur von dem Privatdocenten Schneidemühl an der Universität in Greifswald eine Notiz vor, nach welcher unter 55 Städten, bei welchen er angefragt habe, 39 Städte mit einer Freibank versehen seien. Diese 39 Städte haben übereinstimmend erklärt, daß der Betrieb der Freibänke keinen Anlaß zu Beschwerden gebe und daß eine Verschlechterung der Waare, sowie ein Druck auf die Preise nicht bemerkt sei. Unter den 39 Städten haben 34 Verwaltungen das Kochen des Fleisches angeordnet. Als Resultat der Fleischbänke ergebe sich, daß das Fleisch 25—66 % unter dem normalen Fleischpreise verkauft sei; in Folge dessen das Fleisch überall guten und raschen Absatz finde. In Berlin fehle indessen die Einrichtung von Freibänken und gebe man dort alles Fleisch dem Verkehre frei. Unter den 39 Städten befinden sich hauptsächlich süddeutsche Städte, jedoch sei auch Norddeutschland mit Städten wie Köln, Göttingen, Leipzig zc. vertreten und liegen aus weiteren Städten, wie Bromberg, Kiel zc. Nachrichten vor, nach welchen man die Einrichtung von Freibänken plane.

Vom Magistrate sei nun in der Statutencommission erklärt worden, daß er der Errichtung einer Freibank nicht principiell abgeneigt sei, nur habe er vor sechs Jahren die Zeit nicht für geeignet gehalten, dieser Sache näherzutreten. Auch den jetzigen Zeitpunkt könne er für einen zur Einführung geeigneten nicht halten, weil noch kein Kühlhaus vorhanden sei und die Vorräthe von minderwerthigem Fleische sich in dem Schlachthause sehr schlecht aufbewahren lassen, sowie ferner, weil bei der weiten Lage des Schlachthauses von der Stadt und bei der Unsicherheit für das Publicum, ob dasselbe dort solches Fleisch vorfinden werde, die Verwerthung desselben mit Schwierigkeiten verbunden sein möchte. Dann aber müßten auch Mittel und Wege gefunden werden, daß die auswärtigen, hier auf dem Markte erscheinenden Schlachter denselben Bedingungen unterworfen werden, wie die hiesigen Schlachter. Da man nun nach der Ansicht der Commission dafür sorgen müsse, ein solches minderwerthiges Fleisch, das nicht gesundheitschädlich sei, zu einem so bedeutend billigeren Preise den ärmeren Volksclassen in größerer Menge zugänglich zu machen, so habe die Commission beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, den Antrag dem Magistrate zur Erwägung zu übergeben.

Herr Günther: Der ausgesprochene Zweck der Freibank solle sein, das als minderwerthig bezeichnete, von kranken, gestürzten, oder mageren Thieren her-

rührende Fleisch in den Handel zu bringen, um zu verhüten, daß dieses Fleisch als vollwerthig verkauft werde. Da solches Fleisch nicht die Nährkraft des vollen Fleisches haben könne, so sei es verwerflich, dasselbe in den Handel zu bringen, weil dann das Publicum, welches nicht in der Lage sei, gutes Fleisch zu kaufen, allmählig sich gewöhne, schlechtes Fleisch zu beziehen. Auch gewinne es den Anschein, als ob man die bessere Gesellschaft durch die Freibank davor schützen wolle, minderwerthiges Fleisch zu kaufen. Er müsse aber entschieden abrathen, diese Einrichtung zu treffen, denn es stehe für ihn fest, daß die Arbeiterschaft die Gelegenheit benutzen würde, solches Fleisch zu kaufen; es würde aber oft unmöglich sein, dasselbe in genügender Menge zum Verkauf zu stellen, weil so viele derartige Thiere gar nicht geschlachtet werden. Die Schlachthaus-Verwaltung würde häufig in die üble Lage kommen, daß die Verkaufsstelle von Käufern bedrängt werde und man gar nicht im Stande sei, ihnen minderwerthiges Fleisch zu bieten. Nach dem Referate haben die betreffenden Behörden, welche i. B. um ihre Meinung angegangen seien, eigentlich vom idealen Standpunkte aus gegen die Einrichtung der Freibank gestimmt, nur vom praktischen Gesichtspunkte aus seien sie der Einrichtung zugethan gewesen, um nämlich den Minderbemittelten Gelegenheit zu geben, sich überhaupt Fleisch kaufen zu können. Er halte es aber für besser, daß der Arbeiter einmal weniger und dann gutes Fleisch esse, als daß er minderwerthiges Fleisch genieße; denn diesem Fleische fehle die nährende Kraft; dann könne der Arbeiter lieber Knochen vom Schlachter kaufen, welche ebensoviele Kraft geben, als dieses minderwerthige Fleisch. Der von der Herzoglichen Polizei-Direction in dieser Sache eingenommene Standpunkt sei vollständig zutreffend. Darum möchte er vorschlagen, den von der Commission gestellten Antrag abzulehnen und auf die Freibank überhaupt zu verzichten.

Herr Ebeling muß seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß der Antrag, welcher dem allgemeinen Wohle dienen solle, in so einseitiger, ungehörter Weise ausgelegt werde. Der Antrag solle nur bezwecken, daß die ärmeren Volksklassen Gelegenheit erhalten, ein minderwerthiges Fleisch zu den dafür festgesetzten Preisen zu kaufen und daß die Viehbesitzer nicht gezwungen sein sollen, ihre Thiere bei dem kleinsten ihnen anhaftenden Mangel an auswärtige Schlachter zu verkaufen. Wenn man wüßte, welches Fleisch die auswärtigen Schlachter hier öfter an den Markt bringen, so würde der unleidlichen Concurrenz derselben bald ein Ende gemacht sein. Kein Thierarzt sei aber im Stande, ein von auswärts eingeführtes minderwerthiges Fleisch zu beanstanden, sofern die ungenießbaren Theile des Fleisches abgetrennt seien. Durch die Errichtung einer Freibank arbeite man den Volksschlachtern entgegen und gewähre den Consumenten den Vortheil. Beispielsweise sei ihm kürzlich ein 19 Ctr. schwerer Ochse, welcher sich auf der Chaussee ein Bein gebrochen habe, gestürzt. Nachdem auf Anordnung des Hof-Thierarztes Lies das Thier getödtet sei,

habe er das Fleisch nach dem Schlachthause zur Untersuchung geschickt, wo dasselbe für genießbar erklärt sei. Obwohl es sich hier um vollwerthiges Fleisch und nicht um Fleisch für die Freibank gehandelt habe, sei ihm doch nur die Hälfte des reellen Preises geboten, und habe er es schließlich für zwei Drittel des Werthes fortgegeben. In diesem Falle habe den Nutzen ein einzelner Schlachter gehabt, während der vorliegende Antrag bezwecken solle, den Consumenten den Vortheil zuzuwenden. Der Antrag sei der Ueberzeugung entsprungen, daß er für alle Theile des Volkes einen Nutzen in sich schließe, aus welchem Grunde derselbe eine so einseitige Beurtheilung nicht verdient habe. Dem Wunsche des Magistrates, mit der Durchführung bis zur Fertigstellung des Kühlhauses zu warten, schließe er sich gern an.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß der Beschluß der Commission laute, der Versammlung zu empfehlen, den Antrag dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen, sodaß es sich um die definitive Einführung der Anlage noch gar nicht handle.

Herr Aßmann ist der Meinung, daß, wenn die Versammlung heute den Antrag dem Magistrate zur Erwägung überweise, sie sich im großen Ganzen mit der Tendenz des Antrages einverstanden erkläre und das müsse vermieden werden. Wenn thatsächlich das minderwerthige Fleisch, welches zum Verkaufe kommen solle, keine Nachtheile in sich schließe, so verstehe er nicht, weshalb man dieses Fleisch im Schlachthause nicht allgemein für den Verkauf zulassen wolle. Ihm komme es vor, als ob man den besser gestellten Leuten nur den Ekel ersparen wolle, daß sie möglicherweise Fleisch von kranken Thieren essen könnten. Die arbeitende Bevölkerung sei nicht im Stande, viel Geld für gesundes Fleisch auszugeben und komme daher leicht in die Lage, solch minderwerthiges Fleisch kaufen zu müssen. Hierdurch würde aber die Ernährung des Volkes immer mehr herabgedrückt werden und es sei wirklich kein Wunder, wenn die Arbeiter in der Ernährungsweise immer weiter herunterkommen. Auch der Umstand, daß schon 28 Städte die Einrichtung getroffen haben, könne ihn nicht veranlassen, diesem Vorbilde zu folgen, weil der Grundsatz festgehalten werden müsse, daß ein Fleisch, welches dem allgemeinen Genuße entzogen sei, auch dem Arbeiter nicht vorgelegt werden solle. Wenn der Vorwurf gegen ihn und seine Freunde erhoben würde, daß sie die Arbeiterschaft aufrühren und ihr zeigen wollten, wie elend sie sei, obwohl dieses gar nicht zutreffe, so könnten andererseits die Arbeiter durch solche Classengegenätze auch nicht freudig gestimmt werden.

Herr Rieke muß sich ebenfalls gegen die Annahme des Antrages erklären, weil derselbe von solchen Leuten gebilligt werde, welche auf der anderen Seite für die Vertheuerung der Milch eintreten. Für diese Art der Wohlthätigkeit müsse er sich entschieden bedanken, sonst werde die arbeitende Bevölkerung, ähnlich wie in Sachsen, immer noch mehr degenerirt. Dort sei es schon so weit gekommen, daß bei Gründung einer Fabrik zuerst eine Bude zum Hundeschlachten errichtet werde, weil

man sich sage, daß die Leute einen Hundelohn verdienen und daher auch Hundefleisch essen müssen. Man solle doch auch auf die Männer der Wissenschaft hören, welche sagen, daß der Grund, weshalb die Cholera hauptsächlich ihr Lager unter der arbeitenden Bevölkerung aufschlage, in der schlechten Volksernährung liege und bei genügender Ernährung mit Fleisch eine solche Gefahr beseitigt werde. Alle Weisheit des Gesundheitsvereines müsse er verabscheuen, wenn man dem Arbeiter solches Fleisch vorsetzen wolle.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Besprechung eingebracht und angenommen war, wird dem Antrage der Commission zugestimmt.

XVI. Antrag Rudeloff und Gen.: Unterführung der Düker.

Wie Herr Uhde namens der Baucommission berichtet, hat die Canalbauverwaltung Auftrag erhalten, die Sache einzuleiten, womit dieser Punkt erledigt und der in der letzten Sitzung (Seite 138 des Berichts) gestellte Antrag hinfällig geworden sei.

Herr Meyerhoff möchte anfragen, wann die Düker an der Bammelsburgerstraße gelegt werden sollen.

Herr Stadtrath Metemeyer erwidert, daß er hierüber nicht genaue Auskunft geben könne, jedoch glaube, daß mit der Arbeit im Anfange des Winters begonnen werde.

Herr Hauswaldt bemerkt, es habe sich der im Wilhelmithorbezirke wohnenden industriellen Kreise eine gewisse Angst bemächtigt, daß die an der Oker liegenden Fabriken während der langen Zeit der Okerablassung ganz ohne Wasser bleiben werden und daß sie auch ihre Condenswässer nicht in die Oker fließen lassen können. Da man aber jetzt vor Beginn der Campagne stehe, so scheinen diese Fabriken einer großen Calamität entgegenzugehen. Er möchte darum um Auskunft bitten, wann und auf wie lange Zeit die Abdämmung der Oker statfinde und ob sich für die Fabriken irgend welche Hülfe schaffen lassen werde.

Herr Stadtrath Metemeyer erwidert, daß wegen der Ablassung der Oker schleunigst an die Herzogliche Polizei-Direction geschrieben werde und die Düker vor Eintritt des Winters fertiggestellt sein müssen. Wenn hierdurch einige Fabriken in die Lage kommen sollten, ihre Wässer nicht aus der Oker zu entnehmen, so könne das die Stadt nicht hindern, die nothwendige Arbeit auszuführen, denn den Fabriken stehe ein Wassernutzungsrecht nicht zu. Jedenfalls sei es wichtiger, die Düker zu legen, als daß einige Fabriken ihr Wasser einmal der städtischen Leitung entnehmen müssen. Wie lange die Arbeit dauern werde, wisse er nicht, jedoch möchte sie wohl 14 Tage in Anspruch nehmen.

Herr Hauswaldt hält die Frage für so leicht nicht abgethan, da es nicht gleichgültig sei, wenn die großen Raffinerien zc. am Wilhelmithore trockengelegt werden und nicht arbeiten können. Mit der Wasserleitung lasse sich die Arbeit nicht machen, da die Leitung nicht im Stande sei, auch nur annähernd das Wasser für die Fabriken zu liefern.

Herr Stadtrath Netemeyer möchte dann Herrn Hauswaldt bitten, dem Magistrat zu sagen, wie hier eine Aenderung zu treffen sei. Der Magistrat habe auf diesen Zeitpunkt das ganze Jahr gewartet, weil ihm von der zuständigen Behörde eröffnet worden, daß der Herbst die einzige Zeit sei, in welcher die Absperrung geschehen könne. Die Durchführung der Düferanlagen halte er immerhin für wichtiger, als wenn die Fabriken einmal eine Zeit lang eine Wassernoth haben.

Der Herr Vorsitzende bemerkt Herrn Hauswaldt gegenüber, welcher sich nochmals zum Worte gemeldet hatte, daß ihm dasselbe nach der Geschäftsordnung nicht mehr ertheilt werden könne.

Der Gegenstand wird damit als erledigt betrachtet.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

XVII. Steuerliche Behandlung von auswärtigen Gewerbetreibenden, von Actiengesellschaften zc.

Die durch das Gesetz vom 5. Juni 1871 eingeführten Vorschriften über die Heranziehung der physischen Personen rücksichtlich des Einkommens aus einem stehenden Gewerbe, welches sie an einem Orte des Herzogthums betreiben, ohne daselbst ihren Wohnsitz zu haben, sowie der Actiengesellschaften, Commanditgesellschaften auf Actien und Gewerkschaften rücksichtlich des Einkommens aus dem an einem Orte des Herzogthums von ihnen betriebenen stehenden Gewerbe zur Communalsteuer, haben durch die neue Städteordnung mehrere nicht unwesentliche Abänderungen erfahren, als deren wichtigste der Magistrat die ansieht, daß

- 1) die von diesen Personen zu entrichtende Abgabe die Eigenschaft einer Voraussteuer hat, und daß
- 2) die in dem alten Gesetze enthaltene Bestimmung, die Communalsteuer festzustellen ohne Anwendung der etwa für physische Personen bestehenden Steuerclassen in Fortfall gekommen ist.

Hieraus dürfte unzweifelhaft zu folgern sein, daß es Absicht des Gesetzgebers gewesen ist, jene Personen in der Regel in demselben Maße der Gemeindesteuer zu unterwerfen, wie die Gemeindegenossen. Da jedoch nach §. 161, Abf. 1 der Städteordnung der von diesen Personen zu entrichtende Steuerbetrag nach billigem Ermessen unter Rücksicht auf die Gemeindelaisten der übrigen Steuerpflichtigen in der Stadt und der Stadt aus dem Betriebe drohenden Belastung festgestellt werden soll, so entstehen Zweifel darüber, ob der fragliche Steuerbetrag über und unter den

der Veranlagung entsprechenden Steuerfuß der allgemeinen Tabelle festgelegt werden dürfe, oder ob in jener Bestimmung nur die Erlaubniß zu einem Zuschlage zu jenem Steuerfusse liege. Der Magistrat ist der Meinung, daß mit Rücksicht auf die Gemeindelaften der übrigen Steuerpflichtigen der festgestellte Steuerbetrag sich in der Regel mit dem aus der Veranlagung zu entnehmenden Steuerfusse decken solle und daß für die Einschätzung nur insoweit Spielraum gelassen sei, als mit Rücksicht auf die der Stadt etwa aus dem Betriebe drohende Belastung der Steuerbetrag auch über jenen Steuerfuß hinaus festgestellt werden dürfe.

Demnach ersucht der Magistrat die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß bei Einschätzung der in §. 157 *M.* 3 und 4 bezeichneten Personen der dargelegten Ansicht entsprechend verfahren und eine eventuelle Erhöhung des Steuerbetrages auf Antrag der zuständigen Einschätzungskommission von den städtischen Behörden festgestellt werde.

Ueber diese Vorlage berichtet namens der Statutencommission Herr Wolff: Die Commission habe sich der Ansicht zugeneigt, daß kein Grund vorliege, solche Personen geringer zu besteuern, als die einheimischen Gewerbetreibenden. In Preußen habe man den betreffenden Personen bei der Heranziehung zur Staatssteuer ein Präcipuum von 3 % als Steuernachlaß gewährt, während sie bei der Communalsteuer mit dem vollen Einkommen veranlagt werden, wie das hier auch geplant sei. Herr Südel habe sich in einer Eingabe an den Vorstehenden auch für die volle Besteuerung ausgesprochen, derselbe meine indessen als einen Akt der Gerechtigkeit fordern zu müssen, daß zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung den Gemeindegemeinschaften gestattet werde, den Theil der von ihnen zu zahlenden Steuer, welcher auf das Einkommen aus einer Betheiligung bei in Braunschweig bereits zur Steuer herangezogenen Actiengesellschaften entfällt, von der Steuersumme in Abzug zu bringen. — Um diesen Punkt, der vielen Anklang gefunden habe, von vornherein klarzustellen, sei hervorzuheben, daß solche Abzüge gesetzlich unzulässig seien, indem die Städteordnung dieselben nicht kenne. Wenn eine Ermäßigung eintreten solle, könne dieses nur bei der Gesellschaft selbst geschehen. Man würde den Gedanken aufgreifen können, daß bei Commanditgesellschaften auf Actien dasjenige Einkommen freigehalten werden könne, welches dem Zinsfusse landesüblicher Werthpapiere, also $3\frac{1}{2}$ % entspreche. Bei industriellen Etablissements sei aber die Belästigung der städtischen Einrichtungen nicht intensiver, wenn der Gewinn ein relativ höherer sei, sondern gerade umgekehrt. Darum gebe es nach der Ansicht der Statutencommission überall keinen Weg, auf welchem man bei der gegenwärtigen Gesetzgebung eine Ermäßigung für die betr. Gesellschaften zulassen könne, die als billig anzusehen sei. Man müßte daher dem Vorgange Preußens folgen und die Gesellschaften in demselben Maße zur Besteuerung heranziehen, wie die übrigen Mitbürger. Die Commission beantrage demnach, sich mit der Magistratsvorlage einverstanden zu erklären.

Herr Hauswaldt muß die hier in Aussicht genommene Besteuerung für ungerecht halten, da es nicht darauf anzukommen scheine, eine gerechte Besteuerung herbeizuschaffen, sondern überhaupt Geld zu erhalten. Es gebe preussische Städte, in welchen die Steuern der auswärtigen Theilhaber nicht so hoch seien, wie die der Einwohner, also mache man auch dort einen Unterschied. Ob diese Verhältnisse sich im letzten Jahre geändert haben, wisse er allerdings nicht. Aus der Vorschrift im §. 161 der Städteordnung gehe auch nicht hervor, daß man die auswärts wohnenden Be-theiligten ebenso hoch treffen solle, wie die Mitbürger, sondern man könne sie nur in gleicher Höhe heranziehen. Es erscheine ihm unbillig, wenn man auswärts wohnende Deutsche, die an einem hiesigen Geschäfte einen Theil ihres Vermögens arbeiten lassen, zu denselben Lasten heranziehen wolle, wie die hier wohnenden Bürger, obwohl erstere an anderen Orten ihre Communalsteuer bezahlen und auch dort nur im vollen Genuße der Einrichtungen sich befinden, welche die Commune mit den Steuern schaffe. Darum möchte er den Antrag stellen, die auswärts wohnenden Gewerbetreibenden mit der Hälfte des hiesigen Einkommens zur Communalsteuer heranzuziehen.

Was nun die Actien- und Commandit-Gesellschaften betreffe, so liege in der vollen Heranziehung der Actionäre eine Doppelbesteuerung. Beispielsweise würde ein hiesiger Einwohner, der ein kleines Capital bei der Creditanstalt belegt habe, einmal in dieser und dann noch einmal privatim die volle Communalsteuer bezahlen. Ferner sage der §. 161 der Städteordnung, daß die Gemeinde-Vertretung einen Unterschied in der Art der Besteuerung zu machen habe. Dem Herrn Berichterstatter gebe er insofern recht, als es Actien-Gesellschaften geben könne, welche die communalen Einrichtungen besonders stark in Anspruch nehmen und bei denen es angezeigt sein würde, sie bei der Besteuerung voll heranzuziehen. Aber alle Actien-Gesellschaften gleich zu behandeln, sei eine crasse Ungerechtigkeit. Wenn er sich in dieser Hinsicht auch keinen Antrag erlauben wolle, weil derselbe erst ausgearbeitet werden müsse, so möchte er doch den zu beschreitenden Weg kurz skizziren. Eine Commission müsse die procentuale Höhe der Abgabe für die einzelnen Actien-Gesellschaften je nach der Belastung der Commune durch dieselben feststellen, dabei werde man zu dem Resultate kommen, daß eine Anzahl derselben einen geringeren Procentsatz zu zahlen habe, als die übrigen Gesellschaften. Deshalb beantrage er, den Punkt 2 der Vorlage an die Commission zurückzuweisen mit dem Auftrage, eine gerechtere Besteuerung der Gesellschaften zu ermitteln.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß es eventuell Sache des Magistrates sein würde, diese Feststellung vorzunehmen und der Versammlung vorzuschlagen.

Herr Wolff möchte Herrn Hauswaldt erwidern, daß das neue preussische Communalsteuergesetz zweifellos einen Unterschied bei den Gesellschaften nicht mache, und es ihm nicht bekannt sei, ob ein solcher bei den fremden Personen gestattet sei. Wenn man aber die Angelegenheit genau abwäge, so müsse man zu der Ueber-

zeugung kommen, daß, sofern bei den Gesellschaften ein Unterschied nicht gemacht werde, dieser bei den fremden Personen erst recht nicht angebracht sei. Sobald das Gesetz die Besteuerung dieser Personen analog den physischen Personen gestatte, müßte auch die Commune die Besteuerung wahrnehmen. Darum vermöge er nicht zu begreifen, wie Herr Hauswaldt die Besteuerung der auswärts wohnenden Gewerbetreibenden bemängeln könne. Ganz anders liege die Frage bei den Gesellschaften und stimme er Herrn Hauswaldt zu, daß die hier in Aussicht genommene Art der Besteuerung die schwersten Bedenken in sich schließe. Da aber die Commission einen besseren als den vom Magistrate vorgeschlagenen Weg trotz eifriger Erwägung nicht gefunden habe, so sei eben der relativ beste Weg in Vorschlag gebracht. Jedenfalls sei es sehr schwer, festzustellen, ob eine Gesellschaft im Gesamteffecte die Stadt stärker belaste, als eine andere; denn beispielsweise sei ein Herr kürzlich bei der Behauptung, daß die Zute-Gesellschaft eine Last für die Stadt sei, in helles Erstaunen ausgebrochen. Also nur mangels der Durchführbarkeit eines besseren Vorschlages sei die Statutencommission der Magistratsvorlage auch in diesem Punkte beigetreten. Da die preussischen Communen in den wesentlichsten Theilen die volle Steuer nehmen, so liege kein Grund vor, hier anders zu verfahren, wenn man nicht den Vorwurf eines großen Theiles der Bürgerschaft auf sich laden wolle.

Herr Hauswaldt ist der Ansicht, daß die Folge solchen Vorgehens der Austritt vieler Betheiligten aus den Unternehmungen sein werde, oder daß man Mittel und Wege finden werde, um die Besteuerung zu umgehen. Was die Actien-Gesellschaften anlange, so könne er die Vorlage nicht als eine Folge der Gesetzgebung, sondern nur als eine wunderbare Auslegung der Gesetze ansehen. Es gebe Actien-Gesellschaften mit nur zwei oder drei Actionären. Wenn man diese Leute so widersinnig besteuern wolle, so werden dieselben einfach die Gesellschaft auflösen und das Unternehmen als Privatleute fortführen. Es lasse sich recht gut eine Trennung unter den Gesellschaften vornehmen, denn es gebe solche mit einem großen Fabrikbetriebe und solche, wie die Hypothekenbank etc., welche die Commune nicht erheblich, oder gar nicht belasten. Wenn man diese beiden Arten trenne, so habe man schon einen großen Schritt nach vorwärts gemacht. Die Zute-Actien-Gesellschaft und die Hypothekenbank mit demselben Procentsatze zu belegen, könne er bei dem besten Willen für gerecht nicht halten.

Herr Aßmann kann nicht annehmen, daß in Folge solcher doppelten Besteuerung die Actienbesitzer aus den Unternehmungen ausscheiden und ihr Geld brach liegen lassen. Richtig sei es, daß es Betriebe gebe, welche die Gemeinde besonders belasten und dazu gehöre in erster Linie die Zutespinnerei, denn durch den fortwährenden Zuzug von Arbeitern aus jenen Gegenden Deutschlands, in welchen die Löhne niedrig stehen, habe die Stadt große Lasten zu tragen. Die Art der Besteuerung sei also keine unrichtige, zumal da die Arbeiter auch mit ihrem ganzen Ein-

kommen zur Steuer herangezogen werden, obwohl dieselben ihr Geld zu den aller-nothwendigsten Ausgaben gebrauchen.

Herr Wolff kann noch mittheilen, daß die Stadt Braunschweig sich hinsichtlich der Communalsteuern in einer ganz außerordentlich günstigen Lage befinde, indem sie unter den deutschen Städten von über 100 000 Einwohnern den drittniedrigsten Platz bei der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Steuer einnehme. Hierzu sei dann noch die außerordentlich niedrige Staatssteuer in Rechnung zu ziehen. Aber auch bei richtiger Beurtheilung der übrigen Momente müsse die hiesige Steuerschraube als mäßig scharf angezogen erachtet werden. Da sich eine Grenzlinie zwischen den verschiedenen Arten von Gesellschaften nicht ziehen lasse, so könnte man höchstens auf den Gedanken kommen, einen Unterschied zu machen zwischen Gesellschaften, die hier ihren Wohnsitz haben und solchen mit auswärtigem Wohnsitz. Seiner Meinung nach sei die Vorlage nur als das mindere Uebel anzusehen.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird gutgeheißen.

Bei der dann folgenden Abstimmung gelangt die Magistratsvorlage in allen Punkten zur Annahme.

XVIII. Pachtvertrag mit der Garnison-Verwaltung.

An der westlichen Mauer des Husaren-Casernements befindet sich ein 19a 48 qm haltendes Grundstück, welches zur demnächstigen Anlegung einer Verbindung zwischen Giersberg- und Howaldtstraße bezw. Kastanienallee bestimmt ist. Die hiesige Garnison-Verwaltung hat nun den Magistrat ersucht, ihr die fragliche Fläche bis auf Weiteres gegen ein jährliches Pachtgeld von 25 M zur Benutzung als Fuß-Exercierplatz für das Husarenregiment zu überlassen. Der Magistrat ist nicht abgeneigt diesem Antrage zu entsprechen, mit dem Vorbehalt jedoch, daß die Verpachtung nicht nur bei dem Ausbau der geplanten Verbindungsstraße, sondern auch in dem Falle binnen sechs Wochen aufgehoben werden könne, wenn seitens der Anlieger ein gegründeter Anlaß auf Freigabe des betr. Grundstücks, welches von dem Herzoglichen Waisen-hause in den Besitz der Stadt übergegangen ist, erhoben werden sollte. Der Magistratsantrag geht dahin, solchem Pachtvertrage die Zustimmung zu erteilen.

Herr Halle kann die Genehmigung befürworten, da der Platz ungenutzt liege.

Herr Meyerhoff fragt an, ob den Anliegern ihre Gerechtsame an dem Platze auch erhalten bleibe, denn ein Schlachter oder Viehhändler solle das Terrain als Zufuhrweg zu seinem Grundstücke benutzen.

Herr Stadtrath von Frankenberg erwidert, daß den Anwohnern das Zugangsrecht in keiner Weise verkümmert werden solle. Von einer Gerechtsame könne indessen dabei keine Rede sein, denn wenn Jemand seinen Wagen auf den Platz stelle, habe er hierzu immer noch keine Berechtigung.

Der Pachtvertrag wird genehmigt.

XIX. Austausch von Grundflächen am Wohlwege.

Zur Regulirung der Baulinie vor dem Grundstücke des Schirmfabrikanten C. Jesq ist der Austausch einer 0,6 qm großen Fläche erforderlich und giebt der Magistrat anheim, demselben zuzustimmen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, geschieht.

XX. Theilortsbauplan an der Neustadtmühle und der Okerstraße.

Der Tischlermeister Hattensauer bittet um Feststellung der Baufluchtlinie für sein an der Neustadtmühle und der Okerstraße bezw. dem Neustadtmühlengraben gelegenes Grundstück und beantragt der Magistrat, die für das Grundstück in Vorschlag gebrachte Baulinie zu genehmigen.

Die Baucommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Uhde diesem Antrage einstimmig an und die Versammlung genehmigt denselben.

XXI. Ordnung des Haushaltswesens der Stadt und Geschäftsanweisung für die Stadthauptcasse.

Das städtische Cassen- und Rechnungswesen ist bislang einer einheitlichen schriftlichen Ordnung nur rücksichtlich der Verwaltung der Stadthauptcasse und zwar durch die ziemlich lückenhaften Instructionen für den Cämmerer, die Stadtcassirer und die Excutoren unterzogen, wogegen die sonstigen städtischen Cassen im großen Ganzen ohne schriftliche Ordnung in sinngemäßer Beobachtung der für die Stadthauptcasse gegebenen Vorschriften und nach denjenigen einzelnen Anweisungen verwaltet worden sind, die der Magistrat im Laufe der Zeit theils schriftlich, theils mündlich ertheilt hat. Nach der Vorschrift im §. 41 des Statuts, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, sind die Grundzüge für die Geschäftsführung bei den städtischen Cassen durch eine besondere, zugleich über die Handhabung der Cassencontrole Bestimmung treffende Ordnung festzustellen. Der Magistrat hat nun eine solche Ordnung, und zwar unter Ausdehnung ihres Inhalts auf das gesammte Haushaltswesen der Stadt ausgearbeitet, auch zur Ausführung derselben eine Geschäftsanweisung für die Stadthauptcasse entworfen und legt der Versammlung die beiden Entwürfe mit dem Ersuchen vor, dieselben gutachtlich zu prüfen und soweit erforderlich, die Zustimmung zu deren Feststellung zu ertheilen.

Die Bestimmungen der Entwürfe über die Cassen- und Buchführung schließen sich dem bei der Stadthauptcasse in Gebrauch befindlichen und in ihren Grundzügen auch bei der Mehrzahl der sonstigen Cassen bereits zur Einführung gebrachten Einrichtungen und Vorschriften soweit thunlich an; auch die in der „Ordnung des Haushaltswesens“ bezüglich des Stadthaushaltsplans, der Cassenaufsicht, der Rech-

nungslegung, der Rechnungsprüfung und des Vermögenshaushalts getroffenen Bestimmungen legen solche Einrichtungen und Anordnungen fest, die thatsächlich dem Wesen nach bereits gehandhabt werden.

Namens der Statutencommission berichtet über diese Vorlage und zwar zunächst über die „Ordnung des Haushaltswesens der Stadt Braunschweig“ Herr Rudeloff: Während an die §§. 1—3 Bemerkungen nicht zu knüpfen seien, habe die Bestimmung im §. 4, nach welcher eine für mehrere einzelne Ausgabenposten derselben Unterabtheilung eines Voranschlages gemeinsam in der Linie ausgeworfene Summe als im Ganzen bewilligt gelten solle, Veranlassung zur Besprechung gegeben. Im Allgemeinen könne man wohl sagen, daß, wie die Unterabtheilungen gebildet seien, weil die betr. Posten einem gemeinsamen Zwecke dienen, so auch bei der Feststellung es weniger auf die einzelnen Posten, als auf die in der Linie ausgeworfene Gesamtsumme ankomme. Es könnte aber vorkommen, daß die Versammlung einen bestimmten Posten wirklich verwendet oder einen solchen nicht überschritten sehen möchte und sei in der Commission das Bedenken erhoben, ob nicht in derartigen Fällen das Bewilligungsrecht der Versammlung durch die Bestimmung illusorisch gemacht würde. Dieses Bedenken sei indessen durch die Versicherung des Magistrats zerstreut, daß von einer Unterabtheilung nur dann Gebrauch gemacht werden solle, wenn es offenbar nur auf die Gesamtsumme ankomme. Die Commission gebe daher anheim, die Bestimmung im §. 4 anzunehmen umsomehr, als die Versammlung bei der Staatsberatung jederzeit in der Lage sei, diejenigen Posten, welche sie nicht überschritten sehen möchte, sofern sie vor der Linie stehen, in dieselbe zu versetzen, wodurch eine Uebertragung von einem Posten zum anderen ausgeschlossen wäre.

Die Versammlung erhebt hiergegen keinen Widerspruch.

In §. 9, letzter Absatz der „Ordnung“ werden die Worte, „nach bezüglichlicher Bestimmung der Geschäftsanweisungen auch in den Monatssummen“ in Kommata eingeschlossen.

Zum §. 37 des Entwurfes bemerkt Herr Oberbürgermeister Pockels, daß der Magistrat nachträglich beschlossen habe, den bei Punkt 1 erwähnten Procentsatz der Abschreibungen bei dem Gas- und dem Wasserwerke zu ermäßigen und deshalb gar keinen festen Procentsatz anzugeben, sondern den Schluß des Punktes 1 zu fassen: „... unter Abschreibung eines von der Verwaltungsdeputation mit Zustimmung der städtischen Behörden periodisch festzusetzenden Betrages für Abnutzung einerseits, und der auf dem Werte ruhenden Schulden, andererseits“.

Bedenken werden hiergegen nicht erhoben.

Herrn Seele erscheint es bedenklich, die dem Course unterliegenden Werthpapiere bei der Berechnung des Capitalvermögens u. zum Nennwerthe aufzunehmen, weil bei hochstehendem Course sich ein Fehlbetrag ergebe.

Herr Oberbürgermeister Pockels will rechtgeben, daß es richtiger wäre, die Papiere nicht zum Kennwerthe aufzunehmen. Da aber durch eine anderweite Berechnung eine erhebliche Arbeit entstehen würde, die absolut keinen Werth habe, weil die Zusammenstellung nur eine generelle Uebersicht über das Vermögen der Stadt geben solle, so sei auch bisher die Einstellung in der vorgeschlagenen Weise gemacht worden, womit man sich sehr wohl einverstanden erklären könne.

Zum §. 28 möchte Herr Löschigt noch bemerken, daß er eine außerordentliche Cassenrevision ein Jahr um das andere für zu wenig halte und bitten wolle, vorzuschreiben, daß bestimmt alle Jahr eine solche außerordentliche Revision stattzufinden habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß eine außerordentliche Revision der Stadtcasse, welche letztere sich in ihrer Gesamtheit aus einer Zahl einzelner Cassen zusammensetze, immer einen Zeitraum von 2—2½ Tagen erfordere. Man müsse deshalb vorsichtig sein in der Feststellung der Zahl der außerordentlichen Revisionen. Die ordentlichen Revisionen finden allmonatlich in den frühen Morgenstunden statt und stören den Verkehr in keiner Weise. Wenn daher die außerordentlichen Revisionen mindestens ein ums andere Jahr vorgeschrieben seien, so dürfte dieses genügen. Selbstverständlich werde eine sofortige außerordentliche Revision eintreten, wenn ein auch noch so entfernter Anlaß dazu gegeben sein könnte, wogegen es nicht nöthig sei, solche Revisionen unter normalen Verhältnissen alle Jahre vorzunehmen, weil damit eine außerordentliche Belästigung der Revisionsbeamten sowohl, als auch des Publicums verbunden sei.

Herr Löschigt kann die Belästigung des Publicums nicht für so erheblich ansehen, wenn alle Jahre einmal eine Schließung der Casse auf 2—3 Tage stattfinde, zumal da dieses durch die Zeitungen bekannt gemacht werden könnte; die Mehrbelastung der Beamten sei für ihn aber Nebensache. Er möchte die Verantwortung nicht übernehmen, daß nur alle zwei Jahre eine solche außerordentliche Revision stattfinde und bitte, dieselbe alljährlich vorzuschreiben. Es treibe ihn nicht Mißtrauen zu diesem Antrage, sondern das Bestreben, solche unvorbereiteten Revisionen öfter eintreten zu sehen. Wenn eine Revision erst durch einen äußeren Anlaß geboten sein solle, dann sei ihr Zweck schon verfehlt.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt dazu, daß derartige Revisionen unmöglich vorher bekannt gemacht werden könnten, weil der Cassenführer davon vorher gar keine Ahnung haben dürfe.

Herr Löschigt will seine bezügliche Aeußerung dahin ausgelegt wissen, daß die Bekanntmachung erst am Tage der Revision in den Zeitungen stehen solle.

Die Versammlung lehnt indessen diesen Antrag ab und genehmigt im Uebrigen den Entwurf.

Wie Herr Rudeloff des Weiteren berichtet, empfiehlt die Statutencommission, auch zu dem Entwurfe einer „Geschäftsanweisung für die Stadthaupt-

casse", soweit derselbe der Genehmigung der Versammlung überhaupt unterliege, die Zustimmung auszusprechen. Die Commission habe nur den Magistrat zu bitten, im §. 12 hinter dem Worte „Einnahmen“ einzuschalten: „soweit dieselben nicht nach vorstehenden Paragraphen den Hebestellen zugewiesen sind“.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß er allerdings in der Commission erklärt habe, diesem Wunsche nachkommen zu wollen, wenn der Magistrat auch eine Unklarheit in dem Wortlaute des Entwurfes nicht habe finden können. Bei näherer Ueberlegung stelle sich aber heraus, daß durch die Aufnahme des Zwischenjahres das gar nicht erschöpfend getroffen werde, was getroffen werden solle, denn es handle sich nicht allein um die Hebestellen, sondern auch um die Executoren. Da nun innerhalb der Cassenverwaltung gar kein Zweifel darüber bestehen könne, daß unter der Erhebung der Einnahmen nur die Gesamterhebung zu verstehen sei, so bitte er von der Vornahme einer Aenderung Abstand zu nehmen.

Herr Rudeloff erwidert, daß die Commission seiner Ansicht nach keinen so erheblichen Werth auf den Zusatz lege und damit einverstanden sein werde, denselben fallen zu lassen.

Auch dieser Entwurf wird von der Versammlung nach dem Antrage des Magistrates genehmigt, bezw. zur Kenntniß genommen und ist damit die Gesamtvorlage genehmigt.

XXII. Credit für den Stadthausbau und Begrenzung der Bausumme.

Wie der Herr Vorsitzende mittheilt, ist die Durchberathung der Vorlage noch nicht so weit gediehen, um sie vor das Plenum bringen zu können; dieselbe wird daher einstweilen zurückgestellt.

Herr Weber richtet die Bitte an den Magistrat, bei der demnächstigen Behandlung der Vorlage im Plenum den Stadtbaurath Winter mit zuzuziehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß es dem Magistrate überlassen bleiben müsse, noch weitere Commissarien zu den Verhandlungen der Stadtverordneten zuzuziehen.

XXIII. Gehaltszuschuß für den zweiten Hauptprediger zu St. Andreas.

Die hiesige Stadtgemeinde hat sich bekanntlich zur Uebernahme der Gesamtheit derjenigen Kosten verpflichtet, welche aus der programmmäßigen Neuordnung des hiesigen Stadtkirchenwesens erwachsen würden. In Erfüllung dieser Pflicht soll, auf Beschluß der Versammlung vom 24. August d. Js., bis zu der für das kommende Rechnungsjahr in Aussicht genommenen Erhebung einer Gemeindefkirchensteuer die bedarfsmäßige Fehlsomme der Gemeinde Kirchencasse aus den Vorrathsmitteln der Stadthauptcasse vorgeschossen werden. Zu den Lasten der ersteren Casse gehört derjenige Zuschuß, welcher zur Besoldung des Inhabers der zweiten, jetzt wieder zu

befehenden Hauptpredigerstelle bei St. Andreas zu leisten ist, und welcher, da das Kirchencassen-Collegium das Mindestgehalt der neu anzustellenden Stadtgeistlichen, vorbehaltlich einer demnächstigen Vereinbarung über Gewährung von Alterszulagen, auf den als angemessen zu bezeichnenden Satz von 4100 M neben 1000 M Wohnungsentuschädigung festgesetzt hat, die Dotation der zweiten Predigerstelle zu St. Andreas aber nur 2967 M 55 S beträgt, sich jährlich auf 2132 M 45 S belaufen wird. Herzogliches Consistorium erachtet nun nach Einsicht des §. 107 der Städteordnung die Ausfertigung einer besonderen Urkunde darüber erforderlich, daß die Stadt das Einkommen des zweiten Hauptpredigers bei St. Andreas in angemessener Weise ergänzen wolle. Die Versammlung wird daher um Ertheilung der Zustimmung dazu ersucht, daß die verlangte Erklärung von dem Magistrate abgegeben werde.

Die Statutencommission hat nach dem Berichte des Herrn Rudeloff durchaus keine Bedenken, die von der Stadtgemeinde übernommenen Verpflichtungen noch einmal urkundlich zu erklären und anzuerkennen. Wenn indessen diese urkundliche Erklärung nach dem Wunsche des Herzoglichen Consistoriums wörtlich dahin lauten solle, daß die Stadt das Einkommen des zweiten Hauptpredigers zu St. Andreas in angemessener Weise ergänzen wolle, so sei darauf hinzuweisen, daß die Anforderungen, welche zu kirchlichen Zwecken an die Stadt erfolgen, jedesmal der Prüfung der städtischen Behörden unterliegen. Es würde also jene Erklärung lediglich dahin zu verstehen sein, daß die Stadt das Einkommen des zweiten Predigers nicht in der Weise, wie das Consistorium oder das Kirchencassen-Collegium es für angemessen halte, sondern wie es sich nach stattgehabter Prüfung als erforderlich werde herausgestellt haben, ergänzen wolle. Dem Consistorium müsse nun aber daran liegen, daß bei Ausschreibung der Stelle kein Zweifel darüber bestehe, ob das Gehalt wirklich von der Stadt werde übernommen und bezahlt werden, darum habe das Consistorium ein Interesse daran, daß die Stadtverwaltung sich über die Angemessenheit des Besoldungsatzes äußere. Um der Rechtszuständigkeit der städtischen Behörden Ausdruck und der Sache einen ungehinderten Fortgang zu geben, könne die Statutencommission deshalb nur anheimgeben, daß solches gleich jetzt geschehe; der Mindestgehaltsatz der hiesigen Prediger in Höhe von 4100 M Gehalt und 1000 M Wohnungsentuschädigung sei übrigens als angemessen anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Magistrat die Anerkennung in dieser Form ausspreche.

XXIV. Baulinie an der Wendenstraße.

In Veranlassung eines von dem Bautechniker Rambow gestellten Antrages auf Feststellung der Fluchtlinie für die unter *N* 46 und 47 an der Wendenstraße gelegenen Grundstücke hat das Stadtbauamt für einen Theil dieser Straße eine neue Baulinie in Vorschlag gebracht, deren Genehmigung der Magistrat anheimgibt,

und die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Riecke berichtet, beschließt.

XXV. Erwerb einer Grundfläche an der Scharnstraße.

Der Magistrat beantragt, den stadtseitigen Ankauf einer 33 qm großen Theilfläche des Löbbbeck'schen Grundstückes an der Scharnstraße zum Gesamtpreise von 1650 M zu genehmigen,

was auf Befürwortung des Herrn Wagner, welcher für die Finanzcommission berichtet, geschieht.

XXVI. Aufnahme eines Processes gegen den Gastwirth Curland in Delper.

Der Gastwirth Curland in Delper hat gegen den Magistrat gerichtliche Klage erhoben, dahingehend, daß der Magistrat jeder Verunreinigung des den Ort Delper berührenden Mühlengrabens durch Einleitung von Abwässern, Abfällen u. sich bei Strafe zu enthalten und dem Kläger den ihm aus solcher Verunreinigung in den Jahren 1892 und 1893 erwachsenen Schaden zu ersetzen habe. Zugleich hat der p. Curland beantragt, im Wege einstweiliger gerichtlicher Verfügung anzuordnen, daß der Magistrat während der Schwebe des erhobenen Rechtsstreites sich jeder verunreinigenden Einleitung in den Delper'schen Mühlengraben bei Strafe zu enthalten habe. Der Magistrat hält die Klageanträge für unbegründet und ersucht, ihn zur Aufnahme des Processes zu ermächtigen.

Die Statutencommission erachtet nach dem Berichte des Herrn Wolff die Aufnahme des Processes für durchaus nothwendig, selbst wenn man die Ansicht vertreten sollte, daß in der einen oder anderen Richtung die bewirkte Verunreinigung der Oer die Klage stützen könnte. Außerdem liege aber schon eine Menge Material vor, welches nach Ansicht der Commission den größten Theil der Klage auch sachlich mit Erfolg hinfällig machen werde.

Die Aufnahme des Processes wird genehmigt.

XXVII. Aufnahme eines Processes gegen den Oberlehrer Dr. Carl Brandes.

Seitens des Oberlehrers Dr. Carl Brandes hieselbst ist gegen die hiesige Stadtgemeinde eine Klage erhoben in der Richtung, die Stadtgemeinde zur Rückerstattung von 3220 M Wegebaugeld nebst 5 % Zinsen seit dem 22. Juni 1893, sowie zur Kostentragung zu verurtheilen. Der Magistrat beantragt, zur Aufnahme dieses Processes die Genehmigung zu erteilen.

Wie der Herr Vorsitzende des Näheren ausführt, stützt der Kläger seinen Anspruch wesentlich auf die Behauptung, daß auf den Ausbau der Maschstraße nicht die Bestimmungen des Statuts vom 27. Februar 1893, sondern diejenigen vom 27. December 1883 Anwendung finden. Außerdem sei es nicht richtig, eine Straße in

einzelne Parzellen zu zerlegen, sondern man müsse sie als Gesamtheit behandeln. Die Klagebeantwortung des Magistrates weise nun richtig nach, daß der Standpunkt des Klägers ein unbegründeter sei und gebe daher der Magistrat mit Recht anheim, den Proceß aufzunehmen. Aber auch, selbst wenn die Stadt im Unrecht sei, müßte die principiell wichtige Frage entschieden werden.

Die Proceßführung wird darauf beschlossen.

XXVIII. Erwerb einer Grundfläche an der Neuenstraße.

Der Magistrat ersucht, ihn zum Erwerbe der von dem Grundstücke des Buchbindermeisters Baumbach der Neuenstraße zuzulegenden Flächen im Gesamtumfange von 2,3 qm, wovon der Genannte 1,2 qm der Stadt unentgeltlich überläßt, zum Gesamtpreise von 165 M zu ermächtigen,

was auf Empfehlung des Herrn Uhlde namens der Baucommission geschieht.

XXIX. Antrag Riecke u. Gen.: Vorschriften bei Vergebung städtischer Arbeiten.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wollen beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, zu Folgendem seine Zustimmung zu geben:

Bei allen auf Kosten der Stadt auszuführenden Arbeiten und Bauten sind folgende Bestimmungen maßgebend:

- 1) Die Arbeiten sind nicht in Submision zu vergeben.
- 2) Jeder Unternehmer hat seinen Arbeitern gegenüber folgende Bedingungen zu erfüllen:
 - a. die Arbeitszeit darf, Nothfälle ausgenommen, nur neun Stunden betragen;
 - b. die Arbeiten sind nicht in Accord, sondern in Tagelohn zu vergeben und ist ein Lohn maßgebend, wie er zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des betr. Gewerbes verabredet ist;
 - c. der Verkauf von Getränken und Lebensmitteln auf der Arbeitsstelle durch den Unternehmer oder seine Angestellten ist nicht statthalt;
 - d. der Bauunternehmer hat die Verpflichtung, solche Baubuden und Bedürfnisanstalten zu errichten, wie sie den hygienischen Anforderungen entsprechen.

Zur Begründung führt Herr Riecke Folgendes aus: Der Antrag sei veranlaßt durch die Lage, welche sich in Folge des Niederganges auf wirtschaftlichem Gebiete bemerkbar mache und die gebiete, daß Mittel und Wege erforscht werden, um dieses Elend zu beseitigen, oder doch zu mildern. Von den Magistraten verschiedener Städte sei dasselbe schon erkannt und durch sogenannte Nothstandsarbeiten

im Winter Wandel geschaffen. Heute könnte man solche Nothstandsarbeiten mitten im Sommer bei der schönsten Temperatur, zu einer Zeit, wo der Besizende in die Bäder reisen könne, einrichten, da man den Arbeiter, der gern arbeiten möchte, zu Duzenden, ja zu Hunderten auf den Arbeitsplätzen stehen sehe. Die Arbeitslosigkeit sei heute größer, als sonst im Winter.

Um nun hinsichtlich der Reform bei den Communalbauten anzufangen, so sei zuerst die sogenannte Submission abzuschaffen. Diese hätte bewiesen, daß sie auf die ganzen Verhältnisse einen Druck ausübe, der nicht schön und nicht zu rechtfertigen sei. Wenn bei den Bauten — er erinnere an den Bau, der zu 53 000 M veranschlagt, bei der Submission aber auf 23 000 M heruntergedrückt sei — selbst der Unternehmer seine Last habe, um durchzukommen, so liege es auf der Hand, daß derselbe auch den Arbeitern schlechten Lohn zahlen müsse. Bei dem jetzigen Verfahren werde also die Existenz der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gefährdet. Außerdem liege es doch auch nahe, daß die städtischen Baubeamten durch die vielen städtischen Bauten so viele Erfahrungen erworben haben, um die Kosten eines Baues schon vorher ziemlich sicher ermitteln zu können. Wenn man einwende, ein Gemeinwesen komme auf Grund des Submissionswesens billiger zum Ziele, so sei dieses nur scheinbar zutreffend; denn wenn man dafür sorgen wolle, daß das ganze Bürgerthum gleichmäßig bedacht werde und die Lebenshaltung in jeder Beziehung auf der Höhe bleibe, so sei kein Schaden dabei, wohl aber, wenn die Bevölkerung durch schlechte Löhne und schlechte Lebenshaltung herunterkomme. Aus diesem Grunde sei der Antrag gestellt.

Ferner theile er mit seinen Freunden die Ansicht, daß dem Unternehmer gewisse Verpflichtungen auferlegt werden müssen und zwar zunächst eine Normirung der Arbeitszeit auf gewisse Stunden und da meine er, daß es nicht zu viel verlangt sei, dieselbe auf neun Stunden herabzusetzen, zumal da der Magistrat von Berlin bei den städtischen Arbeiten bereits eine Dauer von nur acht Stunden eingeführt habe. Außerdem müßten die Lohnsätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitern geregelt werden. Dazu komme noch, daß sich hier ein Uebelstand herausgebildet habe, durch welchen einerseits die Bauarbeiter geschädigt seien, und andererseits einzelne Personen nicht allein die Steuern hinterziehen, sondern auch auf Kosten der Arbeiter ein behagliches Leben führen, während einzelne Leute als Lehrlinge nichts lernen können und noch obendrein ihren geringen Verdienst in ihre Wirthschaft stecken müßten, indem sie etwa zerbrochene Flaschen zu bezahlen hätten: das sei der Verkauf geistiger Getränke auf der Baustelle, welche für Rechnung des Unternehmers oder Parlires von den Lehrlingen geleitet werde. Dieser Uebelstand sei abzustellen. Es handle sich hier um ein Trugsystem, denn derjenige, welcher die meisten Flaschen Bier angeschrieben erhalten habe, erhalte sehr oft am längsten Arbeit. Die Lehrlinge aber könnten bei solcher Beschäftigung nichts lernen. Es müsse Wunder nehmen, daß in

Braunschweig, wo die Innungen auf solcher Höhe zu stehen vorgeben, den Parliern diese Wirthschaft gestattet werde, obwohl nach den Statuten der Innungen der Vertrieb geistiger Getränke auf der Baustelle verboten sei. Es gebe hier Parliere, welche aussprachen, daß sie neben ihrem Lohne noch 100 M wöchentlich einzunehmen haben. Wenn der Lehrling auch bei dem Geschäfte auf 10 Flaschen eine frei bekomme, so müsse er doch andererseits jede zerbrochene Flasche bezahlen; er trage also das Risiko des Geschäftes und habe nicht viel Vortheil davon. Vom Standpunkte der allgemeinen Gerechtigkeit bitte er um Unterstützung des Antrages.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XXX. Anfrage Hauswaldt: Maßnahmen bei Ausführung der Düferanlagen.

Zur Begründung der Anfrage:

„Wird der Magistrat bei Durchführung des Düfers durch die Oker am Wilhelmsbore durch Ziehung einer zweiten, unter der Baustelle liegenden Spundwand den industriellen Werken, welche gezwungen sind, ihr Wasser aus der Oker zu nehmen, möglich machen, während der Bauzeit weiter zu arbeiten?“

bezieht sich Herr Hauswaldt auf seine Ausführungen bei Punkt XVI. der Tagesordnung (Seite 152/153) und bemerkt weiter, daß sich in der von ihm vorgeschlagenen Weise ein Weiterarbeiten der betr. industriellen Werke ermöglichen lassen werde. Selbstverständlich würde er es für gerechtfertigt halten, wenn die betheiligten industriellen Unternehmungen die Kosten der zweiten Spundwand zu tragen hätten.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß der Magistrat in dieser Sache nichts thun könne, sondern daß die betr. Fabriken sich dieserhalb mit einer Eingabe an die zuständige Herzogliche Baudirection zu wenden hätten. Ihm persönlich erscheine es ganz practisch, die Sache in der vorgeschlagenen Weise zu machen.

XXXI. Antrag Rieke: Zahlungserleichterung bei den Canalanschlüssen.

Wie Herr Rieke zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, den unbemittelten Grundstücksbesitzern die Zahlung betreffs der Anschlüsse an die Hauptcanäle in der Weise zu erleichtern, daß nach Fertigstellung der Arbeiten die Hälfte des Betrages in kürzester Frist, die anderen Beträge in Raten innerhalb 18 Monaten eingezogen werden, das Deponiren des ganzen Betrages vor Beendigung der Arbeiten aber wegzulassen.“

ausführt, seien ihm in dieser Beziehung viele berechnigte Klagen zu Ohren gekommen. Bei den traurigen Verhältnissen, unter welchen viele kleine Hausbesitzer leben, könnte man denselben dieses Entgegenkommen ohne Schädigung der Stadtcasse wohl erweisen. Bei dieser Gelegenheit wolle er noch bemerken, daß es ihm sehr am Plage zu sein scheine, darauf zu halten, daß die Arbeiten der Hausanschlüsse unter der Aufsicht eines fachkundigen Beamten vollführt werden, damit nicht so viel Pfluscharbeit entstehe. Durch die von ihm vorgeschlagene Zahlungserleichterung gehe der Stadt nichts verloren und werde auch mancher Unzufriedenheit die Spitze genommen. Wenn man das Geld zu solchem Zwecke nur vom Leihhause zu holen brauche, dann habe es keine Noth, aber die Leute, welche es sich erst borgen müßten, würden mißmuthig gemacht. Im Uebrigen könne er auf seine Ausführungen bei Punkt III. der Tagesordnung (Seite 141) verweisen.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XXXII. Antrag Weber und Genossen: Zuziehung des Stadtbauraths Winter zu einer Verathung.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, zu den bevorstehenden Verathungen über den Stadthausbau den Stadtbaurath Winter zuzuziehen“,

wird von Herrn Weber wie folgt begründet: Er sei erstaunt gewesen, auf seine bei Punkt XXII. der Tagesordnung (Seite 161) vorgetragene ergebene Bitte, zu der Besprechung über die Bausumme für das Stadthaus Herrn Stadtbaurath Winter heranzuziehen, vom Magistratsstische her die kurze Antwort zu erhalten, darüber hätte nur der Magistrat zu befinden. Als seiner Zeit das städtische Verwaltungsstatut berathen worden, sei in der vereinigten Statuten- und Finanzcommission der Wunsch laut geworden, daß die Spitzen der Schul-, Wasser- und Baubehörden bei entscheidenden Berathungsgegenständen am Magistratsstische Platz finden möchten; hiergegen seien indessen verschiedene Stimmen laut geworden und auch der Herr Oberbürgermeister habe sich dagegen erklärt. Letzterer habe aber die Erklärung abgegeben, daß, wenn aus der Mitte der Versammlung der Wunsch auf Zuziehung eines solchen Herrn zu einer besonderen Sitzung geäußert werde, diesem Wunsche Rechnung getragen werden solle. Es liege nun wohl nichts näher, als daß man bei der Verhandlung über einen so wichtigen Bau, wohl den wichtigsten, über den die Versammlung jemals zu befinden haben werde, auch mit dem ausführenden Baumeister Rücksprache nehmen und dessen Gutachten einholen möchte. Ebenso gut, wie man mit dem Baumeister einen Hausbau vorher gründlich durchspreche, liege auch nichts darin, wenn er die Bitte äußere, daß bei dieser Gelegenheit der betreffende Bau-

meister erscheine, und meine er, daß die ihm gewordene Abfertigung gar zu kurz gewesen sei.

Der Antrag wird zur sofortigen Berathung gestellt.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß er seinerseits erstaunt sei, wenn Herr Weber über die Antwort auf seine Frage erstaunt gewesen sei. Wenn ein Einzelnr aus der Versammlung an den Magistrat das Ansinnen stelle, einen Oberbeamten hier an den Verhandlungen theilnehmen zu lassen, ohne hierfür einen Grund anzugeben, so verstehe es sich von selbst, daß der Magistrat darauf absolut nicht eingehen könne. Das Gesetz besage, daß der Magistrat befugt und auf den Antrag des Vorsitzenden der Stadtverordneten verpflichtet sei, zu den Versammlungen der Stadtverordneten, sowie zu den Commissionsitzungen Deputirte zu senden, sowie daß der Magistrat bei der Berathung von technischen und Schul-Angelegenheiten auch die oberen technischen städtischen Beamten beziehungsweise die Leiter der Schulanstalten als Deputirte senden könne. Als sodann in der Vorberathung des Verwaltungsstatuts der Wunsch geäußert sei, daß auf Beschluß auch die städtischen Oberbeamten zuzuziehen sein möchten, habe er erklärt, daß das im Wege einer statutarischen Anordnung nicht wohl anginge, daß indessen der Magistrat auf Verlangen der Versammlung unter Berücksichtigung der dafür angeführten Gründe, nicht anstehen würde, einen Oberbeamten hierher zu senden.

Herr Böschigt erklärt, seine Unterschrift zu dem Antrage gegeben zu haben, weil ein großer Theil der Stadtverordneten neu gewählt sei und von dem Stadthausbau bis jetzt wenig Einsicht bekommen habe. Da es sich hier um eine große Summe handle, so theile er den Wunsch des Herrn Weber und sei befremdet, daß man demselben nicht zugestimmt habe. Es könnten bei den Verhandlungen Fragen auftauchen, welche nur der Herr Stadtbaurath Winter zu beantworten vermöchte.

Der Antrag wird angenommen und darauf die Versammlung geschlossen.

Dauer von 4—7¹/₂ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 5. October 1893.

Tagesordnung:

I. Haltestellen der Straßeneisenbahn	Seite 170
II. Provisorische Canalisation am untern Galggraben	175
III. Antrag Riefe: Zahlungserleichterung bei den Canalan schlüssen	175
IV. Antrag Riefe u. Gen.: Vorschriften bei Vergebung städtischer Arbeiten	175
V. Rechnungs-Ab schluß 1892/93.	186
VI. Besuch wegen Straßenbaukosten	189
VII. Verlängerung des Gasrohres in der Roßstraße	190
VIII. Baulinie an der Frankfurterstraße	190
IX. Rückzahlung von Canalbaukosten	191
X. Uebernahme der Domaine Steinhof	191
XI. Einrichtung eines Dienstzimmers im Schlachthause	194
XII. Besuche um Erlaß der Hundesteuer	195
XIII. Antrag Löschigt und Gen.: Aufstellung weiterer Straßenlaternen	195
XIV. Antrag Riefe u. Gen.: Besichtigung des Congresses für Volkswirthschaft	195

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Kettemeyer, Heymann, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessoren Reidemeyer und Floto.

Entschuldigt die Herren Bauermeister, Fiedel, Lange, Semler, Uhde und Wagner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, wird sofort in die Berathung der Tagesordnung getreten.

I. Haltestellen der Straßeneisenbahn.

Die Vorlage war auf Beschluß der Versammlung vom 17. August d. Jrs. (Seite 110—117 des Berichts) nach eingehender Berathung an die Statutencommission mit den von Herrn Weber gestellten Zusatzanträgen zurückverwiesen. Wie nun Herr Rudeloff namens der Commission berichtet, lassen die Weber'schen Anträge den §. 19 des Reglements, welcher in Folge der Einrichtung von Haltestellen eine Veränderung erfahren solle, unberührt, sodaß der eigentliche Inhalt der Magistratsvorlage von der Commission nicht noch einmal durchberathen sei. Es empfehle sich, zunächst noch etwaige Wünsche in Bezug auf die Anlegung von Haltestellen laut werden zu lassen und dann, nach Genehmigung der Magistratsvorlage mit den von der Commission bereits beantragten Aenderungen, in eine Besprechung der Weber'schen Anträge zu treten. Die Anträge der Statutencommission seien dahin gegangen, die Magistratsvorlage zu genehmigen, dabei aber den Wunsch zu äußern, die an der Kreuzung der Nebenstraße projectirte Haltestelle der Wendenthorlinie an die südwestliche Ecke des Al. Exercierplatzes zu verlegen und anzuordnen, daß die Einrichtung der Schilder zur Kennzeichnung der Haltestellen nur nach der Anordnung der städtischen Bauverwaltung geschehen dürfe.

Die Besprechung wird diesem Antrage gemäß auf die eigentliche Vorlage und die von der Commission beantragten Zusatzanträge beschränkt.

Herr Hauswaldt beantragt und begründet, folgende Aenderungen in den geplanten Haltestellen vorzunehmen: 1) Auf der Augustthorlinie neu einzuschieben je eine Haltestelle an der Ecke der Campestraße, der Wilhelmstraße, der Schöppensiedterstraße und an der Post, sowie statt der Haltestelle an der ehem. Artilleriekaserne solche an der Augustthorbrücke und statt derjenigen am Lessingplatz solche an der Ecke der Leopoldstraße einzurichten. Die neu in Vorschlag gebrachten Haltestellen seien ebenso wie die beantragten Aenderungen im Interesse des Verkehrs nothwendig.

Herr Rathe erklärt sich gegen die Einführung der vielen Haltestellen, da dieselben bei den vielen engen Straßen der Stadt dem allgemeinen Verkehre nachtheilig seien. Seiner Meinung nach müßte wegfallen in erster Linie die Haltestelle der grünen Linie an der Kreuzung der Münzstraße, da bei dem Anhalten der Pferdebahn an jener sehr frequenten Stelle leicht ein Unglück passiren könne. Ferner halte er die Haltestelle an der Kreuzung der Wendestraße für überflüssig, wenn man sie nicht an eine weniger verkehrsreiche Stelle zurückverlegen wolle; ebenso sei die Kreuzung an der Wendenthorpromenade und hauptsächlich an der nördlichen Wilhelmstraße beim Herzoglichen Krankenhause ein Uebling, weil gerade an dieser schmalen Stelle Verkehrsstörungen eintreten müßten. Endlich eigne sich

der Sack und die Kreuzung der Schützen- und Neuenstraße, letztere schon wegen des starken Verkehrs der Hotelwagen, schlecht zu einer Haltestelle. Er möchte vorschlagen, daß in den engen städtischen Straßen, wie in der Neuenstraße, dem Hutfiltern, dem Damme, der Sonnenstraße etc., nicht nur keine Haltestellen eingerichtet werden dürfen, sondern daß die Pferdebahn dort auch im ruhigen Schritte fahren müsse, um den öffentlichen Verkehr nicht zu schädigen. Nachdem der Pferdebahn schon so viele Rechte eingeräumt seien, müßte man auch dem übrigen Wagenverkehr gerecht werden.

Herr Halle kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Pferdebahn sich wie eine Schnecke nur im Schritt vorwärts bewegen solle, weil man dann lieber zu Fuß gehen werde. Was die Wahl der Haltestellen anlange, so sei zuzugeben, daß dieselben gerade in frequenten Straßenkreuzungen unpraktisch liegen, jedoch werde die Pferdebahn auch in der eigentlichen Kreuzung nicht halten, sondern ein Stück vor oder hinter derselben. Die für den Sack geplante Haltestelle sei doch wohl darauf zurückzuführen, daß in nächster Zeit die Verlegung der Gleise durch den Marstall zur Ausführung komme.

Herr Stadtrath Ketemeyer kann die letztere Auffassung bestätigen. Was die in Bezug auf die Haltestellen vorgetragenen Wünsche anlange, so möchte er bei der Unmöglichkeit, sich sofort für oder gegen eine Aenderung schlüssig machen zu können, vorschlagen, die Haltestellen in der magistratsseitig beantragten Weise zu nehmen zu halten, und erst einmal auszuprobieren, ob sich dieselben bewähren. Sollten sich Uebelstände herausstellen, könne man jeden Tag Aenderungen vornehmen.

Herr Hauswaldt bittet dagegen, über die gestellten Anträge zu beschließen, da solche Sachen, wenn man sie dem Magistrate und der Herzoglichen Polizeidirection überlasse, meistens sehr lange dauern, ehe eine Aenderung getroffen werde.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge der Herren Hauswaldt und Rathe mit der Ausnahme abgelehnt, daß dem Wunsche auf Einrichtung einer Haltestelle für die grüne Linie an der Post Ausdruck gegeben werden soll; während die Magistratsvorlage, mit Ausnahme des Satzes 2 im §. 19, welcher später zur Abstimmung gebracht werden wird, und die Anträge der Statutencommission zur Annahme gelangen.

Nunmehr wird zur Berathung der von Herrn Weber gestellten Anträge (Seite 112 des Berichts) geschritten.

Zunächst wünscht der Antragsteller den Wortlaut der Bestimmung im §. 19, Satz 2: „Die Wagen dürfen nicht eher zum Weitergehen gebracht werden, als bis die Fahrgäste die Wagen bestiegen, bezw. verlassen haben“, wie folgt gefaßt zu sehen:

„Das Zeichen zum Weiterfahren darf der Conducteur nicht früher geben, als bis die Einsteigenden Platz genommen, bezw. die Aussteigenden die Erde erreicht haben.“

Dieser Antrag enthält, wie Herr Rudeloff weiter berichtet, von den Worten „als bis“ an nichts Neues, sondern besagt dem Sinne nach dasselbe, wie die angefochtene Bestimmung. Den Zusatz, daß das Zeichen zum Weiterfahren nicht eher gegeben werden dürfe, als bis die Einsteigenden Platz genommen haben, könne die Commission nicht zur Annahme empfehlen. Abgesehen davon, daß nicht alle Fahrgäste Platz nehmen, sondern verschiedene auf der Plattform stehen bleiben, würde jedenfalls eine Unterbrechung der Fahrordnung und ein unliebbarer Aufenthalt entstehen, wenn der Conducteur mit der Abgabe des Abfahrtzeichens warten solle, bis sich jeder Fahrgast entschieden habe, ob er stehen bleiben wolle, oder bis er sich gesetzt habe. Wenn Herr Weber den Antrag mit Rücksicht auf mitfahrende alte Leute gestellt habe, so seien außer dem Conducteur immer noch Fahrgäste vorhanden, welche einem alten Herrn oder einer alten Dame gern hilfreiche Hand leisten, damit dieselben ungefährdet ihren Platz erreichen. Sollte sich aber einmal ein Conducteur gegen ältere Mitfahrende nicht passend benehmen, so sei vorzuziehen, den Weg der Beschwerde zu beschreiten, als daß ein solcher Zusatz in das Reglement komme. Die Commission halte denselben für unbedeutend und gebe Ablehnung anheim.

Die Versammlung lehnt den Antrag ab.

Weiter hat Herr Weber beantragt, dem Reglement die Bestimmung einzufügen:

„Die Conducteure und Kutscher dürfen während der Fahrt, außer wenn die Bahn durch Hindernisse gesperrt ist, ihre angewiesenen Plätze nicht verlassen.“

Die Worte „ihre angewiesenen Plätze“ sind vom Antragsteller nachträglich geändert in „den Wagen.“

Der Herr Berichterstatter bemerkt zunächst, daß in Bezug auf die Conducteure Anordnungen nicht getroffen werden können, weil in dem Polizeireglement von Conducteuren überhaupt nicht die Rede und die Verwaltung der Pferdebahn daher nicht gezwungen sei, solche zu halten. In der Sache selbst wolle Herr Weber den Fall treffen, daß nach angestellten Beobachtungen der Conducteur wohl den Wagen einmal kurze Zeit verlasse, um bei langsamem Fahren oder an Endstrecken in einem benachbarten Laden einen Schnaps zu trinken. Die Commission halte indessen diese Vorkommnisse nicht für so schlimm, um eine derartige Bestimmung nöthig erscheinen zu lassen. Wenn sich Unzuträglichkeiten zeigen, könne auch hier der Weg der Beschwerde bei der Direction eingeschlagen werden.

Der Antrag wird von der Versammlung ebenfalls abgelehnt.

Der folgende Antrag bezweckt, in das Reglement eine Bestimmung aufzunehmen des Inhalts:

„Die Conducteure und Kutscher dürfen während der Fahrt sowenig rauchen, als Speisen und Getränke zu sich nehmen.“

In Bezug auf die Conducteure gilt, wie Herr Rudeloff weiter ausführt, das bei dem vorigen Antrage Gesagte. Da aber durch §. 16 des Reglements den Kutschern das Tabakrauchen während der Fahrt schon verboten sei, so würde nur noch erübrigen, auch das Zuschnehmen von Speisen und Getränken zu verbieten. Die Commission glaube indessen, hiervon absehen zu sollen, weil eine derartige Handlung nicht unter allen Umständen eine Ungehörigkeit in sich schließe.

Herr Weber kann der Commission in diesem Punkte nicht beipflichten. Es handle sich nicht darum, das Einnehmen von Speisen und Getränken unter allen Umständen als strafbar hinzustellen, sondern er habe der oft beobachteten Unsitte steuern wollen, daß die Bediensteten ihre Eß- und Trinkvorräthe unter den Wagensitzen aufbewahren und dieselben aus dem Versteck hervorholen, gleichviel ob Damen auf den betreffenden Sitzplätzen sich befinden und deren Kleider erst zur Seite geschoben werden müssen; sowie daß die Leute auf dem Kutscherbock die Flasche selbst in der Stadt vor den Mund nehmen und trinken. Solche Einrichtungen seien in einer Stadt wie Braunschweig nicht angebracht.

Herr Günther hält es auch nicht für schlimm, wenn die Bediensteten einmal während der Fahrt etwas zu sich nehmen, kann aber trotzdem den Standpunkt der Commission nicht theilen. Seiner Meinung nach müsse man die Verwaltung der Pferdebahn zwingen, den Bediensteten Zeit zum Frühstück zu lassen, weil sie sonst gezwungen seien, während der Fahrt etwas zu genießen. Im Sommer möchte das noch angehen, aber im Winter sei es kannibalisches zu nennen, wenn die Leute gezwungen werden, bei strenger Kälte ihr halbgefrorenes Brot und ihre nur halbgewärmte Flasche Kaffee zu sich zu nehmen. Bei etwas gutem Willen lasse sich das ändern. Es genüge nicht, den Leuten das Zuschnehmen von Speisen und Getränken zu verbieten, sondern man müsse ihnen gleichzeitig Zeit zum Frühstück verschaffen. Wenn ein Mann von Morgens 6 Uhr ab im Dienste sei und dann mit dem Frühstück bis 10 Uhr warten solle, so erscheine ihm die Zeit zu lang zu sein. Eine Abhülfe lasse sich treffen, wenn den Leuten gestattet werde, an den Thoren vielleicht in die Polizeigebäude eintreten und sich dort einige Minuten aufhalten zu dürfen, um nach Einnahme ihrer Mahlzeit den Wagen wieder zu besteigen. Da trotz der lebhaften Besprechung bei der vorigen Berathung von den Weber'schen Anträgen nichts übrig zu bleiben scheine, so wolle er wenigstens beantragen, der Pferdebahn-Verwaltung die Verpflichtung aufzuerlegen, ihren Leuten eine bestimmte Frühstückspause zu gewähren.

Herr Rudeloff will hierzu bemerken, daß nach einer Mittheilung der Direction der Pferdebahn die Kutscher alle 4 Stunden genügend Zeit haben, um Speisen und Getränke zu sich zu nehmen. Darnach könnte der Antrag Weber wohl

angenommen werden, die Commission sei indessen gegen die Annahme, weil nicht immer eine Ungehörigkeit in dem Zufichnehmen von Speisen und Getränken liege und eventuell der Weg der Beschwerde der richtigere sei.

Herr Löschigt kann durch Nachfrage bestätigen, daß den Bediensteten der Pferdebahn jetzt freie Zeit zum Frühstück und Abendessen gegeben werde, indem dann die Endstrecken eine Zeit lang ohne Conductor befahren werden. Herr Weber möchte er aber beipflichten, daß es eine Ungehörigkeit sei, wenn ein Kutscher, wie er beobachtet habe, auf einer längeren Strecke durch die Stadt während der Fahrt die Flasche vor dem Munde habe.

Herr Blasius will auf Grund einer ihm von der Direction der Pferdebahn gewordenen Mittheilung Herrn Günther gegenüber bemerken, daß jeder Bedienstete alle 3—4 Stunden Zeit zum Essen erhalte, während das Trinken im Dienste verboten sei. Mit Rücksicht hierauf halte er es für überflüssig, solches Verbot noch in das Statut aufzunehmen.

Herr Günther legt Werth darauf, die von ihm befürwortete Vorschrift durch das Statut festgelegt zu sehen, damit die Leute in einem geschlossenen Raume essen können.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Besprechung angenommen ist, wird der Antrag Weber abgelehnt und der Antrag Günther angenommen.

Der letzte Antrag des Herrn Weber geht dahin, in das Reglement noch folgende Bestimmung aufzunehmen:

„Der Conductor darf weder mehr als die bestimmungsmäßige Zahl von Personen zulassen, noch auch die Mitnahme von Hunden und solchen Gepäck gestatten, welches durch Größe, üblen Geruch und schmutzige Beschaffenheit den Mitfahrenden lästig wird.“

Da sich solche Bestimmung schon im §. 18 des Reglements vorfindet, so hält es die Commission nicht für erforderlich, noch einen derartigen Beschluß zu fassen. Dieselbe möchte nach dem Berichte des Herrn Rudloff nur den Wunsch äußern und der Versammlung anheimgeben, zu beschließen, daß zur Verhütung einer Ueberfüllung der Wagen und der damit verbundenen Thierquälerei an den Wagen Tafeln oder Fähnchen angebracht werden, sobald die Wagen besetzt seien.

Herr Weber möchte unter diesen Umständen wenigstens die Bitte an die competente Behörde richten, darnach zu sehen, daß die getroffenen Vorschriften auch befolgt werden, weil sonst die Verathung derselben nur leeres Stroh dreschen sei. Es werden sich mit ihm wohl alle Mitglieder der Versammlung davon überzeugt haben, daß bislang dieser Vorschrift seitens der Pferdebahnbediensteten gar keine Beachtung geschenkt sei.

Die Weber'schen Anträge sind damit erledigt. Die Versammlung stimmt sodann dem vom Magistrate vorgeschlagenen zweiten Satz des §. 19, sowie dem oben gestellten Antrage der Commission zu, so daß die gesammte Magistratsvorlage

mit den Zusatzanträgen der Statutencommission und des Herrn Günther nunmehr angenommen ist.

Herr Wollenweber möchte noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Verwaltung der Straßeneisenbahn angehalten werde, ihre Fahrgeleise besser in Ordnung zu halten. Dieselben liegen an manchen Stellen einen Zoll höher als das Straßenpflaster und gefährden den Wagenverkehr ganz empfindlich, indem Rad- und Achsenbrüche dadurch veranlaßt werden. Er bitte den Magistrat, dahin zu wirken, daß in dieser Beziehung eine Besserung eintrete.

II. Provisorische Canalisation am untern Galgraben.

Die Abwässer der Ludwigstraße und des oberen Theiles der Hamburgerstraße werden mittelst eines von der Hamburgerstraße abzweigenden, innerhalb des Kesselschen Grundstücks verlegten Canals dem sogenannten Galgraben zugeführt. Da sich hieraus Unzuträglichkeiten für die Anwohner ergeben haben, so ersucht der Magistrat zu genehmigen, daß die untere Strecke des Galgrabens mit einem Kostenaufwande von 2000 M provisorisch canalisirt werde.

Die Finanzcommission läßt die Vorlage durch Herrn Seele zur Annahme empfehlen

und die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

III. Antrag Kieße: Zahlungsverleichterung bei den Canalanschlüssen.

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag (Seite 166 des Berichts) hat nach dem Berichte des Herrn Meyer eine gründliche Durchsprchung in der Finanzcommission erfahren und hierbei das mitanwesende Magistratsmitglied zu Erklärungen veranlaßt, welche genau erkennen lassen, daß in dieser Hinsicht seit langer Zeit eine Praxis geübt werde, die ungefähr der von Herrn Kieße erst jetzt erstrebten Einrichtung gleiche. Nachdem sodann das Magistratsmitglied die Erklärung abgegeben habe, daß auch ferner in dieser Weise verfahren und die humane Praxis beibehalten werden solle, habe Herr Kieße sich veranlaßt gesehen, seinen Antrag zurückzuziehen.

IV. Antrag Kieße u. Gen.: Vorschriften bei Vergebung städtischer Arbeiten.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag (Seite 164—166 des Berichts) berichtet namens der Statutencommission Herr Rudeloff: Nach eingehender im Beisein der Antragsteller vorgenommener Berathung des Antrages sei die Commission nur in der Lage, der Versammlung die unter 2, c und d aufgeführten, den Verkauf von Getränken w., sowie die Errichtung von Gebäuden und Bedürfnisanstalten betreffenden Anträge zur Annahme zu empfehlen, während sie sich für die übrigen Anträge nicht aussprechen könne.

Was zunächst den Antrag 1 „Die Arbeiten sind nicht in Submission zu vergeben“, anlange, so habe die Commission aus Mittheilungen, die in Veranlassung eines von Herrn Nieß am 12. September 1889 gestellten Antrages (Seite 178 und 230 des Prot.) der Versammlung im Februar 1891 von dem Magistrate zugegangen seien und aus einem beigegebenen Berichte der städtischen Bauverwaltung festgestellt, in welcher Weise die öffentlichen städtischen Arbeiten und Lieferungen bisher vergeben seien. Es gehe daraus hervor, daß nicht alle öffentlichen Arbeiten und Lieferungen in Submission vergeben werden, daß vielmehr auch freihändige Vergabungen vorkommen, namentlich, wo es sich um besonders schwierige, um solche Arbeiten handle, zu deren Ausführung eine besondere Kunstfertigkeit gehöre und bei eiligen Arbeiten, für welche Ausschreibungen nicht mehr vorgenommen werden können. Ebenso sei dieses der Fall, wenn zur vollständig genauen Bestimmung einer Lieferung Verhandlungen mit dem betr. Unternehmer erforderlich seien. Ferner sei auch bei Straßenbauten und Erdarbeiten ein öffentliches Ausschreiben nicht für erforderlich gehalten, weil die Kosten solcher Arbeiten genau auf Heller und Pfennig berechnet werden können und auch nur ein geringer Kreis von Unternehmern vorhanden sei, an die man sich hierbei zu halten habe. Abgesehen von diesen Fällen würden die städtischen Arbeiten in Submission vergeben. Das geschehe aber nicht in der Weise, daß man dieselben einem Unternehmer in Generalentreprise überweise, der dann die einzelnen Lieferungen an weitere Unternehmer verbe. Dieses Verfahren würde sehr viel gegen sich haben. Es würde dadurch der Capitalbildung Vorschub geleistet, besonders den großen Unternehmern Gelegenheit gegeben, viel Geld zu verdienen, während auf die kleineren Unternehmer ein Preisdruck geübt werden könnte, der wieder auf die Höhe des Lohnsatzes Einfluß haben möchte. Auch stehe man bei diesem Verfahren nicht in directer Verbindung mit denjenigen, welche die Arbeiten ausführen, sondern nur zu dem, der dieselben in Generalentreprise erhalten habe. Es werden vielmehr die einzelnen Arbeiten sowohl im Hochbau, als auch im Brückenbau an einzelne Unternehmer vergeben und hierbei halte man sich nicht unter allen Umständen an das Mindestgebot, ebenso wie man sich auch nicht an einen unbestimmten Kreis von Leuten wende, sodaß Jeder ein Angebot abgeben könne, sondern es sei das Verfahren der beschränkten Submission in Anwendung, welche darin bestehe, daß von den als leistungsfähig bekannten Unternehmern die am meisten geeignet erscheinenden eine Aufforderung erhalten, Angebote zu machen. Hiervon werde sodann das angemessenste Gebot ausgewählt, ohne daß man sich an das Mindestgebot binde. Die städtische Bauverwaltung trachte auch möglichst darnach, daß alle zu einer Submission aufgeforderten Unternehmer gleichmäßig über den Umfang der Leistung aufgeklärt werden, damit dieselben ihre Gebote auch gleichmäßig abgeben können. Ebenso sei man bemüht, den Gewerbetreibenden der hiesigen Stadt den Vorzug vor auswärtigen Gewerbetreibenden zu geben, ohne indessen die Concurrenz der

dem betr. Gewerbe angehörenden Unternehmer auszuschließen, damit jede Willkür vermieden und der betr. Beamte auch vor Verdächtigungen bewahrt werde. Bei Besprechung der verschiedenen Arten der Verdingung sei nun die Commission zu der Ueberzeugung gelangt, daß die beschränkte Submision die geeignetste Art für die städtischen Bauausführungen sei. Die Stadt werde dadurch vor Uebervortheilungen gesichert, die Preise ließen sich so in zweckmäßigster Weise ermitteln und es sei dadurch auch die Möglichkeit und eine gewisse Sicherheit gegeben, daß die Arbeiten in der gewünschten Weise ausgeführt werden. Es sei dieses eigentlich auch gar kein Submissionsverfahren, sondern recht betrachtet eine freihändige Vergebung von Arbeiten, nur daß man sich vorher nach dem Preise erkundige, wie das jeder gute Hausvater thun werde. Auf die an die Antragsteller gerichtete Frage, was denn nach ihrer Meinung an die Stelle dieser beschränkten Submision treten solle, sei erwidert worden, es leite sie in erster Linie das Bestreben, daß die Stadt die Bauten in eigene Verwaltung nehmen solle, wenn sie auch nicht glaubten, daß dieses Verfahren hier schon so bald Eingang finden würde. Diesen Glauben habe die Commission ebenfalls nicht; sie meine auch, daß die Stadt allen Grund habe, davon abzustehen. Wenn man sich lediglich auf den Standpunkt des Arbeiters stelle, so möge es allerdings erstrebenswerth erscheinen, die städtischen Bauten in eigener Regie auszuführen. Die Stadt sei voraussichtlich weniger selbstsüchtig, als ein Privatunternehmer sein werde und sein müsse und das Verhältniß zu den Arbeitern werde bei der Stadt gewissermaßen von einem höheren Gesichtspunkte aufgefaßt. Sodann seien die Arbeiter Gemeindegengenossen, in vielen Fällen wohl auch Bürger, welche schon etwas verlangen können, und die in der Oeffentlichkeit stehenden Organe, speciell auch die gewählten Vertreter der Arbeiterschaft werden ihnen, sofern ihnen etwas nicht gewährt werde, zu ihrem Rechte zu verhelfen suchen; auch könnten die Arbeiter dann darauf rechnen, daß man ihnen schon um des lieben Friedens willen und um die Unruhe los zu werden, entgegenkomme. Der Wunsch, daß die Lage der Arbeiter, soweit die Verhältnisse solches vernünftigerweise gestatten, verbessert werde, sei nun gewiß allgemein. Es gehen die Bestrebungen unserer Zeit dahin, daß ein Ausgleich gefunden werde zwischen den Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter und die Arbeiter wissen auch recht gut, daß von Seiten der Stadt geschehe, was möglich sei. Eine andere Frage sei nun aber, ob sich die Stadt diesen Aufgaben als Bauunternehmerin und Arbeitgeberin in umfassendem Maße widmen solle, und diese Frage werde von der Commission verneint. Die Stadt würde sich als solche, wie schon gesagt, den Arbeitern gegenüber immer in einer exponirten Lage befinden; sobald es aber einmal zum Streit komme zwischen der Stadt und ihren Arbeitern, würde solcher Kampf bedeutend weitgehender sein, als wenn eine Differenz zwischen Arbeitern und einem privaten Arbeitgeber vorliege. Wenn die Stadt andererseits ein Opfer bringe und die Forderungen der Arbeiter erfülle, so besäßen letztere

gleich ein Präjudiz, auf das sie sich den Privatunternehmern gegenüber berufen würden. Letztere seien nun aber vielleicht gar nicht in der Lage, die Opfer zu bringen, welche ein Gemeinwesen bringen könne und ein neuer Streit breche aus. Außerdem erscheine es auch nicht wohlgethan, dem kleineren und größeren Unternehmerthum einen Riegel vorzuschieben. Man solle dem Unternehmerthum freie Bahn geben, und sei es viel richtiger, wenn der Ausgleich zwischen den Interessen der Arbeiter und der Arbeitgeber durch diejenigen erfolge, welche persönlich dabei betheiligt seien, als wenn eine Behörde sich damit befasse; der Schwerpunkt liege doch darin, daß das persönliche Verhältniß wieder hergestellt werde. Abgesehen hiervon müsse man aber auch sagen, daß eine behördlich geordnete Organisation nicht beweglich genug sei, um Regiebauten von größerem Umfange auszuführen. Für die Bauausführung erscheine es außerdem auch viel besser, wenn sie derjenige besorge, welcher ein persönliches Interesse daran habe. Allein ausschlaggebend sei aber schon, daß offenbar die Stadt viel zu theuer bauen würde, wenn sie ihre Bauten in eigene Verwaltung nehmen wollte. Das in dieser Beziehung mit der Schule am Prinzenwege gemachte Experiment lade wirklich zu Wiederholungen nicht ein. Wenn es nun mit Regiebauten nichts wäre, so bliebe nur noch übrig, falls von den Submissionen Abstand zu nehmen sei, die Arbeiten einem einzelnen Unternehmer zu übergeben. Daß dieses aber ein großer Leichtsinns sein würde, darüber sei kein Wort zu verlieren. Auch die Antragsteller stimmen sachlich damit überein, nur fürchten sie, daß in Folge der Submission die Preise gedrückt werden und dieses einen Druck auf die Arbeitslöhne herbeiführen möchte. Die Commission theile diese Befürchtung nicht, weil nur ein beschränkter Kreis von Unternehmern zugelassen werde, von denen man voraussetzen könne, daß sie sich ihr Angebot genau überlegt haben und weil es, wie bemerkt, nicht üblich sei, in allen Fällen auf den Mindestfordernden zu greifen. Die Arbeitgeber seien aber gar nicht in der Lage, ohne Weiteres auf den Preis zu drücken, denn dieser richte sich im Wesentlichen nach Angebot und Nachfrage und der Einzelne sei nicht im Stande, auf einen niedrigeren, als den angemessenen und ortsüblichen Lohnsatz zu bestehen, weil er dann keine Arbeiter bekommen würde. Jedenfalls habe man auch durchaus nicht die Sicherheit, wenn man von der Submission absehen wolle, daß der einzelne Unternehmer den etwaigen höheren Verdienst dazu verwende, die Löhne aufzubessern. Der Zweck der Antragsteller würde also durch diesen Antrag doch nicht erreicht werden. Dieser Zweck, also den Arbeiter gegen einen Druck von Seiten des Unternehmers zu schützen, lasse sich nur erreichen, wenn es möglich wäre, dem Unternehmer Bedingungen, ähnlich den unter 2 a und b der Anträge bezeichneten, aufzuerlegen, durch welche derselbe gezwungen würde, den Arbeitslohn in einer Weise festzustellen, welche den Arbeiter unter allen Umständen befriedigen würde. Wenn das möglich wäre, könnte es den Antragstellern aber vollständig gleich sein, ob die städtischen Arbeiten in Submission vergeben werden oder nicht.

Die Commission sei freilich nicht der Ansicht, daß jenes möglich sein werde. Sie gebe aus allen diesen Gründen anheim, den ersten Antrag abzulehnen.

Herr N i e k e ist mit seinen Kollegen über die ablehnende Haltung der Commission nicht enttäuscht, weil sie dieses vorausgesehen haben. Trogtallem liege aber die Nothwendigkeit vor, die vorhandenen Ungleichheiten einigermaßen aus der Welt zu schaffen. Wenn nun gesagt werde, weshalb sie nicht in Vorschlag gebracht haben, das Regiewesen einzuführen, so sei darauf zu erwidern, daß sie zunächst hätten ein Uebergangsstadium schaffen wollen. Die Schule am Prinzenwege, auf welcher immer herumgeritten werde, sei gar kein Maßstab für die vorliegende Frage. Der städtische Baubeamte habe damals diesen Weg gewählt, weil die Meister, welche sich geschädigt glaubten, ihre Ansprüche außerordentlich hoch geschraubt haben und weil ihm die Erfahrung noch abgegangen sei. Es gehe aber damit, wie mit den Nothstandsarbeiten des letzten Winters. Niemand habe ein Recht, der Stadt einen Vorwurf daraus zu machen, wenn sie dabei Fehler gemacht habe, da die Stadt auch erst lernen müsse. Darum könne jener Bau keine Abschreckungstheorie darstellen. Das sogenannte Submissionswesen bestehe darin, daß 4 bis 5 größere Firmen zu einer Preisabgabe aufgefordert werden und man dann aus den Angeboten den Durchschnittspreis nehme, so daß die Arbeit schließlich doch der bekomme, welcher sie von vornherein hätte haben sollen. Ein solches Verfahren drücke aber auf die Arbeitnehmer und wirke auch schädigend auf die ganze Volkswirtschaft ein. Jede Gesellschaft suche ihre sociale Stellung zu verbessern, soweit sie dazu in der Lage sei und hierzu bedürfe sie der Mitwirkung aller Gesellschaftsclassen. Bei der vorhandenen socialen Ungleichheit erscheine es aber in dieser schlechten Wirthschaftsperiode nöthig, daß Wandel geschaffen werde und Jeder dabei mithelfe. Leider sei es eine traurige Thatfache, daß der Lohn sich regelt nach Angebot und Nachfrage, daß aber auch diejenigen, von denen man erwarten sollte, sie würden in erster Linie Moral ausüben, unnachsichtlich die Arbeiter drücken, um herauszuholen, was in der Submission heruntergedrückt worden. Dadurch wirke letztere überall schädlich. Wenn man sich tüchtige Baubeamte engagire, welche die Arbeitskosten, die Materialpreise zc. auf Grund ihrer langjährigen Praxis genau kennen müssen, so könne man die Arbeit an Jeden abgeben, der die Arbeiter so handle, daß sie ihre Steuern entrichten und als Menschen leben können. Nach diesem Ziele suche er mit seinen Freunden zu streben. Wenn der Antrag jetzt abgelehnt werde, so seien seine Auftraggeber mit diesem Ergebnisse nicht unzufrieden, weil sie schon vorher gewußt haben, daß man dieses heute noch nicht erwarten könne, aber sie seien doch von dem Streben durchdrungen, daß noch mehr Interesse für die Sache gefaßt werden müsse, um sie demnächst desto besser regeln zu können.

Herr L ö s c h i g t ist der Meinung, daß sich das Submissionswesen schwerlich abschaffen lasse, möge die Geschäftslage liegen, wie sie wolle, die freie Concurrenz werde ewig bleiben. Jedenfalls möchte er aber dafür eintreten, daß bei allen Ver-

gebungen das Monopolwesen, welches allerdings schon etwas nachgelassen habe, ganz beseitigt werde und im Sinne des Herrn Niese auch die kleineren Meister, welche ebenso gut arbeiten können wie die größeren und ebenfalls ihre Steuern zu zahlen haben, mehr Berücksichtigung finden. Auch unter den kleineren Meistern finden sich tüchtige Handwerker vor, welche Berücksichtigung verdienen.

Herr Peplicz bemerkt, daß die Voraussetzung, man habe durch den Antrag an die Stelle des Submissionswesens die Ausführung der städtischen Arbeiten in Regie treten lassen wollen, nicht richtig sei. Die Antragsteller haben sich dazu entschlossen, zunächst die Abschaffung des Submissionswesens zu verlangen, weil sie sich voraussetzten, daß ein solcher Antrag mehr Aussicht auf Annahme habe, als ein Antrag auf Einführung des Regiewesens. Der Antrag sei nicht gestellt worden, um aus dem Fenster zu reden, sondern man habe den aufrichtigen Willen gehabt, demselben zur Annahme zu verhelfen. Der vorliegende Antrag gehe nur darauf hinaus, die Anträge unter 2a—d zu verwirklichen, darum sehe er nicht ein, weshalb derselbe nicht angenommen werden könnte. Allerdings sei dessen Annahme ein Eingreifen in die heutigen Produktionsverhältnisse, welche überall die freie Concurrenz walten lassen und unter denen die Arbeiter den kürzeren ziehen. Die Vergebung städtischer Arbeiten könne man nicht vergleichen mit den Privatbetrieben. Der einzelne Arbeitgeber habe ein großes Interesse daran, möglichst billig dazuzukommen, während bei einer Stadt noch andere Grundsätze maßgebend sein müssen. Die Stadt habe die Verpflichtung für das Wohlergehen der Einwohner zu sorgen und hier liege die Möglichkeit vor, die Lage der Arbeiterclassen zu heben. Deshalb könnte der Antrag aber auch sehr gut angenommen werden und bitte er, demselben zuzustimmen.

Herr Niese will gegen die Anträge selbst nicht sprechen, sondern nur richtigstellen, daß der Schulbau am Prinzenwege damals unter denselben Bedingungen vergeben werden sollte, wie das jetzt geschehe, nur mit dem Unterschiede, daß damals der leitende Baubeamte den Bau zu niedrig veranschlagt habe und die Bewerber um denselben ca. 10 % mehr gefordert haben, als er veranschlagt sei. Der Baubeamte glaubte aber, den Bau nicht zu niedrig veranschlagt zu haben und habe hinterher durchschnittlich 40 %, stellenweise sogar bis zu 123 % seinen Anschlag überschritten. Wenn man das Experiment der Regiebauten anstellen wolle, werde man sich mindestens auf die Hälfte mehr der jetzt erforderlichen Baukosten einrichten müssen. (Zustimmung.)

Der Antrag wird darauf abgelehnt.

Die weiteren Anträge lauten:

„2) Jeder Unternehmer hat seinen Arbeitern gegenüber folgende Bedingungen zu erfüllen:

a. die Arbeitszeit darf, Nothfälle ausgenommen, nur neun Stunden betragen;

- b. die Arbeiten sind nicht in Accord, sondern in Tagelohn zu vergeben und ist ein Lohn maßgebend, wie er zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des betr. Gewerbes verabredet ist."

Wie Herr Rudeloff weiter berichtet, liege dem Antrage unter a, die Arbeitszeit zu verkürzen, die Voraussetzung zu Grunde, daß der Arbeiter durch die Verkürzung nicht Schaden erleide; das gedächten dann die Antragsteller durch den Antrag unter b zu verhüten, und also seien beiden Anträge zusammen zu besprechen. Nach dem, was der Commission bekannt sei, gebe es nun im Baugewerbe nicht die Einrichtung, daß der Arbeitslohn durch Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die bevollmächtigt seien oder eine genügende Autorität über ihre Standesgenossen besäßen, festgesetzt würde. Die Antragsteller würden daher wohl auch nur im Sinne gehabt haben, daß demnächst solche Einrichtung ins Leben gerufen werden möchte. So lange dieselbe aber noch nicht bestünde, könnten auch die Unternehmer nicht darauf verwiesen werden, weshalb es denn schon aus diesem Grunde unmöglich sei, auf die Anträge einzugehen. Gesezt aber den Fall, es gäbe solche Einrichtung, so würde der Lohn doch immer nach Stunden festgesetzt werden und eine Beeinträchtigung der Arbeiter nicht vermieden sein, wenn man die Arbeitszeit auf neun Stunden ermäßigen wollte. Im Interesse der Arbeiter selbst glaube daher die Commission abzuathen zu müssen, auf die Anträge einzugehen. Was die beantragte Abschaffung des Accordlohnes betreffe, so sei es nur richtig, daß sich nicht jede Arbeit eigne, im Accord vergeben zu werden; im Uebrigen sei diese Art der Arbeitsvergebung und deren Beibehaltung unumgänglich nothwendig und ein wesentliches Mittel, um einem fleißigen und intelligenten Arbeiter die Möglichkeit zu verschaffen, etwas mehr zu verdienen, als andere Standesgenossen. Auch hier liege also die Ablehnung im Interesse der Arbeiter selbst.

Herr Aßmann entgegnet, daß die Behauptung, der Arbeiter wünsche eine Verkürzung der Arbeitszeit gar nicht, nur aufgestellt werden könne, wenn man sich um die heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse nicht bekümmert habe. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit wolle man der großen Zahl beschäftigungsloser Arbeiter Arbeitsgelegenheit verschaffen. Außerdem liege in solcher Verkürzung das Gute, daß dieselbe dem Arbeiter gesundheitsdienlich sei und er sich dann auch mehr seiner Familie und der Erziehung seiner Kinder widmen könne. Man wolle also nicht etwa den Arbeiter zur Faulheit erziehen, sondern man wolle ihm Gelegenheit geben, sein Leben genießen zu können. Darum könne der Antrag nicht gegen das Interesse der Arbeiter sprechen, zumal da letztere im Allgemeinen solche Verkürzung selbst wünschen. Wenn es trotzdem eine Thatsache sei, daß viele Arbeiter darnach gestrebt haben, eine längere Arbeitszeit zu erhalten, um mehr Geld zu verdienen, so erscheine dieses ganz natürlich, weil es im Selbsterhaltungstribe liege. Daraus könne man aber nicht folgern, daß die Arbeiter durchaus eine längere Arbeitszeit haben wollen, sondern nur, daß sie einen höheren Verdienst brauchen zu ihrer Ernährung. Wenn

heute schon gesagt sei, die freie Concurrenz würde ewig dauern, so wäre das wirklich traurig, denn es würde dann bald keine freie Concurrenz, sondern nur noch eine freie Abschachtung der Arbeiter sein, indem durch die erhöhte Einführung noch weiterer Maschinen immer mehr Arbeiter beschäftigungslos werden würden und schließlich gar kein Arbeiter mehr existiren könnte. Auf solchem Standpunkte dürfe man nicht beharren, sondern man müsse fortschreiten und Verbesserungen einführen, wie sie die Anträge bezwecken. Wenn ferner von dem Berichterstatter gesagt worden, es bestehe eine Einrichtung der gegenseitigen Lohnfestsetzung hier im Baugewerbe noch nicht, so sei darauf zu erwidern, einmal, daß sich dieselbe leicht werde beschaffen lassen, und dann aber auch, daß verschiedene Gewerbe schon bestimmt vereinbarte Lohnsätze haben. Diese Sache erscheine ihm überhaupt sehr nebensächlich, da sie sich von selbst regeln werde, sofern dem Unternehmer nur erst ein bestimmter Lohnsatz vorgeschrieben werden solle. Man beabsichtige auch gar nicht, den Lohn für alle Arbeiter gleichzustellen, sondern nur den Minimallohnsatz festzustellen. Mit der weiteren Behauptung, daß die Abschaffung der Accordarbeit nicht im Interesse der Arbeiter liege, weil sie im Accord mehr verdienen, gehe es ebenso, wie mit der Beibehaltung der längeren Arbeitszeit, denn die Leute, welche solchen Wunsch äußern, wollen nur mehr verdienen. Es liege aber im Interesse der Allgemeinheit, die Accordarbeit nicht hochzuhalten, sondern sie zu bekämpfen. In verschiedenen Werkstätten werde schon längere Zeit nur um Lohn gearbeitet, und die Unternehmer machen keine Anstalten, die Accordarbeit wieder einzuführen; es fühlen sich also Arbeiter und Arbeitgeber wohl dabei. Der Arbeitgeber könne auch stets controliren, ob ein Arbeiter genug leiste, ebenso wie die übrigen Arbeiter ein Interesse daran haben, daß der Einzelne seine Schuldigkeit thue. Die Einwendungen seien demnach vollständig hinfällig. Wenn von den Gegnern der Anträge hierbei auf die Nothstandsarbeiten des letzten Winters verwiesen werde, so dürfe man dabei nicht vergessen, daß für einen Stundenlohn von 20 S ein angestrenktes Arbeiten gar nicht zu erwarten sei und sich dort der Arbeiter schon aufs Drücken legen müsse, weil er sich für seinen Lohn nicht so viel Essen beschaffen könne, um genügende Kraft zu angestrenzter Arbeit zu haben. Sobald man aber einen ordentlichen Lohn zahle, könne man auch fordern, daß die Leute ordentlich arbeiten. Wenn die Antragsteller auch kein anderes Ergebniß aus der Berathung erwartet haben und die übrigen Arbeiter sich hierüber ebenfalls nicht groß wundern werden, so sei dasselbe doch bedauerlich, weil die Annahme des Antrages im Interesse der Allgemeinheit liegen würde.

Herr Günther: Wenn der Referent bezweifle, daß es Einrichtungen gebe, durch welche die Lohnsätze vereinbart werden und daß man solche Einrichtungen in Zukunft treffen werde, so habe er zu erwidern, daß es derartige Einrichtungen thatsächlich schon gebe. Beispielsweise seien bei den Buchdruckern seit dem Jahre 1873 die Accord- und Wochenlohnsätze auf das Genaueste festgestellt und könne der

Tarif von jeder Seite jährlich gekündigt werden. Der Minimallohnfuß betrage dort wöchentlich 19 M 50 S. Auch die Tischler haben einen derartigen Tarif erkämpft, nach welchem eine 9 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit und ein Minimallohnfuß von 19 M 50 S vereinbart sei; ebenso liege es bei den Maurern, deren Minimallohnfuß 42 S für die Stunde betrage. Man ersehe hieraus, daß wirklich solche Vereinbarungen unter den Arbeitgebern und Arbeitern existiren und es demnach nichts verschlüge, wenn die Anträge angenommen würden und wenn man dadurch den Unternehmern auferlegte, sich derartigen Bestimmungen zu unterwerfen. Es würde dieses nicht allein im Interesse der Arbeiter, sondern auch im allgemeinen Interesse liegen, da die Armenkasse und der Steuerfädel dabei nur gewinnen können. Wenn die Arbeiter besser verdienen, so seien sie auch leistungsfähiger und vermöchten ihre Steuern eher zu bezahlen. Bei der Forderung des neunstündigen Arbeitstages sei man hauptsächlich auch davon ausgegangen, die hunderte und tausende beschäftigungslosen Arbeiter unterzubringen, welche ohne Aussicht auf Arbeit herumwandern und die bei der Verminderung der Arbeitszeit wenigstens theilweise eingestellt werden können. Einer durch Einführung der neunstündigen Arbeitszeit vielleicht bedingten Verminderung des Verdienstes lasse sich vorbeugen, wenn den Arbeitern für die neun Stunden so viel bezahlt würde, wie sie jetzt in zehn Stunden verdienen (Widerspruch); denn es stehe wohl fest, daß die Arbeiter in neun Stunden dann ebensoviel leisten können, wie jetzt in zehn Stunden. Die Buchdrucker haben die theilweise eingeführte neunstündige Arbeitszeit erkämpft und die Arbeiter würden darauf sicher nicht eingegangen sein, wenn nicht eine Erhöhung des Stundenlohnes damit verbunden gewesen wäre. Man könnte auch eine Masse Geld ersparen, sofern man die Büreauzeiten von acht Stunden auf zehn bis elf Stunden verlängerte, warum wolle man den Arbeitern diese Wohlthat, welche Andere schon haben, nicht auch verschaffen. Es sei nicht böser Wille, welcher die Gegner der Einrichtung veranlasse, dieselbe zu bekämpfen, sondern die Meinung, daß die Welt zu Grunde gehen müßte, wenn die Einrichtung getroffen würde. Man fürchte, daß die Arbeiter die freie Zeit benutzen würden, um Zechgelage zu veranstalten; diese Vermuthung müsse zurückgewiesen werden. Der Arbeiter werde sehr wohl wissen, wie er seine freie Zeit zu verwenden habe, er werde sie seiner Familie und seiner eigenen Ausbildung widmen. Darum bitte er diese, im Interesse der Arbeiter und der öffentlichen Meinung gestellten Anträge gutzuheißen.

Herr Nieß ist der Meinung, daß diese socialpolitische Debatte, so schön und interessant sie auch sei, vollständig zwecklos verlaufen müsse, nicht wegen des Willens der Versammlung, sondern weil die Stadt gar nicht in der Lage sei, von ihrem lokalen Rahmen in die Weltgesetze einzugreifen. Stelle man sich vor, daß hier die Arbeitszeit auf sechs Stunden herabgesetzt würde, so habe dieses zur Folge, daß aus allen Gauen des deutschen Reiches die Arbeiter hierher strömen würden, um die offenen Stellen auszufüllen. Sollte eine solche Einrichtung wünschenswerth

sein, so könnte sie nur durch den Bundesrath und den deutschen Reichstag für das ganze deutsche Reich getroffen werden und müßten dann noch die Reichsgrenzen gegen eine Ueberfluthung arbeitsloser Arbeiter der Nachbarstaaten gesperrt werden. Die Besprechung des Antrages hier in der Versammlung sei demnach ganz zwecklos; zumal da derselbe sich auch gar nicht allein behandeln lasse. Das Baugewerbe arbeite jetzt beispielsweise kaum neun Stunden, nicht etwa weil dieses gewünscht werde, sondern weil die Jahreszeit ein längeres Arbeiten nicht zulasse. Aus diesem Grunde arbeiten die Leute im Sommer gern eine Stunde mehr, damit der Jahresertrag hinreiche, um die fehlende Stunde des Winters zu ersetzen. Dieser Effect würde also bei Verkürzung der Arbeitszeit ausbleiben. Gegen die Anträge selbst wolle er sich nicht weiter auslassen, sondern er habe nur den Eindruck nicht aufkommen lassen wollen, als ob es die Versammlung an gutem Willen fehlen lasse, während die Mitglieder der Versammlung doch aus besser Einsicht sich dahin erklären, daß es der Stadt Braunschweig allein nicht möglich sei, die allgemeinen Gesetze für die Arbeit umzustößen. Sodann dürfe durch die Veröffentlichung der Verhandlungen auch nicht die Meinung aufkommen, als ob sich in der Welt gar nichts besserte, während doch fortwährend Verbesserungen eintreten. Vor 45 Jahren habe der Lohn für einen brauchbaren Zimmergesellen 15—17 S betragen und sei dieser Satz bis zum Jahre 1870 allmählig auf 35 S angewachsen, darauf aber in Folge des Krachs auf 25—32 S heruntergegangen und jetzt wieder auf 35—40 S gestiegen, obwohl sich das Baugewerbe in einer nicht beneidenswerthen Lage befinde. Man dürfe solche Debatten nicht aus dem Rahmen der Weltgeschichte herausreißen und könne nicht immer von den Löhnen allein sprechen, sondern habe auch die Nebenumstände zu berücksichtigen. Zur Zeit der geringen Löhne habe der Roggen mehr gekostet als heute, man müsse daher, wenn man über solche socialpolitischen Fragen sprechen wolle, den ganzen Kreis der Factoren in Betracht ziehen und dürfe nicht ein einzelnes Bild herausreißen. Im Allgemeinen könne er sich nur für den Antrag der Commission erklären und wenn es dafür gar keinen anderen Grund gäbe, so sei es der, daß eine einzelne Stadt nicht in der Lage sei, das deutsche Reich in seinen Arbeitsverhältnissen zu beherrschen und mit der Annahme des Antrages nur ein Schlag ins Wasser gethan werden würde.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Verhandlungen angenommen war, beschließt die Versammlung über die Anträge 2a und b zur Tagesordnung überzugehen.

Zur Geschäftsordnung stellt Herr Rieke die Anfrage, ob die Anträge auf Schluß der Verhandlungen nicht schriftlich eingebracht werden müßten, da er die Einbringung eines solchen Antrages nicht bemerkt habe.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß er für sich das Recht in Anspruch nehme, bei den Mitgliedern der Versammlung vollen Glauben zu finden, wenn er sage, daß ein Antrag eingebracht sei. Dabei erscheine es gänzlich gleichgültig, ob

ein einzelnes Mitglied den Vorgang der Einbringung wahrgenommen habe oder nicht. Der von Herrn Rieke erhobene Protest sei demnach unzulässig und nehme er für sich in Anspruch, daß man seinen Worten Glauben schenke.

Die beiden letzten Anträge:

„c. der Verkauf von Getränken und Lebensmitteln auf der Arbeitsstelle durch den Unternehmer oder seine Angestellten ist nicht statthaft;

d. der Bauunternehmer hat die Verpflichtung, solche Baubuden und Bedürfnisanstalten zu errichten, wie sie den hygienischen und sittlichen Anforderungen entsprechen;“

empfiehlt die Commission, wie Herr Rudloff weiter berichtet, im Interesse der Arbeiterschaft anzunehmen.

Herr Rieke will zunächst berichtigend bemerken, daß ihn bei seiner Anfrage nach der Einbringung von Anträgen kein Mißtrauen gelehrt habe, sondern er sich nur habe darüber informiren wollen, ob ein Antrag auf Schluß der Berathung schriftlich eingebracht werden müsse. Zu dem Punkte selbst wolle er erwähnen, daß es bedauerlich sei, wenn sich unter den Augen der Behörden solche Zustände herausbilden können. Obwohl die Baugewerkeninnung in ihrem Statute die Bestimmung habe, daß auf den Bauplätzen von dem Unternehmer oder dessen Vertreter Spirituosen nicht verkauft werden dürfen, lasse sie doch ihre Parlierer schalten und walten, so daß dieselben sich rühmen können, wöchentlich noch 50—100 M. dabei heraus zu holen. Ferner sei es bedauerlich, daß von jenen Herren nicht in Bezug auf das Lehrlingswesen selbst Wandel geschaffen werde, denn die Lehrlinge seien nicht zum Glascentragen und Karrenschieben da, sondern es sollten tüchtige Leute aus ihnen gemacht werden, vor denen sich die Meister nicht zu schämen haben. Wenn in einer Commune wie Braunschweig der Verbrauch der Armenkasse während der letzten Jahre auf das Doppelte gestiegen sei, so erscheine es nöthig, auch in dem localen Rahmen auf Verbesserungen zu sinnen, deshalb solle man sich nicht gegen jede Neuerung, welche durchaus noch nicht die Welt umgestalten wolle, mit allen Mitteln wehren. Innerhalb des localen Rahmens lasse sich immerhin auch schon etwas erreichen, aus welchem Grunde man die Gelegenheit ergreifen müsse, was von ihm und seinen Freunden geschehen sei, um diese sogenannte sociale, volkswirtschaftliche Debatte zu bekommen. Letztere sei lehrreicher, als manche andere Besprechung und werde das Interesse der städtischen Behörden an solchen Dingen auch durch die geplante Beschickung des volkswirtschaftlichen Congresses in Frankfurt a. M. bekundet. Man komme schließlich von selber dahin, keine zehn Stunden mehr arbeiten zu lassen und werde der Ansicht zuneigen, daß sich mit viel weniger Zeit auskommen lasse.

Die Anträge c und d gelangen zur Annahme.

Persönlich bemerkt Herr Rieß, daß die Baugewerkeninnung in die Debatte gezogen sei — was ihm vermuthlich persönlich habe gelten sollen —, er aber

darauf nicht geantwortet habe, weil er glaube, daß die Sache nicht in die Debatte gehöre.

Der Herr Vorsitzende will Veranlassung nehmen, nochmals auf den §. 16 des Verwaltungsstatuts aufmerksam zu machen, nach welchem die Verhandlung zu jeder Zeit von der Versammlung für geschlossen erklärt werden könne, daß jedoch nach Schluß der Verhandlung dem Berichterstatter und gegebenenfalls dem Antragsteller noch das Schlußwort zustehe. Hiernach habe er vorhin insofern nicht ganz correct verfahren, als Herrn Nßmann als Mitantragsteller das Wort noch zu ertheilen gewesen wäre. Dieser Irrthum sei dadurch entstanden, daß er nicht gewußt habe, daß von Herrn Nßmann der Antrag mit eingebracht sei. Herrn Nßmann werde daher noch jetzt das Wort ertheilt. (Derselbe verzichtet.) Dagegen nehme er als das Recht des Vorsitzenden in Anspruch, bei der Mittheilung, daß ein Schlußantrag gestellt sei, auch Glauben in der Versammlung zu finden und gestehe er keinem der Herren das Recht zu, diese Angabe zu bezweifeln, wohl aber würde Jeder den Namen des Antragstellers erfragen können, was in dem vorliegenden Falle nicht geschehen sei.

Der Gegenstand ist damit erledigt.

V. Rechnungs-Abschluß 1892/93.

Der Stadtmagistrat hat der Versammlung einen summarischen Rechnungs-Abschluß über die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben der Stadthauptcasse für die Rechnungsperiode vom 1. Januar 1892 bis zum 31. März 1893 zur Kenntnißnahme vorgelegt. Hiernach stellt sich die Einnahme und Ausgabe im „Soll“ und „Ist“ wie folgt:

	Einnahme in Mark		Ausgabe in Mark	
	Soll.	Ist.	Soll.	Ist.
Cämmereivermögen . .	146 726,24	166 968,85	465 843,06	491 444,68
Kirchliche Zwecke . .	—	—	4 342,50	4 292,78
Unterrichtswesen . .	—	—	734 259,00	715 842,68
Kunst und Wissenschaft	—	—	14 228,30	14 272,00
Armenpflege	—	—	205 800,00	227 576,43
Medicinawesen . . .	800,00	777,20	1 362,00	2 993,57
Bereinszwecke u. Volks-				
feste	770,84	770,84	2 132,17	2 132,17
Feuerlöschwesen . . .	19 356,25	19 784,36	74 200,00	78 062,38
Ortspolizei	38 528,41	38 744,61	398 478,00	355 802,11
Straßenbau	2 100,00	2 800,35	55 284,00	46 626,11
Gemeindesteuer und				
andere Abgaben . .	1 747 250,00	1 640 143,83	4 600,00	7 600,60
Staatsbeihilfen und				
Staatsbedürfnisse . .	270 950,00	287 287,47	32 582,26	39 764,48
Stadtverwaltung . .	35 925,00	34 112,03	244 990,14	251 219,68
Insgesamt	44 693,26	11 808,62	20 498,57	115 132,80
Summa:	2 307 100,00	2 203 198,16	2 258 600,00	2 352 762,47.
Die Ausgabe beträgt:		2 352 762,47		
Mithin Mehrausgabe:		149 564,31.		

Zur Erläuterung der wesentlicheren Abweichungen des Voranschlages von der Wirklichkeit im Capitel „Insgemein“ und gleichzeitig zur Klarstellung der aus dem Rechnungs-Abschlusse sich ergebenden Gesamtfehlsumme von 149 564,31 M wird von dem Magistrate Folgendes ausgeführt.

Der Etat für das Kalenderjahr 1892 hatte einen Ueberschuß aus der Verwaltung der Casse während des Vorjahres in Höhe von 30 000 M angenommen; die Execution des Etats pro 1891 hatte dagegen eine Fehlsomme von 95 784,19 M (im Wesentlichen veranlaßt durch Gebäudereparaturen nach dem Hagelschlage am 1. Juli, durch Erhöhung der Lehrer- und Beamtengehälter und durch Mehraufwendungen für die Unterstützung der Ortsarmen, sowie für das Straßenreinigungswesen) ergeben, so daß der Hauptetat pro 1892 und der Nachtragsetat für das erste Vierteljahr 1893 mit 95 784,19 M hätten belastet werden müssen. Wenn man von dem Deficit der fünfvierteljährigen Rechnungsperiode 1892/93 zu 149 564,31 M diesen aus der Vorzeit herrührenden Fehlbetrag von 95 784,19 M abzieht, verbleibt aus der Verwaltung der laufenden Einnahmen und Ausgaben in der Rechnungsperiode 1892/93 selbst eine Fehlsomme von 53 780,12 M.

Der Etat für das laufende Rechnungsjahr hat nun die Fehlsomme aus den vorausgegangenen Jahren mit nur 68 000 M eingestellt und schließt darnach mit einem Deficit von 86 000 M ab. Da aber die Fehlsomme aus der Vorzeit in Wirklichkeit 149 564,31 M, also gegenüber der Annahme des Etats für das gegenwärtige Rechnungsjahr 81 564,31 M mehr betragen hat, so wird — in der Vorausetzung, daß die laufenden Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1893/94 im Großen und Ganzen den Etatsansätzen entsprechen werden — die Execution des Etats pro 1893/94 unter Hinzurechnung der etatsmäßigen Fehlsomme von 86 000 M einen Fehlbetrag von rund 167 500 M ergeben.

Diese seit dem Jahre 1890 andauernde und seitdem stetig gewachsene Unterbilanz — die sich in 1890 auf 21 570,34 M, in 1891 auf 95 784,19 M (d. i. mehr 74 213,85 M), in 1892/93 auf 149 564,31 M (d. i. mehr 53 780,12 M), beziffert hat, und die in 1893/94 einstweilen zu 167 500 M (d. i. mehr 17 935,69 M angenommen werden muß), erscheint zwar in Berücksichtigung der kostspieligen Einrichtungen und sonstigen außerordentlichen Aufwendungen, die neuerdings zur Förderung der Wohlfahrt der Stadt gemacht worden sind, keineswegs als ein wirthschaftliches Deficit, indem der wirthschaftliche Werth der Leistungen der Stadt für ihre Angehörigen immer noch erheblicher ist, als der Werth dessen, was die Letzteren für die Zwecke der Stadtverwaltung an Steuern hingeben; die Thatsache aber, daß man einem seit dem Jahre 1890 mit stetiger Steigerung andauernden finanziellen Deficit gegenübersteht, sowie der erfahrungsmäßige Umstand, daß die regelmäßigen Ausgaben der Stadthauptcasse in einem das bisherige Wachsthum des Ertrages aus 10 Einheiten des Einkommensteuervertrages nicht

allein aufwiegenden, vielmehr übersteigenden Verhältnisse zunehmen, nöthigen zur Prüfung der Frage, auf welchem Wege das Gleichgewicht im Stadthaushalte wieder hergestellt werden könne, im Besonderen, ob nicht eine Erhöhung der jetzigen Zahl der Einheiten der Gemeindeeinkommensteuer eintreten müsse, oder aber die Aufschließung neuer Steuerquellen angezeigt sei. Sein Urtheil darüber, ob sich die Stadtverwaltung schon jetzt einer chronischen und deshalb durch stärkere Heranziehung der Steuerkraft unbedingt auszugleichenden Unterbilanz gegenüber befinde, glaubt der Magistrat bis dahin, daß das voraussichtliche Ergebniß der diesjährigen Verwaltung der Stadthauptcasse annähernd klargelegt und das nächstjährige Bedürfniß derselben zusammengestellt sein wird, aussetzen zu sollen, zumal angenommen werden darf, daß die mit dem Beginne des kommenden Finanzjahres zur Einführung gelangenden „Steuererklärungen“ eine nicht unwesentliche Erhöhung des Ertrages aus den seither erhobenen Steuereinheiten bewirken werden. Immerhin erscheint es, da der ordentliche Stadthaushaltsetat alsbald durch Verzinsung und Tilgung von großen Capitalien für unproductive Anlagen und Einrichtungen von Neuem stark belastet werden wird, zweifellos, daß das Gleichgewicht im Stadthaushalte, wenn auch vielleicht noch nicht im kommenden Jahre, so doch schließlich nur durch Vermehrung des Einkommens aus Steuern und Abgaben werde hergestellt werden können.

Namens der Finanzcommission wird der vorliegende Rechnungsabschluß von Herrn Seele im Einzelnen vorgetragen und an der Hand der vom Magistrate gegebenen Erläuterungen durchgesprochen. Zu dem Capitel „Armenpflege“ habe behufs besseren Verständnisses der gegebenen Zahlen Herr Oberbürgermeister Pockels noch eine Zusammenstellung derjenigen Summen fertigen lassen, welche in den Jahren 1883 bis 1892 für die Armenpflege verausgabt seien. Darnach steigen die für Armenunterstützungen ausgegebenen Beträge von 82 112 M im Jahre 1883 stufenweise bis auf 164 824 M im Jahre 1892.

In Bezug auf die Steigerung der Gesamtausgaben wolle er noch bemerken, daß, als im Jahre 1891 der Magistrat mit dem Antrage vor die Versammlung getreten sei, die Steuern um ein Simplum zu vermehren, dieser Antrag leider nicht zur Annahme gelangte, indem man damals angenommen habe, daß man sich noch einige Zeit mit den Ueberschüssen aus den gewerblichen Etablissements halten könne, sofern man letztere nur stärker heranziehe. Die Finanzcommission möchte heute davor warnen, die Sache zu rosig anzusehen; denn es ständen der Stadt noch große und viele Ausgaben bevor und die Commission vermöge die Hoffnung des Magistrates, daß sich aus den Steuererklärungen des nächsten Jahres ganz erhebliche Mehrbeträge ergeben könnten, nicht zu theilen. Man dürfe hierbei keinen Vergleich mit preussischen Städten ziehen, da derselbe nicht zutreffe. Die Stadtverordneten dürften sich hier das Zeugniß geben, soweit möglich, die Mitbürger bei der Steuerveranlagung genügend getroffen zu haben. Aus diesem, so-

wie aus dem ferneren Grunde, daß Handel und Industrie zur Zeit darniederliegen und keine Veranlassung zu großen Hoffnungen auf die Zukunft geben, rechne die Commission nicht auf einen erheblichen Mehrertrag aus den Steuererklärungen. Wenn aber wirklich eine geringe Erhöhung der Steuererträge eintrete, so würde es doch sehr bedenklich erscheinen, dieselbe zur Verzinsung und Abtragung des jetzt vorhandenen Deficits zu verwenden, denn es könnten Einflüsse sich geltend machen, welche das Deficit wieder vermehren, so daß es dann nicht gelingen würde, dasselbe abzutragen. Praktisch werde es allerdings sein, die Entschlüsse hierüber bis dahin auszuweichen, daß der Etat für die neue Rechnungsperiode aufgestellt werde und die Bedürfnisse der Stadt festgelegt seien. Sollte man hierbei zu der Vermuthung kommen, daß eine Verminderung des Deficits in der neuen Finanzperiode nicht eintreten werde, so sei die Finanzcommission der Meinung, daß es praktisch und empfehlenswerth sein würde, unbeirrt mit höheren Steuern hervorzutreten.

Auf Antrag des Herrn G ü n t h e r wird in eine Besprechung der Vorlage eingetreten.

Herr G ü n t h e r möchte hierzu den Wunsch äußern, daß bei der demnächstigen Selbstschätzung die zur Deckung des Deficits erforderliche Summe werde herausgeschlagen werden. Seiner Meinung nach könne die Fehlsomme unmöglich durch neue Steuern gedeckt werden, sondern es müßte dann der Ausweg gewählt werden, die höheren Vermögen noch stärker einzuschätzen. Neue Steuern könnten gegenwärtig, wo das Reich die Finanzkraft des Einzelnen so sehr stark in Anspruch nehme, nicht ausgeschrieben werden.

Herr Hauswaldt ist der Meinung, daß wohl vor allen Dingen die äußerste Sparsamkeit für die Stadt am Platze sei, daß indessen der gegenwärtige Zustand die Bürgerschaft nicht erschrecken dürfe. Die Stadt leide nur an einer jahrelang stattgehabten unrichtigen Finanzierung, indem man das Deficit immer durchgeschleppt habe, um ein Simplum zu ersparen. Sofern sich bei dem nächsten Etat irgendwie herausstellen sollte, daß das Deficit wieder weitergeschleppt werden würde, möchte er wünschen, daß die Sache nicht durch irgend eine Nebensteuer, sondern durch die Erhöhung der Steuerescala um ein Simplum aus der Welt geschafft würde.

Der Gegenstand ist damit erledigt.

VI. Gesuch wegen Straßenbaukosten.

Der Fabrikbesitzer, Tischlermeister A. Jung ist bei der Versammlung dahin vorstellig geworden, die seit mehreren Jahren zwischen ihm und dem Magistrate schwebenden Verhandlungen wegen Verbreiterung der Wendensstraße und der Straße am Gaußberge, sowie wegen Zahlung von Straßenbaukosten dadurch zum Abschluß zu bringen, daß dem Magistrate anheingegeben werde, einen Vergleich mit ihm abzuschließen. Während der Magistrat zuerst forderte, daß Jung die

Hälfte der Straßenbaukosten trage, erklärte sich dieser zunächst nur bereit, für diesen Zweck eine Summe von 3000 M beizutragen. Später erbot er sich, die Straße am Gaußberge auf seine Kosten herrichten zu lassen, wenn ihm die Stadt den Staatszuschuß von ungefähr 2500 M und die Hälfte vom Rest der Straßenbaukosten zugähle, mit welchem Vorschlage sich der Magistrat ebenfalls nicht einverstanden erklärt hat. Darauf hat sich Jung geneigt gezeigt, ein Drittel der ganzen Straßenbaukosten zu tragen, was mit dem Erwidern abgelehnt ist, er möchte wenigstens 6000 M einzahlen. Der Bittsteller giebt schließlich die Erklärung ab, daß, sofern der Magistrat sich auf ein Abkommen mit ihm nicht einlasse, er seine Fabrik wieder in Betrieb setzen und sein Grundstück bestens zu verwerthen suchen werde, die Stadt dann aber auch auf ein Entgegenkommen seinerseits nicht mehr zu rechnen habe.

Die Baucommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Bültemann I hierbei auf den Standpunkt gestellt, daß die Versammlung dem Magistrate in dieser Beziehung eine Directive nicht geben, sondern diesem überlassen solle, sich mit Jung abzufinden. Sie beantrage daher Uebergang zur Tagesordnung, welcher von der Versammlung auch beschlossen wird.

VII. Verlängerung des Gasrohres in der Roßstraße.

Die Firma Wille & Koch hat die Verlängerung des Gashauptrohres in der Roßstraße um 210 m beantragt, um einen Gasmotor zum Betriebe einer Häckselschneidemaschine in der Nähe des Bahnhofes an der Cellerstraße in Betrieb setzen zu können. Der Magistrat ersucht, diese Rohrverlängerung unter Bewilligung eines Kostenaufwandes von 961,30 M unter der Bedingung zu genehmigen, daß die Antragsteller sich verpflichten, während eines Zeitraums von 7 Jahren für etwa 1080 M Gas in jedem Jahre zu entnehmen und zur Sicherung dieser Gasentnahme eine Caution von 900 M zu hinterlegen.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung des Antrages durch Herrn Lord anheimgeben und die Versammlung beschließt demgemäß.

VIII. Baulinie an der Frankfurterstraße.

Anläßlich eines von dem Bautechniker Rambow gestellten Antrages auf Feststellung der Fluchtlinie für das an der Frankfurterstraße Nr 8 gelegene Eckgrundstück des Dachdeckermeysters Ehlers ist für einen Theil dieser Straße eine neue Baulinie festgestellt, deren Genehmigung der Magistrat anheimgiebt

und die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann I berichtet, beschließt.

IX. Rückzahlung von Canalbaukosten.

Der Maurermeister Röper, auf dessen Kosten die Grünstraße ausgebaut ist, hat gebeten, ihm die Kosten für den Straßencanal mit 3951 M 08 $\frac{1}{2}$ zurückzahlen. Da eine angemessene Verzinsung dieses Anlagecapitals stattfindet, so ersucht der Magistrat, die bezeichnete Summe zu verwilligen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, namens welcher Herr Meyer berichtet, geschieht.

X. Uebernahme der Domaine Steinhof.

In Sachen der Stadtentwässerung hat der Magistrat der Versammlung das Nachstehende zu unterbreiten:

1. Nachdem Herzogliches Staatsministerium der Stadt das Recht der Zwangsent eignung des zum Mittelpunkte der städtischen Kieselanlage bestimmten Kloster- guts Steinhof einschließlich des mit demselben vereinigten Vorwerks Hülperode verliehen und die Herzogliche Cammer, Direction der Domainen, beauftragt hat, die zum Zweck einer im gütlichen Wege zu vereinbarenden Entschädigung für die Abtretung des Steinhofes erforderlichen Vorarbeiten vorzunehmen, erachtet der Magistrat mit der Kieseldeputation — in der Erwägung, daß bei einer Hinaus- schiebung der Uebergabe des Guts auf den üblichen Termin, 25. Juni, eine Voll- endung der dortigen Kieselanlage im künftigen Jahre unausführbar sein, auch der gegenwärtige Gutsächter die für die hiesige Stadt nahezu werthlose und gleich- wohl von derselben zu vergütende Bestellung der Aecker für das bevorstehende Jahr vorzunehmen haben würde —, für dringend wünschenswerth, daß die Stadt schon zum 1. November d. J. in den vorläufigen Besitz des Guts gelange. Her- zogliche Cammer, Direction der Domainen, hat sich zur Erwirkung der ministe- riellen Genehmigung zu solcher vorläufigen Maßregel unter der Bedingung bereit erklärt, daß die Stadt sich ausdrücklich verpflichte:

a. das für die fraglichen Güter aufkommende jährliche Pachtgeld incl. der vom Pächter zu zahlenden Zinsen für Meliorations- und Baukosten im Betrage von im Ganzen 9249,20 M für die Zeit von Johannis d. Jrs. bis dahin 1894 — zu welchem Zeitpunkte dann das Expropriationscapital zu berichtigen sein würde — an die Herzogl. Cammer zu zahlen,

b. für den Nachtheil aufzukommen, welcher der Herzogl. Cammer dadurch erwachsen würde, daß dieselbe nicht in die Lage komme, dem Pächter die Früchte auf dem Halme Johannis 1894 nach den bezüglichlichen contractlichen Bestimmungen, d. h. theils gegen Vergütung der Tage des wahren Werths, theils gegen Ver- gütung der Körnertaxe und der Kosten der Bestellung abzunehmen und dieselben sodann wieder anderweit zu verwerten und

c. dem Pächter bei Inbesignahme der Güter am 1. November d. Jrs. das dann auf denselben vorhandene todte und lebende Inventar nach den maßgebenden

contractlichen Bestimmungen, d. h. nach der Lage des wahren Werths durch drei seitens der Herzogl. Cammer zu bestimmende Sachverständige abzunehmen.

2. Von dem todtten und lebenden Gutsinventare wird im Besitze der Stadt nur dasjenige zu halten sein, was im nächsten Jahre, also zur Aptrirung des Steinhofes und zur Bewirthschaftung des einstweilen in die Kieselanlage noch nicht hineinzuziehenden Vorwerks Hülperode erforderlich ist; das sonstige Inventar wird zweckmäßig sobald als möglich zu veräußern sein. Die Entschließungen über die große Zahl der hierbei in Betracht kommenden, nicht etwa einheitlich zu erledigenden einzelnen Punkte werden ohne Zeitverlust getroffen werden müssen, daher es zweckmäßig erscheint, daß die städtischen Behörden die Kiesel-Deputation mit entsprechender Vollmacht versehen. Da aber diese Deputation — unter der Leitung des Magistrats-Vorsitzenden aus den Herren Dr. Blasius, Lange und Wiltmann I bestehend — zu ihren Mitgliedern nur einen landwirthschaftlichen Sachverständigen zählt, so hält der Magistrat dafür, daß dieselbe durch Zuwahl eines Landwirths verstärkt werde. Der so verstärkten Deputation wird zweckmäßig die Bestimmung auch darüber zu übertragen sein, in welcher Zahl und unter welchen Lohnbedingungen die zur Zeit auf dem Gute ständig beschäftigten landwirthschaftlichen Arbeiter beizubehalten seien.

3. Zu dem Zeitpunkte, zu welchem die Stadt in den vorläufigen Besitz des Guts eingewiesen werden wird, muß eine Persönlichkeit zur Verwaltung desselben gewonnen sein. Die Aufgabe dieses Beamten wird dem Wesen nach darin zu bestehen haben, daß derselbe unter der Oberleitung der Deputation, im Allgemeinen aber in voller Selbstständigkeit die Kieselgüter nach der Richtschnur des von der Deputation genehmigten Wirthschaftsplans und im Rahmen des von den städtischen Behörden festzustellenden Finanzplans bewirthschaftet und zugleich Vorsteher der Gutscaffe ist, welche letztere durch einen besonderen Rechnungsführer verwaltet werden und, vorübergehend, auch die Bestreitung der Ausgaben für die Aptrirung der Kieselfelder besorgen soll; wobei bemerkt wird, daß die technische Leitung der zunächst bevorstehenden Aptrirungsarbeiten auf dem Steinhofe selbst einem besonderen Cultur-Ingenieur übertragen werden soll. Das Einkommen dieses Administrators, der gegen eine beiden Theilen auf Johannis zustehende einjährige Kündigung, mithin ohne Pensionsberechtigung angestellt werden soll, wird angemessen auf den Jahresbetrag von 6000 M neben freier Wohnung auf dem Steinhofe zu bemessen sein, so zwar, daß etwaige Gewährung sonstiger Naturalbezüge auf das Baargehalt in Anrechnung gebracht wird. Mit dem Bemerken, daß der Magistrat der Versammlung wegen Besetzung der Dienststelle eines Gutsadministrators vertrauliche Mittheilung zugehen lassen wird, ersucht derselbe: 1) ihn zur Uebernahme der unter 1 aufgeführten Verpflichtungen zu ermächtigen; 2) mit einer Verstärkung der Kiesel-Deputation durch Zuwahl eines Landwirths sich einverstanden zu erklären und die Wahl dieses Deputationsmitgliedes vorzunehmen;

3) der Deputation Vollmacht im Sinne der Vorschläge unter 2 zu erteilen; 4) die Schaffung der Dienststelle eines Gutsadministrators, sowie die Ordnung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse dieses Administrators auf der Grundlage der Vorschläge unter 3 zu beschließen.

Ueber diese von der Finanz-Commission durchberathene Vorlage berichtet Herr Lord. Derselbe hat bezüglich des Punktes 1 die Annahme der Vorlage in der vorliegenden Form zu beantragen.

Die Versammlung stimmt diesem Antrage zu.

Auch die Bestimmungen unter 2 haben der Commission keinen Anlaß zu Ausstellungen geboten, da dieselbe ebenfalls der Meinung sei, daß das überflüssige Wirthschaftsinventar sobald als möglich verkauft werden müsse und daß die Riesel-Deputation zweckmäßig eine Verstärkung durch einen weiteren Landwirth erfahre. Im Einverständnisse mit dem Magistrate schlage die Commission als weiteres Mitglied der Deputation den Stadtverordneten Ebeling als eine durchaus geeignete Persönlichkeit vor.

Die Versammlung erklärt sich darauf mit der Verstärkung der Riesel-Deputation durch den Stadtverordneten Ebeling, sowie mit der gewünschten Bevollmächtigung dieser Deputation im Sinne der Magistratsvorschläge einverstanden.

Zu dem Punkte 3 bemerkt der Herr Berichterstatter, daß der Magistrat in Bezug auf die Ausführung der Aptrungsarbeiten insofern anderer Meinung geworden sei, als er dieselben nicht einem Cultur-Ingenieur, sondern einem Unternehmer zu übertragen gedenke. Der hierzu von Herrn Baurath Hobrecht ausgearbeitete Plan würde dann auf einzelne Sectionen übertragen werden, für deren Ausführung ein Unternehmer zu sorgen habe. Ferner bedürfe es keiner weiteren Erörterung, daß eine Persönlichkeit angestellt werden müsse, welche die Rieselgüter bewirthschafte und beaufsichtige. Ueber die hierfür vom Magistrate in Vorschlag zu bringende Person werde in der vertraulichen Sitzung Mittheilung gemacht werden. Das beantragte Gehalt erscheine der Finanzcommission als ein angemessenes, da man zu berücksichtigen habe, daß das Amt ein sehr verantwortungsvolles sei, welches auch entsprechend honorirt werden müsse.

Herr Bültemann I fragt an, ob es nicht zweckmäßiger sein würde, die Naturalbezüge des Administrators noch zum Gehalt zu legen, weil sich dieselben doch schlecht würden berechnen lassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Magistrat ein Einkommen von 6000 M neben freier Wohnung für durchaus angemessen und auch für ausreichend halte. Da es nun aber bei den hier vorliegenden örtlichen Verhältnissen geboten erscheine, dem Administrator zur Bestreitung seines Haushalts in einem mehr oder weniger beschränkten Umfange Naturalien zu liefern, so würde der Werth derselben von der Deputation ein für alle Mal zu schätzen und an dem Einkommen zu kürzen sein.

Herr Hauswaldt möchte dafür eintreten, dem Administrator freie Station zu geben und den Werth derselben vom Gehalte abzusetzen.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß dieses schon deshalb nicht angängig sei, weil die Stadt nur das liefern könne, was sie auf dem Kieselgute gewinne, dieses aber zur Bestreitung des Lebensunterhaltes eines Administrators nicht ausreiche.

Herr Rimpau findet den Gehaltsatz von 6000 M. reichlich hoch für die Stelle. Es handle sich doch immer nur um einen landwirthschaftlich gebildeten Mann, der in derselben Gesellschafts- und Bildungsstufe stehe, wie jeder andere Gutsadministrator. Sofern aber in Aussicht genommen sei, eine andere Persönlichkeit heranzuziehen, bitte er um Auskunft.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß die Stelle für sehr bedeutend in dem städtischen Haushalte bezeichnen und werde die Stadt nicht gut thun, auf eine weniger gut qualifizierte Persönlichkeit zu reflectiren und die Stelle geringer zu dotiren. Der Administrator müsse nicht allein Landwirth sein, sondern er habe auch die Verieselung zu leiten und sei außerdem Verwalter der nicht unbedeutenden, aber schwer controlirbaren Gutscaffe. Danach werden an den Mann solche Anforderungen gestellt, daß man an dem Einkommen desselben nicht kargen dürfe. Auch sei zu berücksichtigen, daß der Herr nicht mit Pensionsberechtigung oder auf Lebenszeit, sondern auf einjährige Kündigung angestellt werde. Weiter sei auch zu erwägen, daß man die Wahl auf einen Herrn lenken werde, der ein Familienhaupt sei oder werden wolle, der also durch die Fortgabe seiner Kinder zur Stadt größere Aufwendungen zu machen habe. Darum bitte er, an der Höhe des Gehalts nicht zu mäkeln.

Auch dieser Antrag des Magistrates gelangt darauf zur Annahme und ist damit die ganze Magistratsvorlage genehmigt.

XI. Einrichtung eines Dienstzimmers im Schlachthause.

Der Hallenaufseher Fricke hat ein Gesuch wegen Einrichtung eines Dienstzimmers für die Aufseher der Großvieh-Schlachthalle des städtischen Schlachthauses mit der Begründung eingereicht, daß der in der bezeichneten Schlachthalle während ihrer Benützung herrschende scharfe Luftzug den dauernden Aufenthalt in derselben unleidlich und gesundheitschädlich mache. Nachdem die Schlachthaus-Deputation das Gesuch befürwortet hat, richtet der Magistrat an die Versammlung das Ersuchen, das von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeitete bezüglich Project gutzuheißen und die zur Ausführung desselben nothwendigen 800 M. zu verwilligen. Das Project besteht in einem pavillonartigen Einbau in der nordwestlichen Ecke der Großvieh-Schlachthalle an dem daselbst gelegenen, bislang noch nicht benutzten Eingangsthore.

Die Finanz-Commission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Vord empfehlen, dabei aber dem Wunsche Ausdruck geben, daß sich die Ausführung des Einbaues wesentlich billiger herstellen lasse, als veranschlagt sei.

Die Vorlage wird angenommen.

XII. Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

Die in der vorigen Sitzung zurückgestellten beiden Gesuche um Befreiung von der Besteuerung der zur Bewachung der Baracken auf dem großen Exercierplatze dienenden beiden Hunde (Seite 143 des Berichts) sind von der Statutencommission durchberathen und ist dabei nach dem Berichte des Herrn Halle festgestellt, daß die fraglichen Hunde nur in und bei den auf der Ribdagshäuser Feldmark gelegenen Baracken gehalten werden, so daß die Stadt eine Hundesteuer dort nicht zu erheben habe. Es werde daher vorgeschlagen, die Sache dem Magistrate zu überlassen, was geschieht.

XIII. Antrag Löschigt u. Gen.: Aufstellung weiterer Straßenlaternen.

Die Herren Löschigt und Hauswaldt haben beantragt:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, daß der Bankplatz durch Aufstellung eines Candelabers besser beleuchtet werde und daß die vier Laternen des Altstadtmarktes mit größeren Brennern, ähnlich denjenigen der Laterne an der Münzstraßen- und Dammede, versehen werden.“

Zur Begründung des Antrages führt Herr Löschigt aus, daß der Bankplatz in seinem nördlichen Theile Abends vollständig in Dunkel gehüllt sei und dort bei dem starken Wagenverkehre eine Besserung geschaffen werden müsse. Ebenso erfüllen die vier auf dem Altstadtmarkte vertheilten Laternen ihren Zweck in keiner Weise, da dieselben bei ihrem schwachen Lichtscheine mehr blenden als nützen; es müßte daher auch hier auf eine Aenderung zum Bessern Bedacht genommen werden.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XIV. Antrag Nieß u. Gen.: Beschickung des Congresses für Volkswirtschaft.

Der von den Herren Nieß, Brückmann und Meyerhoff eingebrachte Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, eins oder zwei ihrer Mitglieder zu dem demnächst stattfindenden Congress für Volkswirtschaft, veranstaltet vom freien deutschen Hochstift, nach Frankfurt a. M. zu entsenden.“

Herr Nieß bemerkt zur Begründung, daß ihm die Vertretung des Magistrates auf jener auch für Gemeinwesen wichtigen Versammlung nicht genüge, weil dort

Gegenstände verhandelt würden, die, wie z. B. die städtisch organisirte Arbeitsvermittlung, früher oder später die Versammlung auch zu beschäftigen haben würden.

Der Antrag wird nach genügender Unterstützung zur sofortigen Berathung gestellt.

Herr Halle muß für genügend erachten, wenn zu der Versammlung ein Magistratsmitglied deputirt werde und halte er gerade Herrn Stadtrath von Frankenberg für einen sehr geeigneten Vertreter. Im Hinblick auf die Finanzlage der Stadt könne man auch in diesem Punkte Sparsamkeit walten lassen. (Widerspruch.)

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, nicht genau zu wissen, ob Mitglieder der Versammlung ohne Weiteres als Mitglieder des Congresses aufgenommen werden; es empfehle sich daher, die betr. Herren eventuell mit dem Vorbehalte hinzuzusenden, daß dieselben dort auch mit berathen können.

Herr Rieke kann dazu mittheilen, daß Jeder an dem Congresse theilzunehmen vermöge, wenn er vorher einen Beitrag von zwei Mark einsende und sich anmelde. Er selbst habe auch eine Einladung zu dem Congresse erhalten. Wenn er auch der Sache durchaus nicht das Wort reden wolle, so dürfe man doch nicht vergessen, daß selbst für gleichgültigere und unwichtigere Dinge Reisegeld und Diäten von der Stadt nicht gescheut seien, was er auch nicht mißbilligen wolle, und er diese Sache für ebenso berechtigt halte, wie manche andere. Nach der Schwarzmalerei des Herrn Halle sollte allerdings die ganze Welt meinen, Braunschweig hätte überhaupt kein Geld mehr.

Die Versammlung erklärt sich darauf für die Bescheidung des Congresses durch zwei Mitglieder und wählt als Deputirte die Herren Rudeloff und Rieke.

Sodann wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7¹/₂ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 26. October 1893.

Tagesordnung:

I. Ablösung der Henne'schen Erbpacht	Seite 198
II. Einspruch gegen die Baulinie am Rosenhagen	" 198
III. Baulinie an der Petrikirche und hintern Brüdern	" 199
IV. Uebernahme eines weiteren Theiles der Nordstraße	" 199
V. Preise für die Ausstellung von Nahrungsmitteln	" 199
VI. Hypotheken-Regelung bei dem früheren Polytechnikum	" 199
VII. Baulinie an der Wendenstraße	" 200
VIII. Erwerb einer Straßenfläche an der Juliusstraße	" 200
IX. Gesuche um Erlaß der Hundesteuer	" 201
X. Baulinie am Käthghenhagen	" 201
XI. Neue Straßenpolizei-Ordnung	" 204
XII. Ausleihung eines Hypothekencapitales	" 207
XIII. Verbesserung des Brückenüberganges an der Neuen Promenade	" 207
XIV. Erwerb von Straßenflächen am Steinwege	" 207
XV. Antrag Löschigk u. Gen.: Vermehrung der Straßenlaternen	" 208
XVI. Verlängerung des Gasrohrs in der Roßstraße	" 209
XVII. Anfrage Müller: Errichtung der ersten Markthalle	" 209
XVIII. Feststellung von Formularen zu Steuererklärungen zc.	" 210
XIX. Antrag Nieß: Errichtung eines weiteren städt. Krankenhauses	" 211

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Metemeyer, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessoren Reidemeister und Floto.

Entschuldigt die Herren Blasius, Günther und Neplies; außerdem fehlt Herr Wolters.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt den Eingang eines Antrages und einer Anfrage aus der Versammlung, sowie eines Schreibens des Maurermeisters Ruether, in welchem sich derselbe über die ihm seitens des Magistrates gewordene Behandlung beklagt, mit. Das Schreiben, welches sich auf den Punkt X der Tagesordnung der Sitzung vom 21. September d. Js. (Seite 146 des Berichts) bezieht, wird herumgereicht.

Sodann schreitet die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung.

I. Ablösung der Henne'schen Erbpacht.

Der Klempner Karl Henne, Erbpächter des Neupetrithor-Feldmark, Blatt I, M. 21 gelegenen Grundstücks zu 10 a 75 qm nebst dem Wohnhause M. 2893, hat den Magistrat ersucht, den von ihm zu zahlenden Erbpachtzins von jährlich 61 M. 67 S. durch Zahlung eines Capitals von 1000 M. ablösen zu dürfen. Wenn auch der angebotene Betrag nicht dem Capitalwerthe des auf dem bezeichneten Grundstück lastenden Erbpachtzinses entspricht, so ersucht der Magistrat dennoch, dem Antrage stattzugeben, weil sich nicht verkennen lasse, daß das Grundstück, welches in früheren Jahren aus der ihm zustehenden Fahrgerichtigkeit einen nicht unerheblichen Gewinn gezogen, durch Anlage der neuen Fahrbrücke am Wendensringe geschädigt sei.

Auch die Finanzcommission hält die gebotene Entschädigung für annehmbar und giebt durch Herrn Lord anheim, der Vorlage zuzustimmen, was geschieht.

II. Einspruch gegen die Baulinie am Rosenhagen.

Der Schlossermeister Niedmann hat gegen die für den Rosenhagen festgesetzte Baulinie mit der Begründung Einsprache erhoben, daß bei Ausführung der Baulinie seinem Grundstücke das Licht der Seitenfenster verloren gehe und hierdurch das Grundstück sehr entwerthet würde. Der Magistrat meint, daß diese Einsprache keine Beachtung verdiene, weil der Genannte entschädigt werden müsse, wenn ihm wirklich das Recht zustehe, an der jetzt vorspringenden Ostseite seines Hauses Fenster zu unterhalten und diese in Folge Vorrückens des Karstens'schen Hauses in Wegfall kommen sollten.

Auf Antrag der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, wird die Einsprache verworfen.

III. Baulinie an der Petrikirche und hintern Brüdern.

In Veranlassung eines von dem Bauunternehmer F. Ehrhardt gestellten Antrages auf Feststellung der Fluchtlinie für das unter *N.* 3 an der Petrikirche gelegene Grundstück hat das Stadtbauamt für die Südseite dieser Straße, sowie für einen Theil der Straße hintern Brüdern eine neue Baulinie festgestellt, deren Genehmigung der Magistrat anheimgibt.

und die Versammlung auf Befürwortung des Herrn U h d e, welcher für die Baucommission berichtet, guthesst.

IV. Uebernahme eines weiteren Theiles der Nordstraße.

Der Civil-Ingenieur Königsdorf beantragt, nunmehr auch den östlichen, zwischen der Geyso- und der Spargelstraße gelegenen Theil der Nordstraße zum 1. Januar k. J. s. stadtseitig zu übernehmen. Die städtische Bauverwaltung empfiehlt, diesem Antrage mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die Uebernahme zum 1. April 1894 erfolge und vorher auf Kosten des Unternehmers noch eine gründliche Ausbesserung der Straße vorgenommen werde. Dem Antrage des Magistrates, diesen Vorschlag zu genehmigen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bü l t e m a n n I berichtet.

V. Preise für die Ausstellung von Nahrungsmitteln.

Der Vorstand der allgemeinen deutschen Ausstellung für Nahrungs- und Genussmittel, Herr D. H. Meyer hieselbst, hat sich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, für die hier stattfindende Ausstellung einige Medaillen oder Ehrenpreise zur Verfügung zu stellen. Der Antrag des Magistrates, zu solchem Zwecke 400 *M.* zu verwilligen,

wird von der Versammlung genehmigt, nachdem Herr H a l l e namens der Statutencommission die Vorlage befürwortet hatte.

VI. Hypotheken-Regelung bei dem früheren Polytechnikum.

Bei dem Verkaufe des alten Polytechnikums und der angrenzenden Grundstücke ist seiner Zeit vereinbart, daß das Restkaufgeld zu 220 000 *M.* auf das genannte Grundstück als vierprocentige erste Hypothek eingetragen werden solle. Nachdem dasselbe nun von dem jetzigen Eigenthümer in fünf Parcellen getheilt ist, hat Letzterer gebeten, das Restkaufgeld bei der demnächstigen Auflassung nicht auf das gesammte Grundstück, sondern nach Verhältniß auf die einzelnen Parcellen einzutragen zu lassen. Da gegen diesen Wunsch vom Magistrate nichts einzuwenden

ist, giebt derselbe anheim, die Vertheilung des Restkaufgelbes auf die fünf Parcellen mit 23 600 M, 39 800, 73 500, 22 800 und 60 300 M zu genehmigen.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Südel empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß.

VII. Baulinie an der Wendenstraße.

Nachdem der Maurerpolier Gremmels die Feststellung der Fluchtlinie für das unter № 8 an der Wendenstraße gelegene Grundstück beantragt und das Stadtbauamt für einen Theil dieser Straße eine neue Baulinie festgestellt hat, giebt der Magistrat anheim, dieselbe zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültemann I berichtet, geschieht.

VIII. Erwerb einer Straßenfläche an der Juliusstraße.

Die von der Versammlung bereits genehmigte Instandsetzung der Fußwege an der Westseite der Juliusstraße auf der Strecke zwischen Caland- und Sophienstraße ist vor den Grundstücken № 74—76 a durchgeführt, aber vor den Grundstücken № 76 b—d noch unterblieben, weil die Eigenthümer der Grundstücke № 76 b und c sich bis jetzt nicht haben entschließen können, ihre mündlich erteilte Zusage zu erfüllen und das zur Straße erforderliche Vorgartenterrain unentgeltlich an die Stadtgemeinde abzutreten. Da indessen die Eigenthümer der Grundstücke № 76 d I und II gebeten haben, den Fußweg wenigstens vor ihren Grundstücken in ordnungsmäßigen Zustand zu setzen, so empfiehlt der Magistrat, zu genehmigen, daß dieses auf Kosten der Stadt geschehe, sobald die betr. Eigenthümer das für die Straße nöthige Vorgartenterrain der Stadt unentgeltlich überweisen.

Die Baucommission hat nach dem Berichte des Herrn U h d e beschlossen, die Genehmigung der Vorlage zu empfehlen.

Herr Ebeling möchte an den Magistrat die Bitte richten, mit der Instandsetzung der so außerordentlich frequenten Juliusstraße nunmehr etwas schneller fortzuschreiten, damit dem traurigen Zustande derselben bald ein Ende gemacht werde.

Herr Stadtrath Ketemeyer ersucht Herrn Ebeling, seinen Einfluß bei den übrigen Anliegern der Juliusstraße dahin geltend zu machen, daß dieselben den städtischen Behörden in gleicher Weise entgegenkommen. Es werde dann mit der Instandsetzung der Straße fortgefahren werden.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

IX. Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

Wie Herr Müller berichtet, haben der Händler Kirchhoff und die Wittwe Wolters gebeten, einen Zieh- bzw. einen Wachhund von der Steuer freizulassen.

Dem Antrage des Herrn Berichterstatters gemäß wird beschlossen, das erstere Gesuch nach der bisherigen Gepflogenheit zu genehmigen und das letztere abzulehnen.

X. Baulinie am Rāthgenhagen.

Der Kaufmann Alfred Voigt hat gegen die für den Rāthgenhagen festgestellte Fluchtlinie Einsprache erhoben mit der Begründung, daß von seinem Grundstücke, welches jetzt bei einer Gesamtgrundfläche von 147 qm an der breitesten Stelle 9,5 m und an der schmalsten Stelle 6,5 m tief sei, nach Durchführung der neuen Baulinie aber nur noch eine Tiefe von 8,5 und 5,5 m behalte, 28 qm, also ungefähr der fünfte Theil, an die Stadt abzutreten sei, so daß dasselbe dann nicht mehr rationell für das Geschäft ausgenutzt werden könne. Der p. Voigt beantragt, die Fluchtlinie längs des Rāthgenhagen so festzulegen, daß sein Grundstück noch eine Tiefe von bezw. 9 und 6,5 m behalte und außerdem den Rāthgenhagen auf 8 m zu verbreitern. Bei Genehmigung dieses Antrages erklärt sich der Genannte bereit, die von seinem Grundstücke dann abzutrennende Fläche von ungefähr 10 qm der Stadt unentgeltlich abzutreten. Der Magistrat giebt im Einverständnisse mit der städt. Bauverwaltung anheim, diese Einsprache zu verwerfen, da das Voigt'sche Grundstück auch unter Beibehaltung der beschlossenen Baulinie noch bebauungsfähig sei.

Wie Herr Nieß berichtet, ist die Baucommission nach mehrmaliger eingehender Berathung zu dem Beschlusse gekommen, der Versammlung, entgegen der Ansicht des Magistrates, eine Verbreiterung des Rāthgenhagen auf 8 m und die Berücksichtigung des Voigt'schen Antrages auf anderweite Festsetzung der Baulinie für die genannte Straße in Vorschlag zu bringen.

Herr Müller schließt sich dieser Ansicht an, da seiner Meinung nach die Straße auf 8 m verbreitert werden müsse und sich eine günstigere Gelegenheit, dort Luft und Licht zu schaffen, kaum wieder bieten werde. Der Verkehr nach und von der in der Nähe des Rāthgenhagen voraussichtlich zu errichtenden Markthalle werde dieser Straße eine größere Frequenz zuführen, sodaß die Verbreiterung derselben erforderlich erscheine. Dazu komme, daß bei Durchführung der jetzigen Baulinie der p. Voigt empfindlich geschädigt würde, indem man ihm den Verlust eines so großen Theiles seines Grundstückes gar nicht ersetzen könne. Bedauerlich sei es allerdings, daß die Anlieger auf der anderen Seite des Rāthgenhagen der Stadt so wenig Entgegenkommen zeigen und ein Verhandeln mit ihnen unmöglich machen.

Jedenfalls würden dieselben später noch ihre heutige Stellungnahme bedauern. Sein Antrag gehe nun noch weiter, als der der Baucommission, indem er bitte, zu beschließen, daß der Magistrat ersucht werde, die Baulinie für den Râthghenhagen auf 8 m Breite festzusetzen und zu diesem Zwecke das Haus *N. 2* daselbst anzukaufen.

Herr Rieß weist darauf hin, daß dieses Haus jetzt abgerissen sei und es sich nach der Ansicht des Herrn Müller nur um den Ankauf des Bauplatzes handeln würde.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß sich über die der Baulinie im Râthghenhagen zu gebende Richtung wohl sprechen lasse, indem man dieselbe vielleicht etwas nach der gegenüberliegenden Seite zu verschiebe. Was dagegen den weiteren Antrag auf Verbreiterung der Straße auf 8 m anbetreffe, so glaube der Magistrat auch nach wiederholter Verathung demselben nicht zustimmen zu können. Wenn es auch richtig sei, daß die Verbreiterung einer Menge Straßen und auch des Râthghenhagen wünschenswerth erscheine, so habe man doch in jedem einzelnen Falle zu fragen, ob das Verkehrsbedürfniß die Verbreiterung erfordere, und ob die der Stadt hierdurch aufzuerlegenden Opfer nicht zu groß seien. Gegenüber der Ansicht der Baucommission und des Herrn Müller, daß die Straße nach der Fertigstellung einer auf dem ehemals Huch'schen Grundstücke zu errichtenden Markthalle eine größere Breite haben müsse, möchte er hervorheben, daß dieses mindestens zweifelhaft sei und sich jetzt auch noch gar nicht übersehen lasse. Der in Aussicht genommene Platz für die Markthalle erhalte je eine Einfahrt vom Hagenmarke und vom Werder aus. Dazu komme, daß der Magistrat zur Zeit noch mit Herrn Schrott wegen Ankaufs seines an das ehemals Jürgens'sche Grundstück grenzenden und in dieses eingreifenden Grundstücks verhandle, obwohl sich, selbst unter Erhaltung des ehemals Jürgens'schen Hauses, auch ohne das Schrott'sche Haus noch eine weitere Einfahrt von der Wendenstraße aus schaffen lasse. Dann seien drei bequeme Einfahrten zur Markthalle von Süden, Norden und Osten her vorhanden, welche wohl allen Anforderungen genügen werden, sodaß der Râthghenhagen als Zufuhrstraße gar nicht in Frage komme. Da es hiernach mindestens zweifelhaft sei, ob ein öffentliches Interesse für die Verbreiterung der Straße vorliege, so stehe der Magistrat auf dem Standpunkte, daß in solchem Falle die Anlieger der Stadt entgegenkommen müßten, wenn sie solche Verbreiterung wünschen; denn es unterliege wohl keinem Zweifel, daß die Verbreiterung einer Straße von 6 auf 8 m in erster Linie den Anliegern selbst zu Gute kommen würde. Der Vortheil für dieselben liege schon darin, daß sie bei einer 6 m breiten Straße nur zweistöckige, bei einer Breite von 8 m aber dreistöckige Häuser bauen könnten. Bei den in dieser Richtung eingeleiteten Verhandlungen habe der Magistrat Entgegenkommen nicht gefunden und selbst Herr Voigt habe sich bislang

nicht bereit erklärt, die 10 qm unentgeltlich abzutreten. Aus diesen Gründen könne die Zustimmung des Magistrates zu der Straßenverbreiterung nicht in Aussicht gestellt werden.

Herr Hauswaldt erklärt sich gegen die Verbreiterung, weil ein öffentliches Interesse für dieselbe nicht vorliege und sie eine Ausgabe von 30—40000 M nicht werth sei. Wenn die Anlieger die Verbreiterung wünschen, mögen sie dem Magistrate entgegenkommen.

Herr Meyerhoff ist aus gesundheitlichen Rücksichten für die Verbreiterung, da es seiner Ansicht nach überhaupt verboten werden müßte, in 6 m breiten Gassen zu wohnen. Wenn man auch die Markthalle ganz aus dem Spiele lassen wolle, so könnten doch in jener Gegend noch verschiedene Straßenprojecte — z. B. eine Parallelstraße zum Werder auf dem jetzigen Okergraben, sowie eine Verbindungsstraße nach der Reichenstraße — zur Ausführung kommen, welche eine Verbreiterung des Rāthgenhagen wünschenswerth, ja nothwendig erscheinen lassen. Da auch auf andere Straßendurchbrüche Geld verwandt sei und eine nochmalige Verhandlung mit den Anliegern jedenfalls zu einem günstigeren Ergebnisse führen werde, so bitte er, die Verbreiterung des Rāthgenhagen auf 8 m beschließen zu wollen.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß nach den seither mit den betr. Anliegern gemachten Erfahrungen von weiteren Verhandlungen wenig Erfolg zu erwarten sei, da namentlich die Anlieger Rohfahl und Diestel viel zu hohe Forderungen für ihre Grundstücke stellen. Die Stadt würde bei Durchführung der Verbreiterung auf 8 m jedenfalls eine Ausgabe von 40000 M zu machen haben und für die Restflächen nur geringe Beträge wieder erhalten. Die in Frage stehende Gegend bedürfe überhaupt der Zuführung von Luft und Licht nicht in dem Maße, wie das bei den verschiedenen Durchbruchstraßen der Fall gewesen sei, sodaß kein genügender Grund zur Verbreiterung des Rāthgenhagen vorliege. Das von Herrn Meyerhoff erwähnte Straßenproject auf dem Okergraben werde voraussichtlich niemals zur Ausführung kommen.

Herr Nieß ist der Meinung, daß die Stadt bei der Festsetzung der Fluchtlinie auf 8 m Breite vorläufig gar keine Kosten haben werde, da sie abwarten könne, bis die Wittwe Rohfahl ihr Grundstück bebauen wolle. Die Anlieger müßten sich auch erst mit dem Gedanken der Straßenverbreiterung vertraut machen, dann würden sie sich der Neuerung schon fügen.

Herr Stadtrath Ketemeyer hat darauf zu bemerken, daß bei der Festsetzung der Baulinie auf 8 m wegen des Eckgrundstückes, welches der Besitzer schon niedergelegt habe, sofort Verhandlungen einzuleiten seien. Der Eigenthümer wolle der Stadt nur den ganzen Bauplatz zur Verfügung stellen.

Herr Rimpau möchte dringend warnen, den Antrag der Baucommission zu genehmigen, da man sich sonst für alle Zeiten festnagelt und die Stadt unnütz in

Unkosten stürze. Auf beiden Seiten des kurzen Rāthgenhagen liegen breite Straßen, so daß Luft und Licht genug vorhanden sei. Wenn die Anlieger eine Verbreiterung wünschten, sei es deren Sache, dieselbe herbeizuführen.

Herr Meyerhoff tritt nochmals für die Verbreiterung ein, da dieselbe gar nicht so theuer zu stehen kommen werde, indem die Stadt die Restgrundstücke zum Ankaufspreise wieder werde absetzen können. (Widerspruch.)

Herr Hauswaldt hält dagegen die Festsetzung der Baulinie auf 6 m Breite für ausreichend.

Herr Kieke steht auf dem Standpunkte, daß die engen Gäßchen der Stadt mit der Zeit sämmtlich beseitigt werden müssen, während man hier an den alten Zuständen festhalten zu wollen scheine. In anderen Städten, wie Halle a. S., gehe man energischer vor, dort würde jedenfalls auch das rumpelige Straßenpflaster der Beckenwerperstraße schon beseitigt und ein Pferdebahngleis über diese Straße gelegt sein. Die Stadt dürfe hier kein Opfer scheuen, sondern sie müßte, wenn die Markthalle ihren Zweck erfüllen solle, auch noch eine Durchfahrt nach der Reichenstraße zu schaffen, sonst habe man statt einer Markthalle eine versteckte Bude errichtet. Er bitte um Annahme des Commissionsantrages.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Stadträthe Ketemeyer und Sievers, sowie der Herren Halle, Rathe und Nieß und nach der Zurücknahme des Müller'schen Antrages wird beschlossen, die Voigt'sche Einsprache zu berücksichtigen und außerdem den Magistrat zu ersuchen, die Baulinie am Rāthgenhagen auf eine Breite von 8 m festzusetzen.

XI. Neue Straßenpolizei-Ordnung.

Der von den städtischen Behörden aufgestellte Entwurf einer Straßenpolizei-Ordnung ist zwar vom Herzoglichen Staatsministerium im Allgemeinen genehmigt, die genannte Behörde hat jedoch verschiedene Aenderungen für erforderlich erachtet, die meist formeller Natur, mit ganz geringen Ausnahmen sowohl der Magistrat, als auch die Statutencommission für begründet anerkennen.

Namens der Statutencommission werden diese Aenderungen von Herrn Wolff im Einzelnen durchgesprochen und — soweit hierunter nicht anders vermerkt — von der Versammlung ohne weitere Besprechung gutgeheißen.

Durch die Bestimmungen im §. 78 war auf Beschluß des Magistrates und der Versammlung als Streumaterial bei Winterglätte die Asche ausgeschlossen. Die Herzogliche Polizei-Direction hat sodann, nach dem Berichte des Herrn Wolff, auf Veranlassung des Bürgervereins sich dahin schlüssig gemacht, auch Asche als Streumaterial zuzulassen. Diesen beiden divergirenden Ansichten gegenüber bringe nun das Herzogliche Staatsministerium in Vorschlag, dem §. 78, I folgenden Zu-

satz zu geben: „Für einzelne Straßen kann Herzogliche Polizei-Direction in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate auch andere als die genannten Streustoffe zulassen.“ Die Statutencommission empfehle diesen Zusatz gutzubeißen. Uebrigens könne eine sich an diesen Punkt etwa knüpfende Besprechung unmöglich wieder auf die alte Principienfrage, ob Asche als Streumaterial zuzulassen sei oder nicht, zurückkommen, weil es sich hier nur darum handle, ob der vom Herzoglichen Staatsministerium vorgeschlagene Zusatz angenommen werden solle. Da die Versammlung in der Sache einmal einen festen Standpunkt eingenommen habe, so erscheine es bedenklich, darauf noch einmal näher einzugehen.

Herr Hauswaldt vermag diesen Standpunkt nicht zu theilen, weil die Frage durch die Stellungnahme des Herzoglichen Staatsministeriums wieder angeschnitten sei und daher auch von Neuem müsse erörtert werden können.

Der Herr Vorsitzende hält ein solches Verfahren für unzulässig. Die Versammlung habe nur Stellung zu dem Antrage des Herzoglichen Staatsministeriums zu nehmen.

Nach weiterer Besprechung der formellen Seite dieses Punktes, an welcher sich die Herren Hauswaldt und Böschigt, sowie der Herr Vorsitzende betheiligen, wird der Zusatz angenommen.

Für den §. 111 wünscht das Herzogliche Staatsministerium folgende Fassung angenommen zu sehen:

„Das belästigende Lärmen, Pfeifen, Singen u. s. w., das Ausrufen, Hornblasen, Pfeifen, Glockenläuten u. s. w. beim Auffuchen und Aufkaufen von Waaren, sowie beim Anbieten von Verkaufsgegenständen auf der Straße ist verboten. Ausnahmen zc. . . .“

Da der Stadt-Magistrat meint, daß durch diese Fassung nicht alle Zweifel beseitigt werden würden, so bringt derselbe in Vorschlag, zu sagen:

„Das belästigende Lärmen, Singen, Pfeifen u. dergl. auf der Straße ist verboten; auch ist das Auffuchen und Aufkaufen von Waaren, insbesondere von Lumpen und Knochen, und das Anpreisen von Verkaufsgegenständen durch Ausrufen, Hornblasen, Pfeifen, Glockensignale u. dgl. auf der Straße nur mit Genehmigung Herzoglicher Polizei-Direction zulässig.“

Diese Fassung wird von der Versammlung auf Empfehlung der Statutencommission gutgeheißen.

In dem §. 149, welcher auf ministeriellen Wunsch lauten soll:

„Als Vertreter des Grundeigenthümers im Sinne dieses Statuts gilt dessen Beauftragter und, wenn ein solcher nicht vorhanden, bei unbebauten Grundstücken der Nutznießer oder Pächter, bei bebauten, nicht vom Eigen-

thümer bewohnten Grundstücken der Bewohner des untersten bewohnten Stockwerks, bei öffentlichen Gebäuden der mit Handhabung der Hausordnung betraute Bewohner“, wünscht die Commission den Schluß gefaßt zu sehen:

„ die mit Handhabung der Hausordnung betraute Person“, weil es auch öffentliche Gebäude geben könne, die nicht bewohnt seien. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Die vom Herzoglichen Staatsministerium ferner empfohlene Ersetzung der Worte „auf den Sommerwegen der Thoravenüen“ im §. 42 durch die Worte: „auf den Sommerwegen an den Thoren“ erscheint dem Magistrate insofern nicht unbedenklich, als die letztere Bezeichnung auch die Sommerwege vor den Thoren umfassen würde, deren Befahren mit Lastwagen nicht verboten sein solle. Der Magistrat wird deshalb in erster Linie darauf antragen, daß der allgemein übliche Ausdruck „Thoravenüen“ beibehalten werde, eventuell aber vorschlagen, ihn zu ersetzen durch die Umschreibung: „Die innerhalb der Umfluthgräben belegenen Aufgänge zu den Thoren“. In der Statutencommission ist der Ausdruck „Thoravenüen“ auf der einen Seite als durchaus sachgemäß, von anderer Seite aber als nicht mehr volksthümlich bezeichnet worden. Um nun dem beiderseitigen Standpunkte Rechnung zu tragen, schlägt die Commission im Einverständnisse mit dem Magistrate vor, zu sagen: „die innerhalb der Umfluthgräben nach den Thoren führenden Straßen (Thoravenüen)“.

Diese Fassung wird gutgeheißen.

Endlich macht das Herzogliche Staatsministerium noch darauf aufmerksam, daß die Vorschrift im §. 40, nach welcher die Herzogliche Polizei-Direction in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate das Befahren gewisser Straßen verbieten könne, sich nur auf dauernde Maßregeln beziehen und die Herzogliche Polizei-Direction nicht hindern dürfe, zeitweilige Straßensperrungen jederzeit ohne Mitwirkung des Stadt-Magistrates eintreten zu lassen. Der Magistrat findet hiergegen nichts einzuwenden und die Commission schlägt zur Vermeidung von Mißverständnissen vor, folgenden Zusatz in den Paragraphen aufzunehmen: „Die Befugniß Herzoglicher Polizei-Direction zu vorübergehenden Anordnungen der bezeichneten Art wird durch diese Vorschrift nicht berührt.“ Dieser Zusatz gelangt zur Annahme.

Nachdem sodann noch im Einverständnisse mit dem Stadt-Magistrate beschlossen war, die Gültigkeit der neuen Straßenpolizei-Ordnung mit dem 1. April 1894 in Kraft treten zu lassen, wird dieselbe mit den sämmtlichen sonstigen Aenderungen genehmigt.

XII. Ausleihung eines Hypothekencapitales.

In Folge geschehener Ausloosung von zum Vermögen des Kreiscommunalfonds gehörigen Werthpapieren ist ein Capital von 30 000 M anderweit zu belegen. Der Magistrat ersucht, hiervon 15 000 M dem Maschinenmeister Fritz Rathmann gegen ersttellige hypothekarische Sicherheit auf dessen Grundstück Bergstraße Nr. 21 und gegen Zahlung von $4\frac{1}{4}\%$ Zinsen vorzuleihen.

Der Antrag wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Meyer berichtet, genehmigt.

XIII. Verbesserung des Brückenüberganges an der Neuen Promenade.

Die seitlichen Fußwege der Hochschulbrücke liegen um die Stärke des oberen Fahrbahnbohlenbelages tiefer als die Fahrbahn, wodurch für den Fußgängerverkehr mancherlei Belästigungen entstehen. Um diesen Uebelständen abzuhelpen, muß eine Höherlegung der beiderseitigen Fußwege, sowie des Brückengeländers vorgenommen werden. Der Magistrat ersucht, die Ausführung dieser durchaus wünschenswerthen Verbesserung gutzuheißcn und hierfür eine Summe von 1500 M zu verwilligen.

Die Baucommission giebt in Anerkennung der Nothwendigkeit der zu treffenden Aenderungen durch Herrn Kieke anheim, die geforderte Summe zu bewilligen.

Herr Meyer hoff möchte den Magistrat bitten, in Berücksichtigung zu ziehen, ob es nicht möglich sei, das betr. Geländer auch schußsicherer zu gestalten, da es geradezu leichtsinnig genannt werden müsse, eine Brückeneinfriedigung zu haben, durch welche die Kinder nicht allein fallen können, sondern sogar fallen müssen. Dazu komme, daß gerade an jener Stelle die Oker so schwer zugänglich sei, um es einem Retter unmöglich zu machen, ein in dieselbe gefallenes Kind noch frühzeitig genug herauszuholen.

Herr Uhde kann diese Mittheilungen nur bestätigen.

Herr Löschigk muß die Brückenverhältnisse am Petritzhore für ebenso gefährlich erachten.

Herr Rathe hat die Empfindung, als ob die Hochschulbrücke schon bei dem Befahren mit leichtem Fuhrwerk gefährlich sei, aus welchem Grunde in Erwägung genommen werden müsse, die Brücke ganz neu herzustellen.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XIV. Erwerb von Straßenflächen am Steinwege.

Dem festgestellten Ortsbauplane gemäß haben zur Verbreiterung des Steinweges in Folge kürzlich ausgeführter Neubebauung ihrer Grundstücke abgetreten der Hofwagenfabrikant Paul Rathe 5 qm, der Schlachtermeister Heise 20,5 qm

und der Tischlermeister 3/4 Acre 1 qm, wogegen dem Grundstück des Letzteren 1,5 qm zuzulegen sind. Der Magistrat beantragt, zu genehmigen, daß dem Herrn Rathe ein Einheitspreis von 150 M, Herrn Heise ein solcher von 180 M gezahlt werde und die beiden vom 3/4 Acre'schen Grundstück abgetrennten, bezw. diesen zugelegten geringen Theilflächen gegen einander ausgetauscht werden. Der Einheitspreis für die Heise'sche Grundfläche ist um deshalb etwas höher bemessen, weil das fragliche Grundstück eine geringere Tiefe hat, als das Rathe'sche und daher die Abtrennung von 20,5 qm auch eine Minderung des Heise'schen Restgrundstückes verursacht.

Wie Herr Riecke berichtet, giebt die Baucommission anheim, der Vorlage zuzustimmen. Nach seiner persönlichen Ansicht würde bei Einleitung des Expropriationsverfahrens allerdings ein so hoher Preis für die abzutretenden Flächen nicht bezahlt worden sein.

Die Vorlage gelangt zur Annahme.

XV. Antrag Böschigt u. Gen.: Vermehrung der Straßenlaternen.

Nach dem Berichte des Herrn Wagner hat es die Finanzcommission für zweckmäßig erachtet, über diesen in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag (Seite 195 des Berichts) nicht in Berathung zu treten, weil alljährlich eine eingehende Prüfung der städtischen Beleuchtungsverhältnisse durch eine Commission stattfindet und die Anträge derselben auf Vermehrung oder Verbesserung der Straßenbeleuchtung der Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Bei dieser Gelegenheit könnten dann etwaige weitere Wünsche der Versammlung vorgebracht werden, wogegen es nicht angezeigt sei, jetzt einzelne Wünsche herauszugreifen. Es werde deshalb beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Hauswaldt möchte bei dieser Gelegenheit wenigstens anregen, ob sich nicht empfehle, eine bessere Beleuchtung des Altstadtmarktes durch die Benützung von elektrischem Lichte zu erzielen. Wenn man von der Station in den „Sieben Thürmen“ 4 Bogenlichte auf dem Altstadtmarkte anbringe, so erscheine die Beleuchtung ausreichend und es koste dieses jährlich nur 600 M, während jetzt für die vorhandenen 14 Gasflammen 840 M Kosten entstünden.

Herr Lange muß eine bessere Beleuchtung des Altstadtmarktes und des Bankplatzes für dringend nothwendig erachten. Dieselbe lasse sich indessen auch ohne das elektrische Licht unter Beibehaltung der jetzt vorhandenen Laternen erreichen. In Dresden und Wiesbaden habe er nämlich Gelegenheit gehabt, zu sehen, daß das Auer'sche Gas-Glühlicht mit dem größten Vortheile und in der vorzüglichsten Weise auf die Straßenbeleuchtung übertragen sei. In Wiesbaden

speciell habe sich dasselbe seit $1\frac{1}{2}$ Jahren ganz vorzüglich bewährt, indem es selbst bei dem stärksten Sturme und dem denkbar ungünstigsten Wetter ruhig brenne und sich von dem elektrischen Lichte auch kaum unterscheiden lasse. Dabei brenne es mit einer außerordentlichen Gasersparniß, denn trotzdem es die dreifache Leuchtkraft des jetzigen Gases habe, erspare es doch $33\frac{1}{3}\%$ an Gas. Es werde sich Gelegenheit bieten, mit dieser Verbesserung auch hier Versuche zu machen, da sich der Director der Gaswerke in Wiesbaden bereit erklärt habe, einige der zu diesem Zwecke bereits abgesandten hiesigen Straßenlaternen zum Selbstkostenpreise mit der Glühlicht-Vorrichtung versehen zu lassen und sodann wieder zurückzuschicken. (Beifall.)

Der Antrag wird darauf zurückgezogen.

XVI. Verlängerung des Gasrohres in der Roßstraße.

Verschiedene Anlieger der Roßstraße haben gebeten, diese Straße auch in ihrem oberen Theile mit Gas- und Wasserrohr zu versehen und das Gesuch damit begründet, daß ohne Wasserversorgung die in Ausführung begriffene Verlängerung des Straßencanals auf jener Strecke zwecklos erscheine. Der Magistrat beantragt, das Gesuch hinsichtlich der Legung des Wasserrohres zu genehmigen und hierfür 1828 M 22 S zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr F ü d e l berichtet, geschieht.

XVII. Anfrage M ü l l e r: Errichtung der ersten Markthalle.

Wie Herr Müller zur Begründung der Anfrage:

„Ist der Magistrat in der Lage und geneigt, heute die Erklärung abzugeben, daß die der Stadt gehörende Grundfläche zwischen Hagenmarkt und Wendenstraße nunmehr definitiv zur Erbauung der ersten Markthalle ausersehen ist und wann gedenkt der Magistrat den Stadtverordneten eine diesbezügliche Vorlage zu machen?“

ausführt, scheine sich die Markthallenfrage jetzt zu klären. Nach einem umlaufenden Gerücht solle nämlich vom Herzoglichen Staatsministerium an die Obersteuerbehörde ein Schreiben eingelaufen sein, in welchem der Stadt der Packhof wohl angeboten, hieran aber eine ganz unerfüllbare Bedingung geknüpft sei. Die Stadt solle darnach als Ersatz für den Packhof Verwaltungsgebäude und Niederlagenspeicher errichten lassen, die einen so hohen Aufwand erfordern, daß sei auf die Bedingung nicht eingehen könne. Demnach werde man wohl von dem Projecte, die Markthalle nach dem Packhofe zu bringen, abgehen und sich allein dem der Stadt schon gehörenden, bestgelegenen Plaze zwischen Hagenmarkt und Wenden-

straße zuwenden müssen. Da nun die Stadt alljährlich einen Zinsverlust von 5000—6000 M an dem Grundstücke habe, so sei es erwünscht, das Project bald auszuführen und bitte er den Magistrat, sich zur Beruhigung der Gemüther darüber zu äußern, ob eine bezügliche Vorlage bald zu erwarten sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, diese Erklärung noch nicht abgeben zu können. In Bezug auf den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit könne er mittheilen, daß in Anlaß der bekannten Agitation für Herrichtung der Markthalle auf dem Areal des Bachhofes der Magistrat mit dem Ministerium in Verhandlung darüber getreten sei, ob der Bachhof für den Fall, daß die städtischen Behörden diesen Plan ebenfalls verfolgen wollten, überhaupt käuflich sei. Darauf habe das Ministerium erwidert, daß der Bachhof unter gewissen Voraussetzungen, aber solchen, vor denen die Stadt zurückschrecken würde, zu haben sei. Hierdurch werde also die Stadt auf den ursprünglichen Platz am Hagenmarke zurückverwiesen. Die Prüfung der Sache liege nun noch bei der zu diesem Zwecke eingesetzten Deputation. Diese habe aber in der letzten Zeit wegen der Abwesenheit verschiedener Mitglieder nicht zusammentreten können, jedoch werde voraussichtlich bald wieder eine Sitzung stattfinden, so daß die Errichtung der Markthalle vielleicht in dem nächsten Etat vorgesehen werden könne.

XVIII. Feststellung von Formularen zu Steuererklärungen 2c.

Herr Oberbürgermeister Pockels theilt der Versammlung mit, daß der Magistrat in vorbereitender Ausführung der Bestimmungen im §. 49 des Verwaltungsstatuts mehrere Formulare zu Steuererklärungen und zu Verhandlungen zwischen der Commission und den Steuerpflichtigen ausgearbeitet habe, daß es ihm jedoch wünschenswerth erscheine, die Ansicht der Versammlung über den Inhalt der Formulare zu hören. Dem Magistrate erscheine es aber nicht angezeigt, die der Versammlung demnächst zugehende Vorlage durch eine der ständigen Commissionen vorgeprüft zu sehen, sondern es sei besser, zu solchem Zwecke eine besondere, aus den Vorstehenden der Einschätzungscommissionen bestehende Commission zu bilden. Er gebe anheim, hierüber eine Beschlußfassung der Versammlung herbeizuführen.

Herr Lord möchte hierzu bemerken, daß es nach §. 58 des Verwaltungsstatuts eigentlich nur vier Ausschüsse zur Einschätzung der Steuerpflichtigen gebe, daß indessen diese vier Ausschüsse der Veranlagung der Steuerpflichtigen eine Voreinschätzung durch Abordnungen vorausgehen lassen könne, die sie aus ihrer Mitte selbst wählen und welche die Voreinschätzung in je einem Districte des Bezirks vorzunehmen haben. Es frage sich nun, ob die vier Ausschüsse verpflichtet seien, die Voreinschätzungen später noch zu controliren. (Zustimmung).

Auf Antrag des Herrn Vorstehenden beschließt die Versammlung, sowohl die Vorstehenden der Ausschüsse, als auch die Vorstehenden der Abordnungen, nämlich

die Herren Hauswaldt (für Herrn Kimpau, welcher verhindert ist), Fiedel, Halle, Lord, Weber, Seele, Brückmann und Lange in die Commission zu wählen und wird Herr Lord die Einberufung derselben übernehmen.

XIX. Antrag Nieß: Errichtung eines weiteren städtischen Krankenhauses.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, bei der Aufstellung des nächstjährigen Haushaltsplanes auf die Einstellung eines Postens für Erbauung eines städtischen Krankenhauses Bedacht zu nehmen.“

Die Begründung wird für die nächste Sitzung zurückgestellt, da der Herr Antragsteller die Sitzung inzwischen hat verlassen müssen.

Dauer von 4 bis 6¹/₂ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 16. November 1893.

Tagesordnung:

I. Baulinie an der Langenstraße	Seite 214
II. Erhöhung des Schulgeldes	" 214
III. Die östliche Ringstraße im weiteren Ausbau	" 221
IV. Straßenbaukosten an der Kl. Kreuzstraße	" 224
V. Gesuche um Erlaß der Hundesteuer	" 224
VI. Einrichtung einer provisorischen Cassenführung auf Steinhof	" 225
VII. Ausleihung von Hypothekencapitalien	" 226
VIII. Vertrag über die Militärbadeanstalt	" 226
IX. Ankauf einer Fläche an der Spinnerstraße	" 227
X. Erwerb von Vorgärten am Königstiege	" 227
XI. Straßenbaukosten an der Adolf- und Leonhardstraße	" 230
XII. Canal in der Bleicherviese	" 231
XIII. Ankauf von Straßenflächen an der Goslarischenstraße	" 231
XIV. Pachtung von Schunterwiesen	" 231
XV. Entschädigung für die Ausbildung von Desinfectoren	" 232
XVI. Bauten an der früheren Reinigungsstation	" 232
XVII. Neupflasterung der Stobenstraße	" 233
XVIII. Uebereinkommen mit Jung wegen des Grundstücks am Wendenthore	" 233
XIX. Brückengeländer an der Neuen Promenade	" 234
XX. Baulinie für die Schöppentiedterstraße	" 234

XXI.	Baulinie für den Rsthghenhagen	Seite 234
XXII.	Antrag Rieß: Errichtung eines weiteren städt. Krankenhauses.	" 236
XXIII.	Antrag Jüdel: Weiterführung der Eisenbahnlinie Braunschweig-Gifhorn	" 236
XXIV.	Antrag Jüdel: Umbau der hiesigen Bahnhofsanlagen.	" 237
XXV.	Anfrage Löschigt: Einstellung der Bohrversuche bei Broigem.	" 238
XXVI.	Antrag Rudehoff: Baulinie an der Ecke von Langenstraße und alten Waage	" 238
XXVII.	Anfrage Ahmann: Kühlhaus-Vorlage	" 239
XXVIII.	Antrag Blasius: Definitive Entwässerung des Königstieges	" 239
XXIX.	Antrag Rieß: Provisorische Entwässerung eines Theiles des Königstieges	" 239

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Stadträthe Ketemeyer, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Bültemann II, Lange und Rieke.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Semler, wird zur Berathung der Tagesordnung geschritten.

I Baulinie an der Langenstraße.

Nachdem der Rentner Brede die Feststellung der Baufluchtlinie für das unter Nr 1 an der Straße „alte Waage“ gelegene Grundstück beantragt hat, ist vom Stadtbauamte für die Nordseite der Langenstraße eine neue Baulinie festgestellt, deren Genehmigung der Magistrat anheim giebt

und die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Wolters berichtet, gutheißt.

II. Erhöhung des Schulgeldes.

In dem Bestreben, das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe der Stadthauptcasse, über dessen seit 1890 andauernde Störung der Magistrat schon früher nähere Aufschlüsse gegeben hat, auf anderem Wege, als durch Erhöhung der Einheiten der Gemeinde-Einkommensteuer wiederherzustellen, hat der Magistrat unter Anderem die Frage, ob und in wie weit eine Erhöhung der bestehenden Schulgeldsätze in Aussicht genommen werden könne, im Hinblick darauf einer Prüfung unterzogen, einmal: daß der in stetem Wachsthum begriffene Aufwand der Stadthauptcasse für das Unterrichtswesen, abgesehen von der derselben aus Verzinsung und Tilgung der Schulbaukosten erwachsenden sehr erheblichen Last, im Jahre 1891 die Höhe von rund 551 700 M (31,62 pCt. der Gesamtheit der laufenden Ausgaben der Stadthauptcasse) erreicht und sich für das Schulkind wie folgt berechnet hat: Oberrealschule 79,95 M, höhere Mädchenschule 55,12 M, städtische Mädchenschule 39,13 M, Bürgerschulen 43,49 M; sodann, daß es billig und gerecht erscheint, die Schulgeldsätze für ortsfremde Kinder — d. h. nicht nur

für diejenigen, die (in verhältnißmäßig sehr geringer Zahl) täglich von auswärts zum Schulbesuche hierher kommen, sondern auch für diejenigen, die bei hiesigen Familien in Wohnung und Kost sich befinden — gegenüber den für ortsangehörige Kinder zu zahlenden Sätzen höher zu normiren und dadurch einen Ausgleich für diejenigen Leistungen zu schaffen, die der Einheimische zur Erhaltung der Schule neben dem Schulgelde noch in Form der Gemeinde-Einkommensteuer zu tragen hat. Nach Anhörung der betheiligten Schulvorstände giebt der Magistrat die Ertheilung der Zustimmung zu folgenden Anträgen anheim: 1) das Schulgeld für den Besuch der Oberrealschule und der höheren Mädchenschule wird von je 80 M auf 100 M, dasjenige für den Besuch der städtischen Mädchenschule von 60 M auf 72 M erhöht; 2) die bei den vorgenannten Schulen für Aufnahme und bezw. für Verzekung eines Schulkindes mit 3 M zu erlegende Gebühr wird aufgehoben; 3) für ortsfremde Kinder, und zwar sowohl für diejenigen, welche die vorgenannten gehobenen Schulen besuchen, wie auch für diejenigen, welche die mittleren Bürgerschulen besuchen, wird ein Zuschlag von 20 M zu den für einheimische Kinder festgestellten Schulgelbsätzen erhoben.

Die finanzielle Wirkung dieser neuen Sätze wird etwa folgende sein: Oberrealschule, 480 Schüler à 20 M, = 9600 M, höhere Mädchenschule, 590 Schülerinnen à 20 M, = 11800 M, städtische Mädchenschule, 540 Schülerinnen à 12 M = 6480 M, zusammen 27880 M, und mit Abrechnung a. von 6 pCt. für Schulgeld-Erlasse und Ermäßigungen 1672 M, b. des bisherigen Aufkommens an Aufnahme- und Verzekungsgebühren 3500 M = 5172 M, zusammen 22708 M; bei Erhebung eines Zuschlages von 20 M für ortsfremde Kinder kommen hinzu: Oberrealschule 60, höhere Mädchenschule 30, städtische Mädchenschule 30, mittlere Bürgerschulen 110 = $230 \times 20 = 4600$ M, sodaß eine Gesamt-Mehreinnahme der in Betracht kommenden Schulcassen bezw. eine Entlastung der Stadthauptcasse in Höhe von jährlich 27308 M angenommen werden darf. Die vorstehenden Anträge sind aus Vorschlägen der Schulvorstände hervorgegangen, nur die Erhöhung des Schulgeldes der städtischen Mädchenschule ist von den Schulvorständen mit Rücksicht auf die verhältnißmäßig geringere Höhe des für dieselbe stadtsseitig zu leistenden Zuschusses nicht in Vorschlag gebracht, wird aber vom Magistrate um so mehr für billig erachtet, als auch bei dieser Schule die Aufnahme- und Verzekungsgebühren, und zwar mit jährlich etwa 1600 M in Wegfall kommen sollen. Wenn die vorstehenden Anträge zum Beschluß erhoben werden sollten, wird der Magistrat die erforderlichen Schritte thun, um die neuen Schulgelbsätze zum Beginne des kommenden Schul- und Finanz-Jahres einführen zu können.

Wie Herr Blasius berichtet, ist man in der Schulcommission einstimmig der Ansicht gewesen, daß es wünschenswerth erscheine, das Schulgeld in der Oberreal-

schule und der städtischen höheren Mädchenschule von 80 M auf 100 M zu erhöhen und für ortsfremde Kinder einen höheren Schulgeldebtrag zu erheben, als für einheimische Kinder. In Betreff der vom Magistrate beantragten weiteren Schulgelderhöhungen seien indessen zuerst die Ansichten weit auseinandergegangen. Auf der einen Seite habe man geäußert, das Schulgeld noch weiter erhöhen zu wollen, auf der anderen Seite aber, dasselbe herabzusetzen und namentlich das Schulgeld für die städtische Mädchenschule von 60 M auf 72 M nicht zu erhöhen. Einstimmig sei aber wieder die Ansicht dahingegangen, daß man für ortsfremde Kinder, deren Eltern an den Lasten der hiesigen Communalsteuer nicht theilnehmen, nicht einen Zuschuß von 20 M, sondern einen solchen von 30 M nehme. Schließlich sei mit Mehrheit beschlossen, die Magistratsvorlage der Versammlung mit der Maßgabe zur Annahme zu empfehlen, daß für ortsfremde Kinder ein Zuschuß von 30 M erhoben werde. Wenn nun auch der Vertreter des Magistrates in der Commissionssitzung die Zustimmung desselben zu dieser Aenderung noch nicht habe erklären können, so sei derselbe doch der Ansicht gewesen, daß der Annahme voraussichtlich keine Schwierigkeiten entgegenstehen werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß der Magistrat, wenn auch ein Beschluß darüber noch nicht gefaßt sei, einem Antrage der Versammlung auf weitere Erhöhung des Zuschusses für ortsfremde Kinder voraussichtlich nicht widerstreben werde, umsomehr, als jetzt bekannt geworden sei, daß neuerdings in verschiedenen anderen größeren Städten, wie Hannover, eine gleich weitgehende Erhöhung des Schulgeldes für ortsfremde Kinder stattgefunden habe.

Herr Wolff will anerkennen, daß das Schulgeld bei der Oberrealschule und der höheren Mädchenschule erhöht werden müsse, kann dagegen einer Erhöhung desselben für die städtische Mädchenschule nicht zustimmen. Man möge das Schulgeld bei dieser Anstalt in gegenwärtiger Höhe so lange beibehalten, wie der stadtseitige Zuschuß nicht höher als bei den Bürgerschulen in Anspruch genommen werde. Jedenfalls stamme ein großer Theil der Schülerinnen der städtischen Mädchenschule aus Kreisen, welche eine Erhöhung des Schulgeldes um 12 M aufs schmerzlichste empfinden würde. Darum warne er, durch solche Maßnahmen eine Abschreckungstheorie zu schaffen und bitte, die Magistratsvorlage ohne diese Erhöhung anzunehmen.

Herr Blasius bemerkt, daß es der Commission fern gelegen habe, durch die Erhöhung eine Abschreckung vor dem Besuche der Anstalt eintreten zu lassen, die Commission habe aber geglaubt, der Erhöhung zustimmen zu können, weil diejenigen Classen des Bürgerstandes, welche ihre Mädchen nach dieser Anstalt schicken, den geringen Aufschlag recht gut zahlen könnten. Es handle sich hier durchaus nicht um Familien, denen die Mehrbelastung unerträglich erscheinen müßte. Außerdem würde der Unterschied zwischen dem Schulgelde der höheren und der städtischen

Mädchenschule (100 M zu 60 M) zu groß sein, umsomehr, als die letzte Schule, abgesehen von dem Englischen, dasselbe wie die erstere biete. Die Commission habe sich deshalb auf dem Vermittlungsstandpunkte des Magistrates geeinigt.

Herr Oberbürgermeister Pockels weist darauf hin, daß der augenblicklich geringere Zuschuß, welchen die städtische Mädchenschule erfordere, nur ein Uebergang sei und mit jedem Jahre wachsen werde, immerhin werde der Zuschuß im Vergleich zu den übrigen gehobenen Schulen geringer bleiben, weil bei diesen verhältnißmäßig mehr wissenschaftlich gebildete Lehrer mit höherem Gehalte vorhanden seien. Gegenüber den Bürgerschulen sei die städtische Mädchenschule in ihren Ansprüchen nur deshalb noch so bescheiden, weil letztere eine sehr junge Schule sei, deren Lehrer und Lehrerinnen die höheren Gehaltsätze noch nicht erreicht haben. Während der Zuschuß für dieselbe im Jahre 1880 nur 6 M auf jedes Kind betragen habe, sei er gestiegen im Jahre 1881 auf 10,67 M, 1883 auf 17,91 M, 1885 auf 28,53 M, 1891 auf 39,13 M und 1892 werde er weiter nicht unerheblich gestiegen sein. Wenn nun auch die Behauptung des Herrn Wolff, daß die städtische Mädchenschule ihre Schülerinnen aus Kreisen beziehe, denen die Schulgelberhöhung recht schwer fallen würde, bei mancher Familie zutreffen möge, so sei dieses doch mindestens in demselben Grade bei der Oberrealschule zutreffend, denn die Schüler dieser Anstalt recrutiren sich im großen Ganzen aus noch weniger bemittelten Classen, als diejenigen der städtischen Mädchenschule. Sollte indessen die Erhöhung bei der städtischen Mädchenschule dennoch unterbleiben, so würde es unbedingt nothwendig sein, in derselben wenigstens die Einführungs- und Versetzungsgelder beizubehalten; denn es lasse sich doch wohl nicht rechtfertigen, sogar eine Ermäßigung des bisherigen Aufwandes für den Besuch der Schule eintreten zu lassen. Deshalb bitte er um Annahme der Vorlage und wiederhole, daß der Magistrat, wenn die Versammlung die Erhöhung des Zuschusses für auswärtige Kinder beschliesse, diesem Beschlusse wohl zustimmen werde.

Herr Hauswaldt möchte im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit vorschlagen, von den ortsfremden Kindern diejenigen Zuschüsse zu fordern, welche die Stadt bei den verschiedenen Schulen für ein Kind aus der Steuerkasse zu leisten habe, denn die hiesige Bürgerschaft habe keine Veranlassung, die Zuschüsse auch für ortsfremde Kinder zu zahlen.

Herr Wolff will zur Beseitigung von Mißverständnissen noch besonders erklären, daß er die Beibehaltung des jetzigen Zustandes hinsichtlich der städtischen Mädchenschule wünsche und daher an eine Beseitigung der Einführungs- und Versetzungsgelder nicht denke. Es erscheine ihm auch die Erhöhung des Schulgeldes für diese Anstalt an sich nicht unthunlich, sondern er sehe nur zur Zeit keinen Grund ein, die Erhöhung eintreten zu lassen. Das Schulgeld für die höhere Töchterschule sei dagegen schon um deshalb zu erhöhen, weil seiner aufrichtigen

Ueberzeugung nach Personen, welche das erhöhte Schulgeld nicht erschwingen können, ihre Mädchen recht gut nach der städtischen Mädchenschule, die auf einer ganz bedeutenden Stufe stehe, zu schicken vermöchten; denn es wäre ganz zweckmäßig, den Besuch von der höheren Töchterschule etwas abzulenken. Freilich seien berufene Leute hinwiederum der Meinung, daß manche Leute auch trotz des noch so hohen Schulgeldes ihre Kinder dennoch dieser Schule zuführen würden.

Herr F u e l möchte warnen, den Zuschuß für ortsfremde Kinder allzu hoch zu bemessen, weil doch eine ganze Menge von Personen, namentlich Wittwen, aus den Pensionen für die Kinder Vorthail ziehen und die Erhöhung dazu dienen würde, diesen Verdienst in Wegfall zu bringen. Er bitte deshalb, den Commissionsantrag anzunehmen und den Antrag des Herrn Hauswaldt abzulehnen.

Herr M ü l l e r ist mit den Commissionsanträgen bis auf die Schulgelberhöhung in der städtischen Mädchenschule einverstanden. Nach einer von Herrn Director Peters aufgestellten Statistik besuchen die Schule z. B. die Töchter von 47 Wittwen, 130 mittleren Beamten und 328 Kaufleuten und Gewerbetreibenden. Jedenfalls würde es den Wittwen recht schwer werden, das Mehr aufzubringen und möchten sich dieselben, namentlich so weit sie ihren Mann erst kürzlich verloren haben, nicht leicht entschließen, die Kinder von der Schule fortzunehmen. Auch den mittleren Beamten werde es nicht leicht werden, die Erhöhung, namentlich wenn sie mehrere Kinder zur Schule schicken, zu tragen. Unter den Kaufleuten und Gewerbetreibenden möchte wohl einigen die Mehrausgabe nicht schwer fallen, ein großer Theil derselben sei indessen auch nicht in der Lage, für solche Zwecke immer noch mehr Geld auszugeben. Dazu komme, daß er einen größeren Unterschied zwischen dem Schulgelde der höheren und der städtischen Mädchenschule wissen und andererseits die Kluft zwischen letzterer und den Bürgerschulen nicht noch vergrößern möchte, damit die Eltern, welche ihren Kindern eine bessere Ausbildung geben wollen, nicht durch die unerlöschliche Höhe des Schulgeldes daran verhindert werden. Es handle sich hier hauptsächlich um den Mittelstand und den solle man zu heben suchen, denn dieser sei, wie auch der Oberbürgermeister einer nordischen Stadt einmal gesagt habe, ein wichtiges Glied der Stadtgemeinde, und das treffe auch hier zu. Wenn der Zuschuß für die höhere Mädchenschule 55 M und für die städtische Mädchenschule nur 39 M betrage, so sei kein Grund einzusehen, weshalb man das Mehr für eine „höhere Tochter“ ausgeben solle. Sobald aber der Zuschlag zu dem Schulgelde der höheren Töchterschule auf 20 M und zu demjenigen der städtischen Mädchenschule auf 4 M, insgesammt also das Schulgeld auf 100 M und 64 M festgesetzt werde, betrage der städtische Zuschuß für jede der beiden Schulen 35 M auf den Kopf und es sei dann jede Bevorzugung weggefallen. Für die Festsetzung des Schulgeldes in dieser Höhe möchte er selbst auf die Gefahr hin eintreten, daß der städtische Zuschuß sich bei der Mädchenschule noch erhöhen werde. Darum

beantrage er, das Schulgeld für die letztere, unter Fortfall der Eintritts- und Versekungsgelder, auf 64 M für das Jahr festzustellen.

Herr Oberbürgermeister Pockels würde die von Herrn Müller vorgetragene Statistik erst dann für werthvoll ansehen können, wenn in derselben angegeben wäre, daß die Wittwen, welche durch das höhere Schulgeld so sehr bedrängt sein sollen, auch wirklich das volle Schulgeld bezahlen. Bekanntlich stehe bei sämtlichen städtischen Schulen den Schulvorständen und auch dem Magistrate das Recht zu, Erlasse und Ermäßigungen am Schulgelde eintreten zu lassen und habe speciell bei der städtischen Mädchenschule der Schulvorstand die Befugniß, von dem Gesamtsohl des Schulgeldeinkommens 6 % zu erlassen. Dieser Betrag komme den Wittwen und anderen Bedürftigen zu Gute. Wenn man nun aber von einer Erhöhung des Schulgelbes bei der städtischen Mädchenschule mit Rücksicht auf die Lage der Eltern Abstand nehmen wolle, so müsse man diesen Umstand noch mehr bei der Oberrealschule berücksichtigen, weil dieselbe ihr Schülermaterial aus eben so wenig bemittelten Classen beziehe und es sich dabei um den Unterricht von Knaben handle, für deren Fortkommen ein weitergehender Unterricht wichtiger sei, als für Mädchen. Den Vorschlag des Herrn Hauswaldt, von ortsfremden Kindern einen noch höher normirten Zuschlag zu nehmen, möchte er zur Annahme nicht empfehlen, weil diese Kinder einmal den hiesigen nicht gleichgestellt seien, indem sie nur bei vorhandenem Plage Aufnahme finden und weil es sich doch immer nur um 230 Kinder, also eine recht geringe Zahl handle.

Herr Blasius bittet, den Hauswaldtschen Antrag abzulehnen, da derselbe nicht vorberathen sei und es auch zu eigenthümlichen Verhältnissen führen müßte, wenn man in jeder Schule einen anderen Zuschlag nehmen wollte. Die von Herrn Müller vorgetragene Statistik habe auf ihn den Eindruck gemacht, als ob die Eltern der die städtische Mädchenschule besuchenden Kinder die Mehrausgabe sehr wohl tragen könnten. Auch sei der Preisunterschied zwischen der höheren und der städtischen Mädchenschule mit 100 M : 72 M noch vollständig zum Ausdruck gelangt.

Herr Günther würde über die Klippe, welche hier Stolpern verursache, sehr leicht wegkommen, weil er Schulgeldfreiheit beanspruche. Da nun aber die Classenunterschiede einmal bestehen, so sei er für die Annahme der Magistratsvorlage. Was die Schulgelberlasse betreffe, so kenne er Fälle, in welchen schon verhältnißmäßig gut gestellten Leuten das Schulgeld in der höheren Töchterschule erlassen sei; er sei nun der Meinung, daß, wer seinen Kindern einen besseren Unterricht zu Theil werden lassen wolle, unter den heutigen Verhältnissen auch die Kosten tragen müsse. Den von der Commission beantragten Zuschlag von 30 M für ortsfremde Kinder, halte er bezüglich der die mittlere Bürgerschule besuchenden Kinder für zu

hoch und glaube, daß hier 20 M genügen. Es komme auch in Betracht, daß nun zwar die auswärtigen Eltern, welche ihre Kinder in die hiesigen mittleren Bürgerschulen schicken, dieselben den unteren Bürgerschulen zuführen können, woselbst der Zuschlag nicht erhoben werde. Letztere seien jedenfalls immer noch besser, als eine ländliche Schule.

Herr Rudeloff fühlt sich nicht mehr veranlaßt, gegen die Magistratsvorlage zu stimmen, nachdem er die schon von Herrn Müller vorgetragene Statistik eingehend geprüft habe. Ueber 60 % der die städtische Mädchenschule besuchenden Kinder gehören Gewerbetreibenden und Kaufleuten, also wenn auch dem Mittelstande, so doch durchweg einem recht bemittelten Stande an. Unter den Eltern der Kinder befänden sich eine ganze Menge Bäcker und Fleischer, von denen man annehmen könne, daß sie eine Mehrausgabe von jährlich 9 M nicht beschweren werde. Unter den, einige 20 % ausmachenden Beamten, welche ihre Kinder in diese Schule schicken, befänden sich solche, welche mehr als 5000 M Gehalt haben, so daß auch hier nicht allgemein von einer drückenden Belastung gesprochen werden könne. Wenn aber der eine oder andere Beamte durch die Erhöhung wirklich in Bedrängniß gerathen sollte, so bleibe demselben überlassen, entsprechend vorstellig zu werden. Die Statistik des Herrn Director Peters müsse die Versammlung gerade veranlassen, für den Magistratsantrag einzutreten. In dem Hauswaldischen Antrage liege eine ganz gewaltige drakonische Strenge, der man sich nicht anschließen könne; denn es sei zu bedenken, daß die auswärts wohnenden Eltern der die hiesigen Schulen besuchenden Kinder durch die Verhältnisse gezwungen seien, ihre Kinder, wenn sie ihnen eine höhere Ausbildung geben wollen, in eine größere Stadt zu schicken. Diesen Leuten aber einen so erhöhten Zuschuß aufzuerlegen, weil sie hier keine Steuern zahlen, halte er nicht für angemessen.

Herr Ebeling tritt für die Genehmigung der Magistratsvorlage und des Commissionsantrages ein, bittet aber, alle weiter vorliegenden Anträge abzulehnen. Seiner Ansicht nach müsse das Schulgeld für die Bürgerschulen recht mäßig bemessen werden, während alle Schulen, welche darüber hinausgehen, namentlich die gehobenen Mädchenschulen, mehr und mehr als Luxus anzusehen seien und dementsprechend auch besteuert werden müßten. Dem Bedürfnisse der breiten Volksschichten sei durch Einrichtung einer Menge guter Bürgerschulen mit tüchtigen Lehrkräften genügt und die Sucht mancher Leute, ihre Kinder absolut einer höheren Schule zuzuführen, dürfe man nicht noch durch billige Schulgeldsätze unterstützen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die gesammte Magistratsvorlage mit der Maßgabe genehmigt, daß für ortsfremde Kinder in den gehobenen städtischen Schulen und in den mittleren Bürgerschulen ein Zuschlag von 30 M für jedes Kind erhoben werden soll.

III. Die östliche Ringstraße im weiteren Ausbau.

Da die Vorlage in Betreff des weiteren Ausbaues der östlichen Ringstraße in der Sitzung vom 1. Juni d. Js. (Seite 41—43 des Berichts) an die Baucommission zur Unterbreitung anderer Vorschläge zurückverwiesen war, so hat inzwischen die städtische Bauverwaltung auf Veranlassung des Magistrates eine neue Vorlage mit anderweitiger Lösung der Eintheilung der 30 m breiten Straße ausgearbeitet, bei welcher der Uebelstand vermieden ist, daß der Reitweg überschritten werden muß, um von der Fahrbahn zu dem einen außenseitigen Fußwege und zu den angrenzenden Grundstücken zu gelangen. Das nun zur Vorlage gebrachte Project I enthält zwei äußere Fußwege von je 3 m Breite, daran anschließend zwei Fahrbahnen von je 8,5 m Breite und in der Mitte einen 7 m breiten mit zwei Baumreihen zu besetzenden Promenadenweg. Von der einen Fahrbahn ist ein 3,5 m breiter Streifen als Reitweg abgetrennt gedacht. Im Project II sind zwei äußere Fußwege von je 2,8 m, zwei Fahrbahnen von je 7,20 m Breite und in der Mitte ein 10 m breiter, mit drei Baumreihen zu bepflanzen-der Streifen angenommen, von welchem die eine Hälfte als Reitweg, die andere Hälfte als Promenadenweg dienen soll; beide sind durch eine Baumreihe, bzw. eine Barrière getrennt. In jeder Fahrbahn liegt ein Pferdebahngleis. Das Project III hat äußere, 4 m breite und mit je einer Baumreihe zu besetzende Fußwege, zwei je 8 m breite Fahrbahnen und einen mittleren Promenadenweg von 6 m Breite mit zwei Baumreihen. Der Reitweg ist wie bei Project I an der einen Seite der linksseitigen Fahrbahn angeordnet gedacht. Die Straßenbahngleise sind auf der anderen Fahrbahn angenommen.

Da das Project I der Anlage der Kaiser-Wilhelmstraße sehr ähnlich ist, so empfiehlt die städtische Bauverwaltung im Interesse der Abwechslung, den beiden letzteren Projecten den Vorzug für den Hagenring einzuräumen. Der Magistrat ersucht, das Project II zu wählen und demgemäß zu beschließen.

Die Baucommission schließt sich dieser Ansicht vollständig an und giebt durch Herrn Bültmann I anheim, dem Projecte II zuzustimmen.

Herr Meyerhoff bittet, dem Projecte die Zustimmung zu versagen und den Reitweg abzulehnen. Er könne überhaupt nicht begreifen, wie man denselben habe projectiren können. Wenn hierbei vielleicht die „Linden“ in Berlin vorgeschwebt haben sollten, so sei doch zu erwägen, daß dort der Reitweg durch ein Gitter abgesperrt sei. Hier wisse man aber gar nicht, wie man von der einen zu der anderen Seite der Straße gelangen solle, wenn man nicht über die Stangen wegstettern und den Reitweg „durchkneten“ wolle. Gegen den Reitweg spreche auch der Umstand, daß die Ringstraße demnächst von sehr vielen einmündenden Straßenzügen durchschnitten werde und der Reiter deshalb doch nur ganz kurze Strecken durchtragen

könne. Auch die Promenaden-Verwaltung habe das Unnütze der Reitwege erkannt und dieselben an verschiedenen Stellen der Promenaden, wie der Bruchthorpromenade, dem Kalenwall, der Hohethor- und Wilhelmithorpromenade wieder beseitigt. Er beantrage deshalb, nur ein Project ohne Reitweg zu genehmigen.

Herr Halle schließt sich diesen Ausführungen an und empfiehlt, das Project III unter Fortlassung des Reitweges zu nehmen. Wenn man hübsche Promenadenstraßen schaffen und dieselben mit Bäumen bepflanzen wolle, dann solle man nicht Reitwege daneben legen, welche noch mehr Staub erzeugen, wie die jetzigen Promenadenwege.

Herr Stadtrath Kete Meyer bemerkt, daß die Reitwege nicht angelegt werden sollen, damit auf denselben Reitübungen gemacht werden, sondern weil es notorisch sei, daß die Pferde auf dem harten Pflaster sehr leiden und sie geschont werden, wenn sie in weichem Boden gehen. Die Einwendung des Herrn Halle, daß durch den Reitweg Staub erzeugt werde, treffe nicht zu, weil der Weg mit Pockfies geschüttet werden solle. Wenn allerdings die Versammlung der Ansicht sein sollte, daß man für die Reiter nichts zu thun brauche, obwohl gerade in jener Gegend viel Militair reite, so müsse sie den Reitweg verwerfen, was zu bedauern sein würde. Da nun die Anlage des Reitweges nicht mehr kosten werde, als ein Promenadenweg und sich ersterer leicht in einen Promenadenweg umwandeln lasse, so könne der Reitweg immerhin jetzt genehmigt und später eventuell wieder beseitigt werden, wenn er den städtischen Behörden nicht zusagen sollte.

Herr Bues spricht sich für die Annahme des Projectes II unter Fortfall des Reitweges und der mittleren Baumreihe aus. Seiner Meinung nach sei es nicht angängig, dicht neben einem Promenadenwege, auf welchem auch viele Kinder gehen werden, einen Reitweg anzulegen. Man könne ja auch zunächst einen Promenadenweg schaffen und denselben später in einen Reitweg umwandeln, wenn sich das Bedürfniß dafür geltend mache.

Herr Meyerhoff will erwidern, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen der Reiter sowohl an einer Ecke als auch an einem Uebergange sein Pferd im Schritt gehen lassen müsse und daher die Benutzung des so oft durch Straßen durchschnittenen Reitweges kein Vergnügen sein könne. Gerade der Umstand, daß die Straße viel von Militairpersonen durchritten werden würde, bestimme ihn mit, der Anlegung des Reitweges entgegenzusein, denn es werde doch mancher Officierbursche seiner Köchin einmal ein Reiterkunststückchen vorführen wollen und das müsse vermieden werden. Die Reiter, welche ihre Pferde liebhaben, legen keinen Werth darauf, in den Straßenzügen zu reiten, sondern sie reiten lieber vor das Thor, nach dem Querumer Holze, nach Wenden 2c. Wenn aber erst einmal ein Reitweg angelegt sei, so halte es sehr schwer, ihn wieder zu beseitigen. Darum möchte er bitten, von vornherein die Genehmigung zur Anlegung des Reitweges

zu versagen und auch gemäß dem Wunsche des Herrn Bues die mittlere Baumreihe fallen zu lassen.

Herr Bültmann I tritt nochmals für die Genehmigung des Reitweges, als eines Bedürfnisses für eine Großstadt ein. Die mittlere Baumreihe bitte er aber auch bei etwaiger Verwerfung des Reitweges beizubehalten, da sie eine Zierde für die Promenade sein werde.

Herr Seele erklärt sich für die Anlegung des Reitweges und zwar nicht etwa, damit dort Reitkünste ausgeübt werden, sondern damit sowohl die Reiter, als auch die Passanten, namentlich aber die spielenden Kinder vor Gefahr geschützt werden. Die Unannehmlichkeiten, welche einem Reiter auf der Straße passiren, kenne er aus eigener Erfahrung sehr genau und nach der neuen Straßenpolizeiordnung seien noch dazu die Reiter vollständig vogelfrei geworden. Dieselben müßten jedem Fuhrwerke ausbiegen und kämen, wenn sie mit ungeschickten Kosselentern zusammenträfen, oft in ernstliche Gefahr, welche sich auf die in der Nähe befindlichen Passanten nothgedrungen übertrage. Demnach finde der Verkehr durch die Anlegung von Reitwegen nur Schutz und sei deren Einrichtung zu empfehlen.

Herr Uhlde bittet ebenfalls das Project II mit den drei Baumreihen anzunehmen. Es sei nothwendig, jetzt bestimmt Stellung zu der Sache zu nehmen, weil die Ausführung eines anderen Straßenprojectes so lange warten müsse. Wenn man die Straße von vornherein mit 3 Baumreihen bepflanze, erhalte sie viel eher Schatten. Vorläufig sei es auch ganz gleichgültig, ob der Reitweg ausgeführt werden solle oder nicht, denn wenn er sich nicht bewähre, könne er für Reiter verboten und den Kindern als Spielplatz überlassen werden.

Herr Hauswaldt kann nicht begreifen, weshalb gerade diejenigen Herren, wie die Herren Meyerhoff und Halle, welche Braunschweig bei jeder Gelegenheit in die Reihe der Großstädte rücken wollen, sich gegen die Anlegung von Reitwegen, die doch in jeder Großstadt zu finden seien, erklären. Er bitte um Annahme des Projectes II umsomehr, als man durch die Reitwege Publicum und Reiter schütze.

Herr Böschigt ist im Princip gegen Reitwege. Wenn aber die Versammlung den Reitweg dennoch genehmigen wolle, so schlage er vor, dem Projecte II mit der Maßgabe zuzustimmen, daß in der Mitte nur ein Reitweg und nicht auch ein Fußweg angelegt werde und man die Seitensußwege sowie die Fahrbahnen entsprechend verbreitere.

Herr Günther kann nicht einsehen, weshalb man gerade auf diesem Theile der Ringstraße Reitwege anlegen wolle. Da zu denselben eine ganze Masse Terrain gebraucht werde, der Kostenpunkt also wesentlich mit in Frage komme, so könne er sich nicht für die Anlegung von Reitwegen aussprechen.

Herr Stadtrath Metemeyer hält den Böschigten Vorschlag nicht für einen glücklichen. Die an den Häusern entlang ziehenden Fußwege sollen den Laufver-

kehr von Haus zu Haus vermitteln, während man in der Mitte einen schönen Promenadenweg mit Bäumen schaffen wolle. Was die Aeußerung des Herrn Günther anlange, so habe er zu bemerken, daß die Breite der Ringstraße feststehe und es sich nur noch um die Gestaltung derselben handle. Mehrkosten seien durch die Anlegung eines Reitweges nicht zu erwarten.

Herr Bültmann I muß einen Reitweg für durchaus praktisch halten und würde es sogar für zweckmäßig erachten, wenn die übrigen Ringstraßen ebenfalls mit einem solchen ausgestattet würden.

Herr Wollenweber kann nicht einsehen, weshalb der Reitweg, welcher einmal eine Abwechslung in dem bisherigen Einerlei biete, abgelehnt werden solle. Das frühere Straßenproject sei nur zurückgewiesen, weil nach demselben der Reitweg dicht an den Häusern gelegen habe.

Die Versammlung genehmigt darauf mit 18 Stimmen das Project II der Magistratsvorlage einschließlich des Reitweges und der drei Baumreihen.

IV. Straßenbaukosten an der Al. Kreuzstraße.

Nach der von der städtischen Bauverwaltung aufgestellten Berechnung derjenigen Kosten, welche von den Anliegern für den Ausbau der Al. Kreuzstraße an die Stadt zurückzuerstatten sind, betragen diese Kosten 54,638 M für das laufende Meter und ersucht der Magistrat, die Kosten in dieser Höhe festzustellen.

Die Vorlage wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann I berichtet, genehmigt.

V. Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

Die Einwohner Muffel, Krull und Ristig haben um Erlass der Hundesteuer für einen Wachhund mit der Begründung gebeten, daß ihre Grundstücke des nächtlichen Schutzes entbehren. Nach der bisherigen Gepflogenheit der Versammlung werden die Gesuche auf Empfehlung des Herrn Müller abgelehnt. Ebenso wird das Gesuch des Drehers Pülm um Erlass der Hundesteuer für 8 Monate verworfen, weil nach dem städtischen Statut die Steuer auch dann auf ein volles Jahr gezahlt werden muß, wenn ein Einwohner den Hund nur einen Theil des Jahres in Besitz gehabt hat.

Wie Herr Müller des Weiteren berichtet, ist der an der Brunnenstraße wohnende Gärtner Giesecke nochmals um Erlass der Steuer für seinen Hund mit der Begründung vorstellig geworden, daß in der nächsten Umgebung seines Grundstückes allerlei diebisches und liederliches Gesindel bis zum Morgen ohne jegliche Störung verkehre und dort jedweder polizeiliche Schutz während der Nacht fehle. Der Herr Berichterstatter möchte sich der Bitte des Reclamanten insofern anschließen, als er den Magistrat ersuche, die Organisation des Nachtwachwesens

dahin durchzuführen, daß alle bewohnten Straßen durch Nachtwächter begangen werden. Der Mann bezahle seine städtischen Steuern und müsse auch an einer Straße, welche auf einer Seite fast ganz bebaut sei, den Schutz der Nachtwächter beanspruchen können. Er bitte daher, recht bald in dieser Beziehung Abhülfe zu schaffen, während er das Erlaßgesuch selbst nicht befürworten könne.

Da das Gesuch schon früher abgelehnt ist, wird von einer nochmaligen Beschlusfassung abgesehen.

VI. Einrichtung einer provisorischen Cassenführung auf Steinhof.

Im Verfolg der die Stadtentwässerungssache betreffenden Vorlage (Seite 191 bis 194 des Berichts) macht der Magistrat die Mittheilung, daß Herzogliches Staatsministerium die sofortige Einweisung der Stadt in den vorläufigen Besitz des Klosterguts Steinhof und des mit demselben verbundenen Vorwerks Hülperode genehmigt habe und daß die Uebergabe der Güter an die Stadt alsbald erfolgen werde. Im unmittelbaren Anschlusse an die Uebergabe der Güter wird der Magistrat die Verwaltung der letzteren dem dazu erwählten Amtmann Witte übertragen. Derselbe wird bestimmungsmäßig Vorsteher der mit einem besonderen Rechnungsführer zu besetzenden Gutskasse werden, die als eine Hülfskasse der Canalbaukasse gedacht ist und die Aufgabe haben soll, im Bereiche der Gutsverwaltung deren Cassengeschäfte zu besorgen und nach Maßgabe der von den städtischen Behörden festgestellten Wirthschaftsetats diejenigen Einnahmen zu erheben und diejenigen Ausgaben zu leisten, welche sich aus dem Wirthschaftsbetriebe ergeben und die zur pünktlichen Abfertigung Zahlungspflichtiger und Empfangsberechtigter einer unmittelbaren Erledigung bedürfen.

Die Rieseldeputation hat nun in der vom Magistrate als richtig anerkannten Erwägung, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen, im Besonderen für die Periode der ersten Einrichtung des Rieselgutes, von Aufstellung eines finanziellen Wirthschaftsplanes nicht wohl die Rede sein könne, beantragt,

- 1) daß die Einrichtung einer formell geordneten Gutskasse bis dahin, daß die Rieselfelder des Steinhofes der Bewirthschaftung übergeben werden können, unterbleibe, in der Zwischenzeit also die laufende Einnahme und Ausgabe der Wirthschaftsführung zu Gunsten bezw. zu Lasten des Einrichtungsfonds verrechnet werde;
- 2) daß bis zur Bestellung eines eigenen Rechnungsführers über Einnahme und Ausgabe der Gutswirthschaft die Verwaltung der Wirthschaftskasse dem Amtmann Witte mit der Bestimmung übertragen werde, daß derselbe aus dem Einrichtungsfonds einen angemessenen, etwa auf 2000 M festzustellenden Betriebsvorschuß erhalte, die überschießenden eigenen Guts-einnahmen aber, sobald dieselben den Betrag von 2000 M erreichen, an

den bei der Stadthauptcasse zu verwaltenden Einrichtungsfonds abzuliefern und über seine provisorische Cassenverwaltung Rechnung zu legen habe.

Der Magistrat empfiehlt beide Anträge zur Genehmigung.

Wie Herr L ö b b e c k e berichtet, kann die Finanzcommission die Anträge nur befürworten, worauf dieselben von der Versammlung angenommen werden.

VII. Ausleihung von Hypothekcapitalien.

Der Tischlermeister G l i g hat beantragt, ihm auf sein am Hohenstiege № 7 gelegenes Grundstück ein Darlehn von 26 000 M zur ersten Hypothek gegen Verzinsung zu $4\frac{1}{4}$ % zu gewähren. Der Magistrat beantragt, die Gewährung dieses Darlehns aus den Mitteln des Kreiscommunalfonds zu beschließen und hierzu einen flüssigen Betrag von 15 000 M zu verwenden, den Restbetrag der erbetenen Darlehnssumme aber durch Verfilberung eines entsprechenden Werthes von $3\frac{1}{2}$ %igen preußischen Consols, deren der Kreisfonds nominell 140 100 M besitze, flüssig zu machen.

Zugleich ersucht der Magistrat um Aeußerung darüber, ob die Versammlung mit ihm für angezeigt halte, bei sich anbietenden Gelegenheiten zu hypothekarischer Ausleihung von Capitalien diese durch Verfilberung von ferneren $3\frac{1}{2}$ %igen preußischen Consols zu beschaffen.

Die Finanzcommission giebt durch Herrn L ö b b e c k e anheim, den beiden Anträgen zuzustimmen, was geschieht.

VIII. Vertrag über die Militärbadeanstalt.

Zufolge Vertrages vom 11. December 1854 hat das ehemalige Herzoglich Braunschweigische Brigade-Commando das 1 Morgen 30 Quadratruthen große Terrain der jetzigen Militärbadeanstalt für jährlich 30 Thaler und zufolge Vertrages vom 31. October 1865 diejenigen Wiesendämme in einer Größe von 1 Morgen 62 Quadratruthen, welche bislang als Zugangswege zur Militärbadeanstalt dienten, für jährlich $4\frac{1}{2}$ Thaler vom hiesigen großen Waisenhause gepachtet und zwar mit der Maßgabe, daß nach Ablauf der auf sechs und bezw. sieben Jahre festgestellten Vertragsdauer beide Verträge bei nicht erfolgter Kündigung als je auf weitere sechs Jahre verlängert gelten sollten. Die jetzt laufende sechsjährige Pachtperiode endigt am 1. October 1896. In dieses Pachtverhältniß, welches vom Garnison-Commando hieselbst fortgesetzt ist, hat die hiesige Stadt als Käuferin der gesammten Waisenhauswiesen eintreten müssen, jedoch ist der Vertrag vom 31. October 1865 dadurch hinfällig geworden, daß die Wiesendämme verschüttet sind, also eine Grasnutzung von diesen schon seit längerer Zeit nicht mehr hat erfolgen können. Das Garnison-Commando hat deshalb beantragt, es möge die Stadt an-

erkennen, daß der Vertrag vom 31. October 1865 bereits seit dem 1. October 1892 aufgehoben sei. Diesem Antrage wird nach der Meinung des Magistrates stattzugeben sein. Bezüglich der Militairbadeanstalt mußte der Magistrat mit Rücksicht auf die geplante Erweiterung des Bürgerparkes Bedenken tragen, eine Verlängerung des Vertrages vom 11. December 1854 über den 1. October 1896 hinaus um weitere sechs Jahre zuzugestehen und ist solches dem Garnison-Commando mitgetheilt. Dieses hat darauf vorgeschlagen, es möge der fragliche Vertrag durch folgende Zusatzbestimmung ergänzt werden: „Der Stadtmagistrat ist bereit, sämtliche in dem Pachtvertrage vom 11. December 1854 enthaltenen Rechte und Pflichten zu übernehmen. Zu einer Fortsetzung des Vertrages vom 11. December 1854 über den 1. October 1896 hinaus ist der Stadtmagistrat nicht verpflichtet mit der Bedingung, daß eine eventuelle Kündigung spätestens ein Jahr zuvor — also am 1. October 1895 — erfolgen müßte und daß vom 1. October 1896 ab beide Theile das Recht haben, das Pachtverhältniß unter Innehaltung einer Kündigungsfrist von je 1 Jahre jeweilig zum 1. October zu lösen“. Auch mit diesem Vorschlage ist der Magistrat einverstanden und ersucht daher, zu genehmigen, daß diese Bestimmung dem Vertrage hinzugefügt und der Vertrag vom 31. October 1865 als bereits mit dem 1. October 1892 erloschen angesehen werde.

Nach dem Berichte des Herrn Rudeloff giebt die Statutencommission anheim, zu dem Abkommen die Genehmigung auszusprechen, was geschieht.

IX. Ankauf einer Fläche an der Spinnerstraße.

Der Bauunternehmer Joh. Heyer hat eine an der Ecke von Spinner- und Eichthalstraße gelegene, 94 qm große Grundfläche zum Einheitspreise von 10 M an die hiesige Stadtgemeinde abgetreten. Dem Ersuchen des Magistrates, den dieserhalb aufgenommenen Vertrag zu genehmigen,

wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr L o r d berichtet, stattgegeben.

X. Erwerb von Vorgärten am Königstiege.

Zum Zwecke des Ausbaues der unteren Strecke des Königstieges hat der Magistrat mit den betr. Anliegern Verhandlungen wegen des Erwerbes ihrer für die Straße erforderlichen Vorgärten eingeleitet, bei einem Theile der Anlieger jedoch so wenig Entgegenkommen gefunden, daß es ihm angezeigt erscheint, bis auf Weiteres auf den Erwerb der betr. Vorgärten und somit auch auf den Ausbau der Straße zu verzichten. Da indessen die nördliche Hälfte der unteren — von Süden nach Norden laufenden — Strecke der genannten Straße verhältnißmäßig dicht bebaut ist und dringend der Canalisation bedarf, auch die meisten Vorgärten

auf dieser Strecke bereits früher Eigenthum der Stadt geworden sind, die Eigenthümer der übrigen Vorgärten aber bereit sind, dieselben zu dem als angemessen zu bezeichnenden Einheitspreise von 10 M an die Stadt abzutreten, so ersucht der Magistrat, den mit diesen Anliegern aufgenommenen Vertrag, und ebenso das Abkommen mit Fräulein Kaiser gutzuheißen.

Namens der Finanzcommission empfiehlt Herr Meyer, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Herr Nieß muß es für unbillig erachten, daß der Magistrat nicht wenigstens denjenigen Anwohnern des Königstieges mit der Canalisation ihrer Grundstücke entgegenkommen wolle, welche ihre Vorgärten bereitwilligst abgetreten haben. Hierdurch würden namentlich die nach vorn liegenden Anwohner hart betroffen. Deshalb stelle er den Antrag, den Königstieg auf der südlichen Strecke provisorisch zu canalisiren und die Grundstücke derjenigen Anlieger, welche sich mit dem Magistrat nicht einigen können, bis zur Erzielung der Einigung von der Canalisation auszuschließen. Dann könne wenigstens das Tagewasser in den Canal eintreten und es würden auch diejenigen Eigenthümer Anschluß erhalten, welche dem Magistrat nicht widerspenstig gegenüberstehen. Richtiger wäre es jedenfalls, wenn der Magistrat sich entschließen wolle, die betr. Grundstücke zu expropriiren, dann würden wenigstens nicht unfertige und unerträgliche Zustände auf dem Königstiege geschaffen.

Herr Stadtrath Netemeyer bemerkt, der Magistrat stehe auf dem Standpunkte, daß, wenn eine Straße sich in einem so trostlosen Zustande befinde wie der Königstieg, in erster Linie es Pflicht der Anwohner sei, der Stadt entgegenzukommen. Bei der Expropriation habe aber die Stadt schlechte Erfahrungen gemacht, indem die Schätzungen oft weit über das hinausgegangen seien, was die städtischen Behörden für genügend erachtet haben. Der von Herrn Nieß vorgeschlagene Ausweg erscheine ihm nicht zulässig zu sein, denn wenn eine Straße canalisirt werde, sei auch jeder Anlieger verpflichtet, sein Haus anzuschließen, sodaß auch andererseits Niemand gehindert werden könne, den Anschluß ausführen zu lassen. Von einem Anlieger sei nun schon der Antrag gestellt, sich selbst einen Canal legen lassen zu dürfen, worauf vielleicht einzugehen sein werde.

Herr Meyer erwähnt, daß die Canalisation des Königstieges in der Vorlage nicht berührt werde, weil für diesen Zweck die erforderliche Summe schon durch den Etat bewilligt sei.

Herr Meyerhoff kann nicht einsehen, aus welchem Grunde die Anlieger des Königstieges die so dringend nothwendige Canalisation noch länger entbehren sollen, wenn zwei widerhaarige Anwohner der Stadt kein Entgegenkommen zeigen wollen. Die Straße lasse sich bei den jetzigen Witterungsverhältnissen kaum noch passiren. Wenn man den Anwohnern vor 5—6 Monaten auferlegt habe,

Zeichnungen zur Canalisation einzureichen, so könne man ihnen nach Vorausgabung der hiermit verbundenen Kosten unmöglich sagen, sie sollen die Canalisation nicht erhalten, weil einige Anlieger sich nicht fügen wollen. Aus diesen Gründen stimme er dem Rieß'schen Antrage zu und glaube, daß sich auch im Geleze eine Handhabe finden werde, um den betreffenden beiden Anliegern zu verbieten, ihre Abwässer in den Canal hineinzulassen.

Herr Blasius möchte dringend bitten, den Rieß'schen Antrag anzunehmen, da der Zustand des Königstieges namentlich an dem Eingange zur Pflegehausstraße der Abhülfe bedürfe. Nothwendig erscheine es ihm aber, kein halbes Werk zu schaffen, sondern die ganze Straße zu canalisiren und das lasse sich schon jetzt ausführen, wenn man den Canal in die der Stadt gehörende Straße lege. Man könne sich unmöglich um die beiden Anlieger Bues und Schulz kümmern, sondern müsse den bedrängten übrigen Anwohnern der Straße Hülfe bringen. Der oberirdische Ausbau der Straße habe unter den vorliegenden Verhältnissen noch zu unterbleiben.

Herr Stadtrath Netemeyer ist der Meinung, daß bei einem etwaigen Beschlusse der Versammlung auf Canalisirung der Straße insoweit, als deren Anlieger ihre Vorgärten abgetreten haben, die übrigen Anlieger sich auch bald bereit erklären werden, ihre Vorgärten der Stadt zum Preise von 10 M zu überlassen. Wenn die Sache in anderer Weise verfolgt werde, müsse die Stadt viel mehr Geld bezahlen. Sobald ein Canal gelegt sei, werden die Leute ihre Abwässer hineinleiten und der Stadt die Gärten doch nicht abtreten, sodaß letztere nicht weiter komme. Darum solle man erst einmal die vom Magistrate geplante Theilcanalisation vorwegnehmen. Den von Herrn Blasius gemachten Vorschlag halte er nicht für einen glücklichen, weil der Canal nur dann ordnungsmäßig gebaut werden könne, wenn die Vorgärten erworben seien. Im Uebrigen gedenke der Magistrat definitiv zu canalisiren, nur habe er das ursprüngliche Project, welches die Straße nach Süden zu entwässere, wegen der fehlenden Vorgärten geändert, sodaß dieselbe nunmehr nach Norden hin entwässert werden solle.

Herr F ü d e l will noch bemerken, daß die Finanzcommission dem Magistratsantrage beigetreten sei, weil sie es nicht für richtig halte, daß einige wenige Leute, welche in Folge geringer Opferwilligkeit die übrigen Anlieger hindern, noch eine höhere Bezahlung, also auf ihren Widerspruch eine Prämie erhalten sollen.

Herr Weber hält es nicht für richtig, zu sagen, daß Jemand, der sein Grundstück nicht für einen bestimmten Preis hergeben wolle, in irgend einer Weise dazu gezwungen werden müsse. Wenn ein Preis mit einem Grundstücksbesitzer vereinbart sei, so habe man hierdurch nur den angenommenen und nicht immer auch den wirklichen Werth festgestellt. Da die Stadt nun das Expropriationsgesetz hinter sich habe und die betr. Schätzer den wirklichen Werth des Grundstückes feststellen

müssen, so liege es auf der Hand, daß man in allen Fällen, wo eine Einigung nicht zu erzielen sei, das Recht der Expropriation in Anspruch nehmen müsse. Wenn sich dann ein höherer Werth ergebe, als ihn die übrigen Anlieger erhalten haben, so sei das nicht Sache der Stadt. Das Gesetz sei geschaffen, um exorbitanten Forderungen entgegenzutreten zu können.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß es nach dieser Theorie richtig sein würde, wenn Jedermann sein Grundstück expropriiren ließe und jedes Entgegenkommen ablehnte.

Herr Stadtrath Ketemeyer glaubt, daß das Expropriationsverfahren sehr lange dauern und man auf dem magistratsseitig vorgeschlagenen Wege schneller zum Ziele kommen würde. Auch erscheine es ihm zweifelhaft, ob man bei der Expropriation mit dem hier sonst gezahlten Preise auskommen werde.

Herr Blasius macht noch darauf aufmerksam, daß nach dem vorliegenden Plane die Möglichkeit vorliege, den Königstiege definitiv zu canalisiren, wodurch den Anwohnern gründlich geholfen sei.

Herr Nieß will bemerken, daß der Anlieger Schulz gar kein Interesse an der Abtretung seines Vorgartens zur Verbreiterung des Königstieges habe, da derselbe schon nach der anderen Seite hin habe entwässern müssen. Um nun allen den Weitläufigkeiten aus dem Wege zu gehen und einen erträglichen Zustand zu schaffen, beantrage er, den Magistrat zu ersuchen, den Königstiege in seinem südlichen Theile provisorisch zu entwässern.

Der Herr Vorsitzende muß daran erinnern, daß es sich im vorliegenden Falle um eine Magistratsvorlage handle, welche nur den Erwerb von Vorgärten betreffe und die sich daher mit den gestellten Anträgen auf Canalisation der Straße nicht verquicken lasse. Es müsse deshalb den Antragstellern überlassen bleiben, ihre Anträge als selbstständige einzureichen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XI. Straßenbaukosten an der Adolf- und Leonhardstraße.

Die Kosten für die Herstellung des Plattenbelages auf den Fußwegen der Adolfstraße zwischen der Leonhard- und Helmstedterstraße und der Leonhardstraße zwischen der Steinhorpromenade und dem Altwiekringe stellen sich auf 9,87 M für 1 m der Adolfstraße und auf 9,825 M für 1 m der Leonhardstraße. Der Magistrat ersucht, diese Kosten in der bezeichneten Höhe festzustellen.

und die Versammlung beschließt auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann I berichtet, dem Antrage gemäß.

XII. Canal in der Bleicherwiese.

Die Abwässer aus einigen der auf dem Voedemannschen Grundstücke an der Wolfenbüttlerstraße vorhandenen Retiraden fließen in den an der Westseite des fraglichen Gartens befindlichen Graben, weil das Grundstück theilweise zu tief liegt, um eine Ableitung jener Abwässer in den Straßencanal ohne besondere Pumpvorrichtungen zu ermöglichen. Die Canalbauleitung hat nun zur Beseitigung dieses Uebelstandes empfohlen, den in dem Wege von der Hennebergstraße nach der ehemaligen Reinigungsstation liegenden Canal tiefer zu legen und sodann innerhalb der Bleicherwiese einen Abzugscanal vom Voedemannschen Grundstücke in diesen Canal herzurichten. Die Kosten des innerhalb der Wiese aufzuführenden Canals sind zu 1750 M veranschlagt und hat sich Herr Voedemann bereit erklärt, diesen Betrag zu ersetzen. Die Tieferlegung des in der verlängerten Hennebergstraße liegenden Canals werden sich anschlagsmäßig auf 2700 M belaufen und beantragt der Magistrat diese Summe zu verwilligen, sowie das ganze Canalproject zu genehmigen.

Die Finanzcommission, für welche Herr Rimpau berichtet, empfiehlt der Vorlage zuzustimmen, damit endlich der furchtbare Gestank des sogenannten Hechtgrabens beseitigt werde.

Die Vorlage wird angenommen.

XIII. Ankauf von Straßenflächen an der Goslarschenstraße.

Auf Antrag der städtischen Bauverwaltung ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß zwei an der Goslarschenstraße gelegene, der St. Petri- und der St. Catharinenkirche gehörige und der genannten Straße zuzulegende Theilflächen von 13 und 161 qm zum Einheitspreise von 8 M erworben werden, was auf Befürwortung des Herrn Böschigt geschieht.

XIV. Pachtung von Schunterwiesen.

Nachdem der wegen stadtseitiger Erpachtung der diesseits und jenseits der neuen Schunterbrücke gelegenen Cammerwiesen abgeschlossene Vertrag rechtsgiltig vollzogen ist, beantragt der Magistrat, zu genehmigen, daß die jenseits der Schunter gelegenen Wiesenflächen vom 1. October d. Js. ab an den Anbauer Friedrich Wosse in Querum unter Auferlegung der von der Stadt eingegangenen Pachtbedingungen weiter verpachtet werden. Der Pächter muß auch auf die Geltendmachung von Ersatzansprüchen der Stadt gegenüber wegen etwaiger Beschädigung der Wiesen durch die das Querumer Holz besuchenden Personen verzichten.

Die Finanzcommission ist nach dem Berichte des Herrn Wagner der Ansicht, daß dem Ersuchen des Magistrates Folge zu geben sei.

Herr Löschigk möchte empfehlen, dem Pächter aufzugeben, das Betreten der Wiese durch spielende Kinder zu dulden (Geiterkeit), oder aber die Wiese überhaupt nicht zu verpachten, damit sich die Kinder auf derselben tummeln können. (Widerspruch.)

Die Magistratsvorlage gelangt zur Annahme.

XV. Entschädigung für Ausbildung von Desinfectoren.

Die Schuhmacher Karl Wolters und William Krösch sind auf Veranlassung des Magistrates während der Zeit vom 28. August bis 5. October d. Js. in der städtischen Desinfectionsanstalt zu Berlin als Desinfectoren ausgebildet worden. Der Magistrat ersucht nun, sowohl die Kosten für den Aufenthalt der Genannten in Berlin mit täglich 8 M für die Person, zusammen also mit 672 M, als auch das Fahrgehalt von 36 M 80 S und eine Entschädigung für Abnutzung von Zeug im Betrage von 50 M, insgesamt demnach 758 M 80 S zu bewilligen.

Wie Herr Blasius berichtet, giebt die Statutencommission anheim, die geforderte Summe zu verwilligen. Bei der Commissionsberathung sei dann noch zur Erörterung gekommen, daß demnächst zwischen dem Magistrate und der Herzogl. Polizei-Direction Verhandlungen eingeleitet werden würden im Betreff einer obligatorischen Einführung der Desinfection in hiesiger Stadt und daß vom Magistrate in Aussicht gestellt sei, die Desinfectoren sodann mit den erforderlichen Apparaten und Anzügen auszurüsten. Empfehlen möchte es sich, öffentlich bekannt zu geben, daß jetzt zwei Desinfectoren vorhanden seien, welche das Desinficiren wirklich verstehen, und auch deren Namen und Wohnungen zu veröffentlichen.

XVI. Bauten an der früheren Reinigungsstation.

Die Partdeputation hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, im Gebäude der ehemaligen Reinigungsstation auf der Bleicherwiese zwei Wohnungen einzurichten. Da indessen das Erdgeschos dieses Gebäudes wegen tiefer Lage und zu geringer Höhe für Wohnzwecke nicht verwendbar ist, so beantragt der Magistrat, für die Einrichtung nur einer Wohnung im Obergeschosse, sowie für Instandsetzung des Untergeschosses und für Verfüllung der neben dem Gebäude liegenden tiefen Brunnen einen Betrag bis zu 3400 M zu verwilligen. Nach der Ansicht des Magistrates empfiehlt es sich weiter, den kleinen südlichen Anbau zu beseitigen und eine Bedürfnisanstalt in einem der Räume des Erdgeschosses einzurichten, auch den an der Ostseite des Gebäudes angebrachten schuppenartigen Anbau fortzunehmen und anderweitig zu verwenden. Die städtische Bauverwaltung giebt die Bedarfssumme nach Ermäßigung des ersten Anschlages auf 3150 M an und ersucht der Magistrat, diese Summe zu verwilligen. Bemerkt wird hierbei noch, daß die beiden mittleren Räume des Untergeschosses zur Unterbringung von Geräthen zc. und der

südlich gelegene Raum als Unterkunft für die im Bürgerparke beschäftigten Arbeiter benutzt werden sollen, während es sich empfehle, die im Obergeschoße einzurichtende Wohnung gegen eine mäßige Entschädigung einem der im Park beschäftigten Arbeiter miethweise zu überlassen, damit eine ständige Aufsicht über den Park geübt werden könne. Der Magistrat beantragt ferner, auch diese Benutzung des Gebäudes zu genehmigen und die Feststellung der Bedingungen des demnächst abzuschließenden Miethvertrages, sowie die Auswahl des Miethers der Parkdeputation zu überlassen.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, genehmigt.

XVII. Neupflasterung der Stobenstraße.

Nachdem seitens der zuständigen Behörden für das Jahr 1894 die Neupflasterung der Stobenstraße in Aussicht genommen ist, ersucht der Magistrat, unter Vorlegung eines Kostenanschlages die Ausführung dieser Neupflasterung zu genehmigen.

Die Baucommission läßt durch Herrn Uhde die Genehmigung des Antrages befürworten.

Herr Löschigt fragt an, ob die Stobenstraße schon canalisirt und die Legung der Hausanschlüsse besorgt sei.

Herr Wollenweber hält die Pflasterung der Langedammstraße für dringender erforderlich und bittet auch darauf bedacht zu sein.

Herr Müller möchte bitten, den Uebergang bei Bock's Keller an der Hamburgerstraße neu zu pflastern, da derselbe bei schlechtem Wetter unpassirbar sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt auf die verschiedenen Anregungen, daß die Frage des Herrn Löschigt zu bejahen und auch Herrn Wollenweber bezüglich des schlechten Zustandes der Langedammstraße Recht zu geben sei; es sei hierbei nur zu berücksichtigen, daß man bei den Verhandlungen mit den Anliegern dieser Straße große Schwierigkeiten gefunden habe, welche erst noch beseitigt werden müßten. An der Hamburgerstraße vermöge der Magistrat Abhilfe nicht zu schaffen, weil es sich um eine Staatsstraße handle.

Die Magistratsvorlage wird sodann gutgeheißen.

XVIII. Uebereinkommen mit Jung wegen des Grundstücks am Wendenthore.

Die Durchführung der für die Straße „am Gaußberge“ und die zwischen dieser und dem Wendenmühlengraben gelegene Theilstrecke der Straße „am Wendenthore“ festgestellten Baulinie bedingt den stadtseitigen Erwerb von drei Theilsflächen des dort gelegenen Jung'schen Grundstückes im Gesamtumfange von 402 qm. Nach längeren Verhandlungen mit dem Eigenthümer Jung ist eine Vereinbarung getroffen

dahingehend, daß dieser tauschweise drei der Stadt vom Staate überlassene Flächen im Gesamtumfang von 425 qm erhält und außerdem einen Betrag zu den Kosten des Ausbaues der Straße „am Gaußberge“ in Höhe von 6000 M bezahlt. Dieser Betrag soll aber in dem Falle, daß die wirklichen Kosten dieses Straßenbaues weniger als 15403 M betragen, auf die Hälfte der um 2490 M ermäßigten wirklichen Kosten herabgemindert werden. Zu den Kosten der Verbreiterung der Straße am Wendenthore wird dagegen Jüng nicht herangezogen werden. Dem Ersuchen des Magistrates, dieses Abkommen zu genehmigen,

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet.

XIX. Brückengeländer an der Neuen Promenade.

Gelegentlich der Berathung über die Vorlage, betr. die Verbesserung des Vohlenbelages der Hochschulbrücke ist von der Versammlung hervorgehoben, daß die Oeffnungen der eisernen Einfriedigungen dieser Brücke zu groß seien und deshalb auf Beseitigung der sich hieraus besonders für Kinder ergebenden Gefahr Bedacht genommen werden müsse. Der Magistrat hat diese Beschwerde als begründet anerkannt und daher Auftrag zur Ausführung der Aenderungen gegeben. Das Ersuchen desselben geht dahin, die hierdurch erwachsenden Kosten im Betrage von 350 M zu verwilligen,

was auf Empfehlung des Herrn Uhde, welcher für die Baucommission berichtet, geschieht.

XX. Baulinie für die Schöppenstedterstraße.

Anlässlich eines an der Schöppenstedterstraße aufzuführenden Neubaus ist für diese Straße auf der Strecke zwischen Steinweg und Gildenklinge bezw. Abelnfarr eine die Straße auf ungefähr 14 m Breite haltende Baulinie vorgeschlagen, deren Genehmigung der Magistrat anheim giebt

und die Versammlung beschließt, nachdem Herr Uhde namens der Baucommission einen dahingehenden Antrag gestellt hatte.

XXI. Baulinie für den Rätzhagen.

Die Versammlung hat in der Sitzung vom 26. October d. Jrs. (Seite 204 des Berichts) beschlossen, die Einsprache des Kaufmanns Voigt gegen die für den Rätzhagen beschlossenen Baulinie zu berücksichtigen und ist außerdem der Magistrat ersucht worden, durch Feststellung anderer Baulinien eine Verbreiterung der genannten Straße auf 8 m vorzuziehen. Der Magistrat theilt darauf nun mit, daß er nicht in der Lage sei, dem letzteren Beschlusse zuzustimmen, weil er nicht anerkennen könne, daß aus sanitären oder Verkehrsrücksichten die fragliche Ver-

breiterung geboten erscheine und weil er bei den von ihm eingeleiteten Verhandlungen mit den betheiligten Anliegern die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Durchführung einer dem Beschlusse der Versammlung entsprechenden Baulinie der Stadt ein Opfer von wenigstens 30 000 M auferlegen würde. Da dem ersten Beschlusse der Versammlung vom Magistrate zugestimmt wird, so bringt derselbe eine anderweite Baulinie mit dem Ersuchen um Genehmigung in Vorschlag.

Die Baucommission läßt durch Herrn U h d e anheimgen, die neue Baulinie zu genehmigen und auf eine Verbreiterung des Rätthgenhagen über 6 m hinaus zu verzichten.

Herr Hauswaldt möchte zur Erwägung verstellen, ob es nicht zweckmäßiger sein würde, der projectirten Baulinie einen kleinen Knick in südlicher Richtung zu geben, um dadurch dem Kohnfahlschen Grundstücke eine größere Baufläche zu lassen und finanzielle Schwierigkeiten zu vermeiden. Er beantrage daher, die Sache nochmals zurückzuweisen, mit dem Ersuchen, eine neue, geknickte Baulinie zur Genehmigung vorzulegen.

Herr Stadtrath Netemeyer erwidert, es lasse sich in dem vorliegenden Falle auch bei gebrochener Baulinie nichts an der Thatsache ändern, daß von dem Kohnfahlschen Grundstücke nur so viel übrigbleibe, um ein selbstständiges Bebauen desselben unmöglich zu machen. Es sei deshalb darauf Bedacht zu nehmen, daß der Nachbar an der Wendensstraße die Restfläche mit übernehme, worauf derselbe auch eingehen wolle. Wenn man die Straßenlinie aber knicke, so müsse dieses an zwei Stellen geschehen, oder der Knick sei in ein Haus zu legen, was als unschön bezeichnet werden müsse.

Herr Nieß möchte bitten, bei dem ersten Beschlusse zu beharren und die Baulinie auf 8 m zu verbreitern, oder aber den jetzigen Zustand beizubehalten, dann habe man wenigstens keine Verantwortung für die historisch überkommene Baulinie. In der hiesigen Stadt sei wohl nirgends mehr gesündigt, als bei der Festlegung von Straßenbreiten, denn fast alle neuen Straßen seien zu schmal angelegt. Beispielsweise halte er die Kreuzung zwischen Münzstraße und Damm für eine der gefährlichsten Stellen der Stadt und auch die Verbreiterung der H. Burg werde der Magistrat nicht gerade zu seinen Ruhmesthaten rechnen können. Ebenso würde sich die Versammlung mit der Verbreiterung des Rätthgenhagen auf 6 m kein Lorbeerblatt in ihren Kranz flechten. Der Magistrat könnte außerdem der Versammlung in ihren Wünschen auch einmal entgegenkommen. Wenn die Verbreiterung auf 8 m immerhin 30 000 M kosten könnte, so sei doch zu berücksichtigen, daß die hier geplante Verbreiterung auf 6 m auch 15 000 M kosten würde, so daß die Mehrausgabe gar nicht so groß sei.

Herr Stadtrath Netemeyer weist darauf hin, daß bei Ablehnung der Magistratsvorlage die alte Baulinie bestehen bleibe. Wünschenswerth sei es im

Interesse verschiedener Anlieger, baldigst eine Entscheidung in dieser Sache zu treffen.

Herr **Altmann** tritt für eine Verbreiterung der Fluchtlinie auf 8 m ein, damit der Versammlung nicht hinterher der Vorwurf gemacht werden könne, sie habe nur mit Rücksicht auf den Kostenpunkt zu schmale Straßen angelegt.

Herr **Uhlde** bittet dem Commissionsbeschlusse zuzustimmen. Jedes Mitglied der Versammlung könne sehr wohl die Verantwortung auf sich nehmen, einer Breite von 6 m zugestimmt zu haben, denn es handle sich hier recht eigentlich gar nicht um eine Straße, sondern um einen nach beiden Seiten offenen, 36 m langen Hof. Durchgangsverkehr besitze die Straße überhaupt nicht, da dem Verkehre bessere Verbindungsstraßen zur Verfügung stehen.

Die vom Magistrat vorgeschlagene Baulinie und damit die Verbreiterung des Rhythgenhagen auf 6 m wird sodann von der Versammlung mit 16 : 15 Stimmen angenommen.

XXII. Antrag Nieß: Errichtung eines städtischen Krankenhauses.

Zur Begründung des in der letzten Sitzung gestellten Antrages (Seite 211 des Berichts) führt Herr **Nieß** aus, daß man schon vor ungefähr 18 Jahren bei Anlegung der Sidonienstraße auf die Erbauung eines neuen Hauses für die alten Insassen des Pflegehauses Bedacht genommen habe, diese Leute aber noch heute in der alten Baracke an der Goslarschenstraße sitzen müssen, weil sich schon vor der Vollenbung des Neubaus die Nothwendigkeit gezeigt habe, denselben mit Kranken zu belegen. Da ihm nun von ärztlicher Seite nahegelegt sei, auf den Bau eines neuen städtischen Krankenhauses hinzuwirken, so bitte er um Unterstützung seines Antrages.

Derjelbe findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XXIII. Antrag F ü d e l: Weiterführung der Eisenbahnlinie Braunschweig — Gifhorn.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Bestrebungen kräftigst zu unterstützen, welche in betheiligten Kreisen auf die Weiterführung der Linie Braunschweig—Gifhorn nach Uelzen gerichtet sind.“

Wie Herr **Füdel** zur Begründung bemerkt, ist diese Frage schon einmal vor längeren Jahren in der Versammlung verhandelt worden. Neuerdings sei nun in den betreffenden Kreisen wieder die Frage aufgetaucht, wie für den Kreis Gifhorn=Zienhagen eine Bahnlinie aufgeschlossen werden könne, wobei man die verschiedensten

Projecte genannt habe. Die u. A. erwähnte Linie Uelzen—Wittingen—Debisfelde würde für Braunschweig nicht nur ohne jeden Nutzen sein, sondern auch das Project Gifhorn—Uelzen vollständig ausschließen; ebenso stehe es mit der gleichfalls genannten Linie Gifhorn—Celle. Ein großer Theil des Kreises Gifhorn interessire sich indessen für die Fortsetzung unserer Gifhorer Bahn über Wittingen nach Uelzen und auch der Regierungspräsident habe diese Linie vorgeschlagen. Jedenfalls glaube er, daß die hiesigen städtischen Behörden das größte Interesse an einer Unterstützung dieser Linie haben, da sie die so lange ersehnte Verkürzung des Schienenweges nach Hamburg und damit eine Verminderung der Frachtsätze dahin ermöglichen, also Braunschweig der See näherrücke.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, zur sofortigen Berathung gestellt.

Herr Nieß stimmt dem Antrage zu und ersucht den Magistrat, diese Sache fördernd in die Hand zu nehmen. Hoffentlich werde man jetzt mehr Glück mit der Agitation haben als in früheren Jahren, wo in der Richtung auch schon viel geschehen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß der Magistrat schon vor längeren Jahren und auch neuerdings wiederholt dahin gestrebt habe, eine neue Verbindung zwischen Braunschweig und Uelzen herbeizuführen und hierbei auch sehr viel Entgegenkommen bei einzelnen hannoverschen Provinzen gefunden habe. Wie die Angelegenheit augenblicklich stehe, sei ihm nicht erinnerlich, jedoch werde der Magistrat, wenn die Versammlung einen derartigen Antrag annehme, unverzüglich wieder in die Verhandlung der Angelegenheit eintreten. (Beifall.)

Herr Weber möchte um einstimmige Annahme des Antrages bitten, da hauptsächlich die einheimische Industrie einen eminenten Vortheil von der Linie, welche Braunschweig dem Meere näherrücke, haben würde.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

XXIV. Antrag Züdel: Umbau der hiesigen Bahnhofsanlagen.

Wie Herr Züdel zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der zuständigen Behörde dahin vorstellig zu werden, daß bei dem in Aussicht genommenen Umbau der hiesigen Bahnhofsanlagen den Interessen der im westlichen Theile der Stadt wohnhaften Gewerbetreibenden und Kaufleute dadurch Rechnung getragen werden möge, daß in diesem Theile der Stadt wenigstens eine Empfangs- und Abfuhrstelle für Waggonladungen vorgesehen werde,“

bemerkt, ist ihm das Project für den Aus- und Umbau des hiesigen Bahnhofes nicht bekannt. Wenn aber durch die Presse die Nachricht verbreitet werde, daß zum Ausbau des Ostbahnhofes zwei Millionen Mark in den preussischen Etat ein-

gestellt seien, so lasse sich hieraus un schwer schließen, daß die Verlegung des Güterverkehrs nach dem Ostbahnhof in Aussicht genommen werde. Geschehe dieses, so sei mit Rücksicht auf die Kosten kaum anzunehmen, daß seitens der preussischen Eisenbahn-Verwaltung eine doppelte Güterabfertigungsstelle eingerichtet werde, denn die Anlage wolle man doch nur zur Verminderung der Betriebskosten schaffen. Da nun aber die Hauptetablissemens im Westen der Stadt liegen, so müsse diesen die Möglichkeit erhalten bleiben, Wagenladungen in der Gegend des jetzigen Güterbahnhofes empfangen und versenden zu können und daraufhin ziele der Antrag. Die Gilgutabfertigungsstelle werde jedenfalls mit dem Personenbahnhofe verbunden bleiben, weil die Gilgüter mit den Personenzügen befördert werden.

Auch dieser Antrag findet genügende Unterstützung und wird, zur sofortigen Berathung gestellt, ohne weitere Besprechung angenommen.

XXV. Anfrage Löschigk: Einstellung der Bohrversuche bei Broikem.

Die Anfrage:

„Ist der Stadtmagistrat in der Lage Aufklärung zu geben, warum drei Wochen die Bohrversuche bei Broikem eingestellt gewesen und wie weit dieselben gediehen sind?“

wird von Herrn Löschigk damit begründet, daß zu seiner Verwunderung die von ihm mit großem Interesse verfolgten Bohrversuche ohne ersichtlichen Grund eingestellt seien und es ihm fast scheine, als wenn dieselben nicht mit der richtigen Energie betrieben würden. Es möchte sich empfehlen, die Bohrungen fortzusetzen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Magistrat augenblicklich nicht in der Lage sei, auf die Frage zu antworten.

Auf Antrag des Herrn Nieß beschließt die Versammlung, in eine Besprechung der Anfrage einzutreten.

Herr Nieß glaubt auf Grund seiner neulich angestellten Beobachtungen annehmen zu müssen, daß die bei Broikem angestellten Bohrungen möglicherweise vollständig zwecklos seien, insofern, als das Gebiet, welchem das Wasser entnommen werden solle, aus Kalkstein bestehe, das 60 cm weite Rohr aber vielleicht in einem amorphen, nicht von Rissen durchsetzten Block eingetieft sei und dann der Wasserzufluß aufhöre, während die Quelle an anderer Stelle offen zu Tage überlaufe. Es scheine ihm deshalb die Form des dortigen Aufschlusses nicht die richtige zu sein.

XXVI. Antrag Rudeloff: Baulinie an der Ecke von Langenstraße und alten Waage.

Der Antrag geht dahin:

„Es möge die heute beschlossene Baulinie an der Langenstraße dergestalt verändert werden, daß die Ecke zu der alten Waage angemessen gebrochen werde“.

Zur Begründung bemerkt Herr Rudeloff, daß ihm die bei Punkt I der Tagesordnung beschlossene scharfe Ecke an der Langenstraße und alten Waage sehr gefährlich für die vielen in der Gegend spielenden Kinder sei und er daher wünschen müsse, diese Ecke zu brechen.

Der Antrag wird genügend unterstützt, zur sofortigen Berathung gestellt und angenommen.

XXVII. Anfrage Aßmann: Kühlhaus-Vorlage.

Herr Aßmann hat die Anfrage:

„Wie weit ist die Vorlage für das zu errichtende Kühlhaus gediehen?“ gestellt, weil die Arbeitslosigkeit schon jetzt recht weit um sich gegriffen habe und sich noch weiter vergrößern werde, es also im Interesse der arbeitenden Bevölkerung nothwendig erscheine, wenn man mit dem Bau baldmöglichst beginnen könne. Seine Anfrage gehe demnach dahin, ob der Bau noch in diesem Winter angefangen werden solle.

Herr Stadtrath Netemeyer erwidert, daß man die Verhandlungen in der Deputation noch nicht zum Abschluß gebracht habe, obwohl dieselbe schon mehrere Male zusammengekommen sei. Uebrigens würde man mit dem Bau in diesem Winter doch nicht vorgehen und sich höchstens auf die Ausschachtung des Grund und Bodens beschränken können.

XXVIII. Antrag Blasius: Definitive Entwässerung des Königstieges.

Der Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Königstieg vollständig definitiv canalisiren zu lassen“, wird, da der Herr Antragsteller nach der vorausgegangenen bezüglichlichen Besprechung auf eine weitere Begründung verzichtet, der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XXIX. Antrag Nieß: Provisorische Entwässerung eines Theiles des Königstieges.

Der Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den südlichen Theil des Königstieges provisorisch zu entwässern,“ wird nach genügender Unterstützung ebenfalls der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen, nachdem der Herr Antragsteller unter Hinweis auf Punkt X der Tagesordnung auf eine Begründung verzichtet hatte.

Dauer von 4 bis 7¹/₄ Uhr.

XXII.	Antrag Müller: Revision des Statuts, betr. das Halten von Hunden .	Seite 257
XXIII.	Anfrage Müller: Mangelhafte Beleuchtung von Straßen	" 257
XXIV.	Antrag Ebeling: Ermäßigung der Kosten für Hausanschlüsse	" 258
XXV.	Anfrage Ahmann: Beschäftigung der Arbeitslosen	" 259
XXVI.	Theilstat der Central-Friedhofs-Casse	" 260

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer, Meyer, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessoren Reidemeister und Floto.

Entschuldigt die Herren Löbbcke, Uhde und Wolters.

Der Vorsitzende, Herr Semler, theilt nach Eröffnung der Sitzung zunächst den Eingang folgender Sachen mit:

- 1) Der Baumeister Weidlich hat 36 Abdrücke eines f. Z. in der General-Versammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege gehaltenen Vortrages über die Canalisation der Stadt Braunschweig mit der Bitte eingekandt, dieselben den Mitgliedern der Versammlung zur Verfügung zu stellen, was geschieht.
- 2) Die Anwohner Stelling, Münnich und Block beklagen sich in einer Eingabe über die Zustände, welche durch die Canalisation der Straße „an der Masch“ entstanden sind und bitten um Abhülfe. Da ein gleiches Gesuch bei dem Magistrate eingegangen ist, so überweist der Herr Vorsitzende die Eingabe in Gemäßheit der in der Versammlung üblichen Geschäftspraxis dem Magistrate.

Sodann wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Antrag Nieß: Errichtung eines weiteren städt. Krankenhauses.

Die Statutencommission hat nach dem Berichte des Herrn Blasius im Einvernehmen mit dem Antragsteller beschlossen, mit Rücksicht auf die vom Magistrate in der Commission gegebene Erklärung der Versammlung die Vertagung des Antrages zu empfehlen.

Der Gegenstand fällt damit aus.

II. Gesuche um Erlaß der Hundesteuer.

Wie Herr Müller berichtet, liegt wiederum eine ganze Anzahl von Gesuchen um Erlaß der Hundesteuer vor. Nur in einem Falle handle es sich hierbei um einen Ziehhund und zwar bitte der Eigenthümer, ihm die Steuer für die Zeit vom 1. Juli d. Js. ab zu erlassen, zu welcher Zeit der Hund abgeschafft sei. Da der Bittsteller in bedürftigen Verhältnissen lebe, werde anheimgegeben, dem Gesuche zu willfahren. Bei den übrigen Gesuchen handle es sich dagegen um Wachhunde

und könne der bisherigen Gepflogenheit gemäß nur beantragt werden, diese Gesuche abzulehnen.

Herr Beples möchte denjenigen hiesigen Einwohnern entgegengekommen sehen, deren Grundstücke des Schutzes durch Nachtwächter entbehren. Wenn man bei solchen Einwohnern die Gesuche um Freilassung eines Wachhundes ablehne, so wolle man dadurch einer weiteren Vermehrung der Hunde in hiesiger Stadt vorbeugen und auch zu vermeiden suchen, daß solche Wachhunde des Nachts auf die Straße gerathen und die Passanten belästigen. Zudem könne sich auch nicht Jeder zur Bewachung eines Grundstückes einen Hund halten und komme daher dieser Schutz den ärmeren Volksklassen nicht zu Gute. Aus diesen Gründen bitte er, den Magistrat zu ersuchen, die Zahl der Nachtwächter soweit zu erhöhen, daß alle bebauten Straßen von denselben begangen werden können. Hiermit würde den betr. Einwohnern, welche doch zu den Communallasten ebenfalls beizutragen haben, mehr gebient sein, als wenn einmal ein Hundesteuererlaß bewilligt würde.

Der Herr Vorsitzende bittet, den Antrag als einen selbstständigen zu behandeln, da er mit dem vorliegenden Gegenstande nichts zu thun habe, wenn er auch seine Motive darin suche.

Die Erlaßgesuche werden nach den Anträgen des Herrn Berichterstatters erledigt.

III. Herausgabe von alten Urkunden.

Die städtischen Behörden haben gelegentlich der Jahrtausendfeier der Stadt Braunschweig im Jahre 1861 die Herausgabe eines Urkundenbuches beschlossen, von dem der erste Band, enthaltend die Statute und Rechtebriefe aus der Zeit von 1227 bis 1671, im Drucke vorliegt. Die überaus günstige Aufnahme, welche dieses Werk gefunden hat, und der Umstand, daß von verschiedenen anderen Städten ähnliche Werke unter Aufwendung erheblicher Summen herausgegeben sind, haben den Stadtarchivar zu dem Antrage veranlaßt, es möchten die nöthigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um eine Drucklegung auch anderer in großer Zahl im Archive vorhandenen Urkunden, insbesondere solcher, die über die politische, sociale und Wirthschaftsgeschichte der Stadt Braunschweig Aufschluß geben und die etwa die Zeit vom 11. bis 16. Jahrhundert umfassen, zu ermöglichen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß diesem Antrage zu entsprechen sei, nicht nur, weil es sich dabei um die Erfüllung einer Anstandspflicht handle, sondern auch, weil ein solches Werk für die Aufklärung verdunkelter Rechtsverhältnisse von hoher praktischer Bedeutung sein würde. Bei der Fülle des Materials läßt sich der Umfang des Urkundenbuches im Voraus nicht feststellen, immerhin wird aber, wenn jährlich etwa 20 bis 25 Bogen zum Druck befördert werden, nach Ansicht des Stadtarchivars ein Zeitraum von etwa 10 Jahren vergehen, ehe das Werk vollendet sein wird. Die Kosten der Drucklegung werden sich nach den vom Prof. Dr. Hänselmann darüber

eingezogenen Erkundigungen auf etwa 50 M für den Bogen belaufen. Derselbe hat erklärt, für das nächste Jahr das nöthige Material für etwa 20 Druckbogen und in der Folge für 25—30 Bogen fertig stellen zu können. Der Antrag des Magistrats geht nun dahin, die Fortsetzung des bis jetzt nur im ersten Bande vorliegenden städtischen Urkundenbuches auf Kosten der Stadt zu genehmigen und zu dem Zwecke der Einstellung von zunächst 1000 M in den nächstjährigen Etat zuzustimmen.

Nach der Ansicht der Statutencommission, welche Herr Rudeloff vertritt, kann sich die Stadt, wenn auch erhebliche Rücksichten auf deren Finanzlage zu nehmen seien, dem Verlangen der wissenschaftlichen Kreise, dieses Werk fortgesetzt zu sehen, nicht entziehen. Schon die Anstandspflicht erheische, mit den Mitteln für die Drucklegung dieses reichen Urkundenmaterials aus der Glanzzeit der Stadt nicht zu geizen. Auch liege es auf der Hand, daß der Inhalt der Urkunden, welcher für die Stadt in vieler Hinsicht von großer Bedeutung sein solle, erst dann recht nutzbar gemacht werden könne, wenn er durch die Drucklegung der Forschung und Würdigung der gelehrten Kreise unterbreitet werde. Die Statutencommission empfehle deshalb, sich mit der Drucklegung und im weiteren Verfolg mit der Einstellung eines Betrages von 1000 M in den nächstjährigen Etat einverstanden zu erklären. Um indessen der Stadt für den Fall freie Hand zu geben, daß etwa die Ungunst der Verhältnisse es wünschenswerth erscheinen lasse, mit den Publicationen zeitweilig aufzuhören, so beantrage die Commission, die Bewilligung des Betrages nur auf ein Jahr zu beschließen und dem Magistrate anheimzugeben, die Verträge mit dem Drucker oder Verleger immer nur auf ein Jahr abzuschließen. In erster Linie werde aber dem Magistrate empfohlen, das Buch im Selbstverlage herauszugeben, da sich die Stadt hierbei jedenfalls besser stehen würde, als wenn sie es einem Verleger übertragen werde.

Die Vorlage wird mit dieser Beschränkung angenommen.

IV. Anträge Blasius und Nieß: Entwässerung des Königstieges.

Wie Herr Fiedel namens der Finanzcommission berichtet, hat der Magistrat die Canalbehörde nochmals um Aeußerung darüber ersucht, ob sich der definitiven Canalisirung des Königstieges unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Die Antwort darauf sei dahin gegangen, daß, wenn die Stadt von dem bisher befolgten Principe, die Canäle möglichst in die Mitte der Straße zu verlegen, abgehen wolle, die Canalisirung angängig sei. Es entstehe hierdurch allerdings der Uebelstand, daß die Einsteigegschächte nicht in die Höhe der Straßenwölbung, sondern an die Seiten der Straßen zu liegen kommen. Daraufhin sei nun die definitive Canalisirung des Königstieges vom Magistrate bereits anbefohlen und auch in Angriff genommen, so daß die in der vorigen Sitzung gestellten beiden Anträge (Seite 239 des Berichts) damit ihre Erledigung gefunden haben.

V. Ausleihung von Hypothekcapitalien.

Der Bauunternehmer Frommann hat die Herleihung eines Hypothekcapitals an erster Stelle von 33 000 M zu $4\frac{1}{4}$ % jährlicher Zinsen auf sein an der Catharinenstraße N. 9 gelegenes Grundstück, welches einen Pfandwerth von 33 000 M besitzt, beantragt und giebt der Magistrat anheim, dem Antrage stattzugeben.

Ferner hat der Victualienhändler August Kunze, Ribdagshäuserweg 12, den Antrag gestellt, ihm aus städtischen Mitteln ein Hypothekcapital von 30 000 M zu $4\frac{1}{4}$ % Zinsen an erster Stelle auf sein Grundstück vorzuleihen. Da sich indessen der Pfandwerth desselben nur auf 22 500 M berechnet, so empfiehlt der Magistrat, im Einverständnisse mit dem Antragsteller, demselben nur ein Capital in dieser Höhe vorzuleihen. Beide Capitale sollen aus dem durch Versilberung von $3\frac{1}{2}$ procentigen preussischen Consols flüssig zu machenden Mitteln des Kreisfonds genommen werden.

Die Anträge gelangen auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, zur Annahme.

VI. Erwerb einer Theilfläche an der Wendenstraße.

Der Kaufmann Baron hat von seinem an der Wendenstraße N. 16 gelegenen Grundstücke eine 7,3 qm große Theilfläche zur Straße abzutreten. Der Magistrat ersucht, diese Fläche zu dem mit Baron, welcher ursprünglich 185 M für 1 qm forderte, vereinbarten Einheitspreise von 120 M zu erwerben,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Rieke berichtet, geschieht.

VII. Erwerb einer Theilfläche an der Ritterstraße.

Der Bauunternehmer Friedrich Köhl hat von seinem an der Ritterstraße gelegenen Grundstücke 9,6 qm zur Straße abzutreten, während demselben 4,85 qm zuzulegen sind. Der Magistrat beantragt, für die überschießenden 4,75 qm dem Genannten eine Entschädigung von 60 M für 1 qm zu gewähren.

Die Baucommission läßt auch diese Vorlage durch Herrn Rieke befürworten und die Versammlung genehmigt dieselbe.

VIII. Verkauf einer Theilfläche an der Weststraße.

Bei dem Ausbau der Weststraße ist an der Nordseite derselben ein schmaler Streifen Landes liegen geblieben, welcher von dem alten Wegeterrain entbehrlich geworden war. Da derselbe für die Stadt ohne Werth ist, so beantragt der Magistrat, diejenige Theilfläche desselben, welche dem Grundstücke der Landeseisenbahn vorgelagert ist, dieser im Umfange von 38 qm zum Einheitspreise von 5 M zu verkaufen.

Die Versammlung erklärt sich auf Befürwortung des Herrn Rimpau, welcher für die Finanzcommission berichtet, mit der Vorlage einverstanden.

IX. Regulirung der Okerstraße.

Zur Herbeiführung einer Besserung der Okerstraße in ihrem östlichen Eingange ist der Magistrat mit dem Maurer Pape wegen stadtseitigen Erwerbes der in die Okerstraße vorspringenden Theilfläche des daselbst unter *M* ass. 1195 gelegenen Grundstückes in Unterhandlung getreten. Wenn der p. Pape nun auch die Abtretung dieser Theilfläche ablehnte, so erklärte er sich doch bereit, das ganze Grundstück der Stadt zum Preise von 28 000 *M* zu überlassen. Der Magistrat hat darauf unter dem üblichen Vorbehalte das ungefähr 1,61 a haltende Grundstück mit den darauf stehenden Gebäuden zu diesem Preise angekauft, und von demselben eine zur Straßenverbreiterung nicht erforderliche Theilfläche von ungefähr 96 qm nebst den auf derselben befindlichen Baulichkeiten an den Tischlermeister Hattensauer für 15 000 *M* wieder verkauft. Obwohl das Papesche Grundstück nach der Schätzung der städtischen Bauverwaltung nur einen Kaufwerth von 23 000 *M* besitzt, so muß der Magistrat unter den vorliegenden Verhältnissen im Interesse der endlichen Regulirung der angrenzenden Straßen den Ankauf desselben doch empfehlen und anheimgeben, sowohl diesen, als auch den Verkauf der entbehrlichen Theilfläche an Hattensauer gutzuheißen. Weitere Anträge wegen Ausbaues der östlichen Hälfte der Okerstraße und wegen des dazu noch erforderlichen Terrainerwerbes bleiben vorbehalten.

Die Baucommission läßt die Annahme der Vorlage durch Herrn Bültemann I befürworten.

Herr Lange kann sich mit dem Verkaufe der Theilfläche zu einem Einheitspreise von 156 *M* für 1 qm bei einem Selbstkostenpreise von 174 *M* um so weniger einverstanden erklären, als das Hattensauersche Grundstück durch die Verbreiterung und Instandsetzung der Okerstraße noch erheblich gewinnen werde. Wenn daher nicht der Selbstkostenpreis für die Theilfläche erzielt werden könne, so beantrage er, dieselbe an Hattensauer nicht abzutreten, sondern sie zum freihändigen Verkauf zu stellen.

Herr Stadtrath Netemeyer glaubt nicht, daß die Stadt sich hierbei besser stehen würde, weil der Einheitspreis von 156 *M* für jene Gegend schon ein sehr hoher sei und auch nur der Besitzer eines Nachbargrundstückes die Fläche werde nutzbar verwerten können. Da bei Ablehnung der Vorlage die Instandsetzung der Straße wieder eine Hinausschiebung erfahren müsse, außerdem aber auch die Straßenbaukosten auf die Anlieger vertheilt werden, so empfehle es sich, dem Langeschen Antrage nicht zuzustimmen.

Herr Rieß möchte empfehlen, den Vorschlag des Magistrates anzunehmen. Es werde sich kaum wieder eine ähnlich günstige Gelegenheit bieten, die Oker-

straße zu reguliren wie die gegenwärtige, zumal da die zur Verfügung bleibende Restfläche des Papesch Grundstückes sich nicht selbstständig bebauen lasse und nur zu einer Gartenanlage Verwendung finden könne, wenn nicht der Eigenthümer des Nachbargrundstückes die Fläche übernehme.

Herr Müller schließt sich diesen Ausführungen an. Wenn die Verbreiterung der Okerstraße auch nicht direct nothwendig sei, so sei sie doch mindestens sehr erwünscht und stehe er auf dem Standpunkte, daß jede Gelegenheit zu einer zweckmäßigen Straßenverbreiterung wahrgenommen werden müsse. Er möchte wünschen, daß weiteren Gelegenheiten zur Verbreiterung innenstädtischer Straßen ein gleiches Wohlwollen entgegenbracht werde.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

X. Kosten der Viehzählung.

Bei Ausführung der vom Herzoglichen Staatsministerium angeordneten und am 1. December d. Js. stattgehabten außerordentlichen Viehzählung ist die Mitwirkung der Organe der Herzogl. Polizei-Direction in Anspruch genommen. Der Magistrat ersucht nun, wie in früheren Jahren für diese Arbeit eine Summe von 200 M zur Verfügung zu stellen,

was auf Befürwortung des Herrn Ebeling geschieht.

XI. Verkauf eines Bauplatzes an der Hennebergstraße.

Der Vorstand des hiesigen Rudolphstiftes hatte dem Magistrate angezeigt, daß er beabsichtige, den dem Stifte gehörigen, an der Hennebergstraße gelegenen Bauplatz zu verkaufen. Es erschien dem Magistrate angezeigt, einen Theil dieses Bauplatzes stadtheilig zu erwerben, um die betreffende Fläche dem angrenzenden, der Stadt gehörigen Terrain zuzulegen und dadurch eine bessere Ausnutzung desselben zu erzielen. Der Magistrat hat deshalb mit dem Vorstande des Rudolphstiftes Folgendes vereinbart: 1) das Rudolphstift tritt von dem ihm gehörigen Terrain an die hiesige Stadtgemeinde ab zwei Flächen zu insgesammt 64 qm zum Einheitspreise von 20 M und eine fernere Fläche von 222 qm zum Einheitspreise von 10 M; 2) die Stadt überläßt dem Rudolphstifte eine Fläche von 42 qm zum Einheitspreise von 10 M und 3) die Stadt vergütet dem Stifte im Falle der Bebauung des dort gelegenen, diesem gehörigen Bauplatzes an Straßenbaukosten 800 M. Durch das letztere Abkommen wird der Stadt die Möglichkeit gewährt, den ihr gehörenden Eckplatz frei von Straßenbaukosten zu verkaufen.

Bei der inzwischen vorgenommenen Versteigerung dieses Eckplatzes hat der Bauunternehmer Ausmeyer das Höchstgebot mit 19 000 M abgegeben, welches der Magistrat für angemessen erachtet. Das Ersuchen desselben geht dahin, das Abkommen mit dem Rudolphstifte gutzuheißen und auch den Verkauf dieses Bauplatzes zum Preise von 19 000 M zu genehmigen. Der Verkauf des weiteren

Bauplatzes dürfte nach der Ansicht des Magistrates bis dahin zu verschoben sein, daß die angrenzende Straße ordnungsmäßig ausgebaut sein wird.

Die Vorlage wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Südel berichtet, angenommen.

XII. Erwerb von Theilflächen etc. an der Goslarischenstraße.

In Bezug auf den Erwerb von Fußwegterrain an der Goslarischenstraße hat der Magistrat sich mit den Anliegern Siede, Röper und Königsdorf dahin geeinigt, daß dieselben ihr Vorgartenterrain im Umfange von 80, 57 und 65 qm unentgeltlich an die Stadt abtreten. Dagegen ist den Genannten zugesichert, daß dieselben Beiträge für Terrainerkwerbskosten rücksichtlich der Goslarischenstraße nicht entrichten sollen. Der Civilingenieur Königsdorf hat an die Abtretung die fernere Bedingung geknüpft, daß die Grenze zwischen seinem dort gelegenen Grundstücke und dem benachbarten Pflegehausgrundstücke in der Weise verschoben werde, daß Königsdorf 37 qm an die Stadt abzutreten und dafür etwa 24 qm wiederzuerhalten habe. — Auf dem westlichen Fußwege der genannten Straße stehen zwischen der Sidonienstraße und dem Madamenwege 21 Laubbäume, deren Erhaltung wünschenswerth erscheint, die aber Eigenthum der Feldmarkinteressentenschaft Hohethor sind. Da der von dieser geforderte Preis von 4 M für den Baum angemessen erscheint, so ersucht der Magistrat, die Summe von 84 M für den Ankauf der Bäume zu bewilligen. Außerdem wird ersucht, für einen Theil der Ostseite der Goslarischenstraße eine neue Baulinie zu genehmigen und den mit den Anliegern Siede, Röper und Königsdorf aufgenommenen Verträgen zuzustimmen.

Die sämtlichen Magistratsanträge werden auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann I berichtet, angenommen.

XIII. Formulare zu Steuererklärungen.

Zur Ausführung der die Abgabe von Steuererklärungen behufs Veranlagung der Gemeindeeinkommensteuer behandelnden Bestimmungen des Statuts, betr. die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig, und in Erfüllung der früher ertheilten Zusage überreicht der Magistrat der Versammlung mit dem Ersuchen um gutachtliche Aeußerung die nachverzeichneten Muster, als

- 1) für die öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärungen,
- 2) für die besondere Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung,
- 3) für die Steuererklärung physischer Personen,
- 4) für die Steuererklärung nicht physischer Personen,
- 5) für solche Aufforderungen, die die Vorsitzenden der Einschätzungsausschüsse einem Steuerpflichtigen in dem Falle zugehen lassen sollen, daß die Angaben der Steuererklärung desselben nicht genügen, sondern der Aufklärung oder des Nachweises bedürfen.

Die Muster sind genau denjenigen Formularen nachgebildet, welche den zur Ausführung des preussischen Staatseinkommensteuergesetzes von dem Finanzminister erlassenen Anweisungen sich beigegeben finden. Jedem der bezeichneten Formulare ist seitens des Magistrates eine weitere Erläuterung beigelegt.

Ueber diese Vorlage berichtet namens der Vorsitzenden der Steuer-Einschätzungsausschüsse Herr Vord: Zu den unter 1, 2, 4 und 5 aufgeführten Mustern habe sich bis auf das Formular A2 5 nichts zu erinnern gefunden. Der zu dem letzteren Muster, welches indessen nur die Vorsitzenden der Einschätzungsausschüsse angehe, beantragten Aenderung sei von dem Herrn Oberbürgermeister die Genehmigung in Aussicht gestellt. Im Wesentlichen handle es sich um das Muster A2 3, welches denn auch zu einer längeren Berathung Veranlassung gegeben habe. Bei dieser Gelegenheit sei von Herrn Hauswaldt ein vollständig neuer und wesentlich veränderter Entwurf zu einer Steuererklärung vorgelegt, der namentlich die feststehenden und die schwankenden Einnahmen getrennt und noch viel detaillirtere Angaben zu haben wünsche, um dem Declaranten die Arbeit so leicht wie möglich zu machen. Dem gegenüber sei nun die Ansicht der Commission dahingegangen, daß man sich vorerst mit den im Entwurfe vorgelegten Formularen, welche den preussischen Mustern nachgebildet seien, begnügen und die Wirkung der Steuererklärungen abwarten solle. Sofern sich in der Praxis Mängel herausstellen würden, könnten dieselben alljährlich beseitigt werden. Daraufhin habe sich auch Herr Hauswaldt veranlaßt gesehen, seinen Antrag vorläufig zurückzuziehen. Von der Commission sei nun beschlossen, die Streichung der letzten Seite des Entwurfes (Angabe des Schuldbetrages, bezw. nähere Bezeichnung der Last) zu empfehlen, da so detaillirte Aufklärungen, wie sie dort gewünscht werden, nicht absolut nothwendig erschienen und manchen Einwohner in Verlegenheit bringen würden. Auch hiermit habe sich der Herr Oberbürgermeister vorläufig einverstanden erklärt. Die Commission gebe anheim, die Formulare mit dieser Aenderung gutzuheißen und sich möglichst aller weiteren Aenderungen zu enthalten, damit die Formulare erst einmal ausprobiert werden können.

Herr Fiedel möchte einige redactionelle Aenderungen in dem Formular 3 vorgenommen sehen, welche zur Verdeutlichung beitragen würden. Zunächst wünsche er auf Seite 1 unter 1 und 4 die eingeschobenen Worte „nach dreijährigem Durchschnitt zu berechnende“ an den Schluß des betreffenden Satzes in entsprechend veränderter Wortfolge gesetzt zu sehen. Sodann empfehle es sich, auf Seite 2 unter a statt der Worte „mit Ausnahme der Zinsen von Geschäftsschulden“ zu sagen „mit Ausnahme solcher von Geschäftsschulden“. Zu dem Punkte c befürworte er den Zusatz „und nicht besonders in der Jahresbilanz verrechnet sind.“ Auf Seite 3 bitte er hinter dem Worte „gepachteten“ zuzusetzen „nach Abzug von Betriebskosten“.

Herr Hauswaldt will nur feststellen, daß er sich wohl der Majorität gefügt habe, aber sich doch nicht habe überzeugen können, daß der vorliegende Entwurf glücklich gewählt sei. Er theile vielmehr die Ansicht, daß das Formular höchst unglücklich und wenig ansprechend gestaltet sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte bitten, über die Zweifel hinsichtlich der Auslegung und Handhabung der Formulare zunächst hinwegzugehen, damit nicht eine Verzögerung in der Veranlagung eintrete. So gut wie man im Königreich Preußen in den Stadt- und Landgemeinden mit demselben Formulare bis jetzt durchgekommen sei, werde man auch in der Stadt Braunschweig ein Jahr damit durchkommen. Die Versammlung könne nach dieser Zeit am besten ermes sen, wie weit Aenderungen am Formulare nöthig oder wünschenswerth erscheinen. Darum bitte er, auf alle weiteren Aenderungen zunächst zu verzichten.

Herr Weber möchte vorschlagen, noch zwei probeweise ausgefüllte Formulare, nämlich eins für Geschäftsleute und eins für Beamte fertigen zu lassen und den Steuererklärungen beizufügen, weil sich die Steuerzahler dann leichter in die Ausfüllung hineinfinden werden. In Preußen sei dieses jetzt auch geschehen, trotzdem man dort die Steuererklärungen schon ein Jahr habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß auch in der Commission die Beigabe eines solchen ausgefüllten Formulars von einer Seite für wünschenswerth erachtet sei. Es sei ihm nun aber bekannt geworden, daß man diese Mustererklärungen in Preußen nicht für das Publicum, sondern nur als Directive für die einschätzenden Personen habe herstellen lassen. Das Formular passe immer nur für eine ganz bestimmt herausgegriffene Persönlichkeit, während andere Steuerzahler, wenn sie auch zu derselben Kategorie gehören, nur wenig Gebrauch von demselben werden machen können. Aus diesem Grunde könne seiner Meinung nach die Beigabe unterbleiben.

Herr Weber kann dem gegenüber mittheilen, daß das Musterformular auch den Steuerzahlern in Preußen zugesandt sei. Es erscheine ihm ein Versuch, welcher nicht sehr theuer zu stehen komme, wohl angezeigt zu sein.

Herr Oberbürgermeister Pockels will zunächst bemerken, daß derartige Verwaltungsmaßregeln dem Magistrat allein obliegen und er es nur für wünschenswerth erachtet habe, die Vorsitzenden der Einschätzungsausschüsse durch Vermittelung der Versammlung gutachtlich über die Entwürfe zu hören, während die Feststellung derselben der Magistrat selbstständig vorzunehmen habe. Im Uebrigen werde der Magistrat in Erwägung ziehen, ob den Steuererklärungs-Formularen probeweise ausgefüllte Muster beigegeben werden sollen.

Herr Günther muß sich gegen solche Beigabe erklären. Wer das Formular nicht verstehe, werde auch die Musterausfüllung nicht verstehen. Da es außerdem sich um Leute handle, welche mit solchen Dingen mehr zu schaffen haben, so würden sich die Betheiligten schon ohne ein Muster einarbeiten.

Nachdem die Herren Jüdel und Weber ihre Anträge zurückgezogen hatten, erklärt sich die Versammlung mit der versuchsweisen Einführung der Formulare in der vorgeschlagenen Fassung gutachtlich einverstanden.

XIV. Verkauf einer Theilfläche am Altemwiefringe.

Der Bäckermeister Junter hat gebeten, ihm von der der Stadt gehörigen, an der Ostseite des Altemwiefringes gelegenen Restfläche des vormalig Kröhlischen Grundstückes eine 25 qm große Theilfläche zum Einheitspreise von 20 M. zu überlassen. Der Magistrat giebt anheim, diesen Antrag zu genehmigen, was auf Empfehlung des Herrn Halle geschieht.

XV. Straßenbaukosten an der Weststraße.

Dem Antrage des Magistrates, die Kosten des Ausbaues der Weststraße zwischen Frankfurterstraße und Landeseisenbahn auf 50,554 M. für das lfd. Meter festzustellen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Rimpau berichtet, zu.

XVI. Antrag Rimpau: Aufnahme architektonisch wichtiger alter Gebäude.

Der Antrag, welcher lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, die städtische Bauverwaltung zu beauftragen, von jedem zum Abbruch kommenden alten architektonisch wichtigen Gebäude eine neue Aufnahme sowohl der äußeren Fassade, als auch der inneren Construction anzufertigen und die betreffenden Zeichnungen dem Stadtarchiv zu überweisen, sowie für die dadurch entstehenden Kosten eine entsprechende Summe in den nächstjährigen Etat einzustellen“,

wird von Herrn Rimpau wie folgt begründet. Man habe erlebt, daß in den letzten Jahren viele schöne alte Gebäude abgebrochen seien und Neubauten haben Platz machen müssen. Im nächsten Frühjahr werde man erleben, daß eins der schönsten alten Häuser (der Stern) vom Erdboden verschwinde. Es sei aber Pflicht der städtischen Behörden, das Andenken an diese alten Häuser, die Zeugen aus einer hoch interessanten Periode der Bauhätigkeit der Vorfahren seien, der Nachwelt zu überliefern. Bisher habe man sich darauf beschränkt, einige Balken mit Holzschnitzereien aus solchen Bauten an das städtische Museum einzuliefern und höchstens Photographien von denselben anzufertigen, ohne indessen zu wissen, wie lange solche Photographien sich halten werden. In der Nachbarstadt Hildesheim liefere man derartige Sachen nicht nur im Museum ab, sondern man verwende sie auch bei Neubauten wieder. Das scheine hier aber unmöglich zu sein, wenigstens sei der Versuch an der Kuhstraße nicht wiederholt worden. Darum wünsche

er, daß vor dem Abbruche solcher Gebäude ein Beamter des Stadtbauamtes eine Photographie aufnehmen und sie im Lichtdruck vervielfältigen lasse, sowie auch einen Aufriß der inneren Construction des Gebäudes anfertige. Dieses scheine ihm ein unvergängliches Denkmal für das Studium der Geschichte zu sein. Die entstehenden Kosten könnten nicht sehr hoch werden.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XVII. Antrag Lange: Erbohrung eines Brunnens.

Zur Begründung des als dringlich bezeichneten Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat behufs Beschaffung von Kühlwasser für die neue Kühlhausanlage thunlichst sofort mit der Erbohrung eines Brunnens beginnen zu lassen, und bewilligt zu diesem Zwecke eine Summe bis zu 8000 M.“

führt Herr Lange Folgendes aus. Die Möglichkeit der Ausführung des in der Veranschlagung für die Kühlhausanlage bereits mit 8000 M. vorgesehenen Brunnens sei jetzt geboten, nachdem die Deputation sich über den Umfang der Anlage schlüssig geworden und der Platz bereits abgepfählt sei. Die von der städtischen Bauverwaltung ins Auge gefaßte Möglichkeit, das Wasser aus dem alten Brunnen verwenden zu wollen, habe sich als undurchführbar herausgestellt, da der Brunnen nach den von ihm vorgenommenen Messungen eine völlig unzureichende Wassermenge gebe. Während man unter Zugrundelegung des Ammoniakverfahrens 14 cbm Wasser in der Stunde gebrauche und dieses Quantum sich später bei Inbetriebnahme der unteren Kühlhalle auf 20 cbm erhöhe, gebe der Brunnen nur 5—6 cbm und versiege bei ständigem Gebrauche auch sehr bald. Es sei außerdem noch nicht entschieden, welches Verfahren zur Einführung kommen werde, jedoch würde das Kohlensäureverfahren noch mehr Wasser erfordern. Da nun zur Herstellung eines Schachtbrunnens fünf Monate erforderlich sein sollen und man sich über die Wassermenge, welche der Brunnen geben werde, bald klar sein müsse, so erscheine es ihm nothwendig, mit dem Brunnenbau sehr bald vorzugehen. Wie die Sachen jetzt liegen, werde auch die Entscheidung über das in Vorschlag zu bringende Verfahren demnächst in der Deputation fallen, sodaß in allernächster Zeit schon eine Vorlage darüber zu erwarten sei und die Bestellung der Maschinen bereits im Januar erfolgen könne. Wenn dann die städtische Bauverwaltung mit dem Bau der Gebäude rechtzeitig fertig werde, so könne die Kühlhausanlage immerhin schon am 1. September nächsten Jahres dem Betriebe übergeben werden.

Der Antrag wird zur sofortigen Berathung gestellt.

Herr Halle kann die Sache nicht für so eilig halten, weil die Kühlhausanlage nach der eigenen Angabe des Herrn Lange vor dem Monat September nicht fertig werden könne und dann die kalte Jahreszeit beginne.

Herr Wollenweber muß dem gegenüber die Angelegenheit für sehr eilig halten, da man frühzeitig wissen müsse, in welcher Quantität und Qualität Wasser zur Verfügung stehe. Wenn die Erbohrung selbst fünf Monate währe, sei gar nicht viel Zeit mehr zu verlieren, um die Brunnenanlage rechtzeitig fertigzustellen.

Herr Lange hält es für unbedingt nothwendig, daß in dieser Frage Klarheit geschaffen werde. Wenn am 1. September die Halle dem Betriebe übergeben werden solle, sei am 1. Juli mit der Montage zu beginnen und müsse zu dieser Zeit der Brunnen schon fertig sein, damit die Fabrik wisse, wie sie die Rohre und die Pumpen anzulegen habe. Außerdem müsse man dann sich schon darüber klar sein, ob der Brunnen genügend Wasser gebe, oder ob noch ein zweiter Brunnen anzulegen sei.

Herr Halle ist trotzdem der Ansicht, daß der Antrag recht gut erst in der Commission vorberathen werden könne.

Herr Nieß kann sich dieser Meinung nicht anschließen. Bevor nicht die Er giebigkeit und Tiefe des Brunnens feststehe, könne auch der betr. Maschinenfabrik kein Auftrag zur Anfertigung der Pumpen 2c. gegeben werden. Wenn sich also das Eine verzögere, müsse auch das Andere hapern.

Herr Wollenweber meint, daß es schon deshalb unbedenklich sei, heute in die Berathung und Beschlußfassung einzutreten, weil der Brunnen im Anschlage vorgesehen sei und auch bestimmt gebaut werden müsse.

Herr Niese hält es für geboten, jetzt mit dem Brunnenbau zu beginnen, da die Stadt im nächsten Sommer doch noch eine Masse Arbeit zu bewältigen habe und man auch frühzeitig wissen müsse, ob der Brunnen genügendes und brauchbares Wasser liefere. In Halle gebrauche man bei dem Ammoniakverfahren 10 cbm Wasser in der Stunde, so daß man wahrscheinlich hier mit dem einen Brunnen nicht auskommen werde. Außerdem würde bei sofortiger Inangriffnahme des Brunnenbaues in der jetzigen arbeitslosen Zeit Gelegenheit zur Beschäftigung geschaffen.

Der Antrag wird angenommen.

XVIII. Antrag Lange: Eingitterung einer Fläche am Volksbrausebade.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, die am Volksbrausebade gelegene, der Stadt gehörige, zur späteren Wegeverbreiterung bestimmte Fläche baldigst in geeigneter Weise einzugittern, oder als Platz mit Abgitterung nach der Okerseite hin herrichten zu lassen.“

Zur Begründung führt Herr Lange aus, daß bereits in der Sitzung vom 4. September 1890 (Seite 202 des Prot.) ein Betrag von 600 M auf Antrag des Magistrates zu dem fraglichen Zwecke bewilligt, die Sache hinterher aber liegen geblieben sei. Die Verwaltung des Volksbades habe den Platz provisorisch umzäunt und in Pflege gehalten, bis derselbe vor Kurzem bei der Dükeranlage demolirt sei und einen Einstiegs- und Reinigungsschacht erhalten habe. Aus dem letzteren Grunde möchte es sich vielleicht empfehlen, den früheren Beschluß nicht aufrecht zu erhalten, sondern den Platz als solchen freizugeben und die Oker möglichst schnell durch ein eisernes Stacket abzugittern, damit dort Niemand in das Wasser fallen könne.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, zur sofortigen Berathung gestellt.

Herr Stadtrath K e t e m e y e r hält den Lange'schen Vorschlag für ganz zweckmäßig, fürchtet aber, daß derselbe zu spät komme, weil die städtische Bauverwaltung auf Antrag von Anliegern der Ferdinandstraße möglicherweise das Gitter schon in Bestellung gegeben habe.

Die Versammlung nimmt darauf den Antrag an.

XIX. Antrag Hauswaldt: Weitere Förderung des Bürgerparkes.

Wie Herr Hauswaldt zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Stadt-Magistrat aufzufordern, in den Haushaltsplan der Stadt für das Jahr 1893/94 25 000 M für die weitere Förderung des Bürgerparkes einzustellen“, des Näheren ausführte, könne die Parldeputation, welcher er als Mitglied angehöre, auch beim besten Willen nicht das geringste zur Förderung des geplanten Bürgerparkes thun, wenn nicht wieder Geld für denselben bewilligt werde. Schon rein vom practischen Standpunkte aus erscheine es ihm finanziell nicht richtig zu sein, den Park in seinem jetzigen Zustande zu belassen, da die ausgeworfenen Teiche langsam wieder zuwachsen und demnach das dafür ausgegebene Geld vergeblich verwendet sei, wenn man noch länger warte. Das ganze Parkterrain mache nicht den Eindruck, als ob dort etwas Neues entstehen solle, sondern als ob Sodom und Gomorrha dort Tags vorher versunken seien.

Er verurtheile jede unnütze Ausgabe, aber eine Ausgabe am rechten Orte sei Sparfamkeit und bei derartigen Anlagen mit dem Gelde zu knausern erscheine ihm als Verschwendung. Darum bitte er, den Bürgerpark, welchem ein Mitbürger eine so erhebliche Unterstützung habe angedeihen lassen, weiter zu fördern und einen Betrag von 25 000 M, der im Haushalte der Stadt gar keine Rolle spiele (Widerspruch), in den nächstjährigen Etat einzustellen. Mit diesem Betrage könne man wenigstens etwas vorwärts kommen, sodaß die Zinsen des Anlagecapitals nicht allzulange unnütz ausgegeben werden. Wenn die von ihm geforderte Summe der Versammlung zu hoch erscheine, so erkläre er sich auch mit einer geringeren Summe

zufrieden, nur müsse die Möglichkeit geboten werden, mit dem Parke vorwärts zu kommen, da die einfache Ablagerung des städtischen Malls keinen rechten Zweck habe.

Der Antrag wird nach genügender Unterstützung der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XX. Anfrage Hauswaldt: Neuordnung der Kirchengemeinden.

Die Anfrage:

„Woran liegt es, daß die Neuordnung der hiesigen Kirchengemeinden, trotzdem von der Bürgerschaft Alles gethan ist, um die Ausführung zu ermöglichen, noch immer nicht durchgeführt ist?“

begründet Herr Hauswaldt in folgender Weise. Als die Versammlung sich vor zwei Jahren lange und lebhaft mit der Vorlage, betr. die Neuordnung des Kirchenwesens befaßt habe, sei besonders geltend gemacht, daß es ohne Frage nothwendig sei, sich mit der Regierung zu verständigen, weil dieselbe das Recht habe, den allgemein anerkannten kirchlichen Nothstand in der Stadt Braunschweig mit Hülfe der Landesversammlung zu beseitigen. Obwohl nun die Bürgerschaft Alles bewilligt habe, um dem Nothstande abzuhelpen, sei in den verflossenen beiden Jahren von den zuständigen Behörden in der Sache dem Anscheine nach absolut gar nichts geschehen, trotzdem sich die kirchlichen Verhältnisse seit dieser Zeit noch erheblich verschlechtert haben. In der Magnigemeinde kommen jetzt an manchem Tage 16 Tausen vor und bis Ostern haben die beiden Pastoren an 500 Kinder in vier Abtheilungen Confirmandenunterricht zu ertheilen, sodaß in jeder Classe 125 Kinder unterrichtet werden müssen. Wenn man aber auf den Confirmandenunterricht Werth lege und glaube, derselbe sei nothwendig für die Kinder, ehe sie ins Leben treten, so müsse auch dem einzelnen Kinde Gelegenheit geboten werden, etwas zu lernen, ebenso wie der Geistliche in den Etand gesetzt werden müsse, auf die Kinder einwirken zu können. In den städtischen Schulen lasse man über 50—60 Kinder in einer Classe nicht zu und bei dem Confirmandenunterricht häufe sich diese Zahl auf 125, aus den verschiedensten Schulen zusammengewürfelte Kinder an, welche naturgemäß noch schwieriger zu unterrichten seien, als die in eine Classe gehörenden Kinder derselben Schule. Man müsse unter solchen Verhältnissen seinen ganzen Wiedersinn zusammennehmen, um an den guten Willen der Behörden zur Abstellung des kirchlichen Nothstandes zu glauben. Ein Mitglied des Kirchenvorstandes habe neulich geäußert, die Neuordnung werde noch zehn Jahre dauern, denn sie habe schon zehn Jahre gespielt und in Braunschweig nähmen derartige Sachen zwanzig Jahre in Anspruch. Die Anfrage sei gestellt, um eine Hoffnung auf baldige Besserung zu erhalten und an dieser Stelle einmal einen Nothschrei auszustößen, den man im Kirchenvorstande fortwährend höre, ohne daß er aber in die Deffentlichkeit dringe. Auf große Verbesserungen werde man wohl überhaupt nicht rechnen

dürfen, denn das Consistorium habe auf eine entsprechende Eingabe des Kirchenvorstandes ruhig erwidert, es werde zwei Candidaten schicken, sofern der Magistrat zur Unterhaltung derselben jährlich 4200 M zur Verfügung stellen wolle. Das sei Alles, was in dieser Angelegenheit erreicht sei und kenne er keinen Ausdruck, welchen er für ein solches Verfahren anbringen könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt sich bereit, die Anfrage sofort zu beantworten. Wenn Herr Hauswaldt meine, daß in der Neuordnung des städtischen Kirchenwesens seit zwei Jahren nichts geschehen sei, so treffe das nicht zu. Es sei sogar sehr viel geschehen, doch müßten zu viele Factoren neben- und miteinander arbeiten, welche das Zustandekommen der neuen Einrichtung erschweren. Der Hauptpunkt in dieser Sache sei erledigt dadurch, daß die Gesetzgebung die nöthigen Vorschriften erlassen, und das Kirchenregiment das ganze Programm der Neuordnung des Kirchenwesens in seiner Gesamtheit genehmigt habe, vorbehaltlich der Feststellung einzelner Fragen. Zweifelhaft könnte es indessen erscheinen, ob in der Erklärung des Kirchenregimentes betr. die Genehmigung des stadtseitig aufgestellten Planes auch eine ausdrückliche und specielle Genehmigung der von der Stadt vorgeschlagenen Abgrenzung der alten und der neu zu bildenden Kirchengemeinden enthalten sein solle. Mit Rücksicht darauf sei im Laufe des Sommers bereits eine entsprechende Anfrage gestellt und diese vor sechs Wochen wiederholt, eine Antwort aber bislang noch nicht erfolgt. Wenn Herr Hauswaldt aus einem dem Kirchenvorstande zugegangenen Erlasse des Herzoglichen Consistoriums hier Mittheilung mache, so habe er diese richtig zu stellen insofern, als Redner in seiner Eigenschaft als weltlicher Kirchenvisitator vom Herzoglichen Consistorium einen Erlaß bekommen habe, in welchem er ersucht werde, mit den städtischen Behörden in Verhandlung darüber zu treten, ob die Mittel zur Besoldung zweier Hülfsprediger gewährt werden sollen. Da das Herzogliche Consistorium das Geld nicht bewilligen könne, so bleibe ihm eben weiter nichts übrig, als bei dem Eingange eines solchen Antrages des Kirchenvorstandes diese Frage bei der zuständigen Behörde zu stellen; der Erlaß sei ihm erst am Morgen zugegangen. Er hoffe, die Angelegenheit baldmöglichst in das richtige Gleis zu bringen. (Beifall).

XXI. Antrag Peplics: Vermehrung der Nachtwächterstellen.

Herr Peplics verweist zur Begründung seines Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, die Zahl der Nachtwächter soweit zu erhöhen, daß alle bebauten Straßen begangen werden können“,

auf seine bei Punkt II der Tagesordnung gemachten Ausführungen und bittet um Unterstützung des Antrages.

Derselbe geht, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung zu.

XXII. Antrag Müller: Revision des Statuts, betr. das Halten von Hunden.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, die §§. 63—72 der Statuten, betreffend die Abgabe für das Halten von Hunden, einer Revision zu unterziehen“,

ist, wie Herr Müller ausführt, seiner $\frac{3}{4}$ jährigen Praxis als Berichterstatter für die Hundesteuer-Erlaßgesuche entsprungen. Da er es für hart halte, wenn Jemand gezwungen werde, die volle Jahressteuer für einen Hund zu bezahlen, den er nur einen Theil des Jahres besessen habe, so wünsche er, den zweiten Absatz des §. 64 wie folgt gefaßt zu sehen:

Wer im Laufe des Jahres in den Besitz eines Hundes gelangt, hat binnen vier Wochen den Restbetrag der Abgabe für das Verwaltungsjahr einschließlich des angefangenen Quartals zu entrichten. Für im Laufe des Jahres gestorbene, abgeschaffte oder abhanden gekommene Hunde wird auf Reclamation, wenn Ersatz dafür nicht eintritt, für volle Quartale des nicht abgelaufenen Verwaltungsjahres, gegen Einreichung der Marke, der zustehende Betrag der Abgabe zurückerstattet.

Mit Rücksicht auf die vielen Beschwerden über die Zahlung der Hundesteuer von solchen Anwohnern, deren Straßen durch Nachtwächter nicht begangen werden, bitte er dem §. 65 als *N*. 3 einzuschalten:

(Die Abgabe ist nicht zu entrichten für Hunde, welche)

3) Einwohnern gehören, deren Gehöfte den Schutz der Wächter entbehren.

Endlich sei noch erforderlich, dem §. 69 folgende Fassung zu geben:

Bei Veräußerung eines abgabepflichtigen Hundes darf der bisherige Besitzer auf dieselbe Marke einen anderen Hund halten; dasselbe ist zulässig, wenn ein Hund im Laufe des Jahres stirbt.

Außerdem möchte er noch die Bitte aussprechen, die Controle über die Lösung der Hundemarken strenger zu handhaben, damit sich keine Hundebesitzer um die Steuer wegdrücken.

Dieser Antrag geht nach genügender Unterstützung ebenfalls der Statutencommission zu.

XXIII. Anfrage Müller: Mangelhafte Beleuchtung von Straßen.

Die Anfrage lautet:

„Ist es dem Magistrat bekannt, daß, durch die Sonntagsruhe veranlaßt, die Beleuchtung vieler Straßen zu wünschen übrig läßt, und wie gedenkt der Magistrat diesen Uebelstand zu beseitigen?“

Wie Herr Müller zur Begründung bemerkt, ist seit dem Inkrafttreten der Sonntagsruhe die Beleuchtung verschiedener Hauptstraßen der Stadt an den Sonntag-Abenden sehr traurig und bedürfe der Abhülfe. Wenn er nun auch glaube, daß bei etwaiger Einführung des Auer'schen Glühlichtes sich selbst ohne die Mitwirkung des Ladenlichtes, eine Besserung werde erzielen lassen, so möchte er sich doch den Vorschlag erlauben, ob es nicht angebracht sei, eine Commission zu ernennen, welche wie früher von Zeit zu Zeit einen Rundgang mache, um etwaige Mängel in der Beleuchtung abzustellen. Er sei gern bereit, sich dieser Arbeit mit zu unterziehen.

Herr Oberbürgermeister Poßels möchte in Bezug auf diesen Vorschlag bemerken, daß seines Wissens eine besondere Commission zu solchem Zwecke noch nie bestanden habe; nur einzelne Mitglieder der Deputation für das Gas- und Wasserwerk, von welcher die Vorschläge für die städtische Beleuchtung ausgehen, haben sich bisher durch eine Begehung der Straßen in den Abendstunden an Ort und Stelle zu überzeugen gesucht, ob die Beleuchtung überall ausreichend sei. Das werde auch vor der Einbringung der nächsten Vorschläge für Besserung der Beleuchtung an dieser und jener Stelle geschehen, sodaß dem Wunsche des Herrn Fragestellers wohl Genüge geschehen sei. Im Uebrigen empfehle er, erst einmal abzuwarten, wie sich die Beleuchtung nach der eventuellen Einführung des Auer'schen Gas-Glühlichtes machen werde.

XXIV. Antrag Ebeling: Ermäßigung der Kosten für Hausanschlüsse.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, eine Ermäßigung der bisherigen Kostensätze für Hausanschlüsse an den Straßencanal herbeizuführen“,

bemerkt Herr Ebeling, daß bei ihm von mehreren Hausbesitzern Klage geführt sei über zu hohe Kosten für solche Hausanschlüsse. Der Magistrat habe sodann auf seine Anfrage erwidert, daß stets feststehende Sätze erhoben würden, welche von der Direction der Gas- und Wasserwerke und der Canalbaubewerwaltung im Einvernehmen mit dem Magistrate früher bestimmt und als praktisch anerkannt seien. Bei näherer Prüfung der in Rechnung gestellten Beträge habe er aber gefunden, daß das Röhrenmaterial eine Mark und darüber theurer als im Einkaufe angerechnet und ein Tagelohn von 85 M für 10 Arbeitstage eingestellt sei, obwohl diesen Betrag die beschäftigten Arbeiter lange nicht zur Hälfte erhalten. Da die Gesamtrechnung ihm ganz außerordentlich hoch erschienen sei, habe er beim Magistrate nähere Erkundigungen eingezogen und dabei erfahren, daß die Kosten für die Oberleitung der Arbeiten, also für die Baumeister, Ingenieure u. mit angerechnet werden müßten und daher auf die einzelnen Arbeiten repartirt würden. Er sei nun aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß man von diesem

Verfahren abgehen müsse und nicht mehr als vielleicht 10 % zu den Selbstkosten zuschlagen dürfe. Die Stadt trete hierbei als privilegirter Unternehmer auf und könne dem Hausbesitzer, der in vielen Fällen mit solcher Ausgabe schwer zu rechnen habe, nicht so hohe Beträge abnehmen. Da man heutzutage noch complicirte Zeichnungen verlange und weitere Ausgaben in großer Menge entstehen, so müsse unbedingt in eine Prüfung der Frage getreten werden, ob sich nichts an den Kosten ermäßigen lasse. Darum glaube er auch, daß es nur dieser Anregung bedürfe, um zu beschließen, daß eine Durchsicht der Bestimmungen stattfinde. (Beifall.)

Der Antrag wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XXV. Anfrage Aßmann: Beschäftigung der Arbeitslosen.

Herr Aßmann hat die Anfrage:

„Was gedenkt der Magistrat für die in großer Anzahl vorhandenen Arbeitslosen in diesem Winter zu thun und welche Arbeiten sind von dem Magistrate eventuell für die Arbeitslosen-Beschäftigung in Aussicht genommen?“

gestellt, um über den wirthschaftlichen Nothstand zu sprechen. Da wie allgemein bekannt, die Arbeitsgelegenheit im Winter nur gering sei, der Magistrat aber trotz der vorgerückten Jahreszeit noch keine Vorlage wegen der Beschäftigung der Arbeitslosen gemacht habe, so bitte er, diesen Zeitpunkt nicht zu weit hinauszuschieben. Wenn die Witterung auch gelinde sei und daher für Feuerungsmaterialien noch nicht viel Geld ausgegeben zu werden brauche, so herrsche doch eine große Noth unter der Arbeiterschaft, weil dieselbe auch im Sommer nicht viel verdient habe. Es werde namentlich nicht gut aufgenommen, daß trotz der milden Witterung verschiedene städtische Arbeiten schon vollständig darniederliegen. Man verstehe nicht, weshalb der Stadthausbau, der nun schon so lange Zeit wegen der Differenzen zwischen dem Magistrate und der städtischen Bauverwaltung über den Kostenpunkt schwebe, nicht endlich aufgenommen werde. Wenn das so weiter gehe und die Bausumme erst im Frühjahr bewilligt werde, so lasse sich auch bei Beginn der Bauperiode noch nicht viel in der Sache schaffen, weil dann erst die Sandsteine behauen werden müßten. Auch an dem Kühlhausbau müßten sich wenigstens die Vorarbeiten anfangen lassen, da das Project doch sicher so weit ausgearbeitet sei, um mit den Ausschachtungsarbeiten beginnen zu können. Ferner sei schon vor längerer Zeit angekündigt, daß in diesem Herbst mit der Rohrleitung von Mascherode begonnen werden sollte. Diese Angelegenheit scheine durch den Beschluß der Versammlung auf Erschließung der Broihemer Quelle in die Länge gezogen zu werden. Da nun aber die Mascheroder Quelle selbst für den Fall, daß auch die Broihemer Quelle ein zufriedenstellendes Resultat ergebe, voll ausgenutzt werden müsse, so könnten die Arbeiten der Rohrlegung recht gut in Angriff genommen werden.

Endlich lasse sich jedenfalls auch mit den Nivellierungsarbeiten auf dem Kieselbeld und mit den Vorarbeiten für die Pumpstation beginnen und hierdurch ein reiches Feld der Thätigkeit für die Arbeitslosen erschließen, ohne daß Jemand behaupten dürfe, es werde Geld für unnöthige Arbeiten ausgegeben. Da es immer noch Jemand geben könne, der meine, die Arbeitslosigkeit sei nicht so groß, so möchte es sich empfehlen, endlich auch den schon lange geplanten städtischen Arbeitsnachweis einzuführen, der durch den socialen Congreß in Frankfurt a. M. wieder eine Verzögerung erfahren habe. Erst dann würde Jedermann einsehen können, wie viele Leute arbeitslos seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß der Magistrat die städtischen Arbeiten, wie Wege- und Canalbauten, welche im Winter vorgenommen werden können und deren Ausführung schon beschlossen sei, auch ausführen lassen werde. Ferner sei die Beschaffung eines großen Quantums von Chausséesteinen behufs deren Zerkleinerung in Aussicht genommen, während man auf weitere außerordentliche Arbeiten, abgesehen von der Aptirung des Kieselgutes, noch nicht Bedacht genommen habe. Es lasse sich auch heute noch nicht bestimmt sagen, ob schon in den nächsten Wochen mit der Aptirung des Kieselgutes werde begonnen werden könne. Im Uebrigen würde sich vielleicht Gelegenheit bieten, bei Berathung der von Herrn Hauswaldt beantragten Erweiterung des Bürgerparkes auf die Frage zurückzukommen.

XXVI. Theilstat der Central-Friedhofs-Casse.

Der von dem Stadt-Magistrate der Versammlung zur Kenntnißnahme unterbreitete Etat der Central-Friedhofs-Casse für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1894 bietet nach dem Berichte des Herrn Wagner keine Veranlassung zu irgend welchen Bemängelungen, weshalb beantragt wird, denselben gutzuheißen, was geschieht.

Der Herr Vorsitzende schließt sodann die öffentliche Sitzung.

Dauer von 5 bis 7 $\frac{1}{4}$ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 11. Januar 1894.

Tagesordnung:

I. Der Stadthausbau	Seite 262
II. Anträge Müller und Peples: Revision des Statuts, betr. das Halten von Hunden und Vermehrung der Nachtwächterstellen	" 277
III. Antrag Ebeling: Ermäßigung der Kosten für Hausanschlüsse	" 279
IV. Antrag Hauswaldt: Weitere Förderung des Bürgerparks	" 281
V. Kosten für Abformung zweier Figuren des Altstadtathhauses	" 283
VI. Ueberweisung eines Legats an die Heine'sche Stiftung	" 284
VII. Kosten des Fußwegbelages an der Hufarenstraße	" 284
VIII. Plattenbelag auf verschiedenen Straßen	" 284
IX. Hundesteuererlaßgesuche	" 285
X. Verpachtung des Altstadt-Rathhauskellers etc.	" 285
XI. Lagerplatz am Westbahnhofe	" 287
XII. Jahresbericht über die Gas- und Wasserwerke für 1892/93	" 288
XIII. Wahl eines Stadtverordneten für Cassenrevisionen	" 288
XIV. Führung einzelner Arbeits- und Wirtschaftsrechnungen	" 288
XV. Baulinie am Reinhardshofe	" 289
XVI. Ausleihung eines Hypothekencapitals	" 289
XVII. Gasrohr am Bäckerflinte	" 290
XVIII. Ermietung von Büroräumen	" 290

XIX. Erwerb der Cammerfischerei in der Oker	Seite 290
XX. Erhöhung der Straße am Gaußberge.	" 291
XXI. Antrag G ü n t h e r: Bewilligung einer Summe für Nothstandsarbeiten	" 291
XXII. Besuch eines Einwohners um Uebernahme von Fußwegterrain	" 295

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer, Meyer, Sievers und von Frankenberg, Affessoren Reidemeyer und Floto, sowie Herr Stadtbaurath Winter.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und macht zunächst Mittheilung von dem Eingange eines Schreibens des hiesigen Meß- und Marktvereins, in welchem beantragt wird, den Leonhardplatz für die Zeit der Messen allabendlich beleuchten zu lassen, ferner wenigstens zwei Wasserleitungsstränge nach demselben zu führen und diese den Buden- und Zeltinhabern zur Wasserentnahme freizugeben, sowie endlich während der Meßtage den Leonhardplatz je nach Bedarf der Wohlthat der Besprengung mittelst Wasserwagen theilhaftig werden zu lassen. Da in dieser Sache der Magistrat zuerst zu entscheiden hat und demselben eine gleiche Eingabe zugegangen ist, so wird das Schreiben nach der bisherigen Gepflogenheit dem Magistrate überwiesen.

Sodann schreitet die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung.

I. Der Stadthausbau.

Nachdem schon in der Sitzung vom 30. April 1885 die allgemeinen Grundzüge für das Programm des Stadtverwaltungsgebäudes zwischen dem Magistrate und der Stadtverordneten-Versammlung vereinbart waren und darauf das Raumbedürfniß der in dem Neubau unterzubringenden Dienstzweige ermittelt, sowie der Bauplatz in der Sitzung vom 3. Juli 1890 festgelegt und der Grundriß des Bauplanes am 28. April 1892 genehmigt war, bewilligte die Versammlung zu der Ausschachtung des Grundes und zu den Fundamentierungsarbeiten in derselben Sitzung eine erste Baurate von 100 000 M. Gleichzeitig wurde der Magistrat, behufs der Beschlußfassung über die Gestaltung der äußeren Fassade, um Vorlegung von detaillirten Bauplänen und Kostenanschlägen ersucht. Während die städtische Bauverwaltung die Baukosten zuerst, unter Zugrundelegung einer Baufläche von 2495 qm und eines Einheitsfußes von 375 M, auf 936 000 M berechnete, erhöhte sich diese Summe durch Vermehrung der Zahl der in Aussicht genommenen Räume, also durch Vergrößerung der Baufläche auf 2666 qm, unter Beibehaltung desselben Einheitsfußes, jedoch unter Berücksichtigung der durch die Aufführung des Thurmes erwachsenden Mehrkosten auf 1 025 000 M. Die Versammlung lehnte indessen den auf dieser Grundlage ausgearbeiteten Entwurf des Bauplanes am 1. Juli 1891 unter eingehender Begründung ab, stimmte aber dem ihren Wünschen

entsprechend geänderten neuen Grundrisse, welcher den Erwerb einer Theilfläche des Borchers'schen Grundstückes am Langenhofe erforderte, und eine Baufläche von 3095 qm in Anspruch nahm, am 28. April 1892 zu. Nach dem vorliegenden neuen Bauplane sollten sich die Kosten bei einem gleichen Einheitspreise auf 1161000 M stellen, welche Summe jedoch mit Einschluß des projectirten Thurmbaues, einer reicheren ornamentalen Ausstattung zc. auf 1250000 M (d. s. 400 M pro qm) erhöht wurde. Bei der von der Versammlung gleichzeitig geforderten Ausarbeitung von detaillirten Bauplänen und Kostenanschlägen gelangte sodann die städtische Bauverwaltung zu einem neuen Entwurfe, der die Errichtung von Arkadenbauten vorsah und die Zahl der überzähligen Räume abermals vergrößerte, der aber auch die Baukosten um 44437 M erhöhte. Dieser neueste Entwurf wurde am 30. Juni 1892 unter dem Ausdrucke des Ersuchens genehmigt, daß bei Ausführung des Grundrisses ein Zurückschieben der südlichen Gebäudefront in Erwägung gezogen werden möchte. Der eine Berücksichtigung dieses Wunsches in sich schließende weitere Entwurf der städtischen Bauverwaltung, nach welchem die zu bebauende Grundfläche 3056,74 qm beträgt, fand am 2. Februar 1893 die Billigung der Versammlung, unter Vorbehalt der Entschließung über die Einzelheiten des Aufbaues. Bei Ausarbeitung des zuletzt vorgelegten, von Zeichnungen noch nicht begleiteten Kostenantrages hat die städtische Bauverwaltung eine Bauart zu Grunde gelegt, bei deren Wahl die Baukosten auf rund 2330000 M, allerdings mit der Erklärung veranschlagt werden, daß sich ohne allzu große Schädigung der Monumentalität des Gebäudes und ohne Beeinträchtigung der Dauerhaftigkeit desselben, eine Preisermäßigung von 470000 M erzielen lasse, so daß sich eine Bausumme von 1860000 M, d. i. bei einer Grundfläche von 3056,74 qm ein Einheitspreis für 1 qm bebauter Grundfläche zu 608 M ergeben würde.

Diesen verschiedenen Bauentwürfen und Preisberechnungen gegenüber hatte sich der Magistrat zu der Annahme berechtigt geglaubt, daß die Ausführung des Stadthausbaues, mit Einschluß der Kosten des neuerdings projectirten Thurmbaues, einen Kostenaufwand von 375—400 M für 1 qm bebauter Grundfläche erfordern werde, zumal sich die Baukosten des hiesigen Reichspostgebäudes auf 416 M, des Justizgebäudes auf 368,73 M, des Polizeigebäudes auf 310,53 M und des Finanzbehördenhauses voraussichtlich auf 418 M für 1 qm Baufläche belaufen. Diesen Kostenbeträgen gegenüber glaubt sich der Magistrat nach dem Schreiben vom 24. August 1893 überzeugt halten zu dürfen, daß der Stadthausbau nach dem festgestellten Grundrisse, wenn auch nöthigenfalls unter Fortlassung des Thurmbaues, für eine Summe von 1300000 M — d. s. für 1 qm 425 M — in würdiger Monumentalität auszuführen sei. Seiner Ansicht nach läßt sich die Aufwendung einer noch größeren Bausumme mit der Finanzlage der Stadt, die ohnehin bald eine stärkere Heranziehung der Steuerkraft nöthig machen werde,

nicht wohl vereinbaren. Der Antrag des Magistrates ging deshalb dahin, den Credit für die Kosten des Stadthausbaues im gegebenen Umfange auf 1300000 M festzustellen und die städtische Bauverwaltung zu beauftragen, einen durch Zeichnungen und Kostenzusammenstellungen dargestellten Bauentwurf unter Innehaltung dieses Credits auszuarbeiten.

Vor der Berathung dieser Vorlage nimmt Herr Oberbürgermeister Pockels das Wort zu folgenden Ausführungen. Seit der Einbringung der jetzt zur Berathung kommenden Vorlage vom 24. August v. Jrs. hat sich in der Ansicht des Magistrats über die Höhe der zur planmäßigen Ausführung des Stadthausbaues erforderlichen Geldsumme eine Wandlung vollzogen und der Magistrat hält es für angezeigt, der Versammlung vor Beginn der Berathung und zur besseren Orientirung über die von der Baucommission zu stellenden Anträge Mittheilung davon zu machen. Der Magistrat ist bekanntlich mit den geehrten Herren von Anfang der Verhandlungen über den Stadthausbau an davon ausgegangen, daß dieses Bauwerk bei seiner Bedeutung als Sitz und als Mittelpunkt der gesammten städtischen Verwaltung in einer architektonisch hervorragenden Gestalt errichtet werden müsse. Die städtische Bauverwaltung hatte danach bei Einreichung ihrer verschiedentlich abgeänderten Projectskizzen der Ansicht Raum gegeben, daß das werde erreicht werden können mit Aufwendung eines Einheitsfußes von 390 M für 1 qm, (zuzüglich der besonderen Kosten des Thurmbaues) und der Magistrat seinerseits fand keine Veranlassung, an der Zulänglichkeit dieses Fußes zu zweifeln, der ja eine gewisse Bestätigung fand in dem Aufwande für andere in dem letzten Jahrzehnt hier errichtete öffentliche Gebäude. Als nun die städtische Bauverwaltung im vorigen Sommer bei Einreichung des speciellen Kostenanschlages anstatt des früher geforderten Fußes von 390 M den unerwartet hohen Preis von 608 M für 1 qm als Mindestbedarf forderte, hielt sich der Magistrat einstweilen zu der Annahme berechtigt, daß das Stadthaus bei Vermeidung von übertriebenem Luxus, aber doch in würdiger Weise und ohne Beeinträchtigung seines Ansehens und seiner Solidität, wenn auch nicht für 390 M so doch für 425 M für 1 qm werde hergestellt werden können, und beantragte deshalb bei der Versammlung die Bewilligung einer Gesamtsumme von 1300000 M. Bei der darauf folgenden commissarischen Vorberathung des Anschlages wurden wir aber in unserer Ansicht über die Zulänglichkeit des Einheitsfußes von 425 M wankend; wir baten deshalb um Aufschub der Vorberathung und überlegten zunächst, ob es nicht gerathen sei, den hohen Anschlag einem dritten geeigneten Techniker zur Revision zu übergeben. Wir haben später geglaubt, hiervon Abstand nehmen zu sollen, haben vielmehr die städtische Bauverwaltung aufgefordert, ihrerseits den Anschlag noch einmal auf die Möglichkeit einer Herabminderung des Betrages genau zu prüfen, dieselbe auch gleichzeitig aufgefordert, uns zur besseren

Information eine ganz genaue, ins Einzelne gehende Beschreibung der Bauart zu liefern, die der Anschlag in Aussicht nehme.

Ueber das Resultat dieser Revision und die Stellung des Magistrats zu dem Ergebniß im Einzelnen wird der Herr Commissionsreferent noch nähere Mittheilung machen. Ich glaube mich für jetzt auf die Erklärung beschränken zu können, daß der Magistrat nach sorgfältiger genauer Prüfung der Einzelheiten der beabsichtigten Bauart und des Kostenanschlages jetzt allerdings die Bewilligung einer Bausumme von 1777 170 M für erforderlich erachtet. Es ist also herzlich wenig, was der Magistrat von dem Anschlage der städtischen Bauverwaltung abzustreichen gefunden hat.

Wenn ich die leidige finanzielle Entwicklung dieser Baugeschichte zusammenfassen darf, so möchte ich es in Folgendem thun. Erstens hat sich die städtische Bauverwaltung bei ihrer früheren Ueberschlagung der Baukosten in einem starken Irrthum befunden, den sie ja wohl, wenn sie eben soviel gerechnet hätte, wie sie hat zeichnen müssen, in solcher Stärke hätte vermeiden können, und der ihr und namentlich Herrn Baurath Winter in hohem Grade fatal ist, der aber immerhin entschuldbar ist in dem Umstande, daß es sich nur um eine ganz überschlägliche Beurtheilung des Kostenaufwandes handelte und zwar für ein Gebäude, welches so großartig ist, daß dabei der städtischen Bauverwaltung aus eigener Erfahrung ein Vergleichsobject am Orte vollständig fehlte. Zweitens sind die städtischen Behörden durch die vertrauende Hingabe an den früheren Anschlagsatz in eine Sackgasse gerathen. Die Fundirung des Baues ist ausgeführt; es ist also wohl an ein wesentlich verändertes und unseren nicht ganz niedrigen Ansprüchen genügendes Bauproject nicht zu denken. Ein Aufschub der Bauausführung auf bessere Zeiten, die doch wohl lange auf sich warten lassen möchten, ist ebenfalls nicht möglich, da die Unzulänglichkeit der Geschäftsräume von Tag zu Tage größere Mißstände heraufordert und die dringliche Nothwendigkeit zur alsbaldigen gründlichen Abhilfe zwingt. Wir werden uns deshalb wohl oder übel bereit finden lassen müssen, diejenige Bausumme, welche zu der von uns gewünschten planmäßigen Ausführung des Stadthausbaues nöthig ist, auch wirklich zu bewilligen. Leicht ist dem Magistrat der Entschluß nicht geworden, es handelt sich um die Mehraufwendung eines Baucapitals von einer halben Million Mark, oder um eine dauernde jährliche Mehrbelastung von rund 20000 M. Eine solche Summe würde allerdings, wenn sie für die Gesamtheit der laufenden Ausgaben sich berechnete und sich auf die Gesamtheit der Ausgaben vertheilte, nicht allzu schwer ins Gewicht fallen, aber für einen einzigen von den vielen Zwecken eine solche Mehrausgabe zu bewilligen, ist recht peinlich, da man zu besorgen hat, daß in Folge dieser Mehraufwendung für einen einzigen Zweck die Erfüllung anderer wichtiger Zwecke verschoben werden muß. Ich erkläre also nochmals, daß wir insoweit mit der Baucommission einver-

standen sind, als wir unsererseits zur planmäßigen Ausführung des Stadthauses für erforderlich erachten, eine Summe von 1777 170 oder rund 1 780 000 M zu bewilligen.

Namens der Baucommission nimmt sodann Herr U h d e das Wort, hervorhebend, daß er nach den ausführlichen Erörterungen des Herrn Oberbürgermeisters nur noch die bauliche Seite des vorliegenden Projectes recapituliren wolle. Die Allen bekannte Grundrißanlage stehe fest und auf den schon vorhandenen Fundamenten solle nun weiter gebaut werden. Zu dem ursprünglichen Voranschlage von 1 860 000 M habe die städt. Bauverwaltung auf Anweisung des Magistrates Zusätze und Absätze gemacht, über welche zu beschließen jetzt in der Hand der Versammlung liege. Aus diesen Zu- und Absätzen heraus habe sich dann die Summe gebildet, welche der Herr Oberbürgermeister namens des Magistrates mit 1 780 000 M zur Bewilligung in Vorschlag bringe. Das projectirte Gebäude solle abgesehen von den Treppenhäusern bestehen aus einem Keller und drei Stockwerken über einander mit den betr. Corridoren und einem spitzen Dache. Von Seiten der Baucommission sei nochmals reiflich überlegt, ob man dieses Profil in irgend einer Weise noch nutzbarer machen könnte, wie der Entwurf vorsehe und da sei man zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich wohl Einiges mit kleinen Aenderungen erreichen ließe, ohne den Kostenanschlag zu erhöhen. Was das Querprofil und zwar zunächst den Keller betreffe, so habe man denselben vom Kellerfußboden bis zum Fußboden des ersten Geschosses mit 3,20 m angenommen. Die Commission habe nun gemeint, wenn sich diese Zahl um vielleicht 50 cm erhöhen lasse, so könne man hinterher den Keller zu jeglicher Benutzung, welche ein Keller biete, herrichten und in Folge dessen eine bessere Benutzung wie bei der hier geplanten Höhe erzielen. Der Wunsch der Baucommission gehe nun dahin, den Fußboden des Erdgeschosses etwas zu erhöhen und die Höhe der sämtlichen drei Geschosse um so viel zu verringern, daß eine Erhöhung des Kostenanschlages und des Querschnittes vermieden werde. Ferner wünsche man in der Commission das Dach so construirt zu sehen, daß man auch den inneren Hohlraum desselben in geeigneter Weise zur Aufbewahrung von Acten u. dgl. benutzen könne. Zu diesem Zwecke und um außerdem eine größere Sicherheit gegen Feuergefahr, sowie eine bessere Solidität und eine einfachere Construction zu schaffen, schlage die Commission ferner mit 3 gegen 2 Stimmen vor, statt der projectirten Construction in Holz eine solche in Eisen ausführen zu lassen, was mit einem Mehraufwande von 16 500 M verbunden sein werde. Der Magistrat habe zu der Erhöhung des Kellers und zu der eisernen Dachconstruction seine Zustimmung noch nicht erklärt. Was die Ausführung des Gebäudes selbst anlange, so sei die ganze äußere Fagade in Quadern berechnet und auch die innere Fagade solle ebenso wie die Decken massiv werden, indem letztere eiserne Balken erhalten, auf welche eine

Betonschicht zu liegen komme. Auf diese gestampften Decken würde dann Linoleum gelegt, sodaß ein eigentlicher hölzerner Fußboden in das Gebäude nicht komme. Von dem Gesamtanschlage der städt. Bauverwaltung zu 1 860 000 M habe nun der Magistrat folgende Posten abgesetzt:

41 470 M für die Ausführung der äußeren Fagade des Gebäudes in Kalkstein aus Königsblutter gegenüber dem um so viel theureren Silsandsteine;

8 290 M für Kunststeine im Innern, denn es sei gewünscht, von dem Cementputz in den Höfen Abstand zu nehmen und die Fagaden dementsprechend zu vereinfachen, indem man entweder gebrannte Thonsteine oder gute Verblendsteine nehme, oder die Fagade so einrichte, daß man sie in Königsblutterschem Kalkstein, aber nicht in Guß ausführen könne;

12 155 M für die Herrichtung der Rinnen und Fallrohre in Zink anstatt in Blei, während für die Thürme die Bleibedachung beibehalten sei;

16 500 M für die Dachconstruction, welche nicht in Eisen, sondern in Holz hergerichtet werden solle;

32 140 M für Doppelfenster; zusammen also

110 555 M. Dagegen seien dem Anschlage zugelegt:

4 740 M für den Belag der Corridore mit Fliesen;

10 370 M für zwei Erkerthürme, deren Ersatz durch Risalite gegenüber der Burg Dankwarderode, namentlich auch in der langen Fagade nicht gefallen würde;

3 650 M für Fensterbrüstungen;

3 465 M für Ornamente an den Dachfirsten;

2 000 M für Einfriedigungen gegen die Nachbargrundstücke und

3 500 M für die Heizer- und Bedellenwohnung, zusammen also

27 725 M. Diese Summe von den vorhin aufgezählten Abstrichen zu 110 555 M subtrahirt, ergebe einen Mindervoranschlag von 82 830 M, sodaß die vom Magistrat in Vorschlag gebrachte Bausumme zu 1 777 170 M übrig bleibe. Diese Summe zu bewilligen, gebe die Commission mit der Maßgabe anheim, außerdem noch 16 500 M für den eisernen Dachstuhl der Summe zuzufügen. Wenn die Versammlung im Uebrigen mit den Commissionsvorschlägen einverstanden sei, brauche sie nur noch über diese 16 500 M sich zu entscheiden.

Herr Nieß will den Bericht noch dahin ergänzen, daß es der Stadtverwaltung unbenommen bleiben solle, Silsandstein zu verwenden, sofern es gelingen sollte, denselben für den Minderpreis von 41 000 M zu beschaffen. Was den Dachstuhl betreffe, so erkläre er sich auch hier gegen die eiserne Construction, da er nach seiner Erfahrung nicht überzeugt sei, daß ein eiserner Dachstuhl weniger Feuergefahr in sich schließe, als ein hölzerner, wohl aber mehr koste. Er habe selbst

gesehen, wie solche eisernen Träger sich bei entstandenem Feuer wie Schlingen zusammengekehrt und eine ganz colossale Gluth entfacht haben, sodaß die eisernen Theile eines Gebäudes nichts weniger als feuersicher und namentlich auch bei den Rettungsarbeiten viel hinderlicher seien, als hölzerne Träger. Wenn das Eisen absolut feuersicher wäre, müßten nothwendigerweise alle Dächer der öffentlichen Gebäude aus Eisen construirt werden, was hier aber nur bei dem Museum der Fall sei.

Herr U h d e ist sich durchaus nicht im Zweifel darüber, daß auch ein eiserner Dachstuhl verbrennen könne, wenn unter demselben genügendes Brennmaterial aufgehäuft sei. Da man aber das ganze Gebäude von Eisen und Stein bauen wolle, so solle man doch nicht unterlassen, auch das Dachgerüst in Eisen auszuführen. Wenn ein einzelnes Zimmer einmal anfangs zu brennen, so könne bei den massiven Decken doch noch lange nicht das ganze Gebäude in Brand gerathen; er bitte deshalb bei der geringen Feuersgefahr von Außen die 16 500 M mehr zu bewilligen.

Herr M e y e r h o f f schließt sich diesem Antrage aus dem Grunde an, weil sich in einer eisernen Dachconstruction der Raum anders ausnutzen lasse, als in einer hölzernen, denn bei der letzteren lasse sich in Folge der vielen Träger und Binder viel schwerer ein großer freier Raum herstellen.

Herr H a l l e ist der Ansicht, daß der Dachstuhl recht gut aus Holz gefertigt werden könne, zumal da in allen derartigen Gebäuden der Stadt auch Holz Verwendung gefunden habe und für das Dach gar keine Feuersgefahr vorliege, nachdem die sämmtlichen übrigen Theile des Gebäudes in Stein und Eisen gebaut seien. Was den Plan selbst anlange, so werde derselbe wohl oder übel angenommen werden müssen, nachdem die Fundamente in der Erde liegen und sich auch nicht auf bessere Zeiten hoffen lasse. Die Verantwortung für diesen kostspieligen Bau treffe diejenigen, welche die städtischen Behörden in diese unangenehme Lage gebracht haben, denn Magistrat und Stadtverordnete seien von jeher nicht gewillt gewesen, eine solche bedeutende Summe von 1 780 000 M für den Rathhausbau auszugeben, da dieselbe die finanziellen Kräfte der Stadt ganz bedeutend übersteige. Die Bewilligung dieser Summe möchte er aber davon abhängig machen, daß ein Rathskeller angelegt werde, um eine bessere Rentabilität zu erzielen. Man könne sich unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr auf den Standpunkt stellen, daß man im eigenen Hause allein wohnen wolle und werde hiervon wohl auch der Magistrat schon zurückgekommen sein. (Widerspruch.) Das Gegentheil würde er wegen der Verzinsung des Baucapitals sehr bedauern.

Herr Oberbürgermeister P o c e l s will wie in der Commission, so auch in der Versammlung erklären, daß der Magistrat auf den von der Commission gewünschten Ausbau des Dachgeschosses durch Verwendung einer Eisenconstruction keinen

Werth lege. Es werde ja allerdings hoffentlich früher oder später einmal der Zeitpunkt kommen, wo auch das jetzt projectirte Stadthaus zu eng würde. Aber wenn dieser Zeitpunkt eintrete, dann sei auch der Moment gekommen, wo die ganze Verwaltung decentralisirt werden müsse. Der Magistrat lege also keinen Werth darauf, daß man Raum unter dem Dache zugänglich mache, um nöthigenfalls hier Arbeitsräume anzulegen. Sollte sich der Ausbau des Dachstuhles ohne Vermehrung der Kosten ermöglichen lassen, so würde er nichts dagegen einzuwenden haben. Er glaube, daß dieser Ausbau sich auch in der Holzconstruktion ausführen lasse. Was die von der Commission gewünschte Erhöhung des Kellergeschosses anlange, so bitte er, daß der anwesende Herr Stadtbaurath Winter sich darüber ausspreche, ob dieses möglich sei ohne abermalige Erhöhung der Kosten und ohne wesentliche Beeinträchtigung der im Project festgestellten Fassade.

Herr Stadtbaurath Winter will nicht verkennen, daß die Construktion des Dachgerüstes in verschiedener Weise ausgeführt werden könne, entweder in Holz, theils so, daß man die einfachste Constructionsart wähle und auf die Freihaltung des Dachraumes keine Rücksicht nehme, theils so, daß nur ein Theil des Dachraumes davon in Anspruch genommen werde, oder aber, daß man eine leichtere Construktion in Eisen anwende, welche allerdings meist kostspieliger zu stehen komme. Deshalb sei er der Meinung, wenn man den Raum im Dache zu irgend welchen Zwecken ausnutzen wolle, man thue besser, das Dach in Eisen zu construiren. Dieses Material habe gegenüber dem Holz auch noch den Vorzug, daß es nicht so zusammentrockne und schwinde. Selbst bei der besten Pflege des Holzes könne man nicht vermeiden, daß ein Zusammentrocknen desselben stattfinde und in Folge dessen Senkungen eintreten an Stellen, wo man sie nicht gern habe. Namentlich im Anschluß an Mauern u. s. w., sowie neben den Schornsteinen seien derartige Senkungen unangenehm bemerkt worden. Wenn also der Dachraum zu irgend welchen Zwecken nutzbar gemacht werden solle, so werde auch eine leichtere Construktion in Eisen den Vorzug verdienen. — Was den anderen Punkt anbetreffe, nämlich die Ausbildung des Kellers dergestalt, daß derselbe nutzbar gemacht werden könne, so handle es sich dabei wesentlich um die Frage, zu welchen Zwecken dieses geschehen solle. Es sei zweifellos, daß man, wenn der Keller nach der Andeutung des Herrn Halle zu einem Rathskeller benutzt werden solle, auch diejenigen Vorkehrungen treffen müsse, welche ihn dazu geeignet machen; denn es sei durchaus nicht einerlei, ob der Keller zu einer Wirthschaft, oder zur Unterbringung von Lagerungsgegenständen dienen solle. Im ersteren Falle würde es erforderlich sein, daß man von der Straße aus Zugänge mache und Thüren nebst bequemen Treppen anlege, sowie daß man noch andere Vorkehrungen treffe und namentlich auch die Pfeiler, welche im gewöhnlichen Falle einfach aus Barmsteinen aufgeführt, in einem Wirthschaftslocale aber zu plump er-

scheinen würden, durch leichtere Säulen ersetze, also für den Keller eine ganz andere Ausführungsart wähle. Die fernere Frage, ob sich die Ausführung nach dieser Richtung hin mit denselben Mitteln dadurch beschaffen lasse, daß man die Höhe der einzelnen Stockwerke entsprechend einschränke, ohne den Querschnitt des Hauses zu verändern, glaube er verneinen zu müssen, indem er überzeugt sei, daß Aenderungen vorgenommen werden müssen, welche eine etwas erhöhte Kostensumme in Anspruch nehmen. Außer der Anlegung von Zugängen seien mit der Einrichtung eines Rathskellers auch noch Veränderungen in der Grundrißdisposition des Erdgeschosses verbunden, indem wegen der Höhe der Eingangsthür zum Keller dem darüberliegenden Raume des Erdgeschosses etwas verfügbarer Platz genommen werden müßte. Wenn auch die Mehraufwendung nicht bedeutend sein würde, so sei doch immerhin eine Aenderung des Planes erforderlich. Die Frage, ob eine Ersparniß in den einzelnen Geschossen thunlich und möglich sei, könne er im Augenblicke nicht beantworten, und bedürfe dieses noch einer weiteren Erwägung. An eine Vertiefung des Erdgeschosses um 50 cm sei nicht zu denken, weil der Grundwasserstand nur 37 cm unter der Kellersohle liege und man zur Erzielung einer Wasserdichtigkeit dann schon Isolirsichten anlegen müßte. Da die Stärke der Kellermauern bedeutender sei, als die der oberen Geschoßmauern, so werde die Ausführung einer höheren Kellermauer auch höhere Kosten verursachen, als man bei der Verringerung der Höhe der schwächeren Geschoßmauern erspare. Ohne eine Erhöhung der Kosten werde also die Ausführung der Kelleranlage voraussichtlich nicht thunlich sein.

Herr Nieß ist der Meinung, daß der Dachraum bei der Holzconstruktion genau so gut ausgenutzt werden könne, wie bei der Eisenconstruktion. Ueber die von dem Herrn Vorredner bezüglich der Eintrocknung zc. geltend gemachten Nachtheile der Holzconstruktion lasse sich streiten, da Nachbesserungen bei jeder Construktion nöthig seien und das Eisen sich mit der Temperatur verändere, sodaß auch dieses eine Undichtigkeit beim Mauerwerke aufkommen lassen könne. Die bei der Nuzbarmachung des Dachraumes nothwendige Verkleidung der Wände durch Putz sei bei keiner der beiden Construktionen zu vermeiden. — Die Baucommission habe bei ihrem, die Erhöhung des Kellers um 50 cm betreffenden Antrage angenommen, daß sich dieses ohne weitere Kosten werde ausführen lassen, weil das erste Obergeschoß bei 5,50 m Abmessung im Querdurchschnitt wohl 30 cm hergeben könne, ohne das Gebäude zu beeinträchtigen und die übrigen 20 cm sich auf die beiden anderen Stockwerke vertheilen lassen, wenn eine Vertiefung der Kellersohle nicht möglich sei. Die Thür nach Außen brauche nach der Ansicht der Commission vorläufig noch nicht gemacht zu werden, da diese Frage bei einer Bauzeit von 3—4 Jahren später entschieden werden könne. Durch die Erhöhung des Kellers um 50 cm solle die Möglichkeit geboten werden, denselben später vielleicht in eine Nuzung zu ziehen.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß nach den Ausführungen des Herrn Stadtbauraths Winter durch die Erhöhung des Kellers Mehrkosten entstehen werden, deren Höhe noch nicht zu übersehen sei, da man auch nicht wisse, ob sich die von der Baucommission gewünschte Einsparung der Erhöhung in den oberen Geschossen werde durchführen lassen. Es dürfte sich empfehlen, nicht eher einen dahingehenden Beschluß zu fassen, bis man die Höhe der entstehenden Kosten kenne, um nicht wieder einen Sprung ins Dunkle zu thun.

Herrn Günther erscheinen die geforderten Baukosten für eine Stadt wie Braunschweig nicht zu hoch, denn es solle ein Stadthaus für Jahrhunderte geschaffen werden. Wenn der erste Anschlag nicht so unnatürlich niedrig ausgefallen wäre, würde sich wohl Niemand über die Höhe der jetzt geforderten Baukosten gewundert haben. Die Befürchtung des Herrn Oberbürgermeisters, daß in Folge der hier erwarteten hohen Ausgabe vielleicht andere, nothwendige Sachen für eine längere Zeit hinausgeschoben werden müßten, theile er nicht, da sich an nothwendigen Sachen nichts werde aufschieben lassen. Einer Steuererhöhung werde so wie so nicht mehr lange aus dem Wege gegangen werden können und sei es daher sehr wohl denkbar, daß der Stadthausbau in Verbindung mit den übrigen Bauten, Erwerbungen und Einrichtungen, welche vor der Thür stehen, eine Steuererhöhung zu veranlassen vermöge. Man dürfe also der Bürgerschaft nicht weiß machen wollen, daß nur der Stadthausbau eine Steuererhöhung bringen werde. Im Gegensatz zu der Commission möchte er aber direct beantragen, in dem neuen Rathhauskeller sofort eine Restauration vorzusehen, weil hiermit einige bauliche Veränderungen in den anderen Geschossen verbunden sein könnten und es besser wäre, die nöthigen Anordnungen schon jetzt zu treffen. Wenn die Anlegung einer Eingangsthür an den Hauptfronten Schwierigkeiten machen sollte, so könnte man vielleicht den Eingang nach der Hofseite hin verlegen. Jedenfalls werde der Magistrat, wenn die Versammlung bei ihrem Entschlusse verharre, seine Weigerung schon im Interesse einer Beschleunigung des Baues aufgeben, denn auch die Traditionen weisen auf solche Einrichtung hin und sei es doch ein schöner Gedanke, in dem Rathskeller die Rathsherren bei dem altehrwürdigen Humpen sitzen zu sehen. Da Herr Stadtbaurath Winter schon einen Weg aus dem Dilemma finden und in der gesammten Bürgerschaft der Wunsch nach einem Rathhauskeller getheilt werde, so stelle er einen dahingehenden Antrag.

Herr Lange kann sich diesen Ausführungen nur anschließen und bedauert lebhaft die Erklärung des Herrn Stadtbauraths, daß die Einrichtung eines Rathskellers so viel Kosten und Umstände verursachen solle. Er gehe indessen nicht so weit, einen Rathskeller sofort eingerichtet zu sehen, sondern er wünsche nur die Möglichkeit offen zu halten, denselben zu jeder Zeit noch einrichten zu können. Die ganze Bürgerschaft wünsche einen Rathskeller zu haben, aus welchem Grunde er

seine Zustimmung zu den Baukosten nur unter der Bedingung geben werde, daß man den Vorbehalt mache. Wenn Herr Stadtbaurath Winter seine Bedenken hauptsächlich darauf gründe, daß der zu schaffende Eingang an der Fagadenseite bedeutende Aenderungen in dem Bauplane bedingen werde, so sehe er nicht ein, weshalb man denselben gerade an die Fagadenseite legen wolle. Der allergünstigste Platz hierfür sei die Verbindungsstraße zwischen dem Langenhofe und der Dankwardstraße, denn er wünsche gar nicht, von der Fagadenseite aus in den Keller zu gehen, sondern von der anderen Seite, der Twete aus (Heiterkeit), und da machen die Thüren keine Schwierigkeiten. Darum bitte er dringend, an der Erhöhung des Kellers festzuhalten.

Herr Wolff: Wenn man sich der stürmischen vertraulichen Sitzung erinnere, in der man sich zuletzt zur Berathung dieses Gegenstandes zusammengefunden habe, so werde Jeder mit Befremden die Thatfache empfinden, daß heute noch Niemand gegen die grundsätzliche Aenderung der Stadthauspläne das Wort genommen habe. Auch er wolle den kühnen Sprung von 1300 000 M auf 1780 000 M mitmachen, aber eben, wie verschiedene andere Herren, nur nothgedrungen. Man habe hierbei mit der Thatfache zu rechnen, daß die Fundamente des Neubaus schon aus der Erde herausgewachsen seien und der vorliegende Bauplan allgemeinen Beifall gefunden habe, während die minderen Projecte sich solcher Zustimmung nicht erfreuen. Die Versammlung stehe vor der Thatfache, entweder dieses, oder ein vollständig unbefriedigendes Project zu nehmen, weshalb sie nicht anders könne, als dem Magistratsvorschlage zuzustimmen, wenn sie ein anständiges Rathhaus haben wolle. Den unbefriedigenden und mißstimmenden Gründen der höheren Veranschlagung nachzuhängen, enthalte er sich, aber er möchte doch an diese Geschichte des Stadthausbaues erinnern und warnen, in solchen Angelegenheiten zu vertrauensfelig zu sein. Die Versammlung habe es an einer eigenen Prüfung fehlen lassen, wobei sie sich allerdings in guter Gesellschaft insofern befinde, als auch der Herr Oberbürgermeister für seinen Theil eine solche Erklärung abgegeben habe. Diese Nothlage müsse aber betont werden, damit nicht in der Bürgerschaft ein ungemessenes Erstaunen darüber Platz greife, daß, während in der Commission die heftigsten Kämpfe wegen des Stadthausbaues stattgefunden haben, in der Versammlung Alles in Friede und Freude zerfließe. In Bezug auf die Einzelheiten des Baues habe er als Laie die Empfindung, als ob bei der Wahl desjenigen Materials, aus welchem das Finanzgebäude hergestellt sei, nicht der dringend nothwendige Contrast hervorgerufen werden würde; er möchte daher bitten, den grünen Hilsandstein zu verwenden.

Herr Rieke will über die Bausumme nicht sprechen, da die Gründe für die ursprünglich zu geringe Veranschlagung schon genügend erörtert seien und man immer bedenken müsse, daß der städtischen Bauverwaltung ein geeignetes Vergleichs-

object in der Stadt gefehlt habe. Bezüglich der Dachconstruction habe er sich für Eisen entschieden, einmal, weil die Holzconstruction bei der Verwendung guten Holzes beinahe eben so theuer zu stehen kommen werde, wie die Eisenconstruction und dann auch, weil das ganze übrige Gebäude nur aus Eisen und Stein constructirt werden solle. In Preußen müsse ein jedes öffentliche Gebäude, welches zu mehr als 350000 M veranschlagt werde, eine Eisenconstruction erhalten, sodaß man auch hier darauf Rücksicht nehmen solle, zumal sich bei der Verwendung von Eisen viel leichter ein Raum schaffen lasse, wie bei Holz. Hinsichtlich des Kellers wolle er bemerken, daß es bei der dort auszuführenden Betonirung leicht sein müsse, noch 30 cm zu gewinnen und den Keller auf eine lichte Höhe von 3,20 m zu bringen. Uebrigens halte er auch eine Höhe von 3 m schon für vollständig ausreichend, weil andere Stadtkeller auch nicht höher seien und man vor anderen Städten nichts voraus zu haben brauche. Da die sämtlichen Umfassungsmauern in doppelter Isolirsicht hergestellt werden sollen und eine Betonirung der Kellersohle statffinde, so lasse sich auch bei weiterer Vertiefung der Sohle ein so trockener Kellerraum herstellen, daß man Acten in demselben aufbewahren könne, und auch die Wohnungen für den Bedell und den Heizer dort herzurichten seien. An der Bausumme wolle er nicht kritisiren, weil sich nichts mehr daran ändern lasse, wohl aber sei es nöthig, dieselbe nach Möglichkeit zu entlasten und das geschehe, wenn ein Rathskeller angelegt werde. Es sei außerdem auch an der Zeit, mit dem Baue endlich vorwärts zu kommen, da es an Arbeitsgelegenheit fehle und nach der Bewilligung der Bausumme schon manche Arbeiten vorgenommen werden könnten.

Herr Lange befürwortet, bestimmt auszusprechen, daß für die Bausumme von 1780000 M das Stadthaus nun auch fix und fertig hergestellt werden müsse und eine Nachbewilligung unter allen Umständen nicht statffinde.

Herr Rathe ersucht, von einer Höherlegung des Kellers abzugehen, weil dadurch der Bau nur noch weiter verzögert werde. Wenn er auch wisse, daß er sich hierbei im Widerspruche mit vielen seiner Mitbürger befinde, so halte er es doch für seine Pflicht, zu erklären, daß ein Rathhauskeller für ihn ein Ding der Unmöglichkeit insofern sei, als er sich gar nicht vorstellen könne, wohin man bei einem so erhabenen Gebäude den Eingang zu einer Kellerwirthschaft legen wolle, ohne die Fagade dadurch zu beeinträchtigen. Der Vorschlag, den Eingang nach dem Hofe oder der Seite hin zu verlegen, sei doch wohl nur ein Scherz, da Niemand wünschen werde, sich in den Keller schleichen zu können. (Widerspruch.) Es müßte vielmehr schon ein großartiger Eingang geschaffen und der Keller gut ausgestattet werden, wodurch man aber das ganze vorliegende Project umstoße und die Bauausführung noch weiter verschiebe. Aber auch mit Rücksicht auf die große Anzahl der sich kaum rentirenden Wirthschaften bitte er um Genehmigung des vorliegenden Projectes.

Herr Löschnitz bittet, die Bewilligung der Bausumme von dem Kellerbau abhängig zu machen, der sich mit verhältnißmäßig geringen Kosten ausführen lasse und den Stadthausbau auch nicht wesentlich mehr verzögere. Er möchte aber dringend warnen, von der Erhöhung abzugehen, da er solche Verantwortung nicht übernehmen könne und es als einen Fehler ansehen müsse, wenn man den Keller nicht auf solche Höhe bringe, daß er hinterher für Wirtschaftszwecke zu gebrauchen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Frage, ob ein Rathskeller eingerichtet werden solle, habe schon die frühere Versammlung bei Feststellung des Bauprogramms beschäftigt. Die Versammlung sei damals mit dem Magistrate damit einverstanden gewesen, daß ein Rathskeller nicht geschaffen werden solle. Der Magistrat stehe auch jetzt noch auf diesem Standpunkte. Es sei durchaus nichts dagegen zu erinnern, wenn der eine oder andere der Herren dem Wunsche Ausdruck gebe, daß auf Errichtung eines Rathskellers Bedacht genommen werde und es sei auch nichts entgegenzusetzen, wenn ein derartiger Antrag unterbreitet werde. Aufrecht gesagt halte er es aber nicht für ganz loyal, wenn heute die Bewilligung der Bausumme davon abhängig gemacht werde, daß man einen früheren Beschluß über den Haufen stoße. In Betreff der finanziellen Seite wolle er noch hervorheben, daß man früher in großen und kleinen, ja selbst den kleinsten Städten Rathskeller errichtet habe, was heute schon nicht mehr geschehe, denn er kenne viele Rathshäuser, die keinen Rathskeller haben. Ueber die durch die Einrichtung eines solchen entstehenden Kosten habe er kein Urtheil, aber als Laie sage er sich, daß der äußere Ausbau des Rathskellers noch lange nicht so hoch zu stehen komme, wie der innere. Wenn ein Rathskeller so fürstlich ausgestattet errichtet werden solle, wie in Wiesbaden, so könnte dazu wohl eine Summe von 100 000 M. gehören. In Berlin habe man von dem Rathskeller gute, die Verzinsung erleichternde Einnahmen gehabt, jedoch seien das vergangene Zeiten, denn jetzt sei der Keller in finanzieller Beziehung der Stadt nur zum Nachtheile und zur drückenden Last, welche man gern los sein möchte. Welch' ungeheurer Pachtpreis müßte hier wohl gefordert werden, um nur eine Verzinsung desjenigen Capitals zu erhalten, welches auf die Einrichtung des Kellers selbst verwendet werde, geschweige denn, wie sollte man da noch eine Rente für das übrige Baucapital mit erzielen. Das sei bei dem hiesigen geringen Fremdenverkehre unmöglich zu erwarten.

Herr Meyerhoff nimmt bezüglich der Würdigkeit eines Rathskellers einen dem Herrn Rathe entgegengesetzten Standpunkt ein. Die Städte Bremen, Lübeck, Magdeburg, Wiesbaden u. hätten sich Rathskeller in einer sehr exklusiven Art und Weise eingerichtet. Man brauche jetzt aber auch nur auszusprechen, daß die Höhe des Kellers eingehalten werden solle, während man den inneren Ausbau vielleicht einer späteren Zeit überlasse. Für einen großen Fehler würde er es aber halten,

den nachlebenden Geschlechtern den Weg zur Einrichtung eines Rathskellers zu verschließen. Wenn der Herr Oberbürgermeister meine, Braunschweig habe keinen Fremdenverkehr, um die Anlegung des Rathskellers rationell erscheinen zu lassen, so wolle er darauf erwidern, daß der heutige Fremdenverkehr gegen die Fremdenziffer vor 20 Jahren ein ganz bedeutender genannt werden müsse und man nicht wisse, wie die Sache in weiteren 20 Jahren liege.

Herr Uhde giebt nochmals eine Uebersicht über die Beschlüsse der Baucommission und bemerkt am Schlusse, daß die Commission vollständig loyal verfahren sei und sich mit Programmänderungen nicht befaßt habe.

Herr Alßmann will sich für die Errichtung eines Rathskellers aussprechen, aber nicht etwa, damit die Herren dort beim altherwürdigen Humpen sitzen und sich amüsiren können, sondern aus finanziellen Rücksichten, weil er glaube, daß der Stadt die Verzinsung des gesammten Baucapitals dann leichter falle. Eine erhebliche Verzögerung des Baues befürchte er nicht, da in diesem Winter doch nichts mehr daran geschehen werde. Wenn weiter geäußert sei, daß durch die aufkommende Pachtsumme kaum die Verzinsung der inneren Einrichtung gedeckt werde, so sei er der Meinung, daß sogar noch ein Theil der Baukosten des gesammten Stadthauses verzinst werde. Die Anlegung einer schönen Eingangsthür zu dem Keller an der Längsfront des Gebäudes würde seiner Meinung nach das Ansehen desselben nicht verschlechtern, sondern sogar verschönern. Die Absicht, die Eingangsthür nach der Hinterfront zu verlegen, liege wohl im Ernste nicht vor. Verkehrt erscheine es ihm, die Kellerräume jetzt nur so einzurichten, daß man vielleicht später eine Restauration in denselben anlegen könne, denn später müßte man, bei Durchführung dieses Planes, wieder viel Geld verpulvern, was man bei sofortiger Einrichtung des Rathskellers ersparen könne.

Herr Kimpau weist darauf hin, daß die frühere Stadtverordneten-Versammlung sich in ihrer Mehrheit gegen die Anlegung eines Rathskellers ausgesprochen habe, mit der Begründung, daß sich in der Stadt schon reichlich genug Gelegenheit finde, um seinen Durst zu stillen und sich zu restauriren, und es daher nicht nöthig sei, von Seiten der Stadt den einzelnen Restaurateuren, welche viel Geld angewandt haben, um ihre Räume den Ansprüchen gemäß herzurichten, noch Concurrency zu machen. Diese Gründe seien noch jetzt stichhaltig und sollte man daher endlich von der Einrichtung eines Rathskellers absehen. Der Rathskeller in Berlin, auf welchen der Herr Oberbürgermeister schon hingewiesen habe, sei ein schreckliches Ding und viel besser lasse sich ein solcher auch hier nicht einrichten. Auch den Rathskeller in Wiesbaden, der so schön sein solle, habe er sich angesehen, wenn man dort aber einmal auf den Hof des Rathshauses gehe und sich vergegenwärtige, daß die Herren vom Magistrate und die Beamten dort den ganzen Tag in dem Geruche von Taback, Cigarren und Beefsteak sitzen müssen, dann empöre

man sich über solche Einrichtung. Was den Kostenpunkt der Einrichtung betreffe, so könne allerdings die von der Baucommission gewünschte Erhöhung des Kellers nicht allzuviel kosten, aber man habe damit noch lange keinen Rathskeller. Wenn gesagt werde, die Bewilligung der Bausumme solle von der Genehmigung des Rathskellers abhängig gemacht werden, so halte er ein solches Vorgehen für sehr unloyal, weil sich das mit der Bausumme gar nicht ausführen lasse. Zu der inneren Einrichtung seien mindestens 100 000 M. nöthig, denn man könne die Pfeiler nicht so bestehen lassen, müsse auf höhere Fenster Bedacht nehmen, sowie auf die Einrichtung einer Ventilation, einer Küche, einer Wohnung für den Restaurateur, eines Abortes, eines Lagerraumes etc., auch koste die Decoration der Räume eine Menge Geld. Bei der Verpachtung würden aber höchstens 6000—8000 M. herauskommen, es könnte also nur eine mäßige Verzinsung stattfinden. Er bitte aus allen diesen Gründen sehr zu überlegen, ob man nicht bei dem früheren Beschlusse auf Verwerfung der Restauration stehen bleiben wolle.

Herr Bues will diesen Ausführungen gegenüberstellen, daß seiner festen Uezeugung nach der Rathskeller bei der geplanten Ausdehnung desselben eine Pachtsumme von 15000 M., also eine Verzinsung der Anlagelkosten in Höhe von 15 % aufbringen werde. Wenn sodann von dem Berliner Rathskeller gesagt werde, daß die Berliner denselben gern los werden möchten, so verstehe er das nicht. Der Keller bringe jetzt 22000 M. mehr Pacht ein, wie bei der ersten Verpachtung und der erste Pächter sei als Millionär herausgegangen, während der jetzige Pächter auch sehr gut darin zurechtkomme. Hoffentlich werde man in späterer Zeit dem Wirthshausleben wieder mehr zusprechen, als es jetzt von Oben herab gewünscht werde, sodaß der Rathskeller hier einen guten Verkehr erhalten müsse. Auch als Wirth sei er gegen die Anlegung des Kellers nicht eingenommen.

Herr Lange kann dem Vorredner nur zustimmen und dessen Ausführungen dahin ergänzen, daß der Rathskeller in Wiesbaden schon den zweiten Wirth habe, nachdem der erste Wirth nach kurzer Zeit als reicher Mann hinausgegangen sei und daß der jetzige Pächter einen höheren Pachtzins zahle. Unangenehme Gerüche habe er in dem Rathshofe nicht wahrgenommen, obwohl er sich das ganze Rathshaus mit seiner näheren Umgebung sehr genau angesehen habe. Er bitte um Genehmigung der beantragten Erhöhung des Kellers.

Herr Löschigt möchte sich dagegen verwahren, daß ein etwa von der Versammlung zu fassender Beschluß auf Erhöhung des Kellers unloyal sei. Früher habe man von der Versammlung für das Stadthaus 900 000 M. gefordert und jetzt sei diese Summe auf 1 780 000 M. erhöht worden, es werde also auch hier die Aenderung eines früheren Beschlusses vorgenommen, ohne daß man darin Loyalität finde. Wenn sich heute eine Mehrheit für den Rathskeller finde, so könne ein solcher Beschluß mit vollem Rechte gefaßt werden.

Herr Halle will ebenfalls bitten, nicht immer die Loyalität der Versammlung in Zweifel zu ziehen. Früher sei beschlossen, ein ganz anderes Rathshaus zu bauen, als heute, welches einen ganz erheblichen Theil weniger kosten sollte. Wenn man nun jetzt an die Bewilligung der höheren Summe die Bedingung knüpfe, daß der Keller etwas höher angelegt werden solle, so sei das ein ganz berechtigtes Verlangen. Seinen Antrag auf directe Forderung eines Rathskellers ziehe er zu Gunsten des Commissionsantrages zurück.

Herr Günt her möchte seinen Antrag, daß Restaurationsräume sofort vorgeesehen werden sollen, aufrecht halten. Die von ihm ferner angeregte Verlegung des Einganges zum Rathskeller nach der Hofseite sei ihm völlig ernst gewesen, denn es gebe immerhin viele Leute, die sich gern in eine Restauration hineinschleichen, wenn er sich selber auch nicht zu denen rechne. Der ganze Bau würde jedenfalls ein besseres Aussehen bekommen, wenn die unteren Geschosse größere Fenster erhielten und wenn zwei Haupteingänge zum Stadthause in der Hauptfront geschaffen würden.

Herr F ü d e l ist der Meinung, daß der Bau durch den Commissionsantrag doch wieder einige Verzögerung erfahren werde, denn die Kosten für die Einrichtung einer Restauration seien viel höher, als man jetzt glaube annehmen zu sollen. An die Commission möchte er die Frage richten, ob sie sich bei Stellung ihres Antrages wohl klar geworden sei, daß die Kosten der Einrichtung des Rathskellers die zur Bewilligung stehende Bau summe erheblich überschreiten würde.

Die Verhandlung wird darauf geschlossen und nach einer kurzen Besprechung der Fragestellung zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag, die Bewilligung der Bau summe von 1780 000 M an die Bedingung zu knüpfen, daß sofort die Einrichtung eines Rathskellers bei Ausführung des Baues in Aussicht genommen werde, wird gegen 8 Stimmen abgelehnt. Dagegen gelangt der Antrag, diese Bau summe unter der Bedingung zu bewilligen, daß die lichte Höhe des Kellers auf 3,2 m gebracht werde, mit großer Mehrheit zur Annahme. Der fernere Antrag, für das Dach die Eisen construction zu wählen und im Dachgeschosse größere Hohlräume anzulegen, sowie hierfür eine weitere Ausgabe von 16 500 M zu bewilligen, wird gleichfalls angenommen. Damit sind alle weiteren Anträge hinfällig geworden.

II. Anträge Müller und P e p l i e s: Revision des Statuts, betr. das Halten von Hunden und Vermehrung der Nachtwächterstellen.

Namens der Statutencommission berichtet über diese in der letzten Sitzung gestellten Anträge (Seite 256 und 257 des Berichts) Herr W o l f f: Was zunächst den Antrag betreffe, alle diejenigen Hunde von der Steuer freizulassen, welche Einwohnern gehören, deren Gehöfte den Schutz der Wächter entbehren, so werde von

dem Antragsteller eine Bestimmung kritisiert, die erst nach reiflicher Erwägung eingeführt sei. Bei Einführung des neuen Statuts und bei Beseitigung der bisherigen Freiheit der sogenannten Schutzhunde habe man erwogen, daß die Frage, welche Gehöfte einen Schutz bedürfen, eine so außerordentlich schwierige sei, daß eine volle Gerechtigkeit nicht Platz greifen könne. Eine Anzahl von darauf bezüglichen Klagen sei sodann mit die Veranlassung gewesen, diese Bestimmung abzuschaffen. Es sei hervorgehoben, daß nicht nur einsam vor den Thoren wohnende Leute eines Schutzhundes bedürfen, sondern daß die Lage einzelner Grundstücke mitten in der Stadt einen Schutzhund erforderlich machen können. In Rücksicht hierauf empfehle die Commission, diesen Theil des Antrages abzulehnen. Man sei in der Commission der Meinung gewesen, daß dem Mangel nächtlichen Schutzes nur durch den Antrag Replies abgeholfen werden könne. Der Magistrat habe indessen die Erklärung abgegeben, daß er die Ausdehnung des Nachtwächterschutzes binnen Kurzem in weitere Erwägung nehmen werde und habe sich der Antragsteller in Folge dieser Erklärung veranlaßt gesehen, vorläufig auf eine weitere Beschlußfassung zu verzichten, vorbehaltlich des Rechtes, den Antrag jederzeit wieder aufzunehmen. Der Antrag Replies falle demnach aus. Die übrigen Anträge des Herrn Müller könnten von der Commission ebenfalls nicht befürwortet werden. Bei diesem ablehnenden Standpunkte der Commission sei wesentlich die Erwägung maßgebend gewesen, daß die Abgabe für das Halten von Hunden ein organischer Bestandtheil des Verwaltungsstatuts geworden sei und man dringend warnen müsse, solche organischen Einrichtungen ohne zwingende Nothwendigkeit sofort wieder abzuschaffen. Ueber verschiedene Einrichtungen und Vorschriften des Hundestatuts könne man getheilter Ansicht sein, man könne z. B. eine Hundesteuer von 6 M und von 15 M für angemessen halten, wenn aber erst einmal ein Statut darüber erlassen sei, so dürften die früheren Zweckmäßigkeitsbetrachtungen nicht gestatten, sofort wieder eine Aenderung herbeizuführen. Anders liege die Sache bei nothwendigen Aenderungen. Die Commission müsse aber mit Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß die sämmtlichen Anträge des Herrn Müller nur in das Bereich der Zweckmäßigkeit gehören. Die Hundesteuer werde als eine Luxussteuer wesentlich in der jetzigen Form erhoben, um die Verwaltung derselben möglichst einfach zu gestalten, wie auch die Jagdscheine für jedes, auch das angebrochene Jahr voll zur Erhebung gelangen. Wenn nun wirklich Jemand sich einen Hund mitten im Jahre anschaffe, so werde doch die volle Jahressteuer nur ein einziges Mal für den Theil eines Jahres erhoben. Außerdem komme auch die gelöste Hundemarke mit zur Uebertragung, wenn der Hund innerhalb der Stadt verkauft werde. Sollte indessen die Steuer auch für Theile des Jahres zur Erhebung gelangen, so sei hiermit eine große Arbeitslast für die theilhaftigen Behörden verbunden. Alle diese Erwägungen haben zu dem Ergebniss geführt, daß

man über die Zweckmäßigkeit der geplanten Aenderungen streiten könne, die Versammlung das Statut aber unter keinen Umständen schon wieder ändern dürfe. Ganz besonders sei die Commission der Ansicht, daß die bisherige Bestimmung, nach welcher Hundemarken bei dem Verkaufe übertragen werden können, den Vorzug vor der hier beantragten Aenderung, nach welcher man auf dieselbe Marke einen anderen Hund halten dürfe, verdiene. Die Commission empfehle also die Ablehnung der sämtlichen Müllerschen Anträge.

Herr Müller bemerkt, daß der Grund, die Statuten seien noch zu jung, ihn nicht abhalten könne, augenfällige Schwächen derselben zu beiseitigen. Die Statuten seien kein Evangelium und es müßten sich Reichstag und Landtag gefallen lassen, wenn an neueren Gesetzen gerüttelt werde. Namentlich den §§. 64 und 65 fehle es an ausgleichender Gerechtigkeit insofern, als der Besitzer eines Hundes die volle Jahressteuer bezahlen müsse, auch wenn er den Hund erst im Laufe des Jahres angeschafft habe und er auch nichts von der Steuer zurückfordern könne, sofern der Hund vor Ablauf des Jahres abgeschafft werde. Die Unzufriedenheit der Bürgerschaft sei hierüber ziemlich groß. Wenn der Magistrat die Versicherung gegeben habe, daß das Nachwachswesen verändert und sämtliche bebauten Straßen demnächst von Wachen begangen werden sollen, so bleiben doch immer noch die freiliegenden Gehöfte über, deren Eigenthümer als Bürger der hiesigen Stadt ihre Steuern bezahlen und deshalb neben diesen Bürgerpflichten auch Bürgerrechte haben müßten. Die Statuten haben in dieser Richtung nicht das Rechte getroffen und müßten entsprechend geändert werden. Es sei auch kein Vergnügen, die vielen in dieser Richtung einlaufenden Gesuche immer im ablehnenden Sinne behandeln zu müssen, wenn man sich selbst im Widerspruche mit den betr. Statutbestimmungen befinde. Die Berücksichtigung dieser Aenderung werde für die Stadt kein großes Object sein, dem einzelnen Bürger aber eine Erleichterung bieten. Er bitte deshalb um Annahme dieser beiden, die §§. 64 und 65 abändernden Anträge und bemerke, daß er die Aenderung zu §. 69 zurückziehen wolle, da er nach nochmaliger Prüfung die jetzige Fassung des Statuts doch für besser halte.

Die Versammlung lehnt darauf die beantragte Aenderung zu §. 64 — Theilsteuer für im Laufe des Jahres an- oder abgeschaffte Hunde — ab, genehmigt dagegen die Ergänzung des §. 65 — Freilassung von Wachhunden, welche Einwohnern gehören, deren Gehöfte den Schutz der Wächter entbehren —, womit der Gegenstand erledigt ist.

III. Antrag Ebeling: Ermäßigung der Kosten für Hausanschlüsse.

Die Finanzcommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Födel mit der Verwaltung der Wasserwerke wegen der Behauptungen des in der vorigen Sitzung

gestellten Antrages (Seite 258 des Berichts) in Verbindung gesetzt und darüber Folgendes erfahren. Bei der Errichtung des Privateinrichtungscontos sei von der städtischen Verwaltung der Beschluß gefaßt, daß durch die neue Einrichtung den Privatbetrieben insofern keine Concurrenz geschaffen werden solle, als man diese Betriebe nicht durch Stellung billiger Preise unmöglich machen, vielmehr mit einem Nutzen von 20 % arbeiten wolle. Wenn behauptet werde, daß der Nutzen der Stadt bei diesem Geschäft zu hoch sei, so könne dazu bemerkt werden, daß dieser Nutzen von 18,4 % im Jahre 1884 nur auf 23,6 % im lehtabgeschlossenen Rechnungsjahre gestiegen sei. Das komme einmal von der erheblichen Ausdehnung des Geschäftes, dann aber auch von dem Umstande, daß während der ganzen Zeit die Generalkosten, welche sonst bei jedem Betriebe in Anrechnung kommen müssen, hier außer Ansatz geblieben seien. Es betragen beispielsweise die Gehälter der Beamten, welche lediglich für diesen Zweck arbeiten, 10 150 M, außerdem sei für die obere Leitung dieses Geschäftszweiges ein Drittel von dem Gehalte des Directors, des Bureau-Vorstehers, des Cassirers und eines Schreibers mit 5 350 M anzurechnen; dazu treten 4000 M als Zinsen des Betriebsfonds von 100 000 M, sowie an Mithen für Werkstätten, Bureaus und Lagerräume 2500 M. Mit hin habe man rund 22 000 M jährlicher Generalkosten von dem erzielten Nutzen noch abzusetzen, wodurch sich der thatsächliche Nutzen auf ungefähr 16 % ermäßige. Wenn das Wasserwerk aber mit einem noch geringeren Nutzen arbeiten solle, so werde der Erfolg sein, daß alle derartigen Ausführungen dem Wasserwerke zugehen würden und jeder Privatbetrieb ausgeschlossen sei. Thatsächlich haben in den Jahren regerer Bauhätigkeit eine ganze Anzahl Maurermeister derartige Arbeiten, welche sie selbst hätten ausführen können, von dem Wasserwerke machen lassen, weil sie dadurch die Arbeiten billiger und besser erhalten haben. Ein Vergleich mit den entsprechenden Sätzen anderer Städte, z. B. Berlin, sowie mit den Rechnungen von Privatunternehmern ergebe, daß die hiesige Stadt immer noch billiger arbeite als diese. Wenn dem Antragsteller ein besonderer Fall vorgeschwebt habe, in welchem zu hohe Summen eingestellt seien, so lasse sich das nicht ohne Vorlegung der Rechnungen prüfen. Auch müsse berücksichtigt werden, daß stets Durchschnittssätze zur Einstellung gelangen und es wohl einmal vorkommen könne, daß bei günstigen Boden- und Witterungsverhältnissen diese Sätze etwas hoch erscheinen. Die Finanzcommission habe nun die Verwaltung des Gas- und Wasserwerks ersucht, die jetzigen Ansätze einer nochmaligen Prüfung zu unterwerfen, womit sich der Antragsteller für befriedigt erklärt habe. Von der Commission sei es für nothwendig erachtet, diese Darlegungen zu machen, um die in der Bürgerschaft hier und da vertretene Meinung, daß die Stadt aus dem Privat-Einrichtungs-geschäfte einen unverhältnißmäßig hohen Nutzen ziehe, zu widerlegen.

Der Punkt hat damit seine Erledigung gefunden.

IV. Antrag Hauswaldt: Weitere Förderung des Bürgerparks.

Wie Herr Jüdel berichtet, hat sich die Finanzcommission im Allgemeinen auf den Standpunkt des Antragstellers (Seite 254 des Berichts) gestellt, daß es nämlich dringend wünschenswerth erscheine, eine bestimmte Summe in den Haushaltsplan einzustellen, um eine Fortführung der Arbeiten im Bürgerparke zu ermöglichen. Es liege der dringende Wunsch vor, den bereits ausgehobenen Teich fertigzustellen und einen Weg auf dem rechten Ufer der Oker nach der Militairbadeanstalt zu schaffen, um die dort vorhandenen Mißstände aus dem Wege zu räumen. Wenn sich auch die Finanzcommission sehr wohl bewußt gewesen sei, daß die Finanzlage der Stadt die größte Sparsamkeit verlange, sofern nicht bald eine Steuererhöhung eintrete, so sei doch die hier vorliegende Sache von so großer Wichtigkeit für die ganze Bürgerschaft, daß man nicht zu engherzig sein dürfe. Die Commission beantrage daher, den Magistrat zu ersuchen, in den nächstjährigen Etat die Summe von 12000 M für den fraglichen Zweck einzustellen.

Herr Günther hat bei Stellung des Antrages geglaubt, daß die Ausführung des Parkes alsbald in Aussicht genommen werden sollte, um für den Winter Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Da er sich in dieser Annahme getäuscht sehe, so beantrage er, sofort die Summe von 12000 M zur Fortsetzung der Arbeiten im Bürgerparke dem Magistrate zu überweisen und denselben zu ersuchen, diese Arbeiten aufnehmen zu lassen, sofern die Arbeitslosigkeit bei dem strengen Winter fortbauern sollte.

Herr Bues möchte empfehlen, den ursprünglichen Hauswaldt'schen Antrag auf Bewilligung von 25000 M zu dem fraglichen Zwecke zu genehmigen. Wer die Mißstände in dem neuen Bürgerparke täglich beobachte, der werde den lebhaften Wunsch auf Abstellung derselben haben. Möge die Lage der Stadt z. B. eine mißliche sein, die Lage der Hausbesitzer an der Wolfenbüttlerstraße sei eine noch viel mißlichere, denn in jedem Hause würden Wohnungen gekündigt, weil die Leute dort wegen des Staubes und Dreckes nicht wohnen können. Es müßte deshalb bald gründliche Abhülfe geschaffen werden.

Herr Stadtrath Ketemeyer ist der Ansicht, daß der Günther'sche Antrag nichts helfen könne. Wenn auch die Teiche noch nicht vollständig ausgehoben seien, so lasse sich an denselben z. B. doch nichts machen, weil sie erst ausgepumpt werden müßten und dieses eine ganz erhebliche Summe Geldes kosten würde, welche sich ersparen lasse. Die Hauptsache bei der Fertigstellung der Teiche liege auch nicht in der Aushebung des letzten Theiles derselben, sondern in der Fortschaffung der alten Baumstümpfe, welche Arbeit sich im Winter gar nicht ausführen lasse, da die Leute im Wasser arbeiten müßten. Beim besten Willen lasse sich der Park nicht schneller fertigstellen, weil es an Erdboden fehle. Da man nicht

von einem Berge in der Nähe Boden anfahren lassen könne, so müsse man warten, bis der Park durch den Schutt und Unrath, welcher aus der Stadt angefahren werde, eine genügende Erhöhung bekomme. Ein Umräjohlen des Erdbodens sei auch nicht angebracht, weil das Terrain noch nicht hoch genug sei und der Boden zur Vermeidung späterer Senkungen eine gewisse Zeit liegen müsse. Aus dem gleichen Grunde empfehle er auch, den Antrag Bues abzulehnen. Im nächsten Sommer lasse sich an dem Parke weiter nichts machen, als daß die Fuhrleute durch ein Trinkgeld veranlaßt werden, den Schutt dort abzuladen. Die beiden von Herrn Hauswaldt in seiner Noth zur Begründung des Antrages herausgegriffenen Positionen der Fertigstellung des Teiches und des Weges zur Badeanstalt lassen sich in der eben geschilderten Weise wohl durchführen, wenn auch der bezeichnete Weg mit dem Bürgerparke eigentlich nichts zu thun habe.

Herr Hauswaldt bemerkt, daß sein Antrag mit der Winterarbeit für Arbeitslose gar nichts zu thun habe. Die im vorigen Winter dort ausgeführte Wasserarbeit könne man auch einem arbeitslosen Manne im Winter nicht zumuthen, und habe er in seinem Armenbezirke Gelegenheit gehabt, die Folgen dieser Arbeit im Rheumatismus zu sehen. Die beiden Zwecke seien also vollständig von einander zu trennen. Der Parkdeputation müsse aber etwas Geld zur Verfügung gestellt werden, sonst könne sie gar nichts schaffen und nicht einmal ein Trinkgeld für die Fuhrleute aussetzen. Mit der von der Commission in Vorschlag gebrachten Summe sei er als Mitglied der Parkdeputation schon zufrieden, selbst wenn der Magistrat diese Summe noch etwas herabsetze. Im Uebrigen habe er sich mit der Begründung seines Antrages in der Commission nicht in Noth befunden, sondern nur einige concrete Fälle anführen wollen. Sollte es möglich sein, noch mehr als 12 000 M bewilligt zu erhalten, so würde ihm dieses sehr angenehm sein, jedoch erkläre er sich auch schon mit dieser Summe zufrieden.

Herr Meyerhoff möchte auf den Uebelstand hinweisen, daß der Bürgerpark nicht einmal den in der Stadt gesammelten Kehrriecht erhalte, sondern die Straßenreinigungs-Deputation denselben für 25 M das Fuder an andere Leute verkaufe, welche damit düngen. Das gehe unter den vorliegenden Verhältnissen nicht an. Wenn sich nach den Aeußerungen des Herrn Bues die Leute dem „bösen Hunde“ gegenüber durch Staub belästigt fühlen, so sei solche Belästigung an der Broißgernerstraße, welche überhaupt eine der schlechtesten Straßen der Stadt sei, noch viel schlimmer. Er möchte bitten, wenigstens den eigenen Straßenkehrriecht nicht zu verkaufen.

Herr Stadtrath Netemeyer erwidert, daß die Deputation den Hauskehrriecht nur in der Zeit — und zwar für 30 M das Fuder — verkauft habe, als die für den Park noch nicht in Benutzung genommenen Wiesen mit Gras oder Heu

bestanden seien und der Kehrriecht beim besten Willen in deren Nachbarschaft nicht habe abgelagert werden können.

Herr Günther ist der Meinung, daß dem Magistrate auf jeden Fall eine größere Summe zur Verfügung gestellt werden müsse, damit derselbe in der Lage sei, bei dem Eintritt einer größeren Arbeitslosigkeit Verlegenheiten vorzubeugen. Auch die Beschaffung von Steinen zum Zerkleinern erfordere Mittel; er halte darum seinen Antrag aufrecht.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß es nicht zulässig sei, bei Berathung dieses Punktes einen Antrag auf Bewilligung von Geldmitteln zum Ankauf von Steinen zu stellen und es Herrn Günther überlassen bleiben müsse, einen besonderen Antrag einzubringen.

Herr Bültemann I bemerkt, die Inhaber der Wiesen brauchten sich nicht gefallen zu lassen, daß man ihnen die Wiesen verstäube, wenn sie gemäht werden sollen. Es könne nur dankbar anerkannt werden, daß die Straßenreinigungs-Deputation während dieser Zeit den Straßenkehrriecht für 30 \mathcal{A} das Fuder verkauft habe.

Herr Meyerhoff muß dieser Angabe widersprechen. Der Kehrriecht sei dem Deconom Essen nach der Aberndtung der Felder von Rüben und Eichorien zugefahren, zu welcher Zeit keine Wiesen mehr gemäht zu werden pflegen. (Rufe: Grummet.)

Herr Bues möchte bitten, zur Verhinderung der furchtbaren Stauberzeugung etwas Mutterboden mit in die Wiesen fahren zu lassen. Das sei sehr gut durchführbar, wenn nicht das Canalbauamt dem Schachtmeister die Verwendung des gewonnenen Bodens freistelle und Letzterer denselben mit 2,50 \mathcal{M} das Fuder verkaufe. Wenn der Mann 118 Fuder Boden zu diesem Preise verkaufen und ein so gewaltiges Geschäft damit machen könne, so sei es kein Wunder, daß der Bürgerpart nichts davon abbekomme.

Die Versammlung beschließt darauf, den Magistrat zu ersuchen, in den nächsten Haushaltsplan 25000 \mathcal{M} zur Förderung der Arbeiten im Bürgerparke einzustellen.

V. Kosten für Abformung zweier Figuren des Altstadttrathhauses.

Das Directorium des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihm die Abgüsse zweier Figuren des Altstadttrathhauses für die Sammlung einer Geschichte der deutschen Plastik zu stiften. Der Magistrat beantragt, die Abformung zweier Figuren zu genehmigen und zu dem Zwecke eine Summe bis zu 312 \mathcal{M} zu verwilligen.

Wie Herr Rudeloff berichtet, ist die Statutencommission bei der Bedeutung des Germanischen Museums als nationalen Unternehmens mit dem Magistrate der Ansicht, daß die Stadt sich dieser Bitte nicht entziehen könne, zumal da einige

Stücke des Altstadttrathhauses in einer solchen Sammlung nicht fehlen dürfen und es auch eine Ehre für die Stadt sei, wenn sie mit ihrer mittelalterlichen Kunst an der Stelle vertreten werde.

Die Vorlage wird angenommen.

VI. Ueberweisung eines Legats an die Heine'sche Stiftung.

Das verstorbene Ehepaar Gellertshof hat der Stadt Braunschweig die Summe von 600 M mit der Bestimmung vermacht, daß die jährlichen Zinsen von dem Magistrate an einen älteren, ohne sein Verschulden verarmten Mann ausgehändigt werden. Die Erblasser hatten auch nichts dagegen, wenn diese 600 M zu der Heine'schen Stiftung für arme alte Männer der Magnisgemeinde geschlagen und die Zinsen mit den Zinsen dieser Stiftung vertheilt werden. Der Magistrat hält es für zweckmäßig, das Legat der Heine'schen Stiftung zu überweisen und ersucht um entsprechende Ermächtigung.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Brückmann berichtet, wird die Ermächtigung ausgesprochen.

VII. Kosten des Fußwegbelages an der Husarenstraße.

Die Kosten des Plattenbelages auf dem nördlichen Fußwege der Husarenstraße stellen sich auf 9,68 M für das laufende Meter. Der Magistrat ersucht um Feststellung dieser Kosten in der angegebenen Höhe,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültemann I berichtet, geschieht.

VIII. Plattenbelag auf verschiedenen Straßen.

Die im vorigen Jahre beschlossene Belegung der Fußwege verschiedener Ortsstraßen mit Platten ist ausgeführt bis auf einige Straßen, deren Belegung hat verschoben werden müssen, weil das Plattenmaterial in ausreichender Menge nicht zu beschaffen war. Es sind dieses die Sidonien-, Sophien- (südl. Fußweg), Parkstraße und Neue Promenade am Exercierplatze. Der Magistrat bringt in Vorschlag, außer diesen noch die Fußwege folgender Straßen im kommenden Jahre mit Platten zu belegen. Campestraße zw. Wolfenbüttler- und Adolfsstraße, Ottmerstraße, Adolfsstraße zw. Leonhard- und Campestraße, Salz- dahlumerstraße zw. Campe- und Leisewitz- bezw. Autorstraße, Kastanienallee zw. Helmstedterstraße und Altwiekring, Bültenweg, Ostseite zw. Exercierplatz und Nordgrenze des Grundstücks M. ass. 3752, Spielmannstraße, Geysostraße und Bammelsburgerstraße in einer Gesamtlänge von 4235 m.

Die Baucommission giebt durch Herrn Rieke anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Rath e möchte fragen, ob es nicht angängig sei, auch Sollinger Platten mit zu dem Fußwegbelage zu verwenden, da diese billiger und ebenso haltbar wie die Frankfurter Cementplatten sein sollen.

Herr Meyerhoff bittet, bei Belegung der Neuen Promenade und der Geystraße auch die Strecke an den Kirchhöfen mit zu berücksichtigen, damit nicht eine Lücke bleibe.

Herr Stadtrath Netemeyer glaubt, daß auch diese Strecke mit vorgesehen sei. Sollinger Platten zu verwenden, empfehle sich nicht, da dieselben sehr weich und ziemlich ebenso theuer wie die Cementplatten seien.

Herr Lange warnt vor der Verwendung von Sollinger Platten, welche entzwei frieren und das schlechteste Material seien, was man sich denken könne.

Die Vorlage wird genehmigt.

IX. Hundesteuererlaßgesuche.

Wie Herr Müller berichtet, liegen fünf Gesuche hiesiger Einwohner um Erlass der Hundesteuer vor, bei denen es sich in drei Fällen um Wachhunde und in zwei Fällen um Ziehunde handle. Der seitherigen Praxis gemäß beantrage er, die drei Gesuche um Freilassung von Wachhunden abzulehnen, dagegen von den beiden Gesuchen um Freigabe von Ziehunden ein Gesuch zu genehmigen, das andere aber abzulehnen, weil der Eingebor Blanke als bedürftig nicht anzusehen sei.

Herr Kieke will das Gesuch um Freilassung des Schnelle'schen Wachhundes befürworten. Der Maurer Schnelle wohne an der Kälberwiese, welche von einem Nachtwächter nicht begangen werde. In solchem Falle empfehle es sich, einen Mittelweg zu finden und den Leuten vielleicht nur die Hälfte der Steuer abzunehmen. Dagegen könne die Steuer bei Leuten, welche mit ihren großen Hunden die Promenaden unsicher machen und ruiniren, nicht hoch genug bemessen werden. Ob sich die Nachtwächterfrage so schnell werde regeln lassen, wie vorhin erwähnt worden, bezweifle er schon deshalb, weil dabei zwei Behörden mitzuwirken haben.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß bei Genehmigung des Schnelle'schen Gesuches den übrigen vielen Reclamanten Unrecht gethan sei.

Die Gesuche werden nach dem Antrage des Herrn Berichterstatters erledigt.

X. Verpachtung des Altstadt-Rathhauskellers etc.

In Veranlassung eines Antrages der Versammlung vom 22. Juni 1893 ist der Magistrat wegen angemessener Erhöhung des bisherigen Pachtgeldes für die zu öffentlichen Zwecken nicht benutzten Theile des Altstadt-Rathhauses mit der Firma R. Rittmeyer & Co. in Verhandlung getreten. Das bisherige Pachtgeld beträgt jährlich 3100 M. Die Forderung des Magistrates, dieses Pachtgeld vom 1. Januar

1895 ab auf 4500 M zu erhöhen, ist von der Pächterin mit der Maßgabe angenommen, daß der Pachtvertrag sodann gleich auf zehn Jahre abgeschlossen werde und die nothwendige Instandsetzung der Fenster, Thüren, Thorwege zc. erfolge. Der Magistrat kann nur empfehlen, auf beide Bedingungen einzugehen und zu der nothwendigen Instandsetzung des Gebäudes 4750 M zu bewilligen, von welcher Summe indessen 900 M erst im Jahre 1895 aufgewendet zu werden brauchen. Ferner wird magistratsseitig empfohlen, den Pachtvertrag nicht mit der oben bezeichneten Firma, sondern mit dem Commerzienrath Robert Rittmeyer und dessen Sohn Friedrich Rittmeyer abzuschließen, auch den Pächtern die Verpflichtung zur Reinigung der Straßen zc., sowie zur Tragung der Hälfte der Canalsteuer für das ganze Grundstück aufzuerlegen.

Herr Meyer ist von der Finanzcommission beauftragt, die Genehmigung der Vorlage zu empfehlen.

Auf die Frage des Herrn Halle, wer bisher die Unterhaltungskosten für die fraglichen Räume getragen habe,

erwidert Herr Stadtrath Ketemeyer, daß die größeren Reparaturen von der Stadt und die kleineren von der Pächterin getragen seien.

Herr Lange möchte an die Abschließung des Pachtvertrages die Bedingung knüpfen, daß in Zukunft sämtliche Reparaturen von den Pächtern getragen werden. Wenn die Räume jetzt in einen guten Zustand versetzt werden, dann könne man auch verlangen, daß bei der geringen Pachtsumme von 4500 M dieselben in Stand erhalten werden, damit man nicht in zehn Jahren eine Ruine wiederbekomme.

Herr Stadtrath Ketemeyer hält einen derartigen Beschluß nicht für angängig, weil der Pächter dann auch den etwa durch Hagel- und Blitzschlag entstehenden Schaden am Gebäude tragen müsse. Jedenfalls beabsichtige Herr Lange nur, daß die durch den ordnungsmäßigen Gebrauch erfolgende Abnutzung der Gebäude von den Pächtern ersetzt werden solle.

Herr Halle kann Herrn Lange nur zustimmen. Es komme ihm bei der Forderung von 4750 M Reparaturkosten überhaupt vor, als wenn an das Gebäude während der ganzen Jahre nichts gewandt und dasselbe ganz verlobbert sei. Die Erhöhung der Pacht gehe für eine Reihe von Jahren durch diese Reparaturkosten vollständig verloren. Für die Zukunft müßte den Pächtern aufgegeben werden, die durch Abnutzung entstehenden Reparaturen selbst zu beschaffen.

Der Herr Vorsitzende ersucht unter Hinweis auf den Miethvertrag klarzustellen, ob die jetzt geforderten Reparaturen auch von der Stadt besorgt werden müssen.

Herr Stadtrath Ketemeyer kann dieses bestätigen. Neben diesen Reparaturen habe die Pächterin noch eine ganze Anzahl anderer Reparaturen auf ihre Kosten

ausführen zu lassen, was bisher unterblieben sei, weil auch die Stadt in diesem Punkte ihre Schuldigkeit nicht gethan habe. Der städtischen Bauverwaltung sei wegen Unterlassung der rechtzeitigen Einberichtigung dieser Verhältnisse Vorhalt gemacht.

Herr Lange ist der Ansicht, daß das Innere der Wohnung, welches jetzt in bester Weise hergestellt werden solle, von den Pächtern auch so im Stande zu erhalten sei. Man könne nicht behaupten, daß das bisher geschehen sei. Ausgeschlossen möchte er aber sehen, daß man dem Verlangen des jungen Rittmeyer nachgebe und irische Ofen in die Wohnung setze, denn so weit dürfe das Entgegenkommen der Stadtverwaltung nicht gehen. Wenn man jetzt eine schöne Wohnung auf zehn Jahre fortgebe, müsse man auch erwarten, daß sie demnächst in demselben guten Zustande und nicht wie ein abgetakeltes Ding zurückgegeben werde.

Herr Wolff meint, wenn der Pachtpreis eine angemessene Vergütung für das Pachtobject bilde, was zugestanden werden müsse, so sei es ein unbilliges Verlangen, von dem Pächter die Wohnung nach zehn Jahren in dem heutigen Zustande zurückfordern zu wollen.

Die Versammlung genehmigt darauf die Verlängerung des Pachtvertrages auf zehn Jahre unter Festsetzung des Pachtpreises auf jährlich 4500 M, bewilligt die geforderten Reparaturkosten im Betrage von 4750 M und lehnt schließlich den Antrag Lange auf Verpflichtung der Pächter zur demnächstigen Rückgabe der Wohnung in dem heutigen Zustande ab.

XI. Lagerplatz am Westbahnhofe.

Zur Vergrößerung des städtischen Lagerplatzes am Westbahnhofe muß ein Theil der dort von der Stadt bereits erworbenen Ländereien aus der Pacht gezogen werden. Der Pächter, Schäfer Heinrich Bockelmann, beansprucht für die Entziehung der Länderei keine Entschädigung, sondern nur eine Vergütung für den aufgebrachten Dünger mit 54 M für einen Morgen in erster Gaare und 30 M für einen Morgen in zweiter Gaare, welche Forderung der Magistrat als berechtigt anerkennen muß. Nach Ansicht der städtischen Bauverwaltung kann die westliche Hälfte des ganzen Planes zu etwa 56,31 a bis auf Weiteres weiter verpachtet werden und beträgt dafür das Pachtgeld bei einem Einheitsfusse von 37,50 M für 25 a jährlich 84,47 M; es empfiehlt sich aber auch, von der östlichen Hälfte noch eine etwa 22 a große Fläche bis zum Herbst dem p. Bockelmann zu belassen, weil dieselbe schon mit Roggen bestellt ist, für welche Fläche der Pächter noch 33 M zu entrichten haben würde. An Entschädigung für Dünger ständen demselben 102 M zu.

Die Kosten der Instandsetzung und Einfriedigung des Lagerplatzes, der Herstellung eines Zufuhrweges, der Entwässerung und der Aufstellung eines Schuppens, sowie eines 90 qm großen Unterkunftstraumes sind zu 18 000 M veranschlagt, in

welcher Summe aber auch die Kosten der Einfriedigung des bisherigen Lagerplatzes mit 3090 M stecken. Der Magistrat ersucht, zu genehmigen, daß von dieser Summe 15 000 M in den nächstjährigen Etat und 3000 M, als Kosten des Unter- kunftsraumes, in den Etat für 1895/96 eingestellt werden, sowie daß mit dem p. Bockelmann das vorhin erwähnte Abkommen getroffen werde.

Die Baucommission läßt durch Herrn Bültmann I die Genehmigung der Vorlage empfehlen.

Herr Bührmann macht darauf aufmerksam, daß der Schäfer Bockelmann inzwischen verstorben sei. Da indessen die Erben desselben gern das Land behalten wollen und diese ihm als ordentliche Leute bekannt seien, so möchte man den Pachtvertrag gleich auf dieselben ausdehnen.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage und ermächtigt gleichzeitig den Magistrat, den Pachtvertrag mit den Rechtsnachfolgern des p. Bockelmann abzuschließen.

XII. Jahresbericht über die Gas- und Wasserwerke für 1892/93.

Der Magistrat überreicht die von der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke erstatteten Berichte über den Betrieb der genannten Werke in der Zeit vom 1. Januar 1892 bis zum 31. März 1893 mit dem Ersuchen, der Direction wegen Verwaltung der genannten Werke während der bezeichneten Zeit unter dem Vorbehalt der noch festzustellenden Uebereinstimmung der beigefügten Rechnungsabschlüsse mit den Büchern Entlastung zu ertheilen.

Wie Herr Löbbecke berichtet, hat die Finanzcommission den Berichten nichts hinzuzufügen und ersucht, die nachgesuchte Entlastung zu ertheilen, was geschieht.

XIII. Wahl eines Stadtverordneten für Cassenrevisionen.

Unter Hinweis auf §. 28 der Ordnung des Stadthaushaltswesens wird die Versammlung um die Wahl eines Stadtverordneten zur Mitwirkung bei außerordentlichen Cassenrevisionen zunächst für die Zeit bis Ende März 1895 ersucht.

Auf Vorschlag der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, bestellt die Versammlung Herrn Wagner zu diesem Amte.

XIV. Führung einzelner Arbeits- und Wirthschaftsrechnungen.

Der Magistrat ersucht die Versammlung um Ertheilung der Zustimmung dazu, daß nach Maßgabe des letzten Absatzes des §. 5 der Ordnung für das Haus- haltswesen der Stadt Braunschweig vom 5. October 1893 die Führung verschiedener Arbeits- und Wirthschaftsrechnungen, imgleichen die Einzelerhebung verschiedener Gebühren und Gefälle wie bisher von der Verwaltung der betr. Hauptcasse abge-

zweigt und besonderen Beamten übertragen bleibt. Es handelt sich hierbei insbesondere um die Rechnungen des städtischen Pflegehauses, des Straßenreinigungswesens, der Kieselgutcasse, der Bürgergelber, der Baugebühren, der Hundesteuer, der Neustadtmühle an Mahlohn und Schlamm, der Stellengelder auf den Wochenmärkten, der Gebühren für Untersuchung des Fleisches auf den Wochenmärkten, der Pachtbeträge für Benutzung von Straßenstrecken zur Lagerung von Baumaterialien, der zurückerstatteten Unterstützungsbeträge und der Schulgelber.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Vord empfehlen, diesen Vorschlägen zuzustimmen,
was geschieht.

XV. Baulinie am Meinhardshofe 11.

Nachdem die Feststellung der Fluchtlinie für das unter *N. 1* am Meinhardshofe gelegene Grundstück beantragt ist, ersucht der Magistrat, eine von dem Stadtbauamte in Vorschlag gebrachte anderweite Baufluchtlinie für die Straßen „Meinhardshof“ und „Hintern Brüdern“ zu genehmigen. Nach einer überschläglichen Ermittlung würden bei Durchführung dieser neuen Baulinie dem Meinhardshofe ungefähr 2,68 a und der Straße Hintern Brüdern 1,16 a Grundfläche zugelegt werden, sodaß erstere Straße 8 m und letztere 8,50 m breit werde.

Herr U h d e empfiehlt namens der Baucommission, die neue Baulinie zu genehmigen. Bedauerlich sei es indessen für jeden Kunstfreund, daß diese Straße als eine Hauptstätte mittelalterlichen Wesens eingerissen werden solle. Im Verlaufe von zwei Jahren, seit welcher Zeit eine Vereinigung von Photographen die alterthümlichen Gebäude dort aufgenommen habe, verschwinde nun schon das achte Bild aus der mittelalterlichen Zeit vom Erdboden. Wenn der Meinhardshof seiner Biegung auch nicht ganz verlustig gehe, so verliere er seinen mittelalterlichen Character doch, nachdem das jetzt zum Abbruch stehende Eckhaus verschwunden und die Straße auf 8 m verbreitert sein werde. Die Verbreiterung des Meinhardshofes geschehe auf der Westseite, weil hier die Grundstücke tiefer seien und eher einen Abschnitt vertragen können.

Die neuen Baulinien werden genehmigt.

XVI. Ausleihung eines Hypothekencapitals.

Der Maurer Witthöft hat beantragt, ihm auf sein, Hofestieg *N. 11* gelegenes Grundstück eine erste Hypothek von 30000 M zu gewähren. Da das Grundstück nur einen Pfandwerth von 28000 M besitzt, so giebt der Magistrat anheim, dem Antragsteller nur eine Hypothek in dieser Höhe zu $4\frac{1}{4}$ % Zinsen zu bewilligen,
was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, geschieht.

XVII. Gasrohr am Bäckerflinte.

Zur Besserung der Druckverhältnisse in dem Gasrohr auf dem Bäckerflinte hat die Direction der städt. Gas- und Wasserwerke im Einverständnisse mit der betr. Deputation eine Verbindung der Gasröhren zwischen dem südlichen und nördlichen Theile der Westseite des Bäckerflintes herstellen lassen. Der Magistrat beantragt, die hierfür aufgewendete Summe von 262,27 M nachträglich zu verwilligen, und die Versammlung beschließt nach Empfehlung durch die Finanzcommission, für welche Herr Löbbecke berichtet, dem Antrage gemäß.

XVIII. Ermietzung von Büroräumen.

In Veranlassung einer nothwendigen Erweiterung der Diensträume für das Gemeindesteuerbureau ist es erforderlich geworden, die Versteuungsabtheilung der städt. Bauverwaltung aus dem Stadthause zu entfernen und anderweite Räumlichkeiten für dieselbe zu beschaffen. Zu diesem Zwecke sind drei Räume des Obergeschosses von dem der Herzoglichen Hofhaltung gehörigen Hause, Ruhfäutchenplatz 1, zu einem Miethpreise von 65 M für das Vierteljahr ermiethet. Die Versammlung wird ersucht, diese Ermietzung vom 1. November 1893 ab zu genehmigen und für die erstmalige Instandsetzung der Räume 181,76 M zu verwilligen.

Beide Anträge werden auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Rimpau berichtet, gutgeheißen.

XIX. Erwerb der Cammerfischerei in der Oker.

Am 31. März d. J. läuft der mit dem Bootsvermiether Bohl abgeschlossene Vertrag, betr. die Verpachtung der städtischen Fischerei in der Oker, ab. Die städtische Fischereigerechtsame umfaßt die einzelnen Okerstrecken von der Eisenbüttermühle bis zu dem Punkte unterhalb der Stadt, wo die Oker den Münzberg erreicht, jedoch mit Ausnahme

- a. der sog. Graß, d. i. der zwischen der südwestlichen Ecke des Hollandschen Parks und der Augustthorbrücke gelegenen Theilstrecke des östlichen Umluthgrabens und
- b. des zwischen dem Hollandschen Parke und dem Eisenbahnparke bezw. dem Grundstücke des städt. Wasserwerks gelegenen Okergrabens.

In diesen beiden Theilstrecken steht die Fischereigerechtsame der Herzoglichen Cammer, Direction der Forsten zu. Der Magistrat empfiehlt, im Interesse eines einheitlichen Fischereibetriebes die Fischereigerechtsame auch in diesen beiden Flußstrecken zu erwerben. Die Herzogliche Cammer ist bereit, die Veräußerung dieses Rechtes an die Stadt zuständigen Ortes zu befürworten, sofern die Stadt sich verpflichtet, den 25fachen Betrag des dem Staate bisher mit 16,34 M entrichteten jährlichen Pachtgeldes in Höhe von 408,50 M als Kaufpreis zu zahlen, den mit

dem Rechtsanwalt Hollandt abgeschlossenen, Ostern 1895 ablaufenden Pachtvertrag auszuhalten und die Kosten des Verkaufes zu übernehmen. Da diese Bedingungen annehmbar erscheinen, ersucht der Magistrat, ihn zum Ankauf der fraglichen Gerechtsame zu ermächtigen,

was auf Antrag der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, geschieht.

XX. Erhöhung der Straße am Gaußberge.

Die mittlere Straße der Straße „am Gaußberge“ liegt nicht unerheblich niedriger, als die angrenzenden Straßen, weshalb es wünschenswerth erscheint, dieselbe beim Ausbau der Straße entsprechend zu erhöhen. Die städt. Bauverwaltung empfiehlt, der Straße schon jetzt eine entsprechende Höhenlage zu geben und den nördlichen Fußweg einstweilen tiefer zu legen, um ein theilweises Verschütten der beiden an ihrer Nordseite gelegenen Gebäude des Rentners Daubert und des Kupferschmiedemeisters Görz zu verhüten. Die Ausführung dieses Projectes würde die Herrichtung einer Futtermauer an der Südseite des nördlichen Fußweges und die Anlage einiger Fallschächte, event. auch eines Geländers bedingen, wodurch etwa 300 M Mehrkosten erwachsen. Andererseits würde dadurch ermöglicht, die Fahrbahn und den südlichen Fußweg schon jetzt in normaler Höhenlage definitiv auszubauen. Da auch die genannten beiden Anlieger gegen solche Anlage nichts Wesentliches einzuwenden haben, so ersucht der Magistrat, die von der städt. Bauverwaltung in Vorschlag gebrachte Höhenlage der genannten Straße zu genehmigen, sowie die von dem Eigenthümer Daubert geforderte Befristung mit Entrichtung der auf sein Grundstück entfallenden Straßenbaukosten bis zur völligen Neubebauung desselben gutzuheißen.

Die Baucommission empfiehlt durch Herrn Nieß die Genehmigung der gestellten Anträge und die Versammlung beschließt demgemäß.

XXI. Antrag Günther: Bewilligung einer Summe für Nothstandsarbeiten.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung beschließt, dem Magistrat die Summe von 12000 M für etwa eintretende größere Arbeitslosigkeit zur Verfügung zu stellen.“

Herr Günther will, unter Hinweis auf die Verhandlungen bei Punkt IV der Tagesordnung, zur Begründung nur noch hervorheben, daß der Magistrat durch den Antrag in den Stand gesetzt werden solle, etwa eintretenden Nothfällen vorbeugen zu können. In verschiedenen anderen Städten, wie Berlin, habe man bereits Nothstands-Commissionen gebildet, welche auch schon in Berathung getreten seien.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, zur sofortigen Berathung gestellt. Herr Stadtrath Kete Meyer würde es nicht für richtig halten, dem Antrage Folge zu geben, da z. B. ein Nothstand noch nicht eingetreten sei und man bis dahin mit der Bewilligung des Geldes warten könne, weil sonst künstlich beschäftigungslose Leute in die Stadt gezogen würden. Bislang sei die Bauperiode bis auf den zuletzt eingetretenen harten Frost noch nicht eingestellt und z. B. werde eine Menge Leute mit Eisen beschäftigt, auch finde bei etwa eintretendem Schneefalle wiederum eine Anzahl von Leuten Beschäftigung. Welche Arbeit solle man aber den Leuten überhaupt geben? Wie schon erwähnt, habe eine Beschäftigung im Bürgerparke ihre großen Bedenken, und Geld zum Beschaffen von Steinen zur Zerkleinerung brauche nicht bewilligt zu werden, weil hierfür schon ein größerer Posten im Etat zur Verfügung gestellt sei. Wenn aber wirklich ein Nothstand eintrete, sei der hier in Antrag gestellte Betrag viel zu gering, um mit demselben den Nothstand erfolgreich bekämpfen zu können.

Herr Asmann bittet, dem Antrage zuzustimmen. Wenn ein Betrag dem Magistrate nicht zur Verfügung gestellt werde, so könne die Arbeitslosigkeit größer werden und es fehle dem Magistrate an flüssigen Geldern zu ihrer Bekämpfung, auch lasse sich nicht gleich eine Stadtverordnetenversammlung einberufen. Seiner Meinung nach vermöge man in dem Bürgerparke doch noch mancherlei Arbeit vorzunehmen; auch fürchte er nicht, daß nach der Bewilligung eines Betrages gleich Leute von auswärts zuziehen.

Herr Halle würde dem Antrage wohl zustimmen, wenn von dem Antragsteller die Arbeiten bezeichnet werden könnten, welche im Winter zu machen seien. Bauarbeiten könnten nicht gemacht werden und vor der Inangriffnahme der Teicharbeiten möchte er warnen, denn ein Mann seines Armenbezirkes liege in Folge der vorjährigen Teicharbeiten noch schwer krank darnieder und werde schwerlich wieder genesen.

Herr Günther hält es nicht für so leicht, Mittel und Wege zur Beschäftigung der Arbeitslosen zu finden und erklärt sich im Augenblicke nicht in der Lage, solche Arbeiten näher bezeichnen zu können. (Unruhe.) Wenn jetzt auch ein starker Nothstand nicht vorhanden sei, so stehe doch fest, daß einer großen Anzahl von Arbeitern die Arbeitsgelegenheit fehle, zumal da das Eisen auch nicht lange dauern werde. Man möge die beantragte Summe nur bewilligen, dann werde sich auch schon Gelegenheit zu ihrer Verwendung finden. Einen Zuzug von auswärtigen Arbeitslosen in Folge einer Geldbewilligung befürchte er nicht und sofern solcher dennoch stattfinde, würde er auch ohne die Bewilligung kommen. Wenn er auch zugeben wolle, daß 12000 M. nur eine kleine Summe sei, so sollte dieser Betrag nur für den ersten Nothfall zur Verfügung stehen und könnte nöthigenfalls ein weiterer Betrag später bewilligt werden.

Herr Aßmann meint, wenn es sich um Vorschläge zu winterlichen Arbeiten handle, so habe er in der vorigen Sitzung schon verschiedene Arbeiten genannt, welche noch hätten angefangen werden können. Es sei schon früher berichtet, daß die Quellen bei Mascherode sollten nutzbar gemacht werden und wisse er nicht, aus welchem Grunde diese Arbeiten nicht schon angefangen seien. Betreffs der Pumpstation sei auch bislang nichts geschehen. Wenn er auch nicht beurtheilen könne, weshalb diese Arbeiten unterbleiben, so meine er doch, daß wenigstens die einleitenden Schritte unternommen werden müßten. Sache des Magistrates sei es, Vorschläge zur Ausführung von Arbeiten zu machen.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß ernste Verwahrung einlegen gegen die eben ausgesprochene Insinuation, daß in Sachen der Pumpstation noch gar nichts geschehen sei. Der Vorredner habe gar keine Ahnung davon, was in diesem Punkte schon geleistet sei, denn es vergehe fast kein Tag, an welchem nicht in der Angelegenheit gearbeitet werde. Er müsse sich ganz ernstlich verbitten, solche Behauptungen und unbegründeten Vorwürfe in die Versammlung hineinzuposaunen.

Herr Rieke schlägt vor, für die Hochbauverwaltung Materialien zu beschaffen, welche dann hier verarbeitet werden könnten. Wenn man fürchte, durch die Bewilligung Arbeitslose hierher zu ziehen, so solle man sich mit den Führern der Arbeiter in Verbindung setzen, also mit den Gewerkschaften und diese für eine gründliche und richtige Vertheilung der Arbeiten sorgen lassen. Daß in Sachen der Pumpstation wegen der Höhe der Terrainforderungen noch nichts gemacht werden könne, wisse er, wohl aber hätte vielleicht die Röhrenleitung von Mascherode her in Angriff genommen werden können. Wenn der Bauplan für das Stadthaus ein halbes Jahr früher genehmigt worden wäre, hätte man schon eine Masse Materialien zur Bearbeitung anfahren lassen können.

Herr Halle kann sich mit den gemachten Vorschlägen nicht befriedigt erklären, da es sich immer nur um einige wenige Arbeiten handle, zu denen nicht Jedermann gebraucht werden könne. Wenn beispielsweise ein Cigarrenarbeiter oder ein Schneider arbeitslos wären, könnte man sie niemals in einen Steinbruch schicken. Solche Arbeiten wie die Pumpstation und die Rohrlegung von Mascherode lassen sich nicht im Handumdrehen in Angriff nehmen, dazu bedürfe es der technischen Vorarbeiten und der Beschaffung von Materialien, wie Röhren &c. In den maßgebenden Kreisen der Arbeiterschaft solle man vor allen Dingen nur dahin zu wirken suchen, daß die Arbeiter, wenn sie im Sommer Arbeit haben, auch für den Winter sparen. (Widerspruch.) Wenn man bedenke, was für ungeheure Summen die Arbeiter aufbringen, sobald es sich um andere Zwecke handle, dann müsse man sich wundern, daß die Leute im Winter mittellos sein sollen. Zu ihm sei ein Maurer und ein Zimmermann wegen einer Armenunterstützung gekommen, welche den ganzen Winter über gut verdient haben und trotzdem sich als nothleidend aus-

gaben. Darum möge man die Leute zur Sparsamkeit anhalten, damit sie im Falle der Noth etwas haben.

Herr Löschigk hält es für nothwendig, die wirklichen Arbeitslosen von solchen Leuten zu trennen, welche im Sommer gute Arbeit gehabt haben, damit man die Größe des vorhandenen oder noch kommenden Nothstandes wirklich ermessen könne. Er wisse, daß im vorigen Jahre der größte Theil der sogenannten Arbeitslosen bis in den Winter hinein gute Arbeit gehabt und hinterher im Bürgerparke sich zu den Nothstandsarbeiten gestellt habe. Für solche Leute einzutreten, sei eine ungerechte Forderung an den Magistrat, dagegen erkläre er sich gern bereit, für die Unterstützung wirklicher Arbeitslosen einzutreten.

Herr P e p l i e z findet den Günther'schen Antrag so vorsichtig gestellt, daß dessen Annahme unbedenklich erscheinen müsse, denn er verlange nur die Bereitstellung von Geldern für den Fall eines Nothstandes, ohne den Zweck der Verwendung festzulegen. Wenn von einer Seite die Sparsamkeit der Arbeiter angezweifelt werde, so habe er darauf zu erwidern, daß die Arbeiter im Allgemeinen sehr sparsam seien. Obwohl Niemand in Abrede stellen wolle, daß Ausnahmen vorkommen, wisse man doch, mit welcher Genauigkeit namentlich die Frauen der Arbeiter zu Werke gehen und wie sie ihr geringes Einkommen einzutheilen suchen. Selbst der bessergestellte Arbeiter komme, wenn er eine zahlreiche Familie besitze, bei größter Sparsamkeit eben aus, und wenn er oder die Familie durch Krankheiten heimgesucht werde, trete sofort Noth und Armuth ein. Recepte zum Sparen brauche man dem Arbeiter nicht zu geben, da er selbst klug genug sei, um sein eigenes Bestes einzusehen.

Herr Stadtrath Ketemeyer will noch darauf hinweisen, daß die beantragten 12 000 M gar keine Rolle spielen gegenüber den Arbeiten, welche der Magistrat in Angriff nehmen lassen könne. Soeben seien 18 000 M bewilligt zur Planirung des Lagerplatzes am Westbahnhofe, auch könne wahrscheinlich alsbald mit der Aushebung des Grund und Bodens für das Kühlhaus begonnen werden, da die betr. Deputation sich voraussichtlich in ihrer morgenden Sitzung einigen werde, ebenso werde sich am Stadthausbau bald wieder etwas thun lassen. Es stehe also genügende Arbeitsgelegenheit für die nächste Zeit in Aussicht, sodaß man von einer weiteren Bereitstellung von Geldern absehen könne.

Herr K i e k e kann es nach diesen Mittheilungen nicht mehr für nöthig halten, Arbeitsgelegenheit zu bezeichnen, da der Magistrat eine reiche Auswahl zur Verfügung habe (Heiterkeit), und derselbe nur erst darauf habe gebracht werden müssen. Dagegen müsse er sich gegen die Moralpredigt des Herrn Halle wenden. Wer von seinem Vater ein volles Portemonnaie erhalten habe und nun seine freie Zeit darauf verwenden könne, um Grundstücke anzukaufen und auszuschlachten, der habe gut sparen, aber der Arbeiter könne das nicht. Jedenfalls seien auch die hierbei

beschäftigten Arbeiter nicht im Stande gewesen, Ersparnisse von ihrem Verdienste zu machen. Mit dergleichen Dingen möge man dem Arbeiter vom Leibe bleiben.

Die Besprechung wird damit geschlossen.

Persönlich bemerkt Herr Aßmann, daß es ihm fern gelegen habe, dem Magistrate einen Vorwurf zu machen. Er habe nur darauf hinweisen wollen, daß verschiedene Vorlagen, welche in Aussicht gestellt seien, bis jetzt noch nicht vorlägen. Ein Mitglied der Versammlung könne nicht immer beurtheilen, wie weit eine Vorlage gediehen sei, wohl aber habe es das Recht, darnach zu fragen. Es könne daher eine Meinungsäußerung über den langsamen Fortgang der Vorarbeiten nicht ein Posaunen in die Versammlung genannt werden. Er sitze nicht in der Versammlung, um mit dem Kopfe zu nicken und darum sei es ihm auch gleichgültig, ob er in solcher Weise, wie geschehen, angefahren werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, es sei vom Magistratsstische aus noch keinerlei Erklärung darüber abgegeben, daß in diesem Herbst oder Winter mit der Pumpstation begonnen werden sollte.

Der Antrag Günther wird darauf abgelehnt.

XXII. Gesuch eines Einwohners um Uebernahme von Fußwegterrain.

Der Maurer Behrens hat an den Vorsitzenden der Versammlung das Ersuchen gerichtet, zu beantragen, daß das zur Herrichtung des Fußweges vor seinem, Juliusstraße Nr. 40 gelegenen Grundstücke erforderliche Terrain von 54 qm ihm zum Preise von 5 M für 1 qm neben freier Herstellung des Trottoirs abgenommen werde.

Der Herr Vorsitzende kann hierzu mittheilen, daß der Bittsteller sich zuerst bereit erklärt habe, das Fußwegterrain unentgeltlich an die Stadt abzutreten, sofern die Legung der Fußwege auf Kosten der Stadt geschehe. Dieses nicht in rechtsverbindlicher Form gemachte Anerbieten habe Behrens hinterher zurückgezogen und eine Bezahlung für das Terrain gefordert, worauf der Fußweg vor seinem Grundstücke nicht hergerichtet, sondern Behrens im Besitze seines Terrains gelassen sei. Unter solchen Umständen liege keine Veranlassung vor, sich für den Bittsteller zu interessieren.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 8. Februar 1894.

Tagesordnung:

I.	Antrag Rimpau: Aufnahme architektonisch wichtiger alter Gebäude . . .	Seite 299
II.	Baulinie an der Fallerseberstraße	" 299
III.	Zwangse enteignungen für das Rieselgut	" 300
IV.	Baulinie an der Gliesmaroderstraße und dem Gaußplatze	" 301
V.	Ausleihung von Hypothekcapitalien	" 301
VI.	Verpachtung der Rathsbleiche	" 301
VII.	Besoldung von neuen Lehrkräften	" 302
VIII.	Hundesteuererlaßgesuche	" 302
IX.	Uebernahme der Osterstraße	" 302
X.	Baulinie an der Hennebergstraße	" 303
XI.	Baulinie an der Mönchstraße	" 303
XII.	Erweiterung des Stadtgebietes	" 303
XIII.	Gesuch wegen Ueberlassung einer Baufläche	" 304
XIV.	Abkommen mit der „Urania“	" 304
XV.	Verkauf einer Baufläche am Sandwege	" 305
XVI.	Baulinie an der Campestraße und Vertramstraße	" 306
XVII.	Verkauf eines weiteren Theiles der Obligationenanleihe	" 307
XVIII.	Credit für Canalisationsarbeiten	" 308

XIX.	Antrag Pelpies: Ueberweisung eines Ortsbauplanes an jeden Stadtverordneten	Seite 308
XX.	Antrag Wollenweber: Schaffung eines neuen Ausganges auf dem Centrafriedhofe	308
XXI.	Anfrage Brückmann u. Gen.: Verlängerung der Lützenstraße	309
XXII.	Antrag Lange: Fortfall der Auslegung der Steuerlisten	310
XXIII.	Antrag Müller: Vorrichtungen auf dem fl. Exercierplatze	312

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer, Heymann, Meyer, Hamdohr, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessoren Reidemeyer und Floto.

Entschuldigt die Herren Günther, Löbbbecke, Meyerhoff und Wolters.

Nach Eröffnung der Sitzung macht der Vorsitzende, Herr Semler, Mittheilung von folgenden Eingängen:

- 1) Besuch von Anliegern des Delschlägern, der Langedammstraße, Kuhstraße, Wüstenworth und Taschenstraße um Ankauf und Niederlegung des Häuserblocks zwischen Delschlägern und Langedammstraße einerseits, der Wüstenworth und Taschenstraße andererseits behufs Schaffung eines freien Platzes. Die Bittsteller haben zu den entstehenden Kosten einen Zuschuß von 15 000 M in Aussicht gestellt. Das Gesuch wird der Finanzcommission überwiesen.
- 2) Eingabe verschiedener Anlieger der Reichenberg- und Wendenmischstraße wegen schleuniger Fertigstellung der fahrbaren Okerbrücke an der Bammelbürgerstraße.

Die Eingabe gelangt an die Baucommission zur Vorberathung.

Sodann erhält das Wort

Herr Lange: In Veranlassung seiner in der vorigen Sitzung gethanen Aeußerung, daß ihm die Solling-Steinplatten zu Fußwegbelägen nicht zweckmäßig und dauerhaft erscheinen (Seite 285 des Berichts), habe ihm die Administration der Solling-Steinbrüche in Holzminden mitgetheilt, daß im Sollinggebirge Steine verschiedener Güte vorkämen, unter denen sich unzweifelhaft auch solche Schichten befänden, die zu Trottoirplatten unbrauchbar seien. Derartige Verschiedenheiten kämen aber bei sämtlichen Gesteinsarten vor. Nach dem beigegebenen Zeugnisse der Königlichen Prüfungs-Commission für Baumaterialien in Berlin besitze das Sollinggestein eine sehr große Festigkeit und werde dasselbe auch in verschiedenen Städten zu Trottoirplatten mit Vortheil verwendet. Da durch das in der vorigen Sitzung ausgesprochene Urtheil der Administration pecuniäre Schädigungen erwachsen könnten, so habe dieselbe gebeten, der Versammlung hier von Kenntniß zu geben. Wenn er diesem Ersuchen jetzt nachkomme, so müsse er

doch bemerken, daß er dadurch sein Urtheil nicht zurücknehmen könne, indem er sich überzeugt habe, daß anderwärts die Platten schon auf den Lagerplätzen, ohne gebraucht zu sein, verwittert und entzwei gegangen seien. Es ergebe sich aus dem Mitgetheilten, daß es neben schlechten, zweifellos auch gutes Steinmaterial in den Sollingbrüchen gebe, welches sich zu Trottoirplatten nutzbar verwenden lassen würde. Vielleicht nehme der Magistrat nach dieser Erklärung Veranlassung, die Sollingplatten versuchsweise zu Fußwegbelägen zu benutzen, wenn er sich nicht durch die mit Bordsteinen gemachten eigenen Erfahrungen hiervon abhalten lasse.

Nunmehr wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Antrag Rimpau: Aufnahme architektonisch wichtiger alter Gebäude.

Wie Herr Uhde berichtet, empfiehlt die Baucommission dem in der Sitzung vom 14. December v. Js. (Seite 251 des Berichts) gestellten Antrage zuzustimmen, da es sehr erwünscht sei, daß diejenigen architektonisch wichtigen Bauwerke, über welche das Stadtbauamt zu befinden habe, wenigstens auf dem Papiere erhalten bleiben. Es empfehle sich, von solchen Bauwerken Aufnahmen des Innern und Aeußern machen zu lassen, je nachdem dieses erwünscht sei und die Architektur der Wichtigkeit der Sache entspreche.

Herr Lange stimmt dem Antrage zu, möchte indessen anregen, ob es sich nicht empfehle, eine bestimmte Summe für den Zweck festzulegen, damit nicht schließlich zuviel dafür ausgegeben werde.

Der Antrag Rimpau wird angenommen.

II. Baulinie an der Fallerleberstraße.

In Veranlassung eines Antrages des Klempnermeisters Schulze auf Feststellung der Fluchtlinie für sein an der Fallerleberstraße Nr. 24 gelegenes Grundstück, ersucht der Magistrat, für die Nordseite dieser Straße auf der Strecke zwischen der neuen Knochenhauerstraße und der Fallerleberthorpromenade eine neue Baulinie festzustellen. Nach der in Vorschlag gebrachten neuen Fluchtlinie würden von fünf Anwohnern zusammen 52 qm, von dem Elisabethstift 72 qm und von dem reservirten Okerterrain 70 qm zur Straße gelegt werden.

Namens der Baucommission empfiehlt Herr Uhde die Annahme der Vorlage. Da gerade dieser Theil der Fallerleberstraße um ein Bedeutendes gegen die allgemeine Richtung der Straße bis zum Thore hin vorrücke, so sei es nach der Ansicht der Commission sehr erwünscht, diese vorspringende Ecke in Etwas zu corrigiren.

Herr Hauswaldt erklärt sich gegen die Verbreiterung der Straße, da dieselbe eine genügende Breite habe und die Ausbiegung durch die geplante Aenderung doch nicht weggebracht werde, was seiner Meinung nach auch nichts schade. Es sei

fortgeworfenes Geld, was man für die Verbreiterung dieser Straße ausgeben. Darum bitte er, den Antrag abzulehnen und die Straße in ihrer jetzigen Breite zu belassen.

Herr Uhde tritt dieser Anschauung entgegen. Wenn auch augenblicklich die Verbreiterung nicht nothwendig erscheine, so würde doch später, nach der Neubebauung des Elisabethstiftes und des reservirten Ofterterrains dieser Straßenkeil unangenehm in die Straße hineingreifen. Da außerdem nur sehr wenig Terrain von Privaten anzukaufen sei, so empfehle die Baucommission einstimmig, die vorgeschlagene Fluchtlinie gutzuheißen.

Herr Böschigt kann sich dieser Ansicht nicht anschließen. Wenn man die Breite der Fallerleberstraße mit den Einfahrten im Westen der Stadt vergleiche, für welche niemals Geld übrig gewesen sei, so könne man nicht begreifen, daß hier noch etwas aufgewendet werden solle.

Herr Nieß muß solcher Anschauung widersprechen. Die Fallerleberstraße sei eine der wenigen geraden Einfahrtsstraßen, welche sich vom Thore aus als große Aussicht eröffnen und deshalb solle man schon der Schönheit dieser Straße wegen der Verbreiterung zustimmen.

Herr Hauswaldt ist der Meinung, daß man von schönen geraden Straßen überhaupt nicht sprechen könne, da es nur krumme schöne Straßen gebe. In allen deutschen Städten kommen die geraden Straßen immer mehr in Fortfall und treten an deren Stelle Straßen mit nicht ganz geraden Linien. Die Fallerleberstraße sei einmal krumm und solle es auch bleiben. Jedenfalls würde die Bürgerschaft nicht begreifen können, wenn man für die Verbreiterung dieser Straße noch Geld ausgeben wolle.

Die Magistratsvorlage wird sodann mit 16 : 15 Stimmen angenommen.

III. Zwangsenteignungen für das Kieselgut.

Zur Vervollständigung und Abrundung des Kieselgutes Steinhof ist der Erwerb weiterer das Klostergut Steinhof umgebenden Flächen im Gesamtumfang von 150 ha 20 a 86 qm erforderlich. Hiervon entfallen auf die Feldmarken

Watenbüttel	8 ha 69 a 46 qm,
Böllenrode	70 " 30 " 36 "
Wendezelle	36 " 79 " 87 "
Watenbüttel (Abfindung der Interessenten zu Nothe-Mühle—Kl.-Schwülper)	34 " 41 " 17 "

zusammen 150 ha 20 a 86 qm.

Da hierbei zu viele Interessenten in Frage kommen und es schwer sein werde, sich mit denselben zu einigen, so beantragt der Magistrat, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß sofort das vom Herzoglichen Staatsministerium der hiesigen Stadt

im Principe bereits zugesicherte Recht der Zwangsenteignung für diese Landflächen erwirkt und der Magistrat ermächtigt werde, in dem Güteverfahren überall da, wo nach übereinstimmendem Ermessen des Magistrates und der Kieseldeputation die Entschädigungsforderungen der Grundeigenthümer übermäßig hohe sein sollten, sofort auf Abschätzung der zu enteignenden Grundstücke anzutragen. Die Zustimmung zur Gewährung der von dem Magistrate den Betheiligten etwa zugestandenen Entschädigungsforderungen bleibt der Versammlung vorbehalten. Der Magistrat knüpft hieran noch die Mittheilung, daß die demnächstige erste Vergrößerung des Kieselgutes vorläufig im Norden des Aue-Oker-Canals und zwar durch den bereits eingeleiteten Ankauf des dem hiesigen großen Waisenhause gehörigen sogenannten Bürgerholzes im Umfange von 20 ha, sowie durch Erwerb von in den preussischen Feldmarken Hülperode und Rothemühle gelegenen Grundstücken in Aussicht genommen ist, welche letzteren voraussichtlich zu einem Theile gegen entbehrliche Grundstücke des Vorwerkes Hülperode im Umfange von 38 ha werden eingetauscht werden können.

Die Vorlage wird auf Befürwortung des Herrn Blasius angenommen.

IV. Baulinie an der Gliesmaroderstraße und dem Gaußplatze.

Für einen Theil der Nordseite der Gliesmaroderstraße, sowie für die Straße „Gaußplatz“ werden neue Baulinien beantragt, welche zu genehmigen der Magistrat mit dem Bemerken anheimgibt, daß es ihm gerathen erscheine, die Baulinie für die Südseite des Gaußplatzes erst dann festzustellen, wenn das Kahlitzsche Grundstück neu bebaut werden solle.

Namens der Baucommission befürwortet Herr Uhde den Magistratsantrag, welcher darauf zur Annahme gelangt.

V. Ausleihung von Hypothekcapitalien.

Auf Antrag des Zimmermeisters Fritz Lampe in Broitzem ersucht der Magistrat, demselben auf die beiden Häuser № 9 und 10 am Hohenstiege zwei Hypothekcapitalien von je 25 000 M zu 4 $\frac{1}{4}$ % Zinsen zu gewähren.

Dem Antrage wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, stattgegeben.

VI. Verpachtung der Rathsbleihe.

Die an der Wendenmasch gelegene 1 ha 15 a 5 qm große, sogenannte Rathsbleihe war bislang zusammen mit dem südlich vom Wege dicht an der Oker gelegenen, 13 a 66 qm großen Bleichergarten an den Bleichmeister Büttner für jährlich 120 M verpachtet. Schon mit dem 1. April 1893 hat indeß ein großer Theil der Pachtländerei behufs Herrichtung des Hauptsammelcanals unterhalb der

Gaußbrücke aus der Pacht genommen werden müssen und hält der Magistrat für angezeigt, daß zu beiden Seiten des Canals liegende Terrain der künftigen Straße überhaupt nicht wieder zu verpachten, vielmehr bei sich bietender Gelegenheit allmählig aufzufüllen. Die Anträge des Magistrats gehen dahin, die Weiterverpachtung des Bleichergartens an Büttner über den 1. April d. Jz. hinaus bis auf Weiteres unter Festsetzung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Pachtpreise von 20 M jährlich und die Ueberweisung einer weiteren 69 a 20 qm großen, nördlich vom Wege gelegenen Theilfläche an die Straßenreinigungs-Deputation gegen Zahlung von 55,25 M jährlich zu genehmigen,

was auf Empfehlung des Herrn Rimpau, welcher für die Finanzcommission berichtet, geschieht.

VII. Besoldung von neuen Lehrkräften.

An verschiedenen unteren und mittleren Bürgerschulen sind im Schuljahre 1894/95 neue Schulclassen einzurichten, für welche fünf provisorische Lehrer und eine Lehrerin im Probejahre einzustellen sind. Demzufolge beantragt der Magistrat, zur Remunerirung dieser Lehrkräfte 6400 M und zur Einrichtung einer Schulclassen in der ehemaligen Husarenkaserne am Monumentplätze 300 M zu bewilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Bührmann empfiehlt die Schulcommission, dem Antrage zuzustimmen. Bei dieser Gelegenheit solle auch noch darauf hingewiesen werden, daß der Neubau einer unteren Bürgerschule zwischen dem Stein- und Fallerleberthore bald dringend werde. Schon jetzt müßten Kinder aus diesen Stadttheilen den weiten Weg nach der Reichenstraße machen, weil die Schule an der Leonhardsstraße nicht mehr ausreiche.

Die Vorlage gelangt zur Annahme.

VIII. Hundesteuererlaßgesuche.

Der Kaufmann Albert Wittendorf und die Braunschweigische Conservenfabrik von Hellwig u. Co. sind um die Freilassung von der Besteuerung ihrer Wachhunde vorstellig geworden,

welche Gesuche indessen der bisherigen Praxis gemäß nach dem Antrage des Herrn Müller abgelehnt werden.

IX. Uebernahme der Osterstraße.

Um demnächst die Einziehung der den anliegenden Grundstücken zur Last fallenden Beiträge zu sichern, erscheint es dem Magistrate geboten, die Vorschriften der §§. 7—12 des Ortsbaustatuts auch auf die östliche Hälfte der Osterstraße für anwendbar zu erklären. Dem Antrage, einen dahingehenden Beschluß zu fassen,

wird auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, stattgegeben.

X. Baulinie an der Hennebergstraße.

Mit Ausführung der beschlossenen Tieferlegung des Canals in der verlängerten Hennebergstraße ist noch nicht begonnen, weil es dem Magistrate nöthig erschien, zunächst zu prüfen, ob sich eine Beibehaltung des jetzigen Weges empfiehlt. Im Interesse der Verwerthung des nördlich von dem fraglichen Wege gelegenen Terrains bringt nun der Magistrat in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte in Vorschlag, den Weg in der Weise zu verlegen, daß er die gerade Fortsetzung der von Osten nach Westen ziehenden Theilstrecke der Hennebergstraße bildet und an der Nordseite der neu projectirten Straße zwei Meter breite Vorgärten vorgesehen werden.

Die Vorlage gelangt auf Befürwortung des Herrn Bültmann I, welcher für die Baucommission berichtet, zur Annahme.

XI. Baulinie an der Mönchstraße.

Dem Antrage des Magistrates, für einen Theil der Nordseite der Mönchstraße neue Baulinien festzustellen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, namens welcher Herr Bültmann I berichtet, zu.

XII. Erweiterung des Stadtgebietes.

Nachdem das mit der Gemeinde Rautheim getroffene Abkommen auf Ausbau des von der Helmstedterstraße nach Rautheim abzweigenden sogenannten Stadtweges (Seite 98 des Prot. vom 23. März 1893) allseitig genehmigt ist, ersucht der Magistrat, nunmehr die dadurch bedingte Erweiterung des Stadtgebietes zu genehmigen. Dem Stadtgebiete würden hiernach insgesammt 8 ha 71 a 78 qm zuzulegen sein.

Herr Rudeloff hat gegen diese Vorlage Bedenken nicht zu erheben und giebt deren Genehmigung anheim.

Herr Halle empfiehlt, das Stadtgebiet möglichst auch auf dem Riddagshäuserwege bis zur Ecke des großen Exercierplatzes auszudehnen.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß es sich in dem vorliegenden Falle um den Ausgleich verschiedener Interessen gehandelt habe. Da aber bei dem Riddagshäuserwege ein ähnliches Compensationsobject fehle, so werde sich die Gemeinde Riddagshausen schwerlich dazu verstehen, in eine Abtretung des fraglichen Terrains zu willigen.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen

XIII. *Gesuch wegen Ueberlassung einer Baufläche.*

Der Schirmfabrikant D. Seger ersucht die Versammlung, den Magistrat zu veranlassen, daß ihm etwa 100 qm Terrain des ehemaligen Landgestüts überwiesen werden und der Werth desselben auf ein Drittel des von ihm an die Stadt zum Bohlwege abzutretenden Terrains bemessen werde. Der Magistrat hat dieses Gesuch abgelehnt.

Herr Uhde empfiehlt namens der Baucommission, den Seger'schen Antrag gleichfalls abzulehnen, weil man z. B. noch nicht wissen könne, zu welchen Baulichkeiten das Terrain etwa zu benutzen sei. Es könnte eine electrische Station, ein Schuppen u. für das Stadthaus nöthig werden, sodaß man sich dieses Stückes nicht entäußern könne. Wenn die Commission bei ihrem Beschlusse auch sehr wohl bedacht habe, daß der Erwerb des Terrainstückes Herrn Seger schon mit Rücksicht auf sein verhältnißmäßig kleines Grundstück sehr angenehm sein würde, so ständen doch andererseits die Pflichten für das Allgemeinwohl höher, als die Privatinteressen einzelner Anlieger. Aus diesen Gründen werde anheimgegeben, das Gesuch abzulehnen, was geschieht.

XIV. *Abkommen mit der „Urania.“*

Die „Urania“, Uhren- und Säulen-Commanditgesellschaft in Berlin, welche jetzt die sämtlichen Thurmuhren der sieben Stadtkirchen mit den zur Regulirung und zum selbstthätigen Aufziehen der Werke erforderlichen Einrichtungen versehen hat, war schon früher dahin vorstellig geworden, die durch Herstellung der nöthigen Wasser- Zu- und Abflußleitungen erwachsenen Kosten stadtseitig zu tragen. Wenn auch der Magistrat diesen Antrag f. B. abgelehnt hatte, so ist er doch jetzt bereit, ein erneutes Gesuch der Gesellschaft mit Rücksicht darauf, daß der Gang der Uhren seit Anbringung der Regulirungs- und Aufzieh-Vorrichtungen ein durchaus sicherer und gleichmäßiger ist, insoweit zu befürworten, als die Hälfte der im Betrage von 579 M 98 S entstandenen Kosten von der Stadtcasse übernommen werde. Der Magistrat ersucht daher, zu dem Zwecke die Summe von rund 290 M zu bewilligen.

Die Finanzcommission läßt die Vorlage durch Herrn Meyer befürworten.

Herr Hauswaldt fragt an, ob es nicht möglich sei, auch die Uhren des Domes und der Regidienhalle an die Einrichtung anzuschließen, damit eine volle Uebereinstimmung sämtlicher Stadtkirchenuhren erzielt werde. Er wisse sehr wohl, daß der Stadtverwaltung ein Verfügungsrecht über diese Uhren nicht zustehe, jedoch erscheine es ihm angezeigt, mit der Regierung darüber in Verhandlung zu treten.

Herr Stadtrath Kietemeyer bemerkt, daß der Magistrat sich dieserhalb schon mit der Herzoglichen Baudirection und der Gesellschaft in Verbindung gesetzt habe

und beide darüber in Verhandlung getreten seien. Zweifelhaft sei, ob dieselbe ein günstiges Ergebnis haben werde, weil die Gesellschaft erklärt habe, die Anlage nicht wieder so billig, wie für die hiesige Stadt herstellen zu können. Bei dieser Gelegenheit wolle er noch darauf hinweisen, daß die Uhr der Catharinenkirche augenblicklich wieder mit der Hand aufgezogen werden müsse, weil das Betriebswasser wegen zu hoher Lage des Canals nicht ablaufen könne. Die Tieflegung desselben werde im Laufe des Jahres erfolgen. Wenn die Uhr also etwa falsch gehen sollte, dürfe man dieses nicht der Construction zuschieben.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

XV. Verkauf einer Baufläche am Sandwege.

Der Maurermeister Reiners hat beantragt, ihm eine 247 qm haltende Theilfläche des ehemaligen Stallgrundstückes am Sandwege und des angrenzenden Terraintreifens zum Einheitspreise von 38 M zu verkaufen. Der Magistrat giebt anheim, diesem Antrage zuzustimmen.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung des bereits abgeschlossenen Kaufvertrages durch Herrn Wagner empfehlen und dabei dem Wunsche Ausdruck geben, daß der Magistrat bei Abschluß solcher Kaufverträge den betr. Käufer verpflichte, den auf dem Bauplatze zur Aushebung kommenden Grund und Boden nach dem Bürgerparke abfahren zu lassen, um auch auf diese Weise die Arbeiten daselbst zu fördern.

Herr Lange muß sich gegen den Verkauf aussprechen, weil dieses der einzige geeignete Platz sei, welchen die Stadt zur Errichtung eines dritten Volksbrausebades im Osten der Stadt besitze. Mit dem Bau des zweiten Volksbrausebades an der Kaiserstraße werde voraussichtlich bald begonnen werden können und drei solche Anstalten seien von vornherein in Aussicht genommen.

Herr Müller tritt für den Verkauf der fraglichen Fläche an Reiners ein, wenn er auch bedauere, daß durch die Schuld des Anliegers Quibde das Terrain zerstückelt werde. Für die Errichtung eines Brausebades an jener Stelle könne er sich nicht erwärmen. Befürworten möchte er aber, daß dem Käufer aufgegeben werde, den ganzen Bauplatz binnen einer vom Magistrate festzustellenden Frist zu bebauen, damit den Passanten der Promenade der Anblick nach den Hintergebäuden der Friesenstraße möglichst schnell erspart werde.

Herr Wolff spricht sich gegen den Lange'schen Antrag aus, nachdem er seinen Antrag auf Verweisung der weiteren Berathung in die vertrauliche Sitzung zurückgezogen hatte. Er hege den dringenden Wunsch, an dieser Stelle ein hohes Gebäude errichtet zu sehen, welches die Hintergebäude der Friesenstraße decke und sich den Nebengebäuden würdig anschließe. So sehr er auch sonst die Bestrebungen auf Herrichtung von Brausebädern unterstütze, halte er doch an dieser Stelle ein solches nicht am Platze.

Herr Stadtrath Ketemeyer will sich diesen Ausführungen anschließen und im Weiteren hervorheben, daß jetzt erst die Verhandlungen wegen Erbauung eines zweiten Volksbrausebades eingeleitet seien und es nach Inbetriebnahme zweier Brausebäder in Ueberlegung zu nehmen sei, ob man noch ein drittes errichten wolle. Den jetzigen Zustand dort aber bis zur Entscheidung dieser Frage bestehen zu lassen, erscheine ihm nicht angängig zu sein. Was den Antrag des Herrn Müller betreffe, dem p. Reiners die Verpflichtung zur alsbaldigen Bebauung des Grundstückes aufzuerlegen, so habe sich derselbe hiermit schon einverstanden erklärt.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit dem Zusatzantrage Müller angenommen.

XVI. Baulinie an der Campestraße und Vertramstraße.

Der Zustand der Fußwege an der Campestraße ist ein höchst mangelhafter, der Magistrat beabsichtigt daher die Straße ordnungsmäßig ausbauen zu lassen. Da er indessen Bedenken tragen muß, die der Campestraße in dem festgestellten Bauplane gegebenen Baulinien durchzuführen, so hält er eine Aenderung derselben, insbesondere aber die Festsetzung einer geringeren Straßenbreite, für geboten und zulässig. Es dürfte genügen, wenn die zwischen der verlängerten Limbeckerstraße und der Ottmerstraße gelegene Theilstrecke eine Breite von 19 m, die obere Strecke aber eine solche von etwa 24 m und an ihrer Nordseite 5 m breite Vorgärten erhalte. Das Stadtbauamt hat diese anderweite Gestaltung der Straße gutgeheißen und einen dementsprechenden, auch die südlichste Strecke der Vertramstraße verändernden Theilortsbauplan aufgestellt, dessen Genehmigung der Magistrat anheimgibt.

Wie Herr Uhde berichtet, empfiehlt die Baucommission einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Hauswaldt kann sich mit der geplanten Aenderung der Baulinie auf der Strecke von der kl. Campestraße bis zum Leonhardsplatz nicht einverstanden erklären. Während man dort auf der Nordseite den Anliegern ein großes Stück Vorgartenterrain nehme wolle, beabsichtige man, auf der anderen Seite dem Bieweg'schen Garten ein ähnliches Stück anzuschneiden. Da dieser Garten aber nicht bebaut werde, so schaffe man auf lange Zeit eine unfertige Sache. Wenn dagegen die betr. Straßenstrecke parallel zum Bieweg'schen Garten etwas geknickt würde, so könnten die Anlieger der Nordseite ihre Vorgärten behalten, es brauchte nichts vom Kirchhoffterrain abgeschnitten zu werden und es entstünden weniger Kosten. Deshalb beantrage er, die Baulinie nach diesen Gesichtspunkten festzustellen.

Herr Stadtrath Ketemeyer würde es schon der Verkehrsverhältnisse wegen für bedenklich halten, auf diesen Antrag einzugehen. Außerdem müßte die Baulinie auch für den Fall festgelegt werden, daß in absehbarer Zeit eine Bebauung

des Bieweg'schen Gartens nicht stattfinden, weil man die Fußwege erst nach Feststellung der Baulinie ausbauen könne. Sofern man auf der Nordseite die Baulinie nach dem Wunsche des Herrn Hauswaldt herausrücke, so laufe dieselbe nicht parallel zu den dort neu erbauten Häusern. Darin liegen aber nicht nur Schönheitsbedenken, sondern auch rechtliche Bedenken insofern, als das Ortsbaustatut vorschreibe, daß die Häuser parallel zu den Baulinien zu errichten seien. Die Stadt würde also gegen ihr eigenes Statut sündigen. Aus diesen Gründen lasse sich der Erwerb eines Theiles der ziemlich tiefen Vorgärten nicht umgehen.

Herr Hauswaldt kann in der Aenderung der Baulinie keine Statutverletzung erblicken, da die Häuser zu der ursprünglichen Baulinie rechtwinklig errichtet seien. (Heiterkeit.) Im Uebrigen werde man die geringe Abweichung kaum bemerken. Jedenfalls schaffe man durch die Magistratsvorlage etwas Unfertiges.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

XVII. Verkauf eines weiteren Theiles der Obligationenanleihe.

Der Stadthaushaltsplan für das laufende Rechnungsjahr hat in Aussicht genommen, daß zur Bestreitung der Kosten der darin vorgesehenen, inzwischen zum größten Theile zur Ausführung gebrachten Hoch- und Tiefbauten für Rechnung der Cämmereicasse 568 000 M und für Rechnung der Canalbaukasse 658 000 M, zusammen 1 226 000 M anzuleihen seien. Unter Benutzung dieses Credits sind bislang zu Lasten der Cämmereicasse 48 000 M und zu Lasten der Canalbaukasse 558 000 M bei der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt Braunschweig angeliehen, während außerdem noch 175 000 M bei der Braunschweigischen Creditanstalt zu Lasten der Cämmereicasse vorgeliehen sind. Um nun für die Zukunft die nöthigen Deckungsmittel zu erhalten, ersucht der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Communalverband Braunschweig den Nennwerth von 500 000 M seiner 1891er Obligationenanleihe zu einem mit der Finanzcommission zu vereinbarenden Course verkaufe und den Erlös an die hiesige Stadtgemeinde als ein im Nennwerthe mit $3\frac{1}{2}\%$ verzinsliches und vom Jahre 1897 an mit jährlich $\frac{1}{2}\%$ rückzahlbares Darlehn vorstrecke, daß die Stadtgemeinde dieses Darlehn annehme und letzteres zu Lasten der Cämmereicasse und der Canalbaukasse nach Maßgabe deren Bedarfs verrechnet werde.

Wie Herr Südel berichtet, ist in der Finanzcommission zur Sprache gebracht, ob es nicht wünschenswerther erscheinen würde, angesichts des noch weiter bevorstehenden Bedarfs an Baarmitteln statt der beantragten 500 000 M gleich eine Million Mark zur Anleihe zu bringen. Da der Magistrat noch nicht in der Lage gewesen sei, sich hierüber zu äußern, so habe er namens der Finanzcommission zu beantragen, die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß der Magistrat im Einvernehmen mit der Finanzcommission eine Obligationen-Ausgabe bis zum Betrage von einer Million Mark vornehmen dürfe.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß magistratsseitig gegen solchen Antrag nichts einzuwenden sei. Dem Magistrate sei es auch jetzt noch nicht möglich, zu erklären, ob es finanziell richtig oder vortheilhaft sei, die höhere Summe an den Markt zu bringen, da sich der Bedarf für das nächste Rechnungsjahr noch nicht beziffern lasse.

Der Antrag der Finanzcommission wird darauf genehmigt.

XVIII. Credit für Canalisationsarbeiten.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat mitzutheilen, daß die Canalbauleitung mit der Herstellung derjenigen Canäle, welche für das laufende Finanzjahr projectirt worden, in ganz kurzer Zeit zu Ende komme. Da die Witterung sehr günstig sei, würde man mit den Canalbauten die Arbeiter noch weiter beschäftigen können, sofern Frost nicht eintrete und es an Mitteln nicht fehle. Auf Anregung der Canalbauleitung bitte er daher, demnächst Indemnität zu gewähren, wenn die für nächstes Jahr vorgesehenen Canäle theilweise schon im laufenden Jahre ausgeführt werden und zu solchem Zwecke einen Credit von 50 000 M zu genehmigen. Eine nähere Begründung dieses Antrages bleibe vorbehalten.

Der beantragte Credit wird darauf gewährt.

XIX. Antrag Peplies: Ueberweisung eines Ortsbauplanes an jeden Stadtverordneten.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, daß jedem Stadtverordneten, welcher einen Ortsbauplan noch nicht erhalten hat, seitens des Magistrates ein solcher eingehändigt werde“,

wird von Herrn Peplies damit begründet, daß es für jeden Stadtverordneten bei den vielen Vorlagen wegen Aenderung des Ortsbauplanes nothwendig sei, sich an der Hand desselben ein Urtheil zu bilden. Den Stadtverordneten, welche ihr Amt unentgeltlich verwalten, könne aber nicht zugemuthet werden, noch Geldopfer für das Material zu bringen, welches sie bei Ausübung ihres Amtes gebrauchen. Darum bitte er um Annahme des Antrages.

Derfelbe findet genügende Unterstützung und wird, zur sofortigen Berathung gestellt, angenommen.

XX. Antrag Wollenweber: Schaffung eines neuen Ausganges auf dem Centrafriedhofe.

Herr Wollenweber führt zur Begründung seines Antrages, am Anfange des Centrafriedhofes nach der Stadt zu einen neuen Eingang zu schaffen, aus, daß es im Interesse der Leidtragenden nothwendig sei, die erhebliche Weite des Weges nach dem Friedhofe wenigstens insoweit abzukürzen, als man ihnen ermögliche, durch

einen vorn an demselben herzurichtenden Ausgang den Rückweg antreten zu können. Bei der jetzigen Einrichtung seien die Leidtragenden gezwungen, den weiten Weg von der Grabstelle bis zum Hauptausgange zwei Mal zurücklegen zu müssen.

Der Antrag geht, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung zu.

XXI. Anfrage Brückmann und Gen.: Verlängerung der Luifenstraße.

Die Anfrage lautet:

„Ist der Magistrat geneigt, den Ausbau der Luifenstraße bis zum Westbahnhofe der Landeseisenbahn in Erwägung zu ziehen, bezw. ausführen zu lassen, sobald der Güterbahnhof der Staatseisenbahn nach dem Ostbahnhofe verlegt werden sollte?“

Herr Brückmann begründet die Anfrage in folgender Weise: Die Königliche Eisenbahn-Direction in Magdeburg gehe bekanntlich mit dem Plane um, größere Veränderungen in den hiesigen Bahnhofseinrichtungen vorzunehmen, welche dadurch veranlaßt seien, daß der Leiter des hiesigen Betriebsamtes erklärt habe, für eventuelle Schäden und Unglücksfälle, die durch die beschränkten Bahnhofsverhältnisse etwa hervorgerufen würden, nicht aufkommen zu können. Für die Eisenbahn-Verwaltung habe es nun nahe gelegen, den Güterverkehr nach dem Ostbahnhofe zu verlegen. Wenn man aber berücksichtige, daß der größte Theil der hiesigen Großausleute sich naturgemäß um den jetzigen Güterbahnhofe angesammelt habe, so werde man beipflichten, daß die Verlegung für diese ganz bedeutende Unkosten im Gefolge haben müsse. Aber auch die Stadt sei dabei in Mitleidenschaft gezogen insofern, als dann der ganze Frachtverkehr vom Wilhelmsbühne aus sich über die Promenade, die Wolfenbüttler- und die Salzdhahmerstraße zum Ostbahnhofe bewegen müsse und dadurch nicht allein die schöne Promenade zu einer Frachtsstraße herabgewürdigt werde, sondern auch die genannten Straßen unter diesem Verkehr zu leiden haben. Es sei nun von betheiligter Seite eine Petition abgesandt, in welcher um Belassung einer Güterabfertigungsstelle auf dem jetzigen Güterbahnhofe gebeten werde, allein nach der bisherigen Erfahrung in solchen Sachen glaube er nicht annehmen zu sollen, daß die Bitte Berücksichtigung finde. Bei solcher Lage der Verhältnisse liege nun für den größten Theil der Handel- und Gewerbetreibenden der Ausweg nach der Landeseisenbahn sehr nahe und es würde denselben durch die Verlängerung der Luifenstraße bis nach dem Westbahnhofe in ausgezeichnete Weise entgegengekommen. Die Straßen und Wege der Stadt fänden hierdurch Entlastung und die Anwohner des westlichen Stadttheiles erhielten einen vorzüglichen Ausweg, sobald das erwähnte Bahnhofproject zur Ausführung komme. Wenn auch nach dem preussischen Eisenbahnetat eine Summe für diese Aenderungen noch nicht eingestellt sei, so dürften doch die Vorarbeiten schon Veranlassung geben, sich mit der Sache zu befassen.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß sich der Magistrat mit dieser Frage noch nicht befaßt habe. Zweifelhaft erscheine es ihm, ob der Magistrat sich schon lediglich aus dem Grunde der Verlegung des Güterbahnhofes nach dem Ostbahnhofe zur Fortsetzung der Luisenstraße verstehen werde, wenn nicht noch die Schaffung einer Güterladestelle auf dem Westbahnhofe dazu komme. Jetzt befinde sich, soweit ihm bekannt, die Hauptladestelle der Landeseisenbahn in der Nähe des Madamenweges und der Kreuzstraße. Sollte aber die geplante Verlegung derselben nach dem Westbahnhofe zur Ausführung kommen, so hege er die Ueberzeugung, daß sich der Magistrat der Verpflichtung der Fortsetzung der Luisenstraße nicht länger werde entziehen können.

XXII. Antrag Lange: Fortfall der Auslegung der Steuerlisten.

Herr Lange hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, an zuständiger Stelle und auf geeignete Weise dahin wirken zu wollen, daß der §. 187 der neuen Städteordnung für das Herzogthum Braunschweig nach Absatz 1 folgenden Zusatz erhält:

In denjenigen Städten jedoch, in welchen gemäß §. 175 die Selbstschätzung der Steuerpflichtigen, oder der Steuerpflichtigen mit einem gewissen Geringsteinkommen eingeführt wird, bleibt es den städtischen Behörden überlassen, zu bestimmen, daß die Auslegung der Liste ganz oder theilweise unterbleibt.“

Zur Begründung führt der Antragsteller Folgendes aus: Der §. 187 der Städteordnung, nach welchem die Veranlagungsliste der Steuerpflichtigen 14 Tage lang öffentlich auszulegen sei, stehe dem Sinne nach im Widerspruch mit der Bestimmung im §. 58, Absatz 4 des Verwaltungstatuts. Hiernach haben die Mitglieder der Ausschüsse dem Vorstehenden mittelst Handschlags zu geloben, daß sie die Verhandlungen, sowie die hierbei zu ihrer Kenntniß gelangenden Verhältnisse der Steuerpflichtigen strengstens geheim halten werden. Er sei nun der Meinung, daß diese Verpflichtung sich auch auf das Ergebnis der Einschätzung erstreckt, und in diesem Falle entspreche eine Veröffentlichung des Steuerergebnisses dem Sinne des Statuts nicht. In Preußen habe man seines Wissens ebenfalls von der Veröffentlichung der Steuerlisten Abstand genommen und sei dieses seiner Meinung nach bei dem jetzigen Einschätzungsmodus auch nicht mehr nöthig. Früher möge die Auslegung der Listen von Werth gewesen sein, weil die Steuerpflichtigen durch die Commissionen eingeschätzt worden, welche häufig im Dunkeln tappten und durch Angaben von Außen hätten unterstützt werden können. Jetzt aber sei der Steuerpflichtige gezwungen, auf Ehre und Gewissen anzugeben, was er besitze und verpflichte er sich außerdem durch seine Unterschrift zur Tragung einer Strafe, die er bei unrichtigen Angaben zu erwarten habe. Aus diesem Grunde könne man

von der Auslegung der Listen absehen. Bei der Festsetzung des Paragraphen der Städteordnung habe man wohl nur übersehen, daß hier eine Aenderung vorgenommen sei. Unter solchen Verhältnissen empfehle es sich nicht, zu gestatten, daß Jedermann in den Listen herumblättern könne. Gleichzeitig beantrage er die Dringlichkeit des Antrages, weil schon in der nächsten Woche die Veranlagungscommissionen zusammentreten.

Der Antrag findet ausreichende Unterstützung und wird zur sofortigen Berathung verstellt.

Herr Lord muß den Antrag nicht nur für überflüssig, sondern sogar für schädlich halten. Auch stehe seiner Meinung nach das Statut mit der Städteordnung durchaus nicht im Widerspruche. Das Statut habe nur bestimmen wollen, daß die Einzelheiten der Steuererklärungen Geheimniß der Commissionsmitglieder bleiben sollen, während das Gesamtergebniß durch die spätere Auslegung der Listen Jedermann zur Kenntniß unterbreitet werde. Diese Veröffentlichung halte er nicht für schädlich oder nachtheilig, indem das Publicum dabei mitarbeiten solle, solche böswilligen Steuerverweigerer zu ermitteln. Er wüßte auch nicht, warum die Landesversammlung dem Antrage Folge geben solle. Im Publicum seien andere Motive über die Veranlassung zu dem Antrage verbreitet, auf welche er indessen, da sie nicht angegeben seien, auch nicht weiter eingehe. Er bitte um Ablehnung des Antrages.

Herr Löschigk ist hierüber anderer Ansicht. Die Bestimmung habe etwas für sich, aber auch viel gegen sich. In Preußen stehe auf der Mittheilung von Angaben aus den Steuererklärungen eine Gefängnißstrafe von drei Monaten, darum müsse er sich wundern, daß man hier die Listen sogar öffentlich auslegen wolle. Wenn sich Jemand auf Eid eingeschätzt habe, so müsse man ihm das Gegentheil erst beweisen und das sei sehr schwer. Es könne sich auch Jemand im Interesse seines Credits zu hoch einschätzen und das solle er ebenfalls nicht thun. (Widerspruch.) Durch die Auslegung der Listen werde in die Geschäftswelt eine gewisse Beunruhigung getragen werden; darum könne er diese Veröffentlichung auch nicht für zulässig erachten. Von Mitgliedern der Landesversammlung habe er gehört, daß dieser Paragraph auf die Selbsteinschätzungen keinen Bezug haben solle und daher ein Antrag auf Ergänzung desselben jedenfalls Gehör finden werde.

Der Herr Vorsitzende will hierzu bemerken, daß, wenn er auch nicht wisse, was die Landesversammlung in dieser Sache beschließen würde, er doch bestreiten müsse, daß die Bestimmung der Städteordnung unvereinbar sei mit dem Statut. Nach diesem solle nicht über die Verhältnisse im Einzelnen, wie sie in den Steuererklärungen dargelegt seien, gesprochen werden. Das sei aber etwas Anderes, als das Resultat der Einschätzung, denn die Steuererklärung bilde nur die Grundlage für die Einschätzung. Entschieden bestreiten müsse er, daß das städtische Verwaltungstatut mit der Städteordnung im Widerspruch stehe und der Gesetzgeber hier etwas

übersehen habe. Es sei ja möglich, daß die Landesversammlung auf einen solchen Antrag eingehe, weil Braunschweig die einzige Stadt des Herzogthumes sei, welche die Selbsteinschätzung eingeführt habe. Ein zwingender Grund, die öffentliche Controle durch Geheimhaltung der Steuerveranlagung abzuschaffen, liege jedenfalls nicht vor.

Herr Stadtrath Meyer möchte hervorheben, daß die hier geschilderten Unannehmlichkeiten sich nur gegen solche Leute richten können, welche mehr als 2000 M Einkommen besitzen, da die übrigen Steuerpflichtigen noch nach den früheren Bestimmungen eingeschätzt werden. Die öffentliche Auslegung der Listen werde auch bei den Ersteren ein gewisses Correlativ sein für das Fehlen einer Bestimmung, nach welcher das eidliche Erhärten der Angaben möglich sei.

Herr Fiedel ist der Ansicht, daß sich diese Sache nicht so schnell beurtheilen lasse und ersucht daher, den Antrag einer Commission zur Vorberathung zu überweisen.

Dieser Antrag wird angenommen und die Sache der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XXIII. Antrag Müller: Vorrichtungen auf dem H. Exercierplatze.

Den Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, eine Bedürfnisanstalt, sei es im Norden oder Westen des H. Exercierplatzes zu errichten; sowie ferner, in Uebereinstimmung mit der Militairbehörde, durch Anbringung von Warnungstafeln die Benutzung durch Reiter des für die Stadt reservirten Theiles unter Strafandrohung zu verbieten.“

begründet Herr Müller bezüglich des ersten Theiles mit dem dort vorhandenen starken Fußgänger-Verkehre und bezüglich des letzten Theiles mit der so häufig vorkommenden Uebertretung des Verbotes, den reservirten Theil des Platzes zu Reitübungen zu benutzen.

Der Antrag wird, nach genügender Unterstützung, der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen und damit die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 6 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. Februar 1894.

Tagesordnung:

- | | |
|--|-----------|
| I. Erbauung eines Kühlhauses beim Schlachthause | Seite 314 |
| II. Verpachtung der Eisenhüttler Mühlen | " 328 |
| III. Behandlung der in den vertraulichen Sitzungen gepflogenen Verhandlungen | " 329 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer, Heymann, Meyer, Ramdohr und von Frankenberg, Assessoren Reidemeyer und Floto, sowie Stadtbaumeister Osterloh.

In Behinderung des erst später erscheinenden Vorsitzenden, eröffnet der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff die Sitzung mit folgender Mittheilung:

„Die Versammlung betrauert den Tod ihres Mitgliedes, des Bierbrauereibesizers Reinhold Wolters, der in voller Manneskraft dahingeshieden ist. Der Herr Vorsitzende hat Veranlassung genommen, im Namen der Versammlung am Sarge des Entschlafenen einen Kranz niederzulegen. Wir werden dem so früh Verstorbenen ein treues Andenken bewahren. Zum Zeichen der Verehrung dieses heimgegangenen Mitgliedes der Versammlung bitte ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben“. (Geschieht.)

Sodann erhält das Wort zu einer persönlichen Bemerkung

Herr Lord: Ueber die vertrauliche Sitzung vom letzten Donnerstag hat eine hiesige Zeitung einen Bericht gebracht, der in Bezug auf das, was ich geäußert und beantragt haben soll, Unrichtigkeiten enthält. Da mir der Herr Vorsitzende, welcher augenblicklich noch nicht anwesend ist, versprochen hat, officiell hierauf zurückzukommen, so begnüge ich mich mit dieser Anmeldung.

Darauf wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

1. Erbauung eines Kühlhauses beim Schlachthause.

Zufolge Beschlusses vom 17. August 1893 hat die Stadtverordneten-Versammlung die Anlage eines Kühlhauses beim städtischen Schlachthause im Princip genehmigt, gleichzeitig jedoch den Magistrat ersucht, zur nochmaligen Prüfung des vorgelegten Projectes eine gemischte Commission einzusetzen. Diesem Antrage ist Folge gegeben. Die Deputation, bestehend aus einem Magistratsmitgliede und den Stadtverordneten Lange und Weber, hat sich durch Zuwahl des Stadtverordneten Wollenweber und des Professor Schöttler ergänzt und, nach vorgängiger Besichtigung einiger auswärtiger Kühlhausanlagen, eine Umgestaltung des früheren Projectes und insbesondere eine Vergrößerung der Vorkühlhalle von 150 auf 400 qm für wünschenswerth erachtet. Seitens der städtischen Bauverwaltung ist darauf ein neues Project ausgearbeitet, welches sich von dem früheren wesentlich dadurch unterscheidet, daß die Lage der Kühlhalle verschoben, die Vorkühlhalle entsprechend vergrößert und für die letztere die Verwendung eines Theiles des jetzigen Großviehstalles und in Folge dessen die Schaffung neuer Stallungen in Aussicht genommen wird. In Anerkennung der Vorzüge des neuen Projectes hat sich der Magistrat entschlossen, dasselbe der Versammlung zur Annahme zu empfehlen, obwohl die dafür aufzuwendenden Kosten naturgemäß höhere sind. Diese Kosten sind von der städtischen Bauverwaltung zu 470 000 M — und bei der Wahl einer Kohlen säuremaschine zu 472 870 M — veranschlagt. Gleichzeitig hat sich aber auch in Folge der seitens der Deputation angestellten Ermittlungen ergeben, daß sich die Betriebskosten höher stellen werden, als früher angenommen ist, indem dieselben 11 440 M bei der Wahl einer Ammoniakmaschine nach Linde's System und 11 980 M bei Verwendung einer Kohlen säuremaschine, System Riedinger, jährlich betragen werden. Im Hinblick auf diese nicht unwesentliche Steigerung der Anlage- und Betriebskosten ist vom Magistrate nochmals die Frage geprüft, ob nicht der Bau eines Kühlhauses bis dahin zu verschieben sein möchte, daß der Reservefonds des Schlachthauses, welcher jetzt, abgesehen von dem Werthe der Schlachthausländerei, 76 000 M beträgt, eine wesentlich größere Höhe erreicht haben wird. Diese Frage ist indessen verneint, weil die Inbetriebnahme eines Kühlhauses allseitig als ein Bedürfniß anerkannt werde und die Kosten auch nicht der Stadt, sondern den Schlachtern

selbst welche die Einrichtung lebhaft wünschen, zur Last fallen. Uebrigens erscheint es dem Magistrate nicht gerechtfertigt, diese Kosten lediglich von denjenigen Schlachtern aufbringen zu lassen, welche die Kühlhalle benutzen, sondern er hält es für zulässig und gerechtfertigt — da dieselbe kein selbstständiges Unternehmen bilden, vielmehr Zubehör des Schlachthauses sein solle, und da die Errichtung namentlich der Vorkühlhalle wesentlich zur Entlastung der Stallungen sowohl, als auch der beiden Schlachthallen beitragen werde — die entstehenden Kosten theilweise aus den aufkommenden Schlachtgebühren zu decken, selbst wenn diese in Folge dessen erhöht werden müßten. Solche Erhöhung werde allerdings wohl unvermeidlich sein.

Nach Verwendung des vorhandenen Reservefonds von 76000 M erfordert die Verzinsung zu 4 % und die Amortisation zu $\frac{1}{2}$ % der Restsumme von rund 400000 M jährlich 18000 M, während die Betriebskosten zu jährlich 11980 M veranschlagt sind. Unter Hinzurechnung von 2000 M für Reparaturen verursacht somit das Kühlhaus eine jährliche Ausgabe von 31980 M. An Einnahmen für Miethe der Zellen und für verkauftes Eis können dagegen nur 21000 M vorgesehen werden, sodaß noch 10980 M jährlich zu decken bleiben. Wenn zur vorläufigen Deckung dieses Fehlbetrages der bisher zur Bildung eines Reservefonds verwandte Ueberschuß des Schlachthauses, welcher in den letzten Jahren 16000—20000 M betragen hat, auch vollauf genügt, so ist doch zu beachten, daß der z. B. vorhandene Reservefonds verbraucht werden soll, daß auch noch nichts für Abschreibungen auf die Kälteerzeugungsmaschinen vorgesehen ist und daß auf die innere Einrichtung der Schlachthallen, sowie für die voraussichtlich bald nöthig werdende Erweiterung der Kaldaunenwäsche in den nächsten Jahren größere Aufwendungen zu machen sein werden, welche die baldige Wiedersammlung eines größeren Reservefonds unbedingt erfordern. Dazu wird aber der freibleibende Rest des Ueberschusses nicht ausreichen und daher eine Erhöhung der Schlachtgebühren nicht zu vermeiden sein. Die Beschlußfassung über deren künftige Höhe kann zweckmäßig bis zur Inbetriebnahme des Kühlhauses verschoben werden. Auch erscheint es dem Magistrate unbedenklich, die Entschließung darüber, wie das Restbaucapital von 400000 M, welches die Stadtcasse dem Schlachthause einstweilen verzinslich wird vorstrecken können, aufgebracht werden soll, zunächst noch vorzubehalten.

Was das zur Anwendung zu bringende System der Kälteerzeugung betrifft, so hat die Kühlhausdeputation die Aufstellung einer Ammoniakmaschine nach dem System von Linde, die städtische Bauverwaltung dagegen die Verwendung einer Riedinger'schen Kohlenäuremaschine empfohlen. Der Magistrat seinerseits hat aus den ergangenen Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen, daß beide Systeme ihre Vorzüge und ihre Nachtheile besitzen und in technischer Beziehung einander gleichmäßig gegenüberstehen, daß aber in finanzieller Beziehung die Ammoniak-

maschine vortheilhafter ist, indem bei dieser die Anlagekosten um 2870 M und die jährlichen Betriebskosten um rund 500 M geringer sind als bei jener. Ungeachtet dieser allerdings nicht erheblichen Kostendifferenz hat der Magistrat sich für Verwendung von Kohlen säure entschieden, wesentlich um deswillen, weil die hiesige Schlachterinnung an denselben ein bezügliches Gesuch gerichtet hat, und weil es nicht rathsam erscheint, diese Anlage nach einem System einzurichten und zu betreiben, das von denjenigen Personen, in deren Interesse der Betrieb erfolgt und welche die gesammten Kosten dafür aufzuwenden haben, verworfen wird.

Hiernach ersucht der Magistrat, das neue Project mit der Maßgabe, daß eine Kriebinger'sche Kälteerzeugungsmaschine verwendet wird, zu genehmigen und zum Zwecke seiner Ausführung die Summe von 472870 M zu verwilligen.

Zur Erläuterung der Bauausführung erhält zunächst das Wort Herr Stadtbaumeister Osterloh, welcher an der Hand der ausgestellten Pläne das von der städtischen Bauverwaltung neu ausgearbeitete Bauproject erklärt und zunächst darauf hinweist, daß die von der Kühlhausdeputation gewünschten Aenderungen in allen Theilen Berücksichtigung gefunden hätten. Der Vorkühlraum sei von 150 qm auf 400 qm vergrößert worden, da derselbe nicht, wie in dem früheren Bauprogramme angenommen, in erster Linie als Vorhalle dienen, sondern hauptsächlich zur ersten Abkühlung des gesammten frisch geschlachteten Viehes brauchbar, bezw. ausreichend sein solle. Demgemäß hätte auch auf die Anlage eines zweiten mit Vorhalle versehenen Einganges in das Kühlhaus Bedacht genommen werden müssen. Von besonderem Einflusse auf die Gestaltung des Planes sei die Forderung gewesen, den Transport des Fleisches aus den Schlachthallen in den Vorkühlraum auf mit Schuttdächern versehenen Luftgleisen zu bewerkstelligen. Im Falle der Beibehaltung des ursprünglich in Aussicht genommenen Bauterrains würde eine derartige Transporteinrichtung nur sehr schwer, und, selbst bei Anordnung von Terrainbahnen, unter Benutzung verdeckter Fleischtransportwagen, nicht ohne dauernde Störung des Wagenverkehrs auf dem Schlachthofe auszuführen sein. Wie aus dem Lageplane zu ersehen, sei daher für den neuen Entwurf ein mehr westlich, hinter den Stallungen für Großvieh belegenes Terrain ins Auge gefaßt; dabei würde es allerdings erforderlich sein, einen Theil der an der Südseite des Schlachthofes belegenen Stallungen, und zwar den größeren Theil der hier befindlichen Stallungen für Großvieh, zur Anlage der Vorkühlhalle in Anspruch zu nehmen. Eine Beeinträchtigung des Schlachtbetriebes würde dadurch indessen nicht herbeigeführt, da es möglich sei, durch Einrichtung des angrenzenden Pferdestalles zu einer Stallung für Großvieh und Anfügung eines neuen derartigen Stalles annähernd dieselbe Zahl von Standplätzen für Großvieh auf dieser Seite des Schlachthofes zu beschaffen. Für den in Fortfall kommenden Pferdestall würde

an der entgegengesetzten Seite des Schlachthofes ein neues Stallgebäude aufzuführen sein.

Die Vorkühlhalle sei so angeordnet, daß das geschlachtete Vieh aus der Schlachthalle für Großvieh auf einem die Fahrstraße annähernd rechtwinklig kreuzenden, mit einem Schuttdache versehenen Luftgleise bequem überführt werden könne. Bezüglich der zu dieser Transporteinrichtung erforderlichen Anlage von Gleisen und Verlegung der vorhandenen Schlachtwinden verwies Redner auf die im Saale ausgestellten Pläne der Firma Beck & Henkel in Cassel. Die von dieser Firma in Vorschlag gebrachten Einrichtungen seien als vorzügliche zu bezeichnen und ermöglichten eine Ausführung der in Betracht kommenden Gesamtanlage, wie sie selbst bei einem Neubau des ganzen Schlachthauses kaum besser hätte erdacht werden können. Für den Transport des Fleisches aus der Schlachthalle für Schweine sei ebenfalls ein an geeigneten Punkten durch schmiedeeiserne Stützen getragenes, mit einem Schuttdache versehenes Luftgleis angenommen. Um bei Ueberführung des Großviehs und der Schweine in die Vorkühlhalle Collisionen zu verhüten, sei für jede der beiden Thiergattungen ein besonderes Einlaßthor angenommen worden. Die Höhenlage der Luftgleise sei so gewählt, daß der gewöhnliche Wagenverkehr auf dem Schlachthofe nicht gestört werde. Bei Anfuhr von Stroh und Heu auf hochbeladenen Wagen würde allerdings die entgegengesetzt liegende Fahrstraße benutzt werden müssen.

Von der Vorkühlhalle führen breite Treppen in die eigentliche Kühlhalle, die wiederum zweigeschossig, bei theilweiser Versenkung des unteren Geschosses in den Erdboden angenommen sei. Die Anordnung der Zellen und Gänge in der Kühlhalle sei aus den Grundrißzeichnungen zu ersehen. Zur Hinausschaffung des gekühlten Fleisches dienten die an der Westseite des Gebäudes angeordneten Treppen. An der Ausmündung der letzteren sei eine Vorhalle mit doppelseitigen Eingängen angenommen. Das Maschinenhaus mit den Nebenräumen für die Kühlapparate, den Eisgenerator etc. sei an der östlichen Giebelseite des Kühlhauses angeordnet. Das Kesselhaus mit den Nebenräumen für die Wasserreinigungsanlage etc. sei um etwa 7 m von dem Maschinenhause abgerückt, um eine bequeme Umfahrt um das Kesselhaus zu ermöglichen. Von der Herrichtung eines Kohlenschuppens habe man vorläufig Abstand genommen, für den Lagerplatz der auf einem Bahngleise heranzuschaffenden Kohlen — an der Westseite des Kesselhauses — sei indessen eine Pflasterung vorgesehen. Wie bei dem früher vorgelegten Projecte würde es auch bei der jetzt geplanten Anlage nothwendig sein, die an der Südseite des Schlachthofes belegene offene Miststätte zu beseitigen und einen Theil der daneben befindlichen Aborte zu verlegen. Ebenso würde es erforderlich sein, einen Theil der vorhandenen, neben den Pferdeställen gelegenen Wagenschuppen zu beseitigen und an anderer Stelle — an der straßenseitigen Grenze der neben dem Kühlhause anzu-

legenden Fahrstraße — wieder aufzubauen. Zur Begrenzung des für die Kühlhausanlage in Aussicht genommenen Terrains habe man auf der Süd- und Ostseite desselben ein etwa 2 m hohes Lattenstaket vorgeesehen.

Der Ausbau der neben dem Kühlhause anzulegenden Fahrstraße sei in ähnlicher Weise gedacht, wie derjenige der übrigen Straßenzüge des Schlachthofes. Die Fahrbahn würde demgemäß mit einem Pflaster aus Grauwackesteinen zu versehen sein, während die zur Seite der neuen Gebäude sich hinziehenden Fußwege durch ein mit Bordsteinen eingefasstes Plattenpflaster zu befestigen wären. Die Wahl einer minderwerthigen Befestigungsweise der Straße — etwa durch Chauffirung — sei in Rücksicht auf die dann eintretende Staubentwicklung nicht zu empfehlen.

Die Beleuchtung der oberen Halle habe man sich durch Oberlicht gedacht, welches an der Nordseite angebracht werde, um eine Eindringung des Sonnenlichtes zu verhüten; für die frühen Morgenstunden sei electrische Beleuchtung vorgeesehen.

Namens der Finanzcommission führt sodann Herr Jüdel aus, daß leider in der Commission sich Niemand befunden habe, der sich ein von Außen unbeeinflusstes, selbstständiges Urtheil über die Frage, welches System der Kälteerzeugung zu wählen sei, zu bilden vermöge und in der Versammlung würden die Verhältnisse wohl ähnlich liegen. Er selbst habe sich schon im vorigen Sommer mehrfach mit der Frage beschäftigt und versucht, sich in die einschlägige Litteratur einzuarbeiten, auch sei er im vergangenen Jahre von Amerika mit der Ueberzeugung nach hier zurückgekommen, daß das Ammoniakverfahren das einzig richtige sei. Dieses Urtheil habe sich darauf gestützt, daß die gewaltigen Kühlhallen in Nord-Amerika, sowie namentlich auch die weltberühmten Schlachthäuser Chicagos sämmtlich mit dem Ammoniakverfahren ausgerüstet seien und auch verschiedene Neubauten von hervorragender Bedeutung dieses Verfahren erhalten sollten. Bald nach seiner Zurückkunft sei nun in der Technik ein Streit über diese Frage entbrannt und in allen technischen Zeitschriften habe man entsprechende Kampfartikel finden können. Hier sei einer der berühmtesten Specialisten für das Kohlen säure-, dort für das Ammoniakverfahren eingetreten, sodaß die Lösung der Frage nach dem besten Systeme immer schwieriger sich gestalte. Nach seinen Beobachtungen würfen sich namentlich die Maschinentechniker besonders für das Ammoniakverfahren auf, was seinen berechtigten Grund anscheinend darin habe, daß die Spannung in den Apparaten bei diesem Verfahren weit geringer sei, als bei dem Kohlen säureverfahren und im Verhältniß von 20 : 70 stehe. Vor einiger Zeit habe man in München eine Versuchstation eingerichtet, zu deren Leitern auch Professor Schöttler, welchen die Deputation bekanntlich zugezogen habe, gehöre. Die Station scheine indessen noch kein definitives Ergebniß geliefert zu haben, denn Professor Schöttler habe sich in einem Schreiben folgendermaßen geäußert: Was die

Anordnung der Anlagen betreffe, so gefallen ihm die Einzelheiten des Lindeschen Entwurfes besser, aber auch Riedingers Entwurf sei gut. Als richtig müsse zugegeben werden, daß das Ammoniak vor der Kohlensäure aus theoretischen Gründen den Vortheil habe, einen geringeren Arbeitsbedarf zu erfordern, aber gegenüber der Garantie einer angesehenen Firma könne er sich nicht verhehlen, daß dieser Vortheil in der Ausführung ausgeglichen werden könne. Man sehe also, daß selbst Professor Schöttler nicht in der Lage zu sein scheine, ein abschließendes Urtheil über das zu wählende System zu geben. Wenn er nun auch im Stande sein würde, einige Stunden lang der Versammlung Auszüge aus der einschlägigen Litteratur vorzulesen, so glaube er doch, daß man dadurch nicht weiter komme, zumal da es sich hierbei oft um specifisch technische Fragen handle, deren Verständniß dem Laien zu schwer falle. Die Frage werde für die Versammlung wesentlich noch dadurch erschwert, daß die Deputation sich für das Ammoniakverfahren, die städtische Bauverwaltung aber für das Kohlensäureverfahren entschieden und der Magistrat sich der letzteren Auffassung angeschlossen habe. Bei dieser schwierigen Sachlage sei nun aber eine sehr erwünschte Hülfe gekommen. Von Seiten der Fleischerinnung, welche doch wohl das meiste Interesse an der ganzen Angelegenheit habe, indem die Schlächter die ganzen Kosten für das neue Kühlhaus aufbringen müssen, liege bei dem Magistrate ein Gesuch vor, in welchem die Innung die Wahl des Kohlensäureverfahrens für die Kühlhalle wünsche. Angesichts dieses Wunsches habe sich die Finanzcommission dem Standpunkte des Magistrates angeschlossen und empfehle dieselbe ebenfalls, das Kohlensäureverfahren in Anwendung zu bringen. Die Garantien, welche von beiden in Frage kommenden Firmen geboten werden, seien anscheinend gleichwerthig. Beide haben sich bereit erklärt, eine nicht unerhebliche Caution zu stellen und eine gute Arbeit auf eine längere Zeitdauer zu gewährleisten, sodaß auch nach dieser Richtung hin keine Bedenken vorliegen würden.

Herr Lange kann den vorliegenden Plan der Kühlhausanlage hinsichtlich des ganzen Arrangements, sowohl was den inneren Ausbau und die Ein- und Ausgänge desselben anbelange, als auch hinsichtlich der Verbindung der Kühlhalle zu der Großvieh- und Schweineschlachthalle in jeder Beziehung als sehr wohl gelungen und vorzüglich bezeichnen, sodaß dem Plane ohne Bedenken zugestimmt werden könne. Selbst die in Aussicht stehenden hohen Kosten, welche ihren Hauptgrund in den absonderlichen Verhältnissen und der ungünstigen Lage des Kühlhauses zu den Schlachthallen haben, vermöchten diese Zustimmung nicht zu beeinträchtigen, zumal da sich die Kosten immer noch in den Grenzen der Kosten anderer Kühlhausanlagen bewegen. Darum werde er diesem Projecte mit frohem Herzen seine Zustimmung geben, soweit die bauliche Seite in Frage komme. In eine so ausgezeichnete Bauanlage müsse aber seiner Ansicht nach nun auch eine

in jeder Beziehung als Muster geltende Kühlungsanlage hinein, die eine sichere Garantie für ihre Leistungsfähigkeit biete und eine angemessene Deckung der Betriebskosten sichere. Als eine solche Anlage könne er aber die Kühlung mittelst Kohlensäure nicht ansehen. Nach den von ihm angestellten Beobachtungen, Informationen und Studien, die er in dieser Sache gemacht habe, namentlich aber nach der Besichtigung solcher Anlagen, welche er in Gemeinschaft mit der Deputation vorgenommen habe, und besonders nach den Verhandlungen der Deputation mit dem Vertreter der Firma Riedinger & Co. könne er sich für das Kohlensäureverfahren nicht entscheiden.

Schon bei der Reise der Deputation und bei der Besichtigung der Kohlensäure-Anlagen in der Feldschlösschen-Brauerei und dem Schlachthause zu Dresden, welche man so sehr gepriesen habe, seien ihm bedenkliche Zweifel hinsichtlich der Vorzüglichkeit der Anlage und ihrer Leistungsfähigkeit aufgestiegen, zumal man in der Brauerei der Deputation die Besichtigung des Kühlhauses angeblich wegen Mangel an Zeit nicht gestattet habe. Die Deputation einschließlich des Herrn Wollenweber habe sich nach dieser Besichtigung gesagt, daß sie diese Anlage nicht empfehlen könne, während sie nach der Besichtigung der mit Ammoniak betriebenen Anlage in Halle a. S. sehr für dieses Verfahren eingenommen worden sei. Herr Wollenweber habe auch noch privatim in Leipzig eine Ammoniak-Anlage in Augenschein genommen, welche ihm gleichfalls zugesagt habe. Nach Prüfung und Besichtigung weiterer Anlagen in Magdeburg, Wiesbaden, Hannover etc. sei in ihm die Ueberzeugung reif geworden, daß man sich bei dem Ammoniakverfahren besser stehen würde. So sei ihm auch mitgetheilt worden, daß eine ganz bedeutende Firma die Absicht gehabt habe, das Kohlensäureverfahren anzulegen, daß sie davon aber abgekommen und zu dem Lindschen Ammoniakverfahren übergegangen sei. Auf bezügliche Anfrage nach den Gründen dieser Meinungsänderung habe ihm die Firma mitgetheilt, daß einmal die große Erfahrung, welche Linde bei seinen 1700 Stück Maschinen haben müsse gegenüber seinem Concurrenten, welcher es erst auf 200—300 Stück gebracht habe, sodann auch die von Linde gegebene exacte und sichere Beantwortung der Fragen nach dem Größenverhältnisse, dem Kostenpunkte und der zu übernehmenden Garantie, ferner die geringeren Betriebs- und Reparaturkosten und endlich die Unsicherheit hinsichtlich des Verbrauchs an Kohlensäure und Kohlen bei dem System Riedinger sie veranlaßt habe, unter den fünf Concurrenten der Firma Linde den Vorzug zu geben. Mit der inzwischen in Betrieb gesetzten Anlage sei man, wie eine fernere Mittheilung besage, durchaus zufrieden. — Derartige Bedenken gegen das Kohlensäuresystem seien aber auch ihm aufgestiegen, je mehr er sich mit der Sache befaßt habe. Die von der Deputation den concurrirenden Firmen auf das präcise gestelltten Bedingungen bezüglich der Lieferung der neuen Kühlanlage seien von Linde auf das präcise beantwortet, während Riedinger

immer Abweichungen beliebt und an Stelle der von der Deputation wohlweislich gewählten Ausdrücke andere gesetzt habe, welche geeignet seien, der Sache eine ganz andere Bedeutung zu geben. So z. B. sei von der Deputation dem anzugebenden Kraftbedarf, dem Kohlen- und Gasverbrauch eine stündliche Leistung von 125 000 Wärmeeinheiten zu Grunde gelegt, während Niedinger für seine Berechnungen ohne Weiteres nur 80 000 Wärmeeinheiten angenommen habe. Hierdurch sei dem Anschein nach ein geringerer Kraft- und Kohlenbedarf erzielt, wenn man jedoch die Angaben auf 125 000 Wärmeeinheiten umrechne, würden die Kosten gegen Linde bedeutend überschritten. Bei der von der Deputation gestellten Forderung, für die garantierte Leistung eine Caution zu stellen, habe sich Linde bedingungslos bereit erklärt, eine solche in Höhe von 20 000 M zu hinterlegen, während Niedinger nicht die garantierte Leistung, sondern nur eine zweckentsprechende Anlage gewährleisten wollte und er hinsichtlich der Caution bemerkt habe, daß man sich über die Höhe derselben bei der Bestellung unterhalten könne. Bezüglich der Fertigstellung der Anlage habe sich Linde unter der Voraussetzung, daß die Bestellung am 1. Februar erfolge, bereit erklärt, die ganze Anlage vollständig betriebsfertig, wie solches von der Deputation bedungen, zu übergeben und die Inbetriebsetzung am 1. Juli zu bewirken, während Niedinger nur die fertig montierte Anlage und zwar erst zum 1. August übergeben wollte. Zwischen einer betriebsfertigen und einer fertig montierten Anlage bestehe aber ein ganz gewaltiger Unterschied. Auf das Verlangen der Deputation, an bestehenden Anlagen den Nachweis zu führen, daß die zugesagten Garantieleistungen auch gehalten werden können, habe Linde, obwohl er bereits an verschiedenen Anlagen durch Messungen genügsam bewiesen, daß er seine Zusage im Mittel 1800 Wärmeeinheiten pr. indicirte Pferdestärke und Stunde zu halten vermöge, sich doch sofort bereit erklärt, auf seine Kosten diesen Nachweis noch einmal in Magdeburg oder Hamburg zu führen, während Niedinger erklärte, den Nachweis nur führen zu wollen, wenn die Stadt sich verpflichte, nach Erbringung desselben die Anlage bei ihm zu bestellen. Nach längeren persönlichen Verhandlungen mit dem Director der Firma Niedinger seien dann endlich von der Karlsruher Anlage Zahlen eingetroffen, welche aus zwei angestellten Versuchen im Durchschnitt 1300 Wärmeeinheiten pr. indicirte Pferdestärke nachweisen, während die Firma 1700 Wärmeeinheiten als mittlere Leistung garantiert habe. Dieses habe ihn naturnothwendig stutzig machen und bei ihm das Bedenken erregen müssen, ob Niedinger die von ihm zugesagte Garantie überhaupt werde halten können. Dazu komme Niedingers fabelhafte Reduction des Preises der Anlage um 25 %, ein Kostennachlaß, wie er in der Praxis unerhört genannt werden müsse, denn entweder sei die Forderung erst zu hoch gewesen, oder nachher zu wenig geboten worden; ferner gebe die Erklärung des Niedingerschen Vertreters zu denken, daß er Alles unterschreiben wolle,

was Linde garantire. Das habe auf ihn den Eindruck gemacht, als wenn man auf dieser Seite mit den Garantien ziemlich leicht umgehe.

Alles dieses habe ihn aber zu der Ansicht gebracht, daß man besser thun würde, das Ammoniakverfahren zu nehmen und die angeführten Gründe haben wenigstens zum Theil auch die Deputation zu ihrem Botum geführt. Der entgegenstehende Beschluß des Magistrates müsse ihn demgegenüber auf das lebhafteste überraschen, da er eine solche Nichtachtung des Deputationsbeschlusses nicht erwartet habe. Wenn je eine Deputation ihre Aufgabe mit Fleiß und Ausdauer erledigt und versucht habe, die richtige Lösung in einer so schwierigen Materie zu finden, so sei es diese Deputation gewesen, darum habe sie solche Behandlung nicht verdient. Wenn zu dem Magistrats-Beschlusse nur der Gedanke geführt habe, daß man dem Wunsche der Schlachter, weil sie die Kosten decken, willfahren müsse, so könne er diesem Grunde nicht beistimmen. Nach seiner Ueberzeugung seien die Schlachter viel zu gute und praktische Geschäftsleute, als daß sie die für die Kühlhausanlage erwachsenden Geschäftsmehrkosten aus ihrer Tasche bezahlen. Es sei vielmehr als sicher anzunehmen, daß sie diese Mehrkosten demnächst auf die Fleischpreise schlagen und die Consumenten sie bezahlen müssen. Was das Urtheil über das Kohlen säure- und das Ammoniakverfahren selbst anlange, so würden ihm die Schlachter selbst zugestehen, daß sie weder von dem Wesen des einen noch des anderen Systems so viel wissen, um ein beachtenswerthes Urtheil in der Sache abgeben zu können. Die Stimmung für die Kohlen säure erscheine ihm mehr eine gemachte zu sein und werde sich die Schwärmerei für dieselbe sicherlich wieder geben. Wenn den Schlachtern auch das zweifelloste Recht zusiehe, von der Stadt eine durchaus vorzügliche Kühlhausanlage zu verlangen, in der sie ihr Fleisch wochenlang aufhängen können, ohne daß dasselbe den mindesten Schaden erleide, so könne es ihnen doch einerlei sein, ob die Kälteerzeugung mittelst Ammoniak oder Kohlen säure stattfinde. Die Herren besitzen das unbestreitbare Recht, ein Kühlhaus zu verlangen, welches auf der Höhe der Zeit stehe und den höchsten Anforderungen entspreche, und weil sie dieses verlangen können, sei die Stadt verpflichtet, ihnen ein solches zu geben. Das könne sie aber nur mit dem Linde'schen Ammoniakverfahren, welches allein auf der Höhe der Zeit stehe. Das Linde'sche Verfahren habe sich einen Weltruf erworben, indem es diesseits und jenseits des Oceans die meisten Anlagen besitze, es habe bei seinen 1800 Anlagen Erfahrungen wie kein anderes und es biete dadurch die besten Garantien. (Unterbrechung des Vorsitzenden.) Er müsse hervorheben, daß Linde in Amerika die vielen großen Anlagen hergerichtet und die großen Fleischtransportdampfer ausgerüstet habe, sowie daß die deutsche Seeresverwaltung ihn mit der Einrichtung der Festungs-Fleischhallen betraut habe und was die thue, könne die hiesige Stadt sicherlich ohne Bedenken auch thun. 56 deutsche Städte besitzen in ihren Kühlhallen das Ammoniakverfahren bereits und 12 Städte kommen jetzt noch

hinzu. Alle Städte der Umgebung Braunschweigs, wie Magdeburg, Hannover, Hamburg, Leipzig, Halle a. S., Zeitz etc. ebenso wie die Bierbrauereien von Wolters, Felschlößchen und Jürgens hieselbst seien mit dem Ammoniakverfahren versehen und überall sei man zufrieden; nur hier wolle man sich auf den Weg des Experimentirens mit dem Kohlensäureverfahren begeben. Die Bierbrauerei Streitberg bilde eine Ausnahme mit dem letzteren Verfahren. Um sich über die Leistungen des Ammoniakverfahrens noch weiter zu informiren, habe er an eine große Anzahl der Verwaltungen von Kühlhausanlagen geschrieben, sie um Auskunft über ihren Betrieb bittend und von 29 derselben, darunter 27 Linde-Anlagen habe er eine durchaus günstige Auskunft erhalten, während nur eine Anlage, d. i. die in Bremen, welche nach Offenbrück'schem Verfahren arbeite, schlechte Erfahrungen aufzuweisen habe. Auf seine jenen Schlachthausverwaltungen gestellten Fragen, ob es wahr sei, daß die Ammoniakmaschine ihre Leistung in kurzer Zeit vermindere, ob die Schlachter mit dem Verfahren zufrieden seien, ob das Ammoniak für das Fleisch schon einmal schädlich geworden sei, ob man das Kühlwasser hinterher zu Schlachthauszwecken noch verwenden könne, seien ihm nur die günstigsten Antworten zugegangen. Eine Anzahl verwende das Wasser zum Verdünnen der Abflusssäure, andere wie Leipzig, Halle, Wiesbaden, Cassel, Hamburg, Eisenach ohne Weiteres für Schlachthauszwecke und Coblenz sogar zur Eisfabrikation. Alle constatiren, daß in der Kühlhalle noch nicht das mindeste vorgekommen sei, weil von dem Ammoniak nichts in die Halle kommen könne. Alle loben das Ammoniakverfahren, einige ganz begeistert, vor Allem werde das Linde-Verfahren gelobt, und die Schlachter seien ausnahmslos zufrieden. Wenn er privatim ein Kühlhaus anzulegen hätte, würde er gar nicht zweifelhaft sein, welches Verfahren er zu wählen habe, er würde nur Ammoniak wählen. Aus allen diesen Gründen habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß er es nicht verantworten könne, einem so bewährten, wie dem Linde'schen Verfahren den Rücken zu kehren und sich einem neuen Verfahren, daß man noch nicht näher kenne und das nichts vortheilhafteres biete, zuzuwenden, nur um eine Aenderung zu machen und um sich auf das Feld des Experimentirens zu begeben. Das koste immer viel Geld und dazu könne er nicht rathen. So lange er als Stadtverordneter die Interessen der Stadt den seinigen gleichzustellen habe, könne er sich darum auch für das hiesige Kühlhaus nur zu Gunsten des Ammoniakverfahrens aussprechen.

Herr Stadtrath Metemeyer will auf die technische Seite der Frage nicht näher eingehen. Wenn aber von Herrn Lange hervorgehoben sei, daß Niedinger nicht die ihm abverlangte Cautionsverpflichtung übernommen habe, so sei darauf zu erwidern, daß sich dieses inzwischen geändert und Niedinger für die Innehaltung der übernommenen Garantien die gewünschte Caution zu stellen sich verpflichtet habe. Auf den Vorwurf des Herrn Lange gegen den Magistrat, daß dieser die Deputation mit Nichtachtung gestraft haben solle, wolle er erwidern, daß der Magistrat zu seinem Be-

schlüsse gekommen sei, einmal weil die Ansichten in der Deputation nicht übereinstimmend gewesen seien und dann auch, weil dieselbe das Ammoniakverfahren wesentlich der geringeren Kosten wegen empfohlen habe und diese Kosten sich jetzt erheblich verschoben haben. Als die Debatte über das zu wählende Verfahren hin und her wogte, habe er dem Sachverständigen, Professor Schöttler, schließlich die Frage vorgelegt, welches System er wählen würde, wenn er für sich eine solche Kühlanlage zu machen hätte. Dieser habe darauf erklärt, da beide Verfahren gut seien, würde er derjenigen Firma, welche die besten Garantien biete und die billigste kalte Luft schaffe, den Vorzug geben. Dieser Standpunkt sei wohl auch der richtige. Was sollte nun aber der Magistrat der Thatsache gegenüber, daß beide Systeme gut seien, machen, da er doch in seiner Mitte keinen einzigen Sachverständigen habe, welcher die Sache vom technischen Standpunkte aus beurtheilen könne. Der Magistrat habe sich gesagt, die Schlachter müssen die Kosten aufbringen und die Innung ersuche, das Kohlensäureverfahren zu wählen, mithin erfülle man ihnen den Wunsch. Gesetzt den Fall, man thue dieses nicht und es passire bei dem Verfahren mit Ammoniak, welches bekanntlich giftig sei, das geringste, so werde dem Magistrat die ganze Schuld in die Schuhe geschoben. Andererseits wollen die Schlachter, obgleich sie wissen, daß bei dem Kohlensäureverfahren die Gefäße unter einem hohen Drucke von 60—70 Atmosphären stehen, dieses Verfahren haben. Darum könne nicht gesagt werden, daß der Standpunkt des Magistrates falsch sei und derselbe sich über den Beschluß der Deputation einfach weggesetzt habe.

Herr Stadtbaumeister Osterloh kann die Firma Riedinger nur als eine durchaus solide bezeichnen, auch seien die von derselben gegebenen Aufschlüsse in jeder Beziehung correct und seiner Ueberzeugung nach hinlänglich beweiskräftig genug dafür gewesen, daß die versprochenen Garantien mit Bequemlichkeit von der Firma innegehalten werden können. Die Abweichung der bezüglich des Kraftverbrauchs bei der Kühlhausanlage in Karlsruhe angegebenen Zahlen von denjenigen, welche hierher geliefert seien, habe darin ihren Grund, daß man in Karlsruhe lediglich eine Fleischkühlhalle besitze und hier noch ein erhebliches Quantum Eis fabricirt werden solle, sodaß der Kraftverbrauch für die hier projectirte Anlage verhältnißmäßig geringer sei. Nehme man bei den Berechnungen die gleichen Grundlagen an, so finde man, daß sich dieselben Zahlen ergeben, welche Riedinger hier geboten habe. Wenn man dann die Frage aufwerfe, ob die Kohlensäuremaschine noch im Stadium des Experimentirens liege, so könne er erwähnen, daß sie in England bereits das Feld erobert habe. Eine große Schiffsgesellschaft sei z. B. jetzt von dem Ammoniakverfahren zu dem Kohlensäureverfahren übergegangen und habe bereits eine größere Anzahl von Fleischtransportschiffen mit Kohlensäuremaschinen ausgerüstet. Von der Firma J. & C. Hall in London seien bereits 140 meist größere Kohlensäure-Kältemaschinen gebaut, die überall vortrefflich

functioniren sollen. Auch die Hamburg-Amerikanische Packetfahrtgesellschaft habe mehrere große Kohlen säuremaschinen von dieser Firma, welche ähnlich arbeitende Maschinen wie Niedinger liefere, fertigen lassen, sodaß man wohl nicht mehr sagen könne, diese Maschine befinde sich noch im Stadium des Experimentirens. Die Vorzüge der Kohlen säuremaschinen seien schon früher von ihm erörtert worden. Besonders hervorzuheben sei nur noch der Umstand, daß das verbrauchte Wasser, welches noch 30—40° Wärme habe, für Schlachthauszwecke unbedenklich verwendet werden könne, wodurch man jährlich 600—800 M spare, und daß ferner das Eis von besserer Beschaffenheit sei als dasjenige, welches mit der Ammoniakmaschine angefertigt werde, da hier Verunreinigungen durch das in der Luft des Maschinenhauses befindliche Ammoniak zu befürchten ständen. Von weiteren Ausführungen wolle er mit Rücksicht auf die lange Dauer der Verhandlungen Abstand nehmen.

Herr Wolle nweber hat seine Ansicht zu Gunsten des Kohlen säureverfahrens nicht geändert, wenn er auch durch die vielen Hin- und Herredereien und namentlich durch die größere Verbreitung und die bessere Standbarkeit des Ammoniakverfahrens manches Mal in seiner Meinung etwas schwankend geworden sei. Obwohl zur Zeit das ältere Ammoniakverfahren eine größere Verbreitung besitze, so glaube er doch, daß dasselbe in zehn Jahren von dem jüngeren Kohlen säureverfahren überflügelt sei. Die Reise nach Dresden, auf welche Herr Lange hingewiesen habe, sei seiner Ansicht nach zu sehr übers Knie gebrochen, da man nur eine Anlage habe besichtigen können. Wenn der Director der Feldschlösschen-Brauerei in Dresden die Deputation nicht in den Kühlraum geführt habe, so lege er sich die Sache so aus, daß der Director in den Besichtigern Concurrenten vermuthet habe, denn die andere Deputation sei hineingekommen, vermuthlich, weil sie einen anderen Eindruck auf den Inhaber gemacht habe. (Heiterkeit.) Die Kühlanlage des Schlachthauses in Dresden habe auf ihn keinen sehr guten Eindruck gemacht, weil die ganze Anlage eine verfehlte sei. Deshalb meine er, daß es besser gewesen wäre, man hätte sich noch einige Kühlhäuser mehr angesehen. Wenn Herr Lange behaupte, Redner habe nach der Besichtigung des Leipziger Kühlhauses erklärt, sich für das Ammoniakverfahren entscheiden zu wollen, so müsse er dem widersprechen. Der Maschinenmeister dieses Kühlhauses habe ihm beispielsweise mitgetheilt, daß dort das Wasser nicht gebraucht werde, während Herr Lange jetzt behaupte, man gebrauche dort das Wasser. Den Nachtheil des Kohlen säureverfahrens, daß dieses unter einem starken Drucke stehe, erkenne er an, dagegen biete es den Vortheil größerer Reinlichkeit und Ungefährlichkeit. Das Ammoniak befördere im Falle einer Explosion schon bei 2% den Tod, während bei geringeren Entweichungen dauernde Krankheiten entstehen können. Sollte nun noch dazu kommen, daß das Ammoniak seinen Weg in die Kühlhalle nehme, so würde der Schaden unermesslich sein und wisse er nicht, wer denselben dann ersetzen solle. Da nun ferner die

Fleischerinnung mit der Anlage zu arbeiten und die Kosten aufzubringen habe, diese aber das Kohlensäureverfahren wünsche, so solle man diesem Wunsche Rechnung tragen. Er empfehle dringend, das Kohlensäureverfahren zu wählen.

Herr Blasius erklärt sich für das Kohlensäureverfahren aus folgenden Gründen: Von Herrn Lange sei richtig auseinandergesetzt, daß es an sich gleichgültig sein könne, welches Verfahren der Kälteerzeugung zu Grunde gelegt werden solle, andererseits beruhe aber der Hauptwerth des Kühlhauses darauf, daß man in demselben zur Conservirung des Fleisches, als des wichtigsten Nahrungsmittels für den Menschen eine Luft habe, die relativ trocken sei (70 — 80 Procent Feuchtigkeitsgehalt), eine Temperatur zwischen $+2$ und $+5^{\circ}$ C., welche möglichst frei sei von Bacterien und Staub. Als festgestellt gelte nun aber, daß dies am Besten zu erreichen sei, wenn man die abgekühlte trockene Luft in das Kühlhaus hineinpumpe, während bei Einleitung von Salzlösungen in Röhren in das Kühlhaus die Luft feuchter bleibe. Wie Herr Wollenweber schon angeführt habe, sei das Ammoniak ein im höchsten Grade giftiges Gas. Da nun aber selbst bei den besten Instrumenten und dem vorsichtigsten Betriebe es vorkommen könne, daß sowohl bei dem Kohlensäure-, als auch bei dem Ammoniakverfahren in den Kühlschlangen etwas durchdringe, so habe dieses beim Einpumpen von kühler Luft bei der Kohlensäure keine Gefahr für das Fleisch in der Kühlhalle, während dasselbe bei eintretendem Ammoniak vollständig verdorben werden könne. Auch die Arbeit bei der Kälteerzeugung sei unter Verwendung von Ammoniak sehr viel gefährlicher, da dieses ein viel giftigeres Gas sei. Vom hygienischen Standpunkte aus könne er sich daher nur für das Kohlensäureverfahren erklären.

Herr Südel ist der Meinung, daß die Versammlung alle Ursache habe, der Deputation und speciell Herrn Lange ihren Dank auszusprechen für die der Stadt gebrachten Opfer, wie man auch Herrn Lange für die vorhin gegebenen Auseinandersetzungen, welche zur Klärung der Verhältnisse wesentlich beigetragen haben, sehr dankbar sein könne. Wenn übrigens Herr Lange der Firma Riedinger den Vorwurf mache, sie sei in ihren ursprünglichen Preisen so erheblich zurückgegangen, so wolle er darauf im Interesse der Firma erwidern, daß dieselbe für den niedrigeren Preis auch andere Maschinen und dergl. liefere, als sie zuerst in Aussicht genommen habe, sodas der Preisrückgang ganz erklärlich und natürlich erscheine. Er könne sodann auch noch erwähnen, daß ein Herr, welcher sich in diese Materie ziemlich genau eingearbeitet habe, auf die Frage nach dem zweckmäßigeren System erklärt habe, er würde dasjenige System wählen, welches ihm die Kälte unter den günstigsten Garantien zu den billigsten Preisen liefere. Jedenfalls sei die Frage, welches das bessere Verfahren sei, weder theoretisch noch praktisch so weit geklärt, um dieselbe richtig beantworten zu können. Die Finanzcommission sei deshalb den Gründen des Magistrates beigetreten und habe sich für das Kohlensäureverfahren

entschieden, weil die Schlachter, für welche die Einrichtung geschaffen werde, die Einführung dieses Systems wünschen.

Herr Müller erklärt sich für das Kohlen säure system. Jedenfalls könne man den Gegnern dieses Systems nur dankbar sein, daß die Sache durch deren Widerspruch bis jetzt verzögert worden, da sich inzwischen die Verhältnisse erheblich geändert haben und die Prüfungszeit nicht nutzlos vorübergegangen sei, indem die städtische Bauverwaltung in der Zwischenzeit wesentliche bauliche Verbesserungen an dem ganzen Anlageprojecte vorgenommen habe. Im Gegensatz zu Herrn Lange rechne er es dem Magistrate hoch an, daß derselbe im Verein mit der städtischen Bauverwaltung seinem ersten, in der Vorlage vom 15. Juli vertretenen Standpunkte treu geblieben sei und sich auch nach weiterer Prüfung dieser Frage für das Kohlen säure system erklärt habe. Der recht erbittert geführte Streit der beiden Kälteerzeugungssysteme müsse die Versammlung gleichgültig lassen, ihr könne und dürfe es nur darauf ankommen, zu überlegen, welches das beste System für das hiesige Schlachthaus sei und sich darnach für dieses System zu entscheiden. Wenn man dieser Sache als Laie gegenüberstehe, so müsse man sich wenigstens an der Hand vorliegender Gutachten maßgebender Persönlichkeiten zu belehren suchen. Und da habe eine Autorität ersten Ranges auf diesem Gebiete, der Professor von Pettenkofer in München ausdrücklich erklärt, daß vom hygienischen Standpunkte aus die Kohlen säure als ein wesentlicher Fortschritt zum Bessern zu betrachten sei. Außerdem habe sich Redner ein Gutachten von einem einheimischen hochgeachteten Chemiker, dem Professor Dr. Beckurts, eingeholt, welcher erkläre, daß das Wasser, welches sich in einem mit Ammoniak gefüllten Raume befinde, rasch mit Ammoniak gesättigt werde und dann völlig unbrauchbar sei, während das Wasser bei der Verwendung von Kohlen säure zu den verschiedensten Zwecken und namentlich auch zur Herstellung von Eis benutzt werden könne; darum müsse er das Kohlen säure verfahren vorziehen. Diese beiden Gutachten von Autoritäten geben jedenfalls zu denken und erleichtern auch dem Uneingeweihten, sich ein Urtheil zu bilden. Im vergangenen Jahre habe sich der Aufsichtsrath der Bierbrauerei Streitberg, welchem er als Mitglied angehöre, in verschiedenen Sitzungen über ein Kälteerzeugungssystem schlüssig zu machen gehabt und ebenfalls der Kohlen säure den Vorzug gegeben. Er lade die Versammlung ein, diese Anlage vom 1. April ab zu besichtigen und werde sich erlauben, bei dieser Gelegenheit einen kühlen Trunk edlen Gerstensaftes zu credenzen. Alles in Allem dürfte es gerathen sein, das Kohlen säure system einzuführen, namentlich wenn man dazu den vom Magistrate angeführten Hauptgrund berücksichtige, daß dem Wunsche der Schlachter, für welche die Anlage ausschließlich bestimmt sei, und die dieselbe rentabel zu machen haben, Rechnung getragen werden müsse. Wenn man das Ammoniak system wider den Willen der Schlachter einführe und es passire ein Unglücksfall, für den er die Verantwortung nicht übernehmen möchte, so könnten mög-

lichterweise die ganzen Kosten weggeworfen sein, indem man vielleicht gezwungen werde, das Ammoniaksystem wieder abzuschaffen und das Kohlen säure system einzuführen. Gegenüber der ferneren Behauptung des Herrn Lange, daß das Linde'sche System eine größere Verbreitung erfahren habe, müsse er bemerken, daß die Erfolge des Kohlen säure systems trotz dieser erdrückenden Concurrenz in der kurzen Zeit seines Bestehens besonders zu denken geben, denn dieses System habe sich während fünf Jahren schon ein bedeutendes Feld erobert, indem nach demselben bereits bis zu 300 Anlagen gemacht seien, sodaß das Verfahren wirklich die größte Aufmerksamkeit verdiene. Schließlich wolle er noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß mit der Herstellung der Anlage recht bald begonnen werde, damit sie wenigstens am 1. August im Betriebe sein könne und daß bei der Beschaffung der Kessel, Maschinen u. s. w. — außer dem Dehne'schen Wasserreinigungsapparate, welcher sich vorzüglich bewährt habe — die einheimische Industrie so weit wie möglich beachtet werde. Er bitte um Annahme der Magistrate'svorlage.

Der Herr Vorsitzende theilt mit, daß ein Antrag auf Schluß der Besprechung eingegangen sei und fragt an, ob Jemand gegen diesen Antrag das Wort nehmen wolle.

Herr Weber bittet, die Besprechung noch nicht zu schließen, da er noch einiges Material vorzutragen habe.

Der Schlußantrag wird darauf angenommen und die Verhandlung über diesen Gegenstand geschlossen. Bei der dann folgenden Abstimmung über die Magistrate'svorlage wird dieselbe, unter Bewilligung der angeforderten Mittel, mit großer Mehrheit genehmigt, so daß sich damit die Versammlung für das Kohlen säure-verfahren entschieden hat.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

II. Verpachtung der Eisenbüttler Mühlen.

Die Firma Habekost & Hahn hat die Eisenbüttler Mühlen bis zum 1. April d. J. für den jährlichen Preis von 3010 M gepachtet. Nach der Ansicht des Magistrate's dürfe es sich empfehlen, eine fernere Verpachtung nur auf zwei Jahre eintreten zu lassen, weil bis dahin entschieden sein werde, ob und mit welchem Erfolge die von dem Oberingenieur Mitgau empfohlene Nutzung der Wasserkraft zur Erzeugung von Electricität stattfinden kann, worüber ein sachverständiges Gutachten eingeholt werden soll. Die genannte Firma ist nun wohl bereit, die Mühlen auch ferner für den bezeichneten Preis in Pacht zu behalten, sie verlangt dann aber, daß eine Reparatur derselben stattfinde und verschiedene Utensilien im Werthe von etwa 3900 M neu hergerichtet werden. Bei der Ungewißheit über die spätere Verwendung der Wasserkraft ist der Magistrat der Ansicht, daß wesentliche Aufwendungen in den Mühlen nicht zu machen sind, die Firma hat sich auf ent-

sprechende Vorstellung daher erboten, die gewünschten Einrichtungen auf eigene Kosten zu beschaffen und die Mühlen gegen ein jährliches Pachtgeld von 1600 M bis zum 1. April 1896 unter den näher bezeichneten Bedingungen zu pachten. Wenn auch diese Pachtsumme als eine sehr geringe angesehen werden müsse, so giebt der Magistrat doch anheim, das Abkommen mit der genannten Firma gutzuheißen.

In der Finanzcommission hat es nach dem Berichte des Herrn Rimpau Befremden erregt, daß das Sachverständigengutachten über die Verwendung der Mühlen zu Elektrizitätszwecken nicht schon längst eingeholt sei, da dieses sich jedenfalls in nicht allzu langer Zeit hätte beschaffen lassen und man dann nicht nöthig gehabt haben würde, die Mühlen auf zwei Jahre zu verpachten. Immerhin empfehle die Commission, dem Abkommen zuzustimmen, da sich die Stadt bei dieser Art der Verpachtung noch am besten stehen werde, indem man ihr keine Opfer zumuthe. Die Mühlen seien der Stadt einst theuer zu stehen gekommen und machen sich bei einem Ankaufspreise von 200 000 M nur sehr mangelhaft bezahlt.

Herr Stadtrath Haake will den letzteren Umstand zugeben, die Mühlen besitzen indessen so veraltete Einrichtungen, daß schon der vorige Pächter dabei zurückgekommen sei. Was die Ausnutzung der Wasserkraft zu elektrischen Zwecken anlange, so sei der Obergeringieur Mitgau nicht so sehr Sachverständiger, um dessen Gutachten als vollständig ausreichend zu erachten; der Magistrat habe daher beschlossen, den Professor Peuckert um Abgabe eines bezüglichen Gutachtens zu ersuchen. Jedenfalls habe man in dieser Sache noch nichts versäumt, weil die Einrichtung der elektrischen Anlage noch nicht so weit gediehen sei. Wenn die Wasserkraft nicht zur Erzeugung von Elektrizität benutzt werden könne, würde die Frage entstehen, ob man die Mühlen ferner noch zu Mahlzwecken benutzen wolle, in welchem Falle größere Aufwendungen zu machen sein würden.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

III. Behandlung der in den vertraulichen Sitzungen gepflogenen Verhandlungen.

Wie der Herr Vorsitzende ausführt, ist ihm von verschiedenen Seiten mitgetheilt worden, daß aus den vertraulichen Sitzungen in die Zeitungen Mittheilungen gebracht seien. Darüber, wie weit diese Veröffentlichungen richtig oder unrichtig gewesen seien, wolle er sich nicht weiter auslassen, sondern er wolle nur mittheilen, welche Praxis bisher in Bezug auf die vertraulichen Sitzungen gehandhabt sei. Bislang habe man es als für nicht unangemessen gehalten, wenn in vertraulichen Sitzungen gefaßte Beschlüsse durch die Presse und durch Gespräche außerhalb der Versammlung bekannt gegeben seien und insbesondere dann nicht, wenn die Beschlüsse ihrer Natur nach ohne Weiteres die Oeffentlichkeit angehen, wie das bezüglich des in der letzten vertraulichen Sitzung gefaßten Beschlusses auf

Verlängerung der Frist zur Einlieferung der Steuererklärungen auch zutreffe. Das Resultat der Berathungen habe man also bisher, wenn nicht die Natur der Sache Discretion nothwendig machte, für öffentlich angesehen, wogegen allerdings nicht für angemessen erachtet sei, wenn Mitglieder der Versammlung oder des Magistrates der Oeffentlichkeit über die Art und den Verlauf der Debatte Einzelheiten übergeben. Es habe das den ganz verständigen Sinn, daß man wohl einmal diese und jene Aeußerungen in vertraulicher Sitzung mache, welche man aber nicht in die Oeffentlichkeit getragen wissen wolle. Wenn solche vertraulichen Mittheilungen z. B. über Steuerangelegenheiten in die Oeffentlichkeit gebracht würden, so habe das den Erfolg, daß Jeder in Zukunft den Mund halten und nichts mehr äußern werde. Bei Befolgung dieser Praxis auch in der Zukunft, möchte er anheimgeben, über den Inhalt, soweit es sich um Debatten handle, Schweigen zu beobachten, während die gefaßten Beschlüsse, soweit sie für die Oeffentlichkeit bestimmt seien, auch weiter mitgetheilt werden können. Das sei seine persönliche Meinung über diesen Punkt.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 6 bis 8 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. März 1894.

Tagesordnung:

I. Antrag Wollenweber: Schaffung eines neuen Ausganges auf dem Centralfriedhofe	Seite 332
II. Gesuch wegen Ueberbrückung der Oker an der Bammelsburgerstraße . . .	" 332
III. Gesuch wegen Niederlegung von Häusern an der Langedammstraße . . .	" 333
IV. Canal in der Wörthstraße	" 335
V. Antrag Müller: Vorrichtungen auf dem fl. Exercierplatze	" 336
VI. Ausleihung eines Hypothekencapitales	" 341
VII. Hundesteuererlaßgesuche	" 341
VIII. Löschung einer Servitut	" 342
IX. Antrag Lange: Fortfall der Auslegung der Steuerlisten	" 342
X. Ermäßigung eines Wegebaufkostenbeitrages	" 348
XI. Abkommen wegen der Truppen-Casernirung	" 348
XII. Neupflasterung der Langedammstraße	" 349
XIII. Das Nachwachswesen der Stadt	" 350
XIV. Erwerb einer Straßenfläche	" 352
XV. Straßenbaufkosten der Nußbergstraße	" 353
XVI. Anschaffung für die Neustadtmühle	" 353
XVII. Proceß wegen Auflassung von Straßenflächen	" 353
XVIII. Neupflasterung der Leopoldstraße	" 354
XIX. Rückzahlung von Canalbaufkosten	" 354
XX. Straßenbaufkosten verschiedener Straßen des ehemal. Kitchengartens . . .	" 354

XXI. Erwerb einer Straßenfläche	Seite 355
XXII. Antrag Hauswaldt: Ablösung der Servitut vom fl. Exercierplatze	" 355
XXIII. Antrag Lord: Beschränkung im Umherlaufen von Hunden	" 355
XXIV. Antrag Gehring: Einfriedigung der Okerböschung an der Ferdinandstraße	" 356
XXV. Anfrage Müller: Pflasterung der nördl. Wilhelmstraße	" 356
XXVI. Mittheilungen des Vorsitzenden	" 357

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer, Heymann, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessoren Heidemeister und Floto.

Entschuldigt für die ganze Sitzung die Herren Blasius, Nieß und Rimpau; für einen Theil der Sitzung Herr Semler.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und heißt zunächst das an Stelle des verstorbenen Stadtv. Wolters gewählte neue Mitglied, Herrn Engelbrecht, in der Versammlung willkommen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Antrag Wollenweber: Schaffung eines neuen Ausganges auf dem Centralfriedhofe.

Ueber diesen in der vorletzten Sitzung eingebrachten und begründeten Antrag — Seite 308 des Berichts — berichtet namens der Baucommission Herr Bültemann I: Der Antrag könne nur die Bedeutung für die Versammlung haben, daß sie sich an die Friedhofs-Deputation wende und dieselbe um Berücksichtigung des Wunsches auf Schaffung eines neuen Ausganges nächst der Stadt ersuche, weil die Versammlung einen Einfluß auf die Verwaltung des Centralfriedhofes nicht besitze. Ein solcher Antrag sei nun aber schon einmal vor längerer Zeit in der Deputation berathen und einstimmig abgelehnt, weil die Controle dann nur noch in dem Falle möglich sei, daß ein besonderes Wärterhaus an dem Ausgange errichtet und mit einem Wärter besetzt werde, was indessen mit zu großen Kosten verbunden sein würde. Die Baucommission habe sich daher einstimmig gegen den Antrag ausgesprochen und beantrage im Einvernehmen mit Herrn Wollenweber, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen, was geschieht.

II. Gesuch wegen Ueberbrückung der Oker an der Bammelsburgerstraße.

Wie Herr Uhde berichtet, hat die Baucommission bei Berathung des in der Sitzung vom 8. Februar d. Js. — Seite 298 des Berichts — erwähnten Gesuches den Standpunkt eingenommen, daß vorläufig zur Ausführung der Brücke kein Geld

vorhanden sei und man sich daher zunächst noch mit dem jetzigen Zustande begnügen müsse, in der Hoffnung, daß sich vielleicht in den Etat für 1895/96 eine Position zur Herstellung der Brücke bringen lasse.

Ueber das Gesuch wird daher mangels eines besonderen Antrages zur Tagesordnung übergegangen.

III. Gesuch wegen Niederlegung von Häusern an der Langedammstraße.

Die Finanzcommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Südel mit dieser, in der Sitzung vom 8. Februar d. Js. bekannt gegebenen Eingabe — Seite 298 des Berichts — bereits vor mehreren Wochen beschäftigt und ist dabei zu der Ansicht gelangt, daß das Opfer für die Stadt, so sehr es auch wünschenswerth sein würde, die betr. Häuser beseitigt zu sehen, bei einem Zuschusse der Anlieger von nur 15 000 M mit 185 000 M zu groß sei. Die Commission habe sich daher dem ablehnenden Standpunkte des Magistrates nur anschließen können, zumal da Letzterer die Verbreiterung der Taschenstraße in Aussicht gestellt habe, und gebe anheim, das Gesuch abzulehnen.

Herr Löschigt muß bedauern, daß die Finanzlage der Stadt nicht zulasse, solches Project zu unterstützen. Da es an einer guten Zugangsstraße vom Osten der Stadt nach dem Centrum fehle, die schmale Langedammstraße aber schon einen starken Wagenverkehr besitze und dort namentlich auch viele Leichenzüge ihren Weg zu nehmen haben, der Verkehr sich dort nach Verlegung des Güterbahnhofes auf den Ostbahnhof noch weiter vermehren werde, so müßte in dieser Gegend etwas zur Schaffung einer besseren Zufuhrstraße geschehen. Zur Zeit lasse sich dort noch etwas mit verhältnißmäßig geringen Opfern erreichen, aber später werde man die doppelten Kosten zu tragen haben. Bei der Sonnenstraße liegen die Verhältnisse ähnlich. Man habe sich damals gescheut, für die Verbreiterung derselben etwas zu thun und heute bereue man jedenfalls schon, dieses versäumt zu haben. Es wäre zu wünschen, in der vorliegenden Sache die Verbreiterung nicht aus den Augen zu lassen, wenn sie auch viel Geld kosten möge. Da in dieser Beziehung schon viel gesündigt worden sei, so möchte er es nicht verantworten, die Straßenverhältnisse hier in ihrem alten haltlosen Zustande zu belassen. Ueber die Bebauung des Fleckens am Hohenthore wundere sich die Bürgerschaft ebenfalls, darum solle man hier nicht etwas Aehnliches schaffen.

Herr Wollenweber ist unangenehm davon berührt, daß der Magistrat und die Finanzcommission sich dem Projecte gegenüber direct ablehnend verhalten haben, obwohl sich nicht allein die nächsten Anlieger, sondern selbst die Anwohner bis zum August- und Magnithore hinauf, ja die ganze Stadt für dasselbe interessirt haben. Die Verkehrsverhältnisse seien dort sehr schlecht und müßten früher oder

später doch gebessert werden. Die Kuhstraße bilde mit der Taschen- und Langedammstraße die nächste Verbindung zwischen dem Augustthore und dem Wohlwege und habe einen sehr lebhaften Wagen- und Fußgängerverkehr, darum sei eine Verbreiterung derselben nöthig, damit die fortwährenden Zusammenstöße und sonstigen Unannehmlichkeiten einmal aufhören. Wenn man die Taschenstraße verbreitern wolle, so bleiben schließlich doch nur wenige Häuser von der Westseite derselben zum Spektakel stehen, es sei daher besser, hier gleich gründlich Abhilfe zu schaffen. Der Verkehr vom Hohen- und Wilhelmithore ziehe sich in Folge der schlechten Straßenverhältnisse am Magnithore schon mehr und mehr über den weitergelegenen Steinweg hin. Hier müßte aber Wandel geschaffen werden, zumal da der Centralfriedhof und demnächst der Ostbahnhof einen starken Verkehr bringen. Wenn die Stadt jetzt auch ein großes Opfer zu bringen habe, so werde dasselbe nach 10–15 Jahren, wo es doch gebracht werden müsse, noch viel größer sein. Dazu komme noch, daß gerade diese Gegend schon von früherer Zeit her ein Pfuhl der Seuche gewesen sei und man daher auch aus diesem Grunde Abhilfe schaffen müsse. Die Versammlung möge deshalb dafür sorgen, daß dieser Häuserblock beseitigt werde, die Sympathie der ganzen Stadt stehe hinter ihr.

Herr Hauswaldt will mittheilen, daß bei dem ersten Auftauchen des Wunsches nach Niederlegung des Häuserblocks eine Anzahl von Mitbürgern zu ihm gekommen sei, um ihn für die Sache zu interessiren. Er habe den Herren erwidert, daß es seiner Meinung nach unnöthig sei, für dieses Project noch Freunde zu gewinnen, da eine Stadtverordneten-Versammlung, welche Geld für die Verbreiterung der Fallerkleberstraße übrig habe, auch für solchen nothwendigen Zweck Geld zur Verfügung haben müsse. (Beifall im Zuhörerraume.)

Der Herr Vorsitzende ersucht das Publicum, sich jeder Beifalls- oder Mißfalls-Äußerung zu enthalten, widrigenfalls der Zuhörerraum geräumt werden müsse.

Herr Hauswaldt (fortfahrend): Nun sei ja in der Behandlung der beiden Sachen insofern ein Unterschied zu constatiren, als die Fallerkleberstraßen-Angelegenheit der Baucommission und diese Sache der Finanzcommission vorgelegen habe, die Anschauungen beider aber auseinander zu gehen scheinen. Er habe den Interessenten damals gesagt, daß bei der augenblicklichen Finanzlage der Stadt auf ein Opfer von gegen 200 000 M nicht zu rechnen sei und man dieses auch von der Allgemeinheit nicht verlangen könne. Wohl aber könne und müsse die Allgemeinheit in der Lage sein, überhaupt ein Opfer zu bringen, denn nicht nur die sogenannten Interessenten, sondern auch die Allgemeinheit habe ein Interesse daran, dort eine bequemere Verbindung zu erhalten. Er möchte deshalb der Versammlung vorschlagen, das Gesuch nicht einfach abzulehnen, vielmehr folgendem Antrage zuzustimmen:

Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich bereit, ein Opfer für die Entfernung des Häuserblocks an der Läschenstraße zu bringen, erwartet jedoch, daß die Interessenten die Sache selbst in die Hand nehmen und sich mit einem angemessenen Zuschusse begnügen.

Von der Angabe einer bestimmten Summe, welche die Stadt zuschießen könne, möchte er absehen und dieses der weiteren Erwägung überlassen. Er wolle mit seinem Antrage den Beweis erbringen, daß die Versammlung vollkommen auf der Seite der Gesuchsteller in dem Verlangen stehe, den Häuserblock zu beseitigen und dort einen Durchgang zu schaffen, daß sie aber eine ins Unendliche gehende Verpflichtung der Stadt zur Tragung der Kosten nicht anerkennen könne. Wenn in der Sache durch ein Comité weiter agitirt werde, so lasse sich die Niederlegung vielleicht mit einem städtischen Zuschusse von 120 000 M durchführen.

Herr Südel will noch hervorheben, daß die Sache in dem Sinne der Voredner auch in der Finanzcommission eingehend beleuchtet sei. Wenn die Commission die Entfernung des Blocks auch für wünschenswerth erachtet habe, so sei aber auf der anderen Seite betont, daß sich mit solcher Niederlegung noch nicht das erreichen lasse, was gewünscht werde. Die an die Stadt gestellte Forderung von 185 000 M sei als übertrieben zu bezeichnen, trotzdem habe aber der Hauptantragsteller, Fabrikant Lüders, erklärt, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, mehr als 15 000 M Zuschuß der Anlieger aufzubringen. Nun komme noch dazu, daß einer der Hauptinteressenten inzwischen sein Haus niedergelegt und an dessen Stelle ein vierstöckiges Haus errichtet habe, welches bei Durchführung des Hauswaldtschen Antrages wieder niedergerissen werden müsse. Es erscheine ihm deshalb die Annahme desselben in jeder Beziehung bedenklich.

Herr Rieke erklärt, daß er sich ursprünglich für die Niederlegung des Blocks schon wegen der dort vorhandenen engen Höfe interessirt habe, daß er es aber als einen Vandalismus ansehen müsse, wenn man das heute gerichtete vierstöckige Gebäude wieder niederreißen und den Bauunternehmer auch hierfür noch schmieren wolle. Hätte man die Sache sofort bei Niederlegung des sogenannten „schiefen Ständers“ erledigt, würde er dafür eingetreten sein.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird — nachdem Herr Löschigt seinen Antrag zurückgezogen hatte — sowohl der Antrag der Commission wie derjenige des Herrn Hauswaldt abgelehnt, womit die Sache materiell als erledigt betrachtet wird.

IV. Canal in der Wörthstraße.

Der Bauunternehmer Rosenthal hat gebeten, die östliche Strecke der Wörthstraße zum Zwecke der Entwässerung seiner beiden daselbst errichteten Gebäude mit einem Abzugscanale zu versehen. Da indessen durch die von den beiden Gebäuden auf-

kommende Canalsteuer eine angemessene Verzinsung des zu 2800 M veranschlagten Anlagecapitals nicht erzielt wird, so hat sich Rosenthal bereit erklärt, den nach Abzug der Canalsteuer beider Häuser von den vierprocentigen Zinsen des Anlagecapitals sich ergebenden Fehlbetrag alljährlich zu zahlen und zur Sicherung der Stadtgemeinde auf sein Grundstück eine Cautionshypothek eintragen zu lassen. Der Magistrat empfiehlt, dieses Anerbieten zu genehmigen und sich mit der Eintragung einer Hypothek von 3000 M, sowie mit der Herrichtung des Canals einverstanden zu erklären.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Meyer befürworten.

Herr Bues fragt an, ob es nicht möglich sei, bei dieser Gelegenheit gleich die Gas- und Wasserleitung mit zu legen, da die Anwohner der Straße solche noch entbehren. Wenn gemäß dem Ansuchen des Meß- und Marktvereins der Leonhardsplatz Wasserleitung erhalte, könnte die Wörthstraße auch mit berücksichtigt werden.

Herr Stadtrath Netemeyer erwidert, daß es technisch nicht zulässig sei, mit dem Canale gleichzeitig die Gas- und Wasserrohre zu legen. Da die Rohre doch in verschiedene Gräben kommen, so sei es finanziell auch gleichgiltig, ob dieselben gleichzeitig oder hinter einander gelegt werden. Außerdem erfolge die Legung von Gas- und Wasserrohren nur da, wo die Voraussetzungen zutreffen, was bei der Wörthstraße noch nicht der Fall sei.

Die Magistratsvorlage wird genehmigt.

V. Antrag Müller: Vorrichtungen auf dem fl. Exercierplatze.

Der in der Sitzung vom 8. Februar d. Js. gestellte und begründete Antrag — Seite 312 des Berichts — zerfällt, wie Herr Wagner namens der Finanzcommission berichtet, in zwei Theile. Einmal handle es sich um die Anlage einer Bedürfnisanstalt am fl. Exercierplatze und stimme die Versammlung diesem Theile des Antrages vollständig bei. Die Errichtung derartiger Anstalten müsse in einer Großstadt immer für nöthig erachtet werden, namentlich in solchen Gegenden, wo auf eine größere Entfernung eine Anstalt nicht zu finden sei. Es werde daher dringend empfohlen, zuzustimmen, daß an irgend einer Seite des Platzes eine Bedürfnisanstalt errichtet werde. Von Seiten des Magistrats sei in der Commissionsitzung mitgetheilt, daß die Bestandtheile einer solchen Anstalt noch vorrätzig liegen und dieselbe sich daher ohne große Kosten werde herrichten lassen. Auch habe der Magistratsvertreter erwähnt, daß es erwünscht wäre, noch an weiteren Plätzen der Stadt Bedürfnisanstalten zu errichten, namentlich aber an der Kaiser-Wilhelmstraße, bezw. in der Nähe des Hoftheaters, und daß in nächster Zeit entsprechende Anträge des Magistrates zu erwarten seien.

Was den zweiten Theil des Antrages, die Anbringung von Warnungstafeln, betreffe, so empfehle die Finanzcommission denselben ebenfalls zur Annahme. Die Verhältnisse des Exercierplatzes liegen eigenthümlich: Die Militairbehörde habe ebenso wie die Stadtverwaltung gewisse Rechte an demselben und komme man dabei oftmals in Collision. Der Platz sei ungefähr zu drei Viertheilen dem Militair zur Verfügung gestellt, während der Rest von dem Militair für die Jugendspiele freigehalten werden müsse. Hierbei kommen nun seitens des Militairs häufig Ueberschreitungen vor, indem auch der für die Stadt reservirte Theil des Platzes von demselben benutzt werde. Darum erscheine es sehr angebracht, diesen vom Militair freizuhaltenen Theil durch Tafeln kenntlich zu machen. Die Finanzcommission empfehle, an zwei Stellen des Platzes Tafeln mit entsprechender kurzer Aufschrift anzubringen.

Herr Lord kann die Annahme des ersten Theiles des Antrages schon im Interesse der den Platz zu den Jugendspielen aufsuchenden Schüler befürworten. Dagegen müsse er sich gegen den zweiten Theil aussprechen, weil die Anbringung von zwei Warnungstafeln doch zwecklos sei, denn der Reiter, welcher von der Westseite des Platzes komme, sehe die Tafeln erst, nachdem die Ueberschreitung schon stattgefunden habe. Der Platz sei ja auch schon durch zwei Steine abgegrenzt worden. Seiner Ueberzeugung nach bestche bei der vorgelegten Militairbehörde das eifrigste Bestreben, die Zustände zu regeln, wie auch schon aus dem an den Magistrat gerichteten Schreiben des Divisions-Commandeurs von Bod (Seite 120 des Berichts) hervorgehe, indessen stoße die Behörde dabei auf große Schwierigkeiten, da ihre Anordnungen hauptsächlich auch von den Officieren nicht gehalten werden. Erst gestern Morgen habe er wieder einen Hauptmann über den Platz reiten sehen, was überhaupt sehr häufig geschehe. Darum möchte er den Wunsch aussprechen, daß die Mitbürger die Sache selber in die Hand nehmen und dort etwas Controle ausüben, denn eher werde man doch nicht zum Ziele gelangen. Mit etwas Geduld hoffe er auf diese Weise am ehesten Abhilfe zu schaffen. Er empfehle also, diesen Theil des Antrages abzulehnen, weil solche Anordnung den bestehenden Verhältnissen gegenüber für überflüssig und zwecklos gehalten werden müsse.

Herr Meyer hoff hat die Beobachtung gemacht, daß hauptsächlich die Officiersburschen die Vorschrift überschreiten, indem sie den ganzen Platz als Reitbahn benutzen. Dagegen ließe sich nur dann etwas machen, wenn die Polizeibeamten und die Anwohner alle Ueberschreitungen zur Anzeige brächten. Die Officiere dürften seines Wissens überhaupt nur im Dienste auf dem Platze reiten. Er halte es aber für zweckmäßig, die Warnungstafeln nicht nur an den Grenzstellen, sondern auch an zwei weiteren Stellen, namentlich dem Catharinenfriedhofe gegenüber anzubringen, damit sie von Jedem, möge er von einer Seite kommen, von welcher er wolle, leicht wahrgenommen werden.

Herr Böschigt steht auf dem Standpunkte des Vorredners. Da es ihm früher einmal persönlich passirt sei, daß ihm bei dem Ueberschreiten des Platzes vom Polytechnicum nach dem Büldenwege ein Hauptmann die Weisung gegeben habe, es dürfe Niemand über den Exercierplatz gehen, so möchte er die Anfrage an den Magistrat richten, ob es den Bürgern überhaupt gestattet sei, den Platz zu überschreiten, sobald das Militair dort exerciere. Damals habe er persönlich bei dem Regiments-Commandeur Beschwerde über das Vorgehen des Hauptmanns geführt.

Herr Stadtrath von Frankenberg muß es für ganz selbstverständlich halten, daß dieser Platz von Civilisten durchquert werden dürfe, da auch ein Weg über denselben führe und es sich wohl vermeiden lasse, daß in dieser Beziehung eine Collision vorkomme. Was die Bemerkung des Herrn Meyerhoff betreffe, daß die Militairpersonen dort nur im Dienste reiten dürfen, so befinde sich Herr Meyerhoff dabei im Irrthume. Nach dem Vertrage vom 1. April 1878 werde das Reiten dort für Civilpersonen unbedingt untersagt, während auf dem für die Jugendspiele reservirten Theile des Platzes auch den Militairpersonen das Reiten nicht gestattet sei. Dagegen habe man dem Militair erlaubt, den ihm eingeräumten Theil des Platzes auch für die außerdienstliche Thätigkeit zu benutzen.

Herr Günther ist zwar auch der Meinung, daß die Belehrungstafeln nicht viel nützen werden, will aber doch für die Anbringung derselben stimmen. Um nun zu verhüten, daß die Tafeln übersehen werden, bitte er, dieselben möglichst groß zu machen, damit Jeder auf den ersten Blick wisse, wo die Grenze liege. Zweckmäßig würde es ihm erscheinen, an der Grenze eine mechanische Vorrichtung anzubringen, durch welche Jeder, der die Grenze überschreite, einen „Klapp“ erhalte. (Heiterkeit.) In diesem Falle handle es sich auch wieder einmal um die Sünden der Väter, denn wenn die städtischen Behörden seiner Zeit nicht zu Kreuze gekrochen wären, würden die Verhältnisse anders liegen. Von der Militairbehörde sei der ursprünglich der Hägener Gemeinde gehörende Platz in Folge langjähriger Benutzung einfach mit Beschlagnahme belegt und hinterher der Stadt gesagt, der Platz würde doch benutzt werden, auch wenn die Stadt dieses nicht wolle. Die Stadtbehörde habe dann klein beigetragen und sei froh gewesen, daß ihr wenigstens ein kleiner Theil desselben überlassen worden. Ein wirkliches Recht der Militairbehörde an dem Platze existire aber nicht. (Widerspruch.) Auf der anderen Seite dürfe man es wohl sonderbar, ja stark nennen, wenn von der Militairbehörde behauptet werde, die Civilisten hätten kein Recht über den Platz zu gehen. Er stimme also beiden Anträgen zu.

Herr Stadtrath von Frankenberg möchte constatiren, daß in dem Vertrage ausdrücklich erwähnt werde, der Platz wäre seit unvordenklichen Zeiten zu

Truppenübungen benutzt. Der Vertrag stelle also nichts anderes dar, als den Niederschlag des Rechtsverhältnisses, wie es seit unvordenklichen Zeiten bestanden habe.

Herr Müller will nochmals für seine beiden Anträge eintreten. Aus den von ihm eingesehenen Acten gehe klar hervor, daß der Stadt das Eigenthum an dem Platz zuerkannt sei und die Militairbehörde drei Viertel, die Stadt aber ein Viertel desselben in Benutzung habe. Den ersten Theil des Antrages möchte er aus ästhetischen Rücksichten und den zweiten Theil aus dem Grunde empfehlen, weil die Tafeln, wenn sie an passender Stelle angebracht werden, doch wohl Veranlassung geben, das unbefugte Betreten des Platzes zu verhüten. Die Verhältnisse des Platzes haben sich nun aber in den 16 Jahren seit Abschluß des Vertrages ganz wesentlich geändert. Früher habe derselbe an der nördlichen Peripherie der Stadt gelegen und jetzt sei er in Folge Ausdehnung der Stadt mehr und mehr in dieselbe hineingerückt. Wie nun das Gerücht gehe, solle der Platz jetzt nur noch sehr wenig, ja fast gar nicht mehr vom Militair benutzt werden und sei dem Vernehmen nach auch für die Officiere der Befehl ergangen, denselben weder zum Exercieren, noch zum Ueberschreiten mit großen Truppenmassen in Anspruch zu nehmen. Der Platz genüge der Militairbehörde eben schon deshalb nicht mehr, weil er zu sehr in der Stadt liege und die vielen Zuschauer unbequem werden. Es müsse dankend anerkannt werden, daß die Militairbehörde den Platz zur Vermeidung von Conflicten mit dem Publicum meide. Dadurch werde derselbe mehr als bisher der Jugend zu ihren Spielen eingeräumt und durch solche Benutzung leiste man dem Vaterlande auch einen Dienst, indem der Jugend Gelegenheit geboten werde, ihre Kräfte zu stärken. In Anerkennung dieser Verhältnisse habe dann auch der preußische Kriegsminister unterm 9. Mai 1892 angeordnet, daß der Benutzung von der Militair-Verwaltung allein gehörenden Exercierplätzen zu Jugendspielen nichts entgegenstehe, sobald das General-Commando seine Genehmigung gegeben habe und der Platz nicht ruinirt werde. Auch seitens der Staatsminister von Boetticher und Bosse erfahre der Gedanke der Jugendspiele in jeder Beziehung Förderung. Da nun der Platz einmal vorhanden sei, während andere Städte sich solchen erst für theures Geld kaufen müssen, die Militair-Verwaltung aber Plätze genug habe und die hiesige Garnison-Verwaltung sich den hier geäußerten Wünschen nicht verschließen werde, so erscheine es ihm möglich, daß Letztere den Platz vielleicht bedingungsweise, unter Wahrung ihrer Rechte, der Stadt zur Abhaltung der Jugendspiele und turnerischer Uebungen ganz überlasse. Die ganze Bürgerschaft werde der Militair-Verwaltung für solches Entgegenkommen zu Dank verpflichtet sein. Darum möchte er an den Magistrat die Bitte richten, in Erwägung zu nehmen, ob es nicht angezeigt erscheine, mit der Militair-Verwaltung unter diesen veränderten Verhältnissen in Verhandlung zu

treten und zu versuchen, ob der Platz nicht ganz für die Stadt zu bekommen sei. Die Bemühungen würden hoffentlich von Erfolg begleitet sein.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Eigenthumsverhältnisse des kl. Exercierplatzes seien früher bestritten und dunkel gewesen, durch den Vertrag vom 1. April 1878 aber geklärt worden. In diesem Vertrage habe die Militair-Verwaltung anerkannt, daß der Stadt das Eigenthumsrecht an dem Platze zustehe, während die Stadt ihrerseits anerkannt habe, daß dieses Eigenthum bestimmten Beschränkungen unterliege. Es sei mit der Militair-Verwaltung vereinbart, daß zwei Drittel des Platzes derselben zur Abhaltung von Manövern und Exercierübungen eingeräumt werden, während der andere, westlich gelegene Theil des Platzes für die Jugend der Mitbürger reservirt bleibe. Der größere Theil des Platzes sei also der Militair-Verwaltung zur Benutzung überwiesen und daraus folge ohne Weiteres, daß eine Bewegung des Publicums auf diesem Theile des Platzes nur insoweit stattfinden dürfe, als die militairischen Uebungen nicht darunter leiden. Wenn einmal Ueberschreitungen von einzelnen Militairpersonen vorkommen, so dürfte davon eigentlich nicht gar zu viel Aufhebens gemacht werden; es sei immer zu bedenken, daß die Stadt kein Recht an den anderen beiden Dritttheilen des Platzes in Bezug auf freie Benutzung habe und sie jedes Mal, wenn sie dort Volksspiele abhalten oder den Platz zu sonstigen Zwecken benutzen wolle, mit der Militair-Verwaltung in Verhandlung treten müsse. Hierbei sei nun aber besonders zu constatiren, daß die Militair-Verwaltung die Wünsche des Magistrates stets mit hervorragendem Entgegenkommen erfüllt habe, und dürfe man daher auch stadtseitig die Zügel nicht zu schroff anziehen wollen.

Herr Hauswaldt möchte anfragen, ob es nicht möglich sei, den für die Stadt reservirten Theil des Platzes abzupfählen, oder ob die Militair-Verwaltung berechtigt sei, auch diesen Theil bei größeren Truppenbewegungen zu benutzen. Wenn er nun auch den enormen Glauben des Herrn Müller, daß die Militair-Verwaltung aus angeborener Liebenswürdigkeit den Platz hergebe, nicht theile, so sei er andererseits doch überzeugt, daß man der Sache näher kommen würde, wenn der Magistrat der Militair-Verwaltung eine greifbare directe jährliche Abstandssumme für die Freilaßung des Platzes bieten wolle. Die Militair-Verwaltung werde sich so wie so wohl einen anderen Übungsplatz schaffen und bei der bekannten Sparsamkeit derselben seien derartige Summen immer sehr gern gesehen. Darum bitte er den Magistrat, durch Gewährung einer jährlichen Summe die Last von dem Platze abzulösen. Ehe sich die Stadt von der Militair-Verwaltung in dieser Beziehung nicht gänzlich getrennt habe, werde nie Frieden auf dem Platze sein. Die Bürgerschaft würde gewiß einige hundert Thaler gern bezahlen, wenn sie dafür den ganzen Platz erhielte und der bisherigen Unannehmlichkeiten überhoben wäre. Er behalte sich vor, einen dahingehenden selbstständigen Antrag zu stellen.

Herr Rieke hat keinen großen Glauben an die von Herrn Müller mitgetheilten Verordnungen. Er wolle hierbei nur an das Schießen auf dem Casernenhofe und andere derartige Dinge erinnern, die auch nicht abgestellt werden. Was nütze Jemandem ein Haus, in dem sich jeder Fremde umhertummeln könne. Das seien Mißverhältnisse, die sich auch nicht durch Tafeln beseitigen lassen. Damals sei es leider abgelehnt, einen Proceß anzustrengen und die Eigenthumsrechte an dem Platze zu wahren, der Militairfiscus habe aber noch niemals einen Exercierplatz geboren, sondern der Platz gehörte der Hügener Gemeinde. Besser wäre es schon gewesen, wenn Herr Müller den Antrag gestellt hätte, sich mit dem Militairfiscus wegen des Platzes abzufinden, weil derselbe jetzt mitten in der Stadt liege. Die Ablösung der Servitut sei eine Nothwendigkeit, um die man doch nicht wegkomme. Wenn man dort Warnungstafeln errichte, würde Alles beim Alten bleiben. Der Platz müsse aber der Jugend erhalten bleiben. Anders liege es mit der Bedürfnisanstalt, die dort groß nöthig sei und deren Errichtung er nur zustimmen könne.

Bei der dann folgenden Abstimmung wird die Errichtung einer Bedürfnisanstalt, sowie die Anbringung von Warnungstafeln und zwar an geeigneten Stellen des Kl. Exercierplatzes genehmigt.

VI. Ausleihung eines Hypothekencapitales.

Die Ehefrau des Maurers Friß Thiele in Wolfenbüttel hat ersucht, ihr auf das an der Carlstraße Nr. 48 gelegene Grundstück eine Hypothek von 30000 M. zu bewilligen und giebt der Magistrat anheim, in Genehmigung dieses Gesuches der Frau Thiele gegen $4\frac{1}{4}$ procentige Verzinsung das gewünschte Capital unter den üblichen Bedingungen herzuliehen,

was auf Befürwortung des Herrn Voller beschloffen wird.

VII. Hundesteuererlaßgesuche.

Wie Herr Müller berichtet, ist die Ehefrau des Tischlers Bosse um Rückerstattung von zehn Mark Hundsteuer vorstellig geworden. Die Genannte hat am 27. Januar d. Js. für ihren Sohn einen Hund angemeldet und die Steuer von zehn Mark in der Annahme entrichtet, daß dieselbe damit bis Ende December bezahlt sei. Da sie nun in Erfahrung gebracht habe, daß die gezahlte Steuer nur bis zum Ende des Rechnungsjahres, also bis Ende März d. Js. angerechnet werde, so sei der Hund innerhalb vier Wochen wieder abgeschafft. Das Gesuch wird zur Annahme befürwortet und von der Versammlung genehmigt.

Dagegen lehnt dieselbe die ferneren Gesuche um Befreiung von der Besteuerung eines Wachhundes des Gärtners Karl Meyer, des Arbeiters Friß Stallmann und des Notendruckers - Karl Wolff, in Befolgung der bisherigen Praxis ab.

VIII. Löschung einer Servitut.

Die Stadt hat im Jahre 1885 von dem zum Zwecke der Verbreiterung der Leonhardstraße angekauften Wollemannschen Garten eine verfügbar gebliebene Theilfläche von 1 a 75 qm an die inzwischen verstorbene Ehefrau des Marktmeisters Winterbeck verkauft. In den betr. Kaufvertrag ist behufs Beseitigung von Differenzen mit dem derzeitigen Eigenthümer des benachbarten Grundstückes die Bestimmung aufgenommen, daß die verkaufte Fläche von der Straßengrenze bis zu einer bestimmten Linie ohne Genehmigung des Magistrates nicht bebaut werden dürfe und es ist diese Baubeschränkung als dingliche Last auf das fragliche Grundstück eingetragen. Da der Magistrat kein Interesse mehr an der Aufrechthaltung dieser Bestimmung hat, auch von dem betr. Nachbar erklärt worden ist, daß er allerdings lieber sehen würde, wenn die Fläche unbebaut bleibe, daß er indessen anerkennen müsse, das Gegentheil nicht hindern zu können, so giebt der Magistrat anheim, dem Ansuchen Winterbeds zu entsprechen und in die Löschung der Servitut zu willigen.

Die Statutencommission läßt die Vorlage durch Herrn Wolff befürworten und die Versammlung genehmigt dieselbe.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

IX. Antrag Lange: Fortfall der Auslegung der Steuerlisten.

Der Antrag ist nach dem Berichte des Herrn Wolff wiederholt in der Statutencommission durchberathen und hat dieselbe schließlich unter Zustimmung des Herrn Lange mit Mehrheit beschloffen, der Versammlung folgende Anträge zu empfehlen:

- 1) Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß dem §. 187 der Städteordnung folgende Bestimmung zugefügt wird:
„Es sind jedoch die städtischen Behörden befugt, zu beschließen, daß die Auslegung der Listen unterbleibe.“
- 2) Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, Höchsten Ortes die Befreiung der hiesigen Stadt von der Verpflichtung zur Auslegung der Listen für dieses Jahr im Wege der Dispensation herbeizuführen.

Aus der Berathung des Antrages sei Folgendes hervorzuheben. Seitens des Antragstellers und einiger Commissionsmitglieder werde der Standpunkt vertreten, daß die Auslegung der Listen überall sich mit der Selbstschätzung nicht vertrage. Man sei von Seiten dieser Herren davon ausgegangen, daß in der Selbstschätzung

eine Bethätigung liege, welche unbedingtes Vertrauen beanspruchen müsse und mit welchem eine derartige Controle absolut unvereinbar sei. Andere Mitglieder der Commission haben erwogen, daß die Auslegung der Listen unter allen Umständen bei dem bisherigen Veranlagungsverfahren so gut, wie bei der Selbstschätzung den Vortheil der Controle Seitens der Mitbürger biete. Schließlich sei aber von der Mehrheit anerkannt, daß diese Controle nur einen sehr geringfügigen Werth habe, da die Fälle, in welchen eine thatsächlich wirksame Controle geübt worden, nur gering seien; während die Zahl derjenigen Mitbürger, welchen jetzt von Amtswegen die Schätzung der Bürger zustehe, eine recht große sei und durch das Besprechen zweifelhafter Schätzungen in der Commission eine gewisse Gewähr für deren Richtigkeit geschaffen werde. Andererseits sei dann auch geltend gemacht, daß eine außerordentliche Gefährdung in der Auslegung der Listen liege, indem für die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden sehr häufig die öffentliche Kenntniß ihres Einkommens ein höchst gefährliches Ding sei und insbesondere die Creditgewährung dabei in Frage komme. Bei Stellung des zweiten Antrages habe man erwogen, daß auf eine Aenderung der Gesetzgebung angesichts der vorliegenden Verhältnisse alsbald nicht zu rechnen sei und daher die gesetzlich zulässige Dispensation auf Antrag des Magistrates für dieses Jahr wohl eintreten könne. Die Minorität habe die Ansicht vertreten, daß die Auslegung der Listen unter allen Umständen auch bei der Selbstschätzung gefordert werden müsse. Insbesondere sei von einem Mitgliede hervorgehoben, daß diese Angelegenheit gar nicht öffentlich genug gemacht werden könne. Bei der Selbstschätzung seien auch schon ganz erheblich zweifelhafte und zu beanstandende Ergebnisse zu Tage getreten, indem namentlich von einer Classe hiesiger Einwohner eine Schätzung vorgenommen sei, welche den Verdacht einer, wenn nicht absichtlichen, so doch fahrlässigen Unterschätzung in sich berge.

Herr Günther muß sich gegen den Commissionsantrag erklären, da er keine Gefahr in dem Auslegen der Listen erblicken könne, wohl aber die Nothwendigkeit solcher Maßnahme anerkenne. Es handle sich durchaus nicht um die Auslegung der Einschätzungslisten, gegen die er sich erklären würde, sondern um die Auslegung der Steuerlisten. Gefährlich könnte dieselbe, wie ihm ein hiesiger Herr gesagt habe, nur für Väter heirathsfähiger Töchter insofern sein, als der zukünftige Eidam in den Steuerlisten sich nach dem Vermögen des zukünftigen Schwiegervaters umsehen und bei nicht befriedigenden Verhältnissen zurücktreten könne. Dieser Grund vermöge ihn indessen nicht zu bewegen, für den Commissionsantrag zu stimmen.

Herr Lord hat den Antrag bei seiner Einbringung bekämpft und steht noch auf demselben Standpunkte. Die von ihm in der Einschätzungscommission gesammelten Erfahrungen erfordern dringend, daß das Gesetz bestehen bleibe, und

müsse er bestreiten, daß die Controle, welche durch Auslegung der Listen geübt werde, ohne Einfluß auf die Bürgerschaft bleibe. Schon die Furcht vor der Controle thue in dieser Beziehung viel. Wenn nun geltend gemacht werde, daß die Auslegung der Listen für den Credit der Geschäftsleute gefährlich sein könne, so sei ihm als Vorsitzenden der größten Einschätzungscommission nicht ein einziger Fall vorgekommen, in welchem Jemand gesagt habe, es würde für diesen oder jenen Steuerpflichtigen gefährlich sein, wenn die Bürgerschaft erführe, wie er stände. Solche Geschäftsleute, welche glauben, ihr Credit könnte durch die Auslegung geschädigt werden, würden gern eine höhere Steuererklärung abgeben. (Widerspruch.) Das sei bislang ganz notorisch gewesen. Dieser Grund erscheine ihm also auch hinfällig. Eigenthümlich wolle es ihm auch vorkommen, wenn man jetzt den Gesetzgeber schon angehe, eine wesentliche Bestimmung der Städteordnung wieder aufzuheben. Er bitte daher um Ablehnung des Antrages.

Herr Löschigk kann diesen Standpunkt nicht theilen. Wenn gesagt werde, es möge sich Jemand, der seinen Credit geschädigt glaube, höher einschätzen, so müsse gerade dieses höhere und niedere Einschätzen bekämpft werden. (Widerspruch.) Eine höhere Einschätzung sei ebenso verwerflich, wie eine zu niedere Einschätzung, und streue man dadurch den Leuten nur Sand in die Augen. Ein Geschäft könne in seinen Einnahmen von einem Jahre zum anderen erheblich schwanken und würde dasselbe doppelt geschädigt werden, wenn der Inhaber zur Befräftigung seiner Einschätzung die Geschäftsbücher vorlegen und deren Inhalt preisgeben müßte. Die Concurrrenz sehe die Listen ein, auch gehe die Höhe des Einkommens in die Auskunftsbüreaus über und schließlich heiße es von Jemand, der etwas zurückgegangen, es müsse faul mit ihm stehen. Er bitte deshalb, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Rudeloff bekennt sich zu der Mehrheit der Commission. Die Listenauslegung von früher und von jetzt sei etwas ganz Verschiedenartiges. Die Controle, welche früher der Listenauslegung zugeschrieben sei, habe sich nur gegen die Schätzung einer Commission gerichtet, während sie sich jetzt direct gegen Diejenigen wende, welche sich zur Steuer eingeschätzt und die auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung erklärt haben, ihre Angabe nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben. Während früher die Controle lediglich sachlicher Natur gewesen sei, so habe sie doch jetzt einen ganz bedenklichen persönlichen Beigeschmack erhalten. Jeder Zweifel an der Richtigkeit einer Steuereinschätzung schließe jetzt gewissermaßen auch einen Zweifel an der Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit Desjenigen in sich, der sich eingeschätzt habe. Wenn in Zukunft die Anzeige einer unrichtigen Steuerdeclaration komme, so enthalte dieselbe zugleich die Denunciation zu einer Bestrafung. Die Controle an sich lasse sich allerdings absolut nicht entbehren und werde sich auch Niemand verletzt fühlen können, wenn die Commission möglichst strenge vorgehe und wenn sie mißtrauisch sei, wie sie es pflichtmäßig sein

müsse; aber eine öffentliche Controle, eine öffentliche Visitation brauche man sich nicht einmal an der Grenze gefallen zu lassen, geschweige denn in der eigenen Vaterstadt. Der ganze Gedanke der Selbstschätzung beruhe auf dem Vertrauen, welches man zu der Wahrheitsliebe der Bürger habe, und diesen Gedanken solle man durch solche Einrichtungen nicht wieder zu verwischen suchen. Er halte es nicht für wohlgethan, wenn in der öffentlichen Meinung sich die Vorstellung Bahn breche, daß es mit der Treue und dem Glauben bei den Steuerdeclarationen doch nichts sei und doch gelogen würde; auf diesem Wege würde es mit der Zuverlässigkeit der Steuererklärungen immer schlechter werden. Wenn gesagt worden, es sollen nicht die Einzelheiten der Declarationen, sondern nur die Schlussergebnisse der Abschätzung zur Auslegung kommen, so meine er, daß darin keine wesentliche Milderung liege. Auch in Preußen kenne man diese Auslegung der Steuerlisten nicht, es solle hier also noch eine Verschärfung des so wie so schon nicht allzusehr beliebten Institutes der Selbststeinschätzung eintreten. Er sei für Abänderung der Vorschrift.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn mit dem Antrage erreicht werden solle, was die Commission bezwecke, so müsse das Verbot der Auslegung auch auf die Bestimmung der Städteordnung ausgedehnt werden, welche vorschreibe, daß die Wählerlisten bei vorkommenden Stadtverordnetenwahlen ausgelegt werden sollen, denn auch dort werden die Wähler nach ihrem Einkommen eingetragen und nach den einzelnen Classen vertheilt. Von dem Antrage auf Herbeiführung einer gesetzlichen Aenderung würde augenblicklich Abstand zu nehmen sein, weil die Landesregierung noch in dieser Session des Landtages ein Staatseinkommen-Steuergesetz vorlegen wolle und er überzeugt sei, daß das Princip der Selbstschätzung in dieser Vorlage zur Einführung gelange. Was den zweiten Commissionsantrag anbelange, so sei er im Zweifel, ob verfassungsmäßig der Landesherr das ohne Weiteres könne. Der hier maßgebende §. 6 des Landes-Grundgesetzes vom 12. October 1832 laute: „Der Landesfürst kann in einzelnen Fällen Dispensationen von den gesetzlichen Vorschriften ertheilen, jedoch, insofern dritte Personen wegen ihrer Rechte betheiligt sind, nur mit deren Zustimmung.“ Ob also ein Dispens von der Auslegung der Listen erwirkt werden könne, erscheine ihm zweifelhaft.

Der Herr Vorsitzende ist allerdings der Ansicht, daß hier das Privatrecht und nicht das öffentliche Recht gemeint sei; immerhin möge es aber zweifelhaft sein.

Herr Hauswaldt: Bei dem Bekanntwerden des Lange'schen Antrages habe man ein Aufathmen in der Bürgerschaft gegenüber dem Drucke, der auf vielen hundert Mitbürgern gelastet habe, wahrnehmen können. Wer enge Beziehungen zur Bürgerschaft habe, der wisse, daß dieselbe eine Aenderung der Vorschrift wünsche, damit nicht das, was man ehrlich und offen in der Declaration habe an-

geben müssen, zu Jedermanns Einsicht 14 Tage lang öffentlich ausliege. Die durch die Auslegung gelübte Controle sei durchaus minimal, denn in den letzten vier Jahren sei beispielsweise an die Schätzungscommission des August- und Steinthor-Districts nur ein einziger Brief eingelaufen mit der Beschuldigung, daß Jemand unwahre Angaben in Bezug auf sein Einkommen gemacht habe. Die meisten Menschen, welche der Auslegung das Wort reden, treibe die Neugierde zur Befürwortung der Maßnahme. Wenn gesagt sei, man habe nicht zu befürchten, daß durch die Veröffentlichung der Listen Jemand seinen Credit bei der Bürgerschaft verlieren könnte, so wolle er darauf erwidern, daß es für den Geschäftsmann im Allgemeinen viel schlimmer sei, den Credit bei dem Bankier zu verlieren, und das stehe unter Umständen zu befürchten. Die Einkommen der hiesigen kleinen Gewerbetreibenden seien in den letzten drei Jahren zurückgegangen; es liege also für viele dieser Leute die Gefahr nahe, daß sie bei Veröffentlichung der Höhe ihres Einkommens in ihren Creditverhältnissen geschädigt werden, umsomehr, als die Creditinstitute die Selbsteinschätzungen genau überwachen würden. Andere Bürger, namentlich Agenten, wieder fürchten, daß beim Bekanntwerden des Aufschwunges ihres Geschäftes von den Concurrenten den Kunden gesagt werde, sie möchten mit Rücksicht auf das hohe Einkommen der Betreffenden auch Anderen etwas zuwenden. Für die Kaufleute und Gewerbetreibenden sei es also von größter Wichtigkeit, daß eine wirklich klare Darlegung ihrer Einkommensverhältnisse nicht bekannt werde. Beklagen würde er es aber, wenn durch die Veröffentlichung des Einkommens ein Gewerbetreibender gezwungen wäre, durch eine falsche höhere Selbstschätzung sich den Credit zu verschaffen, welchen er sonst auf seinen guten Namen und seine Tüchtigkeit hätte beanspruchen können.

Der Herr Vorsitzende nimmt an, daß Herr Hauswaldt bei der Aeußerung, Jeder, der anderer Meinung sei, werde von der Neugier dazu geführt, auch diejenigen Herren davon habe ausnehmen wollen, welche in der Versammlung für die Auslegung stimmen. (Zustimmung.)

Herr Alßmann muß die Auslegung im Interesse der Controle für durchaus nothwendig halten, da die Commission nicht immer das Richtige finden könne. In der Versammlung werde wohl Niemand so naiv sein, zu glauben, daß die betr. Bürger noch nicht wüßten, wie sie sich einzuschätzen haben, trotzdem haben sich aber verschiedene Einwohner mit großem Einkommen abgeschätzt wie Arbeiter, weil sie glaubten, sie hätten die Ausgaben für den Lebensunterhalt abzusetzen und nur anzugeben, was dann von dem Einkommen übrig bleibe. Wenn man befürchte, daß durch die Veröffentlichung der Listen eine Creditentziehung stattfinde, so hätte das bisher schon in demselben Maße der Fall sein müssen. Man dürfe nicht verkennen, daß sich die kleinen Geschäftsleute bisher schon einigermaßen richtig eingeschätzt haben und die Abschätzung nur bei größeren Geschäften vielleicht nicht so genau

vorgenommen sei. Wenn man im Uebrigen nur reelle Geschäfte haben wolle, so dürfe man sich auch nicht daran stoßen, das Einkommen derselben bekannt zu geben. Trotzdem werde nicht gleich Jeder hinlaufen und die Listen auf jeden Fall hin durchsehen. Er bitte deshalb um Ablehnung des Antrages.

Herr Lange: Wenn die vom Herrn Oberbürgermeister in Aussicht gestellte Vorlage eines Staatseinkommen-Steuergesetzes sicher sei, so werde dadurch allerdings der erste Commissionsantrag hinfällig und bleibe nur der zweite Antrag übrig. Ob die Vorlage indessen so sicher in Aussicht stehe, müsse er dem Herrn Oberbürgermeister überlassen. Jedenfalls sei der geringe Werth der Controle durch das Ergebniß der Selbstschätzung genügend bewiesen. Die meisten Angaben, welche in Bezug auf die Veranlagung der Steuerpflichtigen den Commissionen bislang durch die Deffentlichkeit zugegangen seien, haben sich hinterher als übertrieben und falsch herausgestellt. Die Veröffentlichung arbeite also nur für die Auskunfts- und möglicherweise auch für die Heirathsbüreaus. In Preußen habe man von der Auslegung auch abgesehen. In weiteren Kreisen der Bürgerschaft sei der Antrag mit Freuden begrüßt worden, wie er aus den ihm zugegangenen zahlreichen Zuschriften ersehen habe; man könne nicht begreifen, weshalb jetzt, wo man gezwungen sei, sich auf Treu und Glauben einzuschätzen, eine derartige Controle noch geübt werden solle, eine Controle, welche, wie schon erwähnt, nur für Auskunfts- und Heirathsbüreaus, sowie für Leute sei, die ihre Neugierde befriedigen wollen. Durch die Annahme der Anträge würden die Wünsche des größten Theiles der interessirten Bürgerschaft erfüllt werden.

Herr Böschigt will Herrn Alßmann gegenüber noch bemerken, daß es auch bei der öffentlichen Auslegung furchtbar schwer sei, Jemandem, der keine Bücher führe, nachzuweisen, daß er sich falsch eingeschätzt habe. Wenn ein Bürger beschwöre, daß er sein Einkommen richtig angegeben habe, so müsse er erst meineidig gemacht werden, um ihm das Gegentheil zu beweisen. Durch die Auslegung der Listen werde also diesem Zustande nicht abgeholfen.

Herr Günther hält die Furcht vor der Auslegung mehr für ein Gespenst, da eine Creditgefährdung sicher nicht eintreten werde. Die sogenannten Auskunfts-büreaus seien für die kleinen Geschäftsleute viel gefährlicher als diese Auslegung und deshalb wäre es besser, das wirkliche Einkommen der Leute bekannt zu geben, als daß diese Büreaus sich in allerlei unrichtigen Vermuthungen ergehen. Bei der künftigen Veröffentlichung der Steuerlisten liege die Sache anders als früher, denn während bislang vielleicht nur Wenige Einblick in die Listen genommen haben, weil sie sich sagten, daß es sich nur um eine oberflächliche Einschätzung handle, werde in Zukunft die Einschätzung jedenfalls besser bewerthet werden und dürfte man sich voraussichtlich von der Höhe derselben durch Einblick in die Listen mehr als bisher überzeugen. Bei den Leuten, welche so sehr aufgeathmet haben sollen, rühre sich

wohl nur das böse Gewissen ein wenig. Wiederholt sei es schon vorgekommen bei Leuten, welche versicherten, ihr Einkommen richtig angegeben zu haben, daß sich das Einkommen hinterher als höher herausgestellt habe; andererseits erinnere er sich auch eines Falles, daß Jemand gebeten habe, ihn in der früheren Steuerklasse zu belassen, damit er in der zweiten Wählerklasse verbleibe. Das Einkommen der Beamten sei auch der ganzen Bürgerschaft bekannt, weshalb solle also bei den Geschäftsleuten eine Ausnahme gemacht werden. Gegen den zweiten Antrag müsse er sich ebenfalls ganz entschieden aussprechen, da die Sache nicht so schlimm und dringend sei, um sie nicht wenigstens ein Jahr auszuhalten.

Die Besprechung wird darauf geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Hierbei nimmt die Versammlung die beiden Anträge der Commission mit großer Mehrheit an.

X. Ermäßigung eines Wegobaukostenbeitrages.

Die Firma Grimme, Natalis & Co. bittet, den Beitrag zur Unterhaltung der Communalwege, welcher für 1893/94 auf 205 M festgesetzt ist, auf die Höhe des vorhergehenden Jahres mit 150 M zu ermäßigen, da sie z. B. nicht nur ein Pferd weniger gebrauche, sondern auch den viel kürzeren Weg bis zum Ostbahnhofe mit ihren Fuhrwerken befahren lasse.

Auf Empfehlung des Magistrates wird der Antrag nach Befürwortung durch Herrn Halle genehmigt.

XI. Abkommen wegen der Truppen-Casernirung.

Nach der erheblichen Vermehrung, welche die hier in Garnison befindlichen Truppen des Braunschweigischen Infanterie-Regiments *N* 92 durch die Mitte October v. Js. erfolgte Errichtung eines vierten, aus zwei Compagnien bestehenden Bataillons erfahren haben, ist es bei dem Mangel an Casernenräumen nöthig geworden, eine große Zahl von Unterofficieren und Mannschaften in Bürgerquartieren unterzubringen. Die Zahl der außerhalb der Caserne Unterzubringenden ist auf 9 Unterofficiere und 192 Mann zu veranschlagen. Da der Stadt von dem Militairfiscus an Service für den Gemeinen im Sommer 10 \mathcal{M} und im Winter 15 \mathcal{M} täglich gezahlt werden, sie selbst aber den Quartiergebern 30 \mathcal{M} bezw. 35 \mathcal{M} vergütet, und sie bei jedem Unterofficiere täglich etwa 10 \mathcal{M} zuzulegen hat, so erwächst ihr hieraus unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse eine Jahresausgabe von rund 13 000 M. Um diese Ausgabe möglichst herabzumindern, hat der Stadtmagistrat mit dem Bauunternehmer Gnadt einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem der Genannte einen städtischen Zuschuß von jährlich 2500 M für die Zeit erhält, während welcher er an die hiesige Garnison-Verwaltung die auf seinem Grundstücke südlich der Kastanienallee unweit des gr. Exercierplatzes herzu-

richtenden Casernenräume zur Unterbringung von Truppen vermiethten wird. Da diese Vergütung dem Magistrate — wie des Näheren begründet wird — angemessen erscheint, das Abkommen auch die Stadt von einer jährlichen Ausgabe von etwa 10500 M befreit, so ersucht der Magistrat, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß einer Reihe von hiesigen Einwohnern durch die Verstärkung der Garnison unverkennbare Vortheile erwachsen, dem auf dieser Grundlage abgeschlossenen Vertrage zuzustimmen.

Ein weiterer mit Herrn Gnadt vereinbarter Vertrag bezweckt, den zur Aufschließung des fraglichen Grundstücks vor Herstellung der Casernenräume zu beginnenden Ausbau der im Ortsbauplane vorgesehenen, von der Kastanienallee südwärts bis zur Straße „Hinter dem Hopfengarten“ führenden Straßentheilstrecke seitens der Stadt auf Kosten des p. Gnadt. Der fernere Antrag des Magistrates geht nun dahin, auch diesem Vertrage zuzustimmen und außerdem für die nothwendig gewordene Tieferlegung des Canals in der Kastanienallee einen Betrag von 1400 M zu bewilligen.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Wolff anheimgeben, der gesammten Vorlage zuzustimmen, nachdem in dem §. 1 des erstbezeichneten Vertrages auf Veranlassung der Commission die Worte „zur Unterbringung von Truppen“ geändert seien in „zur Beschaffung des gesetzlichen Quartiers von Unterofficieren und Mannschaften für zwei Compagnien“ und nachdem der Magistrat die Bestimmung wegen der Legung von Gas- und Wasserröhren dahin declarirt habe, daß die Kosten dafür von Gnadt zu tragen seien.

Herr Altmann will zugleich namens seiner Freunde die Erklärung abgeben, daß sie gegen den Vertrag stimmen. Nach ihrer Meinung habe der Militairfiscus mehr als die Stadt die Pflicht, für die Casernirung zu sorgen, wenn sich auch nicht verkennen lasse, daß durch die Vorlage der Stadt in gewisser Weise Vortheile geschaffen werden. Als principielle Gegner des mehr und mehr sich mehrenden Militairsystems lehnen sie die Vorlage ab.

Die gesammte Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XII. Neupflasterung der Langedammstraße.

Die Herzogliche Baudirection beabsichtigt, im Einvernehmen mit der Herzoglichen Polizei-Direction in diesem Jahre eine Neupflasterung der Langedammstraße ausführen zu lassen. Da der Magistrat die Nothwendigkeit dieser Pflasterung anerkennen muß, so giebt er anheim, den auf die Stadt entfallenden Kostenantheil von 4191,50 M zu bewilligen.

Namens der Statutencommission bringt Herr Halle die Genehmigung des Antrages in Vorschlag.

Herr Meyerhoff möchte bei dieser Gelegenheit an den Magistrat die Bitte richten, einmal einen Versuch mit Asphalt-Strassenpflaster zu machen. In Berlin habe beispielsweise das Asphaltpflaster der Markgrafenstraße, welches seit 1874 liege, noch gar keine Reparaturen erfordert und sei noch 4 cm stark, so daß es auch während der nächsten zehn Jahre keine Reparaturen nöthig habe, während dort das beste Koppflaster nicht länger als zwölf Jahre liegen könne. Nicht nur aus Schönheitsrückichten, sondern auch im Interesse der Reinlichkeit und Billigkeit empfehle es sich, auch hier einmal einen Versuch mit dem Asphaltpflaster anzustellen, damit die Segnungen desselben den Anwohnern zu Gute kommen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bezweifelt, daß die asphaltirten Straßen hier eine so lange Dauer zeigen würden wie in Berlin, weil dort die sämmtlichen unterirdischen Anlagen in den Fußwegen, hier aber in den Fahrwegen liegen. Uebrigens werde ein solcher oder ein ähnlicher Versuch voraussichtlich mit der Dankwardstraße gemacht werden. Die jetzige Pflasterung dieser Straße sei nur ein Provisorium und schweben z. B. noch die Verhandlungen, ob dort die Asphaltirung gewählt werden solle. Die früher einmal geplante Asphaltirung der Föddenstraße sei s. B. abgelehnt in Rücksicht darauf, daß eine so kurze asphaltirte Strecke in mancher Beziehung namentlich für die Pferde bedenklich sein würde.

Herr Brückmann würde es in hygienischer Beziehung für empfehlenswerth halten, wenn die Zwischenräume zwischen den einzelnen Pflastersteinen mit Asphalt ausgegossen würden.

Herr Meyerhoff muß es für selbstverständlich halten, daß bei der Verwendung von Asphaltpflaster die ewige Buhdlei in den Straßen aufzuhören habe.

Die Vorlage wird sodann angenommen.

XIII. Das Nachtwachwesen der Stadt.

Die vom Magistrate im Februar 1891 erneut angeregte Reorganisation des hiesigen Nachtwachwesens ist nicht zum Abschluß gekommen, weil Herzogl. Polizei-Direction im Laufe der Verhandlungen dem Herzoglichen Staats-Ministerium zur Erwägung gestellt hatte, ob nicht der Landesversammlung eine Vorlage wegen staatsseitiger Uebernahme des Nachtwachwesens zu machen sei. In dem vom Herzoglichen Staats-Ministerium darüber angeforderten Berichte hat sich der Magistrat dahin ausgesprochen, daß die Uebertragung des Nachtwachwesens an die Polizei-Direction zwar eine Beschränkung des Rechtes der Selbstverwaltung sei, daß der Magistrat im Interesse der Sache sich aber dennoch mit einer solchen einverstanden erklären wollte, wenn das Staats-Ministerium die Zusicherung gäbe, daß der Staat die daraus erwachsenden Mehrkosten übernehme. Als Antwort hierauf ist ein Ministerial-Rescript vom 27. November 1893 eingegangen, dessen Ausführungen kurz dahin zusammen zu fassen sind, daß die Regierung das Nachtwachwesen, sei es durch

Vertrag oder Gesetz, der Herzogl. Polizei-Direction unterstellen, die dadurch entstehenden Mehrkosten aber der Stadt auferlegen will.

Das Herzogliche Staats-Ministerium geht hierbei von der Erwägung aus, daß das Nachwachswesen als Theil der Sicherheitspolizei seiner Natur nach der Polizeiverwaltung zugehöre und deshalb der Polizei-Direction zu unterstellen sei. Daß der Staat daneben die Kosten übernehme, läge keine Veranlassung vor, und gerade Braunschweig gegenüber um so weniger, als die Stadt einmal schon durch Abnahme der Polizeiverwaltung gegen eine sehr geringe und den wirklichen Aufwendungen nicht im entferntesten entsprechende Entschädigung übermäßig begünstigt sei und sie andererseits bei Belassung der gegenwärtigen Verwaltungsbefugnisse doch binnen Kurzem zu einer durchgreifenden Verbesserung schreiten müsse, welche mehr Kosten verursachen würde, als die jetzt in Aussicht gestellten. Die zum Ausdruck gebrachte Auffassung des Herzoglichen Staats-Ministeriums über das Verhältniß des Nachwachswesens zur Polizeiverwaltung erkennt der Magistrat im Princip als richtig an; das über die Kosten Gesagte hält er dagegen nicht für zutreffend.

Was die angebliche Begünstigung der Stadt anlangt, so ist allerdings nach der Ansicht des Magistrates nicht zu verkennen, daß die von der Stadt jährlich als Zuschuß zu den Kosten der Ortspolizei zu zahlenden 12000 M in einem großen Mißverhältnisse zu den von dem Fiscus aufzuwendenden bezüglichen Mitteln stehen. In Ansehung der ausführlich dargelegten historischen Entwicklung der städtischen Verwaltung, besonders der finanziellen Seite derselben erscheint dieser geringe Zuschuß jedoch nur als Vergünstigung, thatsächlich wird durch denselben aber mehr geleistet, als die Stadt bei den zu Grunde liegenden Verhältnissen zu leisten billigermaßen hätte verpflichtet werden können.

Wenn die Herzogliche Polizei-Direction beabsichtigt, in Zukunft den Nachwachsdienst durch Polizeibeamte ausüben zu lassen, so dürfte für diesen Plan in erster Linie das polizeiliche Interesse maßgebend gewesen sein, und erscheint es dem Magistrat deshalb nicht gerechtfertigt, der Stadt die hierdurch entstehenden Mehrkosten von 87000 M aufzuerlegen.

Die Stadt habe durchaus kein Interesse, dem Lande die Lasten der hiesigen Polizeiverwaltung zu erleichtern, sondern nur ein, billigen Anforderungen entsprechendes Nachwachswesen zu haben. Der Behauptung des Herzoglichen Staats-Ministeriums gegenüber, daß die Stadt, wenn der Staat das Nachwachswesen jetzt nicht übernehme, binnen Kurzem zu einer durchgreifenden, größere Aufwendungen verursachenden Verbesserung zu schreiten gezwungen sei, wird magistratsseitig hervorgehoben, daß die einzige stadtseitig vorzunehmende Verbesserung in der Einstellung einiger Controlbeamten bestehe. Andere kostspielige Aenderungen einzuführen dürfte nach der Ansicht des Magistrats z. B. jeder äußere Anlaß fehlen und könnte mit einem Mehraufwande von 14000—18000 M jedem wirklichen Bedürfnisse Rechnung

getragen werden. Die danach später für das Nachtwachwesen aufzuwendenden Kosten würden die Summe von 65 000 M jährlich nicht übersteigen und damit noch hinter der Hälfte des von Herzoglichem Staats-Ministerium für nöthig gehaltenen und geforderten Betrages von 134 000 M zurückbleiben.

Aus allen diesen Gründen kann der Magistrat der von der Landesregierung gewünschten Unterstellung des Nachtwachwesens der Stadt Braunschweig unter Herzogliche Polizei-Direction nur dann zustimmen, wenn ihm Gewähr dafür geboten wird, daß die von der Stadt nach der Umgestaltung zu tragenden Lasten nicht erheblich über die gegenwärtig für das Nachtwachwesen zu machenden Aufwendungen hinausgehen. Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Magistrat in diesem Sinne dem Herzoglichen Staats-Ministerium berichtet.

Im Auftrage der Statutencommission berichtet über diese Vorlage Herr Wolff: Die Stellungnahme des Magistrates gegenüber dem Herzoglichen Staats-Ministerium habe die volle Billigung der Commission gefunden. Die Bürgerschaft habe gestern mit großer Freude vernehmen können, daß im Landtage vom Ministertische aus gelegentlich einer anderen Frage der Standpunkt des Magistrates in finanzieller Hinsicht als der richtige bezeichnet sei und gelinge es hoffentlich dem Letzteren noch, diesen Standpunkt auch dem Herzoglichen Staats-Ministerium bezüglich der gegenwärtigen Frage als den richtigen klarzulegen. Wenn man aber den Standpunkt des Magistrates, soweit die finanzielle Seite in Frage komme, als den richtigen bezeichne, so müßten auch die vom Magistrate gezogenen Consequenzen als zutreffend anerkannt werden. Der Magistrat habe bei dieser Stellungnahme offensichtlich im Sinne der gesammten Bürgerschaft gehandelt. Auf die einzelnen Fragen hier näher einzugehen halte er nicht für angezeigt, denn es müßte vor allen Dingen die der Stadt gemachte ungeheure finanzielle Zumuthung als für den ablehnenden Standpunkt ausschlaggebend anerkannt werden. (Beifall.)

Die Versammlung beschließt darauf einstimmig, den Magistrat zu ermächtigen, die Angelegenheit in dem vorgetragenen Sinne weiter zu verfolgen.

XIV. Erwerb einer Straßenfläche.

Die Versammlung hatte den Magistrat ermächtigt, die Expropriation von Theilflächen des dem Bauunternehmer Haarstrich gehörenden, an der Ecke der Reichen- und der Kaiserstraße gelegenen Grundstücks im Umfange von zusammen 53,2 qm zu beantragen. Der Magistrat hat solchen Antrag zunächst nur rücksichtlich einer 25,5 qm großen Theilfläche gestellt und ist hierbei die Entschädigung von Herzoglicher Landes-Deconomie-Commission auf 2040 M (= 81,60 M für 1 qm) festgesetzt. Da es hiernach keinen Zweck haben würde, das Expropriationsverfahren hinsichtlich der anderen Flächen fortzusetzen, so hat der Magistrat dieselben zum Einheitspreise von 80 M angekauft, bezw. gegen andere Flächen ausgetauscht.

Außerdem ist auch dem Schuhmacher Gerloff für eine zur Kaiserstraße abzutretende Fläche von 18 qm der gleiche Einheitspreis angeboten worden. Der Magistrat ersucht, sich hiermit einverstanden zu erklären,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, geschieht.

XV. Straßenbaukosten der Ruffbergstraße.

Die Kosten des Ausbaues der Ruffbergstraße auf der Strecke zwischen Altwiekring und Rosenstraße sind auf 88,53 M für 1 lfd. Meter festgesetzt worden und giebt der Magistrat anheim, diese Festsetzung zu genehmigen.

Der Antrag wird auf Empfehlung des Herrn Bültmann I, welcher namens der Baucommission berichtet, angenommen.

XVI. Anschaffung für die Neustadtmühle.

Das königliche Proviantamt hieselbst hat seit einer Reihe von Jahren für den Bedarf der hiesigen Militär-Verwaltung Roggen und Weizen gegen Mahlohn in der Neustadtmühle mahlen lassen. Dasselbe hat nun ersucht, den Mahlohn herabzusetzen und außerdem das Korn vor der Vermahlung zu reinigen. Nach längeren Verhandlungen ist eine Ermäßigung des Mahlohnes um 3 S für 50 kg vereinbart worden. Da nun die in der Mühle vorhandenen Reinigungs-Vorrichtungen für die betr. Reinigung nicht ausreichen, so beantragt der Magistrat, die Anschaffung einer Reinigungsmaschine zum Preise von ungefähr 1000 M zu genehmigen.

Wie Herr Lord berichtet, ist die Finanzcommission der Ansicht gewesen, daß bei weiterer Herabsetzung des ohnehin schon erheblich niedrigen Preises von einem Geschäft kaum noch die Rede sein könne. Immerhin sei aber der Gesichtspunkt in den Vordergrund geschoben, daß die Generalunkosten durch die Geschäfte mit dem Proviantamt nicht wesentlich erhöht werden und der Umsatz mit demselben ein ganz annehmbarer und beträchtlicher sei. Da nun auf der anderen Seite die Kosten der Kornreinigungsmaschine übermäßig hohe nicht genannt werden könnten, so ersuche die Finanzcommission, dem Antrage Folge zu geben,

was geschieht.

XVII. Prozesse wegen Auflassung von Straßenflächen.

Mehrere f. B. der Zimmerstraße zugelegte Grundstücksflächen sind noch nicht aufgelassen, weil Schwierigkeiten mit den Anliegern entstanden sind. Der Magistrat macht zur Beseitigung dieser Rückstände folgende Vorschläge: 1) dem Dachdeckermeister Franz Maring für die Ueberweisung einer Theilfläche von 5 qm seines Grundstückes eine Gesamtentschädigung von 50 M zu zahlen; 2) den Händler Robert Reinecke auf Erfüllung der von ihm eingegangenen Verpflichtung

zur unentgeltlichen Abtretung einer 22 qm großen Theilfläche zu verklagen; 3) den Händler Düber wegen Erfüllung der Verpflichtung zur Abtretung einer 15 qm großen Fläche gleichfalls zu verklagen, sofern derselbe eine ihm nochmals zu setzende Frist nicht innehalten sollte, und 4) den Rentner Baumgarten im Wege der Klage zu zwingen, die von seinem Grundstücke abgetretene 20 qm große, der Stadt contractlich überwiesene Theilfläche für die Stadt aufzulassen.

Die Statutencommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Wolff diesen Anträgen an und die Versammlung genehmigt dieselben.

XVIII. Neupflasterung der Leopoldstraße.

Das Pflaster der Leopoldstraße befindet sich, seitdem sie canalisirt, das Wasserrohr mehrfach ausgebeßert und das Gasrohr durch ein weiteres Rohr ersetzt ist, in einem so schlechten Zustande, daß Abhilfe dringend geboten erscheint. Der Magistrat hat deshalb für rathsam erachtet, die Neupflasterung der Straße zu beantragen und zu den hierdurch erwachsenden Kosten diejenige Summe zuzuschießen, welche der Canalbaufonds und die Casse der städt. Gas- und Wasserwerke für die sonst unumgänglichen Ausbesserungen aufzuwenden haben würden. Im Einverständnisse mit der Herzoglichen Baudirection empfiehlt nun der Magistrat, die Neupflasterung der Leopoldstraße zu genehmigen und zu den Kosten der Ausführung aus dem Reservefonds des Gaswerkes die Summe von 479 M, aus dem Neubaufonds der Canalbaukasse die Summe von 2394 M 65 S und aus der Stadtcasse die Summe von 3148 M 35 S zu verwilligen.

Die Finanzcommission giebt durch Herrn Meyer die Genehmigung der Vorlage anheim und die Versammlung beschließt demgemäß.

XIX. Rückzahlung von Canalbaukosten.

Der Civilingenieur Hermann Königsdorf ersucht um Rückerstattung des Restes der von ihm s. B. für die Herstellung des Hauptcanals in der Eschenburgstraße eingezahlten Summe von 2218 M 25 S im Betrage von 718 M 25 S, da die Vorbedingungen der Rückzahlung seiner Ueberzeugung nach erfüllt seien. Der Magistrat hält den Antrag für begründet und giebt dessen Genehmigung anheim.

Die Versammlung beschließt auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Uhlde berichtet, nach dem Antrage.

XX. Straßenbaukosten verschiedener Straßen des ehem. Küchengartens.

Die Kosten derjenigen Straßen in und an dem Terrain des ehemaligen Küchengartens, an denen beitragspflichtige Privatgrundstücke liegen, sind in folgender Weise ermittelt:

- 1) Kasernenstraße zw. Moltke- und Fasanenstraße . 67 M 77 „
- 2) Moltkestraße 223 „ 34 „
- 3) Fasanenstraße zw. Bismarck- und Kasernenstraße . 135 „ 98 „
- 4) „ „ Berg- und Kl. Hagenstraße . 71 „ 27 „

für das laufende Meter. Der Magistrat ersucht zu genehmigen, daß diese Kosten in der vorstehend bezeichneten Höhe festgestellt werden.

Herr Uhde empfiehlt namens der Baucommission die Vorlage und die Versammlung genehmigt dieselbe.

XXI. Erwerb einer Straßenfläche.

Dem festgestellten Ortsbauplane zufolge ist von dem an der Maschstraße gelegenen Grundstücke der Gebrüder Rasch eine 35 qm große Theilfläche der Straße zuzulegen. Dem Antrage des Magistrats, zu genehmigen, daß diese Theilfläche zum Einheitspreise von 15 M angekauft werde,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, zu.

XXII. Antrag Hauswaldt: Ablösung der Servitut vom Kl. Exercierplatze.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Stadt-Magistrat aufzufordern, mit der hiesigen Garnison-Verwaltung in Verhandlung zu treten, um die Servitut, welche für die Garnison auf dem Kl. Exercierplatze lastet, abzulösen“.

Zur Begründung bezieht sich der Herr Antragsteller auf die bei Punkt V der Tagesordnung gepflogenen bezüglichen Verhandlungen und bittet um Unterstützung des Antrages.

Derselbe findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XXIII. Antrag Ford: Beschränkung im Umherlaufen von Hunden.

Der schon in der Sitzung vom 4. Mai 1893 gestellte, damals aber mit geringer Mehrheit abgelehnte Antrag — Seite 30 des Berichts — hat folgenden Wortlaut:

„Folgende Hundarten dürfen niemals auf der Straße frei umherlaufen: 1) Alpenhunde, wie Bernhardiner, Leonberger u. A., 2) Doggen, Bluthunde, Boxer, Mastiffs, Bullenbeißer, 3) Neufundländer, 4) Windhunde und 5) alle Kreuzungen der genannten Racen. Diese müssen vielmehr im Gebiete der ganzen Stadt an einem Riemen oder einer Leine, die höchstens 0,5 m lang sein dürfen, geführt werden. Im Gebiete der

inneren Stadt einschließlich der Promenaden hat der Führer mit einem solchen Hunde ausschließlich die Fahrstraßen zu benutzen. Hunde, welche obigen Bestimmungen entgegen frei umherlaufend betroffen werden, sind einzufangen und nach 8 Tagen, wenn sie nicht gegen Entrichtung einer Geldbuße von 5 M und 30 S Verpflegung für jeden Tag abgeholt werden, zu tödten“.

Wie Herr Lord zur Begründung ausführt, hofft er unter dem Eindrucke der in der gestrigen Sitzung der Landesversammlung gehaltenen bezüglichlichen Rede des Herrn Staatsministers Otto in der Versammlung mit dem Antrage ein geneigteres Ohr als im Vorjahre zu finden. Es unterliege keinem Zweifel, daß der Unfug mit den größeren Hunden sich inzwischen noch gesteigert habe. Ohne Hundefeind zu sein, müsse er doch wünschen, daß dem Unfuge, welchen die großen Hunde an den Promenaden, sowie durch die ekelhaften Verunreinigungen auf den Straßen und an den Häusern anrichten, gesteuert werde. Zugleich liege in dem freien Umherlaufen der großen Hunde auch eine Gefahr für Kinder und alte Leute; denn es sei oft genug vorgekommen, daß solche umgerannt und erheblich verletzt seien. Die vorstehend aufgeführten Hundearten schließen die besonders großen und bissigen Hunde in sich.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberatung überwiesen.

XXIV. Antrag Ebeling: Einfriedigung der Okerböschung an der Ferdinandstraße.

Wie Herr Ebeling des Näheren ausführt, ist das Stadet am westlichen Ausgange der namentlich Mittags sehr stark frequentirten Brücke an der Ferdinandstraße durch die Herstellung der Dükeranlage so sehr in Mitleidenschaft gezogen, daß erst vor wenigen Tagen dort ein Kind in die Oker gefallen und nur mit großer Gefahr vom Tode errettet sei. Er bitte deshalb, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, daß die Herstellung einer sicheren Einfriedigung an der Okerböschung neben der Brücke an der Ferdinandstraße veranlaßt werde.

Herr Stadtrath Metemeyer giebt die Erklärung ab, daß die städtische Bauverwaltung beauftragt werden solle, die Sache unverzüglich in die Hand zu nehmen, wodurch der Antrag wohl seine Erledigung finde.

Der Antrag ist damit erledigt.

XXV. Anfrage Müller: Pflasterung der nördlichen Wilhelmstraße.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist der Magistrat geneigt, an zuständiger Stelle zu veranlassen, daß vor Beginn der Canalisation der Wendestraße der südliche Theil der nördlichen Wilhelmstraße neu gepflastert werde?“

weist Herr Müller darauf hin, daß der Zustand des betr. Straßentheiles eine Abhülfe dringend erfordere. Es seien dort tiefe Löcher im Straßenpflaster, welche schon einmal Veranlassung zum Umwerfen eines Wagens und eines Sarges gegeben haben. Wenn man nun während der Canalisirung der Wendestraße den gesamten Wagenverkehr von und nach dem Wendenthore über die Wilhelmstraße leiten wolle, so sei es sehr bedenklich, die betr. 50—60 m lange Strecke in ihrem jetzigen schlechten Zustande zu belassen. Darum bitte er, die Neupflasterung der Straßenstrecke vor dem Beginn der Canalisation der Wendestraße durchzuführen.

Herr Stadtrath Netemeyer erwidert, daß die Wilhelmstraße unmittelbar nach ihrer Canalisation nicht hätte neugepflastert werden können, weil sonst leicht Senkungen des Straßenpflasters eintreten. Im Uebrigen könne eine solche Neupflasterung in der Versammlung nicht beantragt werden, weil die Hauptkosten die Herzogliche Baukasse trage und diese sich nach Feststellung des Stats für das nächste Jahr auf die Pflasterung nicht einlassen werde. Sollte indessen das Straßenpflaster reparaturbedürftig sein, so werde das Nöthige veranlaßt werden.

XXVI Mittheilungen des Vorsitzenden.

1. Unter dem 11. Januar d. Js. hat die Versammlung das Ersuchen an den Magistrat gerichtet, den §. 65 des Statuts, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, dahin zu ergänzen, daß den Besitzern von Grundstücken, welche isolirt liegen und den Schutz der Wächter entbehren, Abgabefreiheit für je einen Hund gewährt werde. Die Befreiung der sogenannten Schutzhunde von der Abgabe ist, wie der Magistrat der Versammlung mittheilt, in das Verwaltungsstatut aus dem alten Statut absichtlich nicht übernommen, weil die städtischen Behörden zu der Ueberzeugung gekommen waren, daß es zu schwierig, wenn nicht unmöglich sei, volle Gerechtigkeit bei Entscheidung über die Frage der Nothwendigkeit eines Schutzhundes walten zu lassen. Die für die Entschließung maßgebend gewesenen Gründe sind nach den Ausführungen des Magistrates auch jetzt noch vorhanden und dürfte daher auch aus anderen Gründen zu einer Aenderung um so weniger Veranlassung vorliegen, als die materiellen Unterlagen für die bestehende Vorschrift eine Wandlung inzwischen nicht erfahren haben. Wie der Herr Vorsitzende bekannt giebt, bedauert deshalb der Magistrat, dem Ersuchen der Versammlung nicht stattgeben zu können.

2. Der Brauerei-Besitzer Karl Wolters spricht in einem Schreiben der Versammlung seinen Dank aus für die Theilnahme, welche dieselbe anlässlich des Todes seines verstorbenen Bruders der Familie bekundet habe, was der Herr Vorsitzende gleichfalls zur Kenntniß der Versammlung bringt.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. März 1894.

Tagesordnung:

I. Antrag Rudeloff: Einrichtung einer Arbeitsvermittelungsstelle.	Seite 360
II. Verpflichtung der Stadt wegen der neuen Kirchengemeinden	" 369
III. Beleuchtung des Brunnens zc. auf dem Altstadtmarkte.	" 371
IV. Der Stadthausbau	" 372
V. Verpachtung der städtischen Fischerei in der Oker	" 373
VI. Straßenbaukosten der Rosenstraße	" 374
VII. Zwangsenteignung am Langenhofe	" 374
VIII. Anfrage G ü n t h e r: Vergebung von Steinmetzarbeiten	" 374

Am Magistratsstische die Herren: Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg, sowie Assessor Reidemeyer.

Entschuldigt die Herren Bauermeister, Blasius, Rieß und Rimpau.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß eingegangen seien:

- 1) eine Eingabe vom Vorstande des Bürgervereins, betr. das gefahrbringende Umhertreiben der großen Hunde; dieselbe wird der Statutencommission überwiesen,

- 2) die Abschrift einer Eingabe an das Herzogliche Staatsministerium von Einwohnern der Orte Bültenrode und Wendezelle, in welcher auseinander-
gesetzt wird, daß das Expropriationsverfahren hinsichtlich der das Niesel-
gut Steinhof umgebenden Ländereien nicht zu Recht bestehe. Die Eingabe
geht zu den Acten.

Sodann wird zur Verathung der Tagesordnung geschritten.

I. Antrag Rudeloff: Einrichtung einer Arbeitsvermittlungsstelle.

Der in der Sitzung vom 4. Mai 1893 gestellte und begründete Antrag —
Seite 35 des Berichts — welcher lautet:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen,
die Einrichtung einer städtischen Centralstelle für Arbeitsvermittlung in
Erwägung zu nehmen,

ist von der Statutencommission vorberathen und berichtet namens derselben Herr
Wolff:

Der schon vor längerer Zeit eingebrachte Antrag hat nicht früher zur Erledi-
gung kommen können, weil es unerläßlich erschien, sich mit der Materie, welche
der Antrag behandelt, erst näher vertraut zu machen. Nunmehr hat sich die
Statutencommission dahin schlüssig gemacht, den Antrag der Versammlung zur
Berücksichtigung zu empfehlen. Die Commission ist hierbei von folgenden Erwä-
gungen ausgegangen. Die jetzige Vermittelung von Arbeit ist nach Ansicht der
verschiedensten Kreise durchaus mit Mängeln behaftet. Man pflegt die Arbeits-
vermittlung gegenwärtig im Wege des Inserates, im Wege der directen Umschau,
im Wege des Herbergsnachweises, im Wege der Vereinsthätigkeit und im Wege
der gewerbmäßigen Ausübung zu handhaben. Eine jede dieser Arten hat Mängel.
Die Bedenken, welche dieser Art der Arbeitsvermittlung entgegengebracht werden,
steigerten sich von der Geltendmachung des Gesichtspunktes der unnützen Zeit- und
Geldverschwendung bei dem Inseratenwesen und der directen Umschau bis zu dem
Vorwurfe der Unfittlichkeit und der Ausbeutung bei der gewerbmäßigen Ver-
mittlung. Auch gegenüber der Thätigkeit des Herbergsnachweises und des Vereins-
wesens werden Bedenken geltend gemacht insofern, als ein Theil der Arbeitsnehmer
und auch der Arbeitsgeber den betreffenden Nachweisen vorwerfen, sie seien nicht
unparteilich und es entstanden auch sonstige Unzuträglichkeiten. Vor allen Dingen
wurde geltend gemacht, daß keine einzige der jetzigen Nachweisarten eine wirkliche
Centrale für den Arbeitsnachweis darstelle insofern, als in Zeiten, wo kein Ueber-
fluß an Arbeit sei, ein sehr häufiger Berufswechsel eintrete und erfahrungsmäßig,
wenn es dem Suchenden nur um Arbeit zu thun sei, ohne Rücksicht auf den bis-
herigen Beruf, alle Nachweisungen der bisherigen Art den Dienst versagen. Mit
Rücksicht darauf hab die theiligten Kreise ihre Aufmerksamkeit der Schaffung

von Centralstellen zugewendet. Ebenso ist von den verschiedensten Kreisen auch der Wunsch laut geworden, daß man diese Centralstelle unter communale Oberaufsicht stellen möge.

Die Statutencommission hat sich nun mit der Frage befaßt, ob die Schaffung einer solchen Centralstelle unter kommunaler Oberaufsicht als ein begehrenswerthes und zu ermöglichendes Institut erscheint, und ist die Commission dabei von folgenden Erwägungen ausgegangen: Zunächst ist anzuerkennen, daß solche Centralstelle, wenn sie das, was sie sein soll, in Wirklichkeit darstellt, auch wiederum die Vortheile einer wahren Centrale in sich birgt. Insbesondere sind als solche Vortheile zu behandeln zunächst die Thatfache, daß eine Statistik über den gesammten Arbeitsmarkt in der betr. Gemeinde durch die Centralstelle beschafft wird. Es würde als Ideal solcher Stelle verwirklicht gedacht, daß Alles, was an Arbeitsbedarf und Arbeitsmangel vorhanden ist, sich in dieser Centrale schneidet, und es würde jeder Arbeitsnehmer und Arbeitsgeber über die verfügbaren Stellen und Kräfte leicht orientirt werden. Eine solche an die Oberaufsicht der Commune gelehnte Centralstelle würde vom socialpolitischen Standpunkte aus das Interesse beanspruchen, daß sie zugleich — um einen bei der Versammlung des deutschen Hochstifts in Frankfurt a. M. gebrauchten Ausdruck anzuwenden — ein Barometer über den jeweiligen Arbeitsmangel und Arbeitsüberfluß darstelle und auch eine gewisse Statistik der Arbeitscheuen schaffe. Ferner bietet eine derartige Centralstelle unter gewissen Voraussetzungen einige Garantie für völlige Unparteilichkeit der Behandlung, insbesondere für eine gleichmäßige Berücksichtigung der Arbeitsgeber und Arbeitsnehmer. Auch ist nicht zu leugnen, daß die Centralstelle das thunlichste Billigkeitsprincip in sich schließt, möglicherweise sogar völlige Unentgeltlichkeit. Auf der anderen Seite ist nicht zu verkennen, daß auch Bedenken gegen solche Centralnachweisstelle unter Anhängung an die communale Oberaufsicht vorhanden sind, und zwar könnte man dieselben zunächst auf den finanziellen Punkt zurückführen. Der Gemeinde-Verwaltung werden selbstverständlich Kosten erwachsen. Die Statutencommission ist aber der Ansicht gewesen, daß die Kostenfrage in Wahrheit als bedeutungsvoll nicht anerkannt werden kann. Es würde sich im Wesentlichen, abgesehen von sachlichen Kosten, um das Gehalt eines Bureaubeamten, sowie um geringe Nebenkosten handeln, also um Unkosten, die bei der Wichtigkeit der Sache nichts verschlagen können. Fernerweit ist von den verschiedensten Seiten angeregt, ob die Einrichtung wohl den Nutzen habe, welchen man sich von ihr verspreche. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß das vereinzelte Vorgehen dieser und jener Gemeinde absolut zwecklos sei; diese Angelegenheit müsse von Reichswegen in Angriff genommen und die Handhabung derselben einheitlich durch das ganze Vaterland geregelt werden, erst dann würde man sich wahren Nutzen versprechen können. Diese Bedenken hat die Statutencommission nicht verkannt, aber sie ist der Ansicht,

daß derartige Einrichtungen sich nur verwirklichen lassen, wenn die einzelnen Gemeinden vorgehen, und daß ein Einschreiten von Reichs- oder Staatswegen nur zu erwarten ist, wenn schon in möglichst zahlreichen Orten derartige Stellen ins Leben gerufen sind. Ferner war die Statutencommission gegenüber den Bedenken, daß von der Centralstelle ein wahrer Nutzen nicht erhofft werden könne, wenn kein Zwang zur Anzeige der offenen Stellen und zur Arbeitsannahme vorläge, der Ansicht, daß diese Bedenken nicht so schwerwiegend seien. Sie vertritt den Standpunkt, daß, wenn die Centralstelle so gehandhabt wird, wie es erwartet werden muß, allmählig die widerstreitenden Gefühle gegenüber solcher Stelle verschwinden werden und daß mit der Zeit, bei vernünftiger gerechter Handhabung eine allgemeine Benutzung dieser Centralstelle seitens der Arbeitsgeber und Arbeitsnehmer zu erhoffen und auch ohne Zwang schließlich Nutzen davon zu erwarten sei. Von anderer Seite ist der Einrichtung auch noch vorgeworfen, sie involvire eine Lohndrückerei und verhindere auch den freien Wettbewerb. Indessen auch diese Erwägungen haben die Commission nicht überzeugt, daß man der Errichtung nicht näher treten könne. Dagegen ist von der Commission allerdings anerkannt, daß ein Einwand im Principe nicht geleugnet werden könne, daß nämlich solche Einrichtung, wenn sie unter die Obergewalt von Beamten, also von Behörden gestellt werde, sehr leicht vor der Gefahr bürokratischer Handhabung und Beeinflussung stehe. (Sehr richtig!) Dieses ist wohl im Principe sehr richtig, aber dabei Folgendes zu erwägen. Der Antrag geht vernünftigerweise dahin, die Einrichtung dem Magistrat zur Erwägung zu verstellen. Der Magistrat wird sich also, nach Ermittelung derjenigen Umstände, auf welche ich noch kommen werde, ob solche Stelle eingerichtet werden kann, ganz frei entschließen können, und dieser Entschluß wird nur dann gefaßt werden, wenn bei dem Magistrat das redliche Bestreben vorhanden ist, solche bürokratischen Tendenzen der Sache fernzuhalten. Es liegt wohl auf der Hand, daß die Einrichtung mit einer bürokratischen Handhabung den Todeskeim in sich trägt und niemals zu einer segensreichen werden kann und daß, sowie sich diese Tendenzen breit machen würden, das ganze Institut wegen Mangel an Theilnahme von der Bildfläche verschwinden müßte. Die Gefahr liegt also wenig nahe, wenn man erwägt, daß die Einrichtung mit derselben in sich selbst zerfallen würde. Deshalb hat aber auch die Statutencommission alle Veranlassung, die Tendenz der Einrichtung als eine richtige zu bezeichnen. Die Versammlung soll sich heute durchaus nicht entschließen, für die Einrichtung sofort einzutreten, sondern sie will in Uebereinstimmung mit Herrn Rudeloff nichts weiter, als dem Magistrat die Einrichtung zur Erwägung verstellen und dazu gehört vor allen Dingen eine ganze Reihe thatächlicher Ermittlungen. Es ist der Statutencommission in keiner Weise möglich, darüber schlüssig zu werden, ob solche Einrichtung sich mit den localen Verhältnissen verträgt, ob ein Bedürfniß dazu vorhanden ist

und ob eine vernünftige, glückliche Verwirklichung der Frage möglich erscheint. Ebenso hat die Commission davon Abstand genommen, sich die ganze Einrichtung organisatorisch auszuklügeln, sowie zu erwägen, inwiefern eine Betheiligung der Arbeitnehmer und Arbeitsgeber ins Auge zu fassen sei, oder aber ob vielleicht der Anschluß an das Gewerbegericht erstrebt werden solle. Alles dieses hat die Commission dem Magistrate zu überlassen beschlossen und damit für den Magistrat noch ein weites Gebiet von Ermittlungen offen gelassen. Erst wenn der Magistrat in allen diesen Punkten zu der Ueberzeugung gelangen würde, daß eine entsprechende Vorlage zu machen sei, würde an eine weitere Verwirklichung der Einrichtung gedacht werden können. In der Beziehung ist hervorgehoben, man möge bei den Erwägungen im Magistrate nicht gar zu sehr mit der augenblicklichen Stimmung der betheiligten Kreise rechnen. Namentlich Herr Rudeloff hat geltend gemacht, daß man derartigen Einrichtungen von vornherein Mißtrauen entgegenbringe und auch die richtigen Gesichtspunkte nicht aller Orten seitens der Interessenten erfasst würden.

Trotz aller dieser Bedenken und trotz der unvollkommenen Art, mit der sie die Angelegenheit beurtheilen kann, kommt die Statutencommission dazu, den Antrag zu empfehlen; sie ist der Meinung, daß die allgemeinen Gesichtspunkte, das Vorgehen anderer Communen und die theoretische Betrachtung der Angelegenheit entschieden dazu führen müssen, daß Schäden auf diesem Gebiete vorliegen und die Versammlung ihre Hand dazu bieten muß, diese Schäden, wenn möglich, zu beseitigen. Ob die Beseitigung auf dem erstrebten Wege möglich ist und die Einrichtung den erhofften Segen schafft, ist eine andere Frage und soll daher dem Magistrate das Weitere in der Sache überlassen werden.

Schließlich möchte ich noch eins hervorheben. Die Commission vertritt den Standpunkt, daß mit der Annahme der Einrichtung kein Schritt auf socialpolitischem Gebiete weiter geschehe, als derartige Schritte bislang schon verwirklicht sind. Insbesondere haben die großen socialpolitischen Einrichtungen der letzten Jahre ein weit Mehreres gebracht, als die Verwirklichung dieses Antrages in sich birgt und deshalb möchte ich diesen Gesichtspunkt Denen gegenüber, die in der Richtung Bedenken tragen, zur Erwägung vorstellen, daß also kein Schritt geschieht, der in socialpolitischer Beziehung bedenklich erscheinen könnte.

Hierauf beantragt die Commission, die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine solche Centralstelle in Erwägung zu ziehen.

Herr Rudeloff: Der Antrag habe bei dem Herrn Referenten eine so ausgezeichnete und eingehende Vertretung gefunden, daß er den eben gehörten Ausführungen kaum etwas hinzuzusetzen habe. Zugleich entnehme er aus dem Umstande, daß der Gegenstand im Laufe seiner Behandlung dem Herrn Referenten ein so warmes Interesse eingeflößt habe, die angenehme Hoffnung, daß auch die Ver-

sammlung, jemebr sie sich mit der Sache des Arbeitsnachweises befassen, destomehr sie sich derselben zuneigen werde und ebenso der Magistrat, wenn der Antrag an ihn gelangen sollte. Die Frage einer besseren Organisation der Arbeitsversorgung stehe seit einiger Zeit im Vordergrunde des öffentlichen Interesses, wie man fast aus jeder Nummer der vielen jetzt erscheinenden Blätter socialpolitischen Inhalts entnehmen könne. Der dem Antrage zu Grunde liegende Gedanke sei auf dem am 8./9. October 1893 vom Freien Deutschen Hochstift in Frankfurt a. M. veranstalteten socialen Congresse, welchem Redner mit dem Stadtverordneten Riese auf Delegation der Versammlung beigewohnt habe, in umfassender Weise behandelt und von allen dafür eintretenden Rednern mit großer Lebhaftigkeit ergriffen und verfolgt. Wenn man dort die anschaulichen Schilderungen von der Arbeitsnoth, der Arbeitslosigkeit und ihren Folgen gehört und vernommen habe, wie unzulänglich überall die bestehenden Einrichtungen zur Arbeitsvermittlung seien, dann habe man erst gemerkt, was es heiße, von einer brennenden Frage zu sprechen. Daß in dieser Beziehung etwas geschehen müsse, darüber seien alle theiligten Vertreter der verschiedensten Stände und Berufsarten vollständig einig gewesen, und wenn auch die Einzelnen naturgemäß ihren Weg in sehr verschiedenem Sinne gegangen seien, so habe doch über das nächste Ziel im Allgemeinen Einverständnis geherrscht, daß man nämlich die centrale Arbeitsvermittlung anzustreben und dieselbe einem größeren Verbands, möglichst aber der communalen Vertretung in die Hand zu legen hätte. Der Anregung auf diesem Congresse folgend seien inzwischen eine ganze Reihe — er glaube elf — solcher Arbeitsvermittlungsstellen ins Leben getreten, jedoch werde ihr wahrer Segen erst dann zu Tage kommen, wenn sich ein vollständiges Netz solcher Anstalten über ganz Deutschland verbreitet haben werde. Der Antrag falle nun nicht mit der Thür ins Haus. Bei der Neuheit der Sache habe er nicht daran denken können, die Versammlung bestimmen zu wollen, sich auf ein bestimmtes Programm zu verpflichten, sondern er beabsichtige lediglich, eine erste Anregung zu geben und die Versammlung zu überzeugen, daß die Sache des Centralarbeitsnachweises erwägenswerth sei und es sich empfehle, sie dem Magistrate zu weiterer Bearbeitung zu übertragen. Bezüglich der Bedürfnisfrage wolle er den Ausführungen des Herrn Referenten noch hinzufügen, daß er in erster Linie als eine Nothwendigkeit erkenne die Schaffung von Arbeitsvermittlungs-Organisationen gegenüber den Tausenden von Arbeitern in der Großindustrie und im Baugewerbe, also da, wo es sich um einen Massenbestand von Arbeitern handle, sodaß Einstellungen von Arbeitern, andererseits aber Arbeiterentlassungen im großen Stile erfolgen und trotzdem absolut nichts an Arbeitsvermittlung vorhanden sei. Die Leute seien lediglich darauf angewiesen, sich ihre Arbeit im Umherschauen zu verschaffen und das habe doch seine großen Bedenken. Ferner habe die Schaffung eines organisirten und

centralisirten Arbeitsnachweises eine Bedeutung für Gelegenheitsarbeiter und besonders für die Frauen, welche auf Gelegenheitsarbeit ausgehen, und hier dürfe man sogar behaupten, daß eine richtig organisirte Arbeitsvermittlung direct Arbeit schaffe, denn es wisse Jeder, daß man Arbeiten, wenn man glaube geeignete Kräfte dazu finden zu können, hervorbringe, während man sie sonst zurückstelle. Die Frage, ob die Vermittlungsstellen die sonstigen gewerblichen Arbeiter, die Lehrlinge und die Dienstboten mit umfassen solle, wolle er als eine offene betrachten, und werde dieselbe der Stadtmagistrat noch in nähere Erwägung zu ziehen haben. Die vom Herrn Referenten vorgebrachten Gründe für eine Einbeziehung auch dieser Leute schienen ihm, dem Antragsteller, allerdings zwingend genug dafür zu sprechen.

Bezüglich der Frage, ob ein Privatverein, etwa mit communalen Zuschüssen, oder ob sich die Stadt der Sache direct annehmen solle, habe er zu bemerken, daß er es mit der directen communalen Fürsorge halte. Den anderen Weg hätten allerdings verschiedene Communen beschritten, es beständen in Berlin, Königsberg und anderen Städten Centralvereine für Arbeitsnachweis mit städtischen Zuschüssen. Aber was in Berlin möglich sei, eigene sich noch nicht für Braunschweig, man müsse mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Der Verein für Bettelei habe schon seine Last und glaube er kaum, daß demselben eine solche weitaussehende Organisation zugemuthet werden könne; daß sich aber zu dem Zwecke ein neuer Verein bilde, glaube er nicht. Die privaten Organisationen dieser Art, welche auf die Mithätigkeit reicher und mildthätiger Leute angewiesen seien, hätten auch immer den Character von Wohlthätigkeitsanstalten; dem Arbeiter, wenn er seine Arbeitskraft verwerthen wolle, dürfe man aber nicht zumuthen, daß er sich an eine Wohlthätigkeitsanstalt wenden solle. Gegen die Ueberweisung an solche Anstalten spreche auch noch der Umstand, daß dieselben in dem Geiste und Sinne, wie sie verwaltet würden, abhängig bleiben von Denjenigen, welche Geld dazu hergeben. Die Arbeiter würden sagen, das sei ein Unternehmerverein, der einseitige Interessen vertrete. Vor Allem fehle es einem Privatvereine an der nöthigen Autorität, auch habe man keine Garantie für einen dauernden Bestand; es fehle ihm ferner die Fühlung mit den Bedürfnissen und Erscheinungen des öffentlichen Lebens, wie sich solche für die Stadt, welche zugleich auch Großarbeitsgeberin sei, von selbst ergebe; es fehle endlich einem Privatvereine die Leichtigkeit des Verkehrs mit anderen Behörden und Veranstaltungen und die Verbindung mit maßgebenden Stellen. Man könne also sagen, wenn die Sache der Arbeitsvermittlung in die Hand eines Privatvereins gelegt wäre, würde sie nicht recht entwicklungsfähig sein und das sei bei einem neuen Institute, welches im höchsten Maße entwicklungsbedürftig sei, eine böse Sache.

Um nun den Beweis zu erbringen, daß die Sache gehe und es sich hier nicht nur um Theorien handle, wolle er die bezüglichlichen Bestimmungen für das Arbeitsamt in Stuttgart vortragen, dieselben lauten:

„§. 1. Das Arbeitsamt der Stadt Stuttgart hat den Zweck, zwischen Arbeitsgebern und Arbeitsnehmern (gewerblichen Arbeitern, Dienstboten und Lehrlingen) Arbeit zu vermitteln.

§. 2. Das Arbeitsamt besteht aus einer männlichen und einer weiblichen Abtheilung.

§. 3. Das Arbeitsamt steht unter der Leitung und Aufsicht einer Commission von neun Mitgliedern und sechs Stellvertretern. Der Vorsitzende der Commission ist der Vorsitzende des Gewerbegerichts. Die übrigen Mitglieder der Commission und die Stellvertreter werden von den Beisitzern des Gewerbegerichts aus ihrer Mitte gewählt, und zwar werden von den Arbeitsgebern und von den Arbeitsnehmern je 4 Mitglieder und 3 Stellvertreter gewählt. Die Amtsdauer der Mitglieder und Stellvertreter erlischt mit dem Ablauf der Zeit, auf die sie für das Gewerbegericht gewählt sind.

§. 4. Die Sitzungen der Commission werden von dem Vorsitzenden nach Bedarf, jedoch mindestens alle zwei Monate einberufen. Wenn ein ordentliches Mitglied am Erscheinen verhindert ist, ist ein Stellvertreter beizuziehen. Für jede Sitzung erhalten die Mitglieder eine Entschädigung von drei Mark.

§. 5. Die Angestellten des Arbeitsamtes werden vom Gemeinderathe nach Anhörung der Commission gewählt.

§. 6. Die Geschäfte des Arbeitsamtes werden nach einer Geschäftsordnung, die von der Commission festgesetzt wird, geführt.

§. 7. Die Kosten der Unterhaltung des Arbeitsamtes werden von der Stadt getragen. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich.“

Was die Handhabung des Arbeitsnachweises betreffe, so könnte vielleicht das Muster des Centralvereins für Arbeitsnachweis in Berlin als Vorbild dienen. Im Jahresbericht für 1891 stehe darüber Folgendes

Der Herr Vorsitzende bittet, bei der vorliegenden Verathung sich nicht zu sehr in Details zu verlieren, da dieses über den Antrag selbst hinausgehen würde.

Herr Rudeloff will diesem Wunsche gern nachkommen und sich auf die Mittheilung beschränken, daß er im Besitze des nöthigen Materiales sei und dasselbe Jedermann gern zur Verfügung stelle. Er habe nur den Nachweis erbringen wollen, daß sich die Einrichtung leicht und bequem durchführen lasse. Der Weg sei vorgezeichnet und er hoffe, daß sich auch der Wille finde, ihn zu beschreiten.

Herr R i e k e hält die Regelung eines Arbeitsnachweises und die Arbeitslosenstatistik für eine der wichtigsten socialpolitischen Aufgaben der Gegenwart. Der Antrag Rudeloff besage im Allgemeinen das, warum es sich heute handle; der-

selbe hätte nicht früher berathen werden können, weil bis dahin nur wenig und einseitiges Material vorhanden gewesen sei. Dem Magistrate jezt noch Vorschläge zu machen, erscheine nicht nothwendig; der wisse genau, was er zu thun habe und wo er einschlägiges Material finden könne. Außerdem seien auch schon verschiedene Städte vorhanden, welche in diese Aufgabe practisch eingetreten seien, z. B. Frankfurt a. M., so daß es sehr leicht erscheine, zur allgemeinen Zufriedenheit diesen Arbeitsnachweis einzurichten. Alles, was sich hieran noch knüpfe, sei vom Herrn Referenten schon in gebiegender Weise ausgeführt und lasse sich darüber im Ganzen nur noch wenig sagen. Der Frankfurter Congreß habe gezeigt, daß sich diese Aufgabe schon in die weitesten Kreise der Bevölkerung vertieft habe und diese den ernstesten Willen zeigen, sich mit der Frage zu beschäftigen. Nicht nur die National-öconomen, sondern die Gewerbevereine, die deutsche Arbeiterbewegung, überhaupt Männer aus allen Kreisen der Gesellschaft haben dort besprochen, wie der Arbeitsnachweis geregelt werden könne, und wie nothwendig er sei. In Fferlohn habe er in den Händen der Polizei gelegen, während sich in Wien ein Verein dazu gebildet habe. Jedenfalls können aber Einzelne weniger dabei leisten, als wenn die Sache centralisirt werde. Sobald nur erst einmal ein Anfang mit dem Arbeitsnachweisbureau gemacht wäre, würde sich schließlich auch das Reich dazu herbeilassen, die ganze Angelegenheit von Reichswegen zu regeln. Vor drei Jahren wäre es noch gar nicht möglich gewesen, solche Anträge in einer Stadtverordneten-Versammlung zu verhandeln und sei es schon ein Erfolg, daß dieses jezt möglich sei. Es zeige dieses, daß von Denjenigen, welche früher kein Verständniß dafür gehabt haben, oder aber sich nicht an die Aufgabe heranwagten, die sogenannte Socialdemokratischen zum großen Theil gewichen sei und man nunmehr darauf rechnen könne, daß geeignete Schritte gethan werden. Hätte er oder einer seiner Freunde den Antrag gestellt, dann wäre das in der Weise geschehen, daß der Magistrat ersucht werden möchte, ein Schiedsgericht zu bilden zum gleichen Theile aus Arbeitsnehmern und Arbeitsgebern oder die Sache analog dem Gewerbegerichte zu organisiren. Da nun heute die Angelegenheit dem Magistrate zur Erwägung überwiesen werden solle, sehe er von weiteren Anträgen ab und ersuche nur noch, nicht allzu lange mit der Erwägung zu warten, sondern die Einrichtung so rasch wie möglich in die Wege zu leiten und die Kreise der Interessenten ohne Unterschied dabei zu hören.

Herr Südel begrüßt den Antrag mit Freuden und glaubt, daß auch die Großindustriellen diese Freude theilen werden. Die Einführung solcher allgemeinen Arbeitsnachweisstelle würde unbedingt zur Befriedigung von Arbeitsgebern und Arbeitsnehmern beitragen. Er möchte nur ebenfalls noch bitten, die Sache nicht zu weit hinauszuschieben.

Herr Hßmann hält es für unerläßlich, bei der Einrichtung von vornherein darauf Bedacht zu nehmen, daß sie sich Sympathie bei den Arbeitsnehmern und

Arbeitsgebern erwerbe, damit die darauf verwendete Mühe und die Kosten nicht vergeblich geopfert seien. Darum müsse man sich heute schon im gewissen Sinne darüber klar werden, wie solches Arbeitsamt auszusehen habe und verlöhne es sich, wenn die von der einen oder anderen Seite gewonnenen Kenntnisse schon heute bekannt gegeben werden. Seiner Meinung nach müßte die Wahl der Vermittler unbedingt durch die Arbeitnehmer und Arbeitsgeber stattfinden und zwar in der Weise, daß die Candidaten von diesen dem Magistratsrat zur Wahl vorgeschlagen werden. Wie der Herr Referent schon richtig ausgeführt habe, dürfe eine bürokratische Form in die Sache nicht gebracht werden, widrigenfalls sie versumpfe. Auch halte er es für nothwendig, die Vermittlung für Dienstboten und Lehrlinge hineinzuziehen. Wenn man das heutige Dienstboten-Vermittlungssystem näher betrachte, so sei es nichts als „ein Fell über die Ohren ziehen“, denn die Leute würden von den Stellenvermittlern ausgefogen, indem sich diese horrenden Vermittlungsgebühren zahlen lassen. Es würde also sehr segensreich sein, wenn die Dienstboten mit in die Einrichtung aufgenommen werden könnten. Sodann müßte die Arbeitsvermittlung bei Ausständen natürlich unterbleiben. Jedermann werde das Unternehmen mit Freuden begrüßen und sich lebhaft dafür interessiren, daß die Einrichtung ihrem Zwecke entsprechend benutzt werde und das werde geschehen, wenn man sie auf eine Basis baue, auf welcher das Unternehmen, ähnlich wie bei dem Gewerbegerichte, in die Hände der Betheiligten gelegt werde.

Herr Löschnig begrüßt das Unternehmen mit eben so großem Vergnügen wie der Vorredner, kann aber nicht anerkennen, daß die Vermittlung bei Ausständen ruhen solle. Bei Ausständen müsse sie erst recht functioniren, da sie sich nicht auf einen einseitigen Standpunkt stellen dürfe.

Herr Günther muß es für selbstverständlich halten, daß das Nachweisbüro bei Ausständen schon der Objectivität wegen nicht mitwirken könne. Sodann wolle er noch bemerken, daß nicht allein die Großindustrie, sondern auch das Handwerk und überhaupt das ganze Arbeitswesen von der Einrichtung Vortheil haben werde. Namentlich würden die Mißstände in den Bäckereien dann aufhören, denn nirgends habe Jemand größere Kosten an den Vermittler zu zahlen, als in diesem Gewerbe.

Herr Pelpies will Herrn Löschnig erwidern, daß beispielsweise das Frankfurter Statut eine Bestimmung enthalte, nach welcher für diejenigen Branchen, welche sich im Streik befinden, die Arbeitsnachweisstelle ihre Thätigkeit einstelle. Daß es nothwendig sei, die Arbeitsvermittlung auch für die Dienstboten zu regeln, ergebe eine Ermittlung, welche die Gewerkschaftscommission in Frankfurt a. M. vorgenommen habe. Dort gebe es nach den angestellten Ermittlungen 70 solcher Anmeldebüreaus, die lediglich von der Dienstvermittlung für die Dienstboten leben, und dazu kommen mindestens noch ebenso viele heimliche Büreaus. Von den Herrschaften, welche Dienstboten suchen, werden 30 bis 50 \mathfrak{A} Vermittlungsgebühren erhoben, während die Arbeitsuchenden 25 bis 100 \mathfrak{A} Einschreibengebühren bezahlen

müssen. Erhalten die Herrschaften einen Diensthoten, so werde eine fernere Gebühr von 1—16 M erhoben und haben die Diensthoten dann noch 1—10 M zu zahlen. Daraus gehe hervor, welcher Vortheil und Nutzen noch von einzelnen Personen aus der Arbeitslosigkeit gezogen werde. Diese Vermittler haben gleichzeitig auch Logis für stellenlose Leute, indem sie dieselben zu zwei und zwei in ein Bett quartieren und davon noch Verdienst haben. Alles dieses ergäbe die Nothwendigkeit einer anderweiten Regelung der Arbeitsvermittlung und zwar in dem vorgeschlagenen Sinne, mit welchem er sich einverstanden erkläre. Wenn er mit seinen Freunden der Ansicht sei, daß in der Sache sofort vorgegangen werden könnte und müßte, so seien sie doch andererseits der Ueberzeugung, daß erst die betheiligten Kreise ihre Meinung hierüber äußern müßten, damit man denselben nicht eine Ansicht aufdränge. Aus diesem Grunde werde dem Antrage der Statutencommission gern zugestimmt.

Der Commissionsantrag gelangt darauf zur Annahme.

II. Verpflichtung der Stadt wegen der neuen Kirchengemeinden.

Die hiesige Stadtgemeinde hat sich dem Kirchenregimente gegenüber verpflichtet, die Gesamtheit derjenigen Kosten, welche aus der Durchführung des zwischen ihr und dem hiesigen Kirchenconvente vereinbarten Programms für die Neuordnung des hiesigen Stadtkirchenwesens erwachsen würden, insoweit als diese Kosten ihr nicht schon von Rechtswegen obliegen sollten, freiwillig zu übernehmen, sofern, was Höchsten Ortes zugestanden ist, den in Ausführung des Programms neu zu errichtenden beiden Gemeinden das Recht, bei jeder Besetzung ihrer Predigerstellen dem Landesherrn drei Candidaten vorzuschlagen, zugesichert, sowie das dem Magistrat und bezw. dem Kirchencassen-Collegium bezüglich der sieben vorhandenen Stadtkirchengemeinden gesetzlich zustehende Schutz- und Aufsichtsrecht auf die neuen Gemeinden, unter Aufnahme derselben in den Cassenverband der älteren Stadtkirchen ausgedehnt werde.

Nachdem inzwischen der hiesige Kirchenconvent über die zur Ausführung der Neuordnung erforderlichen und zur Zuständigkeit der Kirchenorgane gehörigen Vorbereitungen und Einrichtungen sich schlüssig gemacht hat, erklärt das Herzogliche Consistorium mit Rücksicht auf die bestehenden kirchenrechtlichen Grundsätze den Erlaß einer Verfügung des Kirchenregiments sowohl zur programmäßigen Veränderung der bisherigen Grenzen der bereits vorhandenen städtischen Pfarochien gegen einander, wie auch zur Abzweigung und Bildung der zu gründenden beiden neuen Kirchengemeinden erst dann erwirken zu können, wenn vorgängig die hiesige Stadtgemeinde hinsichtlich derjenigen Verbindlichkeiten, die sie nach dem Eingang erwähnten Vergleiche zu übernehmen sich anheischig gemacht hat, förmlich verpflichtende Erklärungen abgegeben haben werde. Wenn nun auch der Magistrat solche formelle Beurkundung nicht für nothwendig hält, so liegt doch auch seiner Ansicht nach kein

Bedenken vor, den Anforderungen des Herzoglichen Consistoriums Rechnung zu tragen und giebt derselbe daher anheim, ihn zu einer urkundlichen Abgabe der im Nachstehenden präcisirten Erklärungen an das Kirchenregiment zu ermächtigen:

- 1) Die Stadtgemeinde verpflichtet sich, auf ihre Kosten für den Unterhalt der bei den beiden neuen Kirchengemeinden anzustellenden Prediger und zwar zweier Prediger bei der nach dem Neuordnungsplane im Osten, bezw. Südosten der Stadt und eines Predigers bei der nach jenem Plane im Nordosten der Stadt zu bildenden Gemeinde nach Maßgabe derjenigen Grundsätze zu sorgen, welche für die Besoldung u. der Gesamtheit der hiesigen Stadtgeistlichen nach Vereinbarung zwischen dem Kirchencassen-Collegium und der Stadtgemeinde zu dem Zeitpunkte des Eintritts der Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse zur Einführung gelangen sollen;
- 2) die Stadtgemeinde übernimmt die Kosten der Haltung der bei jeder der beiden neuen Kirchengemeinden erforderlichen Kirchenbediensteten, als des Organisten und Chorleiters (im Nebenamte), eines Kirchenvoigtes und eines Wälgentreters;
- 3) die Stadtgemeinde verpflichtet sich, für jede der beiden neuen Gemeinden eine geeignete, dem Umfange der betr. Gemeinde entsprechende Kirche auf ihre Kosten erbauen und künftig mit allen zum Gottesdienste nöthigen Einrichtungen ausrüsten und unterhalten, auch mit allen nöthigen zum Verbrauch beim Gottesdienste bestimmten Dingen jederzeit versehen zu wollen;
- 4) die Stadtgemeinde verpflichtet sich, daß sie, wenn die bisherigen Kirchenbuchführer wegen der ihnen aus Anlaß der Einführung einer Centralstelle für die Kirchenbuchführung, oder wenn sonst die unteren Kirchendiener bei den alten Stadtkirchen wegen der ihnen in Anlaß der Verfügung und Durchführung der geplanten Aenderungen in dem Umfange und den Grenzen der Parochien der Stadtkirchen angeblich erwachsenden Einnahmeverluste Entschädigungsansprüche geltend machen sollten, die verfügende Stelle derartigen Ansprüchen gegenüber außergerichtlich vertreten, auch, soweit die Entschädigungsansprüche durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen für begründet erklärt werden sollten, deren Befriedigung ihrerseits übernehmen will.

Zu diesem Punkte hat der Magistrat zu bemerken, daß er Entschädigungsansprüche, die etwa von unteren Kirchendienern wegen Ausfalls der von ihnen bislang aus kirchendienstlichen Einrichtungen bezogenen Einnahmen erhoben werden möchten, als berechtigt nicht anerkennen würde. Die gegenwärtig im Amte befindlichen Stadtgeistlichen haben auf besondere Entschädigung wegen des ihnen in Folge der programmmäßigen Verkleinerung bezw. Neueintheilung der Kirchspiele erwach-

senden Einnahmeverlustes in der Erwartung verzichtet, daß eine schon längerzeitig verhandelte neue Gehaltskala für dieselben zur Einführung gelange. Wenn der Magistrat auch geneigt ist, diesem Wunsche zu entsprechen, so giebt er doch anheim, diesen Punkt seiner Vorlage vorerst noch von der Berathung und Beschlußfassung auszuschließen, weil er erst noch einmal mit dem Kirchencassen-Collegium dieserhalb in Verhandlung zu treten beabsichtigt.

Nach der Ansicht der Statutencommission, für welche Herr Rudeloff berichtet, liegen keine Bedenken vor, den Anforderungen des Herzoglichen Consistoriums hinsichtlich der Beurkundungen Rechnung zu tragen. Was den Punkt 4 betreffe, so werde man im Sinne des eingegangenen Vergleiches sich auch dieser Verpflichtung nicht entziehen können. Es liege dann aber zugleich im Interesse der Stadt, daß sie bei etwaigen Klagen oder außergerichtlichen Verhandlungen denjenigen gegenüber, welche mit Ansprüchen hervortreten sollten, selbst auftrete. Die Statutencommission habe auch gegen diesen Punkt keine Bedenken und empfehle der Versammlung, die Genehmigung zu ertheilen, daß diese Verpflichtungen formell urkundlich festgestellt werden.

Die Versammlung beschließt den Anträgen gemäß.

III. Beleuchtung des Brunnens u. auf dem Altstadtmarke.

Auf Antrag des betr. Localcomitees ersucht der Magistrat, zum Zwecke der Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses und des Brunnens am 18. Mai d. Js. anlässlich der hier tagenden Versammlung des Vereins deutscher Gefangenenanstaltsbeamten die Summe von 128 M. zu verwilligen.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, ist die betr. Beleuchtung bei anderer Gelegenheit wiederholt gewährt und habe dieselbe in gleicher Weise die Einheimischen, wie die Fremden erfreut. Da nun der Congreß lediglich dem öffentlichen Interesse gewidmet sei, so empfehle sich die Genehmigung des Antrages. Ein einziger Punkt könnte möglicherweise gegen die Bewilligung sprechen. Es sei unzweifelhaft, daß die Anbringung solcher Beleuchtungsgegenstände sehr leicht Verletzungen in der zarten Steinbauart des Altstadt-Rathhauses verursachen könnte und dürfte es daher nothwendig sein, die Bewilligung der Beleuchtung nur auf ganz besondere Fälle zu beschränken. Nach einer ihm gewordenen Mittheilung sollen bei früheren Gelegenheiten derartige Verletzungen thatsächlich vorgekommen sein.

Herr Oberbürgermeister Pockels will bestätigen, daß früher einmal bei der Anbringung der Beleuchtungskörper Beschädigungen des Gebäudes hervorgerufen seien. Dieses sei jetzt seiner Ueberzeugung nach ausgeschlossen aus dem Grunde, weil die Beleuchtungskörper immer wieder so hingelegt werden, wie sie seit 5—6 Jahren gelegt seien. Eine Verletzung des Mauerwerkes werde also nicht mehr stattfinden, da die Beleuchtungskörper an denjenigen Stellen angeschoben werden, welche dafür vorgesehen seien.

Herr Glinther kann nicht einsehen, aus welchem Grunde bei der fraglichen Gelegenheit die Beleuchtung stattfinden solle, da man sich beispielsweise jedenfalls wundern würde, wenn bei Arbeitercongressen, welche ebenso wichtig seien, ein solcher Antrag gestellt würde. Außerdem möchte er aber auch aus dem Grunde der Sparsamkeit dagegen sein. Der Magistrat zeige in neuerer Zeit eine pyramidale Sparsamkeit. So sei z. B. der Wunsch geäußert, den hiesigen Zeitungen den Etat und die ergehenden Zuschriften zuzustellen und habe der Magistrat die Berücksichtigung dieses Wunsches auch zugesagt. In Wirklichkeit werde nun aber die Sache so gehandhabt, daß die Zeitungen das ihnen überwiesene Exemplar des Etats an den Magistrat zurückgeben müssen. Wenn er nun auch die Sparsamkeit lobe, so sei sie doch hier nicht angebracht, da die Versammlung die paar Dreier für den Mehrdruck des Etats wohl auch noch bewilligen werde. Er könne also für die Bewilligung der hier geforderten Gelder nicht stimmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will zu dem eben angeregten Punkte bemerken, daß bei der Bestellung der Druckauflage des Etats in der Expedition übersehen sei, daß sich die Stadtverordneten-Versammlung seit Jahresfrist vergrößert habe. In Folge davon sei dann die Auflage — obgleich stärker als in früheren Jahren — nicht so reichlich ausgefallen, um dem Wunsche der Herren von der Presse vollauf Rechnung zu tragen und sei ihnen deshalb für das Mal der Etat mit dem Ersuchen um Rückgabe ausgehändigt worden.

Der Magistratsantrag wird sodann angenommen.

IV. Der Stadthausbau.

Die Versammlung hat in der Sitzung am 11. Januar d. Js. für den Stadthausbau die Summe von 1780 000 M unter der Bedingung bewilligt, daß die lichte Höhe des Kellergeschosses um 0,5 m erhöht werde, zugleich hat dieselbe sich dahin ausgesprochen, daß die Straßenfronten des Gebäudes mit Hilsandstein statt mit Kalkstein in dem Falle zu verblenden seien, daß daraus Mehrkosten nicht erwachsen würden. Außerdem ist in derselben Sitzung an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, das Dachgerüst des Gebäudes unter Schaffung möglichst großer Hohlräume mit einem Mehraufwande von 16 500 M aus Eisen construiren zu lassen. Der Magistrat hat sich jetzt mit diesen Anträgen einverstanden erklärt, ersucht aber, im Falle ihrer Durchführung noch ferner zu bewilligen: 14 000 M zu der gewünschten Erhöhung des Kellergeschosses und 9000 M zur Verblendung der Straßenfronten des Gebäudes mit Hilsandsteinen. Bei Genehmigung dieser Anträge würde sich die zuerst mit 1796 500 M zur Verfügung gestellte gesammte Bausumme auf 1819 500 M erhöhen.

Herr Uebe giebt namens der Baucommission anheim, im Sinne der Vorlage Beschluß zu fassen und erläutert auf Anregung des Herrn Wolff die an dem

früheren Bauplane vorgenommenen Aenderungen an der Hand der ausgehängten Zeichnungen.

Herr Wagner hält die in Aussicht genommene Kellerhöhe von 3,6 m für nicht ausreichend, da man beispielsweise in Bremen unendlich bedauere, nur einen 3,65 m hohen Rathskeller zu haben. Wenn er nun auch an der Kellerhöhe nicht mehr rütteln wolle, so möchte er bei dieser Gelegenheit doch fragen, ob nicht zu befürchten stehe, daß jemals Grundwasser in den Keller dringe. Am Wohlwege sei es wiederholt vorgekommen, daß die Architekten erklärt haben, es stände das Eindringen von Grundwasser nicht zu befürchten, die Architektur sei so weit vorgeritten, um derartige Uebelstände zu verhindern, und trotzdem habe man hinterher Belästigungen durch Grundwasser erfahren müssen. Wenn derartigen Befürchtungen Raum zu geben sei, halte er es für besser, den Bauplan nochmals umzuändern.

Herr Uhde erwidert, daß die Wasserstandsverhältnisse der betr. Gegend bei Erbauung des Behördenhauses festgestellt seien und das Niveau des Rathhauuskellers noch 20—30 cm über dem Grundwasserstande liege.

Herr Rathe äußert Bedenken hinsichtlich des Kellereinganges, der zu dem Gebäude gar nicht passe. Das über dem Eingange projectirte halbe Fenster werde die Fassade im fertigen Zustande sehr beeinflussen. Er sei überhaupt kein großer Freund des Rathskellers.

Herr Uhde entgegnet, daß es sich immer nur um einen Kellereingang handle und es daher auch in der Fassade articulirt werden müsse, daß man durch diesen minderwerthigen Eingang nicht in das Stadthaus, sondern in den Keller gelange.

Die gesammte Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme

V. Verpachtung der städtischen Fischelei in der Oker.

In dem zwecks Verpachtung der städtischen Fischelei für die Zeit vom 1. April 1894 bis zum 31. März 1900 angelegten Termine haben die höchsten Gebote abgegeben:

a. für die Okerstrecken oberhalb der beiden Wehre am Petritzhore und Wendenthore der Drechsler Wilhelm Stanke mit 160 M jährlich;

b. für die Okerstrecken unterhalb der beiden genannten Wehre der Schornsteinfegermeister Meyer mit 75 M jährlich.

Dem Ersuchen des Magistrats um die Ermächtigung, den genannten Bieter den Zuschlag zu ertheilen,

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Rudeloff berichtet.

VI. Straßenbaukosten der Rosenstraße.

Die Kosten des Ausbaues der Rosenstraße zwischen Marien- und Fusarenstraße sind auf 107 M 96 S für 1 m festgestellt und ersucht der Magistrat, diese Festsetzung zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Uhde berichtet, geschieht.

VII. Zwangsenteignung am Langenhofe.

Zur Verbreiterung des Langenhofes hat der Kaufmann Lundenberg von seinem an der Ecke des Bohlweges und des Langenhofes gelegenen Grundstücke eine Theilfläche von 21 qm abzutreten. Während derselbe zuerst für diese Fläche 30 000 M gefordert hat, ist er jetzt mit seiner Forderung auf 700 M für 1 qm, also auf zusammen 14 700 M zurückgegangen. Da der Magistrat auch diesen Preis für viel zu hoch hält, er sich aber von weiteren, nun schon seit fast drei Jahren geführten Verhandlungen keinen Erfolg verspricht, so geht sein Ersuchen dahin, ihn zu ermächtigen, den Antrag auf Einleitung des Expropriationsverfahrens zu stellen.

Wie Herr Uhde berichtet, empfiehlt die Baucommission, dem Antrage stattzugeben. Wenn Herr Lundenberg sich auf die Höhe der bei dem gegenüberliegenden Westphal'schen Grundstücke gezahlten Entschädigung berufe, so sei zu bemerken, daß dieses Grundstück nur 4 bis 5 m, das Lundenberg'sche dagegen 11 m breit sei und demnach die Zimmer wohl etwas schmaler werden, aber doch directe Verluste nicht entstehen.

Die Ermächtigung wird gemäß dem Magistratsantrage erteilt.

VIII. Anfrage Günther: Vergebung von Steinmeharbeiten.

Herr Günther führt aus, daß unter den hiesigen Steinmeharbeitern das Gerücht gehe, oder doch mindestens die Befürchtung herrsche, es werde beabsichtigt, die Steinmeharbeiten zum Stadthausbau nach außerhalb zu vergeben. Wenn er nun auch nicht glaube, daß diesem Gerüchte etwas Thatsächliches zu Grunde liege, so wolle er doch im Interesse der betr. hiesigen Einwohner bitten, diese Arbeiten hier am Orte zu vergeben.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die betr. Arbeiten noch gar nicht vergeben sein könnten, da in diesem Augenblicke erst beschlossen sei, an Stelle des Kalksteines Hilsandstein zu verwenden. Im Uebrigen sei er über diesen Punkt nicht näher orientirt. Herrn Stadtbaurath Winter habe er aber zu der heutigen Sitzung nicht mitbringen können, weil sich derselbe auf Reisen befinde und in verschiedenen Orten Heizsysteme studire.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 6 $\frac{1}{2}$ bis 7 Uhr.

